



# Jahrbuch für WIRTSCHAFTS GESCHICHTE

## AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN DER DDR INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

### Unter beratender Mitarbeit von

H. Aptheker (USA), E. Hobsbawm (Großbritannien), L. Jeleček (ČSFR), J. Kuczynski (DDR), G. Mori (Italien), H. Mottek (DDR), E. Niederhauser (Ungarn), H. Nussbaum (DDR), Z. P. Pach (Ungarn), J. Purš (ČSFR), Ju. A. Tichonow (UdSSR), J. Tomaszewski (Polen)

### Redaktionskollegium

Hermann Lehmann (Chefredakteur), Ingrid Kresse (Stellv. Chefredakteur), Rudolf Berthold, Siegfried Epperlein, Renate Günther (Redakteur), Günter Hertel, Wolfgang Jonas, Parviz Khalatbari, Fedor Kretschmar (Redakteur), Thomas Kuczynski, Wolfgang Mühlfriedel, Hans Müller, Hans-Heinrich Müller, Peter Musiolek, Jan Peters, Waldtraut Schmidt, Renate Scholze (Redakteur), Alfred Schröter, Helga Schultz, Ingrid Thümmeler (Redaktionssekretär)

### Arbeitsgruppe Literaturkritik

Ingrid Kresse (Leiter), Hagen Fischer, Horst Handke, Hans-Heinrich Müller, Jörg Roesler, Martina Schattkowsky

# Jahrbuch für WIRTSCHAFTS GESCHICHTE

1990/2

Hauptertheilung:

Johns Stöckl

Salmut Brauer

F. H. Anzwey

Die Neubaurichter...  
in Frau Tott. Zur Durchführung  
weiterer Maßnahmen...

Die regionale Wirtschaft  
in der Zeit von 1871 bis 1914  
als Folge der...

Die Entwicklung von...  
in der Zeit von 1871 bis 1914  
als Folge der...

Die Entwicklung der...  
in der Zeit von 1871 bis 1914  
als Folge der...

Die Entwicklung der...  
in der Zeit von 1871 bis 1914  
als Folge der...

## LITERATURKÜRSEL

Dieser Teil enthält eine Auswahl von Originalpublikationen...

Die Entwicklung der...  
in der Zeit von 1871 bis 1914  
als Folge der...

Die Entwicklung der...  
in der Zeit von 1871 bis 1914  
als Folge der...

Die Entwicklung der...  
in der Zeit von 1871 bis 1914  
als Folge der...



Dieser Titel wurde von Original-Manuskripten reproduziert.

AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN DER DDR  
INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

Wissenschaftliche Mitarbeit von

ISBN 3-05-000996-9

ISSN 0075 - 2800

Anschrift der Redaktion:

DDR-1100 Berlin, Prenzlauer Promenade 149 - 152

Erschienen im Akademie-Verlag Berlin, DDR-1086 Berlin, Leipziger Str. 3 - 4

© Akademie-Verlag Berlin 1990

Lizenznummer: 202 . 100

Printed in the German Democratic Republic

Offsetdruck: VEB Kongreß- und Werbedruck, 9273 Oberlungwitz

Redaktionsschluß: 15. 9. 1989

LSV 0305

Bestellnummer: 755 1475 (2103/90/2)



# Inhalt

## ABHANDLUNGEN, STUDIEN, MISZELLEN

Jürgen Kuczynski	Walther Rathenau zum Problem Industrie, Technik und Wissenschaft	37 55 01 9
Wolfgang Mühlfriedel	Die Anfänge der zentralstaatlichen Planung der wissenschaftlich-technischen Arbeit in der Deutschen Demokratischen Republik	32 144 152 17
Wolfgang Heun/ Gundula Heidenreich	Die neubäuerliche Gemeinwirtschaft in Haus Zeitz. Zur Durchführung der demokratischen Bodenreform	32 372 31
Heinzpeter Thümmler	Die regionale Differenzierung der Stadtentwicklung vom 19. Jh. bis 1945 auf dem späteren DDR-Gebiet	37 267 43
Heike Etzold	Einsatz und Herstellung von Dampfmaschinen im Regierungsbezirk Magdeburg (1837 bis 1875)	36 552 55 67
Helmut Bräuer	Das Zwickauer "Tuchknappenregister" von 1536 bis 1542. Bemerkungen zum Problem der sozialen Sicherung im Handwerk der frühen Neuzeit	36 59 97
V. N. Andreev	Außerathenische Quellen der Reichtumbildung Athens im 5./4. Jh. v. u. Z.	X 23 115

## LITERATURKRITIK

Hermann Lehmann	Geschichte der politischen Ökonomie historisch betrachtet (E. K. Hunt/Howard J. Sherman, Ökonomie; Thomas Balogh, The Irrelevance of Conventional Economics; Antal Mátyás, History of Modern Non-Marxian Economics; Adolph Lowe, Politische Ökonomie; Die Krise in der Wirtschaftstheorie; John Kenneth Galbraith, Die Entmythologisierung der Wirtschaft)	177
Jürgen Kuczynski	Deutsche Geschichtsschreibung 1945 bis 1950 (Handbuch der Geistesgeschichte in Deutschland nach Hitler 1945 - 1950)	195
Wolfgang Urban	Sichtweisen auf die Sozialgeschichte der Jugend (Michael Mitterauer, Sozialgeschichte der Jugend)	199

Werner Röhr	Die Okkupationspolitik Nazideutschlands in Polen (Czesław Madajczyk, Die Okkupationspolitik Nazideutschlands in Polen 1939 - 1945)	205
Harald Müller	Ein Lesebuch zur Geschichte der Juden in Böhmen und Mähren (Ein Buch der Erinnerung)	211
Heinz Grünert	Vom Messen, Wägen, Zählen und Zahlen in früheren Zeiten (Helmut Kahnt/Bernd Knorr, BI-Lexikon Alte Maße, Münzen und Gewichte)	215
Thomas Kuczynski	Ākonomičeskaja istorija	219
Renate Schwärzel	Berthold Fege/Werner Gringmuth/Günter Schulze, Die Hauptstadt Berlin und ihre Wirtschaft	220
Martin Dube	Intensifikacija i ēffektivnost' socialističeskogo proizvodstva	221
Ulrich van der Heyden	Hans-Joachim Spanger/Lothar Brock, Die beiden deutschen Staaten in der Dritten Welt	223
Lotte Zumpe	Hans-Gerd Jaschke, Soziale Basis und soziale Funktion des Nationalsozialismus	224
Dietrich Eichholtz	NS-Herrschaft in Österreich 1938 - 1945	226
Herwart Pittack	Reinhold Zilch, Die Reichsbank und die finanzielle Kriegsvorbereitung 1907 bis 1914	228
Horst Handke	Die Aktienrechtsreform am Ende der Weimarer Republik	229
Horst Handke	Rheinisch-Westfälische Wirtschaftsbiographien, Bd. 12 u. 13	232
Gerhard Narweleit	Gewerbe- und Industrielandschaften vom Spätmittelalter bis ins 20. Jahrhundert	233
Hans-Heinrich Müller	Wolfgang Jacobeit, Schafhaltung und Schäfer in Zentraleuropa bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts	234
Hans-Heinrich Müller	George Ordish, Geschichte eines Gartens	235
Carola Möckel	Recherches et travaux, Bulletin Nr. 16	236
Karl Lärmer	Wolfhard Weber, Arbeitssicherheit	237
Gerd Henniger	Wolfgang Ribbe/Wolfgang Schwäche, Die Siemensstadt	239
Heiner Lück	Siegbert Lammel, Zur Entstehung von Handelsrecht	240
Karl Lärmer	Barbara Hahn, Der geförderte Wohnungsbau in Mannheim 1850 - 1985	242

Reinhold Zilch	Zeitschrift für bayerische Sparkas- sengeschichte, 1/1987	244
Hans-Joachim Rook	Sigbert Zesewitz/Helmut Düntzsch/ Theodor Grötschel, Kettenschiffahrt	245
Ilonka Egert	Hugenotten in Brandenburg-Preußen	246
Helga Raschke	Dietrich Ebeling, Bürgertum und Pöbel	248
Siegfried Epperlein	Janken Myrdal, Medeltidens Åkerbruk	249
Wolfgang Kagel	Wolf-Rüdiger Schleidgen, Das Kopiar der Grafen von Kleve	251
Hansjürgen Brachmann	Stadtkernforschung	252

## BIBLIOGRAPHIE

Bibliographie wirtschaftsgeschichtlicher Literatur der DDR, 36. Lieferung (Dieter Müller)	Mensch sollte eine so kümmerliche Apologie seiner selbst schreiben wie er im Anhang zur 1919 veröffentlichten "Kritik der dreifachen Revolution" dort verteidigt er sich mit heimlichen Ernst gegen Angriffe und Gerüchte von öf- fentl. wie sie ihnen jede öffentliche Parteinahme ausgesetzt ist, und wahr ist der Ausgang berechtigter Vorwürfe zum Teil recht ungeschickt war.	255
--	--	-----

Autorenverzeichnis		264
--------------------	--	-----

Содержание, Contents, Contenu, Sumario		265
--	--	-----

ABHANDLUNGEN, STUDIEN, MISZELLEN

**Walther Rathenau zum Problem  
Industrie, Technik und Wissenschaft<sup>+</sup>**

von Jürgen Kuczynski

Rathenau war eine bedeutende Persönlichkeit des Kaiserreichs und der ersten Jahre der Weimarer Republik. Erstaunlich war seine Einsicht in die Strömungen der Zeit - Strömungen nicht im Sinne von Mode, sondern von tiefer historischer Bedeutung.

Gleichzeitig hatte er - so ganz im Gegensatz zu seiner Mutter - einen kleinlichen Charakter. Kein Mensch sollte eine so kümmerliche Apologie seiner selbst schreiben wie er im Anhang zur 1919 veröffentlichten "Kritik der dreifachen Revolution". Dort verteidigt er sich mit tierischem Ernst gegen Angriffe und Gerüchte von einer Art, die sie ihnen jede öffentliche Persönlichkeit ausgesetzt ist, und weicht der Beantwortung berechtigter Vorwürfe zum Teil recht ungeschickt aus.

Und doch, trotz dieses kleinlichen Charakters, steht er, den ich nicht gekannt, vor dem ich nur einmal als Schüler nach einer politischen Versammlung, zu der mich mein Vater mitgenommen hatte, einen Diener gemacht habe, mir persönlich nahe, da er die beste Definition der politischen Position meines Vaters gegeben hat.

Rathenau bildete sich nämlich auch ein, ein Sozialist zu sein. (Allerdings nach einer ganz besonderen Definition des Sozialismus, wie er sie etwa in seiner Schrift "Die neue Gesellschaft" gibt: "Merkmal des vollzogenen Zustandes dieser weitreichenden Sozialisierung aber ist das Erlöschen des arbeitslosen Einkommens. Merkmal sage ich, nicht alleinige Voraussetzung. Denn vorausgesetzt muß werden vollkommene und wahrhafte Demokratisierung des Staates und der Wirtschaft, und allen gleichmäßig zugängliche Erziehung: erst dann ist das Monopol der Klasse und der Bildung gebrochen. Das Aufhören des arbeitslosen Einkommens aber beweist den Sturz des letzten ständischen Monopols, des plutokratischen."(1)) Also wurde er, wie auch mein Vater, Mitglied der Sozialisierungskommission. Natürlich stießen beide oft aufeinander, und eines Tages rief Rathenau voll Zorn in den Sitzungssaal: "Kuczynski bildet eine Einmannpartei und steht auf deren linkem Flügel."

Die wundervolle Sensibilität Rathenaus für historische Prozesse zeigte sich unter anderem in seiner Haltung zum Krieg, dessen Ausbruch er wie so mancher mit größter Besorgnis ahnte, dessen Ende er aber als einer von ganz wenigen aus der Bourgeoisie 1914 so prophezeite: "Nie wird der Augenblick kommen, wo der Kaiser als Sieger der Welt mit seinen Paladinen auf weißen Rossen durchs Brandenburger Tor zieht. An diesem Tage hätte die Weltgeschichte ihren Sinn verloren. Nein! Nicht einer der Großen, die in diesen Krieg ziehen, wird diesen Krieg überdauern."(2)

+ Vortrag, gehalten am 18. Juli 1989 auf der Rathenau-Tagung des Wissenschaftszentrums in Westberlin.

1 Rathenau, Walther, Die neue Gesellschaft, Berlin 1919, S. 6.

2 Derselbe, Politische Briefe, Dresden 1929, S. 290.



Und genau diese Sensibilität zeigte er auch der Oktoberrevolution gegenüber. Einmal in praktischer Weise - so schreibt er an den Grafen von Arco am 2. Mai 1919: "Ein vertrauenswürdiger junger Mann ist vor einigen Tagen mit unserer finanziellen Unterstützung nach Rußland gegangen, um Informationen über Lenins System zu sammeln. Ich selbst stehe mit Russen hier in Verbindung und bekomme von ihnen regelmäßig ihr vertrauliches Material."(3) Und sodann theoretisch-prophetisch, sich mitten im Krieg noch, im Juli 1918, an die deutsche Jugend wendend: "Wie ihr französisches Vorbild wird die russische Revolution alle Marterstufen der Schuld und Erniedrigung, der Schmach und Verleugnung, des Terror und der Reaktion durchlaufen, ihr Weg wird in Blut und Morast versinken, und dennoch wird sie wie die französische Revolution in hundert Jahren die Erde umschreiten und restlos verwirklicht sein."(4) Und wenn er an der gleichen Stelle fortfährt: "Freilich nicht so, wie sie meint. Die französische Revolution wollte das Naturreich Rousseaus und die Republik der Römer, sie schuf, was ihrem inneren Wollen entsprang, das Reich des Bürgers, das eigensüchtige Nützlichkeitsstreben des bürgerlichen Liberalismus und die konstitutionelle Plutokratie. Die russische Bewegung will Tolstojs Reich der Gerechtigkeit und den Kommunistenstaat der Marxisten; was sie erreichen wird, ist das Reich des wirtschaftlichen Ausgleichs und die organisch durchstaatlichte Wirtschaft", (5) so würde ich das keine zutreffende, aber doch auch nicht eine unsinnige Voraussetzung nennen.

Doch, und darauf wollen wir uns im folgenden konzentrieren, seine wichtigste Einsicht war die in den Gang der Produktivkräfte. Ja, genau so muß man formulieren. Natürlich auf dem Hintergrund der gesamtwirtschaftlichen, ja gesamtgesellschaftlichen Entwicklung. Gesamtgesellschaftlicher Hintergrund: Schon am 21. Oktober 1904 schrieb Walther Rathenau ein wenig übertreibend an Frank Wedekind: "Was bedeuten heute die adligen Nachkommen und Erben der Starken? Als Schatten sitzen sie auf den letzten Thronen, kommandieren ein paar Exerzierplatztruppen und 'bekleiden' Hofchargen. Die wahre Macht halten die klugen Emporkömmlinge. Vanderbilt, Rockefeller, Carnegie, Krupp sind die Könige und das Schicksal unserer Zeit. Kein Xerxes und Attila ist so angebetet worden und hat so effektive Macht besessen. Wie ein brünstiges Tier stürmt die Epoche in die Sklaverei des Plutokratismus."(6)

Zum gesamtwirtschaftlichen Zustand nur ein Urteil aus dem Jahre 1920 über Krieg und Wirtschaft:

"Fünf Jahre lang hat die Welt Produzenten getötet, Produkte vernichtet, Produktionsmittel mißbraucht und abgewirtschaftet, ausgeraubt und zerstört. Die Produktion von fünf Jahren ist negativ gewesen, sie schuf nicht Erzeugungsmittel und Erzeugung, sondern Zerstörungsmittel und Zerstörung.

Alles ist im Rückstand. Um ein Menschenalter zurückgeworfen. Boden verarmt, Bergwerke ausgeraubt, Schiffe versenkt, Landstriche verwüstet, Lager geräumt, Fabriken verwahrlost, Bahnen verludert. Ganze Länder wirtschaftlich abgebrannt, Rußland, Polen, Ungarn, Österreich Trümmerhaufen."(7)

Wie erstaunlich der erste Satz, den ich noch nie mit solcher Nuance gelesen habe. Der Krieg hat nicht Menschen, nicht Leben getötet. Er hat Produzenten getötet. Wie eng muß man mit der Wirtschaft verbunden sein, um so zu denken! Manchmal übertreibt er ganz unsinnig in dieser Beziehung, aber schreckt die Menschen damit zu wirtschaftlicher Rechnungsführung besonderer Art auf - so wenn er an Arthur

3 Ebenda, S. 244.

4 Rathenau, Walther, An Deutschlands Jugend, Berlin 1918, S. 39.

5 Ebenda, S. 39 f.

6 Rathenau, Walther, Briefe, Bd. 1, Dresden 1926, S. 44.

7 Derselbe, Was wird werden?, Berlin 1920, S. 21.

Holitscher am 21. November 1918 von den letzten vier Wochen des Krieges schreibt: "Das bedeutet den Verlust eines Menschenalters deutscher Wirtschaft".(8)

Doch nun zu unserem Hauptthema:

Ich glaube, wir können vier industrielle Revolutionen unterscheiden. Die erste fand in England zwischen 1540 und 1640 statt. Sie ist gekennzeichnet durch die Beschäftigung nicht feudal gefesselter Arbeiter in Manufakturen, die nicht wenige Güter, wie etwa Glas, die auf dem Kontinent in feudalen Manufakturen als Luxusgüter hergestellt werden, als Massengüter produzieren, sowie durch die Verwendung einer neuen Energiequelle: der Kohle. Die zweite industrielle Revolution geht wiederum von England aus, verbreitet sich jedoch relativ schnell auf dem Kontinent und ist zunächst gekennzeichnet durch die von Handwerkern konstruierte Werkzeugmaschine, der in England etwa drei Generationen später die von Ingenieuren geleitete Produktion von Maschinen durch Maschinen folgt.

Die dritte industrielle Revolution, herbeigeführt vor allem durch die Elektro- und die chemische Industrie, ist dadurch gekennzeichnet, daß Industrie und Wissenschaft zusammenwachsen. Es ist die Revolution, an deren Durchführung Rathenau so intensiv beteiligt ist. Wenn wir die gegenwärtige vierte industrielle Revolution eine wissenschaftlich-technische nennen, so gebührt dieser Titel eigentlich mit Recht schon der dritten.

Walther Rathenau hat im Gegensatz zu Wilhelm von Siemens, aber auch zu Carl Duisberg oder Carl Bosch, nie etwas besonderes als Naturwissenschaftler oder Techniker geleistet. Aber stets hat er ganz tief begriffen, was Technik und Wissenschaft für die Entwicklung der Produktivkräfte, der Wirtschaft, der ganzen Gesellschaft bedeuteten.

Kann man die technische Weltsituation als kapitalistischer Wirtschaftler besser und klüger beurteilen als Rathenau in einem Brief vom 29. November 1919 an einen Dr. Schwab: "Die Weltrevolution wird also vermutlich so lange, vielleicht länger dauern als die deutsche, und währenddessen herrscht kapitalistische und koloniale Weltwirtschaft, Konkurrenz des technischen und mechanischen standings und standards."(9) Ja, noch heute herrscht in der Welt die "Konkurrenz des technischen und mechanischen standings und standards" (während die deutsche und die Weltrevolution, von Zeit zu Zeit an Ausbrüchen sichtbar, noch andauern).

Und wenn Rathenau in die fernste Zukunft sieht, hat er genau die gleiche Sicht wie Marx, was er nicht wissen konnte, da die "Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie" von Marx erst nach Rathenaus Tode veröffentlicht wurden. Marx sah die automatische Fabrik voraus(10) und als Konsequenz für den Arbeiter: "Die Arbeit erscheint nicht mehr so sehr als in den Produktionsprozeß eingeschlossen, als sich der Mensch vielmehr als Wächter und Regulator zum Produktionsprozeß selbst verhält ... Er tritt neben den Produktionsprozeß, statt sein Hauptagent zu sein."(11) Und nun hören wir Rathenau: "Dem Wirkungsgrade einer Wirtschaft ist eine theoretische Grenze nicht gesetzt. Es sind Werkstätten denkbar, so vollkommen mechanisiert, daß die leichte Aufsicht eines Mannes genügt, um das Uhrwerk der Produktion im Gang zu erhalten; es gibt Betriebe, vor allem in der chemischen und elektrischen Industrie, die diesem Zustand überraschend nahekommen. Denkt man sich ein Land mit tausend arbeitenden Bewohnern in dieser Weise bereitet, so wäre die Gütermenge, die es erzeugen könnte, ungemessen und somit der Verzehranteil

8 Derselbe, Politische Briefe, S. 214.

9 Ebenda, S. 270.

10 Vgl. Hefte über Technik, H. XIX, S. 66 f., Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Zentrales Parteiarchiv.

11 Marx, Karl, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Berlin 1953, S. 592 f.

des Einzelnen, sofern eine einigermaßen gerechte Verteilung obwaltet, ein beliebig großer."(12) Und dann folgt - wie so oft bei Lenin - das höchste Lob steigender Arbeitsproduktivität: "Jede Arbeitersparnis kommt der Vermehrung des Einrichtungs-parks der Erde zugute, und seine Auffüllung in Jahrhunderten wird bewirken, daß der Nutzeffekt der Arbeit sich erhöht, die verfügbare Verzehrmenge wächst, die Arbeitszeit sich verkürzt und die Lebenshaltung sich erhöht."(13)

Und noch eine andere Vision, eine kürzere, aber die vierte industrielle Revolution umfassende, müssen wir erwähnen. In seiner 1919 erschienenen Schrift "Autonome Wirtschaft" bemerkt er:

"Die Mechanisierung hat durch äußerste Arbeitsteilung die Elemente des Produktionsprozesses entgeistet. Der Arbeiter ist an ihm vorwiegend mit gedankenloser Handarbeit, der niedrigere Angestellte mit mechanischer Kopfarbeit beteiligt. Beiden wird die Arbeit zum Haß und Unsegen.

Freilich hat der mechanisierte Produktionsprozeß die Tendenz, Handarbeit in Überwachungsarbeit zu verwandeln, und sie hierdurch gewissermaßen von neuem zu vergeistigen. Doch diese Umwandlung dauert zu lange und geschieht nicht restlos."(14) Erstaunlich diese Einsicht und Weitsicht.

Schon als junger Mensch beschäftigte sich Rathenau mit dem Problem, wie sich der Unternehmer zur Technik verhalten soll. So schreibt der Fünfundzwanzigjährige an den Bruder: "Für Deine Studien ein paar private Anmerkungen: Maschinenbau ist sehr hübsch zu wissen, darum bin ich sehr damit einverstanden. Konstruieren aber, glaube ich, überläßt man im letzten Jahrzehnt des XIX. den Bureauspezialisten. Eine Technik lohnt sich nur dann, wenn sie noch produziert. Selbst Dynamokonstruktion (außer mehrphasigen) ist nicht mehr aktuell. Was ich für Dich hoffe ist: Beurteilen können eines gegebenen Exemplars, einer Konstruktion; Übersicht über die Entwicklung der Systeme, Kenntnis der Hauptwerkstätten und ihrer Produkte. Sehr wichtig ist Technologie, ganz gleich was, und wenn's Papierindustrie ist. Das gibt neue Ideen. Hauptsache: Neben dem labbrigen Kolleg viele Fabriken sehen. Was man dort sich unbewußt einprägt, lohnt sich immer der Mühe. Besonders was für Konstruktionen, für Materialien etc. möglich sind, das schöpft man immer aus Reminiszenzen."(15)

Die weltpolitische Rolle der Technik wird auch aus seinen folgenden Bemerkungen deutlich. Rathenau entwickelt in seiner 1919 erschienenen Schrift "Die neue Gesellschaft" die Vision eines nach seinem Verständnis vollsozialisierten Deutschlands unter zwei Voraussetzungen: "Wir wollen ferner zwei sehr optimistische Voraussetzungen machen: erstens, daß technischer Fortschritt unsere Deklassierung und Distanzierung gegenüber dem Auslande bis zu einem erträglichen Verhältnis ausgleicht; zweitens, daß durch eine gewaltige und rechtzeitige Reform des Erziehungs- und Bildungswesens, deren geringster Aufwand auf etwa drei Milliarden zu schätzen ist, der völlige Kulturbruch verhütet ist."(16) Gleichberechtigung unter den Völkern für Deutschland durch technischen Fortschritt! Hat doch gerade auch der Krieg die ganze Bedeutung der Technik offenbart! Rathenau schrieb jedoch schon 1911: "Gleichzeitig ist die Kriegführung zur Technik geworden. Sie beruht nicht mehr allein auf Mannszucht und Bravour; Erfindungsgabe und Initiative geben den Siegen der neueren Zeit eine intellektuelle Färbung."(17)

12 Rathenau, Walther, Die neue Wirtschaft, Berlin 1918, S. 33 f.

13 Ebenda, S. 34.

14 Rathenau, Walther, Autonome Wirtschaft, Jena 1919, S. 7.

15 Derselbe, Briefe, Neue Folge, Dresden 1930, S. 78 f.

16 Derselbe, Die neue Gesellschaft, S. 29.

17 Derselbe, Kritik der dreifachen Revolution, Berlin 1919, S. 111.

Eine "intellektuelle Färbung"! Intellekt! wie wichtig ist er für die Wirtschaft! Am 11. Juli 1917 schrieb Rathenau an den Staatssekretär a. D. von Jagow: "Die Größe der intellektuellen Vorzüge habe ich im wirtschaftlichen Leben oft ermessen können. Moderne Wirtschaftsform läßt sich ohne Hilfe dieses intellektuellen Einschlag es schlechthin nicht mehr durchführen. Wir haben diesen Einschlag viel nötiger als Engländer und Franzosen, die von diesen Qualitäten mehr besitzen als wir."(18)

Wo blüht die Technik am lebhaftesten? In der "Kritik der dreifachen Revolution" heißt es: "Die beste Dampfturbine oder Verbrennungsmaschine kann auf die Dauer nur da erzeugt werden, wo man die meisten, die größten und die vollkommensten ihrer Art gebraucht, wo der Wohlstand technischer Produktion die größte Zahl der besten Ingenieure, Forschungsstätten und Prüffelder hervorbringt, wo die Menge der Verwendungsstellen die reichsten Betriebserfahrungen liefert, wo die ergänzenden, wetteifernden, zuliefernden Industrien auf höchster Höhe stehen und mitforschend am Gesamtergebnis teilnehmen, wo mit einem Wort eine Atmosphäre des technischen und wissenschaftlichen Überschwanges herrscht und auf Denken und Schaffen, Menschen und Dinge wirkt. Alle Hochschulen der Welt können diese Atmosphäre nicht schaffen und ersetzen, denn auch sie sind angewiesen auf eine Umwelt reichster Produktivität. Wo sie fehlt, kann eine einzelne Erfindung aufblitzen, doch alsbald nimmt das führende Ausland ihre Entwicklung auf und wirft das Urmodell zum alten Eisen. Auf die Dauer kann kein Wirtschaftsgebiet vom Nachbilden fremder Technik leben, es verblassen die Zusammenhänge, man kommt außer Tritt und klappt nach."(19) Und schon 1819 schrieb Rathenau an Maximilian Harden von einer ideal starken Industrie: "Eine solche Industrie ist möglich durch Assoziation des 'schlaun Kompagnons' mit moderner Forschung; und diese Industrie macht ein Land stark, nicht abhängig. Aber sie erfordert ihren eigenen Boden, ihre eigene Tradition, ihre eigene Schulung, ihre eigene Wissenschaft".(20)

Und damit sind wir zu einem Kardinalproblem der Zeit vorgestoßen, zur Verbindung von Industrie und Wissenschaft, wie sie zuvor unbekannt war und erst am Anfang des 20. Jh. voll zum Durchbruch kam. Wenn wir von einigen reichen Amateuren absehen, wurde wissenschaftliche Forschung im 19. Jh. vor allem an den Universitäten betrieben. Erst gegen Ende des Jahrhunderts begannen einige industrielle Großbetriebe mit eigener, eng mit der jeweiligen Produktion verbundener Forschung.

Da jedoch die Zahl der Studenten laufend stieg, der Universitätsbetrieb als Lehrbetrieb, ebenso wie auch Verwaltung und gesellschaftliche Veranstaltungen, immer stärker die Kräfte der Professoren beanspruchte, blieb relativ immer weniger Zeit zur Forschung.

Daraus ergab sich die dringende Notwendigkeit einer Reorganisation der wissenschaftlichen Arbeit. Es mußten wissenschaftliche Institutionen geschaffen werden, in denen nur geforscht wurde, während der Vorlesungsbetrieb, an dem nebenbei teilzunehmen den Wissenschaftlern an den Forschungsanstalten durchaus möglich war den Universitäten vorbehalten blieb.

Die größte organisatorische Leistung in dieser Richtung vor dem ersten Weltkrieg war die Kaiser Wilhelm-Gesellschaft, die in der Hauptsache naturwissenschaftliche Institute umfaßte. Und diese Leistung wurde unter Führung der chemischen und Elektroindustrie vom deutschen Monopolkapital vollbracht, das endlich die ganze Bedeutung der Wissenschaft für Produktion und Profit erkannte.

18 Derselbe, Briefe, Neue Folge, S. 232.

19 Derselbe, Kritik der dreifachen Revolution, S. 42.

20 Derselbe, Briefe, Neue Folge, S. 118.

Die Kaiser Wilhelm-Gesellschaft hatte einen kleinen, doch nicht unwichtigen Vorgänger, die Physikalisch-Technische Reichsanstalt, über die einer ihrer späteren Präsidenten, der bedeutende Chemiker Emil Warburg, so berichtete:

"Im Jahre 1873 richtete Prof. Foerster nach vorangegangener mündlicher Besprechung an den Chef der Kgl. Preussischen Landestriangulation General v. Morozowicz ein Promemoria, in welchem er auf den Rückgang der deutschen Präzisionsmechanik hinweist und als hauptsächliche Ursache davon die Unmöglichkeit bezeichnet, aus diesem Gewerbe durch Einführung des Massenbetriebs reichlichen Gewinn zu ziehen. Indem er hieraus folgert, daß die Präzisionsmechanik ebenso wie die wissenschaftliche Forschungsarbeit der staatlichen Unterstützung bedürfe, macht er den bestimmten Vorschlag, einen durch ein technisches Kollegium zu verwaltenden Dispositionsfonds zu errichten und aus diesem 1. jahresgehälter an hervorragende Talente, 2. Beihilfen zur Anschaffung kostspieliger Apparate zu gewähren, 3. eine Sammlung wichtiger Präzisionsapparate nach dem Muster des conservatoire des arts et des métiers herzustellen.

Zur Beratung dieser Vorschläge berief der General v. Morozowicz eine Kommission, welcher auch Siemens angehörte. Derselbe erklärte sich gegen die Vorschläge 1 und 2, dagegen für den Vorschlag 3 und regte an, mit der Sammlung eine Musterwerkstatt zu verbinden. Den Ansichten von Siemens pflichtete Helmholtz bei."(21) "Reichlichen Gewinn" sollten die Arbeiten der Reichsanstalt der Industrie bringen. Und man kann sagen, daß ohne die Unterstützung von Siemens und Helmholtz, letzterer wurde später einer ihrer Leiter, Foerster nicht erfolgreich gewesen wäre.

Während aber die Reichsanstalt eine staatliche Einrichtung war, ist die Kaiser Wilhelm-Gesellschaft, ganz abgesehen vom Einfluß auf die Forschung, auch was ihre Finanzierung betrifft, ein gemeinsames Unternehmen von Staat und Industrie. Die treibende Kraft - auf dem Hintergrund der Bedürfnisse der Wirtschaft - zur Errichtung der Gesellschaft war der große Gelehrte Adolf von Harnack in engster Verbindung mit den größten Industriellen Deutschlands. In seiner berühmten Denkschrift an den Kaiser vom 21. November 1909 über Charakter und Notwendigkeit einer solchen Institution heißt es: "Erkennt der Staat diese Pflicht an und ist er bereit, sie nach Maßgabe seiner Kräfte zu erfüllen, so darf er aber auch auf die Beteiligung weiter privater Kreise rechnen; denn es ist allerdings kaum mehr möglich, daß der Staat allein allen Bedürfnissen der Wissenschaft gerecht wird."(22)

Nachdem Harnack dann im einzelnen dem Kaiser noch Vorschläge über die Höhe der jährlichen Mindestbeiträge der von ihm als Mäzenaten bezeichneten Monopolisten und die Verwaltung der Kaiser Wilhelm-Gesellschaft gemacht hatte, stellt er noch fest: "Der Plan hat meines Erachtens Aussicht auf einen vollen Erfolg, da in den letzten Jahren Erwägungen und Wünsche in dieser Richtung öfters laut geworden sind und da jüngst ein hervorragendes Mitglied der Großindustrie ihn dem alleruntertänigst Unterzeichneten in einer Unterredung in den Grundzügen entwickelt und nahegelegt hat."(23) Dieses "hervorragende Mitglied der Großindustrie" war Walther Rathenau.

Der Denkschrift Harnacks, die den Kaiser begeisterte, folgten intensive Beratungen. Es wird dann auch ein Gremium von "Vertrauenspersonen", bestehend aus zehn Industriellen, darunter Rathenau, für weitere, vor allem finanzielle Beratungen gebildet. Im Senat der schließlich gegründeten Institution findet sich der Name Rathenau nicht. Der Senat setzte sich aus 16 Vertretern der Wirtschaft und 4 Gelehrten zusammen.

21 Die Naturwissenschaften, Berlin, H. 50, 15. 12. 1916, S. 793.

22 Zit. nach: 25 Jahre Kaiser Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, hg. v. Max Planck, Bd. 1: Handbuch, Berlin 1936, S. 40.

23 Ebenda, S. 43.



## Die Anfänge der zentralstaatlichen Planung der wissenschaftlich-technischen Arbeit in der Deutschen Demokratischen Republik

von Wolfgang Mühlfriedel

Mit der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik im Oktober 1949 und dem Aufbau des zentralen Staatsapparates entstanden grundlegende Voraussetzungen für die Organisation, Leitung und Planung der wissenschaftlich-technischen Arbeit. Die Verantwortung für die inhaltliche Ausrichtung und die organisatorische Gestaltung der Forschung und Entwicklung oblag dem Ministerium für Planung. Die konkrete Zuständigkeit lag bei der Hauptabteilung Wissenschaft und Technik.(1)

Das materielle und personelle Fundament einer zentralstaatlichen Organisation, Leitung und Planung der wissenschaftlich-technischen Arbeit bildeten die staatlichen Forschungs- und Entwicklungsstellen. Ihre thematische Orientierung war zumeist noch durch die Arbeitsfelder geprägt, auf denen ihre führenden Mitarbeiter bereits vor und während des zweiten Weltkrieges tätig waren. Die Organisationsstruktur der Forschungs- und Entwicklungsstellen resultierte jedoch bereits aus den seit 1945 vollzogenen sozialökonomischen Veränderungen. Im Herbst 1945 hatte die sowjetische Besatzungsmacht die überwiegende Mehrheit der Natur- und Technikwissenschaftler sowie der Betriebsingenieure in von sowjetischen Ministerien eingerichteten Technischen Büros zusammengefaßt und mit Reparationsaufträgen beschäftigt.(2) Mit der Bildung des staatlichen sowjetischen Eigentums in Deutschland wurde ein Teil dieser Büros zu Forschungs- und Entwicklungsstellen der Sowjetischen Aktiengesellschaften (SAG) und ihrer Betriebe. Ende 1948 und im Laufe des Jahres 1949 löste die Sowjetregierung die meisten Technischen Büros auf und entband das deutsche Personal von dieser Mitarbeit an Reparationsaufträgen. Die Deutsche Wirtschaftskommission formierte aus den deutschen Arbeitsgruppen der Technischen Büros staatliche Forschungs-

1 Die Hauptabteilung Wissenschaft und Technik im Ministerium für Planung ging aus der gleichnamigen, durch die Kulturverordnung vom 31. März 1949 ins Leben gerufenen Hauptverwaltung hervor (Zentralverordnungsblatt /ZVOBl./, 1949, S. 227 f.). Die Mitarbeiter dieser Hauptverwaltung hatten, gestützt auf die Arbeiten der beiden Vorläuferinstitutionen, dem im Juli 1948 gegründeten "Büro für Forschung" und der daraus im November 1948 entstandenen "Gruppe Forschung und Entwicklung", damit begonnen, eine Übersicht über die wichtigsten Forschungs- und Entwicklungsstellen, Laboratorien, Konstruktionsbüros usw. zusammenzustellen und für die Jahre 1949 und 1950 Forschungspläne zu erarbeiten. Ausgewählte Forschungs- und Entwicklungsthemen wurden durch die Hauptverwaltung finanziert (Archiv Ministerium für Wissenschaft und Technik, /AMWT/, Bestand Leitung, Nr. 47).

2 Mühlfriedel, Wolfgang, Zur Rolle der sowjetischen Technischen Büros für den Neubeginn des wissenschaftlichen Lebens an der Bergakademie Freiberg und in der Grundstoffindustrie der DDR, in: Verbündete in der Forschung, Berlin 1976, S. 131 ff.

und Entwicklungsstellen und übertrag ihnen aus den Volkswirtschaftsplänen für die Jahre 1949 und 1950 abgeleitete Aufgaben.(3)

In den landeseigenen bzw. volkseigenen Betrieben war in den Jahren 1946 bis 1949 nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der wissenschaftlich-technischen Intelligenz tätig. An den akademischen Lehranstalten und Instituten hatten Natur- und Technikwissenschaftler die Forschungen wieder aufgenommen. Darüber hinaus existierten private Ingenieurbüros.

Im Laufe des ersten Halbjahres 1950 übernahm die Hauptabteilung Wissenschaft und Technik im Ministerium für Planung die Anleitung von 453 Forschungs- und Entwicklungsstellen, deren fachliche Struktur aus der Tabelle 1 hervorgeht.

Tabelle 1

Gliederung der von der Hauptabteilung Wissenschaft und Technik finanzierten Forschungs- und Entwicklungsstellen nach Volkswirtschaftsbereichen der DDR (Stand: 30. Juni 1950)

Volkswirtschaftsbereich	Anteil d. Forschungs- und Entwicklungsstellen (in %)
Bergbau/Kohle	4,9
Metallurgie	3,8
Elektromaschinenbau/Elektroenergie	5,1
Maschinenbau	19,6
Feinmechanik/Optik	6,8
Fernmeldewesen/Röhren/Lichttechnik	5,3
Leichtindustrie	9,3
Angewandte Chemie	9,5
Silikatchemie	5,5
Nahrungsmittelchemie	1,1
Grundlagenforschung Chemie	2,7
Grundlagenforschung Physik	5,7
Grundlagenforschung Biologie	3,5
Land/Forst	13,2
Bau- und Verkehrswesen	3,3
Ökonomie	0,7
Insgesamt	100,0

Quelle:

Archiv Ministerium für Wissenschaft und Technik, Bestand Leitung, Nr. 3.

Für 290 dieser Forschungs- und Entwicklungsstellen liegen Angaben über die Tätigkeitsstruktur der Mitarbeiter vor:

3 Wächtler, Eberhard/Mühlfriedel, Wolfgang/Michel, Wolfgang, Erich Rammler, Leipzig 1976, S. 52 f.



Mitarbeiterstruktur der in 290 von der Hauptabteilung Wissenschaft und Technik finanzierten Forschungs- und Entwicklungsstellen  
(Stand: Sommer 1950)

Tätigkeit	Anteil (in %)
Wissenschaftler und qualifizierte Entwicklungsingenieure	18,8
Konstrukteure, Ingenieure und Techniker	31,6
Mechaniker und Laboranten	19,9
Hilfskräfte	29,7
Insgesamt	100,0

Quelle:  
Archiv Ministerium für Wissenschaft und Technik, Bestand Leitung, Nr. 3.

In den von der Hauptabteilung Wissenschaft und Technik finanzierten Forschungs- und Entwicklungsstellen wurden im Juli 1950 an insgesamt 1 927 Themen gearbeitet.(4)

Die im Sommer 1950 vorliegende Übersicht über den Hauptteil des Forschungs- und Entwicklungspotentials der DDR und der unmittelbare Kontakt der Hauptabteilung zu den Zentren der wissenschaftlich-technischen Arbeit waren wichtige Voraussetzungen für die Erarbeitung eines längerfristigen Forschungs- und Entwicklungsplanes. Anfang 1950 hatten die Mitarbeiter dieser Abteilung, gestützt auf die bei der Zusammenstellung der Forschungspläne für 1949 und 1950 gesammelten Erfahrungen und ausgehend von ihrem Wissen um die künftigen volkswirtschaftlichen Schwerpunkte, die Arbeit an einem "Perspektivischen Plan Wissenschaft und Technik" aufgenommen, dessen erster Entwurf am 9. Februar 1950 vorlag.(5) In der Präambel des Entwurfs vom 18. April 1950 wurde festgestellt, daß die gesamte Entwicklung der Volkswirtschaft von den Fortschritten in der wissenschaftlichen Erkenntnis und deren Anwendung in der Technik abhängt, und daraus abgeleitet, "daß eine langfristige Planung der naturwissenschaftlichen, gesellschaftlichen und technischen Entwicklung von erst-rangiger Bedeutung ist".(6)

Der Plan formulierte in einem ersten Teil jene Aufgaben, die auf den Gebieten Materialwirtschaft, Erzeugnisqualität, Typenbereinigung usw. zu lösen waren. Ein zweiter Teil enthielt die Aufgaben zur Erzeugnis- und Verfahrensentwicklung. Der dritte umfaßte die Vorhaben der naturwissenschaftlichen Grundlagenforschung. Der geologischen Forschung blieb ein gesonderter Perspektivplan vorbehalten.(7)

Dieser Plan erfaßte in einer allgemeinen Form erstmals die Gesamtheit der in der DDR bereits verfolgten und neu aufzunehmenden wissenschaftlich-technischen Entwicklungsrichtungen. Die definierten Aufgabenkomplexe waren aus den volkswirtschaftlichen Erfordernissen abgeleitet und von sehr unterschiedlichem Konkretheitsgrad.(8) Die Struktur des perspektivischen Planes und die darin aufgenommenen Aufgaben spiegelten die Faktoren wider, die die wissenschaftlich-technische Arbeit Anfang der 50er Jahre objektiv bestimmten.

4 AMWT, Bestand Leitung, Nr. 3.

5 Ebenda, Nr. 24.

6 Ebenda.

7 Ebenda.

8 Ebenda.

An erster Stelle stand der Zwang, die wissenschaftlich-technischen Bedingungen für die Produktion solcher Erzeugnisse zu schaffen, die aufgrund der im kapitalistischen Deutschland entstandenen Arbeitsteilung in der DDR nicht oder nicht im erforderlichen Maße hergestellt wurden und deren Import in absehbarer Zeit nicht möglich war. Dazu gehörten vornehmlich metallurgische Erzeugnisse, Energieerzeugungsanlagen, schwere Werkzeugmaschinen, Ausrüstungen für die Grundstoffindustrie, Landmaschinen, Kraftfahrzeuge und Seeschiffe sowie pharmazeutische Erzeugnisse. Zweitens galt es Forschungs- und Entwicklungsarbeiten zur Pflege, Weiter- und Neuentwicklung von Erzeugnissen, Technologien und Verfahren in den Zweigen zu betreiben, die den wissenschaftlich-technischen Fortschritt trugen. Dafür waren in der DDR die Voraussetzungen sehr unterschiedlich ausgebildet. Einige Zweige verfügten traditionell über die dazu erforderlichen wissenschaftlich-technischen Zentren. Das betraf u. a. die feinmechanisch-optische Industrie, insbesondere den wissenschaftlichen Gerätebau, sowie ausgewählte Zweige der chemischen Industrie und des Maschinenbaus. In anderen Zweigen existierten wohl Produktionsstätten, aber das dazugehörige wissenschaftlich-technische Potential war in Westberlin oder in der Bundesrepublik angesiedelt. Solche Zweige waren z. B. die nachrichtentechnische Industrie, die chemische Grundstoffindustrie und verschiedene Branchen des Maschinenbaus und die elektrotechnische Industrie. Das Erfordernis, traditionelle Exportindustrien wissenschaftlich-technisch zu betreuen, bildete einen dritten Faktor.

In diesen Faktoren drückte sich die wirtschaftliche Situation aus, in der sich die DDR am Anfang der 50er Jahre befand. Sie war durch den eskalierenden Kalten Krieg geprägt, dessen Ursachen noch nicht umfassend von der Geschichtswissenschaft erforscht sind. Aber aus diesem weltweiten Konflikt, in dem sich die USA und die UdSSR mit ihren jeweiligen Verbündeten feindselig gegenüberstanden und der in jener Zeit in eine militärische Auseinandersetzung hinüberwachsen konnte, resultierte zugleich ein schroffer Gegensatz zwischen den beiden deutschen Staaten. Aus dieser weltpolitischen und nationalen Konstellation wurde die Notwendigkeit abgeleitet, die industrielle Struktur der DDR so zu verändern, daß der volkswirtschaftliche Reproduktionsprozeß weitgehend geschlossen werden konnte. Für den damit verbundenen Auf- und Ausbau der entsprechenden Industriezweige - es soll nur auf die Schwarzmetallurgie verwiesen werden - fehlten wesentliche Voraussetzungen. Die daraus erwachsenden Konsequenzen für die künftige wirtschaftliche Entwicklung der DDR hatte weitreichende Folgen für die inhaltliche Orientierung und für das Niveau der wissenschaftlich-technischen Arbeit. Für lange Jahre lag das Schwergewicht in Forschung und Entwicklung auf Gebieten, die international den wissenschaftlich-technischen Fortschritt nicht oder nur geringfügig bestimmten. Die sehr begrenzten Kräfte und Mittel wurden auf Arbeitsfelder gelenkt, die nur das Aufarbeiten und Nutzen vorhandener Erkenntnisse zuließen, so daß die in der DDR erzielten Ergebnisse - nimmt man einige davon aus, die tatsächliche Spitzenleistungen darstellten - wohl erlauben, die in Aussicht genommenen Produktionskapazitäten zu errichten, im allgemeinen von einem sehr mittelmäßigen Niveau waren.

Die weitgehend politisch begründete Wahl der industriellen Schwerpunkte hatten aber zur Folge, daß Industriezweige, die in der Vergangenheit den wissenschaftlich-technischen Fortschritt im internationalen Maßstab mitbestimmt hatten und auch in der DDR über gute materiell-technische und personelle Voraussetzungen verfügten, für lange Zeit nicht die notwendige Förderung erfahren konnten. Die hier skizzierte Entwicklung trat zu Beginn der 50er Jahre noch nicht so deutlich zutage. Noch herrschte die Ansicht vor, daß es möglich sei, die wissenschaftlich-technische Arbeit in einem umfassenden Sinne zu entfalten. In dem von einer Kommission des Politbüros der SED erarbeiteten Dokument "Der Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik (1951 bis 1955)" wird festgestellt, daß, "um den technischen Fortschritt in allen Zweigen der Volkswirtschaft zu fördern, die Errungenschaften der Wissenschaft und Technik in den Dienst der

Entwicklung der Friedenswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik und der Hebung des Wohlstandes des deutschen Volkes gestellt werden" müssen.(9) Dazu wurde als erforderlich angesehen, in allen Betrieben, Lehranstalten und Forschungsstellen die wissenschaftliche Forschung allseitig zu entwickeln.

Das Dokument hebt die Bedeutung eines langfristigen Planes der naturwissenschaftlichen Forschung und der technisch-technologischen Entwicklung für die Volkswirtschaft hervor und es nennt die Aufgabenkomplexe für die wissenschaftlich-technische Arbeit. Abschließend wird auf die Notwendigkeit verwiesen, alle Wissenschaftler, Ingenieure, Meister und handwerklichen Fachkräfte zur Erfüllung der auf diesem Gebiet gestellten Aufgaben heranzuziehen und der Förderung der jungen wissenschaftlichen und technischen Fachkräfte die gebührende Aufmerksamkeit zu schenken. In dem vom III. Parteitag gefaßten Beschluß wurde vorgeschlagen, in den Jahren 1951 bis 1955 für die wissenschaftlichen Forschungs- und Entwicklungsarbeiten, die geologische Forschung ausgenommen, insgesamt 400 Mill. DM einzusetzen.(10)

Auch andere Abschnitte des Dokumentes enthielten Aufgaben für die wissenschaftlich-technische Arbeit. Es soll nur auf die Mechanisierung, die Materialwirtschaft und die Modernisierung des Produktionsapparates oder auf die konkreten Festlegungen zur Heranbildung des ingenieurtechnischen Personals und zum Hochschulwesen verwiesen werden.

Anfang der 50er Jahre setzte die Regierung der DDR nennenswerte finanzielle Mittel ein, um die wissenschaftlich-technischen Zentren auszubauen.

In den Jahren zwischen 1950 und 1953 erhöhten sich die Investitionen für die sechs Universitäten der DDR und die Technische Hochschule Dresden um 145 %. Diese Mittel wurden verwendet, um die Kriegsschäden an den Instituten zu beheben und Neubauten zu errichten. So begann in jenen Jahren der Neubau des chemischen und des geologischen Instituts in Jena, an der Technischen Hochschule in Dresden entstanden seit 1950 u. a. die gut ausgestatteten Gebäude des Instituts für Schwachstromtechnik, und zwischen 1950 und 1954 wurde in Freiberg der große Komplex des Forschungsinstituts für Nichteisenmetalle gebaut. Diese Beispiele ließen sich fortsetzen.(11)

9 Dokumente der SED, Bd. 3, Berlin 1952, S. 149.

10 In dem Gesetz über den Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft in der DDR 1951 bis 1955 ist eine Summe von 790 Mill. DM eingesetzt, die zu 63,3 % für die technischen Entwicklungsarbeiten zu verwenden war (vgl. Gesetzblatt der DDR /GBl. DDR/, 1951, S. 980).

11 Geschichte der Universität Jena, 1548 - 1958, Bd. 11, Jena 1958, S. 740.

Die Haushaltmittel der Friedrich-Schiller-Universität, die über ein betont naturwissenschaftliches Profil verfügte, nahmen zwischen 1951 und 1953 wie folgt zu:

Tabelle 3

Entwicklung der Haushaltmittel der Friedrich-Schiller-Universität Jena  
1950 bis 1953

Jahr	Zunahme der Haushaltmittel gegenüber dem Vorjahr (in %)
1950	-
1951	39,2
1952	43,7
1953	17,2

Quelle:  
Geschichte der Universität Jena. 1548 - 1958, Bd. I, Jena 1958, S. 741.

Die Erweiterung des Forschungs- und Entwicklungspotentials war von dem Bemühen der Regierungsstellen begleitet, diesen Prozeß in Übereinstimmung mit den Grundrichtungen der volkswirtschaftlichen Entwicklung zu gestalten. Das aber setzte eine gründliche Übersicht über die auf diesem Gebiet bestehende Situation voraus. Darum ordnete der Ministerrat der DDR am 11. Mai 1950 die Überprüfung der Forschungstätigkeit, insbesondere in der Geologie, an. Eine unter Federführung der Hauptabteilung Wissenschaft und Technik tätige Kommission befaßte sich mit der allgemeinen Lage in der Forschung; der Zustand auf geologischem Gebiet wurde von einer zweiten Kommission geprüft.

Die erste Kommission legte am 20. Juni 1950 ihren abschließenden Bericht vor.<sup>(12)</sup> Im einführenden Teil des Berichtes wurde zunächst festgehalten, daß die Hauptabteilung Wissenschaft und Technik mit den Forschungs- und Entwicklungsstellen der Ministerien für Industrie und Volksbildung zusammenarbeite und Verbindung zu SAG-Betrieben aufgenommen habe. Dessen ungeachtet sah sich die Kommission zur folgenden Grundaussage veranlaßt: "Die Situation in der DDR ist dadurch gekennzeichnet, daß noch keine ausreichende Zentralisation der wissenschaftlichen und technischen Kräfte auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung stattgefunden hat. Die unzureichende Forschungs- und Entwicklungskapazität macht es notwendig, daß eine zusammenfassende Planung des Ausbaus aller Forschungs- und Entwicklungsstellen durchgeführt wird und zwar sowohl für die grundlegende naturwissenschaftliche Forschung als auch für die Entwicklung."<sup>(13)</sup>

Ferner wurde festgestellt, daß Zahl und Ausrüstung der Forschungs- und Entwicklungsstellen ebenso wie die Anzahl an qualifizierten Fachkräften den zu lösenden Aufgaben noch nicht gerecht werden. Der Mangel an Fachleuten resultierte aus dem geringen Zugang von Hoch- und Fachschulabsolventen und dem Weggang von qualifizierten Fachleuten in die Bundesrepublik Deutschland und nach Westberlin. Die Gründe dafür sah die Kommission in der ungenügenden Nutzung der in der Kulturverord-

12 AMWT, Bestand Leitung, Nr. 4.

13 Ebenda.

am 1. März 1949 festgelegten Förderungsmaßnahmen für die Angehörigen der naturwissenschaftlich-technischen Intelligenz, in einer Unterschätzung der wissenschaftlich-technischen Arbeit in Ministerien, Vereinigungen Volkseigener Betriebe und auch in Betrieben, in der unzulänglichen Personalpolitik gegenüber den Naturwissenschaftlern und Ingenieuren in der volkseigenen Industrie.

In einer nennenswerten Anzahl volkseigener Betriebe, aber auch in Leitungsgremien der Vereinigung Volkseigener Betriebe, verstanden es die Verantwortlichen nur ungenügend, Vertreter der wissenschaftlich-technischen Intelligenz in den Leitungsprozeß einzubeziehen. Ressentiments, die oftmals ihre Wurzeln in persönlichen Erfahrungen aus der Zeit vor 1945 hatten, standen einer kollegialen Zusammenarbeit mit Intellektuellen entgegen. Häufig wurde diesem Personenkreis auf eine sehr undifferenzierte Weise die ehemalige Beziehung zum faschistischen Regime nachgetragen. Derartige Vorbehalte bei den Leitungskräften wurden durch intelligenzfremde und -feindliche Stimmungen bei Teilen der Betriebsbelegschaften genährt. Mancher Wissenschaftler und Ingenieur hatte aus seiner reservierten Haltung zur innenpolitischen, insbesondere aber zur wirtschaftlichen Entwicklung in der DDR keinen Hehl gemacht. Dies und begründete Kritiken an Unzulänglichkeiten im Betrieb oder in der Gesellschaft wurden von Betriebsfunktionären vielfach als der Ausdruck einer gegen den gesellschaftlichen Fortschritt und den Arbeiter- und Bauern-Staat gerichteten Haltung gewertet. Das aus solchen Verhältnissen erwachsende politische Klima wirkte sich nicht nur auf den jeweiligen Betrieb, sondern auf den gesamten Zweig nachteilig aus. Derartige Konflikte entstanden vornehmlich auch in Betrieben, in denen traditionell gute Voraussetzungen für das Mitgestalten des wissenschaftlich-technischen Fortschritts gegeben waren, die aber aus den oben genannten Gründen nicht uneingeschränkt genutzt werden konnten. Hier lagen auch die Ursachen mit, die es westdeutschen und Westberliner Firmen erleichterten, Wissenschaftler und Ingenieure abzuwerben.

Der Bericht hält dazu fest: "Die bei der Hauptabteilung Wissenschaft und Technik zusammenlaufenden Informationen lassen erkennen, daß aus Westdeutschland eine systematische Abwerbung betrieben wird, die insbesondere bei qualifizierten Fachkräften durch günstigere Angebote nicht ohne Erfolg bleibt."(14)

Die Parteiführung der SED, die eine derartige Entwicklung besorgt verfolgte, sprach sich immer wieder sehr nachdrücklich für ein kameradschaftliches Zusammengehen der Arbeiterklasse mit der wissenschaftlich-technischen Intelligenz aus. Sie rügte sektiererisches Verhalten von Funktionären und Mitgliedern der SED unterschieden.

Ausdruck für das Bemühen der Parteiführung der SED um eine richtige Intelligenzpolitik sind die Beschlüsse des III. Parteitag, die Entschließung des Politbüros vom 25. April 1951 über die Verbesserung der Lage der technischen Intelligenz oder der Brief des ZK der SED vom 17. November 1951 an die Parteileitungen in den Ländern, Kreisen und Orten, in den Regierungs- und Verwaltungsorganen und in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben. In diesem Brief wurde die Intelligenzpolitik der SED sehr ausführlich dargelegt und Verstöße gegen die Linie der Partei scharf kritisiert.(15)

Der Bericht vom Juni 1950 befaßte sich ferner eingehend mit dem Wirken der Hauptabteilung Wissenschaft und Technik. Er enthielt Vorschläge, wie deren Struktur und personelle Besetzung zu verbessern sei, um die wachsenden Aufgaben lösen zu können. Der Bericht kritisierte, daß in den Vereinigungen Volkseigener Betriebe die Forschung und Entwicklung noch nicht die ihr gebührende Aufmerksamkeit fand. Den Forschungs- und Entwicklungsstellen fehlte es an Materialien und Geräten sowie an Literatur.

14 Ebenda.

15 Dokumente der SED, Bd. 3, S. 479 ff., 658 f.

Aus dieser Analyse zog eine am 22. Juni 1950 vom Ministerrat berufene Kommission Schlußfolgerungen, die in den am 27. Juli 1950 vom Ministerrat gefaßten Beschluß zur Förderung und Intensivierung der Forschung und der Entwicklungstätigkeit eingingen.(16) Der Ministerrat beauftragte das Ministerium für Planung, gemeinsam mit anderen Ministerien die Organisation der wissenschaftlich-technischen Arbeit und die Struktur der Forschungs- und Entwicklungsstellen zu überprüfen. Dem diente die im Beschluß angeordnete Registrierung der in der DDR existierenden Forschungs- und Entwicklungsstellen, die bis Ende 1950 vorgenommen werden sollte. Vom Ministerium für Planung wurden Vorschläge für eine reibungslose Planung der Forschung und Entwicklung erwartet. Als eine Voraussetzung für die durchgängige Planung der wissenschaftlich-technischen Arbeit ordnete der Ministerrat die Bildung einschlägiger Dienststellen in den Fachministerien, in den Vereinigungen Volkseigener Betriebe, an den Hochschulen, an der Akademie der Wissenschaften und in den Ländern an. Um zu einer sachkundigen Planung auf wissenschaftlich-technischem Gebiet zu kommen, legte der Ministerrat die Bildung von wissenschaftlich-technischen Beiräten bei der Hauptabteilung Wissenschaft und Technik fest. Den Beiräten wurde es zur Aufgabe gemacht, "die Entwicklung der Volkswirtschaft auf ihren Fachgebieten durch Beratung der zuständigen Regierungsstellen zu fördern, insbesondere das Ministerium für Planung bei der Aufstellung des Forschungs- und Entwicklungsplanes und bei der Planung neuer Forschungs- und Entwicklungsstellen zu beraten".(16) Das Ministerium für Planung erhielt den Auftrag, im Zusammenhang mit den Grundaufgaben des Volkswirtschaftsplanes den Aus- und Neubau naturwissenschaftlicher und technischer Forschungs- und Entwicklungsstellen zu bestimmen. Des weiteren legte der Ministerratsbeschuß die Struktur der Hauptabteilung Wissenschaft und Technik und die Grundsätze der Forschungsfinanzierung fest. Eine Reihe von Maßnahmen war darauf gerichtet, die Hemmnisse zu beseitigen, die einem schöpferischen Mitwirken der wissenschaftlich-technischen Intelligenz an den zu lösenden Aufgaben entgegenstanden. Sie betrafen das Bereitstellen von Fachliteratur, die stärkere Nutzung der Möglichkeiten, die mit der Kulturförderung für die Gestaltung der persönlichen Lebensverhältnisse der Angehörigen der Intelligenz gegeben waren, die Gehalts- und Pensionsregelungen, die Besuche von Fachkongressen in der BRD und im Ausland sowie die besondere Versorgung mit Lebensmitteln. Die Hauptdirektoren und Personalleiter der Vereinigungen Volkseigener Betriebe wurden beauftragt, der technischen Intelligenz die gebührende Aufmerksamkeit zu schenken. Schließlich orientierte der Beschluß auf die Planung des wissenschaftlich-technischen Nachwuchses. Ein gesonderter Punkt enthielt die Aufgaben auf dem Gebiet der Geologie. Die ersten Schritte zur Umsetzung des Ministerratsbeschlusses vom 27. Juli 1950 erfolgten noch unter Leitung des Ministeriums für Planung. Mit der im Ergebnis der Volkskammerwahlen vom Oktober 1950 vollzogenen Regierungsumbildung war aus der bisherigen Hauptabteilung Wissenschaft und Technik im Planungsministerium das Zentralamt für Forschung und Technik entstanden, dem als einem Organ des Ministerrates die zentrale Leitung und Planung der wissenschaftlich-technischen Arbeit oblag und das nun die Verantwortung für die Ausführung des Ministerratsbeschlusses trug.

Der Aufbau des im Ministerratsbeschluß vorgesehenen Apparates zur Leitung der wissenschaftlich-technischen Arbeit in den Fachministerien, in den Vereinigungen Volkseigener Betriebe, an den Hochschulen, Akademieeinrichtungen und in den Ländern bildete die wesentliche Voraussetzung für die einheitliche Planung der Forschung und Entwicklung. Nachdem im Sommer 1950 die Grundsätze für die Struktur und Arbeitsweise dieses Apparates beraten worden waren(17), entstanden 1951 die entsprechenden Dienststellen. Die mehrmaligen organisatorischen Veränderungen in den Fachministerien und das Fehlen geeigneter Mitarbeiter erschwerten den Aufbau dieses Leitungsapparates.(18)

16 Ebenda.

17 Ebenda.

18 Ebenda, Nr. 34.

Ausgehend von dem Perspektivischen Plan Wissenschaft und Technik" und dem Beschluß des III. Parteitagess der SED zum Fünfjahrplan 1951 bis 1955 begannen auf der Grundlage der vom Ministerium für Planung am 20. Oktober 1950 erlassenen "Verordnung über die Ausarbeitung des Fünfjahrplanes zur Entwicklung der Volkswirtschaft in der DDR 1951 bis 1955" im Herbst 1950 die Arbeiten am Planteil Forschung und Technik des Fünfjahrplanes 1951 bis 1955.(19) Die Hauptabteilung Wissenschaft und Technik hatte bereits im Mai 1950 die Forschungs- und Entwicklungsstellen beauftragt, dafür Vorschläge zu unterbreiten. Ende Januar 1951 forderte die Hauptabteilung eine Reihe ausgewählter Fachleute auf, ihre Ansicht über die in den kommenden Jahren zu verfolgenden Arbeitsrichtungen zu äußern.(20) Diese Wissenschaftler legten in den Monaten Februar und März 1951 ihre Vorstellungen in Exposés dar und erleichterten damit den Mitarbeitern des Zentralamtes für Forschung und Technik die Formulierung des entsprechenden Fünfjahrplaneiles. Von März bis September 1951 entstanden mehrere Entwürfe(21), in denen "die aus den Konstruktionsbüros und Laboratorien der Industrie und den wissenschaftlichen Instituten ausgearbeiteten Vorschläge zum Fünfjahrplan" sowie die Anregungen zahlreicher Professoren und anderer bedeutender Wissenschaftler und Techniker "weitgehend Berücksichtigung" fanden.(22)

Am 15. Oktober 1951 lag dem Ministerrat der DDR der endgültige Entwurf des Gesetzes über den Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR 1951 bis 1955 zur Beratung vor. Der Ministerrat billigte diesen Entwurf und unterbreitete ihn der Volkskammer der DDR, die das Gesetz auf ihrer Tagung am 31. Oktober und 1. November 1951 behandelte und verabschiedete.

Eine der im Gesetz formulierten Hauptaufgaben befaßte sich mit der Rolle von Wissenschaft und Technik in den kommenden Jahren: "Die Anwendung der Wissenschaft, der Ergebnisse der Forschung und technischen Entwicklung muß eine historische Wendung auf allen Gebieten der Produktion und im Leben überhaupt herbeiführen."(23) Aus dieser Hauptaufgabe wurden die im Abschnitt "Forschung und Technik" aufgeführten Arbeitskomplexe abgeleitet. Es wurde davon ausgegangen, daß die Entwicklung der Friedenswirtschaft in der DDR und die damit verbundene Steigerung des Wohlstandes der Bevölkerung einen mit allen Kräften geförderten technischen Fortschritt voraussetzen, daß es notwendig sei, die Arbeit der Wissenschaftler und Techniker allseitig zu entwickeln, und daß ihre Arbeitsergebnisse unverzüglich in der Produktion zu nutzen seien. Der Abschnitt enthielt allgemein gehaltene Aufgaben auf den Gebieten der Normung und Typisierung der Erzeugnisse, der Materialwirtschaft und der Qualitätsverbesserung. Die Entwicklungs- und Forschungsarbeiten zur Mechanisierung und Automatisierung wurden besonders herausgestellt. Als wichtige Vorhaben der Forschung und Entwicklung werden genannt:

1. die Arbeiten an Verfahren zur Gewinnung, Verarbeitung und Veredlung der Kohle, des Eisens und der Nichteisenmetalle, der Ausbau und die Mechanisierung des Bergbaus und der Metallurgie, die Konstruktion von Hütteneinrichtungen und Bergbaumaschinen eingeschlossen;
2. die Entwicklung schwerer Werkzeugmaschinen sowie neuer Fertigungs- und Formgebungsverfahren;
3. die Schaffung der Grundlagen für die Erweiterung des Verkehrs- und Transportwesens, Konstruktionen im Schiff- und Fahrzeugbau;

19 Ebenda, Nr. 24.

20 Ebenda, Nr. 22, 34.

21 Ebenda, Nr. 24.

22 Ebenda.

23 GBl. DDR, 1951, S. 973.

4. die Förderung der Bauindustrie und -technik;
5. die Forschungs- und Entwicklungsarbeiten für die Energiewirtschaft und den Elektromaschinenbau;
6. die Forschungs- und Entwicklungsarbeiten zur Verbesserung der Nachrichtentechnik und zur Sicherstellung einer breiten Anwendung der Meß-, Prüf- und Regeltechnik in allen Produktionszweigen;
7. die Entwicklung neuer Kunststoffe, synthetischer Fasern und neuer pharmazeutischer Präparate;
8. die Forschungs- und Entwicklungsarbeiten zur Steigerung der Hektarerträge und zur Verbesserung der Tierzucht.

Im Gesetz wurde ein Plan zur Einführung abgeschlossener Entwicklungsarbeiten in die Produktion gefordert, und die Angehörigen der wissenschaftlich-technischen Intelligenz wurden verpflichtet, sich für die Förderung von befähigten Nachwuchskräften einzusetzen.

In die Vorbereitung des Planteils Forschung und Technik für den Volkswirtschaftsplan 1952 hatte das Zentralamt für Forschung und Technik gleichfalls Experten einbezogen. Ihre Zuarbeiten bildeten eine Grundlage für die Thesen, die die Mitarbeiter der einzelnen Abteilungen zur inhaltlichen Ausrichtung des Planes formulierten.(24)

Die Abteilung Chemie verwies in ihren Thesen zur Forschung und Technik auf dem Gebiet der Kohleveredlung auf die Notwendigkeit, den Anteil der veredelten gegenüber der verbrannten Kohle zu erhöhen, die Standfestigkeit der Briketts, besonders durch die Erzeugung von Feinkornbriketts, zu verbessern, die ballast- und salzreiche Kohle zu veredeln, die Versuche zur Herstellung eines für die metallurgische und chemische Industrie geeigneten Braunkohlenkokses abzuschließen, die Ferngaserzeugung von Stein- auf Braunkohle umzustellen durch den Bau einer Produktionsstätte, in der die Kohle zunächst ent- und dann vergast wird, das Gebiet der Synthese weiterzuentwickeln, die Kraftstoff- und Schmierqualität zu verbessern, die Phenolherzeugung aus Schwelwasser und mittleren Ölphenolen zu steigern und ein zentrales Institut für Kohleveredlung einzurichten.(25)

Aus den Thesen der einzelnen Abteilungen stellte das Zentralamt für Forschung und Technik allgemeiner gefaßte Thesen zusammen, in denen neben den wissenschaftlich-technischen Aufgaben auch die Notwendigkeit hervorgehoben wurde, im Leitungsapparat die Planstellen mit geeigneten Mitarbeitern zu besetzen, im Reproduktionsprozeß der volkseigenen Betriebe der Forschung und Entwicklung den gebührenden Platz einzuräumen, Forschung, Investitionen und Produktion rechtzeitig zu koordinieren und auch in der wissenschaftlich-technischen Arbeit auf Plandisziplin zu achten.(26)

Im Frühjahr 1951 schuf das Zentralamt für Forschung und Technik mit der Bildung der im Ministerratsbeschluß vom 27. Juli 1950 angeregten wissenschaftlich-technischen Beiräte eine weitere Voraussetzung für das Mitwirken eines großen Kreises von Wissenschaftlern und Technikern an der inhaltlichen Bestimmung der im Jahr 1952 in Forschung und Entwicklung zu lösenden Aufgaben. Nach einer längeren Vorbereitung im zweiten Halbjahr 1950 und dem Beschluß des Ministerrates vom 1. Februar 1951 über die Bildung solcher Beratungsgremien(27) konstituierten sich unter Anleitung des Zentralamtes zwischen Mai und Juli 1951 auf den verschiedenen Fachgebieten wissenschaftlich-technische Beiräte.(28)

24 AMWT, Bestand Leitung, Nr. 23.

25 Ebenda.

26 Ebenda.

27 GBl. DDR, 1951, S. 72 ff.

28 AMWT, Bestand Leitung, Nr. 3.



Ende Juli 1951 hatten 20 wissenschaftlich-technische Beiräte mit insgesamt 250 berufenen Mitgliedern ihre Arbeit aufgenommen. Die Konstituierung von fünf weiteren Beiräten mit 56 Mitgliedern stand unmittelbar bevor. Die Mitglieder der wissenschaftlich-technischen Beiräte kamen zu 19,6 % aus dem Zentralamt für Forschung und Technik, zu 26,0 % aus den Fachministerien, zu 20,4 % aus der volkseigenen Industrie, zu 14,4 % aus wissenschaftlichen Instituten und Hochschulen, zu 15,2 % aus zentralen Dienststellen, u. a. aus der Staatlichen Plankommission, und 4,4 % vertraten den FDGB.

In den konstituierenden Sitzungen riefen die Beiräte insgesamt 68 Kommissionen ins Leben, die sich spezifischen Problemen zuwandten. In diesen Kommissionen arbeiteten neben Beiratsmitgliedern weitere Fachleute mit.

Im Mittelpunkt der ersten Beiratssitzungen stand die Diskussion über den Volkswirtschaftsplan 1952. Vertreter der Fachministerien und des Zentralamtes unterbreiteten in Vorträgen zu diesem Tagesordnungspunkt Vorschläge, nach deren Erörterung sich die Beiratsmitglieder über die daraus abzuleitenden Themen verständigten.

In dem Bericht des Zentralamtes für Forschung und Technik vom 3. Oktober 1951 über die Konstituierung der wissenschaftlich-technischen Beiräte wurde festgestellt, daß es die neuen Gremien ermöglichten, den Jahresplan für 1952 früher als im Vorjahr vorzubereiten und die Planungsarbeit intensiver und differenzierter zu betreiben.

Das gestattete es dem Zentralamt, den Forschungs- und Entwicklungsstellen die im kommenden Jahr zu bearbeitenden Themen frühzeitig mitzuteilen. Im Bericht wurde auch hervorgehoben, daß die Wissenschaftler und Ingenieure durch die Diskussion des Planes ihre eigene Tätigkeit in einem größeren gesellschaftlichen Zusammenhang sahen und daß sie vielfach ihre Vorhaben zum ersten Male aufeinander abstimmten.

Die Mitglieder der Beiräte und ihrer Kommissionen nutzten die Plandiskussion auch, um Vorschläge für eine wirksamere Organisation und Leitung der wissenschaftlich-technischen Arbeit zu unterbreiten. Kritisch wurde vor allem die unflexible Praxis der Finanzierung von Forschungs- und Entwicklungsarbeiten, der ungenügende Zugang zur Fachliteratur und der fehlende Nachwuchs für die Forschung vermerkt.(29)

Im Spätherbst 1951 kamen die wissenschaftlich-technischen Beiräte zu ihrer zweiten Sitzung zusammen, um den Inhalt des Forschungsplanes für 1952 abschließend zu behandeln.(30) Der Entwurf des Planes Forschung und Technik vom 19. Januar 1952 enthielt 3 590 Themen.(31)

Die wissenschaftlich-technischen Beiräte beim Zentralamt für Forschung und Technik stellten das erste System ständiger Gremien dar, in denen Natur- und Technikwissenschaftler und Betriebsingenieure gemeinsam mit Mitarbeitern des Staatsapparates damit begannen, die Arbeit auf den verschiedenen Fachgebieten mitzuplanen, das Forschungs- und Entwicklungspotential entsprechend zu lenken, für das Überleiten von Forschungs- und Entwicklungsergebnissen in die Produktion mit zu sorgen und die staatlichen Investitionen zu begutachten.

Die Feststellung im Oktoberbericht des Zentralamtes für Forschung und Technik über den fehlenden Nachwuchs für die Forschungs- und Entwicklungsstellen wies darauf hin, daß eine wichtige Maßnahme des Ministerratsbeschlusses vom 27. Juli 1950 nicht die gebührende Aufmerksamkeit gefunden hatte. Ende 1950 mußte in einer Analyse über die Durchführung dieses Beschlusses eingeräumt werden, daß die "Pla-

29 Ebenda.

30 Ebenda.

31 Ebenda, Nr. 23.

nung der Entwicklung des wissenschaftlich-technischen Nachwuchses bislang nur in einzelnen Fällen in Angriff genommen werden konnte".(32) Als Grund dafür wurde Personalmangel im Zentralamt für Forschung und Technik angeführt. Obgleich mit der Verordnung über die Neuorganisation des Hochschulwesens vom 12. Februar 1951, günstigere Voraussetzungen für eine Planung des wissenschaftlich-technischen Nachwuchses entstanden waren, kam es im Laufe des Jahres 1951 noch nicht zu wesentlichen Veränderungen.(33) Das neugebildete Staatssekretariat für Hochschulwesen hatte diese Aufgabe nicht mit der erforderlichen Entschiedenheit verfolgt. Die Staatliche Plankommission und die Fachministerien teilten ihrerseits dem Hochschulwesen nicht eindeutig genug mit, welche Fachrichtungen besonders zu fördern waren. In den industriellen Ministerien und Staatssekretariaten waren die Vorstellungen darüber, wie sich Umfang und Struktur des wissenschaftlich-technischen Personals in den einzelnen Zweigen entwickeln müßten, noch unklar.(34)

Im ersten Halbjahr 1952 spitzte sich die Situation auf diesem Gebiet außerordentlich zu. An der Technischen Hochschule Dresden waren z. B. 80 Professoren- und Dozentenplanstellen unbesetzt, von den 78 tätigen Hochschullehrern hatten 15 das 65. Lebensjahr bereits überschritten und 10 Hochschullehrer würden in den kommenden fünf Jahren die Altersgrenze erreichen.(35) Dieser Sachverhalt veranlaßte die Staatliche Plankommission in der Sitzung vom 7. Juni 1952, die Planung des wissenschaftlich-technischen Nachwuchses zu behandeln und eine Kommission einzusetzen, deren Aufgabe es war, entsprechende Veränderungen vorzubereiten.

Am 27. Juni 1952 fand im Zentralamt für Forschung und Technik eine Beratung über die Lage an den technischen Lehranstalten statt. Die Teilnehmer der Beratung kamen zu dem Schluß, daß es dringend geboten sei, an der Technischen Hochschule Dresden die Zusammensetzung der Studentenschaft zugunsten der technischen Fachrichtungen zu verändern und an dieser Hochschule sowie an der Bergakademie Freiberg die Ausbildungskapazitäten zu erweitern. An den Universitäten Berlin, Leipzig, Halle, Jena und Rostock sollten technische Fakultäten eingerichtet werden. Darüber hinaus sei zu prüfen, ob in Chemnitz eine Fachhochschule für Maschinenbau gegründet werden könne.(36)

Im Ergebnis der Diskussion erhöhte das Staatssekretariat für Hochschulwesen am 1. Juli 1952 die Zahl der Zulassungen für die technischen Fachrichtungen im Studienjahr 1952/53.(37) Anfang Juli 1952 erteilte das ZK der SED den zuständigen staatlichen Organen den Auftrag, ein Dokument zu erarbeiten, in dem die Maßnahmen zur Förderung des wissenschaftlich-technischen Nachwuchses festgelegt werden.(38) In diesem Zusammenhang entstand der am 12. Juli 1952 abgefaßte Bericht über die Ausbildung von wissenschaftlich-technischen Kadern, der Vorschläge an die Staatliche Plankommission enthielt, die sich weitgehend mit den in der Beratung am 27. Juni 1952 im Zentralamt für Forschung und Technik gezogenen Schlußfolgerungen deckten.(39)

32 Ebenda, Nr. 4.

33 GBl. DDR, 1951, S. 123 ff.; Dokumente der SED, Bd. 3, S. 353 ff.

34 AMWT, Bestand Leitung, Nr. 30.

35 Ebenda.

36 Ebenda.

37 Ebenda.

38 Ebenda.

39 Ebenda.

Der Ministerrat der DDR faßte am 4. September 1952 den Beschluß, daß bis zum 15. September 1952 "Direktiven für die Ausarbeitung eines Perspektivplanes und von Perspektivmaßnahmen für die planmäßige Erweiterung der bestehenden und die Schaffung neuer Hochschulen, die Errichtung neuer Fakultäten, Fachrichtungen usw." vorzulegen seien. Die ins Auge gefaßten Maßnahmen sollten bis 1955 realisiert sein.(40)

Die Realisierung der geplanten wissenschaftlich-technischen Vorhaben hing in starkem Maße von den Arbeits- und Lebensbedingungen der in den Forschungs- und Entwicklungsstellen tätigen Mitarbeiter ab. Die im Ministerratsbeschluß vom 27. Juli 1950 dazu enthaltenen Festlegungen waren nicht im erforderlichen Maße zum Tragen gekommen. Darum befaßte sich das Politbüro der SED, wie schon eingangs erwähnt, am 25. April 1951 mit der Verbesserung der materiellen Lage der technischen Intelligenz in der volkseigenen Industrie. In der dazu angenommenen Entschlie-ßung wurde kritisch festgestellt, "daß die Minister der volkseigenen Industrie und die Direktoren der Betriebe den Wünschen und Sorgen der technischen Intelligenz nicht die notwendige Aufmerksamkeit geschenkt haben."(41)

Das Politbüro veranschaulichte an konkreten Beispielen, wie wenig die gesetzlich fixierten Möglichkeiten zur Verbesserung der Lebensverhältnisse des ingenieurtechnischen Personals genutzt worden waren. Zum gleichen Ergebnis kam das Zentralamt für Forschung und Technik in einer Zuarbeit für den Stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Walter Ulbricht, am 4. Mai 1951.(42)

Auf Anregung des Politbüros der SED beschloß der Ministerrat der DDR am 12. Juli 1951 umfangreiche Maßnahmen zur Gestaltung der Lebensbedingungen der Hochschul-lehrer und der führenden Wissenschaftler an der Akademie der Wissenschaften und erließ am 28. Juni 1951 die Verordnung über die Erhöhung der Gehälter für Wissen-schaftler, Ingenieure und Techniker in der DDR.(43)

Zusammenfassend läßt sich konstatieren, daß die im Ministerratsbeschluß vom 27. Ju-li 1950 festgelegten Maßnahmen zur Förderung der Forschung und Entwicklung in der DDR bis zur Mitte des Jahres 1952 in Angriff genommen worden waren.

Das Register über die maßgeblichen staatlichen Forschungs- und Entwicklungsstel-len war durch das Zentralamt für Forschung und Technik bis Ende 1952 erstellt. Es verzeichnete zu diesem Zeitpunkt 1 442 derartige Stellen.(44)

Im Zusammenhang mit den Volkswirtschaftsplänen für die Jahre 1951 und 1952 hat-te das Zentralamt für Forschung und Technik gemeinsam mit den Leitern der For-schungs- und Entwicklungsstellen sowie mit den zuständigen Ministerien die Ar-beitsthemen für die jeweiligen Jahre festgelegt, die Termine für die einzelnen Ar-

40 Ebenda. - Am 17. September 1951 erließen die Staatliche Plankommission und das Staatssekretariat für Hochschulwesen eine Instruktion zur Erarbeitung von Plänen für die Herausbildung des wissenschaftlich-technischen Nachwuchses (GBl. DDR, 1952, S. 893 ff.).

41 Dokumente der SED, Bd. 3, S. 480.

42 AMWT, Bestand Leitung, Nr. 30.

43 Dokumente der SED, Bd. 4, Berlin 1954, S. 37 f., 58 ff.; GBl. DDR, 1952, S. 510 ff.

44 AMWT, Bestand HA I, Nr. 51. - Die Struktur der Forschungs- und Entwicklungsstellen Ende 1952 und das in ihnen beschäftigte Personal wird in einem folgen-den Beitrag analysiert.

Beitsschritte fixiert und die verfügbaren Mittel disponiert. Das Zentralamt übte, abhängig von seinen personellen Möglichkeiten, die Kontrolle über den Ablauf der Forschungs- und Entwicklungsarbeiten aus und erfaßte die erzielten Ergebnisse.

Bei der Auswahl der Arbeitsthemen dominierten jene, die den aus den jeweiligen Volkswirtschaftsplänen abgeleiteten Schwerpunkten entsprachen. Die zeitlichen Vorgaben für den Themenabschluß waren oftmals unreal und konnten in der vorgesehenen Frist nicht bewältigt werden.

Verschiedentlich wurden Themen in die Jahresplanung aufgenommen, die den volkswirtschaftlichen Schwerpunkten nicht entsprachen. Dabei handelte es sich sowohl um Arbeitsaufgaben, die Wissenschaftler in den Plan eingebracht hatten, weil von ihrer Lösung künftige Entwicklungen von Erzeugnissen und Verfahren abhingen, deren Bedeutung aber von industriellen Führungskräften in jener Zeit nicht erkannt wurden, als auch um Themen, die ausschließlich im Interessenfeld einzelner Wissenschaftler lagen und weder von aktueller noch von künftiger Bedeutung waren. Ungeachtet der Einschränkungen läßt sich feststellen, daß unter Federführung des Zentralamtes für Forschung und Technik die Planung der wissenschaftlich-technischen Arbeit für das Jahr 1952 schon wirkungsvoller als bislang war. Dieses Ergebnis läßt freilich nicht darüber hinwegtäuschen, daß es nicht gelungen war, die Grundbedingungen des Forschungs- und Entwicklungsprozesses koordiniert und langfristig zu planen. Das traf insbesondere auf das Überleiten von Ergebnissen der wissenschaftlich-technischen Arbeit in die Produktion zu.

Das hatte vielfältige Ursachen, von denen nur einige hier angedeutet werden können. An erster Stelle ist die Art und Weise der volkswirtschaftlichen Planung zu nennen, die das Nutzen von Ergebnissen der Forschung und Entwicklung nicht stimulierte. Eine Rolle spielten ferner die Folgen, die die wirtschaftliche Gesamtlage der DDR jener Zeit für die Überleitung von wissenschaftlich-technischen Ergebnissen in die Produktion hatten. Es fehlte an Investitionsmitteln und an dem notwendigen Material, die staatlichen Leitungen waren vollauf mit aktuellen Problemen befaßt. Kapazitäten, die disponibel sein mußten, um ein Erzeugnis oder Verfahren zur Produktionsreife zu bringen - es soll nur auf den Musterbau verwiesen werden - fehlten weitgehend. Die aus dem Kalten Krieg resultierenden Einflüsse auf den Wirtschaftsablauf in der DDR, auf die unverzüglich reagiert werden mußten, waren beachtlich. Nach wie vor zeigten viele Leiter in der volkseigenen Industrie keine Einsicht in die Notwendigkeit, künftige Produkte oder Technologien rechtzeitig durch Wissenschaftler und Ingenieure vorzubereiten. In der wissenschaftlich-technischen Intelligenz war Unglauben in die Möglichkeit, den Forschungs- und Entwicklungsprozeß und die Nutzung seiner Ergebnisse überhaupt langfristig zu planen, verbreitet. Nur ein kleiner Kreis von Wissenschaftlern und Betriebsingenieuren hatte in der kapitalistischen Großindustrie entsprechende Erfahrungen sammeln können.

Von diesen Problemen, die bei den ersten Versuchen einer zentralstaatlichen Planung der wissenschaftlich-technischen Arbeit auftraten, konnte eine Reihe auch in den folgenden Jahrzehnten nicht befriedigend gelöst werden.

## Die Neubäuerliche Gemeinwirtschaft in Haus Zeitz

Zur Durchführung der demokratischen Bodenreform

von Wolfgang Heun/Gundula Heidenreich

1. Zur Neubäuerlichen Gemeinwirtschaft
2. Zum Verlauf der demokratischen Bodenreform in Haus Zeitz
3. Die Auflösung der Neubäuerlichen Gemeinwirtschaft in Haus Zeitz

Untersuchungen zum Verlauf der demokratischen Bodenreform auf dem Territorium der heutigen DDR nehmen in der agraren Historiographie einen ausschlaggebenden Platz ein. Interessant für die Geschichtsschreibung sind vor allem die vielfältigen Aspekte, die den komplizierten Entwicklungsweg der Vorbereitung der demokratischen Bodenreform, der Enteignung der kapitalistischen Gutsbetriebe und der Wirtschaften von Naziaktivisten und Kriegsverbrechern sowie der Schaffung lebensfähiger Neubauernwirtschaften erhellen.

Dabei nimmt die Neubäuerliche Gemeinwirtschaft im Zuge der demokratischen Bodenreform einen wichtigen Platz ein. Im folgenden Beitrag sollen Untersuchungen über die Notwendigkeit, Art und Weise der Organisation und Aufhebung dieser Form gemeinsamer Arbeit bäuerlicher Warenproduzenten am Beispiel des Herzoglich-Anhaltischen Rittergutes Haus Zeitz in der ehemaligen Provinz Sachsen (heute Kr. Bernburg, Bez. Halle) bereits vorliegende Forschungsergebnisse von Siegfried Kuntsche und Rolf Stöckigt erweitern.<sup>1)</sup>

Den Untersuchungen liegen die Akten des Ortskomitees der gegenseitigen Bauernhilfe, Haus Zeitz, zugrunde, die der Genossenschaftsbauer Georg Paul bis zur Übergabe an die LPG "Saaleaue" Beesenlaublingen 1983 dankenswerterweise sorgsam aufbewahrt hat.

### 1. Zur Neubäuerlichen Gemeinwirtschaft

Ein anschauliches Bild über die Probleme der strukturellen Umwandlung des Gutsbetriebes zur Neubäuerlichen Wirtschaftsführung im Norden der sowjetischen Besatzungszone (SBZ), besonders im Land Mecklenburg, liefert Kuntsche, indem er die dortige Verbreitung der Neubäuerlichen Gemeinwirtschaft beschreibt. Darunter wird die Unterbrechung der revolutionären Umgestaltung auf dem Lande nach der Aufteilung der jeweiligen Wirtschaft verstanden. Anstatt den Umstellungsprozeß auf ein-

<sup>1</sup> Kuntsche, Siegfried, Probleme der Auflösung des Gutsbetriebes und des Aufbaues der Neubauernwirtschaften bei der demokratischen Bodenreform, in: Aus der Agrargeschichte, hg. v. Agrarhistorischen Museum Alt Schwerin u. d. Bezirkskomitee der Historiker-Gesellschaft der DDR, Alt Schwerin 1975; Stöckigt, Rolf, Der Kampf um die demokratische Bodenreform Mai 1945 bis April 1946, Berlin 1964.

zelnäuerliche Wirtschaftsweise konsequent zu Ende zu führen, wurde in solchen Fällen der aufgeteilte Betrieb von den Landempfängern gemeinsam weiter bewirtschaftet.

Nach Edwin Hoernle, der sich 1946 u. a. mit dieser Gemeinwirtschaft auseinandersetzte, war für die neubäuerliche Gemeinwirtschaft kennzeichnend(2):

- Bewirtschaftung des Ackerlandes im Rahmen der bisherigen Gutsschläge;
- gemeinschaftliche Nutzung der Wiesen, Weiden und des Waldes;
- Konzentration der landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte auf dem Wirtschaftshof trotz Aufteilung;
- Konzentration der Zugtiere in der Gemeinwirtschaft;
- gemeinschaftliche Viehhaltung ohne Berücksichtigung der Besitzansprüche der Neubauern;
- Einteilung der Feld-, Hof- und Stallarbeiten durch den Leiter der Gemeinwirtschaft;
- Bezahlung der Arbeitsleistungen der Neubauern in Geld- oder Naturalform.

Untersuchungen von Gerhardt Dittmar, Herbert Hofer und Günther Sandner(3) sowie Marion Gurschke(4) weisen nach, daß auch in der Provinz Sachsen während der demokratischen Bodenreform bäuerliche Gemeinwirtschaften mit den oben genannten Merkmalen gebildet wurden. Im Territorium des heutigen Kreises Bernburg war das in Haus Zeitz, Plötzkau und Ilberstedt der Fall. Kuntsche verweist am Beispiel Mecklenburgs auf die Motive solcher dem Inhalt der demokratischen Bodenreform widersprechenden Organisationsformen, in denen die Neubauern ihre mit der Bodenreform übereigneten Produktionsmittel gemeinsam nutzten und bewirtschafteten. Er definiert zwei konträre Grundtypen solcher Gemeinwirtschaften, deren Unterschiede durch die Motive ihrer Bildung determiniert sind: der reaktionäre Typ, bei dem es um das Hinauszögern der Bodenreform und um den Erhalt der Gutswirtschaft für den Fall der Restauration der kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse ging, und der Typ, der aus rein rationellen und psychologischen Erwägungen insbesondere durch die Neubauern gebildet wurde, die ehemals befehlsgewohnte Landarbeiter waren.(5)

Im Kreis Bernburg war es die bis April 1946 bestehende "Dorfgemeinschaft Rote Scholle" in Ilberstedt, die dem reaktionären Typ entsprach(6), die Gemeinwirtschaften in Plötzkau und Haus Zeitz entsprachen also dem zweiten Typ. Auf die in Haus Zeitz wird im folgenden näher eingegangen.

- 2 Hoernle, Edwin, Die Bodenreform - ein Weg zu Demokratie und Frieden, Berlin 1946; derselbe, Das Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern, in: Einheit, 2/1946, S. 75.
- 3 Dittmar, Gerhardt, Die Aufteilung der Domäne Plötzkau, in: Abtreten, Herr von Alvensleben! Beiträge zur Geschichte der demokratischen Bodenreform im Kreis Bernburg, hg. v. d. Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung der Kreisleitung Bernburg der SED, Bernburg 1965, S. 27 ff.; Hofer, Herbert, Ein "Genossenschaftsplan". Zur Durchführung der demokratischen Bodenreform in Ilberstedt, in: ebenda, S. 41 ff.; Sandner, Günther, Keime und Elemente der sozialistischen Revolution im Prozeß der demokratischen Bodenreform. Eine Studie über die Geschichte einer Arbeitsgemeinschaft der Neubauern in Ilberstedt, Kreis Bernburg, in: ebenda, S. 53 ff.
- 4 Gurschke, Marion, Untersuchungen zur Durchführung der demokratischen Bodenreform in Haus Zeitz, Kreis Bernburg, Diplomarbeit, Hochschule für Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft, Bernburg 1986.
- 5 Kuntsche, S. 15 ff.
- 6 Hofer, S. 42 ff.

Joachim Piskol, Christel Nehrig und Paul Trixa weisen unter Berufung auf Hoernle darauf hin, daß es sowohl in demokratischen Selbstverwaltungsorganen als auch in den beiden Arbeiterparteien - der KPD und SPD - unterschiedliche Auffassungen zur Bildung solcher Organisationsformen gab.(7)

Forschungsergebnisse der Verfasser bestätigen diese Aussage auch für die Provinz Sachsen. Die vermutlich vom Landratsamt des Mansfelder Seekreises herausgegebenen hektographierten Vordrucke für die Protokolle über die Versammlungen der Landarbeiter und landarmen Bauern, in denen die Aufteilung des jeweiligen Gutes zu beschließen war, enthielten u. a. folgenden Satz:

"Es wurde beschlossen, das Gut vorläufig durch das 'Komitee der gegenseitigen Bauernhilfe' zu bewirtschaften".(8)

Das Protokoll über die Aufteilung des Restgutes von Haus Zeitz am 12. November 1945 wurde durch die Kreisbodenkommission des Mansfelder Seekreises bestätigt.(9)

Auch in Rundschreiben des Landrates, Abt. Bodenreform, desselben Kreises, z. B. vom 20. Oktober 1945, 1. November 1945 und 12. Januar 1946, akzeptierte man die gemeinsame Bewirtschaftung.(10) In der Akte Haus Zeitz fand sich ein Rundschreiben des Finanzamtes des Mansfelder Seekreises vom 28. Januar 1946, mit dem der ehemalige "Treuhänder des enteigneten Gutes Haus Zeitz, jetzt vermutlich Neubauer" aufgefordert wird, für die Zahlung der Umsatzsteuer und des "Landwirtschaftskammerbeitrages (früher Reichsnährstandsbetrag)" des Gutes Haus Zeitz Sorge zu tragen. Außerdem wird gebeten, bis zum 15. Februar 1946 mitzuteilen, ob Haus Zeitz zu den Gütern gehört, die "bis auf weiteres von den Bodenanwärtern gemeinschaftlich bewirtschaftet" werden.(11)

In der "Volkszeitung", Organ der KPD für die Provinz Sachsen, wurde der Vorschlag der Landarbeiter des 526 ha großen Rittergutes Röderhof, Kr. Oschersleben, kommentiert, das Gut nach der Aufteilung weiterhin "als Gemeingut" zu bewirtschaften. Der Artikel empfiehlt unter Hinweis auf die Genehmigungspflicht der Provinzialverwaltung für ein solches Vorhaben, den Wunsch der Landarbeiter des Gutes Röderhof nicht nur zu verstehen, sondern unmittelbar gutzuheißen.(12)

Offensichtlich haben aber ökonomische Gründe zu solchen Verhaltensweisen gedrängt.

Hierbei spielte besonders der relativ späte Beginn der Enteignung und Aufteilung des Landes, erschwert durch parallellaufende Herbstarbeiten bzw. die z. T. bereits abgeschlossene Bestellung des Bodens, eine große Rolle.

In amtlichen Hinweisen zur Durchführung der Bodenreform im September und Oktober 1945 wird auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Ernte, den Drusch, die Vorbereitung und Durchführung der Herbstbestellung unbedingt zu sichern, auch wenn die Aufteilung noch nicht erfolgt ist. "Die Herbstsaussaat 1945 muß auf den Feldern der enteigneten Wirtschaft in solchem Maße durchgeführt werden, (das) nicht geringer ist, als die im Herbst 1944 bestellte Fläche", heißt es z. B. im Punkt 9 der "Ausführungsbestimmungen über die Verwaltung der Großgrundbesitzerwirtschaften ... bis zum Moment der faktischen Aufteilung" des 1. Vizepräsidenten und Vorsitzenden der Bodenreformkommission in der Provinz Sachsen.(13)

7 Piskol, Joachim/Nehrig, Christel/Trixa, Paul, Antifaschistisch-demokratische Umwälzung auf dem Lande (1945 - 1949), Berlin 1984, S. 68.

8 Akte Haus Zeitz, Standort LPG P "Saaleaue" Beesenlaublingen (AHZ).

9 Ebenda.

10 Ebenda.

11 Ebenda.

12 Volkszeitung, Organ der KPD für die Provinz Sachsen, 18. 9. 1945, S. 1.

13 AHZ.

Auch die ungenügende, manchmale Ausrüstung der Neubauern mit Geräten, Maschinen und Zugtieren sowie fehlende Wohn- und Wirtschaftsgebäude begünstigten die Bereitschaft vieler, zunächst eine gemeinsame Produktion durchzuführen.

Zunehmende Forderungen von Neubauern solcher Gemeinwirtschaften, zur individuellen Bewirtschaftung des ihnen zugeteilten Landes übergehen zu können, zunehmende Versuche ehemaliger Großgrundbesitzer, in diesen Gemeinwirtschaften Fuß zu fassen und dadurch die Bodenreform zu sabotieren, und anderer Erscheinungen veranlaßten das ZK der KPD im Dezember 1945, energische Schritte gegen jede Form kollektiver oder genossenschaftlicher Bewirtschaftung zu fordern.(14)

In Ilberstedt und Haus Zeitz dauerte es länger als geplant (bis zur Frühjahrsbestellung), bis die Gemeinschaftsbewirtschaftung der Güter überwunden war, trotz der Aktivitäten von Staatsorganen und Offizieren der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD), die Neubauern für die einzelbäuerliche Wirtschaftsweise zu gewinnen.

## 2. Zum Verlauf der demokratischen Bodenreform in Haus Zeitz

Der Erlaß der Verordnung über die Durchführung der demokratischen Bodenreform vom 3. September 1945 durch das Präsidium der Provinzialverwaltung der Provinz Sachsen war das erste antifaschistisch-demokratische Gesetzeswerk in der SBZ.(15) Damit wurden die rechtlichen Grundlagen für die Verwirklichung der demokratischen Bodenreform in der Provinz Sachsen gelegt. In Artikel I und II dieser Verordnung wurden die Schaffung von selbständigen Bauernwirtschaften sowie die Vergrößerung bereits bestehender Wirtschaften durch Enteignung des Grundbesitzes von Kriegsverbrechern und Naziaktivisten sowie des Großgrundbesitzes über 100 ha beschlossen. Der Artikel V enthielt Anweisungen zur Vorbereitung und Durchführung der Bodenreform, so u. a. für die Bildung der Bodenkommissionen bis zum 15. September 1945, die Aufnahme ihrer Tätigkeit bis spätestens 25. September sowie die Aufgaben der Kommissionen. Der Verordnung über die Durchführung der Bodenreform in der Provinz Sachsen folgten 11 Ausführungsbestimmungen.

In der 1. Ausführungsbestimmung vom 4. September 1945 erhielten die Kreisverwaltungen den Auftrag, auf allen zur Enteignung vorgesehenen Wirtschaftshöfen Treuhänder als Verwalter einzusetzen. (16)

Sie hatten die Aufgabe, eine korrekte Inventur des ihnen zu treuen Händen übergebenen Besitzes durchzuführen und die gesamte Hof- und Feldarbeit ordnungsgemäß zu leiten.

Ergänzend dazu forderte die III. Ausführungsbestimmung, Antifaschisten, die die Landwirtschaft kennen, als Treuhänder einzusetzen. "In Ausnahmefällen kann auf Beschluß der Kreisverwaltung der alte Verwalter des Gutes belassen werden, wenn er sich als Antifaschist erwiesen hat und das Vertrauen der landarmen Bauern und Landarbeiter genießt."(17) Der Einsatz von Treuhändern war eine politisch bedeutungsvolle Maßnahme zur Sicherstellung des gesamten Inventars und der Fortsetzung der landwirtschaftlichen Produktion für den Zeitraum nach der Enteignung bis zur Aufteilung des Betriebes. In der undatierten "Dienstanweisung für die treuhänderi-

14 Piskol/Nehrig/Trixa, S. 69.

15 Verordnungsblatt für die Provinz Sachsen, Nr. 1, 6. 10. 1945.

16 Ebenda.

17 Ebenda.



se Wirtschaftsführung der im Zuge der Bodenreform enteigneten landwirtschaftlichen Betriebe" heißt es unter Punkt V, daß die Treuhänder Verantwortung für die rechtzeitige und richtige Ernteeinbringung, den fristgemäßen Drusch, die vorgeschriebenen Ablieferungsverpflichtungen und für die Herbstbestellung tragen.(18) Zur Fortführung der Wirtschaft seien Wirtschaftspläne aufzustellen. Am 8. September 1945 wurde der gebürtige Alslebener Wilhelm Richardt als Treuhänder in der "Gutsverwaltung Haus Zeitz" eingesetzt.(19) Der mit staatlichen Vollmachten ausgestattete Treuhänder übernahm mit dem Tage der Sicherstellung des Vermögens des Gutes Haus Zeitz auch die Buch- und Kassenführung. Obwohl Richardt mit erfolgter Aufteilung des Betriebes "Gutsverwaltung Haus Zeitz" am 12. Oktober bzw. am 12. November 1945 seine Aufgaben als Treuhänder realisiert hatte, amtierte er auf Anordnung des Landrates des Mansfelder Seekreises in dieser Funktion noch bis zum 3. Januar 1946.(20) Gemeinsam mit dem neuentstandenen "Komitee der gegenseitigen Bauernhilfe" übernahm er die Verantwortung für die ordnungsgemäße Weiterführung des Betriebes.(21)

Als am 3. September 1945 das Präsidium der Provinzialverwaltung Sachsen die Verordnung zur Bodenreform beschlossen hatte, wurden auch in Haus Zeitz durch die Landbevölkerung die notwendigen Maßnahmen zur Aufteilung des Gutsbetriebes eingeleitet. Die Inangriffnahme der demokratischen Bodenreform erforderte, breite Kreise der werktätigen Landbevölkerung in die Durchführung mit einzubeziehen.

Das geschah durch die Bildung der Bodenkommissionen, die nach Artikel IV der Bodenreformverordnung in allgemein öffentlichen Versammlungen der Landarbeiter und landarmen Bauern zu wählen waren. Mit der 1. Ausführungsbestimmung vom 4. September 1945 wurde den Kreisverwaltungen in der Provinz Sachsen der Auftrag erteilt, die Wahl der Gemeindebodenkommissionen sofort in die Wege zu leiten. Stimmberechtigt waren nur landlose, landarme Bauern, Landarbeiter und solche im Ort befindlichen Kriegsflüchtlinge, die bis dahin in der Landwirtschaft berufstätig gewesen waren.(22)

Kein Stimmrecht in diesen Versammlungen hatten Bauern mit mehr als 5 ha Grundeigentum.

Ehemalige Mitglieder der NSDAP und ihrer Gliederungen durften nicht in die Bodenkommissionen gewählt werden. Den Kommissionen stand es frei, auch fachmännische Hilfskräfte als Berater hinzuzuziehen. Die Beschlüsse der Gemeindebodenkommissionen unterlagen der Bestätigung durch die Kreisbodenkommission, die vom Landrat aus den Reihen bäuerlicher Antifaschisten zu berufen war.(23) Damit waren ausreichende gesetzliche Grundlagen für die Wahlen der Bodenkommissionen geschaffen.

18 AHZ.

19 Ebenda (Bericht des Treuhänders Wilhelm Richardt über seine Tätigkeit bei der "Gutsverwaltung Haus Zeitz", o.D.).

20 Ebenda (Schreiben von Wilhelm Richardt an das Finanzamt Eisleben vom 11. 2. 1946).

21 Ebenda (Rundschreiben des Landrates des Mansfelder Seekreises an die Treuhänder vom 20. 10. 1945). - Mit der Aufteilung des enteigneten Gutes waren auch die wesentlichsten Funktionen der Treuhänder und der früheren Gutsangestellten erfüllt. Die Entlastung von dieser Funktion wurde vom Landrat noch nicht erteilt, da die Treuhänder in Verbindung mit den neu zu wählenden Ausschüssen der gegenseitigen Bauernhilfe für die ordnungsgemäße Fortführung des Betriebes weiterhin verantwortlich waren.

22 Verordnungsblatt für die Provinz Sachsen, Nr. 1, 6. 10. 1945.

23 Ebenda.

In einem Aufruf der Kreisbauernkonferenz des Mansfelder Seekreises an alle Landarbeiter, landarme Bauern, Umsiedler und Flüchtlinge vom 4. September 1945 wurde die sofortige Wahl der Gemeindebodenkommissionen in öffentlichen Versammlungen angeordnet.(24)

Aufgrund fehlender Quellen läßt sich der genaue Zeitpunkt, zu dem die Wahl der Gemeindebodenkommission in Haus Zeitz erfolgte, nicht genau datieren. Aber in einem Schreiben des Treuhänders an den Landrat des Mansfelder Seekreises vom 3. Oktober 1945 wurde mitgeteilt, daß bereits 5 Tage nach Veröffentlichung der Verordnung über die demokratische Bodenreform in der Provinz Sachsen der Betrieb "Gutsverwaltung Haus Zeitz" in den Bodenreformfonds überführt worden ist.(25)

Zum Vorsitzenden der Gemeindebodenkommission wurde Wilhelm Richardt gewählt, der am 8. September gleichzeitig auch die Funktion des Treuhänders übernahm. Die Gemeindebodenkommission hatte nach erfolgter Wahl verschiedene Aufgaben zu erfüllen. Dazu zählten Bestandsaufnahmen des landwirtschaftlichen Vermögens, das der Übergabe an den Bodenfonds gemäß Artikel II der Bodenreformverordnung unterlag. Bereits am 6. September 1945 wurde die protokollarische Inventaraufnahme des Gutes Haus Zeitz abgeschlossen.(26) Die Gemeindebodenkommissionen wurden verpflichtet, bis zum 5. Oktober einen Plan über die Bodenaufteilung zu erarbeiten und ihn in der Gemeinde sichtbar ausulegen.(27)

In einem nicht datierten Rundschreiben an die Vorsitzenden der Gemeindebodenkommissionen und die Bürgermeister des Mansfelder Seekreises wurde darauf hingewiesen, daß in Vorbereitung auf die bevorstehende Aufteilung durch die Bodenkommission genau zu prüfen ist, ob die Landbewerber für eine Einzelbewirtschaftung ausreichende landwirtschaftliche Fähigkeiten besitzen.(28) Diese Bewerber sollten in einer Liste für Einzelbewirtschaftung festgehalten werden. In einer gesonderten Liste seien solche aufzuführen, die sich zu einer gemeinschaftlichen Bewirtschaftung zusammenschließen wollen. In diesem Schreiben wurde auch dringlich auf die Notwendigkeit der Wahl von "Komitees der gegenseitigen Bauernhilfe" verwiesen. Das Gut Haus Zeitz umfaßte eine Gesamtfläche von 533,9 ha landwirtschaftlichen Bodens.(29) Am 10. Oktober 1945, 2 Tage vor Aufteilung des Bodens an die neuen Bewirtschafter, versammelten sich die Bodenanwärter in Haus Zeitz und faßten gemäß Artikel IV, § 8 der Bodenreformverordnung vom 3. September 1945 mit überwiegender Stimmenmehrheit den Beschluß, das Gut am 12. Oktober 1945 nach folgendem Plan aufzuteilen(30):

1. Zuteilung an landarme Bauern	-	
2. Zuteilung an 42 Neubauern (für ortsansässige Landarbeiter)	210	ha
3. Zuteilung für Umsiedler und Flüchtlinge	-	
4. Park und Forsten	6,5	ha
5. Gartenland, Obstplantagen	23,48	ha
6. Zufahrtswege, Umtauschland, Gewässer	8,29	ha
7. Hof und Gebäude	3,15	ha
8. Für Gemeinde als Bauland und für Schrebergärten	10	ha

24 AHZ.

25 Ebenda.

26 Ebenda (Inventarliste des enteigneten Gutes Haus Zeitz vom 6. 9. 1945).

27 Verordnungsblatt für die Provinz Sachsen, Nr. 1, 6. 10. 1945.

28 AHZ.

29 Ebenda (Protokoll über die Versammlung der Landarbeiter, landarmen Bauern usw. in Haus Zeitz am 10. 10. 1945).

30 Ebenda.

Auf Kupfreis wurde pro Hektar der Wert von 1 250 kg Roggen als angemessen erachtet.(31) In einem Rundschreiben des Landrates an die Bürgermeister des Mansfelder Seekreises vom 28. Februar 1946 wird mit Bezug auf die Bodenreformverordnung ein Kaufpreis von 261 RM pro Hektar festgeschrieben. Gleichzeitig wurde aufgrund der angespannten Finanzlage auf die sofortige Zahlung der Kaufpreise für das im Zuge der Bodenreform erworbene Land dringend hingewiesen.(32) Die Neubauernstellen wurden unter den Bodenbewerbern verlost. Das gesamte lebende und tote Inventar wurde laut Protokoll dem "Komitee der gegenseitigen Bauernhilfe" übergeben, dem 7 Mitglieder angehörten. Richardt übernahm neben seiner Tätigkeit als Treuhänder und Vorsitzender der Gemeindebodenkommission auch die Funktion des Vorsitzenden dieses Komitees.(33)

Auf der Versammlung der Landarbeiter und landarmen Bauern am 10. Oktober 1945 wurde der Beschluß gefaßt, das Gut vorläufig durch das "Komitee der gegenseitigen Bauernhilfe" gemeinsam zu bewirtschaften.(34)

Die Kreisbodenkommission bestätigte den Beschluß über die Aufteilung und die vorübergehende gemeinsame Bewirtschaftung. Aus den Unterlagen ist zu entnehmen, daß auch die im Zuge der demokratischen Bodenreform zugeteilten Tiere gemeinschaftlich gehalten wurden. Es war allerdings möglich, aus diesen Viehbeständen Tiere zur individuellen Nutzung zu übernehmen.(35)

Wie aus dem Bericht des Treuhänders über seine bisherige Tätigkeit zu entnehmen ist, wurden bis zum 1. Oktober, also noch vor der Aufteilung, mehr als 30 % des geforderten Ablieferungssolls bereitgestellt.(36) Darin heißt es weiter: "Voraussichtlich werde ich für den Betrieb noch eine zweite Dreschmaschine geliehen bekommen mit den dazu erforderlichen Mannschaften, so daß bis zum 27. 10. d. j. sämtliches Getreide und Hülsenfrüchte ausgedroschen sein werden."(37)

Gleichzeitig wies der Treuhänder auf bereits gepflügte und bestellte Flächen hin. Die Bestellung von 12,5 ha Winterraps, 27,5 ha Wintergerste, 16 ha Winterroggen sowie die Saatbettbereitung für Winterweizen seien abgeschlossen. Dadurch werde der Übergang zur Parzellenwirtschaft sowie die Durchbrechung des Rotationssystems des Gutsbetriebes erheblich erschwert.(38)

Die Aufteilung des Restgutes mit einer Größe von 272,48 ha erfolgte am 12. November 1945. Es ist anzunehmen, daß eine vollständige Aufteilung aufgrund fehlender Landbewerber zum Zeitpunkt der ersten Aufteilung am 12. Oktober 1945 nicht möglich war.(39) Am 12. November fand eine zweite Versammlung der Landarbeiter und landarmen Bauern in Haus Zeitz statt, die über die Aufteilung und Nutzung des Restgutes nach folgendem Plan entschied(40):

31 Ebenda.

32 Ebenda.

33 Ebenda (Protokoll über die Versammlung am 10. 10. 1945).

34 Ebenda.

35 Ebenda (Aufstellung der durch die einzelnen Neubauern abgeholten Schafe. Bescheinigungen der einzelnen Neubauern über den Empfang von Schafen "aus meinem Bestande, welchen ich im Zuge der Bodenreform in Haus Zeitz zugeteilt erhalten habe." Mai/juni 1946).

36 Ebenda.

37 Ebenda.

38 Ebenda.

39 Ebenda (Protokoll über die Versammlung der Landarbeiter, landarmen Bauern usw. in Haus Zeitz am 12. 11. 1945).

40 Ebenda.

1. Zuteilung an 11 Neubauern (für ortsansässige Landarbeiter der Gemeinde Schackstedt)	56,25 ha
2. Zuteilung an 32 Neubauernstellen für Umsiedler und Flüchtlinge	190,44 ha
3. Zufahrtswege, Umtauschland usw.	2,29 ha
4. Für Kleinsiedler der Gemeinde Alsleben	23,50 ha

Nach einem von Richardt unterzeichneten "Verzeichnis über das aufgeteilte Land, lebendes sowie totes Inventar des Gutes Haus Zeitz" vom 20. Dezember 1945 wurden am 12. November 1945 auch 34 Pferde, 10 Zugochsen, 30 Kühe, 42 Schweine, 498 Schafe und an totem Inventar 18 Wagen, 2 Lastschlitten, 6 Kutschwagen, 1 Kutschschlitten, 20 Pflüge, 19 Eggen, 19 Schleppen und 10 Walzen an die Neubauern verteilt. Je 4 Neubauern hatten 1 Wagen, 1 Pflug, 1 Egge und 1 Schleppe zur Verfügung.<sup>(41)</sup> Als am 12. November die Aufteilung des Gutsbetriebes Haus Zeitz formal zum Abschluß kam, war die Herbstbestellung bereits abgeschlossen.

Über die materiell-technische und personelle Situation im aufgeteilten und gemeinsam bewirtschafteten Gutsbetrieb gibt ein Schreiben des Treuhänders Richardt Auskunft, das er im Auftrag der Gemeindebodenkommission am 27. November 1945 an den Landrat des Mansfelder Seekreises, Abt. Bodenreform, richtete.<sup>(42)</sup> Darin wird die Arbeitskräftesituation als gut eingeschätzt, 67 Männer und 95 Frauen bewirtschafteten gemeinsam das Gut, es bestehe kein Bedarf an Zugvieh, und eine Maschinenausleihstelle Sorge für die Bereitstellung der notwendigen Technik.

Am 5. März 1946 erfolgte erneut eine Aufteilung des Gemeinschaftsbetriebes Haus Zeitz. Laut Sammeliste und der Durchschriften der Bescheinigungen, die jeder Neubauer von der Gemeindebodenkommission erhielt und unterschreiben mußte, gelangten an 70 Neubauern, 2 Kleinsiedler und 3 Handwerker zur Verteilung<sup>(43)</sup>:

393 ha landwirtschaftliche Nutzfläche
33 Pferde
10 Zugochsen
27 Kühe
41 Schweine
17 Pflüge
19 Eggen
19 Schleppen
10 Walzen.

Die Landempfänger erhielten jetzt andere Parzellen, als ihnen im November 1945 zuteilt worden waren. Auch bei den nummerierten Tieren ergab die erneute Verteilung Veränderungen. Daraus ist ebenfalls abzuleiten, daß die Aufteilung am 12. November 1945 nur formal abgewickelt wurde, weil von vornherein die Absicht bestand, das gesamte Gut gemeinschaftlich zu bewirtschaften.

41 Ebenda.

42 Ebenda.

43 Ebenda (Sammeliste und Durchschriften der an die Neubauern ausgegebenen Bescheinigungen über das übergebene Land, das tote und lebende Inventar v. 5. 3. 1946).

### 3. Die Auflösung der Neubauerlichen Gemeinwirtschaft in Haus Zeitz

Die Auflösung der Neubauerlichen Gemeinwirtschaft in Haus Zeitz nahm fast ein Jahr in Anspruch. Nachdrückliche Forderungen seitens der KPD-Führung und der SMAD sowie der Deutschen Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft Ende des Jahres 1945(44) übten bis April 1946 keinen nachweisbaren Einfluß aus.

Es kann angenommen werden, daß die bereits dargelegte erneute Aufteilung des Landes, des toten und lebenden Inventars im März 1946 auf Druck der Verwaltungsorgane im Kreis erfolgt ist. Ein schlüssiger Beweis ließ sich bisher dafür nicht finden.

Der erste offizielle Beleg über Maßnahmen der staatlichen Organe zur Weiterführung der Bodenreform ist ein Protokoll über eine Überprüfung der Durchführung der Bodenreform vom 5. April 1946, unterschrieben vom Landrat, vom Sekretär der Kreisbodenkommission und vom Bürgermeister. In diesem Protokoll heißt es: "Spätestens innerhalb 14 Tagen ist die zentrale Verwaltung des Gutes abzuschließen und muß nunmehr der einzelne Neubauer entsprechend den Bestimmungen der Bodenreform die Einzelbewirtschaftung seiner Neubauernstelle übernehmen."(45)

Die einzige nachweisbare Reaktion darauf war, daß lt. Bekanntmachung Nr. 3 des Ortskomitees der gegenseitigen Bauernhilfe Haus Zeitz vom 3. Mai 1946 alle Neubauern verpflichtet wurden, sich am Sonntag, dem 5. Mai 1946 um 11 Uhr auf dem Gutshof einzufinden, um die Urkunden über die Landzuteilung entgegenzunehmen.(46)

Weder in der Siedlerversammlung am 20. April 1946(47) noch in der vom 23. April 1946(48), von denen sich ausführliche Tagesordnungen in der Akte Haus Zeitz finden, wurde zu dem obengenannten Protokoll und den darin enthaltenen Festlegungen Stellung genommen.

Am 20. April 1946 wurde im Tagesordnungspunkt 8 festgestellt, daß "bisher ... 100 Morgen Rüben gedreht" und "30 Morgen Kartoffeln gesteckt" wurden. Wie eine Aufzeichnung vom 15. Mai 1946 über den Anbau von Zuckerrüben beweist, wurden die 72 ha Zuckerrüben auf 4 Schlägen - Hammelberg (21 ha), Himmelsstieg (18 ha), Sandloch (18 ha) und Bornickenfeld (15 ha) - angebaut.(49)

Rechnungen, Gutschriften und anderer Schriftverkehr wurden nachweisbar bis Juli 1946 über die "Siedlungsgemeinschaft Haus Zeitz", den "Gemeinschaftsbetrieb Haus Zeitz" oder über das "Komitee der gegenseitigen Bauernhilfe Haus Zeitz" abgewickelt. Es handelte sich hierbei um Geschäftsbeziehungen des Gesamtbetriebes.

Der Übergang zur individuellen Bewirtschaftung begann schrittweise im Mai 1946. Die erste Maßnahme war am 8. Mai 1946 die Parzellierung größerer Flächen zur Bearbeitung, auf denen Zwiebeln angebaut waren.(50)

44 Vgl. Kuntsche, S. 33.

45 AHZ.

46 Ebenda. - Alle handschriftlichen Aufzeichnungen fertigte - nach der Handschrift zu urteilen und zum Teil durch Unterschriften belegt - der Neubauer Werner Stöwer an.

47 AHZ.

48 Ebenda.

49 Ebenda.

50 Ebenda.

Dabei handelte es sich offenbar nicht nur um die Parzellierung für die individuelle Pflege der Zwiebeln, sondern auch für die individuelle Ernte, auch wenn darüber der Beleg fehlt. Für andere Feldfrüchte ist der Nachweis vorhanden. Da der Betrieb Pflückerbsen produzierte (1945 wurden 8,5 dt verkauft(51)), ist anzunehmen, daß nach der Verlosung der Erbsen-Parzellen am 9. Mai 1946 auf den Flächen "Drachenschwanz", "Schanze" und "Rote Breite" bereits die individuelle Ernte und der individuelle Verkauf vorgesehen waren.(52) Am 26. Mai und 6. Juni 1946 wurde die Luzernefläche verlost. Am 6. Juni 1946 wurden die Futterrüben auf den Flächen "Wirtsbreite" und "Fuchslöcher" für die individuelle Pflege und Ernte parzelliert und vergeben.(53)

Am 16. Juni 1946 wurde in Haus Zeitz ein Aushang mit folgendem Wortlaut veröffentlicht:

"Laut Anordnung der Russischen Militär Kommandantur hat jeder Neubauer dafür Sorge zu tragen, daß bis Dienstag, den 11. Juni 1946 die Grenzen seiner Parzellen durch Pfähle gekennzeichnet sein müssen.

Bauernhilfe Haus Zeitz  
i. A. (unleserlich)"

Laut Vermerk Werner Stöwers hing diese Bekanntmachung bis zum 28. Juni 1946 am schwarzen Brett.(54)

Obwohl der Zeitpunkt für solche Maßnahme ungünstig war, weil sowohl im Herbst 1945 als auch im Frühjahr 1946 großflächig bestellt worden war, unterstreicht diese Forderung der SMA, daß sie sich im Gegensatz zu deutschen Verwaltungsorganen im Mansfelder Seekreis in erheblichem Maße Sorge um die politische und ökonomische Wirkung der Bodenreform machte.

Die Getreidefläche wurde so aufgeteilt, daß mehrere Neubauern (2 bis 4) eine Parzelle erhielten, um darauf gemeinsam zu ernten.(55)

Gedroschen wurde gemeinsam. Danach wurde das gesamte Getreide an die einzelnen Neubauern verteilt.(56) Sie waren nun auch für die Erfüllung der Pflichtablieferung verantwortlich. Am 3. August 1946 wurde jedem einzelnen Neubauern die Höhe der Pflichtablieferung von Feldfrüchten bekanntgemacht.(57) Weitere Belege für den Über-

51 Ebenda (Pflückerbsenabrechnung 1945 durch die Firma Walter Dietrich, Sandersleben, v. 13. 5. 1946).

52 AHZ.

53 Ebenda.

54 Ebenda.

55 Ebenda (Verlosung der Parzellen für Sommergerste v. 25. 7. 1946). - So wurde auch bei Zuckerrüben vorgegangen. Für jeweils 4 Siedler war eine Parzelle vorgesehen. (Ebenda, Verlosung der restlichen Zuckerrüben-Parzellen, v. 19. 7. 1946).

56 AHZ (Niederschrift über den Drusch der Wintergerste und die Verteilung des ausgedroschenen Getreides an die Neubauern v. 13. 7. 1946). - jeder der 53 Neubauern, die Acker in Haus Zeitz ihr eigen nannten und die für die Ernte von 21,25 ha Wintergerste verantwortlich waren, erhielt 10,9 dt Wintergerste.

57 AHZ.

gang zur einzelbäuerlichen Wirtschaftsweise durch Auflösung der Neubäuerlichen Gemeinwirtschaft in Haus Zeitz sind die Aufzeichnungen über die Ausgabe von Luzerne-Saatgut am 4. August 1946 an jeden der 70 Neubauern von Haus Zeitz und Alslieben(58) sowie die Skizze über die Aufteilung einer Gutsscheune als Lagerplatz für einzelne Siedlergruppen vom 21. Juli 1946(59).

Im August 1946 begannen Mitarbeiter des Katasteramtes die einzelnen Parzellen zu vermessen, was etwa 6 bis 8 Wochen in Anspruch nahm. Drei Arbeitskräfte mußten diese Arbeit täglich unterstützen.(60) Damit fand ein wichtiger Abschnitt im Leben der Neubauern von Haus Zeitz seinen Abschluß. Es ist nichts über Auseinandersetzungen um dieses Problem überliefert. Nach dem Inhalt der Akten des Ortskomitees der gegenseitigen Bauernhilfe zu urteilen, hat sich der Prozeß des Übergangs von der Neubäuerlichen Gemeinwirtschaft zur einzelbäuerlichen Wirtschaft ohne Dramatik und schrittweise vollzogen. Mit dem Übergang zur genossenschaftlichen Produktion haben die Bauern von Haus Zeitz nicht lange gewartet. Als erste im Kreis Bernburg gründeten sie am 25. Juni 1952 die LPG "Neues Deutschland", die am 7. November 1952, als zehnte LPG der Republik, vom Ministerium für Land- und Forstwirtschaft der DDR bestätigt wurde.(61)

Die 1940er Jahre sind eine Zeit der tiefen Krise der deutschen Wirtschaft. Die Wirtschaftspolitik der Nationalsozialisten hat zu einer tiefen Krise der deutschen Wirtschaft geführt. Die Wirtschaftspolitik der Nationalsozialisten hat zu einer tiefen Krise der deutschen Wirtschaft geführt.

Die 1940er Jahre sind eine Zeit der tiefen Krise der deutschen Wirtschaft. Die Wirtschaftspolitik der Nationalsozialisten hat zu einer tiefen Krise der deutschen Wirtschaft geführt. Die Wirtschaftspolitik der Nationalsozialisten hat zu einer tiefen Krise der deutschen Wirtschaft geführt.

Die 1940er Jahre sind eine Zeit der tiefen Krise der deutschen Wirtschaft. Die Wirtschaftspolitik der Nationalsozialisten hat zu einer tiefen Krise der deutschen Wirtschaft geführt. Die Wirtschaftspolitik der Nationalsozialisten hat zu einer tiefen Krise der deutschen Wirtschaft geführt.

Die 1940er Jahre sind eine Zeit der tiefen Krise der deutschen Wirtschaft. Die Wirtschaftspolitik der Nationalsozialisten hat zu einer tiefen Krise der deutschen Wirtschaft geführt. Die Wirtschaftspolitik der Nationalsozialisten hat zu einer tiefen Krise der deutschen Wirtschaft geführt.

58 Ebenda.

59 Ebenda.

60 Ebenda.

61 Zentrales Staatsarchiv Potsdam, Registraturunterlagen "Erste LPG des Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft", K-1-Bestand.

## Die regionale Differenzierung der Stadtentwicklung vom 19. Jh. bis 1945 auf dem späteren DDR-Gebiet<sup>+</sup>

von Heinzpeter Thümmeler

Die DDR entstand 1949 auf einem Teilgebiet des ehemaligen Deutschen Reiches und übernahm damit historisch gewachsene Strukturen dieses Territoriums, so auch die der regionalen Verteilung der Städte und größeren Orte. Durch die industrielle Revolution, die sich in Deutschland in den 30er Jahren des 19. Jh. voll entfaltet hatte und in den 70er Jahren zum Abschluß kam, sowie durch die nachfolgende Industrialisierung wurden die historisch gewachsenen und überkommenen regionalen Strukturen stark verändert. Die sehr intensiven und wechselhaften Bevölkerungsbewegungen dieser Zeit spiegeln das wider.

Seit 1800 erlangten für die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland neben den natürlichen Bevölkerungsbewegungen - Geburtenhäufigkeit und Sterblichkeit - Auswanderung und Binnenwanderung hervorragende Bedeutung.<sup>(1)</sup> Die aufs engste mit dem Prozeß der Verstädterung verbundene Binnenwanderung verlief zeitlich und regional sehr differenziert. Verfolgt man die unterschiedlichen Binnenwanderungsströme im 19. Jh., läßt sich erkennen, daß sich der Hauptstrom im ersten Drittel des Jahrhunderts (1816 bis 1834) nach Osten richtete. In einer zweiten Phase, etwa von den 30er bis in die 50er Jahre (1834 bis 1852), begann sich daneben ein gegenläufiger Strom in den Westen und Südwesten Deutschlands sowie den mitteleuropäischen Raum durchzusetzen. In besonderem Maße rekrutierte sich die Arbeiterbevölkerung der Städte in diesen Gebieten bereits aus dieser Bewegung. In einer dritten Phase, bis etwa 1880, wirkte ein mächtiger Binnenwanderungsstrom aus den östlichen preußischen Provinzen in Richtung Westen. Er setzte sich in einer vierten Phase (1880 bis 1910) fort, wobei sich neben dem allgemeinen Ost-West-Strom ein gezielter Ost-West-Strom nach Berlin herausbildete.<sup>(2)</sup>

In Berlin und Umgegend erhöhte sich in dieser Zeit die Bevölkerungszahl außerordentlich schnell; in den neuen Grenzen von 1920 stieg sie zwischen 1880 und 1910 von 1,321 Mill. auf 3,734 Mill., was vornehmlich aus den Zuwanderungen resultierte.<sup>(3)</sup> Wenn auch mit Berlin nicht gleichzusetzen, stiegen in anderen Orten im 19. und 20. Jh. die Bevölkerungszahlen aufgrund von Zuwanderungen sowohl aus näherer

1 Thümmeler, Heinzpeter, Phasen der Binnenwanderung im Verlauf und Ergebnis der Industriellen Revolution in Deutschland, in: Historisch-geographische Forschungen in der DDR = Wissenschaftliche Abhandlungen der Geographischen Gesellschaft der DDR, Bd. 17, Leipzig 1986, S. 88; und derselbe, Zum Problem der Auswanderung aus dem Deutschen Reich zwischen 1871 und 1900, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte (JWG), 3/1975, S. 73; vgl. auch Burgdörfer, Friedrich, Die Wanderungen über die deutschen Reichsgrenzen im letzten Jahrhundert, in: Allgemeines Statistisches Archiv, Bd. 20, Jena 1930, S. 175.

2 Vgl. Thümmeler, Phasen der Binnenwanderung ..., S. 88 ff.

3 Derselbe, Berlins Stadtgebiet und Einwohner im 19. und Anfang des 20. Jh., in: JWG, 1/1987, S. 20 ff.; vgl. auch Schultze, Erich, Die Herausbildung der Berliner Agglomeration unter besonderer Berücksichtigung der Suburbanisationsprozesse in der Stadtrandzone, in: Historisch-geographische Forschungen ..., Bd. 17, S. 96.



als auch entfernter Gegenstand mit dem industriellen und verkehrstechnischen Fortschritt ebenfalls erheblich an, denn der Prozeß der Verstärkung - der sich in Deutschland mit der industriellen Revolution herausbildete - ist aufs engste mit den Wanderungsbewegungen verbunden. Die Zuwanderungen im 19. Jh. veränderten zunehmend die Altersstruktur in den Aufnahmeorten, denn Zuwanderer waren vorwiegend ledige Frauen und Männer.(4)

In der Binnenwanderung bildeten sich nach 1910 keine extremen Wanderungsströme mehr heraus. Bis 1925 wirkten auch hier die Kriegs- und Nachkriegsjahre - der Tod von rd. 2 Mill. Soldaten, die Toten unter der Zivilbevölkerung und der Geburtenausfall durch den Krieg, die Rückwanderung Deutscher aus dem Ausland usw. - so deformierend, daß die amtliche Statistik auf vergleichende Betrachtungen für diese Zeit verzichtete.(5) Berlin blieb aber ein großer Anziehungspunkt; rd. 278 000 Personen, das sind 32 % aller Personen, die in Städte mit mehr als 10 000 Einwohner zogen, wanderten z. B. von 1925 bis 1933 nach Berlin.(6)

## 1. Zur Herausbildung der administrativen Gliederung des Untersuchungsgebietes

Nach dem Wiener Kongreß von 1815 gab es, rechnet man kleine Exklaven und Randgebiete hinzu, 23 deutsche Staaten, die im Untersuchungsgebiet(7), d. h. auch auf dem späteren DDR-Gebiet, Hoheitsrechte hatten(8) (vgl. Tab. 1).

4 Damit entstand ein besonderer Zusammenhang zwischen den räumlichen und den natürlichen Bevölkerungsbewegungen. Doch wurde durch das relative Ansteigen der Einwohner größerer Orte und Städte im heiratsfähigen Alter nicht gleichzeitig ein Ansteigen der Geburtenhäufigkeit hervorgerufen. Die Fruchtbarkeit (Verhältnis von Geburten zur Bevölkerung) in den Städten war schon vor dem 19. Jh. geringer als auf dem Lande gewesen und die Sterblichkeit höher. Englischen Vorbildern folgend, wies im 18. Jh. Süßmilch auf diese demographischen Erscheinungen hin. (Vgl. Süßmilch, Johann Peter, Die gültige Ordnung in den Veränderungen des menschlichen Geschlechts, aus der Geburt, dem Tode und der Fortpflanzung desselben erwiesen, Bd. 1, Berlin 1761, S. 80, 256 ff.). Um die Jahrhundertwende kamen in großer Zahl Veröffentlichungen zu dieser Problematik heraus. Ein "Absterben der Großstädte" wurde befürchtet. Unter anderem setzte sich René Kuczynski ausführlich mit dieser Problematik auseinander. (Vgl. Kuczynski, René, Der Zug nach der Stadt = Münchener Volkswirtschaftliche Studien, 24. Stück, Stuttgart 1897.)

5 Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 451, Berlin 1935, S. 1/66 f.

6 Ebenda, S. 71, 82 f.

7 Aus Berechnungsgründen umfaßt das Untersuchungsgebiet mit Berlin insgesamt und einigen unwesentlichen Randgebieten einen etwas größeren Raum, als dem DDR-Gebiet entspricht.

8 Vgl. auch Thümmeler, Heinzpeter, Zur regionalen Bevölkerungsentwicklung in Deutschland 1816 bis 1871, in: JWG, 1/1977, S. 55.

1918 existierten noch 15 dieser Staaten; 1919 wurden die thüringischen Staaten zum Land Thüringen (bürgerlicher Freistaat, Hauptstadt Weimar), 1934 die Länder Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz zum Land Mecklenburg vereinigt.(9) In den 20er und 30er Jahren wurden viele kleine Exklaven, die diese Länder untereinander besaßen, beseitigt.(10) 1945 hatten noch 6 Länder Anteil am Untersuchungsgebiet (vgl. Tab. 2). Für den Untersuchungszeitraum erfolgte die letzte Volkszählung 1939. Die administrative Einteilung dieser Zeit wurde als Basis für die flächenmäßige Erfassung des Untersuchungsgebietes herangezogen und damit eine durchgehende Vergleichsbasis für den Gesamtzeitraum sowie ein relativ geschlossenes Untersuchungsgebiet gewonnen.

Flächenmäßig waren in den inneren Grenzen von 1939 die einzelnen deutschen Länder sehr unterschiedlich am Untersuchungsgebiet beteiligt(11); Preußen stellte rd. zwei Drittel der Gesamtfläche (vgl. Tab. 2).

Tabelle 2

Der Anteil deutscher Territorien (Länder und Provinzen) am Untersuchungsgebiet

Territorium	Fläche	Anteil am Gesamtterritorium in %
	in km <sup>2</sup>	
Land Preußen:		
Berlin	883,63	0,7
Prov. Brandenburg	38 274,97	32,0
" Sachsen	25 528,56	21,3
" Pommern	6 457,83	5,4
" Schlesien	3 073,77	2,6
" Hessen-Nassau	279,24	0,2
Land Preußen insges.	74 498,00	62,2
Land Mecklenburg	15 720,88	13,1
Land Sachsen	14 994,70	12,5
Land Thüringen	11 762,46	9,8
Land Anhalt	2 314,32	1,9
Land Braunschweig	474,67	0,4
Insges.	119 765,03	100

Quelle:

Nach Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 552, Berlin 1943, S. 142 ff.

- 9 Coburg, Teil des ehem. Herzogtums Sachsen-Coburg-Gotha, wurde Bayern angegliedert.
- 10 Unter anderem wurden 1928 allein 7 in Sachsen gelegene thüringische Gebiete gegen 14 sächsische Exklaven in Thüringen ausgetauscht, und Sachsen war damit zu dieser Zeit das einzige vollständig in sich geschlossene Land.
- 11 Vgl. dazu Strenz, Wilfried, Entwicklungstendenzen in der regionalen Verteilung der Bevölkerung im Prozeß der Industriellen Revolution des Kapitalismus auf dem heutigen Territorium der DDR, in: JWG, 1/1976, S. 168 f. - Strenz gibt in seiner Studie eine detaillierte historische Zusammenstellung des heutigen DDR-Gebietes. Vgl. auch derselbe, in: Ökonomische Geographie der DDR, Bd. 1, Gotha/Leipzig (1977), S. 9 ff.

Der historisch entstandenen administrativen Vielgestaltigkeit und Zerrissenheit des Untersuchungsgebietes entsprach eine sehr differenzierte wirtschaftliche Entwicklung, was sich sowohl im Bevölkerungswachstum(12) als auch im Verstärkerungsprozeß widerspiegelt.

## 2. Die Entwicklung der Orte mit mehr als 10 000 Einwohnern im Untersuchungsgebiet

Da sowohl der juristische Status als auch der statistische Stadtbegriff - als Stadtgemeinde gilt jeder Ort mit mehr als 2 000 Einwohnern (Ew.) - für eine demographische Analyse der Stadtentwicklung unzureichend sind und die Einwohnerzahl allein erst ab einer bestimmten Größe ausreichendes Kriterium zur Charakterisierung einer Stadt ist, wurde davon ausgegangen, daß ein Ort mit 10 000 Einwohnern in der Regel eine städtische Ballung verkörpert.(13) Dementsprechend sind folgende Gruppen nach Größenklassen gewählt worden:

- Gruppe A: Orte mit 10 000 bis unter 20 000 Ew. - Kleinstädte,
- Gruppe B: Orte mit 20 000 bis unter 50 000 Ew. - kleine Mittelstädte,
- Gruppe C: Orte mit 50 000 bis unter 100 000 Ew. - größere Mittelstädte,
- Gruppe D: Orte mit über 100 000 Ew. - Großstädte.

Mitte des 19. Jh. setzte eine verstärkte Stadtentwicklung in Deutschland ein. Sie fand ihren besonderen Ausdruck in der Bevölkerungsagglomeration in Großstädten (vgl. Tab. 3). Parallel dazu halbierte sich von 1871 bis 1939 der relative Anteil der Bevölkerung in Orten mit weniger als 2 000 Einwohnern an der Gesamtbevölkerung (vgl. Tab. 4).

Tabelle 3

Anzahl der Städte mit mehr als 100 000 Einwohnern in Deutschland 1800 bis 1939

1800	1	1890	26	1933 <sup>+</sup>	53
1850	5	1900	33	1939 <sup>+</sup>	59
1870	8	1910	48		
1880	14	1925 <sup>+</sup>	46		

+ Grenzen von 1937 (d. h. 1925 und 1933 mit Saarland).

Quelle:  
 Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 240, Berlin 1915, S. 69 f.; ebenda, Bd. 451, Berlin 1935, S. 1/32; ebenda, Bd. 552, Berlin 1943, S. 1/144 ff.; Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Bd. 2, Jena 1924, S. 695.

12 Vgl. dazu Strenz, Entwicklungstendenzen ..., S. 163 ff.

13 Zum Stadtbegriff vgl. Sander, Paul, Geschichte des deutschen Städtewesens, Bonn/Leipzig 1922, S. 10 ff. - Sander: "Dieser statistische Begriff der Stadt ist insofern berechtigt, als er ein wesentliches Merkmal der Stadt, die Bevölkerungsagglomeration, scharf heraushebt." (Ebenda, S. 13.) - Vgl. auch Matzerath, Horst, Urbanisierung in Preußen = Schriften des Deutschen Instituts für Urbanistik, Bd. 72, Stuttgart/Berlin (West)/Köln/Mainz 1985, S. 16 f.

Die deutschen Staaten, die nach dem Wiener Kongreß Anteile am Untersuchungsgebiet hatten

Lfd. Nr.	Staat	Bemerkungen
1.	Kgr. Preußen	Mit den Provinzen (bzw. Anteilen) Brandenburg, Sachsen, Pommern und Schlesien
2.	Kgr. Sachsen	
3.	Ghzm. Mecklenburg-Schwerin	
4.	Ghzm. Mecklenburg-Strelitz	
5.	Ghzm. Sachsen-Weimar	
6.	Hzm. Sachsen-Gotha	
7.	Hzm. Sachsen-Coburg	Mit dem ehem. Fsm. Saalfeld, das 1826 zu Sachsen-Meiningen kam
8.	Hzm. Sachsen-Meiningen	
9.	Hzm. Sachsen-Hildburghausen	Aus den 4 Hzmrn. (6 - 9) wurden 1826 3 gebildet: Sachsen-Coburg-Gotha, Sachsen-Altenburg und Sachsen-Meiningen.
10.	Fsm. Schwarzburg-Sondershausen	
11.	Fsm. Schwarzburg-Rudolstadt	
12.	Fsm. Reuß ältere Linie	
13.	Fsm. Reuß jüngere Linie	
14.	Hzm. Anhalt-Dessau	1853 Zusammenschluß von Anhalt-Dessau und Anhalt-Köthen; 1863 Angliederung von Anhalt-Bernburg, damit entstand das Hzm. Anhalt.
15.	Hzm. Anhalt-Bernburg	
16.	Hzm. Anhalt-Köthen	
17.	Kgr. Hannover	Mit Teilen der ehem. Grafschaft Hohenstein sowie den Ämtern Elbingerode und Dannenberg; Hannover wurde 1866 preußisch und zur Prov. Hannover.
18.	Hzm. Braunschweig	Mit Teilen des ehem. Fürstentums Blankenburg und dem Amt Calvörde
19.	Kurfsm. Hessen	Mit der Herrschaft Schmalkalden; Kurhessen wurde 1866 preußisch und Teil der Prov. Hessen-Nassau.
20.	Kgr. Bayern	Mit dem Amt Kaulsdorf in Thüringen; Kaulsdorf wurde 1866 preußisch und Teil der Prov. Sachsen.
21.	Hzm. Holstein-Lauenburg	Mit lauenburgischen Gebietsteilen östlich der Elbe; Lauenburg wurde 1866 Preußen unterstellt und 1876 Teil der Prov. Schleswig-Holstein.
22.	Freie Stadt Lübeck	Mit dem Gebiet Utecht/Schattin; Exklaven in Mecklenburg-Strelitz, die erst 1937 durch das Groß-Hamburg-Gesetz zu Mecklenburg kamen.
23.	Österreich-Ungarn	Mit dem Gebiet Schirgiswalde, das bis 1845 eine böhmische Exklave im Kgr. Sachsen war. (Auf dem Wiener Kongreß war diese Exklave nicht beseitigt worden.)

Tabelle 4

Ländliche und städtische Bevölkerung 1871 bis 1939 (jeweiliges Reichsgebiet, 1939 Grenzen von 1937)

Jahr	Sog. Landbevölkerung Ew. der Gemeinden mit weniger als 2 000 Ew.		Sog. Stadtbevölkerung Ew. der Gemeinden mit mehr als 2 000 Ew.	
	Anzahl in 1 000	in %	Anzahl in 1 000	in %
1871	26 219	63,9	14 791	36,1
1890	26 185	53,0	23 243	47,0
1895	26 023	49,8	26 257	50,2
1910	25 955	40,0	38 971	60,0
1939	21 133	30,5	48 184	69,5

Quelle:  
Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 451, Berlin 1935, S. 1/42; ebenda, Bd. 552, Berlin 1943, S. 1/18.

Zwischen 1890 und 1895 vollzog sich dieser Einteilung entsprechend ein bemerkenswerter Übergang; von da an lebte immer mehr als die Hälfte der Bevölkerung in Orten mit über 2 000 Einwohnern nach dem herkömmlichen Verständnis in "Städten".

Neben Migrationen und der natürlichen Bevölkerungsentwicklung sind bei der Beurteilung des Wachstums größerer Orte auch Eingemeindungen zu beachten sowie das durch das Bevölkerungswachstum hervorgerufene Aufrücken in die nächste Größenklasse. Gerade Eingemeindungen können sich vollziehende Bevölkerungsbewegungen verschleiern, sei es z. B. durch Ansteigen der Bevölkerungszahl oder auch durch Sinken der Bevölkerungsdichte. Dieser Problematik wird in einer anderen Untersuchung nachgegangen. Einen Einblick in den Prozeß der differenzierten Stadtentwicklung auf dem Gebiet des Deutschen Reiches bietet die Tabelle 5 für die Orte mit mehr als 20 000 Einwohnern.(14)

Tabelle 5

Die Entwicklung der Orte mit mehr als 20 000 Einwohnern 1871 bis 1939 (Reichsgebiet von 1937, ohne Saargebiet)

Jahr		1. kleine	2. größere	2. Groß-
		Mittelstädte (20 000 bis unter 50 000 Ew.)	Mittelstädte (50 000 bis unter 100 000 Ew.)	städte (über 100 000 Ew.)
1871	A Einwohnerzahl	1 374 814	1 352 289	1 968 537
	B Anteil an der Gesamtbevölke- rung	3,8 %	3,8 %	5,5 %
	C Einwohnerzahl der Orte, 1871 = 100 %	100 %	100 %	100 %
	D Zu- bzw. Abnahme	-	-	-

14 Da die amtliche Statistik in die Gruppe der Kleinstädte Orte mit 5 000 bis unter 20 000 Ew. einordnet, konnten die Orte mit 10 000 bis 20 000 Ew. nicht berücksichtigt werden.

Jahr		1. kleine Mittelstädte (20 000 bis unter 50 000 Ew.)	2. größere Mittelstädte (50 000 bis unter 100 000 Ew.)	3. Groß- städte (über 100 000 Ew.)
1900	A	4 083 000	2 468 418	8 711 643
	B	8,1 %	4,9 %	17,4 %
	C	297 %	183 %	443 %
	D 1871 - 1900	+197 %	+82,5 %	+342,5 %
1910	A	4 768 553	3 232 345	13 235 835
	B	8,2 %	5,6 %	22,9 %
	C	347 %	239 %	672 %
	D 1900 - 1910	+16,8 %	+30,9 %	+52,0 %
1925	A	4 984 238	3 547 226	16 711 309
	B	8,0 %	5,7 %	26,8 %
	C	363 %	262 %	849 %
	D 1900 - 1925	+4,5 %	+9,7 %	+26,3 %
1933	A	5 028 133	3 418 495	19 802 336
	B	7,7 %	5,3 %	30,4 %
	C	366 %	253 %	1 006 %
	D 1925 - 1933	+0,9 %	-3,6 %	+18,5 %
1939	A	5 594 900	3 664 356	21 788 197
	B	8,2 %	5,4 %	31,8 %
	C	407 %	271 %	1 107 %
	D 1933 - 1939	+10,1 %	+6,7 %	+9,1 %

## Quelle:

Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 451, Berlin 1935, S. 1/43; ebenda, Bd. 552, Berlin 1943, S. 1/18, 1/34.

Der Schwerpunkt der städtischen Entwicklung lag danach seit 1871 bei den Großstädten. Deren Einwohnerzahl erhöhte sich zwischen 1871 und 1939 auf das 11fache, ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung von 5,5 % (1871) auf 31,8 % (1939). Beim allgemeinen Verstädterungsprozeß sind des weiteren die kleinen Mittelstädte zu beachten. Zwar hatten sie 1871 nur einen Anteil von zwei Dritteln an der Bevölkerungszahl der Großstädte und 1939 kaum ein Viertel, doch erhöhte sich ihre Einwohnerzahl bei etwa gleichem Stand 1871 erheblich schneller als in den größeren Mittelstädten. Im Unterschied zu den anderen Gruppen sank hier zwischen 1925 und 1933 die Einwohnerzahl. Die entscheidenden Veränderungen vollzogen sich vor dem ersten Weltkrieg. Bis 1910 nahmen die Einwohnerzahlen aller hier betrachteten Städtegruppen relativ stark zu, danach allein die der Großstädte.

Auf die Bevölkerungsentwicklung einzelner Orte wirkten zum einen die industrielle Entwicklung, administrative Aufgaben, aber auch die Rüstungsforcierung stimulierend, wodurch Agglomerationszentren und Städteballungen entstanden. Zum anderen existieren historisch gewachsene Städte oder kurzfristig aufgeblühte Orte, die ein bestimmtes Niveau ihrer Einwohnerzahl im Laufe der Entwicklung nur schwer oder sehr langsam überschritten. Sehr differenzierte Prozesse wirkten im Verlaufe der industriellen Revolution und der weiteren Industrialisierung auf die Entwicklung der Orte ein. Diese Probleme bedürfen noch eingehender Betrachtung, denn nur dadurch kann die unterschiedliche Entwicklung von Siedlungen im territorialen Strukturbild kapitalistischer Produktionsweise umfassend verstanden werden.

Allgemein wird anerkannt, daß zur Einstufung eines Ortes als Stadt unterschiedlichste Kriterien herangezogen werden müssen, wie Bevölkerungszahl, Art der Bebauung, Lage zur nächsten Großstadt, örtliche und überörtliche Funktionen usw.<sup>(15)</sup> Die Beschränkung der Untersuchung auf Orte - auf "Städte" - mit mehr als 10 000 Einwohnern, wofür schon hingewiesen wurde, gestattet es, auf andere Kriterien bei der Darstellung der Stadtentwicklung im Untersuchungsgebiet zu verzichten. Die nachfolgende Tabelle sowie die Grafik (s. Anhang) geben einen entsprechenden Überblick ab 1819 (vgl. Tab. 6).

Tabelle 6 läßt erkennen, daß die Klein- und die kleinen Mittelstädte zahlen- und bevölkerungsmäßig in der ersten Hälfte des 19. Jh. die städtische Entwicklung im Untersuchungsgebiet<sup>(16)</sup> bestimmten, denn rund 90 % aller Orte (1819, 1834, 1852) mit mehr als 10 000 Einwohnern hatten jeweils rd. 50 % der Einwohner dieser Orte.

Ab 1871 änderte sich das. Die Kleinstädte und die kleinen Mittelstädte stellten 1871 92 % aller Orte mit mehr als 10 000 Einwohnern, sie hatten jedoch nur noch einen Anteil von 47 % an der Einwohnerzahl dieser Orte; 1910 entfielen auf 86 % dieser Orte 34 % der entsprechenden Einwohner; 1939 auf 87 % nur noch 25 %.

Die größeren Mittelstädte (zwischen 50 000 und 100 000 Ew.) vermehrten sich, gemessen an der Zahl /1819 (1 Ort)/ bis 1939 am stärksten, doch stagnierte im wesentlichen der Einwohneranteil dieser Orte bei etwa 10 %. Aus dieser Gruppe gingen die Großstädte hervor.

Die Großstädte (über 100 000 Ew.) bestimmten in besonderem Maße die Stadtentwicklung im Untersuchungsgebiet. Gemessen an allen Orten mit mehr als 10 000 Einwohnern, hatten 6 Großstädte (6 %) - an der Spitze Berlin - bereits 1890 rd. 53 % der Einwohner. 1910 hatten 12 Städte (7 %) rd. 58 % der Einwohner, 1939 dann 11 Städte (6 %) rd. 63 % der Einwohner des Untersuchungsgebietes.

Wieder wird ersichtlich: Eine sehr intensive Entwicklung der Städte setzte nach der Reichsgründung 1871 ein, vorbereitet jedoch in den vorhergehenden Jahrzehnten, besonders seit den 50er Jahren (vgl. Tab. 6). Der zunehmende Industrialisierungsprozeß ließ die Bevölkerung der Städte und der sog. Industriedörfer enorm anschwellen. Eingemeindungen von Vorstadtsiedlungen wurden seit den 80er Jahren wirksam durchgeführt. Parallel dazu verstärkte sich der Prozeß der Citybildung, d. h., die Zentren großer Städte wurden mehr und mehr zu Geschäfts- und Vergnügungsvierteln und als Wohnviertel sowohl zu teuer als auch zu unruhig. Die Masse der Menschen kam nur zu bestimmten Zeiten in die City, die Wohngegenden wurden ent-

15 Reimann, Georg, Zur Problematik der statistischen Abgrenzung der Stadt- und Landbevölkerung, in: Statistische Praxis, Berlin, 17. Jg. 1962, S. 95 - 98; derselbe, Kriterien einer neuen Stadt-Land-Klassifikation, in: ebenda, 18. Jg. 1963, S. 345 - 348.

16 In den Gruppen A und B sind 7 Städte enthalten, die nicht zur DDR gehören, früher dem RB Frankfurt (Oder) zugeordnet waren.

Landsberg	ab 1834 in der Gruppe A
	ab 1871 " " " B
Küstrin	ab 1871 " " " A
	ab 1933 " " " B
Soran	ab 1871 " " " A
	1939 " " " B
Sommerfeld	ab 1880 " " " A
Crossen	1939 " " " A
Meseritz	1939 " " " A
Schwiebus	1939 " " " A

Tabelle 6

A Die Orte mit 10 000 und mehr Einwohnern im Untersuchungsgebiet 1819 bis 1939 nach Größenklassen und ausgesuchten Zähljahren

Orte mit	Um 1819		Um 1834		Um 1852		1871		1890		1910		1919		1939	
	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%
10 000 bis unter 20 000	12	63	21	70	31	69	48	68	58	54	83	51	82	51	99	54
20 000 bis unter 50 000	5	26	7	23	10	22	17	24	39	36	56	35	56	35	62	34
50 000 bis unter 100 000	1	5	1	3	2	4	3	4	5	5	11	7	11	7	13	7
Über 100 000 Ew.	1	5	1	3	2	4	3	4	6	6	12	7	13	8	11	6
Summe	19	100 <sup>+</sup>	30	100 <sup>+</sup>	45	100 <sup>+</sup>	71	100	108	100 <sup>+</sup>	162	100	162	100 <sup>+</sup>	185	100 <sup>+</sup>

B Die Einwohnerzahlen aller Orte mit 10 000 und mehr Einwohnern des Untersuchungsgebietes nach Größenklassen und ausgesuchten Zähljahren und ihr Anteil an der Gesamtzahl

Orte mit		Einwohner um		um 1852	1871	1890	1910	1919	1939
		1819	um 1834						
10 000 bis unter 20 000	Anzahl	153 219	267 043	405 146	680 138	810 510	1 170 390	1 139 394	1 393 520
	%	28,53	32,12	29,55	27,40	16,70	13,49	12,97	12,12
20 000 bis unter 50 000	Anzahl	140 856	225 510	279 704	486 758	1 127 990	1 742 880	1 758 494	1 978 048
	%	26,23	27,13	20,40	19,61	23,24	20,09	20,02	17,20
50 000 bis unter 100 000	Anzahl	50 311	73 614	142 983	205 250	321 217	746 401	767 898	903 527
	%	9,37	8,86	10,43	8,27	6,62	8,60	8,74	7,86
Über 100 000 Ew.	Anzahl	192 646	265 122	543 157	1 110 355	2 592 930	5 016 235	5 119 310	7 224 582
	%	35,87	31,89	39,62	44,73	53,43	57,82	58,27	62,82
Summe	Anzahl	537 032	831 289	1 370 990	2 482 507	4 852 647	8 675 906	8 785 096	11 499 677
	%	100	100	100	100	100	100	100	100

+ Ungenauigkeit  $\pm 1$  % infolge von Rundungen.

Quelle:

Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 451, Berlin 1935; ebenda, Bd. 552, Berlin 1943; Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, 1880 ff.; Vierteljahrsheft zur Statistik des Deutschen Reichs, 2/1920, S. 145 ff.



sprechend der allgemeinen Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in Außengebiete verlagert. Diese sog. zentrifugale Bevölkerungsbewegung führte zu notwendigen Stadterweiterungen.(17)

Die Entwicklung der Orte im Untersuchungsgebiet unterscheidet sich von der im Reichsgebiet (vgl. Tab. 7). Während sich der Bevölkerungsanteil der kleinen Mittelstädte nach 1871 etwa wie im Reichsdurchschnitt entwickelte, zeigten sich bei den höheren Ortsgrößenklassen unterschiedliche Trends. In den größeren Mittelstädten stieg die Bevölkerungszahl erheblich schneller, in Großstädten deutlich geringer als im Reichsdurchschnitt. Die Gründe dafür liegen sowohl in der starken Agglomeration in den Industriegebieten außerhalb des Untersuchungsgebietes und der Herausbildung städtischer Einzelstandorte als auch in der Entwicklung der Nordseehäfen. Anders zeigt sich das Städtewachstum, wenn die Einwohner der Städtegruppen mit der jeweiligen Gebietsbevölkerung verglichen werden. Seit 1871 lebte im Untersuchungsgebiet jeweils ein größerer Anteil von Einwohnern in kleineren Mittelstädten als im Reich insgesamt. In den größeren Mittelstädten, die einen besonderen Bevölkerungsschub zwischen 1871 und 1900 erhielten, lebten anteilig weniger Menschen als im Reichsdurchschnitt. Seit 1871 stieg im Untersuchungsgebiet die Bevölkerungszahl der Großstädte zwar relativ langsam an, aber im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung des jeweiligen Gebietes lebten hier immer mehr Menschen in den Großstädten als im Durchschnitt des Reiches. Von der Reichsbevölkerung wohnten 1939 z. B. 31,8 % in Großstädten, von der Bevölkerung unseres Raumes 35,9 %. Das besondere Gewicht der Millionenstadt Berlin drückt sich in diesen Zahlen aus. In Städten mit mehr als 20 000 Einwohnern - bezogen auf die Gesamtbevölkerung des jeweiligen Gebietes - lebten (Angaben in %):

	1871	1900	1910	1925	1933	1939
Im Reichsgebiet	13,1	30,4	36,7	40,5	43,4	45,4
Im Untersuchungsgebiet	18,2	37,9	43,2	47,4	49,0	50,2
Davon allein im Raum Berlin (Grenzen von 1939)	9,4	18,0	21,5	21,9	22,1	21,6

1939 lebte mehr als die Hälfte der Bewohner des Untersuchungsraumes in Städten mit mehr als 20 000 Einwohnern. Berlin und die anderen Großstädte in unserem Raum trugen dazu bei, daß, gemessen am Anteil der Bevölkerung der größeren Städte, die Verstädterung hier ausgeprägter war als im Reichsdurchschnitt. Die Rolle des Großraumes Berlin drückt sich in folgendem aus: Über ein Fünftel der Bevölkerung, die im Untersuchungsgebiet in Städten mit mehr als 20 000 Einwohnern lebte, wohnte nach 1900 ständig in Berlin.

17 Vgl. Czok, Karl, Die Stadt. Ihre Stellung in der Geschichte, Leipzig/Jena/Berlin 1969, S. 112 f.; Thümmler, Berlins Stadtgebiet und Einwohner ..., S. 18.

Tabelle 7

Die Entwicklung der Orte mit mehr als 20 000 Einwohnern im Reichs- und im Untersuchungsgebiet, 1871 bis 1939  
(Reichsgebiet in den Grenzen von 1937, 1939 ohne Saarland)  
(in %)

	Kleine Mittelstädte (20 000 bis unter 50 000 Ew.)		Größere Mittelstädte (50 000 bis unter 100 000 Ew.)		Großstädte (über 100 000 Ew.)	
	Reichs- gebiet	U.- Gebiet	Reichs- gebiet	U.- Gebiet	Reichs- gebiet	U.- Gebiet
1871						
A Anteil an Gebiets-Ew.	3,8	4,9	3,8	2,1	5,5	11,9
B Orts-Ew. 1871=100	100	100	100	100	100	100
1900						
A	8,1	9,4	4,9	5,1	17,4	23,4
B	297	290	183	377	443	317
1910						
A	8,2	10,0	5,6	4,3	22,9	28,9
B	347	358	239	364	672	452
1925						
A	8,0	8,9	5,7	3,8	26,8	34,7
B	363	335	262	338	849	575
1933						
A	7,7	9,4	5,3	4,5	30,4	35,1
B	366	368	253	419	1006	606
1939						
A	8,2	9,8	5,4	4,5	31,8	35,9
B	407	406	271	440	1107	651

Quelle: 1) S. Tab. 5 u. 6; die anteiligen Bevölkerungswerte für das Untersuchungsgebiet basieren auf berechneten Annäherungswerten unter Zugrundelegung der amtlichen Statistik.

1939 hatten im Untersuchungsgebiet 11 Städte mehr als 100 000 Einwohner. Die entscheidende Phase der Großstadtbildung lag zwischen 1880 (3 Großstädte) und 1910 (12 Großstädte); die Höchstzahl /13/ wurde im Jahre 1919 gezählt. Die zunehmende Bevölkerungsagglomeration im Raum Berlin führte zur Herausbildung von Großstadtgemeinden neben der Millionenstadt Berlin, bis ab 1. Oktober 1920 eine einheitliche Stadtgemeinde geschaffen wurde. Dadurch verloren 5 Großstädte - Lichtenberg, Schöneberg, Wilmersdorf, Charlottenburg und Neukölln - ihre Selbständigkeit; Spandau lag zu der Zeit dicht unter der 100 000-Einwohner-Marke.(18)

Nach der Gründung der Großgemeinde Berlin gab es noch 8 Großstädte im Untersuchungsgebiet, die jüngsten - Plauen und Erfurt - hatten nach der Jahrhundertwende die entsprechenden Werte erreicht. Infolge der industriellen Entwicklung während der faschistischen Aufrüstung und umfangreicher Eingemeindungen entwickelten sich in den 30er Jahren Potsdam, Rostock und Dessau zu Großstädten (vgl. Tab. 8 u. 9).(19)

Abgesehen vom Raum Berlin vergrößerten sich seit 1871 z. B. die Stadtgebiete von Rostock, Leipzig, Chemnitz und Magdeburg. Den Eingemeindungen ging immer ein Prozeß zunehmender Agglomeration, eine Zusammenballung von Menschen nicht nur in der Stadt, sondern auch im näheren Umland voraus.

Bereits vor dem ersten Weltkrieg war vielfach versucht worden, Zusammenhänge zwischen den Bevölkerungsagglomerationen und der Raumentwicklung herzustellen, z. B. durch Kreise mit verschiedenen Radien um den Kern einer Stadt. Wären die Eingemeindungen schon früher vollzogen worden - so Sigmund Schott(20) - hätten einige Städte beachtlich früher mehr als 100 000 Einwohner gezählt. Besonders um die großen Städte waren Bevölkerungsagglomerationen entstanden, bevor dieser Entwicklung durch Eingemeindungen administrativ Rechnung getragen wurde. Betrachtet man die reale Bevölkerungsverteilung, sind statistische Angaben entsprechend zu werten. Gerade wenn es um Schlußfolgerungen über Großstädte geht, sind die statistischen Einwohnerzahlen nur bedingt aussagekräftig. Wenn die administrative Stadtgemarkung mit dem tatsächlichen Anwachsen des Stadtkörpers nicht Schritt hält - Berlin ist dafür ein prägnantes Beispiel -, muß das Umland mit berücksich-

18 Vgl. Gemeindelexikon für den Freistaat Preußen, Bd. II u. III, Berlin 1932, S. IX; Schultze, S. 95 ff.; Thümmler, Berlins Stadtgebiet und Einwohner ..., S. 9 ff.

19 Potsdam erhielt z. B. 1935 Nedlitz, Bornstedt und Bornim und 1939 Fahrland, Geltow, Golin, Grube, Krampnitz, Babelsberg, Drewitz, Bergholz-Rehbrücke usw. Bei Rostock wirkten sich Eingemeindungen 1934 aus, die vor allem auch eine Landbrücke zum Stadtteil Warnemünde schufen, während Dessau vor allem durch die Eingemeindung der Stadt Roßlau 1935 anwuchs.

20 Schott, Sigmund, Die großstädtischen Agglomerationen des Deutschen Reichs 1871 - 1910 = Schriften des Verbandes deutscher Städtestatistiker, Breslau, 1/1912, S. 89 ff.; vgl. derselbe, Großsiedlungen (Großstädtische Agglomerationen), in: Statistisches Jahrbuch deutscher Städte, Leipzig, 24. Jg. 1929, S. 66 - 96.

Zur Agglomeration im Untersuchungsgebiet. Stadtgebiet und Einwohner der 11 im Jahre 1939 ausgewiesenen Großstädte 1871 und 1939

Ort	Jahr	Stadt- gebiet in km <sup>2</sup>	Stadt- gebiet 1871=100	Ew.-zahl	Ew.-zahl 1871=100
Berlin	1871	59,23	100	826 341	100
	1939	883,63	1 492	4 338 756	525
Chemnitz	1871	12,63	100	68 229	100
	1939	77,65	615	337 645	495
Dessau	1871	(20,90) <sup>+</sup>	(100)	17 459	100
	1939	70,60	338	119 099	682
Dresden	1871	30,01	100	177 089	100
	1939	118,89	396	630 216	356
Erfurt	1871	43,75	100	43 616	100
	1939	57,53	131	165 615	380
Halle	1871	24,15	100	52 620	100
	1939	49,82	206	220 092	418
Leipzig	1871	17,38	100	106 925	100
	1939	141,45	814	707 365	662
Magdeburg	1871	34,44	100	84 401	100
	1939	128,93	374	336 838	399
Plauen	1871	12,90	100	23 355	100
	1939	35,62	276	111 872	479
Potsdam	1871	13,07	100	43 901	100
	1939	72,64	556	135 892	310
Rostock	1871	(13,10) <sup>+</sup>	(100)	30 980	100
	1939	138,98	1 061	121 192	391

+ Geschätzt.

Quelle:  
Schott, Sigmund, Das Wachstum der deutschen Großstädte seit 1871, in: Statistisches Jahrbuch deutscher Städte, Breslau 1903, S. 141 ff.; Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 552, Berlin 1943, S. 1/38 ff.; ebenda, Bd. 240, Berlin 1915, S. 69\* f.

Die Herausbildung der Großstädte im Untersuchungsgebiet<sup>+</sup>  
(Ew. in 1 000)

	1819	1852	1871	1890	1900	1910	1919	1939
Berlin	192,6	439,0	826,3	1 578,8	1 888,8	2 071,3	1 904,6	4 338,8
Dresden		104,2	177,9	276,6	396,1	548,3	534,9	630,2
Leipzig			106,9	295,0	456,1	589,8	608,3	707,4
Magdeburg			202,2	229,7	279,6	285,7	285,7	336,8
Chemnitz			139,0	206,9	287,8	307,1	307,1	337,6
Halle			101,4	156,6	180,8	183,8	183,8	220,1
Charlotten- burg					189,3	306,0	327,4	1920 zu Berlin
Rixdorf (Neukölln)						237,3	265,7	1920 zu Berlin
Schöneberg						172,8	178,1	1920 zu Berlin
Plauen						121,3	105,6	111,9
Erfurt						111,5	130,1	165,6
Wilmers- dorf						109,7	142,4	1920 zu Berlin
Lichten- berg							145,6	1920 zu Berlin
Potsdam								135,9
Rostock								121,2
Dessau								119,1

+ 1834, 1880, 1925, 1933, ohne Neuzugang.

Quelle:

Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 451, Berlin 1935, S. 1/35 ff.; Bd. 552, Berlin 1943, S. 1/38 ff.

tigt werden. Auch Leipzig zeigte z. B. eine derart charakteristische Entwicklung, wobei hier im Gegensatz zu Berlin umfangreiche Eingemeindungen früher vorgenommen wurden.(21)

Tabelle 9 zeigt die Großstadtentwicklung für die Zeit ab 1819 wie sie die Statistik für unseren Raum widerspiegelt. Gab es neben Berlin anfänglich allein die beiden sächsischen Großstädte Dresden und Leipzig, kamen dann Magdeburg, Chemnitz und Halle hinzu. Nach 1910 wurde zunächst nur noch Lichtenberg Großstadt. Erst 1939 weist die Statistik wieder 3 neue Großstädte aus. Das heißt: Im betrachteten Gebiet entstehen die Großstädte überwiegend im letzten Drittel des 19. Jh. bis 1910, räumlich konzentrierten sie sich im Raum Berlin, in der Provinz Sachsen und im Kgr. Sachsen.

#### 4. Die territorial differenzierte Entwicklung der Orte mit mehr als 10 000 Einwohnern

Im Jahre 1939 existierten im Untersuchungsgebiet 185 Orte mit je mehr als 10 000 Einwohnern. Während im nördlichen Gebiet, im mecklenburgisch-pommerschen Raum, 8,1 % dieser Orte lagen, konzentrierten sich im Südosten, im sächsischen Territorium, 30,3 %. Mit 21,1 % zeigte sich 1939 auch in dem mittleren Westgebiet, mit der Provinz Sachsen, eine stärkere Anhäufung. 1819 gab es insgesamt 19 Orte dieser Größenordnung, 1871 waren es bereits 71 (vgl. Tab. 6).(22)

Während sich im Betrachtungszeitraum die Zahl der Orte genannter Größenordnung nahezu verzehnfachte, nahm die Bevölkerung dieser Orte um mehr als das Zwanzigfache zu (vgl. Tab. 6). Hervorzuheben ist bei einer territorialen Analyse der dominierende Einfluß der Stadt Berlin mit ihrem Umfeld. Immer ist etwa ein Drittel aller Einwohner, die in Orten mit 10 000 und mehr Einwohnern wohnten, in Berlin konzentriert. Nach 1871 zogen Berlin und Umgegend derartig viele Menschen an, daß dieser Raum die Gesamtentwicklung des Untersuchungsgebietes stark beeinflusste. Selbst bei sehr stark anwachsender Bevölkerung in den größeren Orten, z. B. in Sachsen, sank der Anteil der Bevölkerung dieser Orte. Dagegen hob das enorme Ansteigen der Bevölkerung im Raum Berlin den RB Potsdam so lange aus der Gesamtheit heraus, bis das Ballungsgebiet Berlin 1920 zu einer Großgemeinde zusammengefaßt wurde (s. Tab. 10).

Die Entwicklung der Reichshauptstadt Berlin stellte also alle anderen städtischen Entwicklungen unseres Raumes in den Hintergrund. 1925 lebten im Untersuchungsgebiet über 40 % der Bewohner von Orten mit über 10 000 Ew. in Berlin. Wie die Bevölkerungsentwicklung im Raum Berlin die Situation im RB Potsdam beeinflusste, zeigen Vergleiche zwischen 1910 und 1925; die entsprechenden Bevölkerungsanteile reduzierten sich von 20,4 % (1919: 23,1 %) auf 3,4 %.

21 Nach der Eingemeindungswelle in den 80er Jahren des 19. Jh. stieg die Einwohnerzahl von 149 081 im Jahre 1880 auf das Dreifache im Jahre 1900, auf 456 124, und sie erreichte 1910 589 850; die Gemarkungsfläche stieg von 17,38 km<sup>2</sup> im Jahre 1880 auf 57,07 km<sup>2</sup> 1900, sie erreichte 1910 schließlich 73,64 km<sup>2</sup> (vgl. Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 240, Berlin 1915, S. 70\*).

22 Berücksichtigt man, daß dem Untersuchungsgebiet einige Orte des ehemaligen RB Frankfurt (Oder) zugeordnet sind (vgl. Anm. 16), die nicht zur DDR gehören, dann ergibt sich für das DDR-Territorium: 1819: 19 Orte, 1852: 44 Orte, 1871: 68 Orte, 1900: 136 Orte, 1939: 178 Orte.

Der Regierungsbezirk (RB) Potsdam ohne Stadt Berlin und ohne den Raum Berlin; Anteile der Orte mit mehr als 10 000 Einwohnern an der Bevölkerung im Untersuchungsgebiet (in %)

Gebiet	1871	1890	1900	1910	1919	1925	1939
RB Potsdam (ohne Stadt Berlin)	6,0	9,6	13,5	20,4	23,1	3,4	5,7
Stadt Berlin (jeweiliger Gebietsstand)	33,3	32,5	28,4	23,9	21,7	40,7	37,7
RB Potsdam (ohne Raum Berlin)	4,4	3,9	3,6	2,8	2,7	3,4	5,7
Raum Berlin (Grenzen von 1939)	34,8	38,2	38,4	41,5	42,0	40,7	37,7

Quelle:  
Errechnet aus: Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 451, Berlin 1935, S. 1/24, S. 1/35 ff.; ebenda, Bd. 552, Berlin 1943, S. 1/42 ff.; Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, Berlin 1927, S. 8; Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs, 2/1920, S. 145 ff.

Aufgrund dieser extremen Stellung Berlins und seines Umlandes wird dieser Raum bei regionalen Vergleichen oft ausgeklammert. Ohne den Raum Berlin werden die Konturen regionaler Differenzierungen im Verstädterungsprozeß deutlich sichtbar. Ab 1925 beeinflusste Berlin erneut ein Anwachsen der Bevölkerung in verkehrsgünstigen Nachbargebieten. Orte wie Bernau, Falkensee, Nauen, Neuenhagen, Nowawes, Oranienburg, Teltow, die nach dem ersten Weltkrieg eine relativ starke Bevölkerungszunahme aufwiesen, belegen das, ebenso wie die an Berlin grenzenden Kreise des RB Potsdam, deren Bevölkerung besonders anstieg und die z. B. auch hohe Wandergewinne erzielten.(23)

Die Tabelle 11 zeigt die regional-differenzierte Entwicklung der Orte mit über 10 000 Einwohnern, wobei die Stadt Berlin ausgespart wurde.(24)

23 Von 1925 bis 1933 hatten in der Prov. Brandenburg besonders die im Ausstrahlungsgebiet von Berlin liegenden Kreise Wandergewinne zu verzeichnen, u. a. Niederbarnim 40 562 Pers. (29,2 %), Teltow 25 656 Pers. (21,0 %), Osthavelland mit dem Stadtkreis Potsdam 21 238 Pers. (13,9 %). (Vgl. Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 451, S. 1/70.)

24 Das heißt auch, die Gesamtwerte der einzelnen Jahre haben sich jeweils um die Einwohnerzahl Berlins vermindert. So erklärt sich, daß der RB Potsdam in Tab. 10 ohne die Einwohner der Stadt Berlin (die jedoch in der Gesamtwertung enthalten waren) 1871 6,0 % repräsentierte, während Tab. 11 für 1871 8,9 % ausweist.

Tabelle 11

Anteil der Orte mit mehr als 10 000 Einwohnern an der Gesamtzahl der Einwohner (administrative Grenze von 1939 ohne Berlin, nach Regierungsbezirken bzw. Ländern) (in %)

Gebiet (1939)	Um		1871	1890	1900	1910	1919	1939
	1819	1834						
Mecklenburg	7,5	7,4	5,0	3,3	3,4	2,8	2,8	4,7
RB Potsdam	11,0	10,4	8,9	14,2	18,9	27,5	30,1	9,1
RB Frankfurt (Oder)	4,7	6,1	8,9	7,3	5,9	4,9	4,6	6,4
RB Magdeburg	18,3	17,7	11,4	11,1	9,9	8,5	8,1	10,4
RB Merseburg	6,9	6,7	9,5	8,3	7,5	6,3	6,1	7,8
RB Erfurt	9,2	9,1	5,1	4,6	3,6	3,3	3,3	4,2
RB Dresden	17,8	15,1	15,2	13,2	13,6	12,4	11,6	14,8
RB Chemnitz	4,0	3,7	7,3	7,1	6,8	6,3	6,4	7,8
RB Zwickau	-	-	5,4	4,5	5,0	5,5	5,0	5,7
RB Leipzig	9,9	8,2	7,1	11,7	11,5	10,7	10,1	12,3
Anhalt	-	1,9	3,5	3,0	2,8	2,2	2,1	3,4
Thüringen	6,2	8,4	6,7	7,6	7,1	6,4	6,8	9,3
RB Stettin (links d. Oder)	4,6	3,0	3,3	2,2	1,9	1,5	1,6	2,1
Rest (Görlitz, Weißwasser, Blankenburg, Schmalkalden)	-	2,3	2,5	1,9	1,9	1,8	1,5	1,9
Summe	100	100	100	100	100	100	100	100

Quelle:  
S. Tab. 6.

Tabelle 11 läßt erkennen, daß der RB Potsdam wie auch der RB Frankfurt - letzterer mit Ausnahme eines erheblichen Aufschwungs in den 60er und 70er Jahren des 19. Jh. - sowie das kleine Anhalt und auch die RB Merseburg und Dresden relativ gleiche Anteile an der Entwicklung der Einwohnerzahlen der ausgewerteten Orte während des gesamten Zeitraumes besaßen.

Die Einwohnerzahl der brandenburgischen Orte außerhalb des Berliner Raumes änderte sich von 1871 bis 1939 kaum. Ausnahmen bildeten lediglich Wittenberg - günstige Eisenbahn- und Schiffsverkehrsverhältnisse forcierten die Entwicklung der örtlichen Industrie - mit einem Anstieg auf 321 % und die Textilindustriestadt Forst mit einem Anstieg auf 296 %.

Wird die Vorstadtentwicklung betrachtet, so besaß im Raum Potsdam Nowawes eine besondere Stellung. Zwischen 1900 und 1910 verdoppelte sich die Einwohnerzahl von 11 000 auf 23 800; 1933 betrug sie 29 229. Diese schnelle Bevölkerungsentwicklung wiesen in dieser Zeit auch Lichtenberg und Pankow auf. Die Eingemeindung von Nowawes führte dazu, daß Potsdam in den 30er Jahren Großstadt wurde.

Während das Dresdner Gebiet seit Beginn des 19. Jh. im gesamten Zeitraum seinen hohen Bevölkerungsanteil hielt, stieg er in den Gebieten um Chemnitz, Zwickau und Leipzig infolge der industriellen Entwicklung im gesamten sächsischen Raum sichtbar an. Von 1871 bis 1939 erhöhte sich die Einwohnerzahl von Dresden auf 356 %, von Meißen auf 422 % (vgl. Tab. 9). In Plauen war die Bevölkerungszahl bis 1910 auf 519 % angestiegen; zwischen den Weltkriegen stagnierte sie, 1939 betrug sie 479 % im Vergleich zu 1871. Und auch solche bekannten sächsischen Industriestädte



aus der Zeit der industriellen Revolution wie Freiberg (+66 %), Meerane (+27 %), Glauchau (+54 %), Crimmitschau (+78 %) und Werdau (+90 %) haben sich nach 1871 bis 1939 nur relativ gering weiterentwickelt.

Im RB Erfurt, der im wesentlichen das Thüringer Land - dazu aber auch Teile des Harzes und des Vogtlandes - umfaßte, sank der Bevölkerungsanteil in den Orten mit mehr als 10 000 Einwohnern, und auch der Anteil des RB Magdeburg, der 1819 den höchsten Stand hatte, sank bis 1939 von 18,3 % auf 10,4 %. Über den ganzen Zeitraum konnten die RB Magdeburg und Erfurt und dazu der RB Merseburg mit dem Raum Halle die starke Stellung der Provinz Sachsen im Verstädterungsprozeß, die sie bereits zu Beginn des 19. Jh. hatte, verteidigen. In der Provinz Sachsen strahlten besonders die Großstädte Magdeburg, Halle und Erfurt auf ihr Umland aus. Die anderen Orte veränderten sich seit 1871 relativ wenig. Durch Braunkohlenabbau und Chemieindustrie wuchs Bitterfeld etwas stärker, allein von 1900 bis 1939 verdoppelte sich die Einwohnerzahl. Historisch bekannte Städte blieben seit 1871 bis 1939 im Wachstum etwas zurück, wie Nordhausen (+100 %), Mühlhausen (+128 %), Naumburg (+144 %), Merseburg (+184 %).

Das Land Thüringen wiederum läßt beachtliche Fortschritte erkennen. In der Masse bewirkten relativ kleine Industriezentren und Verwaltungsstädte doch ein stetes Ansteigen des Anteils der Bevölkerung in Orten mit über 10 000 Einwohnern. In Thüringen entstanden diese Orte zumeist aus historisch alten Ansiedlungen, darunter Residenzen von Kleinstaaten, die sich in kapitalistischer Zeit nur unter besonderen Vorbedingungen weiterentwickelten. Hervorzuheben sind Gera als Textilindustriestadt - die Bevölkerung wuchs von 1871 bis 1939 auf 467 % - und Jena als Zentrum der optischen und der Glasindustrie mit einem Bevölkerungsanstieg von 1871 bis 1939 auf 861 %.

Neben dem RB Erfurt und auch dem RB Magdeburg, deren Anteile deutlich sanken, stehen an letzter Stelle die nördlichen Gebiete. Bei einem bereits relativ kleinen Anteil von größeren Orten sank dieser seit Beginn des 19. Jh. immer mehr, wenn er auch in den letzten Jahren des Betrachtungszeitraumes wieder geringfügig anstieg.

Sowohl hinsichtlich der Anzahl als auch der Bevölkerung entwickelten sich die Orte des Nordens von 1819 bis 1939 nur langsam. Eine Ausnahme bildet Rostock, zwischen 1871 und 1939 vervierfachte sich seine Bevölkerung. Die Bevölkerungszahl Schwerins stieg in dieser Zeit auf 241 % an, die Greifswalds auf 215 % und die Stralsunds auf 198 %. Für eine schnellere Entwicklung besaßen diese Städte eine ungenügende industrielle Basis.

Welche Gebiete sind also hinsichtlich der Verstädterung besonders hervorzuheben? Um einen Gesamtüberblick über den Verstädterungsprozeß, der regional differenziert verlief, zu erhalten und eine gewisse Rangfolge einzelner Territorien zu dokumentieren, sind zusätzliche Kennziffern nützlich. Aus Platzgründen wurde auf entscheidende Zähljahre zurückgegriffen: auf 1834 (Beginn der industriellen Revolution in Deutschland), 1871 (Reichsgründung), 1910 (Abschluß einer besonderen Phase im Verstädterungsprozeß in Deutschland, u. a. in der Großstadtentwicklung) und auf 1939 als letztem Zähljahr.

Für diese Jahre wurden folgende Auswertungsgebiete zusammengefaßt:

1. Nördliches Gebiet - Mecklenburg und Pommern anteilig
2. Mittleres Gebiet - Prov. Brandenburg ohne Berlin
3. Mittelwestliches Gebiet - Prov. Sachsen ohne RB Erfurt, Anhalt, Kr. Blankenburg
4. Südwestliches Gebiet - Thüringen, RB Erfurt, Kr. Schmalkalden
5. Südöstliches Gebiet - Sachsen, Stadt- und Landkreis Görlitz, Kr. Hoyerswerda, Kr. Rothenburg
6. Berlin

Die Tabelle 12 zeigt diese sozialökonomisch relativ geschlossenen Gebiete und bringt einige Kennziffern, die die differenzierte Entwicklung der Städte in unserem Raum verdeutlichen, wie die Anzahl der Orte mit über 10 000 Einwohnern, die Einwohner dieser Orte im Vergleich zur Gesamteinwohnerzahl und die Ortsdichte (km<sup>2</sup> pro Ort).

Da diese Tabelle Angaben für das gesamte Untersuchungsgebiet gibt - also Durchschnittswerte -, sind auch dadurch regionale Unterschiede zu erkennen. Neben den Anteilen an der städtischen Bevölkerung - d. h. der Bevölkerung, die in Orten mit 10 000 und mehr Einwohnern lebte - läßt sich aus der Tabelle 12 direkt die jeweilige Ortsdichte ablesen. Weiterhin konnten noch folgende Kennziffern aufgestellt werden: 1. die Durchschnittsgröße aller Orte mit mehr als 10 000 Einwohnern, wodurch das Gewicht der größeren Orte berücksichtigt wird; 2. die Bevölkerungsdichte überhaupt, dadurch wird Räumen mit dichter Besiedlung auch in kleineren Orten mit weniger als 10 000 Einwohnern Rechnung getragen, und 3. das Bevölkerungswachstum, das immer ein markanter Ausdruck räumlichen Fortschritts ist.

Damit lassen sich 5 Kennziffern zusammenfassen, die - weil es für den angestrebten Vergleichszweck nicht erforderlich erscheint - zwar nicht bis zur letzten Genauigkeit berechnet wurden, die es aber ermöglichen, jedem Territorium, Berlin wird ausgeklammert, einen bestimmten Rang zuzuteilen.

Unter Berücksichtigung des Bevölkerungsanteils der ausgewerteten Orte, der Ortsdichte, der Durchschnittsgröße der Orte sowie der allgemeinen Bevölkerungsdichte und des -wachstums ergeben sich für die 5 Teilgebiete folgende Ränge:

- 1834 1. Südöstl. Gebiet  
2. Mittelwestl. Gebiet  
3. Südwestl. Gebiet  
4. Mittleres Gebiet  
5. Nördliches Gebiet

- 1871 1. Südöstl. Gebiet  
2. Mittelwestl. Gebiet  
3. Mittleres Gebiet  
4. Südwestl. Gebiet  
5. Nördliches Gebiet

- 1910 1. Südöstl. Gebiet  
2. Mittleres Gebiet  
3. Mittelwestl. Gebiet  
4. Südwestl. Gebiet  
5. Nördliches Gebiet

- 1939 1. Südöstl. Gebiet  
2. Mittelwestl. Gebiet  
3. Südwestl. Gebiet  
4. Mittleres Gebiet  
5. Nördliches Gebiet

Das Ergebnis für 1939 entspricht nicht nur dem von 1834, sondern dem Gesamtergebnis, das auf der Summierung aller Rangziffern der 4 Zähljahre basiert. Die Stadtentwicklung verlief demnach im südöstlichen Gebiet am intensivsten. Dieses Gebiet - im wesentlichen Sachsen - lag immer auf dem 1. Platz, ebenso wie das nördliche Gebiet immer auf den letzten Platz lag.

Den 2. Platz belegte zu Beginn das mittelwestliche Gebiet - im wesentlichen also die RB Magdeburg, Merseburg und das anhaltinische Territorium. 1910 sieht man dieses Gebiet vom mittleren Gebiet - Brandenburg - verdrängt auf Platz 3. 1834 hatte das mittlere Gebiet noch Platz 4, 1871 Platz 3, und 1939 fiel es auf Platz 4 zurück. Sehr markant wird dadurch auf die Rolle Berlins hingewiesen, auf die schon

Die Entwicklung der Orte mit über 10 000 Einwohnern im Untersuchungsgebiet nach Gebieten und Kennziffern

	Nördliches Gebiet	Mittleres Gebiet	Mittelwestl. Gebiet	Südwestl. Gebiet	Südöstl. Gebiet	Stadt Berlin	Untersuchungsgebiet insges.
1834							
Zahl der Orte	4	5	8	7	5	1	30
Ew. der Orte (in 1000)	59	94	148	100	166	265	832
Ew. d. Gebietes (in 1000)	794	1 386	1 360	1 144	1 723	265	6 672
Dávon in den Orten (in %)	7,4	6,8	10,9	8,7	9,6	100,0	12,5
Ortsdichte	5 914	7 968	3 074	2 252	3 613	30	3 992
DG	15	19	18	14	33	265	28
BD	34	35	55	73	95	8 833	56
BW	100	100	100	100	100	100	100
1871							
Zahl der Orte	7	15	20	10	18	1	71
Ew. der Orte (in 1000)	138	295	408	195	621	826	2 483
Ew. des Gebietes (in 1000)	983	2 037	1 974	1 414	2 729	826	9 963
Davon in den Orten (in %)	14,0	14,5	20,7	13,8	22,8	100,0	24,9
Ortsdichte	3 380	2 656	1 230	1 577	1 004	59	1 687
DG	20	19,6	20,4	19	34	826	35
BD	42	51	80	90	151	14 000	83
BW	123	147	145	124	158	312	149

1910								
Zahl der Orte	12	46	33	25	45	1	162	
Ew. der Orte (in 1000)	283	2 096	1 135	649	2 401	2 071	8 676	
Ew. d. Gebietes (in 1000)	1 110	4 093	2 941	2 085	5 072	2 071	17 372	
Davon in den Orten (in %)	25,5	51,2	38,6	31,1	47,3	100,0	49,9	
Ortsdichte	1 957	866	745	631	401	63	739	
DG	24	46	34	26	96	2 071	54	
BD	50	103	120	132	281	32 873	145	
BW	140	295	216	182	294	782	260	

1939							
Zahl der Orte	15	42	40	29	58	1	185
Ew. der Orte (in 1000)	489	1 111	1 562	980	3 019	4 339	11 500
Ew. d. Gebietes (in 1000)	1 345	3 008	3 440	2 447	5 539	4 339	20 118
Davon in den Orten (in %)	36,4	36,9	45,4	40,0	54,5	100,0	57,2
Ortsdichte	1 543	911	615	544	312	884	647
DG	33	26	39	34	52	4 339	62
BD	57	79	140	155	307	4 908	168
BW	169	217	253	214	321	1 637	302

DG = Durchschnittsgröße der Orte (in 1000); BD = Bevölkerungsdichte; BW = Bevölkerungswachstum des Gebietes, 1834 = 100.

Quelle:

Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 451, Berlin 1935; ebenda, Bd. 552, Berlin 1943; Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, 1880 ff.; Neumann, Gustav, Das Deutsche Reich in geographischer, statistischer und topographischer Beziehung, Bd. I/II, Berlin 1874.

erwähnte Bevölkerungsagglomeration, die sich auch bemerkbar machte, obwohl die Stadt selbst ausgeklammert wurde. Nach der Bildung von Großberlin fiel das mittlere Gebiet wieder auf Platz 4 zurück.

Damit zeigt die Wertung für 1939, die dem Gesamtergebnis gleichkommt, das tatsächliche territorial differenzierte Gefälle städtischer Entwicklung im Untersuchungsgebiet.

Das Gesamtergebnis bzw. die Zusammenfassung der vier Auswertungen ergibt: Das südöstliche Gebiet und das mittelwestliche Gebiet (20 und 49 Rangpunkte) stehen mit Abstand an der Spitze. Es folgt das südwestliche Gebiet (63 Punkte), das vor allem den Thüringer Raum umfaßt. Die Ortsdichte und die Bevölkerungsdichte wirkten hier positiv bei der Einstufung mit. Der Unterschied zum mittleren Gebiet (67 Punkte) ist scheinbar gering. In diesem Gebiet wirkten sich ständige geringe Ortsdichte, kleine Durchschnittsgrößen der Orte und niedrige Bevölkerungsdichte aus. Der scheinbar geringe Unterschied resultierte aus den Auswirkungen des Raumes um Berlin, worauf schon hingewiesen wurde. Dadurch wurden sowohl dem mittelwestlichen wie dem südwestlichen Gebiet besonders 1871 und 1910 schlechtere Platzziffern gegeben.

Das nördliche Gebiet - Mecklenburg und pommersches Territorium - hat einen erheblichen Rückstand (88 Punkte) zu den vorplazierten.

Von Berlin abgesehen, kann für den Betrachtungszeitraum geschlossen werden, daß im Untersuchungsgebiet 3 großräumige Territorien existierten und in den über 100 Jahren von 1834 bis 1939 eine unterschiedliche demographische Bewegung - gemessen vor allem in der Stadtentwicklung - erlebten.

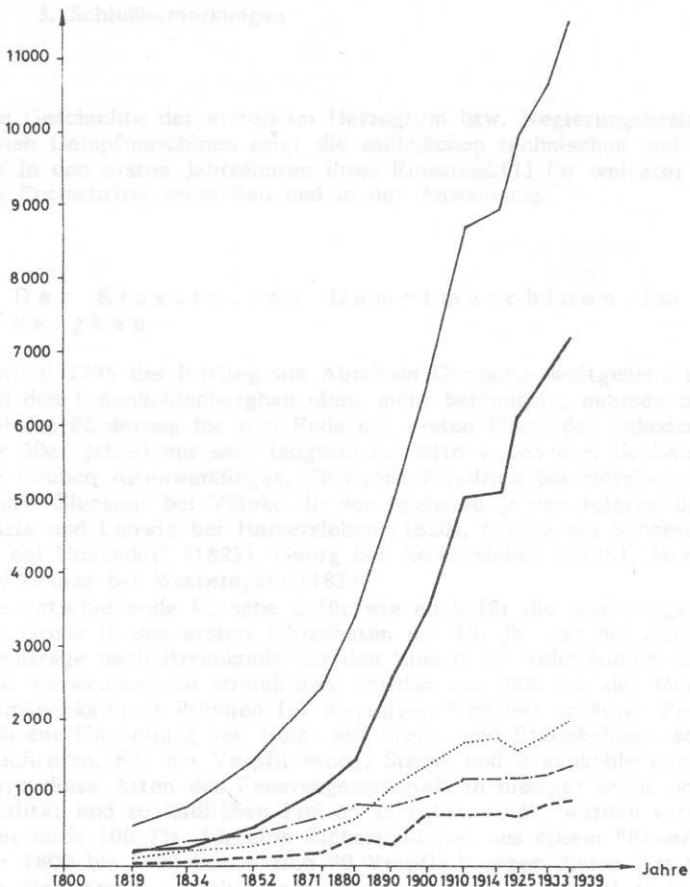
1. Das Territorium, bestehend aus dem südöstlichen und mittelwestlichen Gebiet, das eine intensive Stadtentwicklung, besonders aufgrund des hohen Anteils an städtischer Bevölkerung, hoher Ortsdichte und Durchschnittsgröße der Orte mit mehr als 10 000 Einwohnern, aufweist.
2. Das Territorium, das das nördliche und mittlere Gebiet umschließt und relativ geringe anteilige Stadtbevölkerung, geringe Ortsdichte, Durchschnittsgröße der Orte und Bevölkerungsdichte erkennen läßt, die eine langsame und quälende Stadtentwicklung dieses Großraumes widerspiegeln.
3. Das Territorium im Südwesten, das südwestliche Gebiet mit Thüringen. Die Kennziffern für Ortsdichte und Bevölkerungsdichte geben diesem Raum eine Mittelstellung im territorialen Vergleich städtischer Entwicklungen.

Neben diesen 3 Territorien ist als Sonderfall Berlin zu werten, worauf mehrfach hingewiesen wurde. Berlin hatte eine eigene charakteristische Großstadtentwicklung, die im Zusammenhang mit einem weit größeren Territorium, als es das Untersuchungsgebiet darstellt, vor sich ging.

Jährliches Anwachsen der Bevölkerung der Orte im  
 Untersuchungsgebiet mit mehr als 10 000 Einwohnern

- Bevölkerung in Orten mit mehr als 10 000 Einwohnern
- Bevölkerung in Orten mit 10000 bis unter 20 000 Einwohnern - Kleinstädte
- ..... Bevölkerung in Orten von 20 000 - 50 000 Einwohnern - Kleine Mittelstädte
- - - - - Bevölkerung in Orten von 50 000 - 100 000 Einwohnern - größere Mittelstädte
- Bevölkerung in Orten über 100 000 Einwohner - Großstädte

Einwohner  
 der Orte in 1000



## Einsatz und Herstellung von Dampfmaschinen im Regierungsbezirk Magdeburg (1837 bis 1875)

von Heike Etzold

1. Der Einsatz von Dampfmaschinen im Braunkohlenbergbau
2. Die Anfänge des Dampfmaschinenbaus in Fabriken
3. Schlußbemerkungen

Die Geschichte der ersten im Herzogtum bzw. Regierungsbezirk Magdeburg betriebenen Dampfmaschinen zeigt die zahlreichen technischen und ökonomischen Probleme in den ersten Jahrzehnten ihres Einsatzes.<sup>(1)</sup> Ihr weiterer Betrieb verdeutlicht die Fortschritte beim Bau und in der Anwendung.

### 1. Der Einsatz von Dampfmaschinen im Braunkohlenbergbau

Obwohl 1795 das Privileg von Abraham Gansauge weitgehend aufgehoben worden war und den Braunkohlenbergbau nicht mehr behinderte, nahmen die Zahl der Gruben und die Förderung bis zum Ende der ersten Phase der industriellen Revolution (Ende der 30er Jahre) nur sehr langsam zu. 1816 waren drei Gruben in Betrieb, und zwar die Gruben Altenweddingen, Christoph Friedrich bei Hornhausen und die Königliche Grube Glückauf bei Völpke. In den nächsten Jahren folgten die Gruben Friederike Marie und Ludwig bei Hamersleben (1820), Louise bei Schneidlingen (1821), die Grube bei Hohendorf (1823), Georg bei Aschersleben (1828), Jacob bei Königsau (1833) und Louise bei Westeregeln (1834).

Die entscheidende Ursache dafür wie auch für die Schwierigkeiten der Altenweddingen-Grube in den ersten Jahrzehnten des 19. Jh. war die zunächst noch geringe Nachfrage nach Braunkohle für den Einsatz in Wohnräumen und im Gewerbe. Um ihre Verwendung zu stimulieren, wurden um 1800 von der Magdeburger Kriegs- und Domänenkammer Prämien für diejenigen "Inhaber größerer Feuerungen" gezahlt, die sich zur Umstellung von Holz- auf Stein- und Braunkohlen- sowie Torffeurung verpflichteten. Für die Verpflichtung, Stein- und Braunkohle oder Torf zu feuern, "solange diese Arten des Feuerungsmaterials in hiesiger Stadt und Gegend in guter Qualität und zu leidlichen Preisen zu haben sind", wurden vorwiegend 30 bis 40 Tlr., aber auch 100 Tlr. für eine Zichoriendarre, aus einem "Feuerbau-Fonds" gezahlt. Für 1800 bis 1802 lassen sich 80 Verpflichtungen dieser Art von Einzelpersonen und von Magistraten verschiedener Städte nachweisen, wobei es in den meisten Fällen ausdrücklich um die Verwendung von Braunkohle und Torf ging, davon betrafen 61 Verpflichtungen Brauerei und Brennerei, 15 Textilherstellung und -veredlung, je eine

1 Etzold, Heike, Erste Dampfmaschinen im Regierungsbezirk Magdeburg (1778 bis 1861), in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 1/1990.

Verpflichtung kam auf 1 Zichoriendarre, 1 Seifensiederei, 1 Pottaschesiederei und 1 Bäckerei.(2) Die ersten, die außer den Salinen Braunkohle verwendeten, waren Ziegeleien, Kalkbrennereien und Tonwarenhersteller.

Zum geringen Absatz kamen unzureichende Technik bei z. T. komplizierten geologischen Verhältnissen und mangelnde Erfahrungen im Abbau. Die anderen Interessenten fehlenden Vergünstigungen des Privilegs und die Möglichkeit der Besitzer Konkurrenten auszuschließen, spielten daneben eine untergeordnete Rolle.

Veränderungen auf diesen Gebieten bewirkten den Aufschwung des Braunkohlenbergbaus in den 40er Jahren. Die Zahl der Gruben erhöhte sich, die Fördermenge stieg erheblich (s. Tab. 1 im Anhang). Ursachen waren vor allem der wachsende Bedarf der entstehenden Fabriken, weiterhin die endgültige Beseitigung aller mit dem Gansaugeschen Privileg gegebenen Vorrechte, verfügbare Kapitalien von Gewerkschaften, bestehend aus Kaufleuten, Gutsbesitzern und Fabrikanten, sowie Fortschritte bei Bergtechnik und Anwendung von Maschinen. Hierbei war die Nutzung der Dampfkraft zur Wasserhaltung und Förderung entscheidend.

Nach dem Erwerb des Privilegs durch den Staat wurden viele Schürfanträge gestellt. 1841 bis 1846 ersuchten nach einem Bericht des Magdeburgischen Bergamts 15 Personen, z. T. gestützt durch Gutachten der Verwaltung über die Bedeutung des Bezugs von Braunkohle für das jeweilige Gebiet, um Schürfgenehmigungen.(3) Diese und weitere Anträge in den Jahren 1847 und 1848 wurden jedoch abgelehnt, da innerhalb der Grenzen des vom Staat erworbenen Gansaugeschen Privilegs keiner Privatperson Schürfrechte erteilt wurden. Damit nahm der Staat das Ausschließlichkeitsrecht für sich in Anspruch. Grund dafür waren Versuchsarbeiten, um neue Felder für die Salinen Staßfurt und Schönebeck bei Brumby, Biere, Löderburg und Athensleben zu sichern.

Gegenüber den ersten Jahrzehnten des 19. Jh. war jedoch ein entscheidender Wandel eingetreten. Die Beanspruchung des Privilegs durch den Staat stieß auf den Widerstand der stärker werdenden Fabrikindustrie. Der "Andrang von Privatpersonen", die Anträge stellten, nahm immer mehr zu, so daß der Finanzminister am 14. April 1848 beschloß, im Interesse des Gewerbelebens die Wiederherstellung der Bergbaufreiheit nicht länger von der Beendigung der Aufschlußarbeiten in den Grenzen des Privilegs abhängig zu machen.(4) Inzwischen wurde das allgemeine Interesse an der Bergbaufreiheit auch durch den Oberpräsidenten der Provinz Sachsen unterstrichen, der insbesondere auf die Verbesserung der Brennstoffversorgung und auf neue Arbeitsmöglichkeiten hinwies.(5)

2 Staatsarchiv Magdeburg (StAM), Rep. A 9, Nr. 148 f., Die Verpflichtung derjenigen Inhaber größerer Feuerungen, welche für die Umstellung derselben auf Stein- und Braunkohlen sowie auf Torfbrand Prämienfelder aus dem Feuer-Bau-Fonds erhalten haben zum fortdauernden Gebrauch dieser Gattungen des Feuermaterials betreffend, Bl. 1 - 21.

3 Ebenda, Rep. F 34, Cap. I, Nr. 24, Bd. 1, Acta betr. den Ankauf des von Gansaugeschen Bergwerks-Privilegiums und des Braunkohlenwerkes bei Altenweddingen seitens des Staates, Bericht Bergamt, 29. 9. 1846, Bl. 167 f.

4 Ebenda, Bd. 3, Finanzminister an Oberbergamt, 14. 4. 1848, Bl. 31.

5 Ebenda, Oberpräsident der Provinz Sachsen an Finanzministerium, 28. 8. 1848, Bl. 57.



Am 28. Oktober 1848 genehmigte Friedrich Wilhelm IV. die Wiederherstellung der Bergbaufreiheit in dem privilegierten Bezirk mit Ausnahme der Felder Altenweddingen, Biere, Brumby und Staßfurt.(6) Eine Vielzahl weiterer Anträge war die Folge.

In den nächsten Jahrzehnten setzte sich die Braunkohle aus den Gruben des Regierungsbezirkes in allen Bereichen durch, in denen ihre Verwendung technisch möglich war. Sie diente nicht mehr nur dazu, Holz bzw. Ausfälle von Steinkohlenlieferungen zu ersetzen, sondern hatte sich als Konkurrent der Steinkohle behauptet. Sie stand jederzeit in ausreichender Menge zur Verfügung. Die Braunkohle hatte zwar keine wesentlichen neuen Industriezweige hervorgebracht, abgesehen von einer unbedeutenden Mineralölfabrikation, sie wirkte aber entscheidend mit am Aufschwung der Gewerbeentwicklung und an der Ausdehnung der Industrie über fast alle Teile des Regierungsbezirkes.

Der Abbau erfolgte überwiegend im Tiefbau, bei dem sich trotz meistens unbedeutender Tiefen Schwierigkeiten bei der Wasserhaltung ergaben. Da keine größeren Niveauunterschiede vorhanden waren, gab es zur Wasserabführung keine Stollen. In den ersten Jahrzehnten des Abbaus umging man zunächst die durch Wasserandrang hervorgerufenen Probleme, indem man den Abbau nur oberhalb des Wasserspiegels vornahm. Als man gezwungen war, tiefer abzubauen, wurden Handpumpen und Göpelwerke eingesetzt. Vor allem die Notwendigkeit der Wasserbewältigung führte dann zum Einsatz der Dampfmaschine. Die Zahl der Wasserhaltungsdampfmaschinen nahm entsprechend der Eröffnung neuer Gruben und gesteigerter Absatzmöglichkeiten seit den 50er Jahren schnell zu. 1847 waren es 5 auf 23 Gruben, 1858 dann 42 auf 39 Gruben (s. Tab. 2 im Anhang).

In den 40er Jahren waren Göpelwerke noch weit verbreitet. Auf der Zeche Christoph Friedrich bei Hornhausen wurde 1845 die Wasserhaltung eines neuen Schachtes wegen der "Geringfügigkeit der Wasser" zur Kostenersparnis mittels Menschenkraft betrieben, später sollte ein Pferdegöpel errichtet werden.(7) Die Grube Friedrich bei Aschersleben nahm Mitte der 40er Jahre ebenfalls noch einen Pferdegöpel in Betrieb.(8) Starke Wasser erforderten jedoch vielfach den Einsatz von Dampfmaschinen. Bei ihnen handelte es sich zunächst um einfach wirkende Maschinen mit stehendem Zylinder und Vorgelegen, in den 50er Jahren wurden dann doppelt wirkende mit liegendem Zylinder, in der Regel 10 bis 30 PS (1 PS = 0,735 kW) und Schiebersteuerung eingesetzt, wobei die Kraft direkt auf die Pumpen übertragen wurde.(9) In der Grube Carl bei Schneidlingen kam während des Versuchsbaus eine Dampfmaschine von 2 bis 3 PS zum Einsatz, die später durch eine stärkere ersetzt wurde.(10)

6 Ebenda, Anordnung Friedrich-Wilhelm IV., 28. 10. 1848, Bl. 70.

7 Ebenda, Rep. F 38, Cap. XI, Nr. 18, Bd. 10, Die über die Verwaltung sämtlicher Werke im Niedersächsisch-Thüringischen Bergdistrikt erstatteten Hauptberichte; Erläuterungsbericht zu dem von dem Königlich Magdeburgischen Berg-Amt eingereichten periodischen jahresschlußarbeiten pro 1845, Bl. 119.

8 Ebenda, Bl. 136.

9 Ebenda, Rep. F 39, Nr. 183, Kaestner, Examensarbeit über die Frage, welche Fortschritte sind beim Braunkohlenbergbau im Regierungsbezirk Magdeburg mit Ausschluß der altmärkischen und östlich der Elbe gelegenen Gebiete sowohl in den eigentlichen Bergtechnik und im Maschinenwesen innerhalb der letzten 10 - 15 Jahre bemerklich und welche Einrichtungen möchten für denselben als weitere Verbesserungen zu empfehlen sein?, 1869, Bl. 17.

10 Ebenda, Rep. F 38, Cap. XI, Nr. 18, Bd. 10, Bl. 127.

Die Zuverlässigkeit der Dampfmaschinen war unterschiedlich; oft waren sie 1845 störanfällig. Auf der Zeche Marie bei Neindorf arbeitete seit dem 25. März 1845 eine Dampfmaschine aus einem benachbarten Eisenwerk, "allein in unvollkommener Weise und mit öfteren Unterbrechungen", so daß in der Gräflich Stolberg'schen Maschinenfabrik eine speziell für die Wasserhaltung konstruierte Dampfmaschine bestellt wurde. Bis zu deren Eintreffen übernahm wiederum ein Pferdegöpel die Wasserhaltung. Nach der Einschätzung des Bergamts hing das "künftige Gedeihen" dieser Grube von der Aufstellung der neuen Dampfmaschine ab.(11) Daß auch die hohen Kosten Schwierigkeiten bereiteten, zeigt das Beispiel der Grube Friederike Marie und Ludwig bei Hamersleben. Hier betrug im ersten Jahr die Anschaffungs- und Betriebskosten einer Dampfmaschine zur Wasserhaltung pro Raumtonne (Rt.) Braunkohle (3 Ztr.) 1 Taler (Tlr.) 1 Silbergroschen (Sgr.) 6 Pfennig (Pf.) statt der geplanten 26 Sgr., 6 Pf. Ihnen stand in den Jahren 1844 und 1845 ein durchschnittlicher Verkaufserlös von 5 Sgr., 1 Pf. bzw. 4 Sgr., 10 Pf. gegenüber.(12)

In den 60er Jahren gab es auf einigen Gruben mit starkem Wasserzufluß Druckpumpen, so auf der Grube Concordia bei Nachterstedt mit 226 Kubikfuß (7 m<sup>3</sup>) in der Minute. Auf der Grube Jacob bei Börnecke kam eine Zentrifugalpumpe zum Einsatz, die angetrieben wurde durch eine in der Maschinenfabrik Plank & Weinlig, Quedlinburg, hergestellte Dampfmaschine von 15 PS. Sie förderte 40 Kubikfuß (1,2 m<sup>3</sup>) in der Minute.(13) Hatten die früheren Wasserhaltungsmaschinen höchstens 30 PS, so gab es nun welche, die bis 150 PS hatten. Diese hätten nach den bisherigen Konstruktionen außerordentlich große Mengen Brennstoff benötigt. Es wurden daher Dampfmaschinen mit neuartiger Expansion und Kondensation gebaut. Die meisten besaßen anstelle der einfachen Schiebersteuerung eine Glockenventilsteuerung. Eine Ausnahme war in den 60er Jahren die Wasserhaltungsmaschine von 100 PS auf der Grube Archibald bei Schneidlingen, die mit einer Corliss-Steuerung versehen war.(14)

George Henry Corliss hatte 1850 in den USA die erste Präzisionsdampfmaschine gebaut, welche die Dampfzufuhr entsprechend dem Bedarf selbsttätig regelte. Sie arbeitete sehr gleichmäßig bei wesentlich geringerem Kohleverbrauch. Eine 1857 in New York ausgestellte Corliss-Maschine benötigte bei gleicher Leistung nur noch halb soviel Brennstoff wie die bisherigen Maschinen.(15) Bis zur Erfindung der selbsttätigen Steuerung durch Corliss hatten die Dampfmaschinen einen langsamen Gang, ihre Lager liefen sich warm, die Fundamente wurden stark beansprucht, und die Ventile mußten ständig überwacht und eingestellt werden. Nach der Erfindung der Wattschen doppelt wirkenden Dampfmaschine war die Corliss-Steuerung die zweite grundlegende Verbesserung der Dampfmaschine. Das Verdienst, diese Dampfmaschine in Deutschland eingeführt zu haben, hat Abraham Maria Andrae, 1838 bis 1848 Leiter des Konstruktionsbüros, ab 1856 technischer Leiter der Maschinenfabrik Buckau der Magdeburg-Hamburger Dampfschiffahrts-Compagnie. Er war mehrere Jahre als Konstrukteur von Zuckerfabriken in den USA, brachte von dort das Modell einer Corliss-Dampfmaschine nach Magdeburg und begann 1857 den Bau dieser Maschine in der Maschinenfabrik Buckau. Wenige Jahre später folgten die Gräflich Stolberg'sche Maschinenfabrik und die Fabrik von Mathes & Wagner in Neustadt b. Magdeburg sowie Fabriken in Halle, Crimmitzschau und Sangerhausen.(16)

11 Ebenda, Bl. 121.

12 Ebenda, Bl. 100, 116.

13 Ebenda, Rep. F 39, Nr. 183, Bl. 37 - 40. - 1 Kubikfuß = 0,030915 m<sup>3</sup>.

14 Ebenda, Bl. 56 f.

15 Mueller, O. H., Zum Todestage von George Henry Corliss, 21. 2. 1888, in: VDI-Zeitschrift, Bd. 33, 8/1889, S. 170.

16 Ebenda, S. 171.

Die Einführung der Corliss-Steuerung verbesserte nicht nur die Dampfmaschinen, sie beeinflusste auch den Werkzeugmaschinenbau, da die Herstellung von Corliss-Steuerungen Präzisionswerkzeuge und -maschinen voraussetzte. Die in der Gräflich Stolberg'schen Maschinenfabrik 1867 für die Grube Archibald zu einem Preis von 5 800 Tlr. erbaute Maschine von 100 PS benötigte nur noch 28 % derjenigen Kohlenmenge, welche eine Maschine ohne Corliss-Steuerung zur Bewältigung derselben Wassermenge verbraucht hätte. Ende der 60er Jahre stellte die Grube Georg bei Aschersleben eine von derselben Fabrik erbaute Hochdruckdampfmaschine von 80 PS auf, die die Glockenventilsteuering mit dem Corliss-System verband.(17)

Die Verwendung von Dampfmaschinen zur Förderung setzte sich erst wesentlich später durch als deren Einsatz zur Wasserhaltung. Zunächst erfolgte die Förderung mittels Menschenkraft. 1827 beschäftigte die Grube Altenweddingen 8 Haspler neben 1 Steiger, 1 Kohlenmesser, 1 Maschinenwärter, 2 Schürer, 8 Hauer, 16 Karrenläufer und 3 Kohlensieber.(18) Noch Anfang der 40er Jahre stellte das Oberbergamt Halle Kostenvergleiche an für die Förderung mit Einsatz von Haspel, Pferdegöpel und Dampfmaschine.(19) Dampfmaschineneinsatz wurde im Braunkohlenbergbau des Regierungsbezirkes Magdeburg erforderlich, als tiefe Sohlen in Angriff genommen wurden, der Absatz zunahm und die bisherige Haspelförderung nun nicht mehr ausreichte.

Bei 1853 waren nur 5 Fördermaschinen in Betrieb, 1858 waren es 24 (s. Tab. 2). Ihr Anteil an der Gesamtfördermenge betrug 74 %.(20) Zehn Jahre später besaßen 40 Gruben 44 Fördermaschinen,(21) die Förderung erfolgte zu 84,6 % mit Dampfkraft.(22) Aber noch 9 Tiefbaugruben, vorwiegend im Raum zwischen Oschersleben und Helmstedt, förderten ausschließlich mit menschlicher Muskelkraft. Dagegen förderten 8 Tagebaue mit Dampfkraft. Als erste Dampfmaschine zur Förderung auf schiefer Ebenen im Tagebau setzte die Grube Marie Louise bei Neindorf 1849 eine zweckentfremdete Wasserhaltungsmaschine ein.(23) Als erste direkt für die Förderung konstruierte Maschine verwendete die Grube Friederike bei Hamersleben seit 1849 die in der Herzoglich Anhalt-Bernburgischen Eisenhütte Mägdesprung gebaute doppelt wirkende Hochdruckdampfmaschine mit 2 Zylindern. Deren Kolbenstangen griffen unmittelbar an einer Kurbelwelle ein. Ein kleines Zahnrad der Kurbelwelle griff dabei wiederum in ein größeres auf der Seilkorbwelle befindliches ein. Die Umsteuerung erfolgte durch einen Vierwegehahn. Gefördert wurden Kästen mit 2 Rt. Inhalt (0,3 t). Das Fördergefäß legte 90 Fuß pro Minute (28,3 m) zurück. Die Maschine

17 StAM, Rep. F 39, Nr. 183, Bl. 59.

18 Ebenda, Rep. F 33, Cap. II, Nr. 122, Bd. 2, Acta die Generalbefahrungs-Protocolle von dem gewerkschaftlichen Braunkohlenwerke Altenweddingen betreffend Generalbefahrungs-Protocoll ... pro 1827, Bl. 179.

19 Ebenda, Rep. F 39, Wipprecht, C., Vergleichende Kostenberechnung über die Schachtförderung mittels Haspel, Pferdegöpel und Dampfmaschine unter Zugrundelegung der hierfür im Mansfeldschen erlangten Erfahrungen, 1842, Nr. 158.

20 Ebenda, Nr. 183, Bl. 18.

21 Ebenda, Bl. 59.

22 Ebenda, Bl. 61.

23 Ebenda, Nr. 111, Kaestner, Eine staatswissenschaftliche Abhandlung über den Einfluß des Braunkohlen-Bergbaus im Regierungsbezirk Magdeburg - mit Aus-schluß der Altmark und dem östlich der Elbe gelegenen Theile - innerhalb der letzten 20 Jahre in volkswirtschaftlicher und steuerlicher Beziehung, unter Erörterung der Frage, ob dieser Einfluß noch fortdauernd im Steigen, oder ob und durch welche Umstände veranlaßt, derselbe im Rückgang begriffen ist, Bl. 19.

kostete 880 Tlr. 27 Sgr. 11 Pf., insgesamt einschließlich Aufstellung und Erbauung des Maschinen- und Kesselhauses 2 264 Tlr. 4 Sgr. 9 Pf.(24)

Eine gleiche Maschine bestellte das Bergamt Halberstadt 1851 zum Kostenvoranschlag von 1 085 Tlr. in Mägedsprung für die Braunkohlengrube Altenweddingen. Sie wurde den dortigen Bedingungen, vor allem der größeren Tiefe, angepaßt. Der Seilkorb von 5 Fuß Durchmesser (1,57 m) wurde an zwei gußeisernen Seilscheiben von 4 Fuß Durchmesser (1,26 m) befestigt. Das Speisewasser für den 14 Fuß langen Dampfkessel (4,4 m) wurde durch eine Leitung von der in der Nähe befindlichen Wasserhaltungsmaschine herangeführt. Nach Zeichnungen der Fabrik errichtete das Bergamt Maschinengebäude, Kesselmauerung und Schornstein.(25) Diese Maschine wurde am 5. Dezember 1851 aufgestellt und am 31. März 1852 nach der polizeilichen Abnahme und der Beseitigung einiger Mängel in Betrieb genommen.(26) Die Tatsache, daß für diese Maschine bereits mehrere Magdeburger Maschinenfabriken Projekte eingereicht hatten, zeigt die Weiterentwicklung des Dampfmaschinenbaus.

Die Fortschritte im Dampfmaschinenbau und -einsatz macht auch die 1862 in Betrieb genommene zweite Altenweddingen Fördermaschine deutlich. Für sie boten 7 Maschinenfabriken, darunter 3 aus Magdeburg, 17 Varianten an (s. Tab. 3 im Anhang). Als zweckmäßigste und preisgünstigste wählte man die für 1 300 Tlr. angebotene 10zöllige Dampfmaschine der Maschinenfabrik Buckau mit liegendem Zylinder, Vorgelege und Schwungrad und 3 Atmosphären Überdruck, die bei einer durchschnittlichen Seilgeschwindigkeit von 5 Fuß (1,57 m) pro Sekunde eine Last von 2 Rt. (0,3 t) aus 21 Lachtern (43,94 m) hob.(27) Die Fördermaschinen waren Hochdruckmaschinen mit 2 Zylindern, zunächst sowohl stehend als auch liegend, später nur noch liegend, mit 6 bis 20 PS.(28) Seltener wurden einzylindrische direkt wirkende Fördermaschinen aufgestellt wie auf der Grube Bertha Emilie bei Otleben.(29) 1868 wurde auf der Grube Concordia bei Nachterstedt eine von der Maschinenfabrik Ilseburg gebaute 30 PS starke Zwillingmaschine mit einem System zur Verminderung der Reibung bei der Umsteuerung in Betrieb genommen, die so konstruiert war, daß sie ohne Veränderung von Hauptteilen wie Zylinder, Führung der Kolbenstangen u. a. eine Förderung von der entgegengesetzten Richtung ermöglichte. Die übrigen Teile waren so gefertigt, daß sie in beide Grundplatten paßten und mit Schrauben leicht einzubauen waren. Diese z. T. aus Gußstahl gefertigte Maschine kostete 3 400 Tlr.(30) Eine Corliss-Fördermaschine von 16 PS wurde auf der Grube Jacob bei Börnecke benutzt.(31)

Die Fördermaschinen waren teilweise mit Fallbremsen versehen. Sowohl Wasserhaltungs- und Fördermaschinen erhielten in den 60er Jahren verbesserte Schmiervorrichtungen, indem der Ölfluß entsprechend der Wellengeschwindigkeit reguliert wur-

24 Ebenda, Rep. 34, Nr. 126, Bd. 2, Acta betr. die Dampfmaschine bey dem Braunkohlenwerke zu Altenweddingen, Bericht Bergamt Halberstadt an Oberbergamt Halle, 18. 12. 1850, Bl. 18 - 21. - 1 Fuß = 0,31385m.

25 Ebenda, Contract über eine für die Königliche Braunkohlengrube bei Altenweddingen zu liefernde Förderdampfmaschine, 10. 5. 1851, Bl. 88 - 92.

26 Ebenda, Bericht Halberstadt, 3. 6. 1853, Bl. 73.

27 Ebenda, Rep. F 18, Cap. III, Nr. 12, Acta betr. die Neubauten und Haupt-Reparaturen auf dem Königl. Braunkohlen-Bergwerke bei Altenweddingen und Lieferung von Maschinen, Vertrag Salzamt Schönebeck mit der Hamburg-Magdeburger Dampfschiffahrts-Compagnie, 20. 5. 1862, Bl. 81 f.

28 Ebenda, Rep. F 39, Nr. 183, Bl. 19.

29 Ebenda, Bl. 61.

30 Ebenda, Bl. 63.

31 Ebenda, Bl. 65.

de. Bei langen Dampflängen mit starker Kondensation der Dämpfe wurde eine von Schäffer & Budenberg in Buckau konstruierte selbsttätige Kondensationswasserableitung verwendet.(32)

Die Förderung innerhalb der Grube erfolgte in den Hauptförderstrecken vor der Dampfförderung mittels Bock- oder Hohlkarren, mit Anwendung der Dampfmaschine im Förderschacht mit sog. englischen Wagen, deren Kästen aus Holz oder Eisenblech gefertigt waren. In der Regel saßen die Achsen fest am Gestell; als Schienen verwendete man Kanten- oder T-Schienen. Zur Vermeidung von Unterbrechungen durch Weichen wurden Doppelbahnen für volle und leere Wagen angelegt. Die Verwendung von Zement bei der Ausmauerung der Strecken ermöglichte aufgrund erhöhter Festigkeit den erforderlichen größeren Querschnitt. Die Förderkörbe aus Eisendraht nahmen einen Förderwagen auf. Er wurde entweder durch Umkippen bei sich öffnender Seitenwand oder durch Wippen geleert. Die Leistung eines Fördermannes erhöhte sich durch Dampfmaschinenförderung auf das 4,5- bis 6,5fache.(33)

Die Dampfkraft wurde nicht nur zur Wasserhaltung und Förderung, sondern auch zum Schachtabteufen angewendet, was eine bessere Überwindung von Schwimmsandlagern ermöglichte.

In enger Verbindung mit Konstruktion und Einsatz der Dampfmaschine standen Versuche, Braunkohle unterschiedlicher Heizkraft zu verfeuern. Die Braunkohle wurde mit holzartigem Gefüge, in kleinen Stücken oder erdig gefördert und als Förder-, Stück- oder klare Kohle abgesetzt. Den höchsten Heizwert hatte Stückkohle, die durch Sieben aus der Förderkohle gewonnen wurde. Die dabei anfallende klare Kohle wurde zunächst in größeren Mengen als unverkäuflich in Brüche verstürzt, so 1838 auf den Gruben Glückauf bei Völpe und Friederike Marie und Ludwig bei Hamersleben über 77 000 Rt. (11 550 t).(34) Der Absatz von erdiger Kohle wurde nur sehr allmählich durch die Herstellung von Naßpreßsteinen gefördert, bis in den 60er Jahren die Herstellung von Briketts begann. Es ging daher vor allem um eine Nutzung der nicht absetzbaren klaren Kohle durch Verbrennung in Dampfkesseln, wie Versuche auf der Braunkohlengrube Altenweddingen in den 20er Jahren zeigten. In den 40er Jahren konnten dann die Dampfmaschinen generell mit klarer Kohle bzw. Förderkohle geringer Qualität betrieben werden. Ausschlaggebend waren dabei die Bemühungen der Maschinenfabriken, sich der Verwendung der klaren Kohle von der Konstruktion her anzupassen. Einen wesentlichen Fortschritt bedeuteten dabei verbesserte Feuerleistungen wie Planrostverbauten und vor allem die Einführung des Treppenrostes zu Beginn der 50er Jahre. Gegenüber dem bisherigen Planrost ermöglichte er es, die klare Kohle bei stärkerer Wasserverdampfung besser auszunutzen. Mit der gleichen Kohlenmenge erhöhte sich beim Treppenrost die stündliche Wasserverdampfungs menge um mehr als 50 %.(35) Bis zum Ende der 50er Jahre waren Treppenroste jedoch noch nicht dominierend. In den 60er Jahren wurden in Gruben mit fester knorpeliger Kohle neben Treppen- auch noch Planroste verwendet, die die Kohle besser ausnutzten.(36)

Einem rationellen Einsatz der Braunkohle zum Betrieb der Dampfkessel diente auch der Giffardsche Injektor in der von Schäffer & Budenberg verbesserten Konstruktion an den Kesselspeisepumpen. Zur Kesselspeisung wurde bei ungünstiger Beschaffenheit des Wassers das Kondensationswasser benutzt, außerdem wurde versucht, den Kesselstein zu vermindern.(37)

32 Ebenda, Bl. 65, 67.

33 Ebenda, Bl. 13.

34 Ebenda, Nr. 111, Bl. 12.

35 Ebenda, Nr. 183, Bl. 20.

36 Ebenda, Bl. 72.

37 Ebenda, Bl. 70 f.

Die Einführung der Dampfkraft erforderte auch Veränderungen der Gebäudeanlagen. Zunächst wurden Maschinen- und Kesselgebäude sowie Fördertürme sehr massiv ausgeführt. In den 60er Jahren versuchte man dann, dem Beispiel Englands folgend, möglichst leicht zu bauen, ohne jedoch die englische Art, nur Maschinen unter einem Dach zu installieren, nachzuahmen. In den Gruben Eggersdorf und Löderburg wurden schon leichtere Konstruktionen angewendet, Dampfkesselanlagen standen im Freien, nur oben mit einer Lehm- und Ascheschicht bedeckt.(38)

## 2. Die Anfänge des Dampfmaschinenbaus in Fabriken

Die Geschichte der ersten Dampfmaschine im Regierungsbezirk Magdeburg bis in die 40er Jahre des 19. Jh. und ihr weiterer Einsatz im Braunkohlenbergbau macht gleichzeitig die Etappen im Bau von Dampfmaschinen deutlich.

Schon der Einsatz englischer Feuermaschinen, so in der Braunkohlengrube Altenweddingen, erforderte komplizierte Wartungs- und Reparaturarbeiten, deren Bewältigung hohe Anforderungen an die Betreiber stellte, aber auch die technischen Kenntnisse über Dampfmaschinen erweiterte.

Die ersten in Preußen gebauten Dampfmaschinen, zu denen die des Gradierwerkes Elmen gehörten, entstanden auf Initiative der Bergwerksverwaltung, nachdem der Übergang vom Stollen- zum Tiefbau und die Anlage tiefer Brunnenschächte die Anwendung der Dampfkraft zur Wasserhaltung und Soleförderung erforderten. Ein besonderes Verdienst kam dabei Minister Friedrich August v. Heinitz, dem Leiter des Bergwerks- und Hüttendepartements, und den Leitern der Oberbergämter Schlesiens, Friedrich Wilhelm v. Reden, und Westfalens, Heinrich Friedrich Carl Freiherr vom Stein, zu. Die Dampfmaschinen wurden von englischen Fachleuten wie John Baildon in Schlesien und William Richards in der Provinz Sachsen und preußischen Bergbeamten wie Carl Friedrich Bückling in Rothenburg und August Friedrich Holtzhausen in Schlesien gebaut, die ihre Kenntnisse in England erworben hatten. Dies geschah in Schlosser- und Schmiedewerkstätten der Bergwerke unter Verwendung von Gußteilen aus einheimischen Eisenhütten und z. T. noch aus England gelieferten Zylindern.

Zu den Zentren des Dampfmaschinenbaus für die Bergwerke und Salinen gehörte auch die "Maschinenschmiede" des Gradierwerkes Elmen. Sie war in den ersten Jahrzehnten des 19. Jh. zu komplizierten Reparaturen und Umbauten, zur Anfertigung dazu notwendiger Teile und zum Bau von zunächst einfach, dann auch doppelt wirkenden Dampfmaschinen in der Lage, wobei alle Gußteile nach eigenen Zeichnungen in preußischen Eisenhütten in Auftrag gegeben wurden.

Die nächste Etappe im Bau von Dampfmaschinen war die Herstellung in Spezialbetrieben, zunächst als Einzelfertigung auf Bestellung, dann auch in Serienfertigung.

In Magdeburg befaßte sich der englische Monteur Aston seit 1823 mit der Reparatur von Maschinen, 1829 gründete er die erste Maschinenfabrik. Die dominierende Rolle der Textilindustrie und ihr hoher Mechanisierungsgrad in der ersten Phase der industriellen Revolution wird daran sichtbar, daß Aston 1838 seine Fabrik nach Burg, dem Zentrum der preußischen Tuchfabrikation, verlegte und dort Spinn- und Dampfmaschinen baute. 1839 beschäftigte er 37 Arbeiter.(39) Aston hatte bis in die 50er Jahre in der Bürger Tuchindustrie seinen Hauptabnehmer, bis schließlich

38 Ebenda, Bl. 72.

39 Kretzschmar, Helmut, Historisch-statistisches Handbuch für den Regierungsbezirk Magdeburg, Magdeburg 1926, S. 139.

Ende der 50er Jahre die Konzentration und die Mechanisierung der Wollverarbeitung ihren Abschluß fanden und nun andere Industriezweige strukturbestimmend wurden. 1857 waren Astons Geschäfte mit der Fertigung nur einer Dampfmaschine "nicht glänzend".(40)

Mit der Mechanisierung des Bergbaus und der Nahrungsmittelindustrie sowie des Verkehrswesens wurde Magdeburg zum Zentrum der sich entwickelnden Maschinenbauindustrie.

Ein weiterer Ausgangspunkt für die Entwicklung der Maschinenbauindustrie waren die Eisenhüttenwerke, die als Folge der ursprünglich nur mit dem Holzkohlehochofen verbundenen Herstellung von Gußwaren Maschinen und Apparate herstellten. Bereits für die Dampfmaschine in Burgörner hatte das Eisenhüttenwerk Ilsenburg des Grafen zu Stolberg-Wernigerode Zylinderdeckel und -boden, Dampfmantel und Ventilkästen geliefert. 1837 stellte das Eisenhüttenwerk Ilsenburg "Maschinen aller Art" her und beschäftigte dafür 13 Arbeiter.(41) 1840 übernahm Graf zu Stolberg-Wernigerode die Astonsche Maschinenfabrik in Magdeburg. Sie entwickelte sich in den 40er und 50er Jahren zur bedeutendsten Maschinenfabrik neben der Buckauer Dampfschiffahrts-Compagnie und lieferte insbesondere Dampfmaschinen und -kessel für den Bergbau.

Die Gräfllich Stolbergsche Maschinenfabrik Magdeburg hatte 1857 236, 1860 173, 1863 223, 1865 210 und 1867 143 Beschäftigte.(42)

Ausgangspunkt der Buckauer Maschinenfabrik waren die Veränderungen im Verkehrswesen. Am 18. Juli 1838 unterzeichneten Magdeburger Kaufleute das Statut der Magdeburger Dampfschiffahrts-Compagnie, die den regelmäßigen Dampfschiffahrtsbetrieb zwischen Magdeburg und Hamburg aufnahm und sich 1841 mit einem Hamburger Unternehmen zur Vereinigten Hamburg-Magdeburger Dampfschiffahrts-Compagnie zusammenschloß. Eine von der Compagnie bereits 1837 gegründete Werkstatt in Buckau diente der Reparatur und dem Bau von Dampfschiffen. Der erste, 1837 gebaute Dampfer "Kronprinz von Preußen" besaß noch eine Dampfmaschine aus einer holländischen Werft, die Kessel waren bereits in der Werkstatt gebaut. Das dritte Schiff, die "Magdeburg", war ganz in der eigenen Werkstatt gefertigt. Diese entwickelte sich schnell zu einem der wichtigsten Hersteller von Produktionsmitteln in Preußen, beschäftigte Anfang der 40er Jahre 200 bis 250 Arbeiter und setzte eine Dampfmaschine von 11 PS ein.(43) Die Beschäftigtenzahl entwickelte sich wie folgt(44):

Beschäftigte der Maschinenfabrik Buckau

1844	400	1863	450
1845	450	1865	450
1846	700	1867	363
1847	800	1871	435

40 StAM, Rep. C 28 I f, Nr. 270, Bd. I, Nachweisung von den im Regierungsbezirk vorhandenen Fabriken. Übersicht über die Manufakturen und Fabriken im landrätlichen Kreise Magdeburg, Bl. 19.

41 Ebenda, Nr. 925, Bd. III, Bl. 104.

42 Ebenda, Nr. 270, Bd. I, Bl. 5 ff.; ebenda, Bd. II, Bl. 6 f., 30 f., 337, 370 f.

43 Hermes, J. A. F./Weigelt, M. I., Historisch-geographisch-statistisch-topographisches Handbuch vom Regierungsbezirk Magdeburg, T. 2, Magdeburg 1842, S. 69.

44 Die Geschichte unseres Hauses von 1838 bis 1938. Maschinenfabrik Buckau R. Wolf; Aktiengesellschaft Magdeburg, S. 32 f.; StAM, Rep. C 28 I f, Nr. 270, Bd. 1, Bl. 370 f.; ebenda, Bd. 2, Bl. 6 f., 30 f.

1844 stellte sie u. a. 24 Dampfmaschinen her. 1847 war die Maschinenfabrik Buckau nach Borsig in Berlin die zweitgrößte Maschinenfabrik Preußens. Hauptabnehmer von Dampfmaschinen und Erzeugnissen des allgemeinen Maschinenbaus waren Zuckerfabriken und der Bergbau. Maschinen wurden auch nach Polen, Rußland und Österreich exportiert.(45) Einen Schwerpunkt bei der Produktion von Dampfmaschinen und -kesseln in der Buckauer Fabrik bildeten Verbesserungen, die eine Verwertung der im Regierungsbezirk vorhandenen Brennstoffe, vor allem der Braunkohle, ermöglichten. 1851 erhielt das Dampfschiff "Magdeburg" neuartige Kessel, die mit Kohle jeder Art zu heizen und nicht mehr auf den teuren englischen Koks angewiesen waren.(46) Der Bau von Corliss-Dampfmaschinen brachte einen großen Aufschwung im Dampfmaschinenbau der Buckauer Fabrik, insbesondere durch Lieferungen an den Bergbau. Ihre ursprüngliche Bestimmung, der Dampfschiffbau, trat daher gegenüber dem allgemeinen Maschinenbau immer mehr in den Hintergrund. Die Maschinenfabrik mußte in den 50er Jahren teilweise Aufträge zurückweisen, weil sie die Lieferfristen nicht einhalten konnte. Insbesondere Bergbau und Hütten gaben umfangreiche Bestellungen von Großdampfmaschinenanlagen auf. 1859 wurden neben 3 Dampfkesseln, 15 Dampfpumpen und 1 Dampfblechschere 30 Dampfmaschinen von 2 bis 100 PS fertiggestellt.(47) Die steigende Nachfrage, aber auch die Konkurrenz neu entstandener Fabriken, führte dazu, daß die Buckauer Fabrik ab 1857 die technische Ausrüstung verbesserte und Neu- und Umbauten durchführte. Sie setzte nicht nur neue Werkzeugmaschinen - für die Herstellung von Corliss-Maschinen -, Laufkräne und eine dritte Dampfmaschine ein, sondern versuchte 1865 auch, die Produktion zu intensivieren, indem sie Maschinen so stellte, daß der Arbeiter weniger Schritte auszuführen und bessere Licht- und Luftverhältnisse hatte.(48) Trotz geringerer Beschäftigtenzahl wurde die Produktion wesentlich gesteigert.

Eng verbunden mit dem Dampfmaschinenbau war auch die 1862 gegründete Maschinenfabrik R. Wolf, die sich auf den Lokomobilbau spezialisierte. Rudolf Wolf orientierte sich insbesondere auf den Bergbau, er besuchte die Saline Schönebeck und machte in Braunkohlengruben auf seine Produkte aufmerksam. Seinen ersten Auftrag für eine Lokomobile erhielt er jedoch aus der Landwirtschaft. Im ersten Jahr erhielt er 4 Aufträge, u. a. je eine Lokomobile für eine Pappenfabrik und für einen Steinbruch zu bauen.

Durch die Besuche in Salz- und Braunkohlenbergwerken wollte Wolf auch deren Bedarf an Maschinen kennenlernen. Er entwarf danach entsprechende Konstruktionen. In der "Magdeburgischen Zeitung" warb er 1862 für lokomobile Dampfmaschinen von 2 PS an "zu Zwecken der Land- und Forstwirtschaft, des Berg-, Brücken- und Wasserbaus".(49) Wolf produzierte zunächst vielfältige Ausrüstungen für Industriezweige der Umgebung, diese Erzeugnisse traten jedoch mehr und mehr zugunsten des Lokomobilbaus zurück. Die Lokomobile entwickelte Wolf zu einer für die verschiedenen landwirtschaftlichen und industriellen Zwecke brauchbaren Antriebsmaschine. 1869 wurden sie in 14 Größen von 2 bis 60 PS gebaut.(50) Sie wurden so konstruiert, daß auch Brennstoff mit geringer Heizkraft, vor allem Braunkohle, aber auch Steinkohle schlechter Qualität, Holzabfälle und Torf verwertet werden konnten. Voraussetzung dafür war bei leichtem Gewicht des Kessels und geringem Wasserinhalt eine verhältnismäßig große Feuerung, die durch einen Planrostvorbau ermöglicht

45 Die Geschichte ..., S. 35.

46 Ebenda, S. 52.

47 Ebenda, S. 67.

48 Matschoss, Conrad, Die Maschinenfabrik R. Wolf, Magdeburg-Buckau, 1862 - 1912, o. O. o. J., S. 29 f.

49 Ebenda, S. 82.

50 Ebenda, S. 85.



wurde. Die Verwertungsmöglichkeit der Braunkohle spielte bei allen Konstruktionen von Dampfkesseln der Magdeburger Maschinenfabriken eine große Rolle, wobei der Treppenrost mit Beginn der 50er Jahre einen wesentlichen Fortschritt bedeutete.

Die Fabrik entwickelte sich wie folgt(51):

Beschäftigte der Maschinenfabrik R. Wolf

1863	30
1865	40
1867	45
1871	95

Als Zulieferer der Dampfmaschinenhersteller gewannen auch Metallfabriken Bedeutung, so die Firma Schäffer & Budenberg. 1850 gründeten die Mechaniker Primavesi sowie Bernhard Schäffer aus Magdeburg und der Kaufmann Budenberg aus Osnabrück ein "Geschäft zur Anfertigung patentierter Manometer nebst mathematischen, physikalischen und optischen Gegenständen". Drei Arbeiter stellten Plattenfedermanometer nach einem Schäffer 1849 erteilten preußischen Patent her. Erste Versuche damit fanden auf der Magdeburg - Leipziger Eisenbahn statt. Schäffer & Budenberg spezialisierten sich dann auf Maschinen- und Dampfkesselarmaturen. Bei der Verwendung der Plattenfedermanometer bei Dampfmaschinen und -kesseln ergaben sich zunächst Schwierigkeiten, da die Behörden 1851 aus Sicherheitsgründen neben diesem Manometer auch die Verwendung des bisher gebräuchlichen Quecksilbermanometers vorschrieben, so daß damit der Einbau des Plattenfedermanometers überflüssig war. Schäffer & Budenberg ließen deshalb ihre Erfindung in England patentieren. Erst als in England Maschinen und Dampfkessel mit dem Schäfferschen Manometer sehr begehrt und auch nach Preußen ausgeführt wurden, gaben die Behörden ihre Bedenken auf.(52) Die Armaturen von Schäffer & Budenberg - vielfach Neuentwicklungen - erhöhten die Steuerbarkeit von Dampfmaschinen und trugen zu ihrem ökonomischen Betrieb bei.

Das Wachstum der Firma zeigen folgende Zahlen(53):

Beschäftigte der Armaturenfabrik Schäffer & Budenberg

1863 267, 1865 290, 1867 338, 1871 436.

### 3. Schlußbemerkungen

Im Jahr 1837 wurden in den Industriezweigen (ohne Bergbau) des Regierungsbezirkes Magdeburg 40 Dampfmaschinen betrieben (s. Tab. 4 - 6 im Anhang). Davon arbeiteten 22,5 % in der Textilindustrie, 10,0 % in Mühlen und 67,5 % für übrige Zwecke. 1852 ergaben sich die folgenden Anteile: Textilindustrie: 8,4 %, Maschinen- und Metallindustrie: 5,7 %, Bergbau: 12,1 %, Mühlen: 4,4 %, übrige Zwecke: 69,4 %. In der Rubrik "Übrige Zwecke" dominierten die Rübenzuckerfabriken. Deren überragende Bedeutung erklärt auch die besonders große Anzahl an Dampfmaschinen, verglichen mit der in anderen Regierungsbezirken. Auf diese Fabriken entfielen 1837 6 der 40 Dampfmaschinen sowie ein Viertel der PS-Zahlen, 1840 31,9 % der Dampfmaschinen und 37 % der PS-Zahlen (ohne Bergbau). Dies macht auch der Betrieb von Dampfmaschinen in einigen wichtigen Kreisen deutlich.

51 StAM, Rep. C 28 I f, Nr. 270, Bd. 1, Bl. 370 f.; ebenda, Bd. 2, Bl. 6 f., 30 f.

52 Entwicklung der Firma Schäffer & Budenberg in Magdeburg-Buckau während der ersten 50 Jahre ihres Bestehens vom 1. März 1850 bis dahin, 1900, o. O. o. J.

53 StAM, Rep. C 28 I, Nr. 270, Bd. 1, Bl. 370 f.; ebenda, Bd. 2, Bl. 6 f., 30 f.

Einsatz von Dampfmaschinen in den Kreisen Calbe, Wanzleben, Aschersleben, Oschersleben, Wolmirstedt und Neuhaldenleben

Jahr	Zuckerfabriken		Maschinenfabriken		Textilfabriken	
	Anzahl	PS	Anzahl	PS	Anzahl	PS
1846	35	411	6	47	5	64
1861	387	3 128	36	379	27	355

Jahr	Getreidemühlen		Andere Mühlen		Landwirtsch. Zwecke	
	Anzahl	PS	Anzahl	PS	Anzahl	PS
1846	9	60	2	16	-	-
1861	28	347	15	129	13	124

Jahr	Salzbergwerke		Andere Industriezweige		Insgesamt	
	Anzahl	PS	Anzahl	PS	Anzahl	PS
1846	2	137	27	304	88	1 039
1861	11	833	137	1 080	654	6 375

Quelle:

Staatsarchiv Magdeburg, Rep. F 39, Nr. 111, Bl. 56.

Mitte der 40er Jahre waren in der Rübenzuckerindustrie fast sämtliche Göpelwerke ersetzt. 1875 erreichte die Nahrungs- und Genußmittelindustrie einen Anteil von 58,1 % der Dampfmaschinen und 45,3 % der PS und unterschied sich dadurch von der Entwicklung im übrigen Preußen (s. Tab. 7 im Anhang).

Der Einsatz der Dampfmaschinen im Bergbau insgesamt entwickelte sich wie folgt (s. Tab. 5, 6 im Anhang):

Anteil der Dampfmaschinen im Bergbau an denen in der Industrie im Regierungsbezirk Magdeburg

Jahr	Bergbau		PS je Dampfmaschine	
	Anzahl %	PS %	Bergbau	Industrie insgesamt
1846	8,5	10,9	11,7	9,1
1849	6,9	9,6	13,0	9,3
1852	12,1	22,1	19,7	10,8

Waren 1846 10 Dampfmaschinen mit 117 PS in betrieb, so 1852 bereits 36 mit 710,6 PS.

Wenn der Anteil der Dampfmaschinen in der Textilindustrie trotz absoluter Zunahme von 1837 bis zum Ende der industriellen Revolution wesentlich abnahm, so ist das auf die Herausbildung neuer Zweige der Industrie seit den 40er Jahren (Maschinenfabriken) und auf die Zunahme des Bergbaus (Braunkohlengruben, Steinsalz- und Kalisalzförderung) zurückzuführen.

In der Verteilung der Dampfmaschinen auf Stadt und Land ergeben sich folgende Anteile (s. Tab. 8, 9 im Anhang):

Anteile von Stadt und Land an den Dampfmaschinen in Industrie und Handwerk im Regierungsbezirk Magdeburg 1849 und 1861 (in %)

	1849		1861	
	Anzahl	PS	Anzahl	PS
Stadt	54	58,1	49,3	49,7
Land	46	41,9	50,7	50,3

Der geringe Unterschied zwischen Stadt und Land macht die starke Industrialisierung auf dem Lande (Bergbau, Rübenzuckerfabriken) deutlich. 1861 sind dann die Anteile sogar fast gleich.

Der Anteil am Dampfmaschineneinsatz in der Stadt Magdeburg (Altstadt, Neustadt, Sudenburg) betrug 1849 23,3 % der Zahl und 21,3 % der PS, 1861 waren es 24 % bzw. 44,8 % (s. Tab. 10 im Anhang).

1861 entfielen 11,6 % der Anzahl und 5,8 % der PS der in Preußen in Industrie und Handwerk vorhandenen Dampfmaschinen auf den Regierungsbezirk Magdeburg; er besaß mit 814 damit nach dem Regierungsbezirk Düsseldorf (918) die meisten Dampfmaschinen (s. Tab. 5 u. 11 im Anhang).

In acht Jahrzehnten - angefangen von der ersten, der Newcomen-Dampfmaschine in Altenweddingen - hatte sich damit die Dampfmaschine als "allgemeiner Agent der großen Industrie" im Regierungsbezirk Magdeburg durchgesetzt.(54)

54 Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 1, in: Marx/Engels, Werke, Berlin 1956 ff., Bd. 23, S. 398.

Tabelle 1

## Braunkohlenförderung des Regierungsbezirkes Magdeburg 1816 bis 1870

Jahr	Gruben	Förderung		Anteil an Förderung Preußens in %	Absatz+++		Anteil an der Förderung in %	Arbeiter
		Rt. +	mt. ++		Rt.	mt.		
1816	3	120 139	18 020,8					59
1820	4	121 240	18 186,0					79
1825	5	126 404	18 960,6					93
1830	6	214 686	32 202,9					103
1835	8	239 794	35 969,1					132
1840	8	474 644	71 196,6	13,6				304
1845	20	881 390	132 208,5	15,0				666
1850	34	2 061 909	309 286,3	23,3	1 943 937	291 590,5	94,3	1 025
1855	45	3 877 052	581 557,8	28,1	3 720 357	558 053,5	96,0	2 001
1860	42	6 480 586	972 087,9	30,8	5 875 171	881 275,6	90,6	2 289
1865	44	8 890 921	1 333 638,1	29,3				2 790
1870	42		1 582 158,4	25,0				2 773

+ 1 Raumtonne (Rt.) = 3 Ztr. Braunkohle.

++ Metrische Tonnen.

+++ Einschließlich Lagerbestände.

Quelle:

Staatsarchiv Magdeburg, Rep. F 38, Cap. XI, Nr. 11, Bd. 1, 2, 3; ebenda, Nr. 17, Bd. 1; ebenda, Nr. 18, Bd. 1, 2, 5, 10 - 21, Cap. XXIV C; ebenda, Nr. 1, Bd. 1, Cap. XXIV a; ebenda, Nr. 8, Bd. 1; ebenda, Rep. F 39, Nr. 111; Übersicht der Production des Bergwerks-Hütten- und Salinen-Betriebes in dem Preussischen Staate für das Jahr 1850; Übersicht von der Produktion der Bergwerke, Salinen und Hütten in dem Preussischen Staate im Jahre 1870; Althans, E., Zusammenstellung der statistischen Ergebnisse des Bergwerks-, Hütten- und Salinenbetriebes in dem Preussischen Staat während der zehn Jahre von 1852 bis 1861, Berlin 1863; Schulz-Briesen, Max, Der preußische Staatsbergbau im Wandel der Zeiten, Bd. 1, Berlin 1933.

Tabelle 2

## Betrieb von Dampfmaschinen im Braunkohlenbergbau des Regierungsbezirkes Magdeburg

Jahr	Wasserhaltungsmaschinen	Fördermaschinen
1846	4	-
1847	5	-
1848	7	-
1849	8	3
1850	12	4
1851	21	5
1852	36	5
1853	34	5
1854	38	9
1855	43	10
1856	41	10
1847	43	17
1858	42	24
1859	41	27
1860	43	28
1861	44	28
1862	51	29
1863	61	33
1864	61	39
1865	101	
1866	101	
1867	98	

Quelle:

Staatsarchiv Magdeburg, Rep. F 39, Nr. 111, Bl. 19 f.

## A Einzylindrische Maschinen mit Vorgelege

Firma	Preis Tlr.	Trans- port	Montage	Liefer- zeit Monate	Bemerkungen
Gräflisch Stol- bergsche Maschi- nenfabrik Magdeburg	1 800	mit	mit	2 1/2	Maximallast 1 818 Pfd.
Maschinenfa- brik Bernburg (Mägdesprung)	1 500	ohne pro Ztr. ca. 5 Sgr.	ohne 100 Tlr.	2 - 2 1/2	Gewicht 160 Ztr., Schwungradan- trieb 6 Fuß, 11 - 12 PS
Maschinenfa- brik Buckau	1 300	mit	mit	2	
Maschinenfa- brik Sprottau	1 800	ohne	ohne	3	
jacobi, Haniel & Huyssen	2 200	mit	mit		19 PS
Rueva	2 300	mit	mit	3	gleiche Maschine auf Grube Eggers- dorf für 2 200 Taler
Röhrig & König	2 500	ohne	ohne	3 1/2	sehr vollkommene Bremsvorrichtung, 1 Seilkorb, ver- stellb.
Magdeburg-Suden- burg	1 360	mit	mit	3 1/2	

## Angebote zum Bau der Fördermaschine der Braunkohlengrube Altenweddingen 1862

## A Einzylindrische Maschinen mit Vorgelege

Firma	Dampfzylinder		Vorgelege Verhält- nis	Durchmesser Seil- trom- meln Fuß	Seil- scheibe Fuß
	Ø Zoll	Hub Zoll			
Gräfllich Stol- bergsche Ma- schinenfabrik Magdeburg	9	18		4	5
Maschinenfa- brik Bernburg (Mägdesprung)	12 1/2	30		6	4 1/2
Maschinenfa- brik Buckau	10	18		5	5
Maschinenfa- brik Sprottau	10	18			
jacobi, Haniel & Huyssen	10	30			
Rueva	17	36	1 : 2,18	5	4
Röhrig & König Magdeburg-Suden- burg	12	24	1 : 3 1/2	8	8
	12	24	1 : 3 1/2	5	5

## B Zwillingmaschinen

Firma	Doppelzylinder		Mit oder ohne Vorlege	Verhältnis	Durchmesser	
	Ø Zoll	Hub Zoll			Seiltrommeln Fuß	Seilscheibe Fuß
Gräflich Stolberg'sche Maschinenfabrik Magdeburg	7 1/2	15	mit direkt	1 : 4,8	5	5
	10 1/2	24			4	5
Maschinenfabrik Bernburg (Mägdesprung)	12	33	direkt		5	4 1/2
	10	22	mit		6	4 1/2
Maschinenfabrik Buckau	10	30	direkt		5	5
Maschinenfabrik Sprottau	10	18	direkt			
Rueva	17	36	direkt		5	4
Röhrig & König Magdeburg-Sudenburg	13	36	direkt		8	8
	13	36	direkt		5	5



B Zwillingmaschinen					
Firma	Preis	Transport	Montage	Lieferzeit	Bemerkungen
	Thl.			Monate	
Gräflich Stolbergsche Maschinenfabrik Magdeburg	1 500 2 000	mit mit	mit mit	sofort 2 1/2	Maximallast 2 226,5 Pfd. Maximallast 2 004 Pfd.
Maschinenfabrik Bernburg (Mägdesprung)	1 600 1 400	ohne pro Ztr. ca. 5 Sgr.	ohne 100 T.	2 - 2 1/2 2 - 2 1/2	135 Ztr. Gewicht, 11- 12 PS, 110 Ztr. Gewicht, 11-12 PS
Maschinenfabrik Buckau	1 800	mit	mit	2	
Maschinenfabrik Sprottau	2 400	ohne	ohne	3	
Rueva	4 000	mit	mit	3	
Röhrig & Köinig Magdeburg-Sudenburg	4 450 1 870	ohne 48 Thl. mit	ohne 70 T. mit	4 3 1/2	sehr vollkommene Brems- vorrichtung, 1 Seilkorb verstellb.

Quelle:  
Staatsarchiv Magdeburg, Rep. F 18, Cap. III, Nr. 12, Bl. 77 f.

Verwendung von Dampfmaschinen im Regierungsbezirk Magdeburg<sup>+</sup> 1837 und 1840

1837	Anzahl	PS
Nahrungs- u. Genußmittelindustrie	24	187
davon: Rübenzuckerfabriken	6	82
Mühlen	4	38
Textilindustrie	9	93
Chemische Fabriken	2	12,5
Papierfabriken	1	3
Insgesamt	40	333,5

1840	Anzahl	PS
Zuckerfabriken	15	185
Textilfabriken	10	131
Maschinen- u. Metallfabriken	3	45
Hüttenwerke	2	7,5
Getreidemühlen	4	33
Ölmühlen	2	20
Andere Fabriken	10	62
Zur Wasserleitung	1	16
Insgesamt	47	499,5

+ Ohne Bergbau.

Quelle:  
Staatsarchiv Magdeburg, Rep. C 28 I f, Nr. 925, Bd. III, Bl. 87 - 100; Dieterici, Carl Friedrich Wilhelm, Statistische Übersicht der wichtigsten Gegenstände des Verkehrs und Verbrauchs im Preußischen Staate und im deutschen Zollverband in dem Zeitraum von 1840 bis 1842, Berlin/Posen/Bromberg 1844, S. 622 - 625.

Tabelle 5

Dampfmaschinen in Industrie und Verkehr im Regierungsbezirk Magdeburg  
1819 bis 1875

Jahr	Textilindustrie		Maschinen- u. Metallfabriken		Mühlen		Bergbau	
	Anzahl	PS	Anzahl	PS	Anzahl	PS	Anzahl	PS
1819 <sup>+</sup>								
1837 <sup>+</sup>	9	93			4	38		
1840 <sup>+</sup>	10	131	3	45	6	53		
1846	17	220	7	55	12	84	10	117
1849	20	274	13	97	18	126	14	182
1852	25	340	17	143	13	150	36	710,6
1855	29	425	22	237	57	346	53	977
1858	32	429	31	356	62	452	76	1 315
1861	49	571	39	454	44	370	101	2 167
1875 <sup>++</sup>	84	1 208	174	1 782			199 <sup>+++</sup>	5 847 <sup>+++</sup>

+ Ohne Bergbau.

++ Einschließlich Lokomobile.

+++ Einschließlich Hüttenwerke.

	Anzahl	PS
Industrie Steine u. Erden	87	1 048
Chemische Industrie	66	736
Industrie d. Heiz- u. Leuchtstoffe	16	113
Papier- u. Lederindustrie	34	466
Holz- u. Schnitzstoffgewerbe	39	560
Nahrungs- u. Genußmittelindustrie	1 007	9 907
Bekleidungs- u. Reinigungsgewerbe	2	6
Baugewerbe	13	124
Polygraph. Gewerbe	12	74

Dampfmaschinen in Industrie und Verkehr im Regierungsbezirk Magdeburg  
1819 bis 1875

Jahr	Übrige Zweige		Insges.		Eisenbahn u. Schiffahrt		Industrie u. Verkehr	
	Anzahl	PS	Anzahl	PS	Anzahl	PS	Anzahl	PS
1819 <sup>+</sup>			4				4	
1837 <sup>+</sup>	27	202,5	40	333,5			9,5	333,5
1840 <sup>+</sup>	28	270,5	42	499,5			47	499,5
1846	72	595	118	1 071	39	2 237	157	3 308
1849	137	1 206,5	202	1 885,5	47	2 720	249	4 605,5
1852	206	1 866	297	3 209,6	56	1 901	353	
1855	256	2 325	417	4 310	51	3 626	468	6 211
1858	438	3 557	639	6 109	68	22 340	707	9 735
1861	581	4 705	814	8 267	148		962	30 607
1875 <sup>+</sup>	1 276 <sup>o</sup>	13 034 <sup>o</sup>	1 733	21 871				

+ Ohne Bergbau.

++ Einschließlich Lokomobile.

° Verteilung auf Zweige.

Quelle:  
 Staatsarchiv Magdeburg, Rep. C 28 If, Nr. 925, Bd. III, Bl. 87 - 100; Dieterici, Carl Friedrich Wilhelm, Statistische Übersicht der wichtigsten Gegenstände des Verkehrs und Verbrauchs im Preußischen Staate und im deutschen Zollverband in dem Zeitraum von 1840 bis 1842, Berlin/Posen/Bromberg 1844, S. 622 - 625; Gewerbe-Tabelle der Fabrikations-Anstalten und Fabrik-Unternehmungen aller Art in sämtlichen Staaten des Zoll-Vereins nach den Aufnahmen im Dezember 1846; Tabellen und amtliche Nachrichten über den Preußischen Staat für das Jahr 1849, VI. Tabelle der Fabrikations-Anstalten und Fabrik-Unternehmungen aller Art für 1849 und 1852, Berlin 1855; ... für das Jahr 1855, VIII. Gewerbe-Tabelle der Fabrikations-Anstalten und Fabrik-Unternehmungen Berlin 1858; ... für das Jahr 1858, VIII. Gewerbe-Tabelle der Fabrikations-Anstalten und Fabrik-Unternehmungen aller Art Berlin 1860; Preussische Statistik, V. Die Ergebnisse der Volkszählung und Volksbeschreibung nach den Aufnahmen vom 3. December 1861, resp. Anfang 1862; ebenda, II. Fabriken und vorherrschend für den Großhandel beschäftigte Gewerbeanstalten; ebenda, XXXI. Die definitiven Ergebnisse der Gewerbezahlung vom 1. Dezember 1875, Berlin 1880.

Anteile der Industriezweige an den in der Industrie vorhandenen Dampfmaschinen im Regierungsbezirk Magdeburg  
1837 bis 1875  
(in %)

Jahr	Textilindustrie		Maschinen-, Metallfabriken		Bergbau		Mühlen		Übrige Zwecke	
	Anzahl	PS	Anzahl	PS	Anzahl	PS	Anzahl	PS	Anzahl	PS
1837 <sup>+</sup>	22,5	27,9					10	11,4	67,5	60,7
1840 <sup>+</sup>	21,2	26,2	6,4	9,0			12,8	10,6	59,6	54,1
1843										
1846	14,4	20,5	5,9	5,1	8,5	10,9	10,2	7,8	61,0	55,6
1849	9,9	14,5	6,4	5,1	6,9	8,9	9,6	6,7	67,8	64,0
1852	8,4	10,6	5,7	4,4	12,1	22,1	4,4	4,7	69,4	58,1
1855	7,0	9,9	5,3	5,5	12,7	22,7	13,7	8,0	61,4	53,9
1858	5,0	7,0	4,8	5,8	11,9	21,5	9,7	7,4	68,5	58,2
1861	6,0	6,9	4,8	5,5	12,4	26,2	5,4	4,5	71,4	56,9
1875 <sup>++</sup>	4,8	5,5	10,0	8,1	11,5 <sup>+++</sup>	26,7 <sup>+++</sup>			73,6 <sup>°</sup>	59,6 <sup>°</sup>

+ Ohne Bergbau.

++ Einschließlich Lokomobile.

+++ Einschließlich Hüttenwerke.

° Verteilung auf Zweige

	Anzahl	PS
Industrie Steine u. Erden	5,0	4,8
Chemische Industrie	3,8	3,4
Industrie d. Heiz- u. Leuchtstoffe	0,9	0,5
Papier- u. Lederindustrie	2,0	2,1
Holz- u. Schnitzstoffgewerbe	2,2	2,6
Nahrungs- u. Genußmittelindustrie	58,1	45,3
Bekleidungs- u. Reinigungsgewerbe	0,1	0,03
Baugewerbe	0,7	0,6
Polygraph. Gewerbe	0,7	0,3

Quelle:

Siehe Tab. 5.

Anteile der Industriezweige an den in der Industrie Preußens vorhandenen Dampfmaschinen 1837 bis 1875  
(in %)

Jahr	Textilindustrie		Metall- u. Maschinen- fabriken		Mühlen		Bergbau		Übrige Zwecke	
	Anzahl	PS	Anzahl	PS	Anzahl	PS	Anzahl	PS	Anzahl	PS
1837	32,4	22,9	14,8	17,4	7,4	5,6	28,6	45,5	16,7	8,6
1840	27,8	20,2	15,4	17,6	7,3	5,1	28,4	46,1	21,0	10,9
1843	20,9	17,4	15,5	17,1	8,9	6,0	29,3	46,2	25,3	13,3
1846	20,8	14,9	18,3	22,4	12,6	7,8	24,0	43,8	24,3	11,1
1849	19,0	12,5	19,6	22,6	12,9	6,9	23,0	46,4	25,5	11,5
1852	17,0	13,1	19,0	19,5	13,8	8,0	20,6	45,7	29,6	13,7
1855	14,4	11,2	20,2	25,8	16,7	9,5	19,4	39,9	29,2	13,6
1858	11,2	9,4	21,5	26,3	14,9	8,2	23,6	40,6	28,8	15,5
1861	10,5	11,4	14,1	14,6	12,3	8,0	21,7	42,6	41,3	23,4
1875 <sup>+</sup>	11,4	10,1	11,3	6,4			29,9 <sup>++</sup>	57,6 <sup>++</sup>	47,4 <sup>+++</sup>	25,9 <sup>+++</sup>

+ Einschließlich Lokomobile.

++ Einschließlich Hüttenwerke.

+++ Darunter Nahrungs- u. Genußmittelindustrie: Anzahl: 26,3 % PS: 12,7 %.

Quelle:

Siehe Tab. 5.

Tabelle 8

Verteilung der Dampfmaschinen des Regierungsbezirkes Magdeburg 1849

Zweig	Stadt		PS		Land		PS		Insgesamt	
	Anzahl	Anteil %	Anteil %	PS	Anzahl	Anteil %	Anteil %	PS	Anzahl	PS
Textilindustrie	20	100	274	100					20	274
Spinnerei	17	100	248	100					17	248
Weberei	1	100	6	100					1	6
Walkerei	2	100	20	100					2	20
Maschinen-, Metallfabriken	6	46,2	38	39,2	7	53,8	59	60,8	13	97
Maschinenfabriken	6	54,5	38	45,8	5	45,5	45	54,2	11	83
Metallfabriken					2	100	14	100	2	14
Mühlen	6	33,3	42	33,3	12	66,7	84	66,7	18	126
Getreidemühlen	3	25,0	30	46,9	9	75	34	53,1	12	64
Schneidemühlen	1									
sonst. Mühlen	2	50	6	23,1	2	50,0	20	76,9	4	26
Bergbau	6	42,9	101	55,5	8	57,1	81	44,5	14	182
Übrige Zwecke	71	51,8	640	53,0	66	48,2	566,6	47	137	1 206,5
Industrie insges.	109	54,0	1 095	58,1	93	46,0	796,5	41,9	202	1 885,5
Verkehr	11	23,4	560	20,6	36	76,6	2 160	79,4	47	2 720
Schifffahrt	8	100	490	100					8	490
Eisenbahn	3	7,7	70	3,1	36	92,3	2 160	96,9	39	2 230
Industrie u. Verkehr	120	48,2	1 655	35,9	129	51,8	2 950,5	64,1	249	4 605,5

Quelle:

Tabellen und amtliche Nachrichten über den Preussischen Staat für das Jahr 1849, VI. Tabelle der Fabrikations-Anstalten und Fabrik-Unternehmungen aller Art für 1849 und 1852, Berlin 1855.

## Verteilung der Dampfmaschinen des Regierungsbezirkes Magdeburg 1861

Zweig	Stadt				Land				Insgesamt	
	Anzahl	Anteil %	PS	Anteil %	Anzahl	Anteil %	PS	Anteil %	Anzahl	PS
Textilindustrie	48	98,0	541	94,7	1	2,0	30	5,3	49	571
Maschinen-, Metall- fabriken	33	84,6	354,5	78,2	6	15,4	99	21,8	39	453,5
Mühlen	16	36,4	214,5	57,9	28	63,6	156	42,1	44	370,5
Bergbau, Hütten	24	23,8	723	33,4	77	76,2	1 444	66,6	101	2 167
Übrige Zwecke	280	48,2	2 280	48,5	301	51,8	2 425	51,5	581	4 705
Industrie insges.	401	49,3	4 113	49,7	413	50,7	4 154	50,3	814	8 267
Verkehr	148	100	22 340	100	-	-	-	-	148	22 340
Schiffahrt	6	100	430	100	-	-	-	-	6	430
Eisenbahn	142	100	21 910	100	-	-	-	-	142	21 910
Industrie u. Verkehr	549	57,1	26 453	86,4	413	42,9	4 154	13,6	962	30 607

Quelle:

Preußische Statistik, V. Die Ergebnisse der Volkszählung und Volksbeschreibung nach den Aufnahmen vom 3. December 1861, resp. Anfang 1862; ebenda, II. Fabriken und vorherrschend für den Großhandel beschäftigte Gewerbeanstalten.



Tabelle 10

Anteile der Stadt Magdeburg<sup>+</sup> am Einsatz von Dampfmaschinen 1849 und 1861

Zweig	1849				1861			
	Anzahl	Anteil %	PS	Anteil %	Anzahl	Anteil %	PS	Anteil %
Textilindustrie	3				8	16,3	120	21,0
Maschinen- u. Metall- fabriken	5				24	61,5	301	66,4
Mühlen	5				4	9,1	51	13,8
Bergbau, Hüttenwerke	-	-	-	-	-	-	-	-
Übrige Zwecke	37	27,0	363	30,1	105	18,1	949	20,2
Industrie insges.	50	24,7	489	25,9	141	17,3	1 421	17,2
Verkehr	8	17,0	490	18,0	90	60,8	12 280	55,0
Schifffahrt	8	100	490	100	6	100	430	100
Eisenbahn	-	-	-	-	84	59,1	11 850	54,1
Verkehr u. Industrie	58	23,3	97,9	21,3	231	24,0	13 701	44,8

+ Altstadt, Neustadt u. Sudenburg.

Quelle:  
Siehe Tab. 8 u. 9.

Anteile des Regierungsbezirkes Magdeburg an den in der Industrie Preußens vorhandenen Dampfmaschinen  
1837 bis 1875<sup>+</sup>

Jahr	Textilindustrie		Maschinen- u. Metallfabriken				Mühlen				
	Anzahl	PS	Anzahl	PS	Anzahl	PS	Anzahl	PS			
	1	2	1	2	1	2	1	2			
1837	136	6,6	1 683	5,5	62	1 281,5	31	12,9	415	9,1	
1840	171	5,8	2 365	5,5	95	2 065	45	13,3	601	8,8	
1843	180		2 870		134	2 817	77		992,5		
1846	237	7,2	3 236	6,8	208	4 857,5	1,1	144	8,3	1 699,5	4,9
1849	274	7,3	3 691	7,4	283	6 652,5	1,5	187	9,6	2 046,5	6,2
1852	365	6,8	5 632,5	6,0	405	8 415,5	1,7	296	4,9	3 444,75	4,3
1855	443	6,5	6 929	6,1	622	16 003,5	1,5	516	11,0	5 868	5,9
1858	580	5,5	10 579	4,0	1 117	29 700	1,2	772	8,0	9 285	4,9
1861	737	6,6	16 143	3,5	994	20 757	2,2	864	5,1	11 329	3,3
1875 <sup>++</sup>	3 199	2,6	62 985	1,9	3 161	40 277	4,4				

+ 1. Spalte: Anzahl Preußen,

2. Spalte: Anteil des Regierungsbezirkes Magdeburg (in %).

++ Einschließlich Lokomobile.

Jahr	Bergbau		Übrige Zwecke				Industrie insges.											
	Anzahl	PS	Anzahl	PS	Anzahl	PS	Anzahl	PS										
	1	2	1	2	1	2	1	2										
1837	120		3	344	70	38,6	632	32,0	419	9,5 <sup>++</sup>	7	355,2	4,5 <sup>++</sup>					
1840	175		5	402	129	21,7	1	279,5	21,1	615	7,6 <sup>++</sup>	11	712,5	4,3 <sup>++</sup>				
1843	253		7	627	218		2	189,5		862		16	496					
1846	273	3,7	9	508	1,2	277	26,0	2	4152	4,6	1	139	10,4	21	716	4,9		
1849	332	4,2	13	695	1,3	369	37,1	3	397,5	35,5	1	445	14,0	29	482,5	6,4		
1852	442	8,1	19	661,6	3,6	635	32,4	5	880,75	31,7	2	143	14,0	43	035,1	7,5		
1855	599	8,8	24	748,5	3,9	900	28,4	8	416	27,6	3	080	13,5	61	965	6,9		
1858	1	225	6,2	45	920	2,9	1	493	29,3	17	471	20,3	5	187	12,3	112	955	5,4
1861	1	528	6,6	60	387	3,6	2	903	20,0	33	225	14,2	7	026	11,6	141	841	5,8
1875 <sup>+++</sup>	8	380°	2,4°	359	194°	1,6°	13	276	9,6	161	379	8,1	28	016	5,2	623	835	3,5

Jahr	Verkehrswesen		PS	Industrie u. Verkehrswesen				
	Anzahl			Anzahl		PS		
	1	2		1	2	1	2	
1837	4		158		423	2,2 <sup>++</sup>	7 513,5	4,4 <sup>++</sup>
1840	19		566		634	7,4 <sup>++</sup>	12 278,5	4,1 <sup>++</sup>
1843	228		10 744,5		1 090		27 240,5	
1846	352	11,1	19 413,5	11,5	1 491	10,5	41 129,5	8,0
1849	519	9,1	37 666,5	7,2	1 964	12,7	67 149	6,8
1852	709	7,9	49 426,5		2 852	12,5	92 461,6	
1855	1 035	4,9	99 809	1,9	4 115	11,4	161 774	3,8
1858	1 498	4,5	188 211	1,9	6 685	10,6	301 166	3,2
1861	1 659	8,9	223 790	10,0	8 685	11,1	365 631	8,4
1875 <sup>+++</sup>								

+ 1. Spalte: Anzahl Preußen.

2. Spalte: Anteil des Regierungsbezirkes Magdeburg (in %).

++ Ohne Bergbau.

+++ Einschließlich Lokomobile.

° Einschließlich Hüttenwerke.

Quelle:

Siehe Tab. 5.

## Das Zwickauer "Tuchknappenregister" von 1536 bis 1542

Bemerkungen zum Problem der sozialen Sicherung im Handwerk der frühen Neuzeit

von Helmut Bräuer

Es gibt in der älteren und neueren sozial- und wirtschaftsgeschichtlichen Forschung der Region keinen Zweifel darüber, daß sich Westsachsens Städte am Beginn des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus durch auffällige Gewerbevielfalt auszeichneten. Dennoch nahm - trotz Chemnitzer Leinenproduktion, Leipziger Kürschnerei und Waldenburger Töpferwarenherstellung - die Tuchmacherei einen besonderen Rang ein. Arbeitskräfteanzahl, Produktionsumfang und Fernmarktbetrieb ragten hier vor allen Dingen hervor.

Wägt man das ökonomische Gewicht der westsächsischen Textilstädte ab, so wird Zwickau als markanter Hauptort dieses Wirtschaftszweiges zu bezeichnen sein, boten doch die dortigen Tuchmacher ihre Produkte auf den großen Warenumschlagplätzen Leipzig, Linz, Regensburg, Krakau u. a. an. Seit der zweiten Hälfte des 15. Jh. zog dieses Gewerbe in der Stadt Geldkapitalien und Arbeitskräfte aus einem bis Oberdeutschland reichenden Umfeld an. In Zwickau selbst war die 1348 erstmals erwähnte Tuchmacherei der wichtigste Produktionsbereich, was auch in der personellen Besetzung von Rats- und Gerichtsämtern sowie im kulturellen und kirchlichen Leben seinen Ausdruck fand.

Mit dem Eindringen des Verlagswesens in das Tuchgewerbe - ein Vorgang, der im Gefolge des erzgebirgischen Silberbergbaus beschleunigt verlief - verband sich wohl einerseits der weitere ökonomische Ausbau der Wollweberei; aber andererseits schlug der zünftige Regulierungsmechanismus durch, der partielle Produktionsbeschränkungen anordnete, so daß als Folge dieses ökonomischen Gesamtprozesses die soziale Differenzierung der Bürgerschaft ganz augenfällig wurde. Zwickau zeigte sich um 1500 als eine reiche und blühende Stadt, in der die Armut immer mehr um sich griff. Mit der generellen sozialen Kräftepolarisation und der teilweise sehr rasch verlaufenden Umschichtung der Vermögen innerhalb einzelner Sozialkategorien der Bürgerschaft war die Zunahme von Spannungen in der Stadt verbunden, die zu unterschiedlichen oppositionellen Äußerungen führte - von Arbeitsniederlegungen der Handwerksgesellen über intensive Streitigkeiten innerhalb der bürgerlichen Oberschicht bis zur Huldigungsverweigerung der Bürgerschaft gegenüber dem Rat im Jahre 1516.

Es versteht sich, daß auf einem solchen, von sozialen Gegensätzen zerrissenen Boden das reformatorische Gedankengut in verschiedenartigen Prägungen schnell heimisch werden konnte. Für wenige Monate rückte die Tuchmacherstadt 1520/21 in das Licht der deutschen frühbürgerlichen Revolution. Durch das Wirken Thomas Müntzers, anderer radikaler Geistlicher und predigender Laien wurde die Bürgerschaft sehr nachhaltig beeinflusst. Geistige Auseinandersetzung schlug vielfach in sozial- und religiös-politische Aktion um, worin das Besitzbürgertum bestimmte Gefahren erkannte. Unter Führung Hermann Mühlports wurde Zwickau dann zügig zu einer Bastion der neuen Kirche entwickelt, woraus allerdings in der zweiten Hälfte der 20er Jahre

des 16. Jh. Widersprüche kirchenpolitischen Charakters erwachsen, so daß die Stadt mit Martin Luther auf das heftigste kollidierte. Nur der kurfürstliche Machtspruch vermochte das selbstbewußte Besitzbürgertum in die Schranken zu weisen.(1)

Während bei der Erforschung der Geschichte der Zwickauer Tuchmacherei Rohstoff- und Kapitalbeschaffung sowie Produktionsorganisation, Produktionstechnik und Warenabsatz bislang immer wieder die Aufmerksamkeit der Historiker gefunden haben, blieben die unmittelbaren Produzenten häufig im Hintergrund, wenn man von den Angehörigen der reichen besitzbürgerlichen Schichten absieht.

Nach dem Türkensteuerregister von 1531 läßt sich für Zwickau eine Gesamtbevölkerung von etwa 7 300 Einwohnern errechnen.(2) Von ihnen könnten etwa 300 selbständige Tuchmachermeister gewesen sein;(3) sie beschäftigten 278 Knappen, 27 Knäppinnen, 119 Kämmerinnen und 96 Radspinnerinnen.(4) Für ein Drittel der Zwickauer Bewohnerschaft stellte demzufolge die Tuchproduktion die materielle Existenzgrundlage dar.

Über die Lebensverhältnisse der beiden Hauptgruppen der lohnabhängigen Produzenten, der Knappen und Kämmerinnen, gibt es in den Quellen nur verstreute Informationen. Es bedarf also des systematischen Zusammenfügens dieser Nachrichten, um zumindest die Umriss eines Mosaikbildes zu erhalten. Dabei vermag das in den Repertorien des Zwickauer Stadtarchivs als "Tuchknappenregister"(5) verzeichnete Quellenstück eine wichtige Funktion zu erfüllen, handelt es sich doch nicht - wie man meint und sich vielleicht auch wünschen möchte - um ein Verzeichnis der in Arbeit stehenden Tuchknappen, sondern um das Einnahme-Ausgabe-Register der Unterstützungskasse der Zwickauer Tuchknappen und Kämmerinnen. Dahinter stand eine Organisation. Dieser Sachverhalt erfordert, dem Problem der Entstehung jener sozialen Sicherungseinrichtung nachzugehen.

- 1 Herzog, Emil, Chronik der Kreisstadt Zwickau, 2 Bde., Zwickau 1839, 1845; Wappeler, Paul, Thomas Müntzer in Zwickau und die "Zwickauer Propheten", in: Wiss. Beilage zum Jahresbericht des Realgymnasiums, Zwickau 1908, Neudruck: Gütersloh 1965; Mueller, Max, Das Tuchmacher-Handwerk und der Tuchhandel in Zwickau in Sachsen. Ein Beitrag zur Wirtschaftsgeschichte Sachsens, Leipzig 1929; Steinmüller, Karl, Die Chemnitzer Familie Neefe und ihre Beziehungen zur Zwickauer Tuchmacherei, in: Beiträge zur Heimatgeschichte von Karl-Marx-Stadt, 4/1955, S. 77 - 112; derselbe, Zur Lage der Zwickauer Tuchmacherei zwischen 1470 und 1530, in: Die frühbürgerliche Revolution in Deutschland, Berlin 1961, S. 220 - 224; Henning, Friedrich-Wilhelm, Die zunehmende wirtschaftliche und soziale Differenzierung in einer obersächsischen Gewerbe-Exportstadt (Zwickau) bis zum 16. Jh., in: Scripta mercaturae, München, Bd. 1, 1968, S. 23 - 55; Bräuer, Helmut, Zwickau und Martinus Luther. Die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um die städtische Kirchenpolitik in Zwickau (1527 - 1531), Karl-Marx-Stadt 1983; derselbe, Thomas Müntzer und die Zwickauer. Zum Wirken Thomas Müntzers in Zwickau 1520 - 1521, Karl-Marx-Stadt 1989; Karant-Nunn, Susan C., Zwickau in Transition, 1500 - 1547: The Reformation as an Agent of Change, Columbus (Ohio) 1988; Hoyer, Siegfried, Die Zwickauer Storchianer - Vorläufer der Täufer?, in: Jahrbuch für Regionalgeschichte, Weimar, Bd. 13, 1986, S. 60 - 78; derselbe, Radikaler Prediger und soziales Umfeld. Bemerkungen zu Thomas Müntzers Tätigkeit in Zwickau, in: Postel, Rainer/Kopitzsch, Franklin, Reformation und Revolution, Festschrift für R. Wohlfeil, Stuttgart 1989, S. 155 - 169.
- 2 Stadtarchiv (StadtA) Zwickau, A x A II 17 nr. 19 a. - Zur literarischen Auseinandersetzung vgl. Bräuer, Zwickau und Martinus Luther, S. 16.
- 3 StadtA Zwickau, X 49 123, Einbringen der Tuchmacher (1526), Bl. 3b, 10.
- 4 Vgl. Anm. 2.
- 5 StadtA Zwickau, X 49 135, Register der Tuchknappen 1535 - 1542.

neue nichtmarxistische Forschung stimmt darin überein, daß die unterschiedlichen Formen einer gewissen sozialen Sicherung des Lebens der lohnabhängigen unmittelbaren Produzenten weitgehend an das Wirken von Gemeinschaften gebunden waren, ohne daß diese korporativen Einrichtungen bisher hätten einheitlich bestimmt werden können. Die terminologische Vielfalt - Gesell(en)schaften, Bruderschaften, Doppelgenossenschaften, Gilden, Gesellenverbände usw. - zeigt das Hauptproblem bereits äußerlich an, das darin zu sehen ist, entstehungsursächliche Faktoren, Genesis und funktionale Sachverhalte der Gesellenkorporationen und deren weitgehende Zusammengehörigkeit nicht klar bzw. nur partiell zu definieren und häufig den gesamten Problemkomplex aus seinen feudalen Verhältnissen herauszulösen. So spielt dieses einst durch Georg Schanz in den Vordergrund gerückte Forschungsanliegen heute noch immer eine Rolle, obgleich in Einzelfragen wesentliche Erkenntnisfortschritte erzielt worden sind.(6)

Grundsätzlich bedarf es der Erfassung des Phänomens der Gesellenkorporation aus der Gesamtheit der feudalen Lebensbedingungen heraus, deren Fundament die Produktionsverhältnisse bildeten. Das bedeutet, daß die sozialökonomischen Beziehungen, unter denen sich die kleine gewerbliche Warenproduktion entfaltet und zünftig organisierte, auch das unmittelbare Umfeld für die Entstehung von Gesellenorganisationen abgaben. Jener entscheidende Widerspruch, der zwischen der objektiven Entwicklung der Produktivkräfte und den Versuchen der produktionsmittelbesitzenden Meister bestand, ihre sozialökonomischen Interessen zu sichern, setzte das Funktionalisieren der Prinzipien ihrer Zunft in Gang und verschärfte die Beziehungen zu jenen, deren Mehrarbeitsergebnis sie sich aneigneten, ihnen aber eben deshalb nicht die gleichen Existenzbedingungen einzuräumen bereit waren, die sie selbst in Anspruch nahmen.

- 6 Als besonders bedeutsam seien die Forschungen von Wilfried Reininghaus hervorgehoben, der die Hauptfragen erneut aufgegriffen und zur Diskussion gestellt hat und dessen Komplexität in der Betrachtungsweise zu vielfachen Berührungspunkten mit jenen Ergebnissen führt, die am sächsischen Quellenmaterial gewonnen wurden. - Zum Problem vorzugsweise Schanz, Georg, Zur Geschichte der deutschen Gesellen-Verbände. Mit 55 bisher unveröffentlichten Documenten aus der Zeit des 14. - 17. Jh., Leipzig 1877, Neudruck: Glashütte 1973; Lutz, Albert, jünglings- und Gesellenverbände im alten Zürich und im alten Wintherthur, Zürich 1957; Fröhlich, Sigrid, Die soziale Sicherung bei Zünften und Gesellenverbänden. Darstellung, Analyse, Vergleich = Sozialpolitische Schriften, Bd. 38, Berlin (West) 1976; Reininghaus, Wilfried, Die Entstehung der Gesellengilden im Mittelalter = Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte (VSWG), Wiesbaden 1981, Beiheft 71; derselbe, Gesellenvereinigungen als Problem der Kontinuität in der deutschen Sozialgeschichte, in: II. Internationales Handwerksgeschichtliches Symposium, Veszprém, 21. - 26. 8. 1982, Bd. 1, Veszprém 1983, S. 265 - 272; derselbe, Frühformen der Gesellengilden in Augsburg im 14. Jh., in: Zeitschrift des Historischen Vereins für Schwaben, Augsburg, Bd. 77, 1983, S. 68 - 89; derselbe, Die Gesellenvereinigungen am Ende des Alten Reiches. Die Bilanz von dreihundert Jahren Sozialdisziplinierung, in: Handwerker in der Industrialisierung, hg. v. Ulrich Engelhardt, Stuttgart 1984, S. 219 - 241; derselbe, Zur Methodik der Handwerksgeschichte des 14. - 17. Jh. = VSWG, Bd. 72, 1985, S. 369 - 378; Schulz, Knut, Die Stellung der Gesellen in der spätmittelalterlichen Stadt, in: Haus und Familie in der spätmittelalterlichen Stadt, hg. v. Alfred Haverkamp, Köln/Wien 1984, S. 304 - 326; derselbe, Handwerksgesellen und Lohnarbeiter. Untersuchungen zur oberrheinischen und oberdeutschen Stadtgeschichte des 14. - 17. Jh., Sigmaringen 1985, bes. S. 163 - 208; Wesoly, Kurt, Zur Vereinigung der Handwerksgesellen im Spätmittelalter, in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins, Stuttgart, Bd. 132 (NF Bd. 93), 1984, S. 405 - 411; derselbe, Lehrlinge und Handwerksgesellen am Mittelrhein. Ihre soziale Lage und ihre Organisation vom 14. bis ins 17. Jh., Frankfurt (Main) 1985, bes. S. 306 - 346.

Da diese Verhältnisse - lokal, gewerbeppezifisch und durch obrigkeitliches wirtschaftspolitisches Regulierungsbemühen modifiziert - vom 14. bis ins 17. Jh. ständig neu reproduziert wurden und infolge des Fortschreitens der Entwicklung der Produktivkräfte immer schärfere Formen annahmen, wiederholten sich auch die Möglichkeiten zur Entstehung von Gesellenorganisationen.(7)

Diese objektiven Bedingungen veranlaßten jedoch nur dann die Gesellen zu organisatorischen Konsequenzen, wenn weitere Faktoren mobilisierende Wirkungen ausübten. Unter ihnen war die mittelalterlich-spätmittelalterliche Korporationsidee(8) die bedeutsamste, weil sie eine Reihe von Wünschen und Vorstellungen zu verknüpfen vermochte, die vom Erlangen des Seelenfriedens und der Befreiung von Höllen- und Verdammnisfurcht bis zur aktiven individuellen Teilnahme an der Befestigung der Handwerksehre reichte und zugleich auch entsprechende Handlungsmuster anzubieten hatte, welche von den Gesellen - ihren Bedürfnissen gemäß - umgesetzt werden konnten.

Zu welchen Ergebnissen gelangt man nun beim Studium des Zwickauer Quellenbefundes?

Am 15. Mai 1472 fertigten Bürgermeister, Rat und Schöffen der Stadt Eger für Hans Rosenlecher und Hans Fuchsil aus Zwickau eine Urkunde aus, wonach diese für 400 fl. rh. vom Rat der böhmischen Stadt einen jährlichen Zins von 20 fl. rh. gekauft haben. Rosenlecher und Fuchsil waren derzeit "Vorsteher des Altars yn der kirchen Sandt katharin zu Zwickau, den man nennet der knappen Altar", welcher neu aufgerichtet und gebaut worden sei. Jene 20 Gulden wurden dem "prister hern Niclaßen Kratzper als ersten von den benannten vorwesern belehnten Altaristen" in zwei Fristen zugewiesen. Die damit verbundene Meßstiftung ist vom Naumburger Bischof bestätigt worden.(9)

Hierdurch wird zwar unzweideutig belegt, daß der Altar der Tuchknappen bereits 1472 existierte und eine personelle und materielle Ausstattung erfuhr, doch bleiben viele Fragen offen, deren Antworten die Verbindung zu den Festlegungen des Naumburger Bischofs Heinrich herstellen würden, denn dieser bestätigte den Knappenaltar zu St. Katharinen am 7. Februar 1475, und jenes Datum ist auch in die stadtgeschichtliche Literatur eingegangen.

Der Urkundentext nimmt darauf Bezug, daß die Vorsteher, Regierer und Altarleute "der zcunfft der wollenweber in der Stadt Czwickaw (...) von iren vnd under einander gesammelten almosen (...) etzliche jerliche zcinße vnd gulde forderlich bey den vorsichtigen Rathmannen vnd gemeyne der Stat Eger zcwenzig vnd bey den Rathmannen vnd gemeyne der Stadt Grymme fünffczehen Reinische gülden gekauft" haben, womit ein geistliches Leben zu St. Katharinen nebst einer "bequemen behawsung zcu demselbigen" eingerichtet wurde.(10) Emil Herzog und andere Autoren verweisen darauf, daß an diesem Altar eine Fraternitas Corporis Christi entstanden sei. Während aber er, Max Mueller und Hermann Klotz betonen, der Altar sei eigens "für die Knappen, Spinnerinnen und Kreppler des (...) Tuchmacherhandwerks" geschaffen worden, "d e s s e n (hervorgehoben von mir - H. B.) Genossen zu diesem Zwecke zu einem besonderen religiösen Verein" zusammengefunden hätten,(11) und Emil Fa-

7 Bräuer, Helmut, Gesellen im sächsischen Zunfthandwerk des 15. und 16. Jahrhunderts, Weimar 1989, S. 108 - 128.

8 Vgl. dazu Gurjewitsch, Aaron J., Das Weltbild des mittelalterlichen Menschen, Dresden 1983, S. 234 - 238.

9 StadtA Zwickau, III d Nr. 15, Copialbuch III, Bl.- 93 - 94 b; Zwickauer Urkundenbuch III, masch., Nr. 538; Okresní archiv Cheb, Urkunde Nr. 746.

10 StadtA Zwickau, Kalandarchiv, 5 nr. 23. - Druck bei Herzog, Bd. 2, S. 910 - 912.

11 Herzog, Bd. 1, S. 121; Mueller, S. 30 f.; Sächsische Kirchengalerie. Ephorie Zwickau, Red. Hermann Klotz, Leipzig 1902, Sp. 120.



bian formuliert, daß die Fronleichnambruderschaft - eine von sieben, die es vor der Reformation in Zwickau gab - "aus lauter Tuchmachern" bestand,(12) definiert Herbert Friedrich diese Korporation von Anfang an expressis verbis als Gesellenbruderschaft "der Tuch- und Wollknappen".(13) Siegfried Hoyer schreibt neuerdings, daß 1475 "die Meister der Tuchmacherzunft für die Knappen" den bewußten Altar gestiftet und die "Besucher des Knappenaltars ... wohl bald danach die Fronleichnambruderschaft" gebildet hätten.(14)

Zurückhaltender meint Otto Clemen, die Bruderschaft habe sich "in der Hauptsache aus Tuchknappen" rekrutiert.(15)

In der Tat löst der Urkundentext von 1475 diese wesentliche sozialgeschichtliche Frage nur partiell, indem auf die "zcunfft" als Stifter sowie darauf verwiesen wird, daß alle wahrhaft bußbereiten Menschen beiderlei Geschlechts, "welchs stands, grads, ordens ader art sy sein", der Gnade eines vierzigtägigen Ablasses teilhaftig würden, sofern sie "der messe des heiligen leichnams vnd zcutragung des Sacraments wochenlich am dornstage bey sein vnd bornende lichte tragen ader sunst andechtiglich beten".(16)

Eine Stiftung von 25 Gulden für Brot und Wein ging dem Altar am 10. Februar 1475 von Nikolaus Fogeler und Mattes von Dresden, den Kirchvorstehern zu St. Katharinen, zu,(17) und 1500 verschrieb der Erfurter Rat den ehrsamem Thomas Hertel und Nickel Schicker - "die Zeyt vorsteher der Bruderschaafft der wulweber knappen zw sant katherin" - einen jährlichen Zins von 18 fl. rh.(18)

Während 1520 der Rat zu Eger die von Nickel und Georg Funkel gestiftete Hauptsumme aufkündigte,(19) Nickel Sack auf Geilsdorf aber zwei Monate später mit gleicher Summe - 400 fl. Hauptsumme, 20 fl. Zins - eintrat,(20) scheint zuvor, nämlich kurz nach der Jahrhundertwende, die Bruderschaftssituation recht prekär gewesen zu sein. Diesem Umstand verdanken wir wichtige Informationen zur sozialen Trägerschaft der Korporation.

Die Konfirmationsurkunde Bischofs Heinrich von Naumburg (1475) hatte die Offenheit für alle ausgewiesen, und dieser Aspekt findet seine Präzisierung in einem Schreiben des Zwickauer Rates an den Naumburger Bischof vom 29. September 1509, in dem es heißt: "Es haben etwo lenger dan vor dreysig Jaren dy samlung der tuchknappen vnd kemeryn durch yre fur arbeit sambt zuthun vnd milter hinreychungh ander frome leutte ßovil zu same brachtt, das sie yren, yrer vorfarn vnd nachkomme

12 Fabian, Emil, Die Zwickauer Schulbruderschaft (Fraternitas scholarium), in: Mitteilungen des Altertumsvereins für Zwickau, H. 3, 1891, S. 51.

13 Friedrich, Herbert, Das Armen- und Fürsorgewesen in Zwickau bis zur Einführung der Reformation, Diss., Würzburg 1934, S. 93.

14 Hoyer, Die Zwickauer Storchianer, S. 64. - Die Anzahl der Bruderschaften wird hier bei Bezug auf Fabian, S. 51, mit 8 statt 7 angegeben.

15 Clemen, Otto, Aktenstücke aus dem Zwickauer Ratsarchiv, in: Beiträge zur sächsischen Kirchengeschichte, Leipzig, Bd. 20, 1907, S. 253.

16 Vgl. Anm. 10.

17 StadtA Zwickau, Kalandarchiv, 5 nr. 25.

18 Ebenda, 1 nr. 7. - Seit 1509 hat allerdings der Rat nicht mehr gezahlt, so daß bis 1517 immerhin 135 fl Zinsschulden aufgelaufen waren.

19 Ebenda, A x A III 26 nr. 2<sup>d</sup>, Briefe 1516 - 1520, Stück Nr. 16. - Der Rat hatte erhebliche Sorge, wie er die Summe von 400 fl wieder sicher nach Zwickau bringen könne. Vgl. ebenda, Ratsprotokolle (RP) 1519 - 1520, Bl. 25 b, 28, 30, 31.

20 Ebenda, Kalandarchiv, 7 nr. 23 u. 7 nr. 27.

zelen zu hayl vnd trost eyner altar lehen zu sancto katherinen bey vns zu der Ehre gottis vnd seines heyligen warnleichnams etc. loblich gestift vnd vffgericht."(21)

Etabliert wurde demnach die Bruderschaft durch lohnabhängige unmittelbare Produzenten, denen Angehörige des Besitzbürgertums zur Seite standen. Der Rat als Kolator trug nun offenbar die Beschwerden des Hauptteiles der Bruderschaft dem Bischof vor, als er im oben genannten Schreiben betonte, die willkürliche Handhabung der Predigtspflichten widerspreche dem Willen der Stifter, zumal "dy bmeit samlung der knappschaft etc. als arme arbeitler sich des morgens zu der kirchen halten vnd vber den tag arbeiten müssen", so daß sich der Prediger entsprechend einzurichten habe.(22)

Neuerliche Klagen wurden laut. 1511 waren die Viergesellen der Bruderschaft beim Rat vorstellig geworden; der aber wünschte für die beabsichtigte Intervention beim Naumburger Bischof einen schriftlichen Bericht. In diesem vom 3. juni 1511 datierten Schreiben ist zu lesen: Die Bruderschaft nehme in ihrem Einkommen von jahr zu jahr ab, so daß der Gottesdienst und andere Notdurft der Knappen dadurch gemindert würden. Man möge ihnen erlauben, pro Quartal von den Knappen 3 Pfennige einzusammeln, "vmbe erhaltung des altars vnd bruderschaft, vnd so vns solchs noch gelassen, vorhoffen wir mit der zeit vormittels gottlicher hulffe der bruderschaft zw gutt auch Ein Haus zw kauffen, darinne ein itzlicher armer vorlassener knappe vom meyster vnd meysteryne in der zeit der regirung der pest vnd ander jemerlichen gottis straffung sich enthalten mochte, biß zw besserung ihrer krankheyt nach dem willen gottes, vff das wir arme gesellen oberurt bruderschaft nit also erbarmlich voracht vnd vorstossen mochtten werden", wie es jetzt geschieht und ohne Sakramente sterben oder andere Verkürzungen an Leib und Seele erdulden müssen. Zugleich bat man um die Rückgabe des Handwerksfährleins, dessen Fehlen in den Augen anderer Handwerke schimpflich sei; auch die eigenen Gesellen würden dadurch wieder fester an die Bruderschaft gebunden werden können.(23)

Die Quelle läßt ohne Schwierigkeiten den Schluß zu, daß innerhalb der Fraternitas Corporis Christi die Tuchknappen profilbestimmend (geworden?) waren. Immerhin ist 1519 in einem Ratsprotokoll von "Der knappen adder des heyligen Wahrleichnams bruderschaft" die Rede.(24) In diesem Zusammenhang muß man es auch als völlig verständlich ansehen, wenn verschiedene funktionale Bereiche der Bruderschaft eine feste gemeinsame Verwurzelung besaßen. Zwischen religiös-kirchlichen Aufgaben und karitativen Zielstellungen hatte sich eine unauflösbare Einheit gebildet: Seelenheil und Siechhausplan erwiesen sich als zwei Seiten einer Sache, nur müssen sie jetzt unter dem Aspekt der Aufforderung an die Gemeinschaft zur kollektiven Handlung gesehen werden, und auch darin ist ein Prinzip doppelter Aktivitätsmotivation verborgen. Einerseits galt die in Aussicht genommene finanzielle Leistung aller Mitglieder dem einzelnen, dem anderen, dem von Krankheit Betroffenen. Der aber war anonym, doch die Gefahr, von der Krankheit berührt zu werden, bestand für jeden. Insofern war Fürsorge auch Vorsorge. Doch die individuelle Teilnahme an den kollek

21 Ebenda, III x 3, Konzeptbuch 1508 - 1516, Bl. 43.

22 Prediger Wolf Meinhard hat die Stelle bis zur Reformation verwaltet. Vgl. Kalandarchiv 2 nr. 3, Einkommen etc. 1528, Bl. 32: Corpus Christi. Senatus habet conferre. Possessor Er Wolf Meinhardt - 20 fl Bey Nickel Sack, 16 fl zu Erfurd, 2 1/2 fl Burgermeister Bernsprungk, 2 1/2 fl Er Philip Schaufuß (= 41 fl Einkommen). Hat ein Heußlein auffm kirchofe zu S. Catharin, darinne itzo der Possessor. - Zu Wolf Meinhardt vgl. Buchwald, Georg, Die letzten Altaristen der Stadt Zwickau, in: Beiträge zur sächsischen Kirchengeschichte, Bd. 39, 1930, S. 1 - 12.

23 StadtA Zwickau, A x A III 26 nr. 2<sup>c</sup>, Briefe 1511 - 1515, Stück Nr. 3. - Druck bei Clemen, S. 253 - 258; vgl. auch Hoyer, Die Zwickauer Storchianer, S. 62.

24 StadtA Zwickau, RP 1518 - 1519, Bl. 91.

iven guten Werken wär für jedes Mitgliedieder Fraternitas wünschenswert, denn sie vervielfachte die Resultate, und aus der Mitwirkung erwuchs Heilsgewißheit.

Es ist daher absurd, aus dieser Suche nach neuen Betätigungsformen der Korporation "Blüten (...) an einem nicht mehr recht lebenskräftigen Stamm" herausdeuten zu wollen, wie das Anne-Rose Fröhlich tat.(25)

Allerdings dauerte es bis 1516, ehe sich der Rat entschloß, dem Tuchmacherhandwerk die Erlaubnis zum Erwerb eines Gartens bei St. Moritz, verbunden mit Geschößfreiheit, zu erteilen, damit die Tuchmacher dort ein "hawß fur yr krankg gesinde bawhen mogen", (26) dem dann 1520 ein Erweiterungs- oder Anbau folgte.(27) Daß diese Einrichtungen der Innung indessen in Zeiten besonderer Beanspruchung gar nicht den Bedürfnissen entsprachen, ist 1529 von Pfarrer Nikolaus Hausmann in einer Denkschrift an den Rat mit scharfen kritischen Worten dargelegt worden: Was nützen allein Häuser, in die man nichts hineinstellte? Zu "kranken gehoret speis und drank,/ arznei und labsal, das wirt nicht mit wenig mugen / ausgericht werden."(28)

Neuerliche Anstrengungen, das Siechenhausproblem zu lösen, gab es dann nach dem Schmalkaldischen Krieg;(29) ob sie erfolgreich waren, ist allerdings nicht ersichtlich.

In den Jahren besonders heftiger gesellschaftlicher Spannungen, in denen im Zusammenhang mit der Tätigkeit Thomas Müntzers auch die Knappenorganisation in die sozialpolitischen und ideologischen Auseinandersetzungen eingriff,(30) wurden die Bemühungen um eine gewisse soziale Absicherung der Knappen und Kämmerinnen in Krankheitsperioden oder bei anderweitigem Verdienstausschlag fortgeführt. Auch hier begegnet wieder der Kompromiß zwischen Meistern und Hilfskräften, wie das bei der Schaffung des Siechhauses schon deutlich wurde, denn beide Seiten hatten an der Lösung dieses wichtigen sozialen Anliegens natürlich ein unbestreitbares Interesse. Schließlich trat der Rat der Stadt als dritter Partner hinzu, der in kritischer Zeit sein politisches Gewicht einbringen und es durch Oberaufsicht stabilisieren konnte, ohne daß er sich an den finanziellen Aufwendungen zu beteiligen brauchte. Und so verwundert es nicht, wenn in der Ratssitzung am 18. Januar 1521 die (unbekannt bleibenden) Tuchmacherforderungen strikt zurückgewiesen werden - "vßgeschlossen den letztern artickell dy knappen belangend, alle acht adder vrtzehen tagen eynen pfennigk dem meister innenzulaßen vnd do durch ayne furradt zuvorsamen, krangken knappen vnd kemmerin in nöthen do mitte zu hulffe zu kommen."(31)

25 Fröhlich, Anne-Rose, Die Einführung der Reformation in Zwickau, in: Mitteilungen des Altertumsvereins für Zwickau, H. 12, 1919, S. 5.

26 StadtA Zwickau, 1516

26 StadtA Zwickau, RP 1516 - 1517, Bl. 9; Friedrich, S. 6, 9, 51. - Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Entscheidung des Rates im Zusammenhang mit der Huldigungsverweigerung der Bürgerschaft stand.

27 StadtA Zwickau, RP 1520 - 1521, Bl. 2 b.

28 Groß, Reiner, Eine Denkschrift des Pfarrers Nikolaus Hausmann an den Rat zu Zwickau von Ende 1529, in: Regionalgeschichtliche Beiträge aus dem Bezirk Karl-Marx-Stadt, H. 4, 1982, S. 63.

29 StadtA Zwickau, RP 1547, Bl. 47 b.

30 Vgl. dazu Bräuer, Helmut, Gesellenstreiks in Sachsen im Zeitalter der frühbürgerlichen Revolution, in: Jahrbuch für Regionalgeschichte, Bd. 14, 1987.

31 StadtA Zwickau, RP 1520 - 1521, Bl. 17 b. - Ausdrücklich betonte aber der Rat, daß das nur mit entsprechender Zustimmung der Knappen erfolgen solle.

Für längere Zeit schweigt nun die Überlieferung. Mit der Einrichtung des Gemeinen Kastens sind offenbar bestimmte Härtefälle aufgefangen worden, ohne daß das bei dem zahlenmäßigen Gewicht der Knappen und Kämmerinnen eine Dauerlösung hätte sein können. Das Ratsprotokoll vom 14. November 1534 unterstreicht die Aktivität der beiden lohnabhängigen Produzentengruppen, die sich zu einer wöchentlichen Abgabe entschlossen hatten; es läßt jedoch auch das Aufatmen des Rates ahnen, der bald die durch Knappen und Kämmerinnen entstehenden Belastungen vom Gemeinen Kasten abzuwenden hoffte.(32) In den nachfolgenden Wochen ist dann die Knappen- und Kämmerinnenkasse eingerichtet worden, doch gab es bei etlichen Meistern und Tuchknappen Widerstand. Die mit der Almosenannahme beauftragten Vierknappen beschwerten sich beim Rat, der in der Sitzung am 8. Mai 1535 beschloß, gegen Widerspenstige strafend vorzugehen und außerdem zwei Meister aus den Vierundzwanzigern als Kontrollorgan einzusetzen.(33)

Nachdem sich der Rat beim Kurfürsten Rückendeckung geholt und auch die Zustimmung von Viermeistern und Vierundzwanzigern des Tuchmacherhandwerks erlangt hatte, wurde die Kassenregelung in die Tuchmacherordnung von 1536 aufgenommen. Es ist das jene Quelle, die erstmals umfassend über die organisatorischen Sachverhalte informiert(34): Wegen der großen Armut am Ort und der daraus resultierenden Zahlungsschwäche des Gemeinen Kastens wird vom Rat auf kurfürstlichen Befehl bestimmt, "das ein jeder Knappe, der alhie arbeitet, wöchentlich einen pfennig, vnd eine kemmerin einen heller einlegen sollen, von welchem die armen dürfftigen vnd nothleidenden vnder inen (doch so ferne dieselbigen sich redlich gehalten, nicht störrer, landtleuffer, vnd boß gesinde seint, mher auff's trincken, spilen, vnd dergleichen achtung vnd vleis geben, dann auff die arbeit.) in des handtwergs heusern zciemlich erhalten, vnd inen damitt in irer kranckheit vnd eussersten noth gedienet vnd zu hulfte gekommen werden." Zur Erfüllung dieses christlichen und löblichen Werkes wurden vier redliche und aufrichtige Gesellen "verordnet", die das von den Meistern einbehaltene Geld wöchentlich einsammelten. Sie und zwei Meister aus den Vierundzwanzigern waren - mit Wissen des Rates und der Viermeister - für Verwahrung und Auszahlung verantwortlich. Knappen und Kämmerinnen, die die Kasse nicht akzeptieren wollten, sollten am Ort keine Arbeit mehr erhalten.

Auf diesem Wege war eine Variante sozialer Sicherung gefunden, die unter Beibehaltung bestimmter struktureller Elemente von Selbstverwaltung den durch die Reformation geschaffenen Bedingungen gerecht wurde. Da die alten religiösen Voraussetzungen und kirchlichen Organisationsformen keine Tragfähigkeit mehr besaßen, das soziale Problem der Bedürftigkeit jedoch immer brisanter hervortrat, ohne daß das Institut des Gemeinen Kastens langfristig und wirksam hätte Abhilfe schaffen können, entstand eine auf Selbsthilfe basierende Unterstützungskasse zur Linderung besonders drastischer Notfälle.

Ihr ideelles Prinzip war die christliche Nächstenliebe, wobei es mit Quellen nicht zu belegen ist, ob sich die gesamte Hilfs- und Unterstützungsmotivation der Knappen und Kämmerinnen bereits auf die neuen geistigen Verhältnisse eingestellt hatte. Man wird es auch nicht ausschließen können, daß der Stolz, dem so traditionsreichen und ökonomisch gewichtigen Zwickauer Tuchmacherhandwerk anzugehören und hier an der Durchsetzung einer solchen Kassenregelung beteiligt gewesen zu sein, im Denken der Knappen und Kämmerinnen eine Rolle gespielt hat, denn ohne Zweifel erhöhte sich dadurch deren gesellschaftliches Ansehen unter ihresgleichen im westsächsischen Raum. In Chemnitz zumindest hielt man das System für so brauchbar, daß 1558 der

32 Ebenda, RP 1534, Bl. 12.

33 Ebenda, RP 1535, Bl. 44.

34 Ebenda, X 49 122, Tuchmacherordnung 1536, Bl. 51 f.

Rat erlaubte, eine "Ordnung vnder den knappen vnd kemmerin" zu machen, die dem Zwickauer Vorbild entsprach.(35)

Aufsichts- und Regulierungsaufgaben eigneten sich in beträchtlichem Umfang Rat und Zunftführung an, so daß die Kasse durchaus bestimmte Disziplinierungsfunktionen ausüben konnte, was um so schwerer wog, als die finanziellen Mittel ausschließlich durch die Beiträge der Arbeitskräfte aufgebracht wurden. Das bedeutete für jene, die durch meisterliche Willkür keine Unterstützung im Krankheits- oder Altersfall erhielten, objektiv eine Lohnminderung, der sie nur auszuweichen vermochten, wenn sie den Ort verließen.

Ein aktiver Anteil der Kämmerinnen - etwa in Gestalt von Funktionen - ist nicht zu beobachten.

In den engen Grenzen, die ein Kompromiß solcher Art zieht, war das Zustandekommen der Kasse ein Erfolg der Knappen und Kämmerinnen, weil sie eigene soziale, ethische und religiöse Zielvorstellungen in die Praxis umgesetzt haben. Das System enthielt zugleich wesentliche Bestandteile späterer sozialer Kassen und Unterstützungseinrichtungen. Ohne den Begriff der Kontinuität bemühen zu wollen, wird man doch sagen können, daß es eine geschichtlich bedeutsame Musterfunktion gehabt hat.

Wenn sich der Rat die Oberaufsicht über die Kasse sicherte, so geschah das im Rahmen seines Kontrollanspruchs gegenüber Gewerbeangelegenheiten, vor allem denen des wichtigsten Handwerkszweiges der Stadt, denn hier waren die sozialen Gegensätze zwischen Meistern und Hilfskräften am schärfsten ausgeprägt, so daß dieser Umstand eine zusätzliche Legitimierung der Ratsaktivitäten darstellte.

Die Quelle deckt inhaltlich einen Zeitraum vom November 1536 bis September 1542, allerdings nicht vollständig, ab. Sie stellt die vom Rat veranlaßte Zusammenfassung der gefertigten Belegpapiere dar, die in das "Register hierein vortzeichnet vnd vbergeschrieben" wurden, d. h., die Niederschrift des ersten Stückes begann am 3. September 1538; man hat hier zunächst die zeitlich zurückliegenden Informationen aufgenommen.(36) Dann wurde das Register periodisch weitergeführt und ist für die Zeiträume von Ostern bis Michaelis 1538, November 1538 bis Oktober 1539, Oktober 1539 bis September 1540 sowie September 1541 bis September 1542 - insgesamt also in 5 Teilen - überliefert.

Einnahmen und Ausgaben sind - der Entwicklung des Zwickauer Kanzleiwesens entsprechend(37) - getrennt aufgeführt und innerhalb beider Rubriken chronologisch geordnet. Als sachfern wird man die beiden Inventare der Ausstattung des Tuchmacherhauses zu bezeichnen haben.(38) Das Register wurde von mehreren Schreibern, offenbar aber nicht den verordneten Einnehmern und Ausgebern, gefertigt. Als Rats-

35 StadtA Karl-Marx-Stadt, III VII<sup>b</sup> 3, Bl. 123<sup>b</sup> f.; Bräuer, Helmut, Die Stadtbevölkerung von Chemnitz zwischen 1450 und 1600. Untersuchungen zu ihrer Struktur, Karl-Marx-Stadt 1978, S. 39.

36 StadtA Zwickau, X 49 135, Stück 1536/1538, Titelblatt u. Bl. 1.

37 Steinmüller, Karl, Die Zwickauer Stadtschreiberei von 1526 bis 1546, in: Wissenschaftliche Zeitschrift des Pädagogischen Instituts Zwickau. Gesellschafts- u. sprachwiss. Reihe, 41/1968, S. 58 - 84; Brod, Carl, Rat und Beamte der kurfürstlichen Stadt Zwickau 1485 - 1547. Ein Beitrag zur Verwaltungsgeschichte, Zwickau 1927, bes. S. 12 f.

38 StadtA Zwickau, X 49 135, Stück 1538/39, Bl. 20, Stück 1539/40, Bl. 18.

beauftragte, deren Aufgabe in der Kontrolle der Viergesellenrechnung gesehen werden muß, nennt die Quelle(39):

- a) 1536: Matz Risch(40)
- b) 1536 - 1538: Peter Passeck(41)
- c) Ostern bis Michaelis 1538: Matz Risch und Hans Künel(42)
- d) 1538 - 1539: keine Angaben
- e) 1539 - 1540: Martin Pütze (Pützsch) und Urban Paul(43)
- f) 1541 - 1542: keine Angaben.

Von den Viergesellen scheinen indessen nur provisorische Aufzeichnungen vorgenommen worden zu sein, denn es werden in der Rechnung Schreiber bzw. schreibende Schüler genannt; außerdem kauften die Gesellen für 1 1/2 Groschen Papier und Schreibzeug.(44)

Die Viergesellen haben in sog. Umgängen die durch die Meister vom Knappen- und Kämmerinnenlohn abgezogenen und einbehaltenen Gelder eingesammelt.

I	6.	1.	1537 - 28.	2.	1538	9 Umgänge = 55 fl 17 gr 10 d
II	4.	4.	1538 - 3.	10.	1538	5 Umgänge = 33 fl 1 gr 6 d
III	21.	11.	1538 - 11.	9.	1539	8 Umgänge = 46 fl 15 gr 4 d
IV	22.	10.	1539 - Sept.		1540	9 Umgänge = 39 fl 14 gr 10 d
V	10.	11.	1541 - 7.	9.	1542	8 Umgänge = 33 fl 16 gr 7 d 1 h.

Vom Juli 1538 bis zum Februar 1539 wurden sie von einem Schützen begleitet, der mit 1 1/2 Groschen besoldet werden mußte.(45)

Im März 1538 taucht erstmals ein Rechnungsbetrag von 1 Groschen "den viergesellen zu pier vber irer gethaner Rechnung" auf,(46) und im darauffolgenden Jahr leiten die Viergesellen daraus die Gewohnheit des Essens und Trinkens bei jedem Umgang ab. Die dafür ausgegebenen Gelder waren recht erheblich. Im Rechnungsjahr 1539/40 schwankten sie bei 9 Umgängen zwischen 10 % und 14,47 % der eingesammelten Beträge; beim 9. Umgang betrugen sie z. B. 13 Groschen (= 13,4 % der Einnahmen). Das entsprach etwa 31 Pfund Rindfleisch.(47)

39 Nachfolgend werden die Teile des Registers wie folgt zitiert: 1536 - 1538 = I; Ostern bis Michaelis 1538 = II; 1538/39 = III; 1539/40 = IV; 1541/42 = V.

40 I, Bl. 1; A x A II 17 nr. 19 a, Türkensteuerregister (TSR) 1531, Bl. 88: Tuchmachermeister, Hausbesitzer, 330 fl, 1 Knappe, 1 Kämmerin.

41 I, Bl. 1; A x A II 16 nr. 11, TSR 1542, Bl. 149: Tuchmachermeister, Haus- und Kellerbesitzer, 800 fl, 2 Knappen, 2 Kämmerinnen.

42 II, Bl. 1; Hans Künel vgl. TSR 1542, Bl. 9: Tuchmachermeister und Tuchhändler, Haus- und Kellerbesitz, 750 fl.

43 IV, Bl. 1 b; Martin Pützsch vgl. TSR 1542, Bl. 120: Tuchmachermeister, Hausbesitzer, 280 fl, 2 Knappen, 1 Kämmerin und 1 Dienstmagd; Urban Paul vgl. ebenda, Bl. 123: Tuchmachermeister, Hausbesitzer, 60 fl, 2 Knappen, 1 Kämmerin.

44 I, Bl. 2, 4, 7, 12, 14, 17, 21 b; II, Bl. 9, 10; III, Bl. 6 b, 8 b, 9 b, 10 b, 13, 15, 16 b; IV, Bl. 4, 4 b; V, Bl. 3 b. - Als Schreiber werden namentlich die Tuchmacher Nickel jhan (TSR 1542, Bl. 157: Hausbesitzer, 400 fl, 1 Knappe, 1 Kämmerin) und Hans Hausmann (TSR 1531, Bl. 57: Hausbesitzer, 90 fl) erwähnt.

45 II, Bl. 5 b, 7, 8 b; III, Bl. 2 b, 6.

46 I, Bl. 22.

47 StadtA Zwickau, RP 1540/41, Bl. 3: 1540 - 1 Pfund bestes Rindfleisch = 5 d; Schöps = 5 d; bestes Kuhfleisch = 9 h; Schafffleisch = 9 h; Kalb = 4 d; ebenda, Bl. 11 b: Gemästeter Ochse = 7 d.

Den Charakter von Kollektivausgaben besaßen jene Summen, die für die Ausstattung des Gesellenspitals, des sog. Meisterhauses, bestimmt waren. Dabei handelte es sich um Bettstroh(48), Holz(49), Küchengeschirr(50), Badegerätschaften(51), Mobiliar(52), Baumaterial(53) sowie um verschiedene Arbeitsleistungen an und in diesem Gebäude und seinen Einrichtungsgegenständen(54).

Den Kranken im Meisterhaus kauften die Knappen für 17 Groschen Leinwand, die zu Tüchern verarbeitet wurde.(55) Ab und an stellten sie auch kleine Beträge für Lebensmittel bereit: 2 1/2 Groschen "vor weyß wrodt den armen leuten in der meister hauß" und 16 Groschen für "zwickeln vnd Möhren".(56)

Die beiden Inventare erlauben einen partiellen Einblick in die Ausstattung dieses Hauses, wobei die Rechnung nicht erkennen läßt, ob Meister oder Gesellen den ursprünglichen Erwerb der Stücke finanziert haben.

"Item whaß vor farende habe vnd hauß geredt vorhanden in der meister hauß ist (1538/39)

iii new pette mit Zcichen vnd Inlett

xiii gemeine pette mit Zcichen vnd Inlett vnd ein pose pett

iiii pette pffhuel mit Zcichen

iiii gute kussenn

iii geringe kussen mit Zcichenn

vi neue tucher

iii gemeine tucher

ein almen

zwo kisten

zwo Ladenn

zwey kestlen

ein schlae faß

ein spinradt

ein tisch

ein holz ax."(57)

Die Korporationskasse beteiligte sich an Bergwerksspekulationen. Sie hatte einen Kux aus dem Schneeberger Revier erworben, für den 1537: 16 Groschen, 1538: 45 Groschen 6 Pfennige, 1539: 36 Groschen, 1540: 57 Groschen und 1541/42: 73 Groschen - insgesamt 10 fl 17 1/2 gr - an Zubeße aufgewandt werden mußten.(58) Gewinne verzeichnete die Rechnung indessen nicht.

48 I, Bl. 13; II, Bl. 3.

49 I, Bl. 14, 19 b; III, Bl. 3 b, 7 b, 17 b; IV, Bl. 8, V, Bl. 5 b.

50 I, Bl. 16 b; II, Bl. 10; V, Bl. 3 b, 6.

51 I, Bl. 20 b; III, Bl. 4 b.

52 III, Bl. 4 b, 13.

53 III, Bl. 17 b.

54 I, Bl. 14, 20, 21 b; II, Bl. 2, 10; III, Bl. 17, 17 b; IV, Bl. 14 b; V, Bl. 3, 7. - III, Bl. 8: 16 gr "dem tischer vor eine laden", 11 1/2 gr "dem schlosser vor ein schloß vnd pender, damit dise lade zu beschlaen".

55 I, Bl. 17 f.

56 I, Bl. 17 b; IV, Bl. 15 b.

57 III, Bl. 20 b. - Bis 1539/40 hatte sich dieser Inventarbestand nicht verändert. Vgl. V, Bl. 18.

58 I, Bl. 4, 6 b, 10 b, 20 b; II, Bl. 10; III, Bl. 5 b, 9, 14 b; IV, Bl. 10; V, Bl. 10.

Auch der Geldverleih in sehr kleinen Beträgen verdient Erwähnung, wie er im Kas-  
senwesen der Gesellenkorporationen üblich war:

2 Gulden wurden z. B. 1539 dem Hausgenossen Anthonius Salzbrunner geliehen, von  
denen er bis 1542 1 Gulden und 2 Groschen zurückzahlte,(59) während Albert Neu-  
bauer aus Hof, der 1 Gulden geliehen hatte, vor der Rückzahlung ums Leben kam.(60)  
Mehrfach sind ausgeliehene Groschenbeträge verzeichnet.(61) Die Darlehensnehmer  
waren in der Regel Knappen.

Eine wichtige Hilfe stellte für die Betroffenen die Übernahme finanzieller Aufwen-  
dungen für medizinische Leistungen dar - z. B. wenn der Barbier oder der Arzt be-  
zahlt werden mußte, Medizin nötig wurde, ein kranker Knappe ins Warmbad Wolken-  
stein ziehen wollte, um sich dort heilen zu lassen oder wenn die Überführung einer  
Kämmerin ins städtische Spital nötig war. In solchen Fällen erwiesen sich die Aus-  
gaben der Kasse als relativ hoch.(62)

Schließlich trat die Kasse - in Anlehnung an den bedeutsamen Komplex religiös-  
kirchlicher Funktionen der Gesellenorganisationen und des Bruderschaftswesens -  
auch bei Todesfällen in Erscheinung. Einesteils wurde nur die Begräbnisleistung ge-  
tragen,(63) anderenteils erfolgte eine Erweiterung auf das Läuten der Glocke und  
die Beschaffung des Leichentuches.(64) Verschiedentlich scheint die Kasse hier nicht  
beansprucht worden zu sein, wie es die Beispiele der alten Ungerin und der Käm-  
merin Walpurga andeuten, die 1538 bzw. 1540 beide im Meisterhaus gestorben  
sind und zu St. Katharinen begraben wurden.(65) Das Register bietet allerdings kei-  
nen Anhaltspunkt dafür, worin die Ursache für diese differenzierte Behandlung der  
Todesfälle gesucht werden muß. Möglich wäre, daß der entsprechende Aufwand durch  
die persönlichen Ersparnisse des Verstorbenen oder durch Verwandte und Bekannte  
gedeckt wurde. Als beispielsweise am 14. August 1538 die alte Osannin (Osann, Osan-  
na), eine Kämmerin, verstarb und zu St. Katharinen bestattet wurde, verzeichnet  
die Kassenrechnung nur 1 Groschen "leutgelt", doch unter den Einnahmen ist ver-  
merkt: "23 g hat die alte Osanna beschieden der knappschaft".(66)

Die Hauptleistung der Unterstützungskasse bestand aber in der finanziellen Hilfe für  
einzelne Knappen und Kämmerinnen sowie andere Hilfskräfte des Zwickauer Tuch-  
macherhandwerks, die in Zeiten der persönlichen Bedürftigkeit oder der Not aus dem

59 III, Bl. 20; V, Bl. 1 b; TSR 1542, Bl. 71.

60 V, Bl. 1 b.

61 II, Bl. 9 b u. ö.

62 II, Bl. 4: 2 gr "dem Wolff von porckhaußen tzw salbe". II, Bl. 6 b: 7 gr "dem  
palbirer gegeben von wegen der margareten". II, Bl. 8 b: 2 1/2 alte Schock "für  
die alte Margareta gegeben, das man sie hat tzw dem hailligen geist (kommuna-  
les Spital - H. B.) angenommen". III, Bl. 6: 8 d "eynem krankken knappen hatt  
inß warme padt Zcihen wollen". III, Bl. 15: 1 fl "dem artzt im franzoser hause,  
welcher die ameley geheilt hatt".

63 I, Bl. 8 b: 1 gr 3 d "von eynem knappen zu begraben"; Bl. 16 b: 1 gr "dem  
toden greber"; II, Bl. 7: 3 gr "von Caspar tzubegraben"; III, Bl. 7 b; IV, Bl. 12.

64 II, Bl. 5: 3 1/2 gr "wolff von porckhaußen tzubegraben lhon vnd zuleuten"; IV,  
Bl. 8: 15 d "dem toden gräber vnd tzu leuten von Barbara klausyn"; I, Bl. 8 b:  
1 gr "vom leucht".

65 StadtA Zwickau, Kaland 26 Nr. 3 (4), Katharinenkirche Zwickau, Kirchenregister  
1538 - 1539, Bl. 1; ebenda, Nr. 3 (6), Katharinenkirche Zwickau, Kirchenregister  
1540 - 1541, Bl. 1 b. - Für 2 weitere im Meisterhaus 1541 Verstorbene (ebenda,  
Nr. 3/6/, Bl. 4 b u. 5) fehlt zum Vergleich leider der entsprechende Teil des  
Knappenregisters.

66 Ebenda, Nr. 3 (3), Bl. 4 b; II, Bl. 7, Bl. 1 (Zitat).



kollektiv angesammelten Fonds einen Betrag zugewiesen erhielten, ohne daß die sonst bei Gesellenkassen übliche Rückzahlung gefordert worden wäre. Es handelte sich in diesem Zusammenhang also um ein System sozialer Sicherung bzw. Stützung, das nicht auf Darlehensbasis funktionierte, sondern von der Grundidee lebte, daß der Lohnabhängige ein bestimmtes Quantum seines aus der produktiven Tätigkeit im Handwerk stammenden Entgeltes nicht sofort ausgezahlt erhielt. Im Alters-, Krankheits- oder sonstigen Bedürfnisfalle konnte ihm ein Teil der aufgelaufenen Summe, aber auch über diese hinausreichend, portioniert ausgezahlt werden. Die Rechnung weist insgesamt 2 897 diesbezügliche Zahlungen aus. Da die Überlieferung keine lückenlose Zeitreihe bietet - hier macht sich das Fehlen des Jahrgangs von Michaelis 1540 bis zu Michaelis 1541 negativ bemerkbar -, dürfte der ausgezahlte Gesamtbetrag erheblich größer gewesen sein.

Der Mechanismus der Auszahlung kann nicht rekonstruiert werden; erkennbar ist lediglich die wochenweise Abrechnung. Die Höhe der Einzelbeträge pro Person schwankte zwischen 6 Pfennigen und 5 Groschen je Woche. Für das Jahr 1537 wurden bei 560 Auszahlungen an 88 Personen 942 1/2 Groschen (= 44 fl 18 1/2 gr) vergeben. Das entsprach einem Durchschnittsbetrag von 1,6 Groschen pro Woche und Person.

Für den gesamten Zeitraum von 1536 bis 1542 konnten 138 Männer und 104 Frauen (= 242 Personen) ermittelt werden, die unterstützt worden sind; diese Angabe ist um 4 bis 5 Kinder zu erweitern. Unter den Erwachsenen befanden sich 17 eindeutig als Ehepaare ausgewiesene Almosenempfänger, womit allerdings nicht die Anzahl aller tatsächlichen Ehepaare dieses Kreises abgedeckt ist. Ein Mann und neun Frauen wurden ausdrücklich als "alt" bezeichnet. Bei den wiederkehrenden Namen ist diese attributive Charakteristik allerdings nicht durchgängig. Der Anteil der tatsächlich alten Menschen kann demnach durchaus höher gelegen haben. Ähnlich ist der Sachverhalt der Krankheit zu bewerten. 25 Personen benennt die Quelle direkt als krank, wobei die Formulierung "1 gr der kranken Margaret"(67) eine Dauer- oder längerfristige Krankheit vermuten läßt, während die Eintragung "5 gr steffen von than, da er krank war"(68) auf kurzzeitige Erkrankung hindeutet. Neben diesen führt die Quelle vier Geschlechtskranke gesondert auf, jedoch ist auch ihre Anzahl möglicherweise höher, da z. B. die längere Zeit Unterstützung erhaltende Kämmerin Ameley nicht mit dem Zusatz "im Franzosenhaus" in der Rechnung genannt wird, wohl aber der Arzt im Franzosenhaus eine Abfindung bezog, weil er sie geheilt habe.(69) Bemerkenswert ist der Sachverhalt zumindest unter dem Aspekt, daß die Zwickauer Kasse auch diesem Personenkreis Unterstützung gewährte, der anderwärts davon ausgeschlossen blieb, wie etwa bei den Freiburger Gürtlergesellen, die all jenen nichts "auß der Gesellen Büchß" liehen, deren Krankheit von unehrlichen Weibern oder einer Schlägerei herrührte.(70) Angesichts der relativ hohen Anzahl weiblicher Hilfskräfte in der Textilproduktion der Stadt, der erheblichen Mobilität der Handwerker-gesellen, ihrer Schwierigkeiten, sich in der Zwickauer Tuchmacherei eine Meisterexistenz zu schaffen, und der häufig die Stadt berührenden Arbeitskräftebewegungen nach dem Schneeberger Bergbaurevier war hier eine Problemzone entstanden, in der außereheliche Sexualität sicher eine besondere Rolle spielte.(71) Das wird auch durch den Umstand hervorgehoben, daß allein an der Katharinenkirche zwischen Herbst

67 I, Bl. 5.

68 V, Bl. 9 b.

69 III, Bl. 15.

70 StadtA Freiberg, Ac. 30.5, Artikel der Gürtlergesellen zu Freiberg, 1563.

71 Karant-Nunn, Susan C., Continuity and Change: Some Effects of the Reformation on the Women of Zwickau, in: Sixteenth Century Journal, 2/1982, S. 17 -42, bes. 26 ff.

1536 und Frühjahr 1542 die Taufe von 28 unehelichen Kindern vorgenommen wurde, von denen 15 (= 53,5 %) eine Kämmerin zur Mutter hatten.(72)

Zu den Unterstützungsempfängern zählten neben Alten und Kranken auch körperlich Geschädigte; so nennt die Quelle den tauben Brosius, die hinkende Barbara, die hinkende Clausin und die blinde Vehmanin.

Ein Teil der Arbeits- und Erwerbsunfähigen hatte im innungseigenen Spital, dem Meisterhaus, seine Bleibe. Hier lassen sich 17 Männer und Frauen namentlich feststellen, doch zeigen die Eintragungen im Totenregister von St. Katharinen - es verstarb "die blinde Catharina in der meister haus dinstag nach Oculi /22. 3./ 1541"(73) -, daß der nicht mehr vorhandene Rechnungsband 1540 bis 1541 noch weitere Informationen dieser Art enthalten haben dürfte.

Unzweifelhaft erfolgte aber Krankenpflege auch im Hause des jeweiligen Meisters: 2 Groschen zahlte die Kasse 1538 "der krancken kemmerin bey Nickel grim".(74)

Versorgt wurden - den grundsätzlichen Erklärungen der Tuchmacherordnung von 1536 zufolge - Knappen und Kämmerinnen. Wenn im Falle Schellers, eines Wollefüllers,(75) eine Abweichung geschah, dann stellt sich die Frage, ob sich nicht auch unter den nur namentlich genannten Frauen Radspinnerinnen befanden, deren Anzahl in der Stadt fast die der Kämmerinnen erreichte.

Weitgehend undurchsichtig bleiben die Zahlungsprinzipien hinsichtlich der Unterstützungshöhe, -häufigkeit und -dauer. Betrachtet man diese Situation über das gesamte Kalenderjahr 1537, so ergeben sich einige wenige Anhaltspunkte, die durch Stichproben in anderen Jahren erhärtet werden können(76):

1. Eine Gruppe alter, offenbar nicht mehr arbeitsfähiger Knappen und Kämmerinnen (alte Eisenhutlin, alte Osann, alte Margaret, alte Else sowie Nickel von Gera, der taube Brosius) bezog nahezu regelmäßig einen wöchentlichen Satz von 1/2 bis 1 1/2 Groschen, der sich in Krankheitsfällen bis auf 2 Groschen erhöhte. Der Wollefüller Scheller wurde ähnlich kontinuierlich, aber im 14tägigen Abstand, mit 1/2 bis 1 Groschen unterstützt. Die geringe Höhe der Zahlung läßt zusätzliche Beschäftigung vermuten, wie das bei Wilhelm nachgewiesen werden kann, der als Wirt im Meisterhaus fungierte, aber Beträge zwischen 1 und 5 Groschen bezog.
2. Unterstützung in einem zeitlich begrenzten Raum erhielten u. a. Wolf von Gera, die Tutzpirin und ihr Mann, Wolf im Meisterhaus, Jorg Vischer von Braunau, Peter von Tanna, Hans von Dippoldiswalde, Simon Teufel oder Matz Götz, die durch vorübergehende Krankheit ihrer Arbeit nicht nachgehen konnten und auf entsprechende Geldzahlungen angewiesen waren. Die hier ausgegebenen Sätze lagen zwischen 1 und 4, vorrangig bei 2 bis 3 Groschen pro Woche. Bei Verletzungen wurde anscheinend die Zahlungshöhe dem Heilungsverlauf angepaßt. Am 12. August 1537 reichte die Kasse an "Phillip von kemnitz, der gehauen ist worden", zunächst 4 und in den nachfolgenden sechs Wochen 5, 4, 3, 2, 2 und 1 Groschen. Das abrupte Ende einer Zahlungsreihe mußte aber nicht mit Notwendigkeit die gesundheitliche Wiederherstellung, sondern konnte auch den Tod des Patienten anzeigen, ohne daß das aus der Rechnung hervorgeht, wie der Fall des Wolf von Gera erkennen läßt, der bis 21. Oktober 1537 mit 2-Groschen-Beträgen in der Rechnung fixiert ist und dessen Tod

72 StadtA Zwickau, Kaland 26 Nr. 3 (2), Bl. 7, 9 b; (3), Bl. 10, 12, 13 b, 15; (4), Bl. 6 b, 9 b, 10; (5), Bl. 7 b, 9; (6), Bl. 8, 10; (8), Bl. 9.

73 Ebenda, (6), Bl. 4 b.

74 I, Bl. 21.

75 I, Bl. 4 u. ö.

76 Auf Einzelbelege muß hier aus Raumgründen verzichtet werden. Vgl. insgesamt I, Bl. 3 b - 18.

nur das Sterberegister von St. Katharinen unter Donnerstag nach Martini (= 15. November) 1537 meldet.(77)

3. Ein- oder zweimalige Zahlungen - "2 gr dem krancken pemhen", 3 gr Friedrich von Plauen, "6 d eynem fremden knappen", "1 1/2 gr zweyen krancken kernerin in der meister hauß", 1 gr Jocoff von Erfurt, "1 gr eynem krancken meydelein in der herren haus" usw. - deuten auf kurzzeitige Aufenthalte von migrierten Arbeitskräften in der Stadt hin, die auf ihrer Wanderung von einer Gesundheitsschädigung betroffen wurden. Für andere, ähnliche Fälle - etwa Hans Vether 1 1/2 gr, Hans Maurer 3 mal je 1 gr usw. - vermag man keine stichhaltigen Zahlungsgründe zu erschließen.

4. In der Regel lagen die Unterstützungssätze der Kämmerinnen unter denen der Knappen; für das Jahr 1537 läßt sich ein Verhältnis von 1,31 zu 1,99 Groschen pro Person und Woche errechnen, obgleich auch an Kämmerinnen vereinzelt hohe Beiträge gezahlt worden sind, wie die Notierungen für Margarete von Görlitz mit 5, 4, 4 und 3 Groschen in einem Vierwochenzeitraum erkennen lassen.

Die Unterstützungsempfänger hielten sich zur Zeit der jeweiligen Auszahlung samt und sonders in der Stadt auf. Über die Dauer ihrer Tätigkeit kann indessen nichts ausgesagt werden. Es ist selbst schwierig, im Einzelfall zwischen Ortsgebundenen und Wandernden zu unterscheiden. Die geographischen Herkunftsnamen lassen aber doch Schlüsse mit Einschränkungen zu. Insgesamt kamen im Zeitraum 1536 bis 1542 66 Männer und 20 Frauen sowie in zwei Fällen Kinder aus anderen Orten:

Ortsbezeichnung	Frauen	Männer
Adorf	-	1
"Benick in Behem"	-	1
Braunau	-	2
Breslau	-	1
Brüx	-	1
Burghausen	-	1
Chemnitz	1	6
Crossen	-	3
Crimmitschau	3	2
Dippoldiswalde	-	1
Eger	1	-
Erfurt	1	1
Freiberg	-	2
Freiburg	-	1
Freistadt	-	2
Gera	1	4
Glauchau	1	1
Görlitz	1	1
(Großen-)hain	1	1
Hof	-	2
Komotau	-	1
Leipzig	1	1
Lucka (Schles.)	-	2
Meißen	-	1
Ostitz (Ostritz ?)	-	1
Pegau	1	-
Pfarrkirchen (?)	-	1
Pirna	-	2
Plauen	3	2
Rochlitz	-	1

Ortsbezeichnung	Frauen	Männer
Roda <sup>+</sup>	-	1
Roßwein	-	1
Salza	-	1
Schleiz	-	2
Schmölln	1	2 Kind
Stollberg	1	-
Tanna (Schleiz)	-	4
"vom perg" (?)	1	-
Werdau	2	2 Kinder
Zeitz	-	1
Zschopau	-	3

(+ Ohne weitere Angabe nicht eindeutig identifizierbar.)

Natürlich ist die Frage der historischen Bedeutsamkeit einer Kasse der in der kleinen gewerblichen Warenproduktion tätigen Lohnabhängigen nicht von ihrer Effizienz für diese Menschen zu trennen. Hier wird man die Feststellung machen müssen, daß sich die gezahlten Beträge - gemessen an der Kaufkraft in der ersten Hälfte des 16. Jh. - nur sehr bescheiden ausnahmen und es folglich schwer vorstellbar ist, wie mit diesen Mitteln der Lebensunterhalt unter den Bedingungen der Krankheit und des Alters bestritten werden konnte.

Wichtig erscheinen jedoch zwei Umstände, die es zu beachten gilt. Einerseits stellte die Verbindung von Geldzahlung und Unterbringung im Haus des jeweiligen Meisters bzw. im innungseigenen Haus oder den kommunalen Spitälern eine Kombination von Elementen der sozialen Sicherung dar, die wohl an traditionelle Vorbilder der Krankenpflege von Gesellen anknüpfte, doch hatte ihr Funktionsmechanismus durch die Reformation eine neue Richtung erhalten, indem der "Einkauf" in ein bruderschaftliches Sozialsystem wegfiel.<sup>(78)</sup> Es scheinen in Zwickau außerdem einige materielle und politische Vorbedingungen - ausgedrückt durch hohe Gestifte und intensiven Ratseinfluß auf das gesamte Armen- und Fürsorgewesen<sup>(79)</sup> - besonders günstig gewesen zu sein, dieses Entwicklungsstadium zu überwinden.

Mit der seit den 20er Jahren des 16. Jh. immer stärker einsetzenden Kommunalisierung des Spitalwesens traten finanzielle und organisatorische Probleme der Steuerung für den Rat auf, der folglich an einer partiellen Dezentralisierung nicht uninteressiert war, sofern sein prinzipieller politischer Einfluß unangetastet blieb. Das förderte die Bestrebungen der Handwerke, Schritte zur Entlastung der einzelnen Meisterhaushalte zu unternehmen, die vor allem durch die Zusammenfassung von kranken Hilfskräften in innungseigenen Häusern erreicht wurde.

Andererseits schuf der Aufschwung der Tuchproduktion seit dem letzten Drittel des 15. Jh. und die damit verbundene Zunahme der Hilfskräfte dieses Gewerbes in der Stadt die objektiven Voraussetzungen für ein spezielles Kassenwesen der Lohnabhängigen. Die Zuspitzung der sozialen Gegensätze in Stadt und Zunft hat diesen Vorgang beschleunigt.

78 Vockert, Richard, Das Baugewerbe in Leipzig vom 15. Jh. bis zur Gegenwart, Berlin/Stuttgart/Leipzig 1914, S. 11; Urkundenbuch der Stadt Chemnitz und ihrer Klöster, hg. v. Hubert Ermisch, Leipzig 1879, Nr. 494; Statuten der Chemnitzer Handwerksgelesen vom Ausgang des 15. bis zum Beginn des 17. Jh., eingel. u. bearb. v. Helmut Bräuer, Karl-Marx-Stadt 1979, S. 14, 38 - 43; Hofmann, Reinhold, Reformationsgeschichte der Stadt Pirna, in: Beiträge zur sächsischen Kirchengeschichte, Bd. 8, 1893, S. 23 f.

79 Friedrich, S. 14 ff., 28 ff.

Die Lösung der eingerichteten Kasse vom traditionellen Prinzip der Gesellengilden (80) schuf die notwendige Grundlage für eine stärkere Berücksichtigung der Altenversorgung - der materiellen Unterstützung jener also, von denen keine Rückzahlung mehr zu erwarten war. Zugleich erleichterte das die Lage der im Krankenstand befindlichen arbeitsfähigen Knappen und Kämmerinnen, für die der Tilgungsdruck bei Wiedergenesung entfiel.

Natürlich hatten diese Umstände liquide Gelder zur Vorbedingung; mit Auflagen, Strafbeträgen und Einschreibgebühren waren Schwankungen verbunden, die die Funktionsfähigkeit des Systems gefährdet hätten. Daher war die Einrichtung eines Pflichtsatzes, der zudem vom Lohn einbehalten wurde, eine notwendige Konsequenz. Trotz der dargelegten Einschränkungen des Einflusses der Hilfskräfte auf die Verfügbarkeit der Mittel, die sich aus zünftiger und stadträtlicher Kontrolle und Oberaufsicht ergaben, stellte diese Kassenform einen Fortschritt für die Lohnabhängigen dar, indem sie sie vor individuellen Abhängigkeiten von einzelnen Meistern schützte und die Frage des Unterstützungsanspruchs öffentlich formulierbar machte.

Das System funktionierte im wesentlichen auf der Basis einer faktischen "Übereinkunft" zwischen Rat, Zunft und Hilfskräften, wobei die letzteren die materielle Absicherung zu gewährleisten hatten. Es war dies aber ein erster Schritt zur Trennung von der Unterstützungsform des mittelalterlichen Almosens.

- 2.7. Ergänzungen zu Davius' "Negativ"
- 2.8. Motivationen zur Reduzierung großer Vermögen
- 2.9. Ökonomische Gründe der Vermögensschmälerung?
- 2.10. Konkurrenzkampf im mittelalterlichen Handwerk
- 2.11. Die "Fluchtaffen"
- 2.12. Instabilität des Reichtums und der Vermögensseite
- 2.13. Ausblick ins 3. Jh. v. u.

#### 4. "Außenökonomische" Entstehung von "Lohnverhältnissen" im alten Athen

Nahelgemäß kann angenommen werden, was bereits vorhanden ist, dass also in der städtischen Gesellschaft die Arbeit der "Produktion" herrschte, so ist dies aber nur durch außerökonomische Verhältnisse bedingt.

Wie wir bereits mehrfach feststellen können, sprechen für die Annahme großer Überschüsse die außerökonomischen Quellen der Reichtumsbildung eine entscheidende Rolle. So hervorragende Beispiele der Materie wie Aristophanes (Fav. 844 - 849) und Amphitrone (Fav. 128) bringen d'asseu Gedanken mit

\* Interessanter Beitrag des 1904 verfassten und 1907 erschienenen "Wirtschafts- und Arbeitsrecht der Antike" von E. E. Schiller, Handw. V. N. 2. Zur Entwicklung der Vermögensgegenstände vgl. auch die Handw. V. N. 2.

80 Reininghaus, Die Entstehung der Gesellengilden ..., S. 146; derselbe, Vereinigungen der Handwerksgehilfen in Hessen-Kassel vom 16. bis zum frühen 19. Jh., in: Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte, Marburg, Bd. 31, 1981, S. 113; Fröhlich, Sigrid, S. 94, 100, 137, 142; Schulz, Handwerksgehilfen und Lohnarbeiter, S. 198.

Außerathenische Quellen der Reichtumsbildung Athens  
im 5./4. Jh. v. u. Z.<sup>+</sup>

von V. N. Andreev

1. "Außerökonomische" Entstehung von "Überreichtum"  
im alten Athen
2. Ursachen von Vermögensverlusten
  - 2.1. Vermögenspsychologischer Standard einer Epoche als  
Schlüssel zum Verständnis ökonomischer Entscheidungen?
  - 2.2. Ergänzungen zu Davies' "Register"
  - 2.3. Motivationen zur Reduzierung großer Vermögen
  - 2.4. Ökonomische Gründe der Vermögensschrumpfung?
  - 2.5. Konkurrenzkampf im altathenischen Handwerk?
  - 2.6. Die "Fluchtafeln"
3. Instabilität des Reichtums und der Vermögenselite
  - 3.1. Ausblick ins 3. Jh. v. u. Z.

1. "Außerökonomische" Entstehung von "Überreichtum"  
im alten Athen

Naturgemäß kann angeeignet werden, was bereits vorhanden ist. Wenn also in der athenischen Gesellschaft die Aneignung die Produktion "überholte", so läßt sich dies nur durch außerathenische Ursachen erklären.

Wie wir bereits mehrfach feststellen konnten, spielten für die Anhäufung großer Geldsummen die außerathenischen Quellen der Reichtumsbildung eine entscheidende Rolle. So hervorragende Kenner der Materie wie Aristophanes (Pax, 644 - 646) und Antiphanes (fr., 196 K) bringen diesen Gedanken mit

+ Nachstehender Beitrag des 1984 verstorbenen Leningrader Wirtschafts- und Althistorikers Andreev schließt an die Untersuchungen Andreev, V. N., Zur Kontinuität der Vermögenselite Athens vom 5. bis 3. Jahrhundert v. u. Z., in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 1/1983, S. 137 - 158, u. 2/1984, S. 125 - 149, an und bildet den Abschluß einer Trilogie über innen- und außenpolitische, wirtschafts- und sozialpsychologische Hintergründe der Entstehung, Beständig- und Unbeständigkeit großer Vermögen im alten Athen.

aller Deutlichkeit zum Ausdruck, wenn sie zwischen den aus "Überseerunternehmungen" stammenden Gewinnen und der Tätigkeit einzelner Politiker eine direkte Beziehung herstellen.

J. K. Davies erwähnt einige Personen, die auf diese oder jene Weise im Ausland Reichtümer ansammelten bzw. ihre Haupteinkunftsquellen dort hatten. Aristophanes war einer von ihnen, doch trifft es in größerem Umfang für seinen Vater Nikophemos zu, der seinen Wohlstand nach dem Sieg bei Knidos erwarb und dessen Besitz sich im wesentlichen auf Kypros befand (Davies, S. 201 f.)<sup>1</sup>. Bezeichnenderweise geriet Aristophanes im Zusammenhang mit der Kyprosexpedition in finanzielle Schwierigkeiten (Lys., 19, 21 - 26), die er jedoch aufgrund der von Euagoras zu erwartenden Geschenke mit Leichtigkeit überwinden zu können hoffte (§ 23). In dieselbe Rubrik gehört auch der Historiker Thukydides, der in Thrakien Goldbergwerke besaß (S. 236 f.). Ungeklärt bleibt die Frage, wie er in ihren Besitz gelangte; daß sie ihm selbst im Exil die Möglichkeit verschafften, als reicher Mann zu leben, bedarf keiner weiteren Erläuterung (s. Marc., Vit. Thuk., 19 f.). Am Rande findet auch der Miltiadessohn Metiochos Erwähnung, dem Dareios ein Haus und verschiedene Besitzungen übereignete und der sich in Persien niederließ (S. 302). Selbstverständlich würde er nach athenischen Begriffen als reicher Mann gelten, doch ist davon nirgends direkt die Rede. Last not least schuf Konon seinen Reichtum im Ausland, dessen größerer Teil sich auch dort befand (S. 508). In bescheideneren Grenzen hatte der Athener Nikostratos ähnliche Lebenserfahrungen wie Konon und Nikophemos: Während eines elfjährigen militärischen Außendienstes (anscheinend als Söldner) brachte er die ansehnliche Summe von 2 Talenten zusammen (Isai., 4, 7, 8, 26; vgl. § 21 - über die relative Häufigkeit solcher Fälle).

Es lassen sich weitere Personen, die einen Teil ihres Vermögens im Ausland hatten oder von dort Einkünfte bezogen, hinzufügen. So besaß Demades Ländereien in Boiotien, mit denen ihn Philipp II. belehnt hatte (Davies, S. 100); Demosthenes bezog z. T. persische Gelder (S. 134); Epikrates aus Kephisia, ein Politiker um die Wende des 5./4. Jh., ließ sich von den Persern bestechen (S. 181); Isokrates erhielt, seine Einkünfte von den "ausländischen" Schülern nicht gerechnet, mindestens einmal ein großes Geldgeschenk in Höhe von 20 Talenten vom kyprischen Herrscher Nikokles (S. 246); Oionias, dessen Vermögen im Hermokopidenprozeß eingezogen wurde, besaß (den Preisangaben nach zu urteilen) riesige Ländereien auf der Insel Euboia (S. 419), und Aischines erhielt von Philipp II. außer Geldgeschenken Güter in Makedonien und Boiotien (S. 547).

Diese Liste läßt sich um eine erhebliche Anzahl von Belegen erweitern, die bei Davies nicht berücksichtigt wurden. So war der berühmte Miltiades als Herr über die Chersones möglicherweise der reichste Athener seiner Zeit (Herod., 6, 39, 41). Themistokles führte in sein Exil große Geldsummen mit sich (Thuk., 1, 137, 3; Plut., Them., 25, 3). Einer durchaus glaub-

1 Davies, John K., Athenian Propertied Families 600 - 300 B. C., Oxford 1971. - Der Fundus an Quellenschließung und -interpretation dieses Buches bildet die Ausgangsbasis, die Andreev kritischer Ergänzung und Überprüfung unterzieht.

würdigen Überlieferung zufolge konnte er auch während seines Persienaufenthaltes als wohlhabender Mann gelten und erhielt neben anderen Geschenken vom König drei oder fünf Städte (d. h., er bezog die Einkünfte daraus - Thuk., 1, 138, 5; Plut., Them., 31, 2 f. u. 29, 11; Athen., 1, 29). Thukydides gibt an, daß allein Magnesia einen Gewinn von 50 Talenten abwarf. In Athen war das ein Riesenvermögen!

Der ansonsten wenig dokumentierte Athener Lykon (PA, 9267) beteiligte sich am politischen Kampf in Persien und wurde für begangenen Verrat mit  $\chi\acute{\omega}\rho\alpha\varsigma$  καὶ πόλεις belohnt (Ktes., Pers., 52; vgl. das Schicksal Athenodors: PA, 280). Die "Attischen Stelen" (Hesperia, 22, 1953, 205 - 285) weisen mehrfach, mit Ausnahme der Besitzungen des Oionias, auf Eigentum im Ausland hin (s. Stele II, Z. 90 ff., IV, Z. 15 ff., VI, Z. 55 ff., 66 f., 134 ff., 150 f., VII, Z. 78, VIII, Z. 4 ff.). Anscheinend war gegen Ende des 5. Jh. der Besitz an Immobilien im Bereich der "Arché" nicht allein auf Kleruchen beschränkt, sondern stand auch reichen athenischen Bürgern offen (vgl. Andok., 3, 15; Xen., Mem., II; VIII; I; Symp., 4, 31).

Andokides widmete sich im Ausland nicht nur dem Handel, sondern besaß auf Kypros große Ländereien (Andok., 1, 4). Xenophon erhielt, als ihn die Athener verbannten, von den Spartanern ein Landgut und war ohne Zweifel wohlhabend (Anab., 5, 3, 7, 9-13; Paus., 5, 6, 4). Der Flüchtling Gelon erwarb seinen Reichtum auf dem Bosporos, nachdem er Kepai (ein Gebiet?) als Schenkung bekommen hatte und die Ehe mit einer wohlhabenden einheimischen Frau eingegangen war (Aischin., 3, 171 f.). Kephalos und Phormision wurden der Annahme persischen Geldes bezichtigt (Hell., Oxyrh., 7, 2, Bart.; Paus., 3, 9, 8; Plato, com., fr. 119 K). Gerüchten zufolge erhielt Timagoras von Artaxerxes ein Geldgeschenk in Höhe von 40 Talenten (Dem., 19, 137) und soll, solange er sich in Persien aufhielt, im Luxus geschwommen haben (Plut., Pelop., 30; Artax., 22). Seinen Vorteil aus den persischen Geldern zog auch Ephialtes (/Plut./Mor., 847 f., 848 e). Kallistratos vermochte auch in der Verbannung seinen Reichtum und seinen Einfluß zu bewahren (s. Isokr., 8, 22; /Aristot./Oecon., 11, 2, 22/1350a, 16). Kallippos galt bereits während seiner athenischen Zeit als begüterter Mann (Davies, S. 275) und vermehrte seinen Wohlstand ganz gewiß in jenem kurzen Zeitraum, als er in Syrakus an die Macht gelangte (Diod., 16, 31, 7; Plut., Dio, 58), beträchtlich. Philipp II. bedachte wie Aischines auch Philokratos mit Landbesitz außerhalb Athens, die ihm ein Einkommen von einem Talent sicherten, das Doppelte von dem, womit Aischines rechnen konnte (Dem., 19, 145. - Natürlich hätte Davies Philokratos in sein "Register" aufnehmen sollen).

Zu denjenigen, die ihren Reichtum den von außen hereinfließenden Mitteln verdankten, sind wohl auch alle jene zu zählen, die auf diese oder jene Weise von den Harpalosgeldern profitierten. So bereicherte sich auch Charikles an den Schätzen des Harpalos (Plut., Phok., 22, 1 f.). Last not least ist hier der nach Ägypten geflüchtete Demetrios von Phaleron zu nennen, der als Freund des Königs in großem Wohlstand lebte und den Athenern Geschenke sandte (Plut., Mor., 601 f. Vgl. Aischin., Ep. 3, 8 über Kallimedon und Hegemon).



In einer solchen Aufzählung dürfen Namen wie Euripides, auch Platon und höchstwahrscheinlich sein Neffe Speusippes sowie die vieler anderer athenischer Philosophen, Dichter, Bildhauer, Militärs, die in der Fremde Ruhm und Reichtum suchten (s. Suid., *At*, 349), nicht fehlen, wie im übrigen Athen für die Nichtathener einen ähnlichen Reiz besaß.

In Davies' "Register" ist diese Seite weitgehend unberücksichtigt geblieben; allerdings lassen sich dafür leicht Gründe anführen. Kann ein Verbannter oder Emigrant, der die Stadt auf alle Zeit verlassen hat, wirklich als wohlhabender athenischer Bürger gelten? Es nimmt keineswegs wunder, daß Davies die Lebensbeschreibung bzw. die Darstellung der Vermögensverhältnisse eines Themistokles oder Demetrios von Phaleron mit dem Zeitpunkt ihrer Verbannung abbricht. Natürlich sind Überlieferungen über Reichtumsanhäufung außerhalb Attikas meist sehr ungenau (s. z. B. Lys., 19, 50 über Diomitos. - Lysias' Bericht läßt genügend Raum für Zweifel). In vielen Fällen muß man die so zu Reichtum gelangten Personen als "Eintagsfliegen" charakterisieren; etliche büßten für ihren schnellen Reichtum nach Rückkehr in die Heimat mit dem Leben, zumindest aber mit der Einziehung ihres Vermögens.

Mir scheint jedoch dies alles einen Teil jener Wechselbeziehungen mit der Außenwelt zu bilden, ohne den die sozialökonomische Struktur und die Geschichte Athens (wenn nicht gar der ganzen Antike) kaum erschlossen werden kann. Die unmittelbare Beeinflussung der athenischen Gesellschaft durch das Wirken etlicher Faktoren einer "von außen" erfolgenden Reichtumsanhäufung läßt sich gewissermaßen in zwei Grundthesen zusammenfassen.

Vor allem handelte es sich hierbei um eine absolut "außerökonomische" Reichtumsbildung. Am häufigsten begegnen Geschenke fremdländischer Herrscher, anderer Städte oder ebensolcher Privatpersonen. Eine Voraussetzung für solcherart Wohltaten bestand selbstverständlich in vielen Fällen in dem Vorhandensein eines gewissen Wohlstandes und Einflusses der beschenkten Personen (eine nicht unwesentliche Rolle spielten oft das Ansehen oder freundschaftliche Kontakte). Grundsätzlich erforderte diese Art der Reichtumsbildung keinerlei finanzielle Vorleistungen oder "Kapitalanlagen" und stand unabhängig von der Vermögenslage allen Athenern offen. Diese Möglichkeiten hatte wohl auch Epikrates im Auge, als er nach seiner Rückkehr aus Persien, die dortigen Verhältnisse ironisierend, angeblich den Vorschlag einbrachte, man möge von nun an alljährlich anstelle der neun Archonten unter den armen Bürgern neun Gesandte an den persischen Hof auswählen, um ihnen so eine feste Aussicht auf Besitzerwerb zu gewährleisten (Plut., Pelop., 30, 12; Athen., 251 ab, vgl. Aristoph., Ach., 65-75; Theophr., Char., 30, 7; Ael., V. h., 1, 22).

Zum anderen übertrafen die Ausmaße der Reichtumsbildung "von außen" in der Regel alle entsprechenden Erwartungen innerhalb Athens. Ein beträchtlicher Teil dieser (vorwiegend in Geldform einfließenden) Mittel kam der Stadt zugute, wurde dort ausgegeben, konfisziert oder anders in den athenischen Geldumlauf gebracht. Solche Gelder blieben - zumindest teilweise - in Athen. Indem sie beständig den Besitzer wechselten, unter der Hand zerronnen, um sich erneut in einer Hand zu konzentrieren, trugen sie zu einem immerwährenden Entstehen und Zerfallen des "Überreichtums" bei. Wie auch andere "außerökonomische" Einkünfte standen sie in Herausbildung und

Anwendung außerhalb der Produktionssphäre. Wir können hierbei von "überschüssigen" Geldern sprechen, die entweder für staatliche Aufgaben oder unproduktive persönliche Ansprüche verbraucht wurden; sie kamen also, wie ich es ausdrücken würde, dem "Überkonsum" zugute. Darüber nachzudenken, warum dieser Geldstrom zu keiner auch nur irgendwie ernstzunehmenden Inflation führte oder etwa auch die ökonomische Entwicklung beflügelte, erscheint mir lohnenswert.

Eine klare Antwort glaube ich wenigstens auf die zweite Frage geben zu können. Im Zusammenhang mit den "ökonomisch" begründeten Quellen der Reichtumsbildung sprach ich bereits davon, daß viele derselben Spuren einer Ausbeutung der Außenwelt tragen. Im "außerökonomischen" Bereich ist jedoch diese Ausbeutung noch offensichtlicher. Die Tribute der Bundesgenossen bzw. deren direkte Ausplünderung, die Organisation von Kleruchien, Söldnertum und Kriegsbeute, ja selbst die Wahrnehmung des Gastrechtes an den Höfen der Könige und Tyrannen müssen als Glieder eines bestimmten Systems gedacht werden, die zusammen mit dem nichtäquivalenten Handel, der Ungleichheit der Metöken sowie der eigentlichen Sklaverei zu einem einheitlichen Ganzen geschmiedet sind. Ein System von dieser Beschaffenheit könnte mit dem zwar etwas ungeschlachten, aber dem Wesen der Erscheinung exakt entsprechenden Begriff des "Parasitismus" bezeichnet werden.

Lag möglicherweise der Grund dafür, daß die Griechen eine historische Alternative, die sie nicht imstande waren zu erspüren und anzuwenden - die Entwicklung der Produktion -, in der Entdeckung gerade dieses soeben beschriebenen Systems? Oder war es vielleicht auch einfach nur der leichtere Weg? Orientierte er, wie sich vermuten läßt, die antike Gesellschaft auf den Konsum, der sie wie ein roter Faden von Anfang bis Ende durchzieht?

Hat nicht aber andererseits dieses System die Antike als solche geschaffen? Gewährleistete nicht der Zustrom von Arbeitskräften und Geldmitteln (selbst intellektuellen Kräften) von außen die Blüte der antiken Kultur? Wie etwa hätten sich Aischylos und Polyklet, Perikles und Demosthenes verwirklichen können, wenn nicht eine unwiederholbare günstige historische Situation, nicht ein Überschuß an materiellen Gütern und Muße, die dieses System garantierte, vorhanden gewesen wäre?

So betrachtet stellt sich uns die Antike als eine künstliche Schöpfung, eine historische Anomalie dar. Umgesetzt in eine plastische metaphorische Sprache ließe sich der Vergleich mit einer wunderschönen Blüte, auf "barbarischer Erde" erblüht und von deren Säften genährt, heranziehen. Jenem Programm, das Isokrates im "Panegyrikos" (vgl. Xen., Anab., 3, 2, 26; Nep., Alcib., 7, 4) naiv-zynisch entwickelte, liegt das Verständnis (oder besser "Erspüren"?) dieser Zusammenhänge zugrunde.

Den Zeitpunkt festzulegen, zu dem sich dieser Sündenfall begab, dürfte kaum möglich sein. Daß Athen siegreich aus den Perserkriegen hervorging, als der Freiheitskampf sich zu einer Schlacht um Gewinne und Machtzuwachs auswuchs, trug hierzu sicher beträchtlich bei. Ob Handlungen, wie die des Themistoklesgefährten, der den Ertrunkenen die goldenen Armreifen abstreifte, bzw. die des Kallias, der mit gierigen Blicken in jene berüchtigte Grube schaute, wo das persische Gold schimmerte, den Beginn dieses Pro-

zesses signalisieren, wird kaum endgültig zu bestimmen sein. Begann nicht vielleicht dieser Prozeß aber auch schon viel früher, als Kleisthenes die Metöken in die Reihen der athenischen Bürger aufnahm oder Solon die Schuldknechtschaft beseitigte? Oder vielleicht auch schon dann, als letztere überhaupt erst in Attika auftrat?

Ich neige der Auffassung zu, daß die Polis von Anfang an einen Widerspruch in sich bildete. Sie konnte nur dann, wenn sie jenes "Modell", das wir anhand der Entwicklung Spartas und der "Gesetze" Platons rekonstruieren, veränderte, zu voller Entfaltung gelangen. Sie vermochte nur unter Aufgabe des Prinzips der Autarkie (ich spreche hier nicht von den sozialen Prozessen im Innern, die in dieselbe Richtung wirkten) und unter Aufnahme verschiedenster nicht gleichberechtigter Beziehungen mit der Außenwelt ihren Höhepunkt zu erreichen.

Eben aus diesem Grunde hege ich meine tiefen Zweifel an der Vorstellung von der "Poliskrise" immer dann, wenn man sie weit über den Rahmen der schlichten Feststellung hinaushebt, daß die griechischen Poleis gegen Ende des 4. Jh. in die politische Abhängigkeit Makedoniens und später Roms gelangten. Meiner Meinung nach sind jene als Merkmale der "Krise" aufgefaßten sozialökonomischen Veränderungen entweder überhaupt nicht beweisbar oder aber sie werden übertrieben bzw. sie waren in den meisten Fällen eine Weiterentwicklung jener Tendenzen, die in einer weit früheren Epoche sich anzudeuten und zu wirken begannen.

Doch kehren wir zu unseren eigentlichen Fragestellungen zurück. Der "außerökonomisch" entstandene Überschuß an Geldmitteln ("Überreichtum") war und galt auch in einer solchen Gesellschaft als überflüssig. Wahrscheinlich erwuchs erst daraus die sagenhafte Verschwendungssucht und der sinnlose "Überkonsum", andererseits aber abenso die Auffassung vom Reichtum als etwas Unnützem und Belastendem (als Vorbild und Verkörperung dieser Sicht diente vielleicht der Midasmythos).

So triumphierte die Ideologie - wie fast immer mit Verspätung - rein theoretisch über das Böse, das zunehmend pervertierte und sich schließlich selbst auflöste. Mit seiner Auflösung setzte aber auch der Untergang der antiken Welt ein.

## 2. Ursachen von Vermögensverlusten

Geht man einmal davon aus, daß die Reichtumsbildung im Athen der Klassik vorwiegend auf außerökonomischem Wege erfolgte und meist die Geldform bevorzugte, ohne je recht mit der Produktion verbunden gewesen zu sein und somit auch nie einer gleichwertigen Konzentration des produktiven Eigentums<sup>2</sup> Vorschub geleistet zu haben, so irrt man unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die Schicht der reichen Bürger keineswegs einen privilegierten Stand bildete oder gar besonderen Schutz des Staates genoß, nicht in der Annahme, daß ein solcher Reichtum nicht von langer Dauer sein konnte.

2 Andreev, V. N., Some Aspects of Agrarian Conditions in Attica in the Fifth to Third Centuries B. C., in: *Eirene*, 12/1974, S. 8.

"Jeglicher Reichtum ist unsicher und schnell verloren" - dieser Gedanke begegnet in der griechischen Literatur auf Schritt und Tritt (s. z. B. Dem., 1, 23; vgl. 2; Alexid., fr. 281 K; Philem., fr. 213 K; Hipparch., fr. 2 K; Men., fr. 94 K/Georg., fr. 1, Körte/Com. Flor., 75 f., fr. 62, 740, Körte, vgl. die bezeichnende Erörterung dazu in Pap., Didot., 19-32; vgl. Suid., E 3576, Π 1797, sowie weiter unten). Meist steckt in solchen Aphorismen der Gedanke an das Spiel des Zufalls und die Launen des Schicksals. Der modernen Gesellschaft ist die Vorstellung von den Widerwärtigkeiten des Schicksals weniger vertraut. Als in das Denken der alten Griechen eingewobener Bestandteil ihrer Weltanschauung reflektierte sie wahrscheinlich vor allem ihre realen Lebensbedingungen.

Ein solches Spiel des Zufalls, das den Menschen an den Rand des Ruins brachte und ins Verderben stürzte, wird in einem Antiphanesfragment greifbar. Jener Sterbliche befindet sich völlig im Irrtum - so äußert sich hier eine ansonsten nicht näher definierbare Person -, der den Besitz irgendeines Vermögens für sicher hält (ἀσφαλές τι κτήμ' ὑπάρχειν τῷ βίῳ λογίζεται). Es kann dem Steueraufgebot für militärische Belange zum Opfer fallen (Eisphora), in Gerichtsprozessen verloren werden, bei Übernahme des Strategenamtes seinen Besitzer zum Schuldner machen, den Choregen in Lumpen hüllen, den Trierarchen nach Ablauf seiner Amtszeit an den Galgen bringen, während einer Seereise in Gefangenschaft führen ... Mit einem Wort ist sicher stets nur das, was du mit Vergnügen täglich verbrauchst, also das, was verzehrt und ausgetrunken ist (Antiphana., fr. 204 K).

Die fünfte Rede des Isaios enthält eine interessante Stelle (§§ 43 - 45): Wofür hat Dikaiogenes seinen Besitz verwendet, daß er jetzt über Armut klagt? Nicht für Stadt und Freunde gab er sein Geld aus, auch der Unterhalt von Pferden ruinierte ihn nicht (vgl. übrigens Aristoph., Neph., 33 - 35; 437 f.; Xen., Oikon., 3, 8) bzw. das Geschirr der Esel; ebensowenig hat er irgendjemanden freigekauft, Leiturgien gespendet, öffentliche Aufgaben übernommen oder den Göttern geopfert, auch keine Trierarchie ausgeführt oder große Summen für die Kriegssteuer aufgebracht. Vermutlich hätten solche Ausgaben aus der Sicht des Redners Dikaiogenes gerechtfertigt. Er aber verschwendete seinen Reichtum auf "schlechte und beschämende" Weise (κακῶς καὶ αἰσχρῶς διολώλεκας): Diese Passage eben deutet Verschwendungssucht als Ursache an. Noch in einem weiteren Antiphanesfragment kommt dies zum Ausdruck: Kein einziger Greis verzehrte sein väterliches Vermögen oder gab es sinnlos aus, kaufte ein verräterisches Weib frei oder zahlte Bußgeld für das Eindringen in ein fremdes Haus (fr. 239 K).

Diese drei Textstellen scheinen alle jene Möglichkeiten des Vermögensverlustes aufzuweisen, die uns aus anderen Quellen geläufig sind. Die antiken Autoren jedenfalls vertraten solche Auffassungen, und es besteht überhaupt kein Grund zur Annahme, daß die athenischen Schriftsteller nicht in der Lage gewesen wären, ein in sich abgerundetes und wirklichkeitsnahes Bild ihrer eigenen Gesellschaft zu geben. Unsere Aufgabe wird dadurch nur leichter, daß sie zum Gegenstand ihrer Darstellung hauptsächlich wohlhabende und reiche Vertreter der Bürgerschaft wählten.

Es genügt vollkommen, sich vor Augen zu halten, wie ein heute lebender Autor über seine eigene Gesellschaft schreiben würde, um sich über einige auf der Hand liegende grundsätzliche Unterschiede klarzuwerden. Selbstverständlich hätte Antiphanes in seinen Katalog auch Schiffskatastrophen und Schuldentilgung aufnehmen können: Unbestritten bleibt in jedem Fall die kaum ökonomisch begründbare "Unsicherheit" des Reichtums.

Will man hier zu grundlegenden Erkenntnissen gelangen, so stellt sich die Forderung nach einer größtmöglichen Anzahl zu untersuchender Beispiele für die näheren Umstände des Vermögensverlustes. Wie in den ersten beiden Teilen meiner Studien werde ich mich auch hier weitgehend auf das von Davies in seinem umfassenden Werk gesammelte Material stützen.<sup>3</sup>

Bei der Lektüre dieses Buches entsteht der Eindruck, als hätte der Schrumpfungsprozeß Davies' Aufmerksamkeit weit weniger gefesselt als die Vermögensbildung. Sachverhalte dieser Provenienz erwähnt er meist beiläufig und ohne besonderen Nachdruck. Möglicherweise erklärt sich dies aus einer psychologischen begründeten Orientierung des Forschers auf "sicheren" Wohlstand.

In seinem "Register" hebt Davies für etwa vier Dutzend reicher Athener den vollständigen Ruin bzw. beträchtliche finanzielle Einbußen hervor. Von vornherein sei festgehalten, daß dies ein ziemlich hoher Proporz ist, der die a priori geläufige Auffassung von der Unsicherheit des Reichtums in der athensischen Literatur nur bestätigt. Von der überwiegenden Mehrzahl der etwa 800 im "Register" aufgenommenen Personen wissen wir nur recht wenig.

So verschwendete der allein durch ein einziges Isaiosfragment bekannte Hagnotheos das von seinem Vater ererbte beträchtliche Vermögen (Davies, S. 4). Das Vermögen sowohl des Axiochos Skambonides als auch des Alkibiades Phegousios fielen der Konfiszierung während des Hermokopidenprozesses anheim (Davies, S. 16 f.).

Um einiges komplizierter stellt sich uns der "geschäftliche Werdegang" des berühmten Alkibiades, Sohn des Kleinias, dar, was wohl darauf zurückzuführen ist, daß wir weit besser über ihn unterrichtet sind als über manche andere Person. Davies zitiert eine ungeheure Fülle von Belegen über seine Ausgaben für öffentliche Zwecke und Verpflichtungen, für den Unterhalt von Pferden und den persönlichen Bedarf. Seiner Annahme zufolge mußte dies stark an den Grundfesten des Alkibiadischen Vermögens rütteln. Auch Alkibiades verlor seinen Besitz im Hermokopidenprozeß 415, gelangte jedoch 407 in den Genuß eines Lastenausgleiches für erlittene Verluste, um bald darauf wieder alles einzubüßen; seinem Sohn hinterließ er davon jedenfalls nichts (Davies, S. 20 f.). Hinzu kommt, daß Alkibiades auch einen beträchtlichen Teil des außerhalb Athens in Thrakien erworbenen Vermögens verlor (Plut., Alkib., 37, 6 f.). Was davon geblieben war, ging endgültig bei seinem gewaltsamen Tod verloren. So konstatieren wir für den Fall Alkibiades einen zwei- oder dreimaligen Vermögensverlust.

<sup>3</sup> Vgl. dazu Anm. + u. Anm. 1.

Der durch adlige und begüterte Abkunft ausgezeichnete Redner Andokides geriet gegen Ende des Peloponnesischen Krieges in Armut (vielleicht war er das Opfer von Konfiszierungen; s. Davies, S. 31) und sah sich infolgedessen gezwungen, auf seine "überathenischen" Beziehungen gestützt Handel zu treiben (ebenda). Höchstwahrscheinlich verminderte sich das Familienvermögen bereits durch die Lebensweise des verschwenderischen Vaters (Davies, S.30). Eupolis bezichtigte ihn, große Mittel für seine Hetäre auszugeben (fr. 44 K). Zum zweiten Mal büßte Andokides seinen Besitz vielleicht infolge seiner Verbannung aus Athen ein.

In Davies' Darstellung erweckt die Vermögenssituation des Androtion den Eindruck einer ununterbrochenen Erfolgslinie: Dieser wirklich reiche Mann war wahrscheinlich Grundbesitzer; da sowohl er wie auch sein Vater ihre Ausbildung bei den Sophisten erhielten, geht der Wohlstand dieser Familie wohl auf das 5. Jh. zurück (Davies, S. 33 f.). Es leuchtet ein, warum Davies sich für die übrigen Details kaum interessierte. Für unser Anliegen haben andere Gesichtspunkte Vorrang. Androtions Vater Andron brachte als Schuldner des Staates lange Zeit im Gefängnis zu (Dem., 22, 33 f., 56, 68; 24, 125, 168). Den Androtion selbst klagt Demosthenes des "Diebstahls" an (22, 49; 24, 162; vgl. 8, 111). Man verurteilte ihn, und er wurde zum Staatsschuldner, da die Summe um ein Mehrfaches stieg (Dem., 24, 9, 82 f., 120). Sein Schicksal führte ihn schließlich als Verbannten nach Megara (Plut., Mor., 605 C). Keine Spur mehr vom erfolgreichen Grundbesitzer, alle seine Habe scheint verloren. Vielleicht waren es aber gerade diese Ereignisse, die der existentiellen Wirklichkeit Androtions am nächsten kamen ...

Während der Herrschaft der "Dreißig" erlitt einer der demokratischen Führer, Anytos, erhebliche finanzielle Einbußen und mußte schließlich Athen als Verbannter verlassen (Davies, S. 41). Allerdings erscheint sein Namensvetter, der, wenn nicht gar ein direkter Nachkomme, so doch höchstwahrscheinlich ein naher Verwandter gewesen sein wird, gegen Ausgang des 4. Jh. als wohlhabender Mann in den Trierarchenlisten (ebenda). Selbst Davies, der allgemein dazu neigt, die Beständigkeit der Vermögen überzubewerten, äußert sich höchst vorsichtig im Sinne einer "Wiederkehr" des Familienwohlstandes, ohne hier jedoch eine direkte Kontinuität vorzusetzen. Folgen wir der Beurteilung, die Xenophon dem Sohn des Anytos ausstellt (Apol., 31), so scheint es ziemlich ausgeschlossen, daß diese Person den väterlichen Besitz zu bewahren vermochte.

Mit großer Gewißheit zählte Archedemos aus Oion zu den Begüterten (Isai., 7, 7 - 9). Nach der wenig präzisen Darstellung des Isaios geriet er gegen Ende des Peloponnesischen Krieges in Gefangenschaft und büßte infolgedessen einen großen Teil seines Besitzes ein (ebenda und Davies, S. 44).

Von dem Trapeziten Aristolochos, Sohn des Charidemos, wissen wir, daß ihn um die Mitte des 4. Jh. das Mißgeschick des vollständigen Bankerotts ereilte, so daß er wahrscheinlich sein gesamtes Vermögen verlor (Davies, S. 60). Nicht völlig geklärt werden kann hierbei die Frage, ob dieser Aristolochos mit dem aus Erchion identisch ist, der siebenmal die Trierarchie ausübte und ganz offensichtlich sehr reich gewesen sein muß. Für Davies' Auffassung gab folgende Erwägung den Ausschlag: Eine Tätigkeit als "Bankier" sicherte in jedem Fall den Zustrom von Geldmitteln und die dadurch erfolgende Reichtumsbildung, bot also auch die für die Ausübung einer Trierar-

chie erforderlichen Voraussetzungen. Daher erliegt er letztlich (wenn auch mit einigem Vorbehalt) dem verführerischen Gedanken, den "Bankier" mit dem Trierarchen gleichzusetzen.

Der Werdegang des "Bankiers" Aristolochos kann aber allem Anschein nach von völlig entgegengesetzten Standpunkten aus betrachtet werden: als Zeugnis für die Sicherheit professionell durchgeführter Finanzoperationen. Dennoch ist Davies' Identifizierung durchaus denkbar. Schließt man sich ihr an, so ersteht vor unseren Augen eine etwas ungewöhnliche, aber unter athenischen Bedingungen keineswegs unmögliche Erscheinung: ein Berufsfinanzier, der ein Riesenvermögen zusammenbrachte, um damit voller Eifer die Nöte seiner Heimatstadt zu lindern! Stellen wir einmal alles zusammen, was uns über Aristolochos bekannt ist, so liegt die Vermutung nahe, daß die Last der öffentlichen Verpflichtungen sich als beinahe untragbar erwies. Darüber hinaus erwarb er Grundbesitz unzeitgemäß und mußte scheitern, da er den Forderungen seiner Gläubiger nicht nachzukommen vermochte (Dem., 36, 50 und /Dem./ 45, 64).

Makartas von Prospalte (ein gerade noch als wohlhabend zu bezeichnender Mann) verkaufte, seines weltlichen Daseins überdrüssig, seinen Grundbesitz und machte sich auf einer eigens zu diesem Zweck von ihm erworbenen Triere auf den Weg nach Kreta (dabei führte er sein "Vermögen" mit sich, also wohl vor allem das vorhandene Bargeld). Er erlitt Schiffbruch und versank mit seiner Triere auf dem Meeresgrund (Davies, S. 85, und Isai., 11, 48 f.). Davies bezweifelt mit gutem Grund, daß Makartas kein Erbe hinterließ, wenn auch der erlittene Schaden groß war.

Demetrios von Phaleron, der, aus dem Nichts kommend, sich zum Beherrscher Athens de facto aufschwang und als solcher über die Staatseinnahmen verfügte (zu den Zitaten bei Davies kann noch Ael., V. h., 9, 9, hinzugefügt werden), der ferner als Flüchtling in Ägypten wiederum, dank der Protektion Ptolemaios', in Saus und Braus lebte, dann in Ungnade fiel und fern der Heimat starb, ist er nicht ebenfalls ein Beispiel für das unmittelbare Nebeneinander von riesigen Verlusten und ungeheuren Bereicherungen? Demetrios' Schicksal (s. zu ihm Davies, S. 107 - 109) bildete doch wohl keine Ausnahme, sondern dürfte eher als eine Art Muster jener Widrigkeiten des Daseins gelten, die athenischen Staatsmännern mit "internationalem" Profil zu schaffen machten. Diese Leute hielten zeitweilig ungeheure Summen in ihren Händen, die sie ebenso freigebig wieder ausgaben, wie sie erworben wurden, um andernorts neue Summen anzuhäufen, neben denen die von Davies mühevoll errechneten Ausgaben für Leiturgien bzw. Einkünfte aus Grundbesitz verschwindend gering erscheinen. Höchstens in Ausnahmefällen erzielte sie das Schicksal eines Dionysios von Syrakus. In der Regel vermochten sie ihre Beziehungen und ihre Autorität über die Unbilden der Zeit hinwegzuretten und gerieten keineswegs unter ein (für Attika übrigens keineswegs geringes) gewisses Reichtumsniveau. Einiges von diesem Gold-, meistens aber Silberregen fiel auch für die Freunde, Verwandten und Erben ab. So war es noch einem der Nachfahren des Demetrios beschieden, als "Verschwender" zu gelten (Davies, S. 109).

Einer der Vormünder des Demosthenes, Aphobos, war zur Zahlung von 10 Talenten zugunsten seines Mündels verurteilt worden. Obwohl es nie zur vollständigen Auszahlung dieser Summe gekommen war - etliches an dieser Angelegenheit bleibt dunkel -, bemerkt Davies richtig, daß Aphobos' Ver-

luste beträchtlich wären (S. 119). Das Aphobos Bruder Aisios verlor wahrscheinlich ebenfalls infolge eines ähnlichen Gerichtsprozesses einen ziemlich großen Teil seines Vermögens (Davies, S. 120).

Obwohl der Eifer, mit dem Demosthenes die Tätigkeit seiner Vormünder schildert, nicht übersehen werden kann, steht doch fest, daß er das von seinem Vater hinterlassene Erbe verloren hatte (Davies, S. 127 f., 132 f.). Ein Körnchen Wahrheit ist wahrscheinlich auch in jenen Angriffen des Aischines enthalten, denen zufolge Demosthenes ein Verschwender gewesen sei (Aischin., 3, 173; vgl. 240; Dein., 1, 36 und /Plut./Mor., 847 E). Hierher gehören auch die gewissenhaft von Davies zusammengetragenen vielfältigen und großzügigen Ausgaben für öffentliche Angelegenheiten (S. 135 - 137). Es erscheint von hier aus auch Davies' zögernde Haltung unverständlich, für die Zeit nach 341, als Demosthenes so gut wie kaum noch unter den die Leittugien erfüllenden Bürgern auftaucht, eine Weiterführung dieser ehrenwerten Bürgerpflicht durch ihn zu vermuten. Davies meint dazu, daß Demosthenes kaum noch einen Unterschied zwischen seinen persönlichen Mitteln und den öffentlichen Geldern machte, die ihm zur Verfügung standen (S. 137 f.). An sich ist diese Sicht durchaus realistisch. Von mir aus würde ich hinzufügen, daß sich Demosthenes darin von keinem anderen wesentlich unterschied. Die Athener Staatsmänner kümmerten sich um ein einziges wichtiges "Unternehmen": ihre eigenen öffentlichen Funktionen und alles das, was darin eingebunden war. Es gab also nichts Natürlicheres, als daß ihr materieller Wohlstand von dem Auf und Ab ihrer politischen Karriere und dem Zustand des Staates im ganzen abhing. Hier gab es Zeiten des "Aufschwungs" als auch der "Depression". Bekanntlich sah sich Demosthenes außerstande, die Buße von 30 oder 50 Talenten zu zahlen, die man ihm im Zusammenhang mit der Harpalosaffäre auferlegt hatte. Davies' Zweifel sind mir unverständlich: Sie stellten sich offensichtlich infolge einer Fehlinterpretation der in der Tat nicht ganz eindeutigen Berichte über eine Strafminderung ein (Davies, S. 135; vgl. ebenfalls Dem., Ep., 3, 38 - 41). Die finanziellen Schwierigkeiten, in denen sich der Redner gegen Ende seines Lebens befand, sind indessen aus der hier vertretenen Sicht vollkommen einleuchtend. Noch auf einen weiteren, von Davies außer acht gelassenen Gesichtspunkt sei die Aufmerksamkeit gelenkt: Infolge des von der Volksversammlung über Demosthenes verhängten Todesurteils wurde dessen Vermögen höchstwahrscheinlich eingezogen (Plut., Dem., 28, 2).

Das Vermögen des Diodotos eignete sich nach dessen Tod sein Bruder Digeiton an, so daß die direkten Erben leer ausgingen (Davies, S. 151 - 154).

Der durch persische Geschenke zu Reichtum gelangte Epikrates wurde gerichtlich belangt und zum Tode verurteilt, was die Einziehung des Vermögens nach sich ziehen mußte (Davies, S. 181).

In der 19. Rede erzählt Lysias von einem reichen Athener, der angeblich zwei Drittel seines Vermögens für die Erfüllung seiner Bürgerpflichten aufwendete (Davies, S. 200). Dem Redner kam es auf das Patriotische im Verhalten dieses Bürgers an, doch scheint die Summe selbst (meist kaum weniger als 10 Talente) nicht sonderlich übertrieben zu sein. Eher ist das verbleibende Vermögen bewußt unterbewertet.



Phaidros von Myrrhinous fiel im Gefolge des Hermokopidenprozesses, wo er verurteilt und mit Vermögenseinzichung gestraft wurde, in Armut. Nach seiner Rückkehr aus der Verbannung blieb er arm. In der Frage, ob Phaidros vor dem Ruin reich war, ist keine Sicherheit zu gewinnen. Die Aufzählung einiger Posten seines Vermögens in den "Attischen Stelen", die nach der Konfiszierung zum Verkauf gelangten, gilt nach Auffassung von Davies als "not very informative" (S. 201). Dies stimmt unter der Voraussetzung, daß das in den "Stelen" aufgezeichnete Material keine Nachrichten über Reichtum enthält. Es signalisiert aber in jedem Fall Wohlstand. Dies fügt sich gut in das Bild von jenem Zeitvertreib und Bekanntenkreis, den man auf der Grundlage der Platonschen Dialoge für Phaidros annehmen muß.

Eingezogen wurde zumindest auch der Teil des Vermögens von Nikophemos und Aristophanes, der sich in Attika befand (Davies, S. 202).

Der riesige Besitz des Themistokles (etwa 80 oder 100 Talente) ist ebenfalls konfisziert worden (Davies, S. 215). Themistokles vermochte allerdings einen Teil des Geldes zu retten und häufte später noch größere Reichtümer an, was aber am Wesen der Sache nichts ändert. Sein in Persien erworbener Besitz fiel nach seinem Tod wahrscheinlich an den persischen König zurück.

Unter den "Dreißig Tyrannen" verlor der Führer der athenischen Demokratie Thrasybul einen bedeutenden Teil seines Besitzes (vermutlich durch Konfiszierung), den er auch nach dem Sieg der Demokraten nicht wiederbekam (Davies, S. 240). Es hat den Anschein, als wäre er während der militärischen Unternehmungen in den kleinasiatischen Gewässern zu neuem Reichtum gekommen (Lys., 28, 4, 5). Sein Sohn Thrasybul II. wurde später zu einer Buße von 10 Talenten verurteilt (Davies, S. 241). So vermag auch diese Familie für die starken Schwankungen, denen die Vermögenslage vieler Griechen ausgesetzt war, Zeugnis abzulegen.

Das Eigentum von Isokrates' Vater, Theodoros, fiel den unsicheren Verhältnissen des Peloponnesischen Krieges zum Opfer. Davies nimmt als Grund für diesen Zusammenbruch die Flucht der Sklaven nach Dekelais an (S. 246). Er hält Theodoros für einen erfolgreichen "Fabrikanten", der seine Gewinne aus der Herstellung von Flöten zog: Sein Ruin war perfekt, als ihm die Arbeitskräfte davonliefen.

Als Alternativerklärung könnte man einen natürlichen Rückgang des Absatzes für Flöten in Kriegszeiten vermuten. Dies bedeutete allerdings, Auffassungen zuzustimmen, die mir von Anfang an als irrtümlich erschienen sind. Es ist im höchsten Grade zweifelhaft, ob ein Ergasterion mit vielleicht ein bis zwei Dutzend Sklaven zur Anfertigung von Flöten seinem Besitzer wirklichen Reichtum brachte. Ebenso unwahrscheinlich ist es, daß sich das Eigentum eines wohlhabenden Bürgers auf ein Ergasterion beschränkte. Kaum glaubhaft ebenfalls, daß die Flucht einiger (ja, infolge der Ränkespiele des Schicksals selbst aller) Sklaven zum unersetzlichen Verlust für ihn werden konnte. Was den von Isokrates erwähnten "Vermögensverlust" betrifft, so fänden sich unter den Bedingungen des Dekeleischen Krieges auch noch andere Gründe.

Die über die Maßen reiche athenische Familie der Kalliai-Hipponikoi ordnet Davies als eine Art "Bergwerksindustriellen"dynastie ein, die durch die Ausbeutung der Silbergruben von Laureion ein ungeheures Vermögen erwarb. Hieraus ergibt sich wie von selbst die Annahme, daß eine der Ursachen für den allgemein bekannten katastrophalen Zusammenbruch Kallias' "III." in dem Rückgang der Einkünfte aus den Silberminen während des Dekeleischen Krieges bestand. Die andere Ursache sieht Davies allerdings in der von den Quellen mehrfach belegten "Verschwendungsucht" des Kallias (S. 260 f.).

## 2. 1. Vermögenspsychologischer Standard einer Epoche als Schlüssel zum Verständnis ökonomischer Entscheidungen?

Dies alles stellt sich mir als eine naive Modernisierung der sozialökonomischen Verhältnisse des alten Athen dar. Wie ich weiter oben nachzuweisen versucht habe, lag in der antiken griechischen Gesellschaft der Reichtumskonzentration keinesfalls eine Konzentration der Produktionsmittel zugrunde. Es handelte sich vielmehr fast ausnahmslos um eine Geldkonzentration. Entsprechend bestand der Verlust solchen Reichtums vornehmlich in der Einziehung oder Verausgabung von Geldmitteln (bzw. eines leicht realisierbaren Vermögens). Diese Prozedur verlangt nach keiner anderen Erklärung als der, die sich im gegebenen Fall von selbst aus den Quellen ergibt; Kallias vergeudete einfach sein Vermögen - und dies ganz im Geiste seiner Zeit.

Dasselbe trifft für Ischomachos zu, den Davies in einen "Agrarunternehmer" verwandelt, der infolge spartanischer Einfälle während des Peloponnesischen Krieges große Verluste erlitt (Davies, S. 265 - 268). Diese Konstruktion beruht auf der Gleichsetzung zweier Personen mit dem Namen Ischomachos. Der eine von ihnen ist der bei Xenophon als theoretisierender Landwirt beschriebene Mann dieses Namens, den anderen erwähnt Lysias in einem für unser Thema wesentlichen Kontext, wo es heißt, daß sein Vermögen zu Lebzeiten 70 Talente überstieg, während er jedem seiner beiden Söhne 10 Talente hinterließ (Lys., 19, 46). Mir scheint, daß Davies völlig zu Recht im Bericht des Lysias eine reale Schrumpfung des Vermögens erkennt, nicht aber einen Irrtum bei der ersten Schätzung. Möglicherweise ist auch die Gleichsetzung der beiden Ischomachoi richtig. Dagegen sprechen jedoch folgende Überlegungen: Unter den attischen Bedingungen der zweiten Hälfte des 5. Jh. sind Ländereien unvorstellbar, deren Umfang durch Kriegsverwüstungen so schrumpfte, daß sich ihr Wert um einige Dutzend Talente verringerte. Ferner erschließen sich der Bericht des Lysias und seine Lexik einem besseren Verständnis, wenn es sich hierbei vorrangig um Bargeld handelte. Außerdem berücksichtigt Davies einige Details jener Charakteristik, die Xenophon der uns interessierenden Person erteilt, nicht oder nur ungenügend. Ischomachos erklärt nämlich beiläufig, daß er seitens der Sykophanten höchst unangenehmen Angriffen ausgesetzt sei (Oikon., 11, 21) und man ihm schon mehrmals anlässlich der Trierarchie und der Choregie den Vermögenstausch angeboten habe (ebenda, 8, 3). Er gibt zu verstehen, daß er Geld für üppige Opferhandlung ausgabe, Freunden zu Hilfe eile und sich auch an öffentlichen Leistungen beteilige (ebenda, 11, 9; vgl. 10, 13, 22).

Hier entsteht ein so klares, in seinen Konturen reines Bild, daß ich nicht verstehe, warum die Nachricht von einem gewissen Ischomachos, dessen Wohlstand einigen Schmarotzern zum Opfer fiel (Athen., 12, 537 C), nicht auf eben diesen Menschen zutreffen soll. Wiederum erweist sich also die "ökonomische" Erklärung als von den Quellen unbestätigte Deutung, ja im Grunde als überflüssig, obwohl sie ein Körnchen Wahrheit enthalten könnte.

Die politische Laufbahn des Agyrrios endete mit einem Gerichtsprozeß, in dem er der Aneignung von Staatsgeldern bezichtigt und zu Gefängnishaft für die Dauer der Schuldentilgung verurteilt wurde. Danach finden sich keine Erwähnungen des Agyrrios in den Quellen mehr (Davies, S. 278). Davies stuft Agyrrios nicht als reichen Athener ein, da die Bezeugung von Leiturgien oder seines Reichtums überhaupt in den Quellen fehlt. Da Agyrrios jedoch zu jenem Personenkreis zählte, der Athen nach der Wiederherstellung der Demokratie de facto regierte, und auch andere Ereignisse seiner Biographie eine deutliche Sprache reden, erscheint es kaum annehmbar, daß sein Vermögen zu den besten Zeiten nicht 3 bis 5 Talente überstiegen haben sollte, die man zur Erfüllung öffentlicher Pflichten benötigte. In den Scholien zu Aristoph., Plut., 176 wird Agyrrios ohne Umschweife ein reicher Mann genannt. Den Quellenwert dieses Hinweises mindert jedoch eine andere, ebenfalls hier folgende Bemerkung, derzufolge er arm war. Wenn beide Berichte auf irgendwelche realen Zeugnisse der Zeitgenossen zurückgehen, so lassen sie sich dadurch miteinander vereinbaren, daß man für Agyrrios Reichtum infolge seiner politischen Tätigkeit annimmt. Der Wahrheit näher kommt man aber wohl, wenn man voraussetzt, daß der Scholiast (wie in vielen anderen, ähnlichen Fällen) einfach versuchte, schwer verständliche Wörter des Aristophanes zu erklären, ohne über weiteres Material dafür zu verfügen.

Nur am Rande erwähnt Davies das Bußgeld von 50 Talenten, das dem berühmten Miltiades auferlegt war und das er bis zu seinem Lebensende nicht beglich (S. 303, 311; s. Herod., 6, 136; Plut., Kim., 4, 4; Diod., 10, 30). Dies hätte aber das Ende eines sehr großen Vermögens zur Folge gehabt und den Zusammenbruch einer der reichsten Familien bewirkt, was wiederum in unseren Quellen einigen Widerhall gefunden haben müßte (s. Plut., Kim., 10, 1; Diod., 10, 32). Miltiades' Sohn Kimon sammelte neuen Reichtum, und dies vermutlich vorrangig auf Kosten der Kriegsbeute. Davies lenkte die Aufmerksamkeit auf den Umstand, daß nicht einer der Nachkommen Kimons durch die Ausführung von Leiturgien in den Quellen bekannt ist; ihm zufolge verwendete Kimon seinen Besitz weitgehend für die Errichtung politischer Ziele. Man könnte weitergehen und festhalten, daß solche Ausgaben keinem bedeutenden Staatsmann oder Militär erspart blieben und besonders für einen Mann wie Kimon unvermeidlich waren. Darüber hinaus sah sich Kimon mehr als einmal schweren Beschuldigungen ausgesetzt; es ist nicht auszuschließen, daß die bereits im Altertum hinsichtlich der Miltiades auferlegten 50 Talente Strafgeld entstandene hoffnungslose Verwirrung darauf beruht, daß auch Kimon mit Geldbußen belegt worden ist (s. Dem., 23, 205 und Schol., Aristid., 515).

Charmides verarmte (wenn sein bei Xenophon gezeichnetes Porträt der Realität entspricht) während des Peloponnesischen Krieges: Er verlor seine Überseebesitzungen sowie die Einkünfte aus seinen attischen Ländereien (Davies, S. 331). Aus der entsprechenden Passage bei Xenophon erfahren wir, daß Charmides einst zu den Reichen zählte (Symp., 4, 30, 32). Er nahm

später ein hohes Amt unter den "Dreißig" ein und fand, so steht zu vermuten, hinreichend Gelegenheit zur Beteiligung an ihrer kurzlebigen Reichtumsanhäufung (vgl. Xen., Hell., 2, 4, 19).

Der Stratege Leosthenes war zum Tode verurteilt worden, was die Konfiszierung seines Besitzes nach sich zog (Davies, S. 342; Diod., 15, 95, 3). Er floh zu Philipp, der ihn in großer Gunst hielt und dementsprechend auch mit materiellen Gütern versorgte (Schol., Aischin., 2, 21).

Das Eigentum des Pamphilos fiel der Konfiszierung anheim. Die beträchtliche Mitgift seiner Tochter (1 oder  $1 \frac{2}{3}$  Talente) und indirekt auch die nach seinem Ableben nicht beglichene Schuld von 5 Talenten (Davies, S. 365) lassen ahnen, daß er ein reicher Mann war.

Der spätestens seit dem Ende des 5. Jh. einsetzende Zusammenbruch der Alkmeonidenfamilie ist quellenmäßig bestens belegt (zu den bereits bekannten Zeugnissen kommt jetzt der höchst schlicht gestaltete Epitaph für Megakles aus Alopeke hinzu, der von Franz Willemsen publiziert wurde).<sup>4</sup> Den Grund des Niedergangs der Familie meint Davies allgemein im Peloponnesischen Krieg zu erkennen, insbesondere aber in der hohen Schuldenlast Megakles V. (Davies, S. 384 f.). Letztere dürfte allerdings weniger die Ursache als vielmehr das Ergebnis der Verarmung gewesen sein. Auch hier macht sich Davies' von Irrtümern nicht freie Einstellung zur gesamten Vermögenselite Athens bemerkbar. Ihre Basis sah er in der Existenz eines sog. produktiven Eigentums: Bei den Alkmeoniden bestand dieses aus weitläufigen Ländereien im Bereich der in Stadtnähe gelegenen Demen (Davies, S. 384). Folgt man dieser Logik, so ergab sich die Verarmung aus dem Verlust dieses immobilien Eigentums (siehe die wenn auch vorsichtigen, so doch von den Quellen ziemlich losgelösten Überlegungen von Davies auf S. 384 f.). Nimmt man dagegen an, daß die Grundlage des Reichtums der athenischen Vermögenselite hauptsächlich das Geldvermögen bildete, so bekommen alle Aussagen der Quellen einen realen Sinn. Wenn die Alkmeoniden ihren großen Wohlstand tatsächlich der Dreistigkeit Alkmeons verdanken, so mußte ihr Vermögen natürlicherweise im Verlauf des 6. bis 5. Jh. infolge der politischen Kämpfe und der verschiedenen Umtriebe, in die die Familie verwickelt war, ziemlich zusammenschrumpfen. Wie der Scholiast mit gutem Grund angibt, konnte ein Teil des auf Megakles V. gekommenen Besitzes schlicht und einfach von ihm vergeudet worden sein (ad Aristoph., Ach., 614). Alles, was wir vom Lebensstil Megakles' wissen, fügt sich bequem und lückenlos in dieses Bild.

Ganz ähnlich urteilt Davies über die Entwicklung einer weiteren reichen Familie im Athen des 5. Jh. v. u. Z.: die des Nikias und des Nikeratos aus Kydantidai (s. Davies, S. 403 - 406). Von Nikias wissen wir, daß er hohe Einkünfte aus den Laurischen Silberminen bezog. Glaubt man Lysias, so überstieg dessen Vermögen mit 100 Talenten bei weitem das normale Maß, während Nikeratos seinem Sohn nicht weniger als 14 Talente hinterließ. Davies deutet diese aus zuverlässigen Quellen stammenden Angaben auf fol-

<sup>4</sup> Willemsen, Franz, Grab- und Weihinschriften, in: Mitteilungen des Deutschen Archäologischen Instituts, Athenische Abteilung (AM), 85, 1970, S. 91 - 93.

gende Weise: Das Familienvermögen begründete Nikias' Vater Nikeratos I., der zu den Pionieren des Silberabbaus zu Beginn des 5. Jh. gehörte. Nikias setzte das Werk des Vaters fort und trieb die Förderung und die Steigerung des Reichtums bedeutend voran. Die dann einsetzende relative Verarmung Nikeratos II. sieht er als Folge der während des Dekeleischen Krieges bezugten Massenflucht von Sklaven aus diesem Gebiet. (Eine weit verbreitete Auffassung. Streng genommen vermag aber niemand ernsthaft zu behaupten, daß die Mehrzahl oder selbst ein beträchtlicher Teil der zu den Spartanern übergelaufenen Sklaven aus der Gegend von Laureion kam. Thuk., 7, 27, 3, scheint eher das Gegenteil davon zu belegen.)

Diese Hypothese findet bis zu einem gewissen Grade ihre Bestätigung in dem Nachweis von Grundbesitz bei Laureion für die Nachkommen Nikeratos' im 4. Jh., obzwar sie als Grubenpächter nicht belegt sind. Ich hatte allerdings bereits darauf hingewiesen, daß die Präsenz von Vertretern verschiedener Generationen einer Familie unter den Gruben"unternehmern" keineswegs eine direkte Nachfolge in der ökonomischen Tätigkeit bedeuten muß.

Im Dienste der Wahrheitsfindung ist festzuhalten, daß weder für Nikeratos I. noch für Nikeratos II. auch nur die Spur ökonomischer Interessen nachgewiesen werden kann. Andererseits ist es nicht auszuschließen, daß, wie Davies meint, die Lage in den Minen für die Schrumpfung des Nikiasvermögens ebenfalls eine Rolle spielte. Doch kehren wir zu den Quellen zurück. Nach Lysias bestand Nikias' Besitz vorwiegend in Bargeld. Dies bestätigt auch Plutarch (Nik., 4, 2). Des weiteren hatte wiederum nach Lysias Nikeratos weder Gold noch Silber hinterlassen: Das übrige Vermögen wurde auf 14 Talente geschätzt. Mit anderen Worten: Es waren gerade jene Geldmittel des Nikias, die in dieser Aufzählung fehlten. Sklavenflucht und andere Unannehmlichkeiten im Bergwerksgeschehen hätten lediglich eine gewisse Einschränkung der Einkünfte mit sich gebracht.

Davies' Annahme erklärt also den Vorgang nicht, obwohl die notwendige Information in greifbarer Nähe liegt. Davies selbst berichtet von den ungeheuren Summen, die Nikias für öffentliche Zwecke und Weihungen an die Götter ausgab (hierher gehören auch die mit der berühmten Furcht vor den Zuträgern verbundenen Ausgaben - Plut., Nik., 4, 3, f., vgl. 5, 5). Legen wir unseren Beobachtungen unsere Kenntnisse von Nikias und seiner Tätigkeit zugrunde, so drängt sich der Schluß auf, daß auch seine Teilnahme an den militärischen und politischen Unternehmungen des Staates Athen ihm beträchtliche Opfer abverlangte. Mit Blick auf Nikeratos wäre zu sagen, daß während des Dekeleischen Krieges der Druck des Staates auf reiche Bürger wahrscheinlich stark zunahm (seine privaten Ausgaben sind ersichtlich aus Xen., Symp., 3, 6).

Der Besitz von Nikides von Melite wurde im Zusammenhang mit dem Hermokopidenprozeß eingezogen und verkauft (Davies, S. 408). Dasselbe gilt für Oionias (Davies, S. 419). Hierbei verdient Beachtung, daß ein bestimmter Teil des Oioniasvermögens (wahrscheinlich der Landbesitz) für eine außerordentlich hohe Summe - über 80 Talente - verkauft wurde. Mit einer daher verständlichen Verwunderung stellt Davies fest, daß Oionias folglich einer der reichsten Athener gewesen sein muß, über den es indessen keinerlei andere Nachrichten in den Quellen gibt.

Mir scheint, daß sich auch hier einfach die Eigenart des athenischen "Überreichums" bemerkbar macht. Es handelte sich doch oft genug um "wohlfeilen", zufällig erworbenen Reichtum, der daher fast unmerklich und unerwartet auftauchte. Selbstverständlich waren Leute wie Oionias nicht "typisch" für Athen. Schon zahlenmäßig bestimmten sie in keinem Fall das Bild. Als sporadische Erscheinungen waren sie aber in gewissem Sinn durchaus "gesetzmäßig", so daß wir zufällig noch auf weitere, ähnliche Fälle treffen können.

Bemerkenswerter noch als die soeben beschriebene Situation dürfte der Umstand sein, daß des Oionias Eigentum, um das es hier geht, nicht eigentlich in Attika lag, sondern vielmehr auf der Insel Euboia. Die "Attischen Stelen", die Auskunft über den Verbleib des eingezogenen Bürgervermögens gaben, informieren recht ausführlich über Besitz im Ausland. Aus der von mir versuchten Sicht erscheint die Annahme einer Existenz von Personen dunkler Herkunft, deren Vermögen außerhalb Attikas lag oder geschaffen wurde, im Kreis der athenischen "Millionäre" durchaus einleuchtend. Ein solcher Besitz war einfacher zu verbergen, aber auch einfacher zu erwerben, Landbesitz im Wert von 80 Talenten dürfte, so scheint es mir, im eigentlichen Attika zu den allerseltensten Ausnahmen gehört haben (wenn man annimmt, daß er überhaupt möglich war).

Von den Brüdern Nausimachos und Xenopeithon schreibt Davies, daß der Wohlstand ihrer Familie keinen Bestand hatte. Den Grund dafür sah er in ihrer "bewußt zur Schau getragenen Vergeudung" (conspicuous consumption). Da er sich nicht auf entsprechende Quellenbelege beruft, bleibt unklar, um welche Ausgaben es sich hierbei handelte. Auf Seite 418 erwähnt Davies lediglich die Erfüllung bestimmter Leiturgien und spricht im weiteren davon, daß die Mitglieder dieser Familie später in dieser Funktion nicht mehr belegt sind (dem zuletzt genannten Umstand würde ich nicht zu große Bedeutung beimessen). Mir scheint, Davies hat hier die Akzente nicht richtig gesetzt. Demosthenes schreibt den beiden Brüdern in der Tat Verschwendungssucht in großem Umfang zu. Danach brachten sie ihr Vermögen in Schmausereien und Trinkgelagen durch ( τὰ... ὄντα κατεσθίουστας καὶ παροινούστας... ἀνηλωκῆναι - 38, 27, vgl. 25). Natürlich haften den in Gerichtsreden vorgebrachten Anklagen stets auch insinuiative Elemente an. Es gilt zu bedenken, daß in Athen, wo wohl höchstens 10 000 bis 12 000 Bürger lebten, es schwierig gewesen wäre (und auch unbedacht), über die Lebensweise eines jeden bewußt die Unwahrheit zu berichten. So unterscheidet sich das von Apollodoros entworfene Bild in den gegen ihn und von ihm selbst verfaßten Reden nur wenig voneinander. Was nun die Brüder Nausimachos und Xenopeithon betrifft, so rechtfertigen ihre Rechtshändel durchaus die ihnen von Demosthenes gegebene Beurteilung. Es wäre auch zu berücksichtigen, daß die Brüder ihren Umgang unter ihresgleichen suchten. Zwei von ihnen sind uns namentlich bekannt: Aristokrates und Diognetos.

Davies berichtet bemerkenswerterweise nur flüchtig von jenen Fällen, in denen es um schlichte "Verschwendungssucht" geht: Entweder verzichtet er ganz und gar auf ihre Erwähnung, oder er sucht nach alternativen Erklärungen dafür. Dies ist auch erklärlich, da die Vorstellung von einer "reinen" Vergeudung der Mittel sich im direkten Widerspruch zu seiner "ökonomischen" Betrachtungsweise des attischen privaten Reichtums befindet; das erstge-

nannte Phänomen erschien ihm untypisch, unbedeutend und wahrscheinlich sogar einer ernsthaften Erwägung nicht wert.

Sollte man sich vielleicht die Verschwendungssucht nicht nur als eine mehr oder weniger konstant auftretende Begleiterscheinung der Antike denken, sondern in ihr vielmehr einen fest integrierten Bestandteil des gesamten sozial-ökonomischen Systems erblicken? Den Duponts wäre es wohl kaum je gelungen, ihr Vermögen zu "verzehren": Nicht nur seiner unermeßlichen Größe wegen, sondern aus vielen anderen Gründen, unter denen der psychologische Standard der Epoche keineswegs eine untergeordnete Rolle spielen würde. Mit Blick auf das hier behandelte Schicksal der beiden Brüder und die Verhaltensweisen ihrer Freunde bin ich keinen Augenblick im Zweifel, daß sie es täten: Sie würden ihren Besitz "verzehren".

Zu den "Verschwendern" zählt auch der schon erwähnte Apollodor, Sohn des schwerreichen athenischen "Bankiers" Pasion. Davies registriert drei Hauptgründe für dessen finanzielle Verluste: die außergewöhnlich hohen Ausgaben für seine persönlichen, extravaganten Bedürfnisse, die teilweise über die Maßen großzügigen Ausgaben für Leiturgen sowie die Gerichtskosten (S. 440, 442). So begründet Davies' Zweifel an der Genauigkeit dieser Informationen auch sein mögen, belegen diese doch eindrucksvoll, wie Apollodor aus einem sehr reichen zu einem höchstens wohlhabenden Mann wurde (den Quellenbelegen bei Davies kann man Dem., 36, 52 und 45, 73 - 75, 85 hinzufügen, wo davon in allgemeiner Form berichtet wird, sowie /Dem./ 50 und 53, wo von den materiellen Schwierigkeiten Apollodors die Rede ist).

Möglicherweise verlor Akumenos sein Eigentum durch Vermögenseinziehung (Davies, S. 462 f.).

Den Auswirkungen des Dekeleischen Krieges sind allem Anschein nach die Verluste des Polystratos und seiner Söhne zuzuschreiben (gemeint sind hier wohl die Einbußen an Landbesitz?). Aber auch die hohen Kosten ihrer öffentlichen Verpflichtungen, für die Eisphora zu leistende Beiträge und eine anscheinend sehr hohe Geldbuße trugen dazu bei (Davies, S. 467; vgl. Lys., 20, 14, 18). Obwohl hier Übertreibungen zu erwarten wären, spricht alles dafür, daß die Familie tatsächlich ihren früheren Wohlstand verlor (s. Lys., 20, 33). In diesem Zusammenhang verdient eine kürzlich von Eberhard Erxleben gemachte Beobachtung Aufmerksamkeit: In einem olbischen Dekret<sup>5</sup> werden zwei athenischen Bürgern Privilegien erteilt, die sich auf ihre Handelstätigkeit beziehen. Bei dem einen der beiden Athener handelte es sich um den Enkel des Polystratos, Philopolis, Sohn des Philopolis aus Deirades. Erxleben äußert die Vermutung, daß die Hinwendung eines Mitgliedes dieser Landbesitzerfamilie zum Handel gezwungenermaßen erfolgte.<sup>6</sup> Dieser ebenso scharfsinnige wie bestechende Gedanke kann dennoch nur mit Vorsicht aufgenommen werden. Ein solcher "Beschäftigungswechsel" (wenn man über-

5 Inscriptiones Olbiae = Nadpisi Ol'vii, 1917 - 1965, hg. v. Akademija nauk SSSR, Institut archeologii, Leningrad 1968, Nr. 5.

6 Erxleben, Eberhard, Die Rolle der Bevölkerungsklassen im Außenhandel Athens im 4. Jahrhundert v. u. Z., in: Hellenische Poleis, hg. v. Elisabeth Charlotte Welskopf, Bd. 1, Berlin 1974, S. 489.

haupt von einem solchen sprechen kann) stelle für das alte Athen wahrscheinlich viel weniger eine Ausnahme dar als für die moderne Gesellschaft. Es ist zur Gewohnheit geworden, Vermögensinteressen und damit verbundene Tätigkeiten als feste und beständige Größen zu betrachten; Im Hinblick auf athenische Verhältnisse kann diese Auffassung in die Irre führen. Ebenso wenig bin ich davon überzeugt, daß die in den Ehrendekreten der Poleis verliehenen Vorrechte selbst bei näherer Kennzeichnung und ausschließlicher Bezugnahme auf den Bereich der Wirtschaft in allen Punkten die Realität widerspiegeln.

Davies nimmt unter durchaus berechtigtem Vorbehalt an (direkte Belege fehlen, und die Identifizierung ist umstritten), daß Pronapos' Leidenschaft für Pferde zur Verarmung der Familie geführt hat, so daß - glaubt man der Komödie - vermutlich der Sohn dieses Pronapos bereits zu den Armen zählte (Davies, S. 471).

Das Vermögen des Stephanos, des Sohnes von Tallos, belief sich zu seinen Lebzeiten auf 50 Talente, während es nach seinem Tode auf 11 Talente zusammengeschnitten war (Davies, S. 491). Lysias erwähnt an der betreffenden Stelle (19, 45 - 48) einige ähnliche Fälle, die alle der Illustration des Gedankens dienen, daß Umfang und Größe eines Vermögens oft von der Fama drastisch übertrieben werden. So dürfe man hier, streng genommen, nicht unbedingt eine wirkliche Verminderung des Besitzes annehmen. Dem Kontext zufolge nahm Lysias keineswegs Anstoß an dem Unterschied der Zahlen. Aus diesem Grund dürfte die Annahme, es handele sich hier weniger um Irrtümer der öffentlichen Meinung als vielmehr um einen wirklichen Rückgang des Vermögens, zu Recht bestehen. Wodurch die Verluste des Stephanos entstanden waren, bleibt ungeklärt.

Nur am Rande (auf S. 534) erwähnt Davies einen gewissen Diphilos, von dem lediglich bekannt ist, daß er wegen Mißbrauchs bei der Ausbeute der Minen verurteilt und hingerichtet worden war, während sein Besitz an den Staat fiel. Dieser Vorfall verdient größere Aufmerksamkeit. Wir wissen, daß der Wert von Diphilos' Besitz auf mindestens 160 Talente geschätzt wurde (/Plut. Mor., 843 D). Selbst für die zweite Hälfte des 4. Jh. ist dies eine sehr hohe Zahl; jedoch scheint sie eher unter- als übertrieben. Ferner fand eine Aufteilung dieses riesigen Vermögens unter die Bürger statt. Mir scheint, daß in dieser Geschichte der athenische "Überreichtum" als Quintessenz seiner selbst ausgedrückt ist.

Ebenso fielen die ohne große Mühe zusammengerafften Besitztümer des Ergokles und des Philokrates an den Staat (Davies, S. 542).

Über den Feldherrn Chabrias und dessen Sohn Ktesippos (S. 560 f.) äußert sich Davies nur sehr vorsichtig, wahrscheinlich viel zu vorsichtig. Er betont den Reichtum des Chabrias und dessen große Ausgaben. Von Ktesippos wird berichtet, daß er in den Genuß des väterlichen Wohlstands gelangte und auch des Vaters Fehler erbe, ohne dessen Vorzüge zu besitzen; es folgen Hinweise auf die Quellen, aber ihr Inhalt bleibt unreflektiert. Nach 322/321, heißt es weiter, findet Ktesippos keine Erwähnung mehr in den Quellen, auch ist von anderen Nachfahren des Chabrias nichts bekannt. Diese Darstellung enthält ganz offensichtlich nur einen sehr entfernten Hinweis auf ein mögliches Verschwinden des Vermögens dieser Familie. Diese von Davies überall dort geübte Zurückhaltung, wo es um den Tatbestand der "Vergeudung" von



Besitz geht, trägt lediglich zur Verschleierung des Wesentlichen bei. In der antiken Literatur ist doch gerade dieser Ktesippos als Prototyp des "Schlemmers" und "Verschwenders" für alle Zeiten abgestempelt worden (zu den Quellenverweisen bei Davies kann Plut., Phoc., 7, 3, hinzugefügt werden). Es stünde zumindest zu erwarten, daß er des Chabrias Vermögen ziemlich gebeutelt hat (s. insbesondere Men., fr. 303, Körte, u. Athen., 165 E, 166 B).

Die "Dreißig Tyrannen" zogen das große Vermögen des Redners Lysias und seines Bruders Polemarchos ein. Es entzieht sich unserer Kenntnis, wieviel Lysias von seinem Besitz zurückgewinnen konnte, doch in jedem Fall erlitt er beträchtliche Einbußen (Davies, S. 589).

Auch die namenlosen Athener aus der 25. Rede des Lysias und der 42. Rede des Demosthenes verloren ihr Eigentum durch Konfiszierung (Davies, S. 595). Im zweiten Fall könnten übrigens Umstände im Spiel gewesen sein, von denen uns nichts bekannt ist und in deren Gefolge alle Grubenpächter Verluste erlitten (s. /Dem./ 42, 3, und weiter oben).

Diesen Sachverhalten, die mehr oder minder eingehend im "Register" von Davies behandelt worden sind, lassen sich einige weitere Fälle hinzufügen, die Davies nur am Rande gestreift hat.

Aristokrates, Sohn des Skellios, ist nach der Arginusenschlacht verurteilt und hingerichtet worden (Davies, S. 57). Sein Vermögen wurde eingezogen (Xen., Hell., 1, 7, 10, 20, 22). Dasselbe Los ereilte weitere fünf Strategen: Diomedon, Erasinides, Thrasyllus, Lysias und Perikles II., den Sohn des großen Perikles. Völlig unbekannt sind ihre Nachkommen (Lysias und Thrasyllus sind in Attika häufig vertretene Namen). Aristokrates und Perikles gehörten begüterten Familien an. Die Vermögenslage der übrigen Personen ist ungeklärt (Thrasyllus war möglicherweise einst arm - s. Athen., 534 E). Doch ihnen allen hatte sich während ihrer erfolgreichen militärischen Operationen in den Gewässern und an der Küste Kleinasiens hinreichend Gelegenheit geboten, Reichtümer zu sammeln (s. zur Anklage des Erasinides, der öffentliche Gelder veruntreut habe, Xen., Hell., 1, 7, 2, u. Schol., ad Aristoph., Ran., 1196).

Gylon war zum Tode verurteilt worden, während sein Vermögen vermutlich der Einziehung durch den Staat unterlag (vgl. ausführlicher Davies, S. 121). Ihm selbst gelang allerdings die Flucht auf den Bosporos, wo er zu Reichtum kam (s. weiter oben). Er galt aber später in Athen als Staatsschuldner, was möglicherweise seinen Verwandten einige Unannehmlichkeiten einbrachte (Davies, S. 128 f.).

Ohne Zweifel wurde auch das Vermögen des Tyrannen Hippias nach seiner Verbannung aus Athen eingezogen (s. über den Verkauf des peisistrategischen Besitzes Herod., 6, 121, 2).

Aus uns unbekanntem Gründen verarmte der frühere Herr des Pasion (PA, 2405), der "Bankier" Arcestratos bzw. dessen Sohn Antimachos (PA, 1113; Davies, S. 428 f.). Davies erwähnt Arcestratos nur in der Biographie des Pasion. Es handelte sich jedoch bei ihm um einen Athener, der so reich war, um als Bürge für eine Summe von 7 Talenten zu agieren (Isokr., 17, 42). Er hätte in Davies' "Register" mit einem eigenen Lemma eingeordnet werden müssen.

Beschlagnahmt wurde wahrscheinlich auch das Eigentum des zusammen mit Phokion hingerichteten Pythokles (s. zu seinem Reichtum und der möglichen Identifizierung Davies, S. 485).

Einer der "Dreißig Tyrannen", Charikles, Sohn des Apollodor, ging ins Exil; sein Vermögen unterlag der Beschlagnahme (möglicherweise sogar zweimal - s. Davies, S. 502 f.). Als einer der führenden Köpfe der "Dreißig" muß er zeitweilig ein sehr reicher Mann gewesen sein.

Ein anderer Charikles, der Schwager des Phokion, den Davies nur beiläufig erwähnt (S. 560), ist in Abwesenheit zum Tode verurteilt worden (Plut., Phok., 35, 4; über seine Beteiligung an der Harpalosaffäre s. weiter oben).

Dem Feldherrn Timotheos legte man eine Geldbuße auf, die ihn ihrer Höhe wegen unerbittlich zum Ruin führen mußte und die erst später von seinem Sohn Konon (III.) verringert und vollständig beglichen werden konnte; dieser blieb der eindrucksvollen Liste der von ihm übernommenen Leiturgien zufolge ein reicher Mann (Davies, S. 510 f.). Davies verweist auf die für die Biographie des Timotheos charakteristische "wirtschaftliche Instabilität". Er fügt sogar hinzu, daß auch andere bedeutende Vertreter der Öffentlichkeit solchen Erscheinungen der Instabilität unterworfen waren (S. 509). Eine völlig richtige Feststellung! Eine detailliertere Kenntnis der Einnahmen und Ausgaben der militärischen und politischen Spitzen der athenischen Gesellschaft würde ein verblüffendes Bild zutage fördern. Im Grunde unterhöhlt Davies mit diesem Zugeständnis seine sonst vertretene Auffassung. Darüber hinaus zeigt seine eigene Analyse anschaulich, daß der Wohlstand des Timotheos nicht von den Ländereien (bzw. anderen Arten "produktiven" Eigentums), die er besaß, abhing. Vielmehr war er von den Geldmitteln bestimmt, die Timotheos während seiner Feldzüge erwarb und ausgab. Das alles hat so wenig mit einer sorgsam und umsichtigen Wirtschaftsführung gemein, daß ich versucht bin, zur Klärung des betreffenden "psychologischen Klimas" metaphorisch zum Bild des "Goldfiebers" oder des mit Hasard betriebenen Kartenspiels zu greifen. Ich bin mir des Risikos solcher Analogieschlüsse durchaus bewußt und meine dennoch, daß sie uns eher helfen können, das Wesen des antiken "Überreichtums" zu erfassen, als jene Vergleiche, denen die Besonderheiten der bürgerlich-puritanischen Praxis und Moral zugrunde liegen.

## 2. 2. Ergänzungen zu Davies' "Register"

Meine Untersuchung habe ich auf Angaben über einen Personenkreis aufgebaut, der auf diese oder jene Weise im "Register" von Davies Erwähnung findet (mit Ausnahme einiger Kollegen des Aristokrates im Strategenamte). Insgesamt handelt es sich um nur 62 Personen, Metoike ist allein Lysias, alle anderen sind athenische Bürger. Die wichtigsten Ereignisse ihres Lebens datieren - mit Ausnahme von Hippas - in das 5. und 4. Jh. v. u. Z. Davon werden 39 von Davies auf der Grundlage eines formalen und ziemlich undynamischen Kriteriums - der Übernahme von Leiturgien - eingestuft. Meiner Auffassung nach lassen sich dieser Liste noch 9 weitere Personen hinzufügen - Agyrrios, Charmides, Ergokles, Philokratos, Erasinides, Pe-

rikes II., Hippias, Archestratos und Charikles (der Tyrann) -, womit 48 Athener dieser Kategorie angehören würden.

Darüber hinaus sind noch einige weitere Personen, die Davies nicht aufführt, als wahrscheinlich reiche Bürger anzusehen.

So fällt Agasias aus Acharnai unter diese Rubrik: Plutarch berichtet von ihm, daß er, einst reich und von guter Herkunft, infolge von Xerxes' Einfall nach Hellas verarmte (Kirchner übernimmt in PA, 115, die Lesung Ἀγησίας, vgl. aber PA, 96 - Ἀγασίας Ἀγαρ(νεύς) - in einer samischen Inschrift des 4. Jh. als Schatzmeister bezeichnet: Michel, 832). Das gleiche Schicksal ereilte Aischines aus Lamprai (PA, 357 - s. Plut., Aristeid., 13, 3 u. 1).

Des Feldherrn Timotheos Schatzmeister Antimachos (PA, 1110) hatte sich wohl die Veruntreuung beträchtlicher Mittel zuschulden kommen lassen, wenn sein gesamtes Vermögen im Jahre 373 beschlagnahmt und verkauft worden ist (/Dem./ 49, 10 u. 45).

Der Redner Antiphon (PA, 1304) wurde unter Einziehung seines Besitzes hingerichtet (/Plut./ Mor., 834 A, vgl. 833 A). Offenbar hat ihn der antike Biograph mit einem anderen Antiphon verwechselt, da er ihm die Ausübung der Trierarchie zuschrieb (Davies, S. 327). Jedoch gibt es andere gute Gründe für die Annahme, daß Antiphon reich gewesen ist: seine Tätigkeit als Logograph (/Plut./ Mor., 832 C; Philostrat. Vit. Soph., 1, 15, 2) sowie die ihm zugeschriebene Gewinnsucht (/Plut./ Mor. 833 C). Das Schicksal des Antiphon teilte Archeptolemos, ein Sohn des berühmten Baumeisters Hippodamos (PA, 2384). Zweifel an dieser Herkunft des Archeptolemos, wie sie etwa Alfred Burns<sup>7</sup> geäußert hat, scheinen mir unbegründet. Hippodamos verfügte wohl über ausreichende Gelegenheiten und auch Verbindungen, um für sich und seinen Sohn das athenische Bürgerrecht zu erlangen. Solange, wie wir nichts über einen Hippodamos aus Agryle wissen (der mit dem gleichnamigen Baumeister nicht identisch ist), müssen wir letzteren für den Vater des Archeptolemos halten. Unabhängig davon läßt aber auch die aktive politische Tätigkeit des Archeptolemos in den Jahren zwischen 420 und 410 in ihm einen zumindest wohlhabenden Menschen vermuten. Allerdings kann nicht übersehen werden, daß die Nachrichten des Scholiasten (ad Aristoph., Eq., 327) über Archeptolemos hoffnungslos durcheinandergebracht sind.

Möglicherweise hat Fabricius (PWRE, VIII, 1733) recht, wenn er meint, daß die Nachricht des Scholiasten über das angeblich (von Hippodamos?) an den Staat abgetretene Haus im Piräus sich eigentlich auf das Haus des Archeptolemos bezieht, das nach dessen Hinrichtung konfisziert und zerstört wurde. Diese Korrektur würde erheblich zur Klärung der Situation beitragen.

Die Geschichte des Aristarch, der "aus reichem Hause" stammen soll und zu Verbannung verurteilt wurde (PA, 1665, s. Aischin., 1, 171 - 172, vgl. 2, 166; Dein., 1, 30), scheint im großen und ganzen wahr zu sein, obwohl der Bericht über die drei angeblich von Demosthenes angeeigneten Talente etwas tendenziös wirkt.

7 Burns, Alfred, Hippodamos and the Plannt City, in: Historia, 25, 1976, S. 415, 425 - 427.

Als bekannter Verschwender wird ein gewisser Diodor erwähnt (er fehlt in PA), der das väterliche Erbe innerhalb von zwei Jahren durchbrachte (Alexid., fr. 105 K; vgl. fr., 246 über Epicharides. Ungeklärt bleibt allerdings, inwieweit es sich hierbei um real existierende Personen handelte). Ähnliche Vorwürfe sind gegen die Brüder Autokles und Epikles (PA, 2718 u. 4844) bekannt geworden (Athen., 12, 537 C), ebenso gegen Polyuktos (viell. PA, 11950; s. Anaxandrid., fr. 45 K) und Nikias aus Pergase (PA, 10821; s. Athen., 537 C; Ael., V. h., 4, 23). Sein wahrscheinlich beträchtliches Vermögen büßte Kallimachos (PA, 7996) unter der Herrschaft der "Dreißig Tyrannen" ein (Isokr., 18, 6, 35; vgl. 41, 48). Für die Zeit der Tyrannis zeichnet sich ohnehin eine starke Tendenz zur Umverteilung des Eigentums ab, was unabhängig von den folgenden Restaurierungsversuchen zu einem spürbaren Schwund großer Vermögen führte. Es waren hauptsächlich Immobilien, die an ihre alten Besitzer zurückfielen, während die Geldmittel unwiderruflich verloren waren (s. Lysias, 34, 5 u. Oxyrh., P., 13, 1606, Z. 38 - 48). Sollte unsere Grundthese stimmen, daß Reichtum vorwiegend durch Anhäufung von Geldmitteln erworben wurde, so kann man sich die Ausmaße seiner Zirkulation unter den Bedingungen eines terroristischen Regimes leicht vorstellen.

Timagoras (PA, 13595) verdankte seinen Reichtum den persischen Geschenken (Demosthenes spricht von 40 Talenten - 19, 137; vgl. Plut., Artax., 22, 9 - 12 u. Pelop., 30, 9 - 12), wurde vor Gericht gestellt und hingerichtet (Dem., 19, 31, 137, 180). Selbstverständlich beschlagnahmte man auch sein Geld. Davies hätte ihn unbedingt in sein "Register" aufnehmen müssen.

Davies (S. 517) fragt nicht nach dem Schicksal des großen Vermögens, das Hyperbolos gehörte. Obwohl der Ostrakismos eine Vermögenseinzziehung nicht nach sich zog, muß wohl dennoch vermutet werden, daß seine Anwendung für den Betroffenen zu materiellen Komplikationen führte. Möglicherweise reflektiert die Komödie gewisse Verluste des Hyperbolos (Plato, com., fr. 169 K; vgl. zu Hyperbolos weiter oben). Immerhin deuten Verbannung und Tod des Hyperbolos in der Fremde und das völlige Verstummen der Quellen über irgendwelche Nachkommen in Attika auf eine Kassierung seines Besitzes hin.

Philokrates aus Hagnous, ein bekannter Redner und Staatsmann (PA, 14599), ging in die Verbannung, während man sein Eigentum einzog. Er war reich genug, um für eine Aufnahme in Davies' "Register" würdig zu sein. Auch im Exil blieb er ein wohlhabender Mann; doch ist für unser Anliegen von Interesse, daß der Konfiszierung verschiedene Immobilien in Attika anheimfielen (s. weiter oben).

Der Versuch einer ausgewogenen Zusammenschau einiger unterschiedlicher, allerdings ziemlich unsicherer Quellenzeugnisse über Phormion, den Strategen des 5. Jh. (PA, 14 958), läßt die Vermutung zu, daß ihn eine hohe Bußgeldzahlung sowie die mit seiner Amtsausübung verbundenen Kosten ruinierten (Paus., 1, 23, 10 u. Schol., ad Aristoph., Pax., 347).

An den Staat fiel auch die Habe des Phrynichos (PA, 15 011; Schol., ad Aristoph., Lysistr., 313) und des Pisandros (PA, 11770; Lys., 7, 4). Berücksichtigt man ihre in ziemlich gleichen Bahnen verlaufende politische Biographie, so kann man wohl annehmen, daß sie zum Zeitpunkt der Beschlagnahme keineswegs zu arm waren.

Ein Bürger aus dem Demos Chollidai, dessen Namen nicht erhalten ist (dem Kontext zufolge ein reicher Mann), wurde von der Hetäre Antigone ruiniert (Hyper., 3 /Athen., /, Kol., 1, 3).

Es leuchtet mir auch nicht ein, warum man der traditionellen Erzählung vom "Menschenfeind" Timon (PA, 13 845), der infolge seiner "Verschwendungs-sucht" und "Philanthropie" zugrunde gegangen ist, nicht zumindest in all-gemeinen Zügen Glauben schenken soll. Diese Nachricht ist natürlich nur in der späten Literatur überliefert (Luk., Tim., 5, 7; Alkiph., 2, 32; vgl. Tzetz., Chil., 7, 273 - 286).

So kommen also zu dem ursprünglichen Quellenbefund noch weitere 20 Namen hinzu (bzw. 15, wenn man die "Verschwender" ausschließt). Das heißt, daß uns etwa 80 reiche Athener bekannt sind, die ihr Vermögen so oder anders "ausgegeben" haben (an Fällen des Besitzverlustes steigt die Zahl noch, da einige der genannten Personen mehrfach höhere, also erwähnenswerte Verluste erlitten haben).

Da die Auswahl hier natürlich nicht zufällig getroffen ist, wäre es unvorsichtig, das gebotene Material als allen Anforderungen der Statistik entsprechende Information zu betrachten. Andererseits darf es durchaus als repräsentativ angesehen werden: vor allem dank seines als sehr bedeutend definierbaren absoluten Umfangs. Selbst bei ganz penibel geführten Berechnungen können wir feststellen, daß wir recht genau über das Schicksal von gut einem Zwanzigstel jener großen Vermögen unterrichtet sind, die Davies registrierte (unter Berücksichtigung meiner Ergänzungen wird der Proporz noch günstiger). Abgesehen davon, daß die Anzahl der Vermögen hinter der ihrer Besitzer zurücksteht, war doch offensichtlich nur ein gewisser Teil der reichen athenischen Bürger vom Ruin betroffen. Der Proporz muß also bis zu einem Fünftel oder noch höher angehoben werden, womit man sich zwar auf dem unsicheren Terrain der Schätzungen, aber doch auf dem richtigen Weg befindet. Dies wäre aus statistischer Sicht sehr hoch. Die getroffene Auswahl kann also mit Erfolg weiteren Untersuchungen zugrunde gelegt werden, besonders dann, wenn man über größeres ergänzendes Material verfügt.

Auffällig ist vor allem die sich deutlich abzeichnende Tendenz zu einer Dominanz der "außerökonomischen" Gründe des Verarmungsprozesses. Mit Ausnahme einiger weniger unklarer Fälle haben die meisten ihren Besitz unabhängig von seiner Zusammensetzung, den Einkommensquellen, aus denen er gespeist wurde, bzw. den persönlichen kommerziellen Fähigkeiten usw. verloren.

Zwei Drittel der genannten Personen erlagen dem unmittelbaren Eingriff der Staatsmacht: durch Beschlagnahme, Bußgelder, Verbannung. Selbstverständlich ist dieser Informationsfluß durch den Zustand und den Charakter unserer Quellen bedingt. Wenn die Übernahme von Leiturgien zu einer gewissen Vermögensabschöpfung führte, so bedeutete die Konfiszierung den sozialen Niedergang. Hierbei handelte es sich um eine allgemein bekannte, unumstößliche Veränderung qualitativer Art, die vom Staat registriert wurde und daher die volle Aufmerksamkeit auf sich konzentrierte. Es kommt hinzu, daß gut die Hälfte der Untersuchten auf politischem oder militärischem Gebiet tätig war, denen stets als unabdingbarer Bestandteil ihrer Laufbahn

die Eisangalie dronte: die politisch gefärbte Anklage wegen Annahme von Bestechungsgeldern und Aneignung öffentlicher Mittel mit anschließender Gerichtsverhandlung.

In diesem Zusammenhang empfiehlt es sich, einige Worte über den Versuch einzuflechten, die Athener von einer bereits im Altertum verbreiteten Anschuldigung reinzuwaschen, derzufolge sie als "schwer zu ertragendes Volk" galten, so daß ihre "besten Köpfe" es vorzogen, ihren Wohnsitz so fern als möglich vom Heimatland aufzuschlagen (s. etwa Theopomp., ap. Athen., 532 B).

Ich beziehe mich auf den Beitrag von Paul Cloché.<sup>8</sup> Theopomp sprach vor allem von den Militärs, Cloché hingegen ausschließlich von den Staatsmännern, aber prinzipiell gibt es da keinen Unterschied, und sowohl die Methode als auch die Arbeitsergebnisse der Studie von Cloché sind so aufschlußreich, daß sie allgemeingültige Bedeutung besitzen.

Dem Verfasser ging es um die erneute Prüfung einer in der Geschichtsschreibung zum Topos avancierten Auffassung, derzufolge die athenischen Staatsmänner einem ständigen Druck von seiten der Sykophanten sowie der Rechtsbehörden mit allen daraus folgenden Konsequenzen ausgesetzt waren. Da er an dieser Sicht Zweifel hegt, wendet er sich von den subjektiven Urteilen der alten Schriftsteller den Quellenbelegen zu, die Auskunft über das persönliche Los der athenischen Politiker geben können. Dies verdient unsere ungeteilte Zustimmung: Cloché greift zur statistischen Methode und dagegen ist, jedenfalls prinzipiell, nichts einzuwenden.

Cloché's Auswahl umfaßt 40 bis 50 Personen, alles führende Repräsentanten des athenischen Gemeinwesens im 4. Jh. Bei 12 Personen liegen keinerlei Angaben vor, daß sie in Gerichtsprozesse verwickelt gewesen seien. Von 16 Personen ist bekannt, daß sie einmal vor Gericht gestanden haben. In zwei Prozesse waren 10 Personen verwickelt und in weitere drei 2, während über 6 Personen die Information vorliegt, daß sie als Ankläger auftraten oder mehrfach angeklagt waren. (Cloché sondert jene, die nur als Ankläger bekannt sind, nicht eigens aus. Es handelt sich um 8 von 35 Personen, die an Prozessen beteiligt waren.)

Cloché's zweite statistische Operation beschäftigt sich mit all denen, die infolge eines Gerichtsverfahrens arg gelitten hatten. Dies betraf insgesamt nur 15 bis 16 Personen, also etwa ein Drittel der untersuchten Fälle. Darunter waren 6 hervorragende Politiker: Andokides, Epikrates, Kallistratos, Demades, Demosthenes und Phokion. Zu den anderen bedeutenden Staatsmännern - Kephelos, Archinos, Kephisodotos, Hegesippos, Euboulos, Lykurg, Hypereides - sei angemerkt, daß sie entweder gar nicht im Zusammenhang mit Prozessen genannt sind oder nicht verurteilt wurden.

Es handelt sich hierbei um zwei miteinander nicht vergleichbare Erhebungen, die jeweils einzeln zu untersuchen sind. Im ersten Fall überrascht die Leichtfertigkeit. Es ist nicht damit getan, den chronologischen Rahmen der Auswahl weiter auf das 5. Jh. und die letzten Jahrzehnte des 4. Jh. auszu-

<sup>8</sup> Cloché, Paul, Les hommes politiques et la justice populaire dans l'Athènes du IV<sup>e</sup> siècle, in: Historia, 9, 1960, S. 80 - 95.

dehnen, um eine angeblich größere Anzahl von gerichtlich belangten Personen zu erhalten. Auch die einer gewissen Subjektivität nicht entbehrende Auswahl (Gewichtung) des untersuchten Personenkreises mag noch hingehen. (Warum fand beispielsweise Aristokles Aufnahme in diese Liste, während die Redner Pytheas und Hagnonides nicht aufgenommen wurden; der erstgenannte wurde verbannt, der andere hingerichtet?) Vielmehr besitzen wir in dem vorgelegten Material nicht die für herkömmliche statistische Untersuchungen notwendige Grundlage. Es verhält sich tatsächlich so, daß von den 12 nicht "vor Gericht gestellten" Personen nur 2 - Kephalos und Kephison - besser dokumentiert sind, während über die anderen 10 die Überlieferung höchst spärlich fließt. Was wissen wir schon über Demotion, Aristokles, Demostratos, Aisimos, Lykephos? Unter denjenigen, die nur "mit einem Prozeß" belastet sind, begegnen völlig Unbekannte weniger. Aber auch hier ist mit Ausnahme von Phokion auf Vollständigkeit der biographischen Angaben nicht zu hoffen. Von den 8 in mehr als drei Gerichtsverfahren verwickelten Personen sind 4 durch eine zusammenhängende Lebensbeschreibung bestens dokumentiert (Aischines, Lykurg, Hypereides und Demosthenes) und auch über Kallistratos und Demades wissen wir verhältnismäßig viel. Eher dem Zufall zuzuschreiben ist die Überlieferung, derzufolge Aristophon 75mal auf der Grundlage der Eisangelie vor Gericht geladen wurde. Allein Euboulos, von dem es heißt, er habe nur als Ankläger vor Gericht gestanden, ist wenig belegt. Hieraus läßt sich deutlich eine Tendenz ableiten: Je mehr wir von dem Lebensweg eines athenischen Staatsmannes wissen, um so größer ist die Chance, ihn unter denjenigen anzutreffen, die so oder anders in einem Gerichtsprozeß verwickelt waren. Cloché's "Statistik" krankt bereits an der Wurzel, weil es ihrem "Fundament" schlichtweg an ausreichendem faktischem Quellenmaterial mangelt.

Clochés Auswahl belegt, wenn überhaupt, so nur eines: Wenigstens drei Viertel der athenischen Gesandten und Redner haben in ihrem Leben zumindest einmal vor Gericht gestanden, während alle weiteren Informationen mit wenigen Ausnahmen für größere Schlußfolgerungen nicht ausreichen. Berücksichtigt man die Äußerungen der Redner selbst (beispielsweise Dem., 18, 249; 22, 66 = 24, 173; Dein., 1, 100; vgl. /Dem./ 10, 70), so erkennt man leicht, daß sie sich des Risikos ihrer Beschäftigung völlig bewußt waren. Sollte es aber einigen von ihnen gelungen sein, Vorladungen oder gar Verurteilungen zu verhüten, so lassen sich lediglich Vermutungen darüber anstellen, welche Anstrengungen, Kompromisse und Ausgaben dazu nötig waren.

Nicht viel anders verhält es sich mit der zweiten statistischen Erhebung Cloché's, der zahlenmäßigen Festschreibung der verurteilten Politiker. An sich ist diese Erhebung im Gegensatz zur ersteren statistisch gerechtfertigt: Todesurteil, Vermögenseinziehung und Verbannung, an exponierten Personen vollzogen, bilden Ereignisse, die sich der Aufmerksamkeit der Zeitgenossen nur selten entziehen können. Aber auch hier empfiehlt sich, ein mögliches Informationslimit im Auge zu behalten. So hat man erst 1906 von der Verurteilung der 4 Gesandten im Jahre 391 durch die Entdeckung eines neuen Philochorosfragmentes erfahren. Wer vermag sich schon dafür zu verbürgen, daß Dutzende anderer, auf dem Feld der Politik Tätigen ihr Leben in Sicherheit und Ruhe vollendeten: Personen, von denen wir oft nicht mehr als den Namen und einige wenige Überlieferungsfetzen besitzen? Streng genommen wüßten wir doch höchstens anderthalb bis zwei Dutzend athenischer

Staatsdiener im 4. Jh. zu nennen, von denen es ausreichende biographische Nachrichten gibt, um kompetent urteilen zu können: Es sind jene 14 Personen, die Cloché als die bedeutendsten hervorhebt. Davon ist einzig Lykurg als derjenige bekannt, dem nachweislich keinerlei Schaden entstand (s. aber /Plut./Mor., 842 A u. F zu ihm selber; ebenda, 842 E, u. Dem., Ep. 3, 6, über seine Söhne). Weniger sicher muß man sich in dieser Frage bereits bei Kephalos, Archinos, Euboulos, Kephisodotos und Hegesippos fühlen. Thrasybul aus Steiria bewahrte möglicherweise der Tod vor dem Los seines engsten Kampfgefährten Ergokles (s. Lys., 28, 4, 8). Hypereides kann man wohl kaum zu denen zählen, die den Gefahren einer politischen Laufbahn glücklich entronnen sind. Sein, obwohl durch äußere Kräfte bewirkter tragischer Tod (aber eben nicht ohne Beschlußfassung der Volksversammlung geschehen - Plut., Dem., 28, 2, 4) wurzelte natürlich in jenem Risiko, dem alle athenischen Staatsmänner ausgesetzt waren.

Versuchen wir dennoch, unseren Standpunkt mit den Erhebungen Clochés in Einklang zu bringen, obwohl diese Korrekturen seine Argumentation zweifellos schwächen werden. Nehmen wir an, daß nur ein Drittel (wenn nicht die Hälfte) aller athenischen Staatsmänner ihre Karriere "auf dem Schafott" beendete bzw. verbannt wurde, ins Gefängnis kam oder an einer ruinösen Geldbuße zugrunde ging. Ist das nun viel oder wenig? Selbstverständlich fänden sich andere Gesellschaftsordnungen oder Epochen, in denen ein solcher Proporz niemanden auch nur in Erstaunen versetzen könnte. Unter den Bedingungen des verhältnismäßig stabilen demokratischen Systems, als das uns das Athen des 4. Jh. geläufig ist, muß man ihn jedoch als sehr hoch einstufen. Mir scheint daher, daß Clochés Bemühungen vor allem in einer Hinsicht nützlich waren: Das von ihm zusammengetragene Material untermauert eben gerade die seiner eigenen These entgegengesetzte Auffassung.

In einer Hinsicht kann Cloché jedoch beigepflichtet werden: Ein Gerichtsverfahren oder gar eine Verurteilung bedeuteten keineswegs den endgültigen politischen Zusammenbruch. Die Verhängung der Todesstrafe führte de facto zur Verbannung, eine Geldbuße konnte auch herabgesetzt oder ganz und gar aufgehoben werden, die Beschlagnahme des Vermögens zog nicht zwingend den totalen Ruin nach sich. Offensichtlich gab es hinreichend Mittel, sich auf den Zorn des Gerichtes einzurichten, und die "Politiker" erwiesen sich oft als erstaunlich findig, zählebig und geschmeidig, ehe ein irreparabler Schritt oder eine ungünstige Konstellation sie ins Verderben stießen.

Keine Beachtung fanden in Clochés Arbeit die athenischen Strategen. Indessen war diese Gruppe von Bürgern (denen wohl bei der Reichtumserwerbung die größten Möglichkeiten offenstanden) der Gefahr des Volkszorns wahrscheinlich nicht minder ausgesetzt als die Redner und Gesandten (s. allgemein Aristoph., Eq., 288; Plato, Resp., 553 B; /Plato/ Alkib., 2, 141 E - 142 B; Dem., 4, 47; /Dem./ 13, 5; vgl. ferner Dem., 2, 29; Hyper., 3; /Euxen./ 2). Seit den griechisch-persischen Kriegen sind bis auf die Herrschaft des Lachares (Plut., Aristeid., 26, 5; Oxyrh., P., 17, 2082, fr. 2) Dutzende von Fällen bekannt, wo Strategen gerichtlich belangt wurden. Mogens Herman hat ein beachtliches Material zu den auf der Grundlage der Eisangelie-



Klage angestregten Prozessen zusammengetragen.<sup>9</sup> In 34 Fällen wurde die Eisangelie gegen Strategen beantragt, das ist mehr als bei anderen Amtspersonen (19) und Politikern (17). Die überwiegende Mehrzahl der Fälle endete mit einer Verurteilung - meist der Todesstrafe, seltener einer hohen Geldbuße. Die Eisangelie diente also als Waffe, die das Volk vorwiegend gegen seine Feldherren richtete.<sup>10</sup> Man kann dieser Erkenntnis nur beipflichten. Darüber hinaus zwingt Hansens Arbeit zu dem Eingeständnis, wie oft nun schon die politische Bedeutung dieser endlosen Kette von Gerichtsprozessen Gegenstand von Untersuchungen gewesen ist und wie selten - wenn überhaupt einmal als Einzelproblem - ihr sozialökonomischer Aspekt Beachtung fand. Indessen ist aber schnelle und uneingeschränkte Reichtumsanhäufung vor allem für politische und militärische Führer charakteristisch. Von diesem Standpunkt betrachtet, stellen die gegen Redner und Strategen erhobenen Vorwürfe und Anklagen eine Reaktion auf die Entstehung des "Überreichtums" dar. Offensichtlich bewirkte in einer so kleinen Gesellschaft wie Athen die Politik der Vermögenseinziehung bei einigen Dutzend (vielleicht auch hundert?) reicher Bürger eine beträchtliche Umverteilung von Eigentum.

Natürlich blieben Hinrichtungen, Beschlagnahmen und Geldbußen nicht auf den kleinen Kreis der Redner und höchsten Staatsbeamten beschränkt. Repressalien sowohl mit Massencharakter als auch individueller Art sind in der athenischen Literatur in großer Zahl belegt (s. die allgemeine Beurteilung bei Isokr., 15, 160), aber dokumentarisch auch in den "Attischen Stellen" und den "Abrechnungen der Poletai" nachweisbar.

Verhältnismäßig bescheiden nimmt sich in unserer Materialsammlung die Übernahme von Leiturgien und mehr noch die Zahlung der Kriegssteuer aus. In der Literatur herrscht dazu eine gewissermaßen am Prinzip der goldenen Mitte orientierte Auffassung: Die Übernahme öffentlicher Verpflichtungen verursachte erhebliche Kosten und konnte zeitweilig eine materielle Notlage des Betreffenden heraufbeschwören, bewirkte aber keinesfalls seinen Ruin. Das heißt, daß ihre Durchführung hauptsächlich zu Lasten der laufenden Einkünfte, nicht aber des "Grundkapitals" ging. Außergewöhnliche Fälle, von denen man hin und wieder lesen kann, waren entweder die Folge außergewöhnlicher Situationen oder eines verständlichen Bestrebens einzelner Bürger, diese Ausgaben im öffentlichen Interesse zu übertreiben.

Wahrscheinlich kann man sich, wenn auch unter Vorbehalt, dieser Sicht eines gemäßigten Skeptizismus anschließen. Unabhängig davon, wie das berüchtigte "Timema" - die Vermögensschätzung - auch immer ausgesehen haben mag, dürfte man doch auf jeden Fall davon ausgehen, daß die Geldmittel - ob nun in bar oder als Zinsen - einer Besteuerung leicht entzogen werden konnten. Wahrscheinlich lag diese Tatsache einer Unterscheidung von ουσία φανερά und ουσία ἀφανής, also der "sichtbaren" und der "unsichtbaren" Habe, zugrunde. Es lag wohl in einem hohen Maße im Ermessen eines reichen Bürgers, auf welche Weise er der Leiturgieverpflichtung nachkam, hing also

9 Hansen, Mogens Herman, *Eisangelia. The Sovereignty of the People's Court in Athens in the fourth century B. C. and the impeachment of generals and politicians*, Odense 1975.

10 Ebenda, S. 58 - 65.

davon ab, welchen Teil seiner Geldmittel er "sichtbar" machen wollte, der folglich auch der Verpflichtung zur Leiturgie unterlag. Dies bedeutete natürlich, daß das "Timema" in vielen Fällen der realen Vermögenshöhe nicht entsprach, wobei vor allem Geldreichtum vorteilhaft verborgen werden konnte. So sind die Opfer dieses Besteuerungssystems unter den weniger reichen Bürgern zu suchen, deren Besitz vor allem in Immobilien, Sklaven u. dgl. bestand. Für sie bedeutete die Leiturgie eine schwere Last. Nur so erschließen sich beispielsweise die häufigen Hinweise auf die ruinierenden Auswirkungen der Trierarchie (s. z. B. Aristoph., Eq., 912 - 918; Lys., 29, 4; Xen., Devect., 3, 8; Isokr., 18, 62 - 64; Aischin., 3, 19; Dem., 18, 102 ff.; Hypereid., fr. 43 (134), ebenso über die ewigen Schwierigkeiten Apollodors /Dem./ 50), der Choregie (Dem., 21, 61; Plut., Mor., 349 B), der Leiturgien und der sonstigen Lasten im allgemeinen (Xen., Oikon., 2, 5 - 7; Lys., 26, 22; 19, 9, 59 - vgl. dazu weiter oben - 19, 42; Isai., 5, 43, fr. 29/Th.; Isokr., 8, 128; Theophr., Char., 26, 6; vgl. aber auch Dem., 38, 26, vgl. 25, sowie auch Dem., 21, 189). Dort, wo vom Ruin im Gefolge der Kriegshandlungen berichtet wird, geht es (zumindest teilweise) höchstwahrscheinlich auch um Leiturgien und sonstige Abgaben. Finanzprobleme, die für den betreffenden Personenkreis mit der Ausübung der Trierarchie entstanden, spiegeln offenbar die in den tabulae curatorum navalium enthaltenen Angaben zu den Verschuldungen ehemaliger Trierarchen wider; Dies trifft insbesondere auf jene Fälle zu, wo das Doppelte der geschuldeten Summe auf dem Gerichtsweg eingetrieben wurde.

Der Verlust, den große Vermögen infolge der Leiturgien zu verzeichnen hatten, ergab sich aus sehr konkreten Sachverhalten. Wenn er etwa während des Dekeleischen Krieges zum Ruin führte (s. Isokr., 18, 62 - 64), so waren die Folgen in friedlicheren Zeiten zeitweiliger Mangel an Liquidität, Anleihen (/Dem./ 50, 17, 56), Verpfändung von Eigentum (Dem., 47, 54; /Dem./ 50, 7, 13, 61), und höchst selten kam es zu einem Verkauf (bezeichnend für eine solche Situation ist, der in Dem., 47, 54, erwähnte Verkauf von Hausgerät). Man hat den Eindruck, daß diese Ausgaben nicht den Verlust des immobilien Besizes nach sich zogen, sondern vielmehr die vorhandenen Geldmittel belasteten.

Aufschlußreich sind in diesem Zusammenhang einige von Lysias berichtete Sachverhalte. So wendete erstens die Hauptperson der 19. Rede angeblich zwei Drittel ihrer Habe für öffentliche Zwecke auf. Aus derselben Rede erhellt zweitens, daß Aristophanes, der Sohn des Nikophemos, sein beträchtliches Erbe (um die 15 Talente - s. Davies, S. 202) auf folgende Weise verausgabte: Für etwas mehr als 5 Talente erwarb er immobilien Eigentum, etwa 3 Talente verbrauchte er für die Erfüllung von Leiturgien, fast 7 Talente investierte er in die sizilische und die kyprische Expedition. Ein äußerst interessanter Proporz!

Der Angeklagte in der 21. Rede des Lysias schlüsselt seine Ausgaben für Leiturgien auf ähnliche Weise auf (etwa 10,5 Talente über einen Zeitraum von etwa 10 Jahren; s. dazu Davies, S. 592 f.). Vielleicht errechnet Davies auf der Grundlage der gezahlten Kriegssteuer als etwaige Höhe des Gesamtvermögens richtig 20 bis 30 Talente. Auf jeden Fall muß diese Zahl als mögliches Minimum zugrunde gelegt werden. In seinen Berechnungen geht Davies aber davon aus, daß die Ausgaben von den Einkünften bestritten wurden, so daß das Vermögen erhalten blieb. Den Beweis dafür erblickt er darin, daß

hier irgendwelche Hinweise auf die Schrupfung des Vermögens infolge hoher Ausgaben für öffentliche Zwecke fehlen, wie sie nicht selten in der athenischen Gerichtspraxis vorkamen.

In diesem konkreten Fall mag Davies letztlich recht haben. Unabhängig davon jedoch habe ich meine Zweifel an seiner Methode (sie erinnert unwillkürlich an die in der Wissenschaft mit viel Aufwand geführte Diskussion über die Rentabilität der Sklavenarbeit oder die Berechnungen zur Handelsbilanz Athens). Allem Anschein nach folgt Davies der Vorstellung von einem in den Grundpositionen zumindest produktiven Eigentum unseres Atheners, zwischen dessen Verausgabung und Vermehrung eine aus unserer Sicht rationale Balance bestanden haben mußte. Dagegen spricht von vornherein, daß beim "athenischen Überreichtum" kommerzielle Denkweisen dieser Art die Ausnahme waren. Ich würde es eher so ausdrücken: In jedem Einzelfall waren die undenkbarsten Abweichungen möglich. Der Besitz hätte durchweg unproduktiv sein und das Gleichgewicht von Einnahmen und Ausgaben jedem modernen Buchhalter zur Verzweiflung bringen können. Der Angeklagte der 21. Rede des Lysias weist eben darauf hin, so man sich auf diese völlig unverbindliche Formel berufen darf, daß er "die väterliche Habe" (τὴν πατρῶν οὐσίαν - § 22) für öffentliche Zwecke verbraucht habe. In der gegebenen Situation empfahl es sich für ihn nicht, weitere Ausführungen dazu zu machen, da seine Verteidigung weitgehend auf dem Versprechen aufgebaut war, auch künftig im Staatsinteresse zu handeln (§ 14). Es scheint mir doch die Bemerkung angebracht, daß - wie in vielen anderen Fällen auch - bei schlechtem Ausgang dem Betreffenden der Verlust des Gesamtvermögens drohte.

Davies warnt vor einer Überbewertung dieser "leiturgischen Laufbahn" als für die athenische Führungsklasse typisch, da der Angeklagte seine Gründe zu haben schien, dem Staat zu willfahren, betonte er doch selbst die ungewöhnliche, übliche Normen übersteigende Höhe der Ausgaben. Dies ist scharfsinnig geschlossen und wahrscheinlich richtig! Doch "besondere Gründe" ließen sich oft genug finden, um auch selbst zum typischen Vertreter dieser Klasse zu werden, obwohl sie zugegebenermaßen im Fall der Person aus der 21. Rede des Lysias andere sein konnten als bei Aristophanes, Sohn des Nikophemos, Apollodor, den Vormündern des Demosthenes oder auch bei jenem Athener, der angeblich sein gesamtes unverpfändetes Vermögen für Leiturgien ausgab (Isai., fr. 29 Th.). Als häufigstes Motiv dürfte das Bestreben, als patriotisch zu gelten, anzusehen sein, wodurch man sich in allen gefährlichen Lebenslagen vor Schlimmerem bewahrt glaubte (wie Lysias in naïver Aufrichtigkeit darlegt; 25, 13; vgl. 26, 3 f.). Für die Griechen spielte jedoch auch ihre φιλοτιμία eine nicht geringe Rolle: Diesen Begriff kann man nur sehr vage mit "edler Eifer" übersetzen. Erstaunlicherweise finden wir bei Aristoteles die Auffassung, die reichen Leute von überflüssigen Ausgaben, also Choregie u. a. teuren, aber unnützen öffentlichen Verpflichtungen abzuhalten (Polit., 1309 a 14 - 20; vgl. Isokr., 7, 53; Dem., 21, 61; Cic., De offic., 2, 56, wo Theophrast zitiert wird und sich eine für Cicero charakteristische Kritik anschließt).

In welchem Maße die Pflicht zur Leiturgie die Reichen wirklich belastete, ist praktisch nicht festzustellen, da jeder Einzelfall anders lag. Hin und wieder führte die Ausübung von Leiturgien tatsächlich zum Ruin. Doch bildeten die öffentlichen Verpflichtungen als Ganzes nur einen Teil des den sozialen Ausgleich bestimmenden Systems. Weitere Möglichkeiten ergaben sich aus

der Erhebung hoher Geldstrafen und den Vermögenseinziehungen. Als dritte Form wäre die Tätigkeit der Sykophanten zu nennen, die natürlich vor allem die Reichen betraf. Es blieb in ihrem Fall gemeinhin mehr bei einem "Anzapfen" der großen Vermögen, doch konnten die erpreßten Summen häufig sehr beachtliche Ausmaße erreichen. Nikias' Furcht vor den Sykophanten und seine Bereitschaft, sich durch Geld von ihnen loszukaufen, wurden in der Komödie der Lächerlichkeit preisgegeben (Plut., Nik., 3 u. 5). Auch Kallias mußte sich der Sykophanten erwehren (Aristoph., Av. 285 f.), ebenso Charmides (Xen., Symp., 4, 30), Kriton (Xen., Mem., 2, 9, 1), Ischomachos (Xen., Oik., 11, 21), der reiche Angeklagte aus der 7. Rede des Lysias (§ 21), und sogar der einflußreiche Staatsmann Lykur wurde ihr Opfer (/Plut./Mor., 842 A). Schließlich spielten unter athenischen Bedingungen die Gerichtsurteile in den Vermögensprozessen, die zwar nicht zur Zerschlagung, aber immerhin zur Aufsplitterung und Umverteilung des Großeigentums führten, eine gewichtige Rolle. Von ihrem Inhalt wissen wir meistens wenig; doch dürfte feststehen, daß in vielen Fällen der Ausgang eines Verfahrens einer der streitenden Parteien auf Kosten der anderen zum Vorteil gereichte.

### 2. 3. Motivationen zur Reduzierung großer Vermögen

Für die Beurteilung dieses Systems wären zwei Sachverhalte zu berücksichtigen. Es steht außer Zweifel, daß vornehmlich große Vermögen von seiner Wirkungsweise betroffen waren. Dies versteht sich hinsichtlich der Leiturgien und der Sykophanten von selbst (wenn man einmal von der oben vorgenommenen Einschränkung absieht): Dessen war man sich bereits im Altertum bewußt (s. Xen., Mem., 2, 9, 1, 5; vgl. 4, 2, 35; Symp., 4, 30; Oikon., 11, 21; Isokr., 21, 5; /Dem./ 58, 65). Mit Vermögenseinziehung und Geldstrafen konnten selbstverständlich alle Bürger, unabhängig von ihrer Vermögenslage, belegt werden. Es ist hier jedoch mit drei Faktoren zu rechnen, in deren Gefolge sich die Repressalien hauptsächlich gegen die Reichen richteten: Einmal lag der Einleitung eines Gerichtsverfahrens gegen einen Bürger in erster Linie die vermutliche oder tatsächliche Aneignung öffentlicher Mittel zugrunde; zum anderen war die Atmosphäre der Gerichtsverhandlung und der Volksversammlung von einer a priori bestehenden Animosität gegen die Reichen geprägt (Aristoph., Vesp., 240 - 244; 286 - 289; 575; Lys., 21, 15; 27, 11; Isokr., 15, 31, 154; Isai., 11, 37 f.; Hyper., 4/Euxen./ 32; Aristot., Polit., 1320a, 10 f.; vgl. 13 f.; vgl. Ps.-Xen., Resp., Athen., 1, 13, 16)<sup>11</sup>; eine nicht geringe Rolle spielten auch finanzielle Überlegungen (Lys., 19, 11; 50 f.; 27, 1; 30, 22; Aristot., Polit., 1320a, 17 - 22).

<sup>11</sup> Zur sozialen Zusammensetzung der Heliaia vgl. Andreev, V. N., Afinska-ja Rabovladel'českaja Demokratija v Zapadnoj Istoriografii, in: Vestnik drevnej istorii (VDI), 4/1960, S. 142 - 144.

Die Zeitgenossen erkannten den sozialen Charakter des auf das Großeigentum ausgeübten Druckes durchaus. Er setzte einem sonst ungehinderten Konzentrationsprozeß Grenzen (Isokr., 15, 156; vgl. 8, 130 u. Ps.-Xen., Resp., Athen., 1, 13).

Nicht ganz so einfach verhält es sich mit der Beantwortung einer anderen Frage: Welchen Nutzen zog nun der Demos aus den harten Gerichtsurteilen? Lysias (18, 16 - 18) und Platon (Resp., 565 A - C) betonen, daß der größere Teil der aus den Beschlagnahmen fließenden Mittel an die Redner und Demagogen fiel. Vermutlich enthält dieser Vorwurf sowohl ein Körnchen Wahrheit als auch stark tendenziöse Elemente.

Ein unmittelbarer Nutzen erwuchs dem einfachen Athener natürlich dann, wenn das konfiszierte Eigentum direkter Aufteilung anheimfiel (s. /Plut./ Mor., 843 D; vgl. Plato, Resp., 565 A); mittelbar kam er dem Durchschnittsbürger beim Verkauf zugute; wenn nämlich aus dem Erlös die nötigen Besoldungsmittel bestritten werden konnten (Lys., 27, 1) bzw. andere Kosten gedeckt wurden, die der ganzen Bürgerschaft entstanden waren. Die über den Verkauf eines Besitzes geführten Abrechnungen enthalten zu wenig Material, um auf ihrer Grundlage Schlußfolgerungen über die soziale Zusammensetzung der Käufer zu ziehen. Wir haben jedoch Urkunden zu unserer Verfügung, die diesen Abrechnungen sehr nahekommen: Es sind Inschriften vom Typ der rationes centesimarum, einige Inschriften zur Bergwerkspacht und in gewisser Hinsicht auch Inschriften zur Pacht immobilien Staatseigentums. Außer den reichen Athenern, die über genug flüssige Mittel verfügten, war an allen diesen Geschäften, wenn auch in bescheidenerem Umfang, eine große Zahl einfacher Bürger beteiligt.<sup>12</sup> Nicht anders stand es wahrscheinlich auch um den Kauf konfiszierten Besitzes. Dies bedeutet, daß der Demos im Grunde die Enteignung des Großeigentums betrieb und sich dabei von eigenen materiellen Interessen leiten ließ. Der moralische Gewinn, den das Volk von diesen Beschlagnahmen davontrug, scheint in sozialpsychologischer Hinsicht nicht weniger wichtig gewesen zu sein (s. die charakteristische Stelle bei Aristophanes: Vesp., 550 - 558, vgl. 575). Die Konfiszierungspolitik erfuhr verständlicherweise in den Augen der Öffentlichkeit eine Interpretation, die sie als von den Demagogen und Rednern "zugunsten des Volkes" betrieben darstellt (Dem., 8, 69, vgl. 71; Aristot., Polit., 1320a 4 - 6).

Es hieße die Sachlage vereinfachen, wollte man darin eine zielstrebige und konsequent durchgeführte "politische Linie" der athenischen Demokratie erblicken. Bei solchen Analogieschlüssen können sich genauso viele Fehler einschleichen wie bei der Interpretation von Fragen der antiken Ökonomie. Die "Sozialpolitik" des athenischen Staates unterlag dem Gesetz der Spontaneität und bewahrte stets eine gehörige Portion konservativen Opportunismus. Zugleich muß meiner Auffassung nach das System der Leiturgen, Geldbußen, Vermögenseinziehungen usw. als spezifische Erscheinungsform des Klassenkampfes angesehen werden, ein vom athenischen Demos intuitiv erfühltes Mittel zur Nivellierung der Besitzverhältnisse und zur Umverteilung des Eigentums, ohne den radikalen Bruch mit den gesellschaftlichen Verhältnissen zu vollziehen.

12 Vgl. derselbe, in: Učenyje zapiski Leningradskogo gosudarstvennogo pedagogičeskogo instituta imeni Gercena, Bd. 164, 1958, T. 3, S. 80 f., über die Käufer in den Inschriften vom Typ Rationes centesimarum.

Wir wissen von der Existenz einer Form des Besitzverlustes, über die Davies, wie wir schon mehrfach beobachten konnten, sich nur sehr zurückhaltend und auch nur dann äußert, wenn ihm gar keine andere Wahl bleibt. Ich spreche von dem, was die Griechen als *ἀσωτία* zu bezeichnen pflegten, also von der Verschwendungssucht und dem Hang zu Ausschweifungen. Davies' Haltung hierzu ist durchaus verständlich: Derartige Vorwürfe wirken wie Verleumdungen und haben den Beigeschmack des Anekdotenhaften, da man sie in der Regel mangels verbürgter Tatbestände und Ziffern keiner stichhaltigen Kontrolle unterziehen kann.

Doch nehmen die Ausgaben für unproduktive Zwecke in unserer Liste, ganz gleich, ob es sich um überdurchschnittlichen patriotischen Eifer, verschiedene Arten von "Philanthropie" oder einen wider jede Vernunft geübten Luxus im persönlichen Leben handelte, nach den Konfiszierungen und Geldstrafen erst den zweiten Platz ein. Ich komme auf etwa 13 Fälle dieser Art, obwohl es lächerlich wäre, auf einer genauen Zahlenangabe bestehen zu wollen. Der Kreis ließe sich erweitern, nimmt man Personen mit mittelgroßen Vermögen oder solche hinzu, deren Reichtum nicht hinreichend verbürgt ist, sowie Personen, von denen unbekannt blieb, ob sie infolge ihrer "Vergeudung" schließlich doch verarmten (s. z. B. zu Hegesandros: Aischin., 1, 95; zu Timarchos: derselbe, 1, 95, 98 f., vgl. 154; zu Alkibiades "d. J.": Lys., 19, 27; zu Kriton: Ps.-Dem. 40, 58; zu Xenaitos II.: Isai., 10, 25; zur namenlosen Erbwaise: derselbe, fr. 22, Th.; zu Phokos, Phokions Sohn: Athen., 168 E). Eine solche Aufzählung bringt uns jedoch keinen Schritt über die banale Schlußfolgerung hinaus, daß etliche athenische Bürger, gerechterweise oder auch nicht, sich den Ruf von "Verschwendern" erwarben. Das Wesentliche des Problems besteht wohl eher darin, herauszufinden, ob diese vielgestaltige "Verschwendungssucht" als soziales Phänomen anzusehen ist, das dem alten Athen (oder gar dem gesamten Altertum?) in größerem Umfang anhaftete als etwa anderen Gesellschaftsordnungen oder zumindest den meisten von ihnen. Die Frage ist, ob sie hier nicht besser Früchte trug als anderswo.

Es bedarf einer komplexen Untersuchung des sozialökonomischen Lebens Athens im 5. und 4. Jh. v. u. Z., um dieses Problem zu lösen. Ich bin überzeugt davon, daß die Antwort auf die soeben hier formulierten Fragestellungen nur positiv ausfallen kann.

Bereits die terminologische Vielfalt der für unproduktive Kosten bezeugten Bezeichnungen spricht dafür. Größere Bedeutung besitzt allerdings das Material der athenischen Literatur, das wir hierfür heranziehen können.

Der "Verschwender" - meist ein junger Mann, der entweder ein reiches Erbe angetreten hat oder in Erwartung desselben lebt - zählt zu den typischen Helden der Komödie (s. z. B. Aristoph., Nub., 12 - 18; 438 f., passim; Plut., 142 - 144; Men., fr. 287, Körte; Anaxipp., fr. 1 K; Adesp., fr. 848 K). Nicht selten richtete sich diese Anklage gegen Personen, die es tatsächlich gab oder von denen man annehmen kann, daß sie gelebt haben (so gegen den Redner Kallisthenes, PA, 8090 - Antiphan., fr. 26 K; gegen Polyeuktos, vielleicht PA, 11950 - Anaxandrid., fr. 45 K; gegen Diodor - Alexid., fr. 105 K; Epicharides, - derselbe, fr. 246 K; vgl. zu Kriton, PA, 8817 - Ps.-Dem., 40, 58). Im Grunde bildeten diese Erscheinungen für die antike Literatur ein unerschöpfliches Thema. Hin und wieder sind Menschen, die ihr

Vermögen vergeudet haben, als eine "soziale Schicht" verstanden worden (s. Lys., 19, 10; 24, 19; Xen., Mem., 1, 2, 22; Oikon., 1, 20, 22; Hell., 6, 3, 17; Plato, Resp., 555 d; 572 e, 573 a, 574 a; Phaedo, 82 c; Protag., 353 c; Isokr., 8, 4; 12, 140; vgl. 15, 305; Aischin., 1, 30, 194 f.; vgl. Hesypp., fr. 1 K, 29 f.).

Diese natürlich unvollständige Auswahl (ich beschränkte mich vornehmlich auf jene Stellen, wo die Vorstellung vom Ruin als Folge der "Prasserei" niedergelegt ist) scheint mir für unsere Ziele zu genügen: Die Verschwendung war offensichtlich ein so verbreitetes Übel, daß sie von den Zeitgenossen als Symbol und Krankheit des Jahrhunderts empfunden worden ist. Sie brachten das mehr oder weniger deutlich (häufig fast unmerklich) durch die Geste der Mißbilligung oder der Ironie zum Ausdruck.

Dem Urteil der Alten über "Prasserei und Verschwendung" lagen wahrscheinlich gesellschaftspsychologische Einstellungen zugrunde, die sich im Gegensatz zu den Grundauffassungen befanden, auf denen die frühe Bourgeoisie aufbaute. Ohne in diese Frage tiefer einzudringen, möchte ich betonen, daß sich auch die antiken Auffassungen auf einem sehr spezifischen Nährboden sozialökonomischer Wirklichkeit herausbildeten. In ihr nahm die "Verschwendungssucht" unmerklich ihren Platz unter den allgemeingültigen bürgerlichen Tugenden ein. Die Schriftsteller Athens rechneten mit der Möglichkeit des finanziellen Zusammenbruchs infolge hoher Aufwendungen für Freunde (s. z. B. Aristoph., Plut., 829 - 833; Isai., 5, 43) und überhaupt durch "Wohltätigkeit" (Xen., Oikon., 2, 5; Plut., Sol., 2, 1 u. Ps.-Dem., 25, 86). Unzählige Zeugnisse belegen die Praxis der freiwilligen und das normale Maß bei weitem übersteigenden Ausgaben zugunsten des persönlichen Ehrgeizes und des Eifers für die heimatliche Polis, um Popularität und Prestige zu gewinnen: In diesem Punkt findet das von der handschriftlichen Überlieferung gezeichnete Bild eine gute Bestätigung durch das Material der Inschriften. Hierbei sei am Rande vermerkt, daß die seit Demosthenes gewissermaßen in der Luft liegende Idee vom wachsenden Desinteresse der Reichen an Aufwendungen für das öffentliche Wohl Anlaß zu Zweifeln an ihrer Richtigkeit gibt. Das unaufhaltsame Anwachsen des persönlichen Konsums bestreitet heute niemand. Kein Geringerer als Cicero entwarf ein geradezu dramatisches Bild von dem schließlich sinnlosen Kampf, den die athenischen Staatsmänner gegen den Luxus der Bestattungen führten (De leg., 2, 26, 64 u. 66). Ähnliches strebte man auch in anderen Regionen der griechischen Welt an.

Überall dort, wo der materielle Wohlstand und die ungleichmäßige Verteilung der materiellen Güter einen bestimmten Stand erreicht haben, halten Verschwendungssucht, Luxus und Philanthropie Einzug. Wir können lediglich über die Größenverhältnisse und die "Eingebundenheit" dieser Erscheinungen in das Wesen der antiken Gesellschaft etwas sagen. Nimmt man sie in ihrer Gesamtheit, so entsteht der Eindruck, als bildeten sie im alten Athen einen ganz charakteristischen Zug der gesellschaftlichen Realität.

Dieser Sachverhalt erschließt sich einer befriedigenden Erklärung von jenen Positionen her, die ich hier zu begründen suche. Der "Überkonsum" rührte natürlich vom "Überreichtum" her, der mehreren Faktoren unterlag:

Zunächst wurden Vermögen relativ leicht erworben und gingen ebenso leicht verloren, was weder die Akkumulation begünstigte, noch der Entstehung einer Sparsamkeitsideologie Vorschub leistete. Der Geiz hat soziale Kategorie in der antiken Literatur, an seinem Gegenteil gemessen, eine unverhältnismäßig spärliche Widerspiegelung gefunden. Die Lehre der Kyrenaiker fand keineswegs in jeder beliebigen sozialökonomischen Landschaft ihren Nährboden.

Es läßt sich aber noch ein anderer, ein materieller Grund dafür finden, daß gebildete Griechen den Wert des Reichtums vor allem in seiner Nutzung sahen und Großzügigkeit in der Skala der Tugenden an erster Stelle stand: Die Antike kannte keine ernsthafte Alternative zum "Leben auf großem Fuß". Die Möglichkeit, sein Geld in der Produktion anzulegen, bestand nicht; ebensowenig gab es andere Quellen seiner Vermehrung wie die Schaffung von Monopolen u. ä. Die Konzentration der Produktionsmittel in einer Hand war schwierig, politisch nicht ungefährlich und vermittelte wahrscheinlich auch nicht das Gefühl der Kontrolle über die Vorgänge in der Wirtschaft und über die Menschen. Die damalige Produktionsweise beließ als Möglichkeiten zur Realisierung des Geldreichtums nur die Anhäufung von Schätzen oder unproduktive Aufwendungen für unterschiedlichste Zwecke.

"Unrentabel" wirken die griechischen Vorstellungen von der φιλοτιμία, μεγαλοπρέπεια, φιλανθρωπία schließlich allein aus moderner Sicht. Bei den Griechen selbst erfüllten sie durchaus ihren praktischen Zweck. Der Gewinn kam ihnen oft in Form von Popularität, Schaffung einer Anhängerschaft, freundschaftlicher Beziehungen usw. zugute. Sie wirkten wie eine "Versicherung", eine Reserve für den Fall unerwarteter politischer und finanzieller Katastrophen. Teilweise, so scheint mir jedenfalls, dienten auch die vielen Darlehen, oft nach außerhalb vergeben, zinslos und auf freundschaftlicher Grundlage, diesem Ziel. Eines kann mit Sicherheit gesagt werden: Es handelte sich nicht um "Geldanlagen in Industrie und Handel"; die Gläubiger haben ihre Darlehen so nicht verstanden. Lief nicht vielleicht die Entwicklung der Gastfreundschaftsbeziehungen auf die Schaffung weiterer Operationsräume hinaus?

Das Wesen der antiken "Prasserei und Verschwendungssucht" bestand wohl im Grunde darin, daß das in Geldform akkumulierte "Kapital" nicht im mindesten mit der Produktion "verwachsen" und daher seiner Natur nach zu dieser Form von "Realisierung" bestimmt war. Ernsthafte sozialökonomische Konsequenzen waren bei seiner Entnahme aus der Schatulle nicht zu erwarten. So blieb als einzige Form seiner "Verwendung" die "Vergeudung".

Die unproduktiven Ausgaben, die zu einem Schrumpfungs- wenn nicht gar Liquidierungsprozeß großer Vermögen von beträchtlichem Ausmaß führten, waren - so scheint es mir jedenfalls - ein soziales Phänomen, das von der Antike in weit größerem Umfang als von jeder anderen Gesellschaftsordnung ausgebildet worden ist.

Die Aufsplitterung der großen Vermögen durch Erbteilung soll hier nicht zur Debatte stehen. Dieser Prozeß war nicht typisch für die athenische Gesellschaft. Es gibt keinerlei Anhaltspunkte dafür, daß derartige Vermögensteilungen von den Athenern als ernsthaftes soziales Problem empfunden worden sind. Ich sehe folgende Ursachen dafür:



Bei aller Unzulänglichkeit der Überlieferung drängt sich doch der Eindruck auf, daß die athenische Durchschnittsfamilie nicht groß war. Es gab nur ein unerhebliches Bevölkerungswachstum, das im Vergleich zum 5. Jh. im 4. Jh. noch zurückging.

Unregelmäßigkeiten behob man zweitens mit Hilfe solcher Polisinstitute wie dem Gemeinschaftseigentum und der erstaunlich weit verbreiteten Adoption fremder Kinder.

Den "überzähligen" Söhnen bot man drittens vielfältige Möglichkeiten zur Schaffung einer eigenen Wirtschaft ohne Benachteiligung der Familieninteressen. Möglicherweise läßt sich die Teilnahme an Kleruchien, Kolonien, Emigration und Söldnerdienst, die für Athener aus reichen Familien überliefert ist, mit Überlegungen erklären, die sich aus den hier erwähnten Sachverhalten ergaben.

## 2. 4. Ökonomische Gründe der Vermögensschrumpfung?

Welche Rolle spielten nun die ökonomischen Faktoren im Schrumpfungsprozeß des großen Eigentums? Die hier vorgelegte Auswahl gibt darauf eine niederschmetternde Antwort: eine völlig untergeordnete! Es können nur einige wenige Personen genannt werden, die aus wirtschaftlichen Gründen verarmten: Aber auch in diesen Fällen handelt es sich mehr um eine Interpretation von Sachverhalten. Aristolochos, Kallias und Nikeratos sind diese Fälle, wobei hervorzuheben wäre, daß, wie ich bereits nachzuweisen versucht habe, bei den beiden letzteren die Zuweisungen nicht durch Quellenzeugnisse belegt werden können.

Man könnte dem entgegenhalten, daß die wirtschaftlichen Komplikationen kraft der ihnen innewohnenden Besonderheiten in den Quellen keine Widerspiegelung erfuhren. In der Regel vollzog sich der Verarmungsprozeß langsam und war auch nicht endgültig (ganz im Gegensatz zum kompletten Ruin bei Vermögenseinziehungen). Er verlief gewissermaßen unauffällig. Die Komödiendichter fanden hier nicht den aktuellen, knisternden Stoff, den ihnen die Verschwendungssucht lieferte. Vor Gericht hörten sich natürlich Hinweise auf Aufwendungen im öffentlichen Interesse weitaus eindrucksvoller an als anderes.

Derartige Entgegnungen entbehrten also keineswegs der Grundlage, und unsere Auswahl wäre in dieser Hinsicht nicht "repräsentativ" genug. So käme es darauf an, die Fragestellungen breiter zu fassen, Athen sozialökonomisch so umfassend wie möglich zu sehen und dementsprechend die verschiedensten Quellen heranzuziehen.

Die Verarmung von Bürgern im Gefolge des Krieges gehört beinahe zu den Topoi der griechischen Literatur. Plutarch berichtet, daß sich solche Prozesse bei einem bedeutenden Teil des reichen athenischen Adels während des persischen Vordringens vollzogen (Aristid., 13, 1 f.). Ähnliche Auswirkungen hatte der Peloponnesische Krieg (Dem., 20, 10; vgl. Isokr., 15, 319). Während des Krieges verloren Polystartos und seine Söhne ihr Vermögen (Lys., 20, 33). Den Vater des Aischines, Atrometos (Aischin., 2, 147), Theodoros und Isokrates (Isokr., 15, 161; vgl. /Plut./Mor., 837 A) ereilte dassel-

be Schicksal. Zu ähnlichen Klagen gab auch der Korinthische Krieg Anlaß (Lys., 28, 3 f.).

Was verbirgt sich nun eigentlich dahinter? In diesen Fällen sind zwei Hauptgründe der Verarmung anzuführen: die Verwüstungen der Ländereien durch den Gegner und die Verstärkung des finanziellen Druckes, dem sich die reichen Bürger von seiten des Staates ausgesetzt fühlten. Möglicherweise gehört auch Sklavenflucht hierher (vgl. ebenfalls den Verlust von Außenbesitzungen: Xen., Mem., 2, 8, 1; Symp., 4, 31; Ps.-Dem., 8, 10). Obwohl in gewissem Sinne auch der Krieg als ökonomische Erscheinung zu verstehen ist, erweisen sich jedoch die nächstliegenden Ursachen für den Verlust oder die Verringerung des Besitzes als außerökonomisch. Allerdings ließe sich auch die durch die Kriegslage allgemein ungünstige Konjunktur unter die Gründe reihen: Dazu berechtigen einige interessante, wenn auch grotesker Züge nicht entbehrende Szenen aus dem "Frieden" des Aristophanes (s. insbes. 1210, 1212 f., 1250 - 1252 über den Niedergang des Waffenschmiedehandwerks und des Waffenhandels nach dem Friedensschluß). Zwei Sachverhalte wären hierbei im übrigen der Aufmerksamkeit zu empfehlen. Erstens bekamen vorwiegend die kleinen Handwerker Schwankungen in der Nachfrage zu spüren, von denen Leute, die über bedeutende Geldmittel und einen variablen, Einkünfte sichernden Besitz verfügten, kaum berührt wurden. Außerdem ist zweitens die Beeinflussung der Preisentwicklung durch die antiken Kriege (mit Ausnahme so kurzfristiger Erscheinungen wie der Belagerung von Städten zu Wasser oder zu Lande) in den Quellen so selten nachzuweisen, daß es klüger wäre, sie für nicht erheblich zu halten.<sup>13</sup>

Noch prägnanter läßt sich dies für die Situation im Handel herausarbeiten. Der Handel galt stets als vorteilversprechender, aber risikoreicher Beschäftigungszweig. Leichter als in jedem anderen Wirtschaftszweig konnte man hier ein Vermögen erwerben, aber ebenso leicht es auch wieder verlieren. Bezeichnenderweise besitzen wir jedoch kein einziges Quellenzeugnis, das den Ruin eines Händlers durch Konkurrenz, geschäftliche Mißerfolge oder ungünstige Konstellationen in der Wirtschaftskonjunktur belegen würde. Die Gefahrenherde lagen ganz woanders. Andokides, der sich über die negativen Seiten des Seehandels ausließ, nennt in diesem Zusammenhang feindliche Trieren, Piraten, Gefangenschaft und Schiffskatastrophen (1, 137 f.). Lysias' Äußerungen zum gleichen Thema kommen der "Ökonomik" schon näher: Er erwähnt ebenfalls die Auswirkungen räuberischer Unternehmungen, sodann den "Verlust" ( ζῆμιν - es ist wahrscheinlich im vorliegenden Kontext nicht zu bestimmen, was der Autor präzise darunter versteht) sowie die Gläubigerschuld (32, 29). In Menanders "Geschorener" schließlich macht ein Schiffsuntergang den wohlhabenden Pataikos zu einem armen Mann (376 - 381). Ohne Zweifel assoziierte man, wenn nicht in der ganzen Antike, so doch im Griechenland des 5. und 4. Jh. v. u. Z. die Unannehmlichkeiten des Seehandels vor allem mit Piratenüberfällen und Schiffsunfällen. Die Griechen verfügten praktisch über einen unbeschränkten Absatzmarkt. Dieses Erkenntnis liegt im Grunde der Lysiasrede gegen die Getreidehändler zu-

<sup>13</sup> Vgl. zum Problem der von den Ereignissen der politischen Geschichte unbeeinflussten Entwicklung der Pachtzahlungen Kent, John Harvey, *The Temple Estates of Delos, Rheneia and Mykonos*, in: *Hesperia*, 4/1948, S. 307.

grunde (s. bes. §§ 14 f.); aber auch die bekannte Passage aus dem "Oikonomikos" des Xenophon ist ihr verpflichtet (20, 27 f.). Die athenischen Handelsgesetze stellten gewissermaßen den etwas plumpen und auch ungewöhnlichen Versuch dar, die verständlichen Unbequemlichkeiten solcher Situationen zu überwinden.

Nach dem Zeugnis antiker Schriftsteller führte die Beteiligung an der Ausbeutung der Silbergruben hin und wieder zu größeren finanziellen Einbußen bzw. sogar zum Ruin der "Unternehmer" (Xen., De vect., 4, 28 f.; Athen., 6, 233 E; vgl. Strabe, 3, 2, 9/p. 147; Diod., 5, 37, 1). Es geht hauptsächlich um die ungerechtfertigten Kosten für die Organisation der Arbeiten (s. ebenfalls Ps.-Dem., 42, 3, 21).

Das größte Risiko barg der durch Kredite erworbene Reichtum in sich (s. die charakteristische Beurteilung der Frage durch Dem., 36, 11; vgl. Ps.-Dem., 49, 68, und das von L. M. Gluskina zusammengetragene Material<sup>14</sup>). Verluste, die durch Darlehen oder den Bankrott von Trapeziten entstanden, wurzelten weniger im allgemeinen Zustand der athenischen Wirtschaft als vielmehr in den persönlichen Eigenschaften der Darlehensgeber und Schuldner, oder sie hingen von den politischen Ereignissen (ein Beispiel für eine typische Situation; Isokr., 21, 2 f. u. 7; vgl. Polyain., 6, 2, 2), von den Gefahren, die der Seehandel in sich barg, usw. ab. Parallelen zur Gegenwart sind ausgeschlossen: Die Geldmittel - Quelle des Kreditwesens - waren beschränkt, ihr Umlauf isoliert und nicht in die "Industrie" integriert, die Kreditformen außerdem ungenügend entwickelt. Vermutlich bildeten die Seedarlehen, die Darlehen an "Ausländer" und ähnliche Formen des Kreditwesens die hauptsächlichste Gefahrenquelle, also alle jene Geschäfte, denen ein gewisser Professionalismus anhaftete. Auf Ganze gesehen waren die Bürger an der professionellen Kreditvergabe wenig beteiligt. Weiter vorn sprachen wir bereits von der "Kredithypertrophie" der athenischen Gesellschaft, vom nicht berufsmäßigen und nicht Wuchergeschäften dienenden Kredit; Charakteristisch für ihn ist offenbar der niedrige Zinssatz bzw. die Zinslosigkeit, während der Freundschaftscharakter des Darlehens, die Bürgschaft und der Einsatz immobilien Eigentums als Deckung seine relative Sicherheit verbürgten.

Diese Faktoren gewinnen selbstverständlich eine ökonomische Bedeutung. Sie "erwachsen" jedoch nicht aus der Wirtschaft selbst, sondern sind von außen hineingetragen. Es besteht auch nicht der leiseste Anlaß zu der Annahme, daß sie - vielleicht mit Ausnahme militärischer Handlungen und deren unmittelbarer und fernerer Konsequenzen - sich wesentlich auf den Wohlstand der athenischen Vermögenselite auswirkten.

Wo aber sind nun alle jene Erscheinungen, die beinahe ein ganzes Jahrhundert hindurch in erfinderischer Variabilität für die Antike postuliert werden? Wo der Ruin als Folge von Wirtschaftskrisen und Marktflauten, die Schrumpfung der Absatzmärkte, die Inflation und der Preisverfall? Wo schließlich jene Kraft, die das alles durchwirkt, nutzt und verstärkt - die Konkurrenz?

14 Gluskina, L. M., O nekotorych aspektach kreditnodeneznych otnošenj v Attike IV. v. do n.č., in: Vestnik drevnej istorii, 3/1970, bes. S. 27 - 30.

Ich meine, daß man sich zur Konkurrenz gesondert äußern muß. Es dürfte nicht übertrieben sein, wenn man davon ausgeht, daß der Konkurrenzgedanke zu jenem vertrauten und gern genutzten Instrument geworden ist, dessen sich die moderne Wissenschaft zur Klärung antiker Verhältnisse bedient. Der Kampf der Staaten um die Märkte, die Konkurrenz zwischen sozialen Gruppen, die Verdrängung der Bürger durch Nichtbürger, der freien Arbeit durch die Sklavenarbeit, des kleinen Grundbesitzes durch den großen ... Wer von uns kennt sie nicht, diese Formeln aus der wissenschaftlichen Literatur, genutzt als Allerheilmittel zur Aufhellung der Geheimnisse der sozialökonomischen und auch politischen Geschichte Griechenlands und Roms? Sie erweisen sich als Schall und Rauch, sobald man sich ihnen nur leicht von der Warte der unvoreingenommenen konkreten Forschung nähert.<sup>15</sup> Wie alle Klischees sind sie aber auch zählebig.

## 2. 5. Konkurrenzkampf im altathenischen Handwerk?

Landwirtschaft und Außenhandel beiseite lassend (aufgrund des entweder unzureichenden Materials oder seiner Zugehörigkeit zur Archäologie, deren Ergebnisse völlig eigene Methoden der Bearbeitung erforderlich machen, ohne jedoch eine sichere Lösung zu versprechen), sei die athenische Handwerksproduktion einer eingehenderen Prüfung unterzogen. Die Frage lautet, ob die diesbezüglichen Quellen Belege zur Konkurrenz in diesem Wirtschaftszweig liefern können?

Die hinlänglich bekannte Hesiodstelle (Erg, 25 f.) und parallele Zeugnisse athenischer Autoren (Xen., De vect., 4, 4; Aristot., Nikom. Eth., 8, 1, 6/1155a 35 - 1155b1) verweisen lediglich auf das natürliche Gefühl der Rivalität innerhalb von Berufsgruppen. Als "Konkurrenten" sind in diesem Verständnis auch die athenischen Choregen anzusehen, ebenso die für bestimmte Ämter kandidierenden Personen, die durch das Los ermittelt wurden. Es handelt sich hierbei um das der griechischen Welt in hohem Maße eigene agonale Prinzip.

Es scheint mir notwendig, bei einer Bemerkung Xenophons zu verweilen, die als eine Art Schlüssel zum Gesamtproblem zu betrachten ist. Während der Schriftsteller die Möglichkeit einer beinahe unbegrenzten Erweiterung der Silberförderung begründet, weist er darauf hin, daß für andere Wirtschaftszweige derartige Möglichkeiten fehlten. Sobald es viele Kupferschmiede gebe, schreibt er, trete eine Verbilligung ihrer Erzeugnisse ein (ἀξίων γενομένων των χαλκευτικῶν ἔργων) und sie gäben ihr Handwerk auf (καταλύονται οἱ χαλκοτύποι). Ähnlich verhalte es sich mit den Schmieden. Gute Getreide- und Weinernten machten den Ackerbau unrentabel (ἀλυσιτελεῖς αἱ γεωργίαι γίνονται), denn die landwirtschaftlichen Produkte würden billiger (ἀξίων ὄντων τῶν καρπῶν). Diese Situation zwinge viele, die Bodenbestellung aufzugeben (ἀφιέμενοι τοῦ τῆν γῆν ἐργάζεσθαι) und sich dem Handel im größeren oder kleineren

<sup>15</sup> Siehe z. B. zur "Konkurrenz" zwischen Sklaven- und Freiarbeit Finley, Moses I., Was Greek Civilisation Based on Slave Labour?, in: Historia, 8, 1959, S. 155 f.

ren Umfang zu widmen oder ihr Geld gegen Zinsen zu verleihen (ἐπι-  
ἐμπορίας καὶ καπηλείας καὶ τοκισμοὺς τρέπονται - De vect., 4, 6).

Es handelt sich hier um eine schwierige Xenophonstelle, zu deren Verständ-  
nis eine genaue Übersetzung erforderlich ist. Zu beachten wäre, daß Xeno-  
phon allgemein die Neigung hat, die berichteten Tatsachen durch eigene wei-  
terführende Gedanken zu einer vollkommenen logischen Konstruktion zu ge-  
stalten. Er gehört zu jenen antiken Schriftstellern, deren Fähigkeit zur  
Wahrnehmung der Wirklichkeit als einer komplizierten Einheit ziemlich nied-  
rig eingestuft wird. Andererseits sind es immer reale Sachverhalte, die den er-  
sten Anstoß zu seinen Überlegungen geben. Es kommt darauf an, eben diese  
ursprünglichen Tatbestände herauszufinden.

Welche soziale Schicht lieferte den Stoff zu den Beobachtungen Xenophons?  
Unter den "Landwirten" verstand er auf keinen Fall irgendwelche Kleinbau-  
ern. Er meinte Personen, die Geld besaßen und ihre Mittel in jedem einträg-  
lichen Wirtschaftszweig anlegten. Es handelte sich wohl am ehesten um jene  
Schicht städtischer "Unternehmer", mit der wir uns schon mehrfach be-  
schäftigten. So dürfte man also unter den "Kupferschmieden" und den  
"Schmieden" zum Teil Personen aus diesem Kreis vermuten (beispielsweise  
Demosthenes d. Ä. oder Leokrates aus der Rede des Lykurg). Es konnten  
aber auch Metroiken sein, die in einer fremden Polis neue Unternehmungen  
zu gründen versuchten: Die bei Xenophon geschilderte Situation ist wahr-  
scheinlich so zustande gekommen. Wenig spricht für die Annahme, in ihnen  
kleine Handwerker zu sehen, die ihr Gewerbe vom Vater auf den Sohn wei-  
tervererbten und selber mitarbeiteten. Möglicherweise verbergen sich hinter  
einer, zwar weniger gewichtigen, dennoch aber beachtenswerten Äußerung  
Diodors über die griechischen "Handwerker", die sich in ihrer Gier nach  
Gewinn gleichzeitig der Bodenbestellung, dem Handel, mehreren Handwerken  
auf einmal widmen (1, 74), eben diese sozialen Schichten und psychologi-  
schen Grundeinstellungen.

Das aber ist nicht die Hauptsache. Xenophon betrachtet offenbar die bei ihm  
geschilderte Situation als Abweichung von der Norm. Als Norm versteht er  
das traditionell-konservative, auf einen begrenzten Markt orientierte Hand-  
werk. Kraft einer bestimmten "Selbstregulierung" ist das ganze System be-  
strebt, zu dieser Norm zurückzukehren. Als Voraussetzung dafür muß die  
Zirkulation um ein gewissermaßen "immerwährendes" unveränderliches  
Produktionsniveau angenommen werden.

Zur Konkurrenz finden sich bei Xenophon keinerlei Zeugnisse. Sein Text ver-  
meidet selbst dort Informationen über eine Verschärfung des Konkurrenz-  
kampfes, wo man ihn sogar erwartet hätte. Xenophons als Idealtyp gewählte  
"Kupferschmiede und Schmiede" unternehmen nichts, um die entstandene  
Situation im eigenen Interesse zu nutzen, ihre Konkurrenten entweder durch  
Standhaftigkeit zu besiegen oder einfach aus dem Geschäft zu drängen. Sie  
stellen ihre Produktion einfach ein und wenden sich einer neuen Beschäfti-  
gung zu, so wie auch die Landwirte verfahren. Diese Verhaltensweisen ent-  
sprechen voll und ganz dem "Desinteresse an der Produktion", von dem ich  
meine, daß es für das athenische "Großunternehmertum" charakteristisch  
war.

## 2. 6. Die "Fluchtafeln"

In einigen Fällen interpretiert man die "Fluchtafeln"<sup>16</sup> als Ausdruck oder Widerspiegelung eines Konkurrenzkampfes, so daß man sie einer näheren Betrachtung unterziehen muß. Die "Fluchtafeln" enthalten an sich ein außerordentlich wichtiges soziologisches Material, das uns die athenische Gesellschaft von einer ganz unerwarteten Seite her erschließt. Sie reflektieren auf besondere Weise alles, was sich zu den sozial Benachteiligten der Stadtbevölkerung zählt; in ihnen sind die Interessen von Männern und Frauen, Griechen und "Barbaren", Bürgern, Metoiken, Freigelassenen und Sklaven eigentümlich ineinander verweben, die Schranken zwischen den Ständen verwischt und in gewisser Beziehung ihrer Bedeutung enthoben.

Der größere Teil der "Tafeln" enthält keine Angaben über Motive und Ziele ihrer Abfassung; Derartige Hinweise sind in ihnen einfach nicht erhalten. In 25 attischen Urkunden dieser Provenienz aber finden sich Informationen der gewünschten Art: Die dort der Verfluchung anheimgegebenen Personen sind als Handwerker oder Kleinhändler charakterisiert (meistenteils wohl Gastwirte). Es treten auch Fälle auf, in denen das "Gewerbe" der Verfluchten nicht eigens aufgeführt ist, doch die Art des Besitzes, ein Ergasterion oder ein Laden (eine Gastwirtschaft?), wird genannt. Offensichtlich nährt sich die Vermutung über die Existenz eines "Konkurrenzkampfes" allein aus diesen Tafeln. Ein aufmerksames Studium dieser Quellengattung flößt jedoch erhebliche Zweifel an dieser Deutungsmöglichkeit ein.

Vor allem gilt zu beachten, daß die Verfasser der "Fluchtafeln" in allen Fällen anonym bleiben. Selbst wenn also die "Tafeln" in allen übrigen Punkten dem für die "Konkurrentenverfluchung" gültigen "Modell" nachgebildet wären, gäbe es keine absolute Sicherheit darüber, ob die Übereinstimmung nicht dem Zufall zuzuschreiben ist. Der Beweis, daß die Verfluchungen nach "professionellen" Gesichtspunkten gehandhabt wurden, ist ganz schwer zu erbringen. Die Gegenargumente sind weitaus überzeugender.

Eine durch Rivalität im Bereich des Handwerks und des Handels veranlaßte "mustergültige" Verfluchung würde sich meist gegen einige wenige besonders verhaßte Konkurrenten richten. Wahrscheinlich würde man in einem solchen Fall ihre Werkstätten, vielleicht auch die ihnen gehörenden Sklaven (wobei kaum eine namentliche Aufzählung zu erwarten, aber auch nicht ganz ausgeschlossen ist) mit einem Fluch belegen. Schließlich könnten einer solchen Fluchliste andere Berufsgenossen oder Personen, die mit den "Feinden" Geschäftsverkehr pflegten, hinzugefügt werden. Diese Texte trügen jedenfalls einen ausgesprochen professionellen Charakter: Sie entsprächen den "Tafeln" juristischer Provenienz, woder Verfluchung Personen, die mehr oder minder großen Anteil am Gerichtsstreit haben, anheimfallen, vor allem aber die unmittelbaren Kontrahenten, ferner die Richter, Zeugen, Denunzianten usw.; selbst ein breiterer Kreis von Freunden und Parteigängern käme in Frage.

16 Siehe z. B. Ziebarth, Erich, Neue Verfluchungstafeln aus Attika, Boiotien und Euboia, in: Sitzungsberichte der Preußischen Akademie der Wissenschaften, Berlin 1934, Sp. 1032.

Unterziehen wir aus dieser Sicht die "Tafeln" einer Prüfung (insbesondere die mit Angaben über Berufe und Vermögen der Verfluchten), so stellen wir fest, daß nicht eine einzige von ihnen dem hier entworfenen Modell entspricht:

Erstens weisen die verfluchten Personen in keinem der Fälle Übereinstimmung hinsichtlich jenes Kriteriums auf, das hier an erster Stelle zu stehen hat. Entweder unterscheiden sie sich in ihren Berufen, oder - und das ist häufiger der Fall - die Art ihrer Tätigkeit findet überhaupt keine Erwähnung. Das heißt nun nichts weiter, als daß die mit einem Fluch belegten "Feinde" im Bewußtsein des Verfluchenden nicht unbedingt als Berufsgenossen verankert waren (selbst dort, wo ein solcher Zusammenhang theoretisch denkbar wäre), sondern irgendwelche anderen Gründe vorlagen: Es ging eben nicht um die Verfluchung des Berufskollegen als solchem!

Zweitens gehen mindestens zwei "Tafeln" mit Berufsangaben der Verfluchten auf Gerichtsverfahren zurück (Wünsch, DT, 68; wahrscheinlich auch Ziebarth, GGN, 1899, 109 f., Nr. 10). Das Berufskriterium erweist sich also als nebensächlich, und es erscheint unverständlich, warum man es in allen übrigen Fällen als erstrangig betrachten soll. Könnte die Erwähnung der Tätigkeit des Verfluchten nicht lediglich eine "Präzisierung seiner Adresse" gewesen sein? Wenn also in einem Gerichtsstreit oder irgendeinem anderen Konflikt gleichzeitig mehrere Krämer oder Köche für eine der streitenden Parteien eintraten, so bedürfte dieser Umstand einer ganz anderen Deutung: Darin hat man vor allem ein Zeugnis für den in der Antike natürlichen korporativen Geist zu erkennen,

Drittens verfallen in den "Tafeln" neben den Männern auch ihre Kinder, Frauen, Geliebten, überhaupt sehr häufig Personen weiblichen Geschlechts (ich schließe nicht aus, daß einen bedeutenden Anteil an der Abfassung der Fluchtexte Frauen hatten), dem Fluch. Aus der Sicht des "Konkurrenzkampfes" erscheint eine solche Zusammenstellung psychologisch als ein nicht ganz gerechtfertigter Luxus. Persönliche Feindschaften liegen dem wohl eher zugrunde als andere Motive, vor allem wohl auch Konflikte aus Eifersucht.

Ein aus meiner Sicht recht überzeugendes Beispiel mag diese Überlegungen untermauern. Eine von Jung in "Hesperia", 20, 1951, 223, publizierte Tafel des 4. Jh. v. u. Z. sei hier zitiert:

Καταδέω 'Αρίσται[χ]μ<ο>ν τὸ(ν)  
πρὸς τοὺς κάτω καὶ Πυρρίαν τὸν χαλκία  
καὶ τὴν ἐργασίαν αὐτοῦ καὶ τὰς ψυχὰς  
αὐτῶν καὶ Σωσία(ν) τὸν Λάμιον  
καὶ τὴν ἐργασία(ν) καὶ τὴν ψυχὴν αὐτο[ῦ]  
καὶ ΑΛΗΓΟΣΙ καὶ ἄδρωῶ καὶ ἄδρωῶ  
καὶ 'Αγήσι(ον) τὴν Βοιωτ[ί]α[ν]

Als Übersetzung ließe sich folgender Text vorschlagen:

"Ich binde (verdamme) den Aristeichmos, den Schmied, vor den Unterirdischen, und den Pyrrias, den Schmied und seine Tätigkeit (sein Gewerbe) und ihre Seelen und den Lamier Sosias und seine Tätigkeit (sein Gewerbe) und seine Seele und ( - ? - ) und stark und kräftig und (H)Agesion, die Boioterin."

Auf den ersten Blick wäre eine typische Verfluchung aus dem Bereich der "Produktion" zu vermuten, die ein dritter Schmied gegen seine beiden "Konkurrenten" (folgt man den grammatischen Formen, dann müßte es exakt heißen "gegen den Schmied und seinen Gehilfen") ausgesprochen haben könnte. Vielleicht übte auch Sosias das Schmiedehandwerk aus. Es ist gerade diese Flüchtigkeit, die zur Vorsicht mahnt: Sollten in dieser Tafel Berufsinteressen an erster Stelle gestanden haben, so würde den einschlägigen Begriffen im Text größere Aufmerksamkeit zugekommen sein. Interessant ist das Namenmaterial: Aristeichmos ist gut attisch (vgl. PA, 1638 - 1643), Pyrrias weist eher auf Sklavenherkunft, während Sosias direkt als Thessaler gekennzeichnet ist. Bei Verfluchungen galten keine ständischen Unterschiede.

Jung merkt an, daß der Name (H)Agesion an drei Stellen von einem Nagel durchbohrt ist (aus magischen Gründen natürlich). Die Boioterin - so lautet seine einleuchtende Schlußfolgerung - habe den Grund für den Konflikt gebildet. Das ΑΑΗΡΟΣΙ der Zeile 6 meine denselben Namen (H)Agesion, nur magisch "chiffriert", was in den "Fluchtafeln" keine Seltenheit sei. Dies verleiht der Erwähnung der Boioterin zusätzliche Emotionalität und der vorsichtigen Vermutung Jungs größere Überzeugungskraft. So läßt eine angeblich "beruflich" motivierte Mißgunst in diesem Fall viel Raum für Zweifel. Wir haben weit mehr Grund zu der Annahme, daß hier eine Frau die Ursache des Streites war. Die sekundäre Bedeutung, die in dieser Sache den Hinweisen auf Beruf und "Unternehmen" zukommen muß, findet ihre weitere Bestätigung noch in jener Leichtigkeit, mit der man sie durch andere Kriterien für die mit Fluch belegten Personen ersetzt.

Dies darf nun nicht etwa zum generellen Ausschluß jeglicher "Berufsgebundenheit" bzw. jeglicher Hinweise auf berufliche Rivalität in den "Tafeln" führen: so z. B. bei zwei Gastwirten, die ihre Wirtschaft auf derselben Straße haben. Doch auch dies scheint mir eher die Ausnahme als die Regel zu sein. Stellten wir uns einmal vor, wie ein moderner Unternehmer ein Bleitäfelchen mit einem Fluch unter der Schwelle seines Firmenrivalen vergräbt. Einen solchen Akt würden wir wohl kaum als wirksames Mittel oder gar als wesentliche Form des Konkurrenzkampfes empfinden. Ganz und gar unwahrscheinlich wirkte in diesem Kontext ein Fluch gegen das körperliche Wohlbefinden oder die Familie des Konkurrenten. So irrational können sich im Grunde nur persönliche Beziehungen gestalten, wo Verfluchungen auch meist anzutreffen sind. Eine Parallele zu den "Fluchtafeln" scheinen mir die Fragen an das Orakel zu Dodona zu bilden. Sie reflektieren natürlich schwächere Gefühle, doch fanden auch in ihnen wirtschaftliche Interessen kaum einen Niederschlag: Sie begegnen in der Regel immer dann, wenn der Fragesteller die Freiheit der Wahl hatte und sich zu einer rationalen Lösung seines Dilemmas nicht durchzuringen vermochte. Hinwendung zur Religion scheint in der ökonomischen Sphäre, sieht man einmal von den rituellen Traditionshandlungen ab, überhaupt die Ausnahme zu bilden.



Die "Fluchtafeln" können also nur im Sinne eines Mißverständnisses ernsthaft als Zeugnis des Konkurrenzkampfes angesehen werden. Bestenfalls belegen sie noch auf etwas kuriose Weise den ohnehin bekannten Umstand, daß Konflikte nicht ohne das Wirken beruflichen Wettstreites entstehen mochten. Für jede andere Interpretation gebietet es an Argumenten aus konkretem Quellenmaterial sowie an dem Fehlen einer entsprechenden sozialökonomischen Situation, die sich aus dem Kontext erschließen ließe. Eine strenge Beweisführung wird kaum möglich sein; doch entsteht der Eindruck, daß wir in den "Tafeln" den Pulsschlag der städtischen Unterschichten erfühlen können und mit den "Unternehmungen", von denen dort die Rede ist, sind vorwiegend kleine Läden und Handwerksbuden gemeint. Hingegen müßten unter den Bedingungen eines entwickelten Konkurrenzkampfes Haßausbrüche und Verfluchungen vor allem gegen die großen Unternehmer gerichtet sein. Die "Fluchtafeln" passen allein aus solchen Überlegungen heraus keineswegs in die Vorstellungen von einer Gesellschaft, in der die Konkurrenz eine wesentliche Rolle spielt. Alle diese Widersprüche lösen sich in dem Augenblick, wo wir erkennen, daß die athenische Ökonomie keinen Konzentrationsprozeß kannte und der Besitz von "Unternehmen" der vermögenden Oberschicht lediglich als Mittel zum Bezug von gesicherten Einkünften diente.

Die Vorstellung vom Konkurrenzkampf ist der Diskussion um die athenische Ökonomie in die moderne Geschichtsschreibung von irgendwoher eingegeben worden, nur nicht aus den objektiv und vorurteilsfrei untersuchten antiken Quellen. Hierbei handelt es sich um eines jener Phantome, die die Wissenschaft in ihrem ungeduldigen Bestreben, auf jede Frage auch sofort eine Antwort zu erhalten, in großen Mengen hervorbringt. Ursprünglich häufig nur als kühne Hypothese geäußert, verwandeln sich solche eiligen Verallgemeinerungen mit der Zeit in allgemein akzeptierte Markenzeichen. Sofern man das Quellenmaterial ab ovo untersucht, also gewissermaßen mit der Unmittelbarkeit des Ursprünglichen, kann man sich des Eindrucks der Merkwürdigkeit solcher Feststellungen schwerlich erwehren. Verfügen wir doch über kein einziges Zeugnis wirtschaftlichen Ruins durch die Konkurrenz, der Verdrängung oder Liquidierung kleiner Unternehmen durch große, der Versuche zur Monopolisierung irgendwelcher Produktionszweige (die charakteristischen  $\mu\eta\chi\alpha\nu\alpha\iota$ , von denen in der bekannten Stelle bei Aristoteles, Polit., 1259a 3 - 33, die Rede ist, bestätigen diese Beobachtung nur), der nicht einmal im Keim vorhandenen Entwicklung von Werbung (die eitle Inschrift des Meisters Euthymides auf einer attischen Vase des ausgehenden 6. Jh. v. u. Z. kann man schlecht als Reklame bezeichnen), der technischen Vervollkommnung zum Zweck der Preissenkung und des Sieges im Kampf um Absatzmärkte. Äußere Ähnlichkeiten dürfen uns nicht irreleiten: Die Antike entwickelte die Warenproduktion, und folglich bildete sich auch eine Handelsrivalität heraus; doch nahm sie aus moderner Sicht unerwartete und leicht karikaturistische Formen an. Bestenfalls dürfen wir von ersten "Keimen" oder, richtiger, "Vorboten" des Konkurrenzkampfes sprechen, die sich durchaus in den für die alten Griechen charakteristischen Begriff des "Agons", des Wettstreits, einpassen, wo selbst der Besiegte auf einen "Trostpreis" rechnen durfte. Konkurrenz ist als Triebkraft einer Gesellschaft, in der die Produktion (mit Ausnahme einiger ihrer Zweige vielleicht) über Jahrhunderte ein und dasselbe Niveau bewahrte, das Fassungsvermögen des Binnenmarktes nur in sehr beschränktem Umfang erweitert

werden konnte, der wichtigste Antrieb menschlicher Tätigkeit nicht Akkumulation und Profit, sondern Konsum und Verausgabung der Mittel war, auch gar nicht denkbar.

Das somit negativ ausgefallene Ergebnis der Untersuchung führt uns an den Ausgangspunkt unserer Überlegungen zurück. Es gibt kein Quellenmaterial, das uns erlaubte, die Verarmung eines bedeutenderen Teils der athenischen Vermögenselite auf ökonomische Ursachen zurückzuführen. Mehr noch: Es fehlten auch sämtliche Voraussetzungen, die diesen Prozeß inauguriert haben könnten. Ein Wirtschaftssystem oder eine Gesellschaft, wo sich solche Voraussetzungen hätten herausbilden können, haben wohl auch kaum existiert.

Dies drängt zu der Schlußfolgerung, daß die in der Mehrheit der Fälle überwiegend "außerökonomisch" bedingte Verarmung nicht gänzlich (oder gar hauptsächlich) der Lückenhaftigkeit unserer Quellen zugeschrieben werden darf, wodurch letztere auch immer hervorgerufen worden sei. Der beobachtete Proporz spiegelt höchstwahrscheinlich die wirklichen Verhältnisse wider. In dieser wie auch in vieler anderer Hinsicht haben die Griechen selbst die Besonderheiten ihrer Gesellschaft begriffen und zum Ausdruck gebracht.

Natürlich sind unsere Quellen weit entfernt vom Idealzustand. Naiv und nicht vorurteilsfrei, manchmal unbeholfen, anekdotenhaft, trifft man bei ihnen auf Schritt und Tritt auf Übertreibungen, Verzerrungen, Ungenauigkeiten; überall beherrschen ungenügende Information und kindliche Leichtgläubigkeit der antiken Autoren das Bild. Dennoch bin ich überzeugt davon, daß sie ein in den Grundkonturen richtiges, ja im großen und ganzen erschöpfendes Bild von jener Gesellschaft entwerfen, die sie hervorbrachte. Das "Selbstbewußtsein" jeder historischen Epoche - sofern es sich um ein kritisches Selbstbewußtsein dabei handelt, was für die Griechen zweifellos zutrifft - bildet die sicherste Grundlage für ihre retrospektive Beurteilung. Diese Methode besitzt keine praktikable Alternative. Selbst die scharfsinnigsten Konstruktionen, die auf unseren modernen Erfahrungen fußen und in Analogieschlüsse münden, kommen als Alternativen nicht in Frage. Die Antike ist so unverwechselbar "einmalig", daß bei dem geringsten Versuch, die Analogie aus einem Mittel zum Vergleich in ein Instrument der Explikation umzuwandeln, Verirrungen und Fehldeutungen die Folge sein müssen.

### 3. Instabilität des Reichtums und der Vermögenselite

Die untersuchten "außerökonomischen" Ursachen und Möglichkeiten für den Verlust des Wohlstands betrafen vor allem reiche Bürger und streiften kaum die Verhältnisse der mittleren und Kleineigentümer. Der antike Reichtum war "seiner ganzen Natur nach" instabil. Es waren eher die kleineren Eigentümer, eng verbunden mit solchen Wirtschaftszweigen wie Handwerk und Ackerbau (wenn sie nicht gerade politischem Druck ausgesetzt waren, was aber für das Athen der Zeit seiner Unabhängigkeit nicht charakteristisch gewesen ist), die sich durch Beständigkeit auszeichneten. Sie ergab sich im Grunde aus dem konservativen Charakter der Ökonomie. Große Vermögen kennzeichnete sowohl im positiven als auch (und dies ist für uns besonders wichtig) im negativen Sinn eine höhere "Mobilität", weil sie hauptsächlich

außerhalb der ökonomischen Sphäre entstanden und auch wirkten. Wie wir beobachten konnten, bildete sich der athenische "Überreichtum" eher "zufällig", überwiegend gespeist aus außerhalb Attikas gelegenen Quellen. Ihm waren weder die Tendenz noch die Möglichkeit oder gar - wenn man es so ausdrücken kann - das "Bestreben" inhärent, in die Wirtschaft hineinzuwachsen, mit ihr zu verschmelzen, in ihrem Boden zu wurzeln. So blieb er eine Art "Fremdkörper" in der sozialökonomischen Struktur und konnte folglich leicht abgestoßen werden.

Das alles findet seine augenfällige Bestätigung in konkreten Beispielen. Politiker vom Schlage eines Philokrates oder Aischines, durch Geschenke und Bestechungsgelder reich geworden, müssen als typisch für das Athen des 4. Jh. v. u. Z. gelten. Ein beträchtlicher Teil des Vermögens verblieb als Bargeld zur direkten Verfügung, aber auch für zinslose bzw. Zinsdarlehen usw. Den anderen Teil "steckt" man in den Kauf von Sklaven, Ergasterien, Mietshäusern, Grundstücken, in die Pacht von Staatseigentum oder andere Pachtgeschäfte. Diese spezifische "Dezentralisierung des Kapitals" war ihrem Wesen nach ein rein "mechanischer" Vorgang, der weder zur Erweiterung noch zur Vervollkommnung der Produktion, noch zur Hebung ihres Warencharakters führte und auch nicht von der Errichtung fester Finanzbeziehungen usw. begleitet wurde. Dies alles zielte, ob nun Eigentum oder Tätigkeit, auf ein einziges naheliegendes Ziel: die Sicherung eines mehr oder weniger stabilen Einkommens. Natürlich erwies sich die Konfiszierung eines solchen Vermögens, seine Veräußerung, seine Aufteilung, sein Überwechseln in andere Hände als ein für die Gesellschaft schmerzloses oder im Grunde uninteressantes Beginnen.

Für die athenischen Verhältnisse galt hier folgende Tendenz: je größer die Vermögen, um so stärker die Beibehaltung der ursprünglichen Geldform. Dies vergrößerte natürlich eine dem griechischen "Überreichtum" auch ohne dies anhaftende Instabilität. Einem Besitzer eine Fabrik oder eine Bank wegzunehmen macht ungleich mehr Mühe, als sein Bargeld an sich zu bringen. Von dieser Warte her stellt offenbar auch die Geschichte des Redners Deinarchos keinerlei Ausnahmefall dar. Aus Korinth gebürtig, ließ er sich in Athen nieder und wurde durch seine Tätigkeit als Logograph reich. Er floh 307/06 v. u. Z. in die Chalkis, wohin er einen Teil seines Vermögens mitzunehmen wußte und aufs neue Reichtum erwerben konnte, kehrte 292/91 nach Athen zurück und nahm dort bei seinem Freund Proxenos Quartier, wo man ihn aber des mitgeführten Goldes und Silbergeräts beraubte: Bei seiner Klage gegen Proxenos gab er den Wert des gestohlenen Gutes mit 2 Talenten an (Dionys., Hal. De Din., 2 f., S. 633 - 635; /Plut./Mor., 850 C - E; Din., fr. 42).

Es handelte sich hierbei selbstverständlich nicht um einen Einzelfall, obwohl die wenigen Nachrichten darüber in den Gerichtsreden vom Gegenteil zu sprechen scheinen: Ich sehe den Grund dafür in der relativen Aussichtslosigkeit auf Erfolg bei Gerichtsverfahren aus solchen Anlässen (vgl. das von Lysias in anderem Zusammenhang formulierte, durchaus aber auf diesen Fall anwendbare Prinzip: Das Geld gehört demjenigen, der es besitzt: fr. 120, Thal.,; vgl. Isai., 6, 30). Ähnlich übel wie Deinarchos erging es auch Nikias (PA, 10773, was übrigens Aufnahme in Davies' "Register" verdient hätte), der, bevor er unter der Herrschaft der "Dreißig" aus der Stadt flüchtete, einem gewissen Euthynous 3 Talente Silber zur Aufbewahrung übergeben hatte. Als er sein Geld zurückverlangte, gab ihm Euthynous 2 Talente

und stellte beim dritten den Erhalt überhaupt in Abrede (Isokr., 21, 2 f.; vgl. 7 u. 13 über weitere, ähnliche damalige Fälle).

Es ist an der Zeit, zu jener Vorstellung der antiken Schriftsteller zurückzu-kehren, von der bereits die Rede war. Der Gedanke instabiler Vermögens-verhältnisse ist nicht von den Griechen "erfunden" worden; er "entsprang" vielmehr einer ganz und gar materiellen Grundlage. Das untersuchte Mate-rial belegt unmißverständlich, daß die athenische Vermögenselite des 5. und 4. Jh. v. u. Z. wenig mit einer in sich geschlossenen "Kaste" gemein hat-te, die in Erbfolge die ökonomischen Führungspositionen ihrer Gesellschaft in ihren Händen konzentrierte. Nach allem, was uns über sie bekannt ist, muß sie ziemlich amorph, fließend und "offen" gewesen sein. Indirekt scheint sich dieser Eindruck durch jene Unbekümmertheit zu bestätigen, mit der die öffentliche Meinung Athens auf Ehen zwischen Partnern mit unterschied-lichem Wohlstand reagierte. Hier sei die mit mangelnder Konsequenz be-triebene Schimpferei des Kallipides über die seiner Familie drohende dop-pelte Mésalliance und sein schneller Rückzug in dieser Frage als Beispiel genannt (Men., Dysc., 784 - 820; vgl. Lys., 19, 14 f.; Dem., 57, 41).

Der Wunsch, den "fließenden Charakter" der athenischen Vermögenselite einmal auszuloten, ihm eine mathematisch möglichst präzise Definition zu geben, hat sich während meiner Arbeit an diesem Thema in langen Jahren zu einer geradezu bedrängenden Idee entwickelt. Dafür kann es nicht ohne eine statistisch-prosopographische Untersuchung abgehen, deren Voraus-setzung eine möglichst vollständige Liste aller reichen Bürger Athens wäre. Diese große Arbeit hätte mich auf Jahre festgehalten, um so mehr, als ich von den "parallel laufenden" Studien Davies' wußte, die es abzuwarten galt. Sein "Register" übertraf alle meine Erwartungen: Dies gilt sowohl für die in ihm erkennbare exakte Arbeitsweise und die umfassenden Resultate als auch für die ungeheure Distanz zu meinen eigenen Interessen bei diesem The-ma. Für mich begann die eigentliche Untersuchung dort, wo Davies den Schlußpunkt gesetzt hatte. Das "Register" lieferte jene Vorarbeiten, deren ich für meine Berechnungen bedurfte. Es hatte den Anschein, als reichte die Feststellung wiederholten Reichtums innerhalb einzelner Familien im Verlauf mehrerer Generationen aus, um jene Urformel zu finden, der man eine mathematische Gestalt geben konnte.

In meiner Besprechung des Buches von Davies (VDI, 1/1973, S. 214 - 216) legte ich die Ergebnisse meiner ersten Berechnungen vor. Grundlage dafür war das Material des "Registers", um einige Nachrichten für das 3. Jh. v. u. Z. ergänzt. Ich wählte jeweils drei Zeitabschnitte, von denen jeder ein Jahrhundertdrittel, den Zeitraum für die angenommene Existenz einer Generation, umfaßte: das erste und das letzte Drittel des 4. Jh. v. u. Z. und das zweite Drittel des 3. Jh. v. u. Z. Es ergab sich, daß die Vertreter von maximal 22 Familien ihren Wohlstand von der ersten zur zweiten Periode einschließlich zu bewahren vermochten, während es von der zweiten zur dritten Periode nur noch 8 oder 9 Familien waren. Diese "Wiederholungs-norm" kam der als ideal angenommenen nahe, derzufolge alle reichen Familien ihren Reichtum behielten, auch wenn wir nicht in jedem Fall mit verbürgter Sicherheit die Nachfahren der Reichen in den folgenden Genera-tionen eruieren können.

Ich hielt bereits damals diese Zahlenversuche für einen Mißerfolg. Es geht hier nicht einfach nur darum, daß sie den gestellten Erwartungen nicht entsprachen: Mit dieser Vorstellung hätte man sich anfreunden können, wenn die erzielten Ergebnisse als endgültig gelten dürften. Dies aber war eben nicht der Fall. Keineswegs mangelte es etwa an Material: Die Zahl der uns bekannten reichen Athener reicht für statistische Berechnungen völlig aus. Ebenso wenig spielt die Lückenhaftigkeit in der Aufstellung des genealogischen Stemmas nicht die entscheidende Rolle: Meistens kommt man der Wahrheit auch hierin ausreichend nahe. Wie in vielen anderen Fällen wird das bestechend präzise Äußere der statistischen Berechnungen durch ihre Abhängigkeit von den unterschiedlichsten, ihrerseits sich keinerlei Berechnungen erschließenden Korrekturen hier zur Falle.

Aus meiner Sicht waren drei Faktoren entscheidend. Erstens ist uns die Zahl reicher Bürger in den verschiedenen Epochen der athenischen Geschichte nur annähernd bekannt: für das 3. Jh. v. u. Z. sind wir überhaupt nur auf Schätzungen angewiesen. Die Höhe der Zahlen beeinflußt aber auf jeden Fall die Ergebnisse der Berechnungen. Zweitens - und das ist wichtiger - läßt sich bei den ständigen Schwankungen, denen der Besitz der einzelnen Familien immer ausgesetzt war, wie wir aus unseren Beobachtungen zur sozialökonomischen Wirklichkeit Athens entnehmen konnten, praktisch niemals mit voller Sicherheit sagen, ob Vater und Sohn oder Großvater und Enkel, die in unseren Zeugnissen als reiche Personen begegnen, ihre finanziellen Mittel der gleichen Quelle verdankten. Der Reichtum konnte also nicht ererbt, sondern neu erworben worden sein. Schließlich fehlt drittens - und dies scheint der Hauptfaktor - bei allen Vorzügen der "großen Zahlen" im Fall summarisch vorgenommener Berechnungen jede qualitative Charakteristik; denn alle reichen Bürger werden als eine homogene Masse betrachtet. Unsere Quellen erlauben auch keinen anderen Lösungsweg. In Wirklichkeit aber existierte eine breite Skala unterschiedlicher Formen von Wohlstand und Reichtum: Es war eben keineswegs gleichgültig, ob nun ein Vermögen von 5 Talenten oder von 50 Talenten zusammenschumpfte und verschwand. Wir sind also nicht in der Lage, statistisch auszurechnen, was ungeheuer wichtig wäre, welchen Veränderungen der Bestand und die Zusammensetzung der reichsten Oberschicht der athenischen Gesellschaft unterworfen waren.

Da nun umfassende und "exakte" statistische Angaben bis auf weiteres nicht zu erwarten sind (unsere Hoffnungen richten sich hier auf das epigraphische Material, das noch manche neue Erkenntnis durch weitere Inschriftenfunde in Aussicht stellt), scheinen mir bescheidenere statistische Untersuchungen immerhin zweckmäßig.

So habe ich in der erwähnten Rezension eine wesentliche Beobachtung machen können: Nur in einem einzigen Fall kann man eine urkundlich belegbare Kontinuität des Reichtumsbestandes in allen drei Perioden annehmen - vom ersten Drittel des 4. Jh. bis einschließlich zweites Drittel des 3. Jh. Es betrifft eine Familie, die bei Davies unter der Nr. 3163 zusammengefaßt ist. Unsere ersten Zeugnisse zum materiellen Wohlstand dieser Familie datieren etwa in das Jahr 366/65, als Deinias "I." aus Hercheia die Trierarchie ausübte. Sein Sohn Deinon war ebenfalls Trierarch. Deinias "II.", allem Anschein nach der Sohn Deinons, ist im Jahr 266/65 als

Agonothetes bekannt, während er (vermutlich) 253/52 die Funktion eines Sitones innehatte (Davies, S. 96, u. Add., S. 596). Das Amt eines Agonothetes - darin ist man sich wohl allgemein einig - wurde in der Regel von begüterten Personen versehen (s. z. B. IG, II<sup>2</sup>, 657, 748, 798, wo vor den Ausgaben der Agonotheten "aus persönlichen Mitteln" die Rede ist). Ähnliches wäre wohl zum Sitones festzuhalten. Für die Kontinuität der Vermögenselite ergäbe im übrigen der "Idealfall" die Existenz von ungefähr 8 oder 9 wohlhabenden Bürgern im zweiten Drittel des 3. Jh., die die reichen Dynastien aus dem Beginn des 4. Jh. fortsetzten.

Ich habe unter Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte versucht, alle Fälle von langfristigem Reichtum ohne eine von vornherein festgelegte chronologische Beschränkung zu erfassen. So erwies sich jeweils die Wende vom 5. zum 4. Jh. und sodann vom 4. zum 3. Jh. als Zeitpunkt großer gesellschaftlicher Erschütterungen, die zweifellos von einer nicht erheblichen "Umverteilung" des Eigentums begleitet waren: Hier scheint es interessant, anhand von Davies' "Register" zu verfolgen, wie viele Familien diese Jahrhundertwenden überschritten und dennoch reich blieben. Für die erste Umschwungsetappe können wir zwischen 10 und 21 solcher Familien feststellen, wobei in einigen Fällen weniger Vermögensbewahrung als Vermögensneubildung registriert werden muß. Für die zweite Etappe schwankt die Zahl zwischen 10 und 13 mit denselben Einschränkungen.

Von "unmittelbarer" Art war ein weiterer Modus operandi: Es ging um die Klärung der Frage, wie viele athenische Familien mehr als hundert Jahre im Bestand der Vermögenselite blieben. Im "Register" zählte ich 26 solcher Familien (mit natürlich unterschiedlicher Gewißheit darüber, ob die Angaben die wirklichen Sachverhalte widerspiegeln. Die Annahme einer ungebrochenen Kontinuität ist meist doch sehr problematisch). In einem Fall liegen gute Gründe für die Vermutung vor, daß der Reichtum im Verlauf von 200 Jahren Bestand hatte (die Familie des Phaidros aus Sphetos; Davies, S. 524 - 528). Ob dieser lange Zeitraum als verbürgt gelten darf, hängt aber letztlich von der Sicherheit der vorgenommenen Identifizierungen ab. Bezeichnenderweise gehörte das Vermögen des Phaidros (in noch größerem Maße trifft dies auf Deinias zu) nach der uns bekannten Überlieferung keineswegs zu den besonders großen. Nichts deutet darauf hin, daß diese Familien zu den reichsten Familien Athens zählten.

Die Arbeit mit diesen Berechnungen klärte jedoch ihre methodische Unzulänglichkeit. Deutlich wurde nur, daß es Familien mit langfristigem Reichtumsbestand kaum gegeben hat; doch mehr ließ sich nicht für das Thema gewinnen. Doch was bedeutet hier "kaum"? Im Vergleich womit "kaum"? Hinzu kommt die Unsicherheit unserer Überlieferungen, die eben nicht ausschließt, daß etliche Familien nicht in die Kategorie der über 100 Jahre erfolgreich wirtschaftenden Familien aufgenommen wurden, weil Quellen darüber zufällig fehlen. In wieviel "verbürgten" Fällen haben wir es ferner mit einer kraft jener, dem athenischen Reichtum innewohnenden Regenerationsfähigkeit, illusorischen Kontinuität zu tun?

Auch die hier gezwungenermaßen angelegten Maßstäbe waren unerträglich formal. So ergab sich z. B. für die Nachfahren Kleons der Nachweis eines ununterbrochenen Wohlstands, während viele an-

dere, berühmtere Familien von großem Einfluß und Reichtum, die zur selben Zeit florierten, nur deswegen nicht in die engere Auswahl kamen, weil wir über einige ihrer Generationen einfach zu wenig Zeugnisse eines eindeutigen Wohlstands besitzen.

Überzeugt davon, daß sich alle diese Versuche als ineffektiv erwiesen haben - ebenso erfolglos wie früher angewandte Methoden -, schien mir die Lösung der Frage von einer Seite möglich, die man mit gewisser Berechtigung als allem Bisherigen diametral entgegengesetzt bezeichnen könnte: herauszufinden, ob es viele reiche Familien waren, die "verschwanden", ohne irgendwelche sichtbaren Spuren in der nachfolgenden Zeit zu hinterlassen. Als Voraussetzung einer so angelegten Untersuchung darf wohl gelten, daß männliche Nachfahren in der Regel vorhanden waren und die von der Natur verursachten Lücken mit Hilfe der Adoption korrigiert wurden, einer in Athen außerordentlich weit verbreiteten Institution. Ebenso ist davon auszugehen, daß die Nachkommen der reichen und politisch aktiven Bürger nicht nur größere Aussichten hatten, in den Quellen erwähnt zu werden, sondern auch "identifizierbarer" waren als die Kinder und Enkel der athenischen Durchschnittsfamilien, die in der attischen Prosopographie größtenteils durch eine geringere Personen- und Namenszahl ausgewiesen sind. So darf man, obwohl auch hier der Zufall seine Rolle spielen konnte, im Schweigen der Quellen über Nachfahren wohlbekannter Familien meistens wohl doch deren "Abtreten von der Bühne" des realen Lebens, den Verlust von Einfluß und Reichtum, wenn nicht gar überhaupt ihr Aussterben, vermuten. Letzteres nimmt Davies in solchen Fällen an, ohne allerdings direkte Informationen darüber vorlegen zu können; doch scheint es mir im großen und ganzen gerechtfertigt, so zu verfahren.

Gestützt auf diese Überlegungen traf ich unter den im "Register" aufgeführten Namen eine Auswahl nach dem Prinzip des vermutlichen oder durch Quellenevidenz wahrscheinlichen "Aussterbens". Die Untersuchung ergab 26 "verschwundene" Familien. Der Versuch ihrer Fortführung machte aber die Aussichtslosigkeit des Unternehmens transparent. Erstens bleibt in fast jedem untersuchten Fall (mit Ausnahme einiger quellenmäßig verbürgter Vorkommen) der Tatbestand des "Aussterbens" hypothetisch, während neue Inschriftenfunde wenn auch langsam, so doch immer deutlicher einen Kreis von "Überlebenden" sichtbar machen. Zweitens (und dies im Gegensatz dazu) beweist das "Überleben" keineswegs die Kontinuität des Reichtums. Andererseits enthält natürlich auch die Feststellung des "Überlebens" Hypothesen: Wie Inschriftenfunde immer wieder beweisen, bedeuten Übereinstimmungen der Namen oft nicht mehr als bestimmte verwandtschaftliche Bindungen ohne direkten Abstammungsnachweis. Drittens schließlich fällt die Wahl des Objektes zwangsläufig bei solchen Untersuchungen immer subjektiv aus. Entsprechende Kriterien sind hier schwer zu nennen, Grenzen kaum zu ziehen. Warum sollte man eigentlich nicht alle jene Familien als "ausgestorben" betrachten, deren Nachkommen unbekannt sind? Mich hat immer in Erstaunen versetzt, wie viele Trierarchen des 4. Jh. doch isoliert, gewissermaßen herkunftslos scheinen, so, als besäßen sie weder Ahnen noch Nachfahren. Formal gesehen könnte man ihre Familien als "verschwunden" einstufen. Doch führt hier die formale Logik ad absurdum: In Wirklichkeit mangelt es einfach nur an Information (was häufig darauf zurückzuführen ist, daß die Namen der Trierarchen ohne Patronymikon aufgeführt wurden). So erweist sich bedauerlicherweise eine Unterscheidung zwi-

schen wahrscheinlichem und illusorischem "Aussterben" als ausgeschlossen, worin auch die innere Schwäche dieser Methode bestünde.

Aufmerksamkeit verdient dennoch die Beobachtung zu den Trierarchen, da sie in unmittelbarem Zusammenhang mit den hier aufgeworfenen Fragen steht. Tatsächlich erscheinen unter den Trierarchen Abkömmlinge von Familien, die weder durch Reichtum noch durch Einfluß hervorgetreten waren. Offenbar wurden hier zwei Faktoren wirksam: Die Ausübung der Trierarchie setzte erstens anfänglich ein relativ bescheidenes Vermögen voraus (s. bes. Isai., 5, 36; Dem., 18, 102, 104, 108; 20, 18); auf dieser Ebene konnte die Heranziehung zum Trierarchendienst ausgesprochen sporadisch erfolgen. Zweitens lassen sich gerade daran Ergebnisse (und Bestätigung) jener Instabilität der Vermögensverhältnisse und der Vermögenshöhe einzelner Bürger und Familien ablesen, von der ich glaube, daß sie der athenischen Gesellschaft im höchsten Grade eigen war.

### 3. 1. Ausblick ins 3. Jh. v. u. Z.

Es lohnt den Versuch, der Lösung unseres Problems noch von einer anderen Warte her näherzukommen, indem man die durch das "Register" von Davies gesetzten Grenzen verläßt und sich sozusagen vom 3. in das 4. Jh. v. u. Z. "zurückversetzt". Diesem methodischen Schritt lag der Gedanke zugrunde, eingehend zu prüfen, ob es viele reiche Familien im 3. Jh. gab, die auf ebenso begüterte Ahnen zurückschauen konnten. Allerdings stellt für das 3. Jh. die ungünstige Quellenlage - wir sind allein auf epigraphisches Material angewiesen - ein nicht zu übersehendes Problem dar. Darüber hinaus müssen wir hier auf ein so untrügliches Kriterium wie die Ausübung der Leiturgien verzichten.

Ich beschränkte meine Berechnungen auf einige Kategorien der vermutlich reichen Bürger des 3. Jh. So fiel für die Zeit zwischen 266/65 und 234/33 die Auswahl auf Personen, die das finanziell belastende Amt eines Agonotheten innehatten oder in entsprechenden Dekreten wegen ihrer großzügigen Unterstützung öffentlicher Angelegenheiten aus persönlichen Mitteln Ehrungen erfuhren. Es erwies sich, daß sich bei 5 Personen von 8 Probanden Ahnen im 4. Jh. nachweisen lassen, von denen wiederum 4 ganz sicher zu den Reichen gehörten. Das ist natürlich eine sehr hohe "Kontinuitätsquote", der jedoch die relativ geringe Auswahl an Fällen entgegensteht, um sich maßgeblich darauf berufen zu können.

Einer weiteren derartigen Untersuchung lag das Material der Ritterlisten aus der ersten Hälfte des 3. Jh. zugrunde, die erst jüngst bei Ausgrabungen auf dem Kerameikos gefunden und von Karin Braun veröffentlicht worden sind.<sup>17</sup> Allerdings belegt das betreffende Material eher Wohlstand und "gemäßigten Reichtum" der dort genannten Personen als den hier per definitionem gemeinten Reichtum; doch wird dieser Mangel durch den unleugbaren Vorteil der diesmal breiten Materialbasis wieder aufgehoben. In 41 Fällen

<sup>17</sup> Braun, Karin, Der Dipylon-Brunnen B<sub>1</sub>. Die Funde, in: AM, 85, 1970, S. 198 - 292.



blieb das Demotikon der in den Kerameikostexten erwähnten Ritter erhalten, was eine Identifizierung mit bereits bekannten Personen zuläßt und eine Rekonstruktion verwandtschaftlicher Beziehungslinien ermöglicht. Weitere 13 Namen mit einem Demotikon, die aus Ausgrabungen auf der athenischen Agora stammten, verdanke ich der Liebenswürdigkeit von John Croll. Von diesen insgesamt 54 bekannten Rittern sind 17 Familien zuzuordnen, bei denen für das 4. Jh. zumindest Wohlstand belegt ist (in dieser Hinsicht weist die von Karin Braun vorgelegte Tafel<sup>18</sup> empfindliche Lücken auf). Auch hier handelt es sich um einen hohen Anteil. Übrigens setzt aber nicht ein einziger Ritter irgendeine der überreichen Familien des 4. Jh. fort (dies möglicherweise mit Ausnahme des Timochares aus Sphetos<sup>19</sup>).

Dem Wesen der hier untersuchten Erscheinungen kam ich wohl im Gefolge eines Tests am nächsten, den ich im Grunde für völlig sekundär gehalten hatte. Es ergab sich die Notwendigkeit, zu prüfen, ob die bedeutendsten (und zweifellos auch reichsten) Staatsmänner des 3. Jh. reiche Vorfahren aufweisen konnten. Von jenen, zu deren Namen uns auch ein Demotikon erhalten ist, also die Brüder Glaukon und Chremonides aus Aithalidai, die Brüder Eurykleides und Mykion aus Kephisia, Deimainetes aus Athmonon, konnte sich niemand auf irgendwelche durch Quellen belegbare Verwandte im 4. Jh. berufen: Es verfestigte sich der Eindruck, es mit homines novi zu tun zu haben. (Der Vater von Glaukon und Chremonides war allerdings Agonothes, doch dies bereits im 3. Jh., s. IG, II<sup>2</sup>, 3458.) Gleiches trifft in noch größerem Maße auf den Tyrannen Lachares zu, dessen Name in Attika einmalig ist. Allein Philippidas aus Kephale kann sich - soweit unser Wissen ein Urteil darüber zuläßt - eines Vaters "rühmen", der Trierarch gewesen ist (im Jahr 323/22 - s. Davies, S. 541).

Alle diese Berechnungen - dieser Gedanke drängte sich mir während der Arbeit daran in zunehmendem Maße auf - vermögen letztlich nicht zu überzeugen, und ich betrachte sie als Varianten auf dem Wege zur Lösung. Die auf "großen Zahlen" fußende Statistik erweist sich unter antiken Bedingungen als ein unzureichendes Instrument: Ihre Ergebnisse sind zu summarisch und vergrößern drastisch die Verhältnisse, während die Heranziehung immer neuer Namen zum Anwachsen des Unsicherheitsfaktors führte.

Andererseits dienten sie, wie bereits gesagt, einer auf Umwegen vollzogenen Wahrheitsfindung, indem jeder Schritt doch irgendein Körnchen dieser Wahrheit enthielt. Mehrfach stellte sich dabei direkt oder indirekt heraus, daß es nicht geboten schien, mit der Gesamtmasse aller reichen Bürger Athens, soweit bekannt, zu experimentieren, sondern eine die Verhältnisse differenzierende Methode zu finden. Es leuchtete ein, daß das formale Merkmal, nach dem wir Reichtum definieren - die Übernahme von Leiturgien -, in gewissem Grade sogar desorientierend wirkte und die Widersprüche innerhalb der Klasse der Reichen verdeckte.

18 Ebenda, S. 243 - 249.

19 Ebenda, S. 245 - 247; Davies, S. 525.

Aufmerksamkeit verdient im Sinne einer natürlichen Voraussetzung der Unterschied zwischen "Reichtum" und "Überreichtum", so wie er sich aus meiner ganzen Untersuchung darstellt. Eine Analyse der verschiedenen Wege zur Reichtumbildung und vice versa der Verarmung begründete den Gedanken einer im allgemeinen zunehmenden "Mobilität" des Reichtums in dem Maße, wie sich das Vermögenswachstum gestaltete und schließlich im "Überreichtum" kulminierte. Diesen Eindruck riefen bereits in größerem oder geringerem Maße einige der oben zitierten statistischen Berechnungen hervor. Folglich ergab sich daraus die Notwendigkeit, aus der großen Masse der reichen Eigentümer jene auszusondern, die als überreich gelten müssen.

Von einigen Athenern kann als zuverlässig verbürgt gelten, daß ihr Besitz (zumindest in einem bestimmten Lebensabschnitt) 30 bis 50 Talente überstieg. Hierher gehören Alkibiades (Davies, S. 19 - 21), Demades (Davies, S. 100 f.), Demetrios von Phaleron (Davies, S. 108 f.), der Redner Demosthenes (Davies, S. 133 - 138), Diphilos (bei Davies beiläufig S. 534 erwähnt), der Pallener Epikrates (Davies, S. 182), Euthykrates (aus Kropidai bzw. besser Amphitrope, Davies, S. 192), Themistokles (Davies, S. 215), Ischomachos (Davies, S. 266 f.), Kallias und Hipponikos (Davies, S. 259 - 262), Kallippos (Davies, S. 275), die Familie des Miltiades und des Kimon (Davies, S. 299 f., 303, 310 f.), Kleon (Davies, S. 319), Konon und Timotheos (Davies, S. 508 - 512), Nikias (Davies, S. 403 f.), Oionias aus Atene (Davies, S. 519), der "Bankier" Pasion (Davies, S. 430 - 442), Peisistratos und seine Söhne (Davies, S. 452 f.), Stephanos aus Lamprai (Davies, S. 491), also insgesamt 19 "Einheiten", nimmt man Vater und Söhne zusammen (was im Hinblick auf Miltiades und Kimon sowie auch Konon und Timotheos nur zum Teil richtig ist, da in beiden Fällen die Söhne weniger das Vermögen der Väter erbten, als vielmehr ein neues schufen). In allen diesen Fällen verfügen wir entweder über aus antiken Quellen stammende Zahlenangaben zum Vermögen der Betroffenen oder können uns auf einen klaren, unmißverständlichen Kontext stützen, der den "Überreichtum" bezeugt.

Ähnlich verhielt es sich mit Antidoros aus Phaleron (Davies, S. 35), Aristolochos aus Hercheia (Davies, S. 60), Diotimos aus Euonymeia (Davies, S. 163 f.), Kepheisodotos aus Sobridai (Davies, S. 288), den Brüdern Meidias und Thrasylochos aus Anagyrous (Davies, S. 385 - 387), Nausikles und seinem Sohn Klearchos aus Oion (Davies, S. 396 f.), Neoptolemos aus Melite (Davies, S. 399 f.), Onetor aus Melite (Davies, S. 422 - 424), dem bedeutendsten Staatsmann des 5. Jh. Perikles (Davies, S. 459, mit einem Druckfehler in der Überschrift), Stratokles aus Diomeia (Davies, S. 494 f.), Phanostratos aus Kephisia (Davies, S. 563 f.), Philokrates aus Hagnous (PA, 14599), Philomelos und Phillippidas - Vater und Sohn - aus Paiania (Davies, S. 549), Phormion aus Pyraios (Davies, S. 435 f.), deren Vermögen sich zwischen 20 und 30 Talenten bewegte. Einige Personen wurden aufgrund eines neuen Kriteriums - der mehrfachen Ausübung der Trierarchie - den "Überreichen" zugeordnet. Obwohl formal kein Grund vorliegt, die Familie der Alkmaioniden unter die "Millionäre" zu rechnen, scheint dies dennoch der Wahrheit sehr nahezukommen (Davies, S. 371 - 373, 379, 381, 384).

Somit ergibt unsere Statistik 34 Personen und Familien, deren Vermögen erheblich über dem Niveau der als "begütert und wohlhabend" zu charakterisierenden athenischen Bürger lag. Nach dem Zeugnis unserer Quellen (das hier eher zuwenig als zuviel aussagt) verlor etwa die Hälfte der Genannten ihren Besitz entweder ganz oder zumindest weitgehend: Alkibiades, die Alkmaioniden, Aristolochos, Demetrios, Diphilos, Themistokles, Ischomachos, die Dynastie der Kallier und Hipponiker, Kallippos, Miltiades und Kimon, Nikias und sein Sohn Nikeratos, Oionias, der Sohn Pasion's Apollodoros, die Peisistratiden, Stephanos (wie Lys., 19, 46, zu entnehmen ist, obwohl die Nachkommen des Stephanos im 5. Jh. ziemlich wohlhabend waren, so daß sie die Trierarchie ausüben konnten; s. Davies, S. 492), Philokrates.<sup>20</sup> Viel wird auch den Nachfahren des Perikles, Demosthenes und Demades nicht vom väterlichen Erbe geblieben sein.

Die 3 zuletzt genannten Personen ausgenommen, bleibt etwas weniger als die Hälfte der Gesamtanzahl unserer "Millionäre". Davon stehen Antidoros, Epikrates, Nausikles und Klearchos etwas isoliert, da weder Ahnen noch Nachkommen bekannt sind.

Wir haben also nunmehr nur noch 11 Personen oder Familien zu untersuchen. Davongelingt es den Nachkommen des Kleon, Meidias, Onetor, Konon und Timotheos, Phanostratos und des Phormion ihren Reichtum auch im 4. Jh. zu bewahren, doch dann bricht die kontrollierbare Information ab. Pasion's Sohn Pasikles war zwar reich, doch verschwindet dieser Zweig der Familie mit dessen Sohn.

Von den verbleibenden 5 Personen ist bei Diotimos die Überlieferung (und damit seine Identifizierung) dubios; Philippidas blieb auch im 3. Jh. ein reicher Mann, während seine weiteren Nachfahren nicht bezeugt sind; Nachkommen von Euthykratos, Kephisodotos und Stratokles lassen sich auch für das 3. Jh. nachweisen (von Euthykratos sogar für das 2. Jh.); sie konnten einen gewissen Wohlstand zumindest halten.

Unsere Liste könnte man leicht noch um ein Dutzend Namen ergänzen (z. B. Isokrates, Ithykrates, Chabrias, Chares, Charidemios usw.), doch würde dies nichts mehr an der hier erarbeiteten Sicht verändern, sondern uns höchstens noch darin bestärken. Selbstverständlich muß einschränkend auf das nicht vollständig nutzbare prosopographische Material verwiesen werden und ferner ein Sachverhalt Berücksichtigung finden, der sich prinzipiell auf die Quellenlage des 4. und 3. Jh. v. u. Z. bezieht: Die Belege zu den Reichtums- und Vermögensverhältnissen im 3. Jh. sind unendlich spröder als zu den entsprechenden Erscheinungen im 4. Jh. Von den reichen Athenern des 3. Jh. wissen wir meist nicht mehr, als daß sie gelebt haben. Dennoch glaube ich, daß das vorgelegte Material für eine Klärung der allgemeinen Situation durchaus geeignet ist. Wir müssen uns wohl mit der Feststellung, daß der Reichtum der athenischen "Millionäre" ephemere gewesen ist, abfinden. Bestenfalls bleibt er einige wenige Generationen hindurch erhalten, wobei dafür nicht etwa eine langsam sich vollziehende Vermehrung des Besitzes das Muster abgab, sondern vielmehr bestimmte, von einer heftigen Auf- und Abwärtsbewegung begleitete "Sprünge" charakteristisch waren, wobei die Ver-

<sup>20</sup> Vgl. auch Braun, S. 249.

schwendungssucht der Erben zur Dauererscheinung wurde und Perioden politischer Erschütterung und Unsicherheit wahrhaft schicksalträchtig sein konnten.

Noch ein weiterer Umstand trägt zur Untermauerung dieser Schlußfolgerung wesentlich bei. Die von uns für einige der erwähnten Familien vermutete "Bewahrung des Reichtums" könnte sich als illusorisch herausstellen. Das dafür angewendete formale Kriterium reicht bei weitem nicht immer aus: Die Erfüllung der Leiturgiepflicht erfaßte ursprünglich keineswegs allein Personen des "Überreichtums", sondern ging von "normalen" Verhältnissen aus. Denkbar ist eine Situation, in der Familien - sofern ihre Habe nicht der Konfiszierung anheimfiel - in Form von Immobilien, Sklaven, Kleinodien usw. ungeachtet ihrer großen Geldverluste sich eine gewisse materielle Basis zu sichern wußten. Aus der Sicht des Staates blieben diese Bürger reich und daher für die Ausübung ihrer öffentlichen Verpflichtungen selbst dann ansprechbar, wenn sie nur noch ein Zehntel ihres früheren Vermögens besaßen. Die Erwähnung ihrer Nachfahren (insbesondere, wenn sie einmalig war) in den Listen der Trierarchen muß also demnach als schwacher Beweis für unsere Vermutung, daß sie den "Überreichtum" ihrer Ahnen zu erhalten vermochten, gelten.

Darüber hinaus erbringt die quantitative Übereinstimmung zwischen dem Reichtum der Ahnen und dem der Nachkommen auf keinen Fall den Nachweis, daß es sich jeweils um ein und dasselbe Vermögen handelte. Es könnte dabei auch Fälle von neuem, also nicht ererbtem Reichtum gegeben haben. Der Eindruck der Kontinuität entsteht hier wahrscheinlich als Folge der Angewohnheit, den Mangel an Quellenbelegen mit Analogieschlüssen "aufzubessern". Es ist streng genommen auch unmöglich, gültige Aussagen darüber zu machen, ob ein Athener, der in verschiedenen Lebensabschnitten in den Quellen als reich charakterisiert wird, diese Eigenschaft ununterbrochen für sich in Anspruch nehmen konnte. Bei dieser Gelegenheit lohnt es sich, auf das Schicksal des Andokides oder Demosthenes zu verweisen. Bedingungen, die eine rasche Vermögensbildung oder aber eine ebenso schnelle Vermögensschrumpfung vorherbestimmten, verliehen auch dem individuellen Reichtum in größerem Maße Unbeständigkeit. Die häufigen Schwankungen in der Vermögenshöhe lagen nicht einfach nur "in der Natur" der Sache, sondern waren offenbar "gesetzmäßig". Die in der griechischen Literatur einem häufig begegnende Vorstellung von der Unvermeidlichkeit der μεταβολαι - den unerwartet eintretenden Wechselfällen des menschlichen Daseins - muß wohl als entfernter ideologischer Nachhall dieser Instabilität verstanden werden, die letztlich auf Wesenszüge des Geldreichtums zurückging, denen zufolge dieser ebenso leicht verloren wie wiedergewonnen werden konnte.

Davies' "Register" kann nun in dieser Hinsicht auf keinen Fall als Leitfaden für entsprechende Analysen dienen. Allerdings enthält es auch einige Vermögensschwankungen belegende Fälle. Alkibiades, dessen Leben ein geradezu klassisches Beispiel für die Launen des Schicksals bildete, darf daher auch als der anschaulichste Fall gelten (s. Davies, S. 21; vgl. zu Alkibiades die treffende Bemerkung des Isokrates in 16, 40); erwähnenswert wären hier auch die Lebensumstände des Andokides (Davies, S. 31), obwohl die von Davies gesammelten Nachrichten hier wie da den eigentlichen Zusammenhängen wenig abgewinnen und auch viel an Vollständigkeit vermissen lassen. Eine im Vergleich dazu viel eingehendere Behandlung erfährt Demosthe-

nes: Sowohl der Verlust des väterlichen Erbes als auch die folgende Anhäufung neuen Reichtums sind detailliert dargestellt (Davies, S. 127 f., 132 f., 133 - 135). Ebenso informativ werden von Davies die Wechselfälle in den Vermögensverhältnissen des Thrasybul (S. 240), Isokrates (S. 246 f.), Timotheos (S. 509 f.) dargestellt. Davies vermerkt, daß gerade die Finanzsituation des Letztgenannten als anschauliches Beispiel ökonomischer Unsicherheit (marked economic instability) bei exponierten Staatsmännern herangezogen werden kann. Dieser zutreffende, von Davies nur beiläufig erwähnte Gedanke erfuhr in seiner Arbeit bedauerlicherweise keine Weiterentwicklung. Wie das hierfür herangezogene Material des "Registers" zeigt, scheint auch das Wort "economic" im vorliegenden Kontext nicht glücklich gewählt: Die Schwankungen, denen die Finanzen des Timotheos ausgesetzt waren, rührten zum wenigsten von ökonomischen Ursachen her.

Davies entgeht im Grunde die Eigenart des athenischen Reichtums. Dies hängt wohl vor allem mit dem Charakter seines Werkes zusammen, das bewußt auf "exakt und einwandfrei dokumentierte" Quellenbelege ausgerichtet ist und sich von vornherein auf das attische Territorium beschränkt. Von dieser Warte ist die Auslassung des von vielen bekannten Athenern (die ihre Heimat verlassen mußten) erworbenen ausländischen Besitzes durchaus gerechtfertigt.

Doch scheinen sich hier auch einige ungewollt-unbewußte Motive eingeschlichen zu haben. Vor Davies stand die Aufgabe, mit seinen Forschungen den Punkt zu fixieren, an dem die Vermögensverhältnisse ihre höchste Stabilität erreicht hatten. Darauf ist auch die völlig verständliche Tendenz zurückzuführen, bei einzelnen Athenern und auch ganzen athenischen Familien den Reichtum als ein immerwährendes Attribut vorauszusetzen. Hätte Davies von vornherein Schwankungen in der Höhe der Vermögen als deren beständige Begleiterscheinung einkalkuliert, würde seiner Arbeit prinzipiell ein Beigeschmack von Aussichtslosigkeit angehaftet haben. Doch ging es hierbei nicht allein um das instinktive Bestreben des Forschers, Widersprüche und Komplikationen auf dem Lösungsweg zu vermeiden. Bei aller offenkundigen Gewissenhaftigkeit vermochte sich Davies wohl vor allem nicht von jenen theoretischen Scheuklappen zu befreien, die sich aus dem gegenwärtigen Stand der Altertumswissenschaften im allgemeinen ergeben. Man begreift den antiken Reichtum als eine aus der Ökonomie gewachsene und ihr eng verhaftete Erscheinung. Ein so gearteter Reichtum zeichnet sich unter günstigen oder einfach normalen Bedingungen durch eine weitgehende Stabilität aus. Aus dieser Sicht, die Davies im Grunde mit vielen anderen Gelehrten teilt, wirken die antiken μεταβολαί gewissermaßen als zufällige Abweichungen von der Norm.

Diese in die Irre führenden Besonderheiten jener theoretischen Voraussetzungen, die Davies' Arbeit zugrunde liegen, lassen sich gut an einem Beispiel veranschaulichen. Wir sind recht gut über die Vermögensverhältnisse einer reichen nichtathenischen Familie unterrichtet, der auch der bekannte Redner Lysias angehörte. Angeblich erkundigte sich Sokrates eines Tages bei Kephalos, dem Vater des Lysias, ob dieser den größeren Teil seines Besitzes durch Erbfolge oder durch eigenen Erwerb bekommen hätte. Kephalos erwiderte ihm, daß sein Großvater (und Namensvetter) ein ebenso großes Erbe angetreten habe, wie er, Kephalos, besäße, aber seinen Reichtum "um ein Vielfaches" vermehren konnte (πολλάκις τσαύτην ἐποίησεν

Davies spricht aus nicht ersichtlichem Grund von einer "Verdoppelung" und "Verdreifachung"). Lysanias, dessen Sohn und Vater des Kephalos, vermochte nur einen Teil des Vermögens zu halten, weniger jedenfalls als später Kephalos besaß. Letzterer vermehrte seinen Besitz und hoffte, wie man seinen Worten entnehmen kann, bestenfalls darauf, seinen Söhnen etwas mehr zu hinterlassen, als er seinerzeit selbst geerbt hatte (Plato, Resp., 330ab).

Davies, der diese Information mit einer durchaus verständlichen Skepsis anführt, deutet den Eindruck der Instabilität als Anzeichen einer Unternehmertätigkeit der Familie, nicht aber einer Verwurzelung mit dem Grundbesitz. Im übrigen hält er Lysias' Vater Kephalos II. politische Wirren und Zwistigkeiten in Syrakus zugute, von wo dieser nach Athen gekommen war (S. 587).

Davies kann mit beiden Hypothesen durchaus recht behalten: Kephalos I. vermehrte sein Vermögen vielleicht wirklich durch Handelsgeschäfte, während die erheblichen Verluste unter Lysanias auf politische Ursachen zurückgingen. Allerdings spricht Platons diesbezüglicher Text in gewisser Weise gegen eine solche Vermutung: Kephalos II. sagt von sich, daß er als "Geschäftsmann" (χορημιστής - ein Mensch, der sich darauf versteht, Geld zu machen, und auch darum bemüht ist) zwischen seinem Großvater und seinem Vater stehe. Dies deutet nun eher auf mangelnde persönliche Fähigkeiten des Lysanias als Grund für seine geschäftlichen Rückschläge, nicht aber auf Vermögensverlust durch objektive Faktoren.

Doch geht es hier nicht um Einzelheiten, sondern um das Prinzip. Wir haben es hier mit einer Art ökonomischem Magnetismus zu tun: Davies' erste These hängt mit dem Problem der ökonomischen Betriebsamkeit zusammen. Er geht von der Voraussetzung aus, daß es einen Wirtschaftszweig gegeben haben muß, in dem Kephalos I. und seine Nachkommen den Nährboden für ihren Wohlstand fanden, so daß - sofern dies im Bereich des Möglichen liegt - herauszuarbeiten bliebe, in welcher Sphäre diese entsprechende Tätigkeit angesiedelt war.

Daß der Vermögensstatus (besonders im Bereich des "Überreichtums") einem ständigen Wandel unterworfen war, bedarf wohl keiner gesonderten Erläuterung, da es sich um eine Regel handelte. Auf keinen Fall wäre eine einseitige Erklärung "ökonomischer Provenienz" angebracht. In diesem Sinne bietet die Geschichte der Kephalos-Lysias-Familie ein hervorragendes Anschauungsmaterial. Es muß ein Geheimnis bleiben, auf welche Weise Kephalos I. zu so großem Reichtum gelangte. Der Vermögensschwund unter Lysanias ließe sich am natürlichsten durch Aufwendungen für unproduktive Zwecke erklären. Kephalos II. vermochte den verbliebenen Rest auf annähernd gleicher Höhe zu halten, ohne ihn wesentlich zu vermehren, aber auch nicht zu verlieren. Er verließ Syrakus, um sich in Athen niederzulassen und eine große Werkstatt für Schildherstellung zu gründen (bzw. eine bereits vorhandene zu erwerben). Wir haben nicht den geringsten Anlaß zu der Annahme, daß hier irgendeine Familientradition wirksam wurde: Der Besitz von Lysanias und Kephalos II. konnte in seiner Zusammensetzung ganz unterschiedlich aussehen; selbst Grundstücke waren nicht ausgeschlossen. Kephalos verfuhr womöglich nach dem Muster anderer Übersiedler: Er veräußerte seine Habe in der Heimat, um das so gewonnene Geld in irgendeinem einträglichen Unternehmen in Athen anzulegen. Seine Söhne erbten sein gro-

bes Vermögen. Daß sie ihrerseits den größeren Teil des Besitzes nicht durch ökonomische Fehlleistungen (ihre diesbezügliche Tätigkeit war, nach allem, was wir davon wissen, recht erfolgreich), sondern infolge der politischen Instabilität Ausgang des 5. Jh. v. u. Z. verloren, ist außerordentlich charakteristisch. Ob es Lysias, der überlebte, gelungen war, das unter den "Dreißig" eingebüßte Vermögen wiederzugewinnen, bleibt ungewiß. Seine Hinwendung zur Tätigkeit eines Redners zeugt einerseits für immense persönliche Verluste, andererseits weist sie in Richtung neuer Wege zum Reichtum. Anzumerken wäre, daß uns irgendwelche Nachkommen Lysias' unbekannt sind.

Wahrscheinlich widerspricht das Modell sozialökonomischer Beziehungen, wie es sich uns aus dem Schicksal dieser Familie erschließt, all den Vorstellungen, die Davies und der überwiegenden Mehrzahl der modernen Griechenlandforscher vorschweben: ständig sich wiederholende, die ganze Breite des Spektrums einnehmende Schwankungen im Bereich der Reichtumshöhe; eine überraschende Mobilität des "Kapitals" (höchstwahrscheinlich auch der Wirtschaftszweige) im Sinne seiner Verlagerung von einem Land in ein anderes; "Kapitals"schrumpfung und endgültige Liquidierung desselben durch Vermögenseinziehung. Welches der angeführten Merkmale antiken "Kapitals" verfangt wirklich im Sinne kapitalistischer Verhältnisse vom Ausgang des 19. Jh.?

Die "Instabilität" lag hier in der Natur der Sache. Höhenflüge und Abstürze begleiteten in materieller Hinsicht unter anderem den Lebensweg so bekannter Athener wie Miltiades, Themistokles, Konon, Charidemos, Demetrios von Phaleron, Lachares, Kallippos und Gylon, wahrscheinlich auch Xenophon und Kallistratos, ganz zu schweigen von vielen Nichtathenern (wie den Arzt Demokedes; Herod., 3, 125 - 137). In diesen Fällen trat die "Instabilität" offen zutage. Wie hoch aber mag die Dunkelziffer sein, wo wir wegen der mangelnden Überlieferung einfach zu wenig wissen?

Ihren klarsten Ausdruck fand der Gedanke von den ständigen Schwankungen der Vermögenshöhe in einer Gerichtsrede des 4. Jh. Hier ist die Vorstellung vom Ausnahmecharakter stabiler Vermögensverhältnisse, die höchst selten vorkamen, als etwas Selbstverständliches vorausgesetzt, und dieser Sachzwang bildete die Basis für die "Antidosis", den Vermögenstausch (Ps.-Dem., 42, 4). Weiter sagt der Kläger von sich: Sobald er seine Schuld an den Staat abgetragen und die derzeitigen materiellen Schwierigkeiten überwunden habe, sei er erneut bereit, die Last öffentlicher Verpflichtungen mitzutragen und darin jene Mitbürger abzulösen, die dann unter Einbußen zu leiden hätten (§ 32). Vermerken wir nebenbei, daß diese uns namentlich nicht bekannte Person nur ein bescheidenes Erbe antrat (§ 22), dann aber reich wurde und zu den dreihundert reichsten Athenern zählte, sich aber völlig verausgabte (§ 3). Wir verfügen damit nicht nur über ein eindeutiges Zeugnis der materiellen Instabilität, sondern gewissermaßen auch über eine theoretische Weiterung dahin, daß diese Instabilität Norm gewesen ist (vgl. Dem., 57, 35, 42, 45 u. bes. Isokr., 7, 4 - 6).

Faßt man alle diese Sachverhalte zusammen, so erkennt man leicht, wie schwer sich die reichen Athener des 5. und 4. Jh. mit der Bewahrung großer Vermögen auch nur einige Generationen hindurch taten, obwohl sie dieselben geschaffen hatten und sich in Einzelfällen der trügerische Eindruck von Kontinuität und Solidität einstellt. Unter solchen Bedingungen war die Vermögenselite einer ständigen Unterhöhlung und Kompletierung oder Auffüllung "von unten" ausgesetzt. So gestaltete sich ihre Zusammensetzung fließend und amorph, wie sich aus der Summe des untersuchten Quellenmaterials ergibt, dessen Darstellung mehr Zeit und Raum einnahm, als ich selbst erwartet habe.

Kehren wir jedoch zum "Ausgangspunkt" zurück, zu jenen Gedankengängen, die meiner Arbeit zugrunde liegen, die - so hoffe ich zumindest - ihren eigentlichen Kern bilden und Erkenntnis stärken, daß eine vergleichende Gegenüberstellung von Kennziffern zur "Mobilität" der Vermögenselite in der Antike und in der modernen Zeit selbst dann, wenn sie im Bereich des Möglichen läge, das Wesen der Sache nur verschleiern würde. Gewiß lassen sich auch in neuerer Zeit Epochen und Räume finden, in denen große Vermögen wie Pilze aus dem Boden schossen, aber ebensoschnell wieder verschwanden. Vielleicht vollzogen sich diese Prozesse sogar geschwinder und radikaler als im alten Athen. Doch nicht die formalquantitativen Werte der beiden Sozialsysteme dürfen für den Vergleich herangezogen werden, sondern vor allem ihre "Gesetzmäßigkeiten".

Für meine abschließenden Bemerkungen habe ich mir eine Überlegung aufgehoben, die mir sehr überzeugend zu klingen scheint. Selbst wenn wir die gemäßig-modernistischen Auffassungen, die der überwiegenden Mehrzahl der heutigen Arbeiten zur sozialökonomischen Geschichte der antiken Welt zugrunde liegen, zur Kenntnis nehmen und auch akzeptieren, müssen wir uns dennoch mit einer unbestreitbaren Tatsache abfinden: Die antike Gesellschaft blieb von Produktionskrisen verschont; sie kannte sie nicht; das Konkurrenzgesetz wirkte in ihr stark gemildert, nicht so wie in der modernen Zeit. Ferner war die antike Ökonomie im Vergleich zur heutigen konservativ und durch eine stagnierende Technik gehemmt. Unter den Bedingungen einer solchen erstarrten ökonomischen Basis müßten wir eine unvergleichlich höhere Stabilität der großen Vermögen erwarten. Jede auf dem quantitativen Lösungsweg beruhende Methode, die sich auf moderne Erfahrungswerte stützt, erweise sich somit als nutzlos. Die alte Geschichte kennt eine Unmenge von Beispielen für das Wirken "immobiler" Gesellschaftsstrukturen, in denen die herrschende Klasse Jahrhunderte hindurch den Reichtum bei sich konzentrierte. Sollte es sich im "klassischen" Griechenland nicht so verhalten haben, sind hier besondere, und zwar ganz andere Umstände als in der Gegenwart wirksam geworden.

Die wichtigste Voraussetzung jener Mobilität der Besitzverhältnisse, die zum traditionellen Charakter der Ökonomie in so deutlichem Kontrast stand, bildete das Wesen des athenischen "Überreichtums". Wie schon mehrfach hervorgehoben, handelte es sich meistens um außerökonomisch geschaffenen Reichtum, der sich auf außerattischer Basis herausgebildet hatte. In der Produktion ohne Verwendung blieb er gemeinhin in Geldform bestehen, die sich gut dazu eignete, daß er leicht und komplikationslos den Besitzer wechselte. Unter anderen sozialökonomischen Bedingungen hätte dieser Geldreichtum an Sicherheit durch Immobilienkonzentration, Schaffung von Ab-



hängigkeitsverhältnissen oder Thesaurierung gewonnen: Allerdings sind solche Tendenzen auch in der Antike nachweisbar. Zum Ferment, das die Konservierung gesellschaftlicher Strukturen verhinderte und ihre Mobilität verstärkte, würde ich die politischen Faktoren im weiten Sinne dieses Wortes erklären. Die von der athenischen Demokratie geschaffenen vielfältigen Methoden öffentlichen Druckes auf das "Großkapital" hatten dazu geführt, daß eine Konsolidierung der Vermögenselite einfach nicht zustande kommen konnte und eine Kastenbildung verhindert wurde. Daher verwundert es keinesfalls, wenn mit dem Verfall der demokratischen Institutionen und der politischen Freiheit im 3. und 2. Jh. die Macht einiger Dutzend reicher Familien stark anwuchs.

Ferner befindet sich in der modernen Gesellschaft "der Teufel immer im Vorteil": Das Großkapital erweist sich unter Normalbedingungen als stabiler und befähigter zur "erweiterten Reproduktion" als jede andere Form von Kapital. In Athen verhielt es sich umgekehrt. Hier war der "Überreichtum" die mobilste und verletzbarste Komponente. Statistische Berechnungen zeigen dies überzeugend: Dies war der Preis seiner leichten "Geburt".

Beständiger waren Vermögen mittlerer Größe, die zur Übernahme von Leitturgien ausreichten und 10 bis 15 Talente nicht überstiegen. Je geringer die Beteiligung am politischen Leben, je schwächer die Beziehungen zum Ausland und je größer der Anteil an Immobilien gewesen ist, um so mehr Chancen bestanden für die Vertreter dieser sozialen Schicht zur Bewahrung des einmal gewonnenen Wohlstands.

Möglicherweise müssen wir die antike Gesellschaft als in ihren Grundlagen zutiefst konservative und starre Gesellschaftsform ansehen; also in der Ökonomie, den Preisen, den Vermögensverhältnissen, immer bezogen auf die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung. Im Verlauf vieler Jahrhunderte haben die kleinen Bauern ihren Acker geduldig, auf immer dieselbe Art und Weise bestellt, mit Hilfe von ein bis zwei Sklaven. Sie kamen selten in die Stadt, höchstens, um ihren Überschuß an Gerste zu verkaufen und eine neue Hacke zu kaufen oder festliches Schuhwerk für die Tochter. Die kleinen Handwerker hinterließen ihren Söhnen die Werkstätten, die von einer festen Kundschaft lebten, auf den engsten Umkreis und dessen Bedürfnisse eingestellt waren, sich weder räumlich noch in der Produktion irgendwie ausdehnten. Möglicherweise lag in dieser schlichten Einfachheit und relativen Sicherheit des Volkslebens, eingebettet in eine politische und ökonomische Unabhängigkeit, die Ursache für die besondere Jugendfrische des Geistes der griechischen Kultur, aus der wir selbst so viel Begeisterung und Nostalgie schöpfen. Im Verlauf von Jahrhunderten hat sich dieses patriarchalische Fundament der athenischen Gesellschaft nicht gewandelt, während der Strom des Athen überflutenden Geldreichtums an seiner Oberfläche versiegt, ohne wirklich in die Tiefe zu dringen.

Natürlich wäre es reizvoll, die Evolution des "Überreichtums" vom 5. bis zum 3. Jh. zu verfolgen, doch sehe ich keine andere Möglichkeit, als es hypothetisch, thesenartig zu tun. Es mangelt für den größeren Teil des 5. und für das 3. Jh. schlicht an Quellen. Höchstwahrscheinlich bildeten Ländereien den Hauptanteil der großen Vermögen in der ersten Hälfte des 5. Jh., gewissermaßen Hinterlassenschaften der Vergangenheit, obwohl "Überreichtum" am Boden in Athen, wie mir scheint, völlig ausgeschlossen war. Zum 4. Jh. hin unterlagen diese von vielen Kriegen heftig geschüttelten Vermö-

gen einem Aufsplitterungsprozeß, während neben ihnen neue entstanden, vor allem durch die unaufhaltsame Ausdehnung der Möglichkeiten für Bereicherung auf außerökonomischem Wege. Allem Anschein nach verstärkte sich die Tendenz zur Dezentralisierung der Geldmittel, während sich der Bereich ihrer "Anlage" erweiterte. Der Grund dafür lag weniger in der ökonomischen Entwicklung Athens als vielmehr in den Schwierigkeiten bei der Konzentration des Grundbesitzes und in der zunehmenden "öffentlichen" Toleranz solchen Beschäftigungszweigen wie Handwerk, Finanzen und Handel gegenüber. Außerdem vollzieht sich die Schaffung von Großgrundbesitz in einem langwierigen und langwährenden Prozeß, für den es den athenischen Neureichen an Zeit fehlte. Wie es scheint, nahm in dieser Zeit die Mobilität innerhalb der Vermögensverhältnisse zu, wechselte ein Vermögen häufig und leicht den Besitzer, verschwanden ganze Vermögen. Hinsichtlich des 3. Jh. muß man sich mangels Quellen von einem Urteil fernhalten.

Der heutige Quellenstand läßt sich derzeit kaum wesentlich erweitern, und so ist auch jene Betrachtungsweise, die am Ausgang des 19. Jh. für den athenischen "Überreichtum" vorwiegend von der deutschen Altertumswissenschaft erarbeitet wurde, praktisch nie revidiert worden, obwohl sie kaum als gesichert bezeichnet werden darf: Ihr Kernpunkt ist der Versuch, die Entstehung und Entwicklung des "Überreichtums" als innerökonomischen Prozeß zu verstehen. Die Vorstellungen von der "Handelsaristokratie", den "Industriellen", den "Finanziers", die folgerichtig auf der sozialpolitischen Bühne Athens ihren Platz fanden, erfahren in der historischen Realität keine Bestätigung. Die sog. ökonomischen Interessen verschiedener Gruppierungen der Vermögenselite, von denen die politischen und militärischen Aktionen des athenischen Staates angeblich bestimmt worden seien, können nur cum grano salis akzeptiert werden. Als stabile soziale Schicht können die "Reichen" im Athen des 5. und 4. Jh. v. u. Z. nur unter wesentlichen Vorbehalten eingestuft werden. Der "Überreichtum" bildete lediglich den Schaum an der Oberfläche des athenischen Wirtschaftslebens: So schnell, wie er gekommen, verschwand er auch wieder. Alle Versuche, dieses Phänomen mit Analogieschlüssen zu erklären, fruchten nicht und müssen scheitern. Die griechische sozialökonomische Geschichte kann nur aus sich selbst verstanden werden.

(Übersetzt von Jelena Funck)

## LITERATURKRITIK

### Geschichte der politischen Ökonomie historisch betrachtet

E. K. Hunt/Howard J. Sherman, Ökonomie. Aus traditioneller und radikaler Sicht = Athenäum Taschenbücher. Wirtschaftswissenschaft (im folgenden: I)

Athenäum Verlag, Königstein (Ts.) 1984, Bd. 1, 156 S.,  
12,80 DM; Bd. 2, 277 S., 16,80 DM

Thomas Balogh, The Irrelevance of Conventional Economics (im folgenden: II)

Weidenfeld and Nicolson, London 1982, 262 S., 16,50 £

Antal Mátyás, History of Modern Non-Marxian Economics. From Marginalist Revolution through the Keynesian Revolution to Contemporary Monetarist Counter-revolution (im folgenden: III)

Akadémiai Kiadó, 2., erw. Aufl., Budapest 1985, 619 S.

Adolph Lowe, Politische Ökonomik. On Economic Knowledge = Athenäum Taschenbücher. Wirtschaftswissenschaft (im folgenden: IV)

Athenäum Verlag, Königstein (Ts.) 1984, 376 S., 19,80 DM

Die Krise in der Wirtschaftstheorie, hg. v. Daniel Bell u. Irving Kristol (im folgenden: V)

Springer-Verlag, Berlin (West)/Heidelberg/New York/Tokyo 1984,  
195 S., 36,- DM

John Kenneth Galbraith, Die Entmythologisierung der Wirtschaft. Grundvoraussetzungen ökonomischen Denkens (im folgenden: VI)

Paul Zsolnay Verlag, Wien/Darmstadt 1988, 394 S.

von Hermann Lehmann

Wie geschichtlich betrachten wir eigentlich die Geschichte der politischen Ökonomie? Die auf den ersten Blick nur an Vertreter einer Spezialdisziplin gerichtete Frage zieht jedoch generelles Interesse auf sich. Reformierungen, Erneuerungen von Wirtschafts- und Gesellschaftssystemen, von allgemeinen Handlungsstrategien bedürfen vorausschauender ökonomischer Vorstellungen. Heutige Theorien der politischen Ökonomie aber sind wesentlich von Zeiten der Konfrontation geprägt worden, in welchen es üblich war, wirkliche oder scheinbare prinzipielle Überlegenheiten des eignen Systems herauszustreichen und das gegnerische als krisenhaft und historisch perspektivlos darzustellen. Solche Einstellungen stärken die Neigung, historische Relativierungen mehr oder minder absoluten Aussagen zu opfern. Theoretisch hatte das weitreichende Konsequenzen.

Hier sei an Entwicklungen in der marxistischen Literatur erinnert. In den 30er Jahren wurde in der Sowjetunion die Überzeugung durchgesetzt, daß sich die bürgerliche politische Ökonomie, als Vulgärökonomie, seit 1830 endgültig in einer Krise befinde und Wissenschaftlichkeit grundsätzlich nur noch marxistischer politischer Ökonomie zukomme. Ein Dialog innerhalb der Disziplin wurde so unmöglich. Später teilten auch Marxisten in anderen Ländern diese Anschauung. (Daneben ist es unerheblich, daß sie bei ersten Zeichen einer internationalen Entspannung der gegnerischen politischen Ökonomie nun gewisse Partialerkenntnisse zugestanden.) Die historische Betrachtung von Geschichte der politischen Ökonomie, zu der Marx einst großartige Analysen beigetragen hatte, wurde dadurch entschieden eingeschränkt; schließlich verfiel sie in den letzten Jahrzehnten wie so vieles in den Sozial- und Geisteswissenschaften.

Dabei konnten sich die sowjetischen Theoriehistoriker durchaus auf Marx berufen. Er hatte von Oktober/November 1862 bis April 1875 die Auffassung vertreten, daß die bürgerliche politische Ökonomie keine wesentlichen Erkenntnisse mehr zutage förderte; (1) sie wäre schon mit David Ricardo als "die bürgerliche Wissenschaft der Ökonomie bei ihrer unüberschreitbaren Schranke angelangt" (2) gewesen.

Aber so einfach verhielt es sich mit Marx' Charakteristik nicht. Bereits im Entwurf zum zweiten Band des "Kapitals" (Manuskript 1863 - 1865) sah Marx z. B. in der Aktiengesellschaft eine "Aufhebung des Capitals als Privateigentum innerhalb der Grenzen der capitalistischen Produktionsweise selbst", einen notwendigen "Durchgangspunkt zur Rückverwandlung des Capitals in das Eigentum der Produzenten". (3) Die Feststellung enthält doch, zunächst ganz allgemein betrachtet, den Gedanken, daß der hohe Grad gesellschaftlicher Produktion, innerhalb der Grenzen der kapitalistischen Produktionsweise, einen Zustand aufzuheben beginne, in welchem "der Zusammenhang der gesamten Produktion als blindes Gesetz den Produktionsagenten sich aufzwingt, nicht als von ihrem assoziierten Verstand begriffenes und damit beherrschtes Gesetz den Produktionsprozeß ihrer gemeinsamen Kontrolle unterworfen hat" (4). Nur wäre dies dann ein sozial partiell "assoziierter Verstand". Die nicht frei, sozialistisch-demokratisch, sondern noch kapitalistisch "assozierten Produzenten" regelten, dem Charakter der gesellschaftlichen Produktion gemäß, zunehmend auf ihre Weise "ihren Stoffwechsel mit der Natur rationell"; sie vollzogen ihn, da sie die Interessen der unmittelbaren Produzenten nur in den Grenzen der kapitalistischen Produktionsweise berücksichtigten, nicht "mit dem geringsten Kraftaufwand und unter den, ihrer menschlichen Natur würdigsten und adäquatesten Bedingungen". (5) Zudem findet "eine völlige (und sich beständig fortsetzende und wiederholende) Revolution in der Produktionsweise selbst statt, in der Productivität der Arbeit und im Verhältniß von Capitalist und Arbeiter" (6). Unter diesen Bedingungen nun hätte die Hypothese schließlich unrealistisch werden müssen, daß bürgerliche ökonomische Wissenschaft bereits während der industriellen Revolution

1 Vgl. Marx, Karl, Revenue and its sources, in: Marx/Engels, Gesamtausgabe (MEGA), Berlin 1975 ff., Bd. II/3.4, S. 1 450 - 1 538; derselbe, Le Capital. Paris 1872 - 1875, in: MEGA, Bd. II/7, S. 692.

2 Derselbe, Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band. Hamburg 1872, in: MEGA, Bd. II/6, S. 702.

3 Derselbe, Das Kapital (Ökonomisches Manuskript 1863 - 1865). Drittes Buch, S. 326, in: MEGA, Bd. II/4.2 (zit. nach: MEGA, Bd. I/27, S. 57<sup>+</sup>).

4 Derselbe, Das Kapital, Bd. 3, in: Marx/Engels, Werke (MEW), Berlin 1956 ff., Bd. 25, S. 267.

5 Ebenda, S. 828.

6 Derselbe, Ökonomische Manuskripte 1863 - 1867, in: MEGA, Bd. II/4.1, S. 105.

an ihre ein für allemal überschreibbare Schranke gestoßen und demnach rationelle Regelung der Wirtschaft gewissermaßen ohne ratio denkbar wäre.

In den Zuarbeiten (1877) zum "Anti-Dühring" griff Marx seine Vulgärökonomie-Deutung nicht mehr auf. Engels hütete sich ebenfalls, in Eugen Dührings Rückgriff "auf die Lehren der schlechtesten Sorte Vulgärökonomie"(7) ein Resultat endgültiger, objektiv bedingter, klassenmäßiger Erkenntnisstranken zu sehen. Ihm ging es darum, Dührings "sonst unbegreifliche wissenschaftliche Abirrungen und Ueberhebungen zurückzuführen auf persönliche Ursachen, und unser Gesammturtheil über Herrn Dühring zusammenzufassen in den Worten: Unzurechnungsfähigkeit aus Größenwahn" (8).

Ein solches Herangehen schloß keineswegs die Untersuchung der sozialen Bedingungen aus, die im jeweiligen konkreten Fall Erkenntnisse der politischen Ökonomie förderten oder behinderten. Marx erklärte 1879/80 den Rückstand in den ökonomischen Auffassungen deutscher Hochschullehrer aus einer spekulativen, nicht von der wirtschaftlichen Praxis ihrer Zeit ausgehenden Betrachtung.(9) Die Verbreitung der simplen Vulgärökonomie-Vorstellung, welche für Änderungen in der bürgerlichen politischen Ökonomie, mit einem Kern nahezu gleichbleibender Grundsätze, vor allem Wandlungen, Zuspitzungen in den ideologischen Verhältnissen anführt, ist also keine Konsequenz Marxscher Analysen, sondern das Ergebnis von Konfrontationen in unserem Jahrhundert.

An verschiedenen Erst- und Nachauflagen der 80er Jahre soll umrissen werden, wie geschichtlich heute die Geschichte der politischen Ökonomie betrachtet wird.

## 2. Irrelevanz der Vulgärökonomie?

Das Lehrbuch der 70er und 80er Jahre über "Ökonomie. Aus traditioneller und radikaler Sicht" (Economics. An introduction to traditional and radical views) von E. K. Hunt und Howard J. Sherman, Professoren an den Universitäten von Utah und von California, Riverside, wird hier wegen seiner Nähe zur marxistischen Vulgärökonomie-Vorstellung besprochen. Im ersten Band über Mikroökonomie stellen die Autoren fest, daß die Beliebtheit des Konkurrenzmodells mehr über die Denkweisen vieler Ökonomen als über die tatsächlichen Zusammenhänge in der Volkswirtschaft aussagen. "Das Ideal der neoklassischen Ökonomen, der Anhänger des Laissez-faire, der unentwegten Marktwirtschaftler ist also eine schöne, geordnete und heile Welt. Angesichts der tatsächlichen Verhältnisse in modernen Volkswirtschaften kann man wohl besser von einer Traumwelt sprechen." (I, Bd. 1, S. 80)

Im zweiten Band über Makroökonomie bestätigen die Autoren dem Keynesianismus einen größeren, jedoch begrenzten Realitätsbezug. "Vielleicht wurde Keynes nur deshalb von der etablierten Wissenschaft anerkannt, weil er im wahrsten Sinne des Wortes das Richtige zur rechten Zeit gesagt hat. Er hat nicht nur erklärt, weshalb Depressionen und Inflationen möglich sind, sondern er hat auch gezeigt, wie man diese Probleme im Rahmen des kapitalistischen Systems lösen kann." (I, Bd. 2, S. 146 f.) Nur das neuere "Phänomen von Arbeitslosigkeit und Inflation ist offensichtlich nicht mehr mit der herkömmlichen Inflationsanalyse im Rahmen der Keyneschen Theorie zu erklären, nach der eine übergroße Nachfrage Ursache der Inflation ist" (ebenda, S. 204).

7 Engels, Friedrich, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft (Anti-Dühring), in: MEGA, Bd. I/27, S. 381.

8 Ebenda, S. 483.

9 Marx, Karl, (Randglossen zu Adolph Wagners "Lehrbuch der politischen Ökonomie"), in: MEW, Bd. 19, S. 362.

Im Anschluß an Ausführungen über konservative, liberale und radikale ökonomische Auffassungen bekennen sich die Verfasser zu dem Standpunkt: "Stabilität ist im Kapitalismus nicht deshalb ein Problem, weil es an entsprechenden ökonomischen Einsichten fehlt, sondern wegen der politischen Machtverhältnisse." (Ebenda, S. 138) Sie sehen das Kernproblem in der Macht von Monopolen. "Was gesellschaftlichen oder politischen Vorrang genießt, hängt davon ab, ob ein System die Grundbedürfnisse der Massen oder die Wünsche einer verschwindend kleinen Minderheit höher bewertet." (Ebenda, S. 141) Deshalb lehnen die Radikalen "dieses Wirtschaftssystem ab. Lohn- und Preiskontrollen sind für sie keine Lösung; sie fordern die Vergesellschaftung der Monopole, um Preisstabilität bei Vollbeschäftigung zu erreichen." (Ebenda, S. 209)

Hunt und Sherman registrieren also "Traumwelten", Teilerkenntnisse und "entsprechende ökonomische Einsichten", halten aber die gesellschaftliche Interessenlage für entscheidend. Kann man sagen, die konventionelle politische Ökonomie in den kapitalistischen Ländern erweise sich letztlich als belanglos für die Lösung sowohl der wichtigen Fragen der alltäglichen Wirtschaftspolitik als auch der großen sozialökonomischen Probleme?

Ganz entschieden bejaht diese Frage Thomas Balogh in seiner bissigen Polemik "The Irrelevance of Conventional Economics", die Fehden und Erfahrungen des gebürtigen Ungarn und britischen Ökonomen, Managers und einflußreichen, den Konservativen verhaßten Wirtschaftsberaters verschiedener Labour-Regierungen widerspiegelt. Er nimmt Partei für eine realistische, seriös die ganze Kompliziertheit wirtschaftlicher Verhältnisse in ihren gesellschaftlichen Zusammenhängen berücksichtigende, auf mehr Fortschritt, Glück und Zufriedenheit in der Welt orientierende politische Ökonomie und kritisiert die Hauptrichtungen seines Fachs, wie sie sich in den letzten 100 Jahren darboten. Die Schwächen bei fast allen Versuchen, an die praktischen Wirtschaftsprobleme heranzugehen, sieht Balogh teils im Versagen und Verweigern, die wirkliche Beschaffenheit der wirtschaftlichen Verhältnisse anzuerkennen, teils in der eingeschränkten Betrachtung dessen, was konventionell, damit bei Vernachlässigung von anderen lebenswichtigen Einflußfaktoren, unter ökonomischen Verhältnissen verstanden wird, teils in den durch die enge Sicht veranlaßten unzulässigen Methoden der Analyse. "I wish to explore the causes of these misfortunes, and especially of the incorrigible tendency of my profession to irrelevance." (II, S. 1)

Schon Alfred Marshall hatte die Auffassung vertreten, daß bei der Kompliziertheit ökonomischer Beziehungen die Anwendung exakter mathematischer Methoden fast immer Zeitvergeudung wäre. Seine Kritik an der damaligen mathematischen Wirtschaftslehre hatte ihre Berechtigung. "Why is fashionable economics, of whatever school, so stubbornly irrelevant to reality, with such detrimental effects on policy-making? Is the persistent failure of attempts to use closed, determinate systems and models inherent in the subject matter of economics, as no less a patriarch than Marshall suggested? I believe so. But most of my profession cannot bear to believe it, because they would so hate the consequences of believing it. It would condemn economists to ploughing too uncertain and 'unscientific' a row." (II, S. 12)

Balogs Studie kann als "A Story of Irrelevance" (II, S. 29) gelesen werden. Entfernt erinnert sie an Marx' Herangehen von 1879/80. Die wirtschaftlichen Verhältnisse würden komplizierter - und die meisten Vertreter der Ökonomien-Zunft spekulativer, "as the professional jargon of teuto-pseudo-abstractions burgeoned - abstractions whose relation to reality was increasingly shaky" (II, S. 13). Aber ist eine solche Geschichte der Belanglosigkeit die Geschichte der neueren politischen Ökonomie westlicher Länder in Hauptzügen? Dann bliebe Marx' Vulgärökonomie-Interpretation von 1862 bis 1875 weiterhin gültig.

### 3. Die entscheidende Krise in der politischen Ökonomie seit 1830 ?

Der Budapester Professor für Geschichte der politischen Ökonomie Antal Mátyás geht in seinem Lehrbuch über die Geschichte der modernen nichtmarxistischen Ökonomie von dieser Annahme aus. Im ersten, umfangreichsten Teil befaßt er sich mit der Begründung der modernen nichtmarxistischen Ökonomie. Weiter werden behandelt ausführlich die Entwicklung der Theorie von der Gleichgewichtspreisbildung, dann Marktformtheorie, Rolle des Zeitfaktors, Ökonometrie, Geschichte und Logik in der Ökonomie, Geld und Gleichgewichtstheorie, darauf wieder eingehender der Keynesianismus sowie die Wachstumstheorien und schließlich das Problem von Inflation und Arbeitslosigkeit in der gegenwärtigen nichtmarxistischen Theorie.

Der erste Teil ist in unserem Zusammenhang wegen der grundsätzlichen Einschätzung jener Theorien interessant, welche Mátyás als die Fundamente für die moderne nichtmarxistische Ökonomie ansieht, weil sie im Buch nicht beantwortete Fragen aufwirft.

Als Vertreter der progressiven, antifeudalen Bourgeoisie seien die Klassiker der bürgerlichen politischen Ökonomie in ihren Forschungen von der Produktion ausgegangen, schreibt Mátyás. Dagegen wählten bürgerliche Theoretiker wie Karl Menger, William Stanley Jevons und Léon Walras seit den 70er Jahren des 19. Jh. individuelle Konsumentenbedürfnisse als Ausgangspunkt ihrer ökonomischen Überlegungen und versuchten damit, die objektiven ökonomischen Prozesse auf einen subjektiven Faktor zu reduzieren. Sie errichteten ihr theoretisches System auf einer anderen, der klassischen diametral entgegengesetzten Grundlage, weil der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat bedrohliche Formen angenommen hätte und die Arbeitswerttheorie der Bourgeoisie immer gefährlicher geworden wäre. "Die Entstehung der subjektiven Wirtschaftstheorie war die logische Folge der Entfaltung einer Gedankenrichtung, welche die Zuspitzung des Klassenkampfes zum Ausdruck brachte. Ihre Etappen kennzeichnet das Wirken solcher bekannter Denker wie Bentham, Say, Senior, Bastiat." (III, S. 18)

Der Wechsel im theoretischen System der nichtmarxistischen politischen Ökonomie spiegelt ebenfalls Veränderungen in Struktur und Institutionen der kapitalistischen Wirtschaft wider, so die Verbreitung der Aktiengesellschaft, deren Vertreter die Kapitalfunktion vom Kapitaleigentum, den kapitalistischen Unternehmer vom passiven Kapitaleigentümer trennten und den Wert der Produktionsmittel nicht von der Kostenseite her, sondern als kapitalisierten Ertrag bestimmten. "Auch Veränderungen im Verhalten der Bourgeoisie erklären die Verbreitung von Richtungen der subjektiven Wirtschaftstheorie. Aufgabe ist es nicht mehr, veraltete (d. h. feudale - H.L.) gesellschaftliche Verhältnisse zu bekämpfen, sondern sich am rationellsten unter den neuen kapitalistischen Beziehungen zu verhalten. Das erfordert Theorien, die zeigen, wie man die Ressourcen optimal verwendet, mehr Güter mit weniger Kosten herstellt und dabei den größtmöglichen Profit erhält." (III, S. 19)

Diese Hypothese von einem objektiven Widerspruch zwischen dem ideologisch erzwungenen grundsätzlichen Bruch mit der bisherigen wissenschaftlichen politischen Ökonomie der Bourgeoisie und dem kapitalistisch-ökonomischen Bedarf an wissenschaftlichen Analysen durch Mátyás' Buch zu verfolgen, würde hier zu weit führen. Zu fragen ist allerdings, ob die Hypothese den Anforderungen an eine historische Erklärung genügt. Vorstellungen von mehr oder minder absoluten (und endgültigen) Brüchen sind gemeinhin das Ergebnis vereinfachender Betrachtungen. Adam Smith unterscheidet sich vor allem dadurch von seinen Vorgängern, daß er die Arbeit und das Kapital schlechthin, eben die Marktwirtschaft, untersuchte und nicht nur besondere Anlagensphären, wie der Merkantilismus das Handelskapital und der Physiokratismus das Agrarkapital. Damit schuf er die Grundlage für eine alle wirtschaftlichen Bereiche analysierende politische Ökonomie. Eine politische Ökonomie, die

ihren Smith verleugnet, ist historisch nicht vorstellbar. Auch Marx berücksichtigte dieses Moment der Kontinuität.(10)

Aber Marx bemerkte, im Januar 1873, ebenfalls eine "ein für allemal entscheidende Krise"(11) der wissenschaftlichen politischen Ökonomie der Bourgeoisie seit 1830. Widersprüche nicht die von Mátyás übernommene Vorstellung von einer fundamentalen Krise dessen Hinweis auf die Notwendigkeit, in einer entwickelten kapitalistischen Produktionsweise optimierendes wirtschaftliches Verhalten zu untersuchen? Außerdem gehört der optimierende homo oeconomicus auch zu den Grundannahmen des Systems von Smith. Dieses bezieht sich allerdings auf das im 18. Jh. dominierende Kleinunternehmen, während die von Mátyás dargestellten Systeme den kapitalistischen Großbetrieb vom Ende des 19. Jh. im Blickfeld haben. Dennoch sind die Kontinuitätslinien von Smith zu Walras unverkennbar. So erhebt sich die für die Konzeption des Buches von Mátyás wichtige Frage, warum gerade die Vorstellungen von Menger, Jevons und Walras, die angeblich eine "marginalistische Revolution" in der Theoriegeschichte bedeuten, mit Smith brechen (und doch nicht brechen), den Ausgangspunkt für die moderne nichtmarxistische politische Ökonomie bilden sollen und nicht etwa schon die Vorstellungen von Smith oder die späteren von Keynes. Beides ließe sich begründen.

Hier hilft das in den USA geschriebene und von ihrer Wirtschaftsverfassung geprägte Buch "Politische Ökonomik. On Economic Knowledge" des gebürtigen Deutschen Adolph Lowe (Adolf Löwe) weiter. Er untersucht, wie die politische Ökonomie beschaffen sein müßte, wenn sie, mit Marx gesprochen, die Aufhebung des Kapitals als Privateigentum innerhalb der Grenzen der kapitalistischen Produktionsweise begleitete, also Instrumente zur Verfügung stellte, welche die Handlungen privatkapitalistischer "Mikroeinheiten" mit gesellschaftlichen und internationalen "Makrozielen" abstimmen. Die Aufgabe einer solchen "Politischen Ökonomik", einer "Theorie kontrollierter Wirtschaftssysteme" (IV, S. 173), umreißt er so: "Einerseits besteht sie darin, mit Hilfe der instrumental-deduktiven Analyse die formale Determiniertheit der klassischen Ableitungen wieder herzustellen. Andererseits geht es darum, auf der Basis der instrumentalen Befunde einen Typus von Wirtschaftspolitik zu entwerfen, welcher die tatsächlichen Ergebnisse der Marktprozesse in Einklang bringt mit den Makrozielen, aus denen die instrumentalen Befunde abgeleitet sind. Noch kürzer ausgedrückt, versucht die Politische Ökonomik, durch einen Akt der Zielsetzung und die daraus abgeleitete Funktionskontrolle des Marktes das zu erreichen, was sich nach klassischer Vorstellung für Theorie und Praxis aus den automatischen Rückkoppelungsmechanismen ergeben sollte." (IV, S. 276)

Lowe kommt zu der Einsicht, daß nicht jedes Makroziel mit der herrschenden gesellschaftlichen Struktur und insbesondere mit dem herrschenden Regime der Entscheidungen vereinbar sei. "Jedesmal wenn ein Konflikt entsteht, sind wir dazu gezwungen, zwischen der Preisgabe des Zieles oder der bestehenden Ordnung zu wählen." (IV, S. 369) Die Lösung aus der "Einsicht in das problematische Verhältnis zwischen Kontrolle und Motiven" könne "nur in der Einführung 'sekundärer' Kontrollmaßnahmen liegen. Als Ergänzung zur primären Kontrolle, welche die Erwartungen mittelbar durch die Verbesserung der objektiven Nachfragebedingungen zu beeinflussen sucht, zielen diese sekundären Kontrollen unmittelbar auf die Schaffung eines stabilisierenden Klimas der Erwartungen. Sie mühen sich um die Bildung einer aufgeklärten öffentlichen Meinung, welche die Funktion der primären Kontrolle und ihre wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Vorteile richtig einschätzt." (IV, S. 308)

10 Derselbe, Das Kapital, Hamburg 1872, S. 111.

11 Ebenda, S. 702.



Das Buch besteht aus vier Teilen, die den Gegenstand, die Logik, die geschichtliche Entwicklung der Wirtschaftstheorie sowie Aspekte einer Politischen Ökonomik darstellen. Während die Behandlung dieser praktischen Aspekte auf doch recht bescheidene Vorschläge hinausläuft, ist die durchgehende theoriegeschichtliche Analyse aufschlußreich. Sie untersucht im einzelnen den "Ursprung der traditionellen Theorie: Adam Smiths System des gleichgewichtigen Wachstums", die "Alternative zum ursprünglichen System: Karl Marx' Theorie der zyklischen Transformation", den "Verfall des ursprünglichen Systems: Die nachklassische reine Wirtschaftslehre" und die "Erneuerung des Systemgedankens: J. M. Keynes' Vorstoß in die Politische Ökonomik".

Der Trend in der Geschichte der bürgerlichen politischen Ökonomie wird "als die allmähliche Auflockerung, wenn nicht gar als der Verfall eines ursprünglich radikal deterministischen Systems bezeichnet, das in Smith' Werk seinen repräsentativen Ausdruck gefunden hatte" (IV, S. 275). Besonders auffallend seien "die weithin anerkannte Diskrepanz zwischen der zunehmenden Verfeinerung der Forschungsmethoden und der abnehmenden empirischen Bedeutung der Ergebnisse" (IV, S. 49) und die Tatsache, "daß das Modell einer freien Marktwirtschaft normative Bedeutung im politischen und kulturellen Wertsystem des Westens erworben hat, und dies ganz unabhängig davon, inwieweit reale Märkte tatsächlich frei sind" (IV, S. 50). Die "wachsende Diskrepanz zwischen Struktur und Prozeß eines vollentwickelten industriellen Marktes und den zeitgenössischen theoretischen Konstruktionen, die diese Marktphänomene erklären sollten" (IV, S. 93), bildeten sich im 19. Jh. sukzessiv heraus: "Historisch besteht keine scharfe Trennung zwischen dem klassischen und neoklassischen Stadium. Dies gilt sowohl für die Folge der Ereignisse als auch für die Entwicklung des Lehrgebäudes, wie sie sich in Mill, den frühen Grenznutzentheoretikern, Marshall und der Lausanner Schule darstellt. Diese Periode, die bis zum 1. Weltkrieg dauerte, umfaßte einerseits die Ausreifung der führenden westlichen Volkswirtschaften zu vollentwickelten industriellen Systemen und andererseits die Reinigung der ökonomischen Theorie von vielen beiläufigen Fehlkonstruktionen ihrer ersten Anfänge. Den Grundzügen der Markttheorie, wie sie sie von ihren klassischen Vorgängern übernommen hatte, fügte die neoklassische Lehre praktisch nichts hinzu. Die Standardmuster des Verhaltens und die Motivationen - das Extremalprinzip wurde nur scheinbar durch den Nutzenmaximierungsansatz generalisiert - dienten weiterhin als die zentralen Hypothesen, aus denen eine unerschütterliche langfristige Tendenz auf ein makroökonomisches Gleichgewicht hin abgeleitet wurde." (IV, S. 92)

Deswegen verwendet John Kenneth Galbraith, ebenso wie Keynes, "das Wort 'klassisch' für die gesamte Tradition orthodoxen Denkens von Smith und Ricardo an ... Zu Keynes' Zeiten pflegte man von der neoklassischen Schule zu sprechen, die man für eine höhere Stufe der Klassik hielt. Diese unterschied sich aber nicht wesentlich von der älteren Lehre: Die neue Bezeichnung berücksichtigte lediglich die zahlreichen verfeinernden Ergänzungen ... Der Ausdruck 'klassische Lehre' bezeichnet die herrschende Lehre zumindestens bis zu Keynes genauer." (IV, S. 377 f.) Die marxistische Theoriegeschichtsschreibung, beeindruckt von Marx' scharfzüngiger Polemik gegen seine Zeitgenossen, war blind für diese Zusammenhänge.

Lowes noch immer lesenswerte historische Analyse, die mit Marx' späterer Sicht auf die bürgerliche politische Ökonomie im 19. Jh. in Einklang ist, zeigt, wie einseitig die Vulgärökonomie-Vorstellung von einem absoluten Bruch um 1830 und von der vorrangig ideologisch geprägten Entwicklung der darauf folgenden Anschauungen ("Traumwelt") ist. "Eine naheliegende Antwort ist die 'ideologische' Funktion des akademischen Denkens, das auch dann an einem veralteten Denkschema festhält, wenn die absteckenden Züge der Wirklichkeit längst eine Angelegenheit der täglichen Erfahrung geworden sind. Man kann solche wissenssoziologische Spekulationen nicht von der Hand weisen. Aber man sollte sich erst dann darauf berufen, wenn alle anderen Erklärungen versagen. Als solche bietet sich eine Grundeigenschaft des industriellen Marktes der neoklassischen Phase an, die einen Zusammenhang herstellt nicht nur mit der klassischen Phase, sondern auch mit der traditio-

Theorie, nämlich die Fähigkeit des Marktes, sich selbst zu regulieren." (IV, S. 96) Eine aufmerksame Lektüre dieser Überlegungen könnte dem marxistischen Theoriehistoriker nahelegen, die politische Ökonomie im 19. Jh. in ihren Brüchen und Permanenzen anzuerkennen sowie den ganzen Reichtum Marxscher Charakteristiken zu würdigen.

Die Bedeutung der Theorie von Keynes liege "in seiner Betonung der Motivationsänderungen, welche der industrielle Reifungsprozeß und der wachsende Wohlstand sowohl bei den Verbrauchern als auch bei den Investoren auslöst. Indem Keynes die Sparneigung auf das Realeinkommensniveau bezog und die entscheidende Rolle langfristiger Erwartungen für die Investitionsneigung hervorhob, brachte er die Wandlungsfähigkeit wirtschaftlicher Motive und Verhaltensweisen und deren Abhängigkeit von Wandlungen des sozialen und technischen Milieus zur vollen Geltung." (IV, S. 101 f.) Es sei die Beseitigung der Massenarmut, "die zunehmende Wettbewerbsbeschränkung und das Aufkommen neuer kultureller Wertmaßstäbe, was heute den Druck vermindert, der in der Vergangenheit ein homogenes Handlungsprinzip erzwang" (IV, S. 102). Lowe fragt nach dem Grund, "der Keynes veranlaßte, als oberstes makroökonomisches Ziel einer modernen Industriegesellschaft 'Vollbeschäftigung' und nicht das traditionelle Pareto-Optimum zu wählen. Zwar ist im Rahmen einer Wohlfahrtstheorie Vollbeschäftigung ein notwendiges Merkmal eines solchen Optimums, aber sie erschöpft keineswegs alle seine Bedingungen, die vor allem ein Verbrauchsoptimum einschließen." Die Antwort verweise auf den "relativen und rein historischen Charakter der traditionellen Wohlfahrtsnorm" und unterstreiche "die Tatsache, daß in der gegenwärtigen Phase der geschichtlichen Entwicklung der produktive Einsatz aller menschlichen Kräfte für die Stabilität der Gesellschaft wichtiger ist als eine höhere Befriedigung der Verbraucher mit Gütern und Dienstleistungen" (IV, S. 271).

#### 4. Bürgerliche politische Ökonomie heute?

Hier drängt sich die nie befriedigend beantwortete Frage auf: Was eigentlich ist bürgerliche politische Ökonomie? Mátyás folgt jenen, die sich mit der Bezeichnung "nichtmarxistische politische Ökonomie" aus der Verlegenheit ziehen. Damit pflegt ein Marxist alle von ihm nicht vertretenen, nicht gebilligten Auffassungen zu etikettieren. Er versieht ein Mixtum mit einer Aufschrift und verzichtet auf die begriffliche Charakterisierung. Balogh spricht von konventioneller politischer Ökonomie. Hunt, Sherman, Lowe und viele andere verwenden den Begriff "traditionelle Wirtschaftstheorie", der einer historischen Betrachtung tatsächlich angemessen ist.

Die Feststellung, daß die Wirtschaftstheorie von Adam Smith bürgerliche politische Ökonomie ist, hat nie Probleme aufgeworfen. Unabweisbar ist diese Teil der damaligen, vorindustriellen bürgerlichen Gesellschaft (civil society) mit ihren drei Klassen der Kapitalisten, der Arbeiter und der Grundeigentümer. Smith zeichnet das Bild eines allmählichen gesellschaftlichen Fortschritts, der partielle Stagnationen und Rückschritte einschließt. Solche bürgerliche politische Ökonomie ist eine Gesamtdarstellung, die Einsichten von progressiven und konservativen Positionen verschmilzt. Äußerungen des jungen Marx über die "Räthselworte einer jeden Zeit" erhellen eine Seite dieses Phänomens: "Es sind die Zeitfragen, und wenn in den Antworten die Absicht und die Einsicht des einzelnen Individuums eine grosse Rolle spielen und ein geübter Blick dazu gehört, zu trennen, was dem Individuum und was der Zeit gehört, so sind dagegen die Fragen die offenen, Rücksichtslosen über alle einzelnen Individualitäten übergreifenden Stimmen einer Zeit, es sind ihre Mottos, es sind die höchst praktischen Ausrufe über ihren eignen Seelenzustand. Die Reaktionäre jeder Zeit sind daher eben so gute Barometer für ihren Geistigen Zu-

stand, als die Hunde für die Witterung."(12) Wir hingegen haben uns darin geübt, Absichten und Einsichten zu katalogisieren.

Was blieb von dieser bürgerlichen politischen Ökonomie? Verändert hat sich seitdem vieles, worauf schon Lowe hinwies. Vor allem verließ die Doppelrevolution, die Wirkung von Großer Französischer und industrieller Revolution, dem die "kapitalistische Aera"(13) zunehmend prägenden ganzheitlichen revolutionären Weltprozeß eine neue Qualität. Die große Industrie enthüllte den wirklichen Reichtum "im ungeheuren Mißverhältnis zwischen der angewandten Arbeitszeit und ihrem Product, wie ebenso im qualitativen Mißverhältnis zwischen der auf eine reine Abstraction reducirten Arbeit und der Gewalt des Productionsprocesses den sie bewacht".(14) Durch soziale Auseinandersetzungen zwischen ihren Interessengruppen muß die Gesellschaft das konkrete Verhältnis zwischen Produkt und Produktionszeit, zwischen der infolge der Produktivkraftentwicklung möglichen frei verfügbaren Lebenstätigkeit (disposable time) und der auf eine Abstraktionsgröße reduzierten Arbeit stets neu festlegen. Ökonomische Revolutionen ziehen so tiefgreifende soziale Veränderungen des "ganzen gesellschaftlichen Lebensprozesses"(15) (Arbeitszeitverkürzungen, soziale Sicherungen, demokratische Grundrechte) nach sich, die wiederum die ökonomischen Strukturen beeinflussen. Marx sah allererste Veränderungen in diese Richtung. Lenin spricht schon vom "Übergangskapitalismus", in welchem "einige seiner Grundeigenschaften in ihr Gegenteil umzuschlagen begannen, als sich auf der ganzen Linie die Züge einer Übergangsperiode vom Kapitalismus zu einer höheren ökonomischen Gesellschaftsformation herausbildeten und sichtbar wurden".(16)

Die bürgerliche Gesellschaft des Adam Smith, deren Mehrheit sich mit dem unmittelbar Lebensnotwendigen begnügen mußte, kannte solche "Mißverhältnisse" noch nicht. Ihre politische Ökonomie befaßte sich mit den Beziehungen der Warenmasse zum Fonds der zu ihrer Produktion erforderlichen Arbeit sowie der notwendigen Arbeit zur Mehrarbeit, mit der Verteilung der Waren auf die Existenzbedürfnisse der Arbeitenden und auf die Lebens- und Luxusbedürfnisse der Wohlhabenden. Der leicht überschaubare Zusammenhang zwischen ökonomischen und sozialen Lebensprozessen entsprach dem Charakter feudaler und kapitalistischer Agrargesellschaften.

Marx sah schon 1865 eine weitere wichtige Veränderung voraus, als er die Tendenz in den "Aktienunternehmungen" beschrieb, die "Verwaltungsarbeit als Funktion mehr und mehr zu trennen von dem Besitz des Kapitals, sei es eignes oder geborgtes; ganz wie mit der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft die richterlichen und Verwaltungsfunktionen sich trennen von dem Grundeigentum, dessen Attribute sie in der Feudalzeit waren". Der "bloße Dirigent, der das Kapital unter keinerlei Titel besitzt", versieht alle realen Funktionen, "die dem fungierenden Kapitalisten als solchem zukommen"; es "bleibt nur der Funktionär und verschwindet der Kapitalist als überflüssige Person aus dem Produktionsprozeß".(17)

12 Derselbe, Die Centralisationsfrage in Bezug auf sich selbst und in Bezug auf das Beiblatt der Rheinischen Zeitung zu Nr. 137, Dienstag 17. Mai 1842, in: MEGA, Bd. I/1, S. 170 f.

13 Derselbe, Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band, Hamburg 1867, S. 576.

14 Derselbe, Ökonomische Manuskripte 1857/58, in: MEGA, Bd. II/1.2, S. 581.

15 Derselbe, Das Kapital, Bd. 3, S. 890.

16 Lenin, W. I., Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: Werke, Berlin 1955 ff., Bd. 22, S. 307, 269 f.

17 Marx, Das Kapital, Bd. 3, S. 401.

Aber anders als Mátyás bebachtete Marx bei diesem Entstehen von ökonomischer Macht ohne direkte Kontrolle durch das Eigentum: "Auf Basis der kapitalistischen Produktion entwickelt sich bei Aktienunternehmungen ein neuer Schwindel mit dem Verwaltungslohn, indem neben und über dem wirklichen Dirigenten eine Anzahl Verwaltungs- und Aufsichtsräte auftritt, bei denen in der Tat Verwaltung und Aufsicht bloßer Vorwand zur Plünderung der Aktionäre und zur Selbstbereicherung wird." (18) Smith' profitmaximierender homo oeconomicus verkörpert also die Einheit von Macht über den Produktionsprozeß und direkter Kontrolle durch das Eigentum in der Welt der vorindustriellen Kleinunternehmungen.

Diese Veränderungen in der Volkswirtschaft und in den Großunternehmungen sind Voraussetzungen dafür, daß das streng deterministische System der bürgerlichen politischen Ökonomie schon im Verlauf des 19. jh. seine reale Basis verliert. Der Produzent optimiert nicht, weil das Prinzip es erfordert, das Sozialprodukt verteilt sich nicht nach ehernen Distributionsprinzipien; beides erfolgt, so weit es die Gesellschaft, ihren realen Konkurrenz- und Machtverhältnissen entsprechend, erzwingt. Der "Übergangskapitalismus" öffnet sich den Möglichkeiten einer sozial und ökologisch gebundenen Marktwirtschaft, indem er auf jeder gesellschaftlichen Stufenleiter erneut Lösungen findet für den Widerspruch zwischen den Verwertungserfordernissen der einzelnen Produzenten und dem demokratischen Gesamtinteresse.

In der bürgerlichen politischen Ökonomie des Adam Smith strebt der einzelne "im allgemeinen weder danach, das öffentliche Interesse zu fördern, noch weiß er, in welchem Maße er es fördert. Indem er die Unterstützung der heimischen gegenüber der auswärtigen Gewerbetätigkeit bevorzugt, erfolgt er lediglich seine eigene Sicherheit. Indem er diese Gewerbetätigkeit in solch einer Weise lenkt, daß ihr Produkt den höchsten Wert erlangen kann, hat er lediglich seinen eigenen Gewinn im Auge. Er wird hierbei wie in vielen anderen Fällen durch eine unsichtbare Hand gelenkt, einen Endzweck zu fördern, der keinen Teil seiner Zielstellung ausgemacht hatte." (19) Durch den - vor allem in der zweiten Hälfte des 20. jh. vorangetriebenen - Ausbau einer über den politischen Bereich hinaus in die Wirtschaft hineinwirkenden Demokratie wird diese zur "sichtbaren Hand". Dort werden die von den Menschen "in Bewegung gesetzten gesellschaftlichen Ursachen vorwiegend und in stets steigendem Maß auch die von ihnen gewollten Wirkungen haben" (20), wo die Demokratie sich die "Entwicklung des gesellschaftlichen Individuums" zum realen Ziel ihrer Politik nimmt.

Aus Marx' Ansätzen kann also abgeleitet werden: Grundaussagen bürgerlicher politischer Ökonomie über ökonomische Gesetze sind in die politische Ökonomie der Gegenwart eingegangen. Aber diese hat auch die Wechselbeziehungen im ganzheitlichen, sich ständig revolutionierenden gesellschaftlichen Lebensprozeß, insbesondere zwischen der ökonomischen und der sozialen Sphäre, zu berücksichtigen. Tut sie das nicht, dann bleibt sie essentiell bürgerliche politische Ökonomie. Sie nimmt den beschränkten Standpunkt des Kapitals als solchen ein: "Die Productivkräfte und gesellschaftlichen Beziehungen - beides verschiedene Seiten der Entwicklung des gesellschaftlichen Individuums - erscheinen dem Capital nur als Mittel, und sind für es nur Mittel, um von seiner bornirten Grundlage aus zu produciren. In fact aber sind sie die materiellen Bedingungen, um sie in die Luft zu sprengen." (21) Ihr ist es ganz selbstverständlich, "daß die Produktion nur Produktion für das Kapital ist und nicht umgekehrt die Produktionsmittel bloße Mittel für eine stets sich erweiternde Ge-

18 Ebenda, S. 403.

19 Smith, Adam, Eine Untersuchung über das Wesen und die Ursachen des Reichtums der Nationen, Bd. 2, Berlin 1875, S. 216.

20 Engels, S. 446.

21 Marx, Ökonomische Manuskripte 1857/58, S. 582.

staltung des Lebensprozesses für die Gesellschaft der Produzenten".(22) Stellt sie sich jedoch den gesellschaftlichen Gegenwartsfragen, dann ist sie moderne politische Ökonomie überhaupt. Epitheta ornantia zur Kennzeichnung von nationalen, sozialen und individuellen Eigenarten ihrer Vertreter bieten übrigens reichlich die Alltags- und die Fachsprache.

Noch im Rahmen der alten bürgerlichen politischen Ökonomie leuchtet die moderne Idee von der Gestaltung des Lebensprozesses für die Gesellschaft der Produzenten schon beim großen Ricardo auf: "Freunde der Menschheit können nur wünschen, daß die arbeitenden Klassen in allen Ländern Sinn für Annehmlichkeiten und Genuß haben, und daß sie in ihren Bemühungen, sich diese zu verschaffen, mit allen zulässigen Mitteln angespornt werden. Es gibt keine größere Sicherheit gegen eine zu große Bevölkerung. In jenen Ländern, in denen die arbeitenden Klassen die geringsten Bedürfnisse haben und mit den wohlfeilsten Nahrungsmitteln zufrieden sind, ist das Volk den größten Wechselfällen und dem größten Elend ausgesetzt. Sie besitzen keinen Zufluchtsort gegen Notstände; sie können keine Sicherheit auf einer niederen Ebene suchen, denn sie befinden sich schon auf einem so niedrigen Lebensniveau, daß sie nicht tiefer sinken können."(23) Von hier führt der Weg zu Marx: "Denn der wirkliche Reichtum ist die entwickelte Productivkraft aller Individuen. Es ist dann keineswegs mehr die Arbeitszeit, sondern die disposable time das Maaß des Reichtums."(24)

Allerdings verkam diese Vorstellung, ihres Inhalts entleert, zur sozialistischen Phrase bei Vertretern der sozialharmonistisch verklärten, als Sozialismus deklarierten Kommandowirtschaft. Ähnlich wie Smith orientiert deren "zentrale planmäßige Leitung" der Wirtschaft durch die Partei auf der Grundlage ihres Wirtschafts- und Sozialprogramms auf eine ständig steigende Produktion von Erzeugnissen, die den Bedürfnissen der Volkswirtschaft und der Bevölkerung "gerecht" zu werden haben. Erst die tiefgreifenden Umwälzungsprozesse der letzten Jahre rücken wieder die moderne Vorstellung von der höheren Gesellschaftsform in den Mittelpunkt, "deren Grundprincip die volle und freie Entwicklung jedes Individuums ist"(25). Bürgerliche politische Ökonomie ist also nicht nur an bestimmte Zeiten und bestimmte soziale Positionen vergangener Jahrhunderte gebunden.

## 5. Zwischen bürgerlicher und moderner politischer Ökonomie

Wer nun Anforderungen heutiger gesellschaftlicher Lebensprozesse an die politische Ökonomie formuliert, der schreibt deren Geschichte gleichfalls in Hinsicht auf künftige Entwicklungen. Gewöhnliche Darstellungen befassen sich mit überschaubaren Zeiträumen und enden oft, bevor die unmittelbare Gegenwart, und damit auch schon die Zukunft, einsetzt; sie registrieren Geschichte. Dagegen werden Überlegungen zu Gegenwart samt Zukunft der politischen Ökonomie zum eigentlich Interessanten theoriegeschichtlicher Analysen.

Überlegungen solcher Art enthält die von Daniel Bell und Irving Kristol herausgegebene Bestandsaufnahme "Die Krise in der Wirtschaftstheorie". Die Verfasser der 12 Beiträge sind sich darin einig, daß der Konsens unter den westlichen Vertretern der politischen Ökonomie zerbrochen ist; sie verfolgen aber unterschiedliche Anlie-

22 Derselbe, Das Kapital, Bd. 3, S. 260.

23 Ricardo, David, Über die Grundsätze der politischen Ökonomie und der Besteuerung, Berlin 1979, S. 81.

24 Marx, Ökonomische Manuskripte 1857/58, S. 584.

25 Derselbe, Das Kapital, Hamburg 1867, S. 477.

gen. In analysisch-historischen Teil des Sammelbandes ist Peter F. Drucker "Auf dem Wege zur nächsten Wirtschaftstheorie"; James W. Dean beschreibt den "Zerfall des Keynesianischen Konsenses"; Bell geht zurück zu den logischen Postulaten der neoklassischen Theorie, zeichnet deren allmähliche Umgestaltung durch Marshall, Walras und Keynes und fragt nach dem Verhältnis von Modellen und Realität. Die weiteren Beiträge behandeln die Ansichten unterschiedlicher Schulen: Monetarismus (Allan H. Meltzer), Theorie der rationalen Erwartungen (Mark H. Willes), neoösterreichische Sichtweise (Israel M. Kirzner), mikroökonomische Optimierungstheorie (Harvey Leibenstein), postkeynesianische Auffassung von der ungleichen Verteilung der Einkommen und der Marktmacht (Paul Davidson), neomarxistische Arbeitswerttheorie (Edward J. Nell), allgemeine Gleichgewichtstheorie (Frank Hahn), nichtwalrasianische Gleichgewichtskonzepte (Kenneth J. Arrow); Kristol untersucht die Rolle des Rationalismus in der Wirtschaftstheorie. So entsteht ein Kaleidoskop, das alle Teile für ein richtiges Bild vom Zustand dieser politischen Ökonomie enthält.

Das Bild bestätigt zum einen die Marx'sche Auffassung, daß die Kapitalverwertung der dominante Aspekt kapitalistischen Wirtschaftens ist; es zeigt zum anderen, daß dieser Aspekt nicht mit Gewinnmaximierung bzw. Kostenminimierung jedes wirtschaftlichen Subjekts identisch ist. Theoretisch muß nicht notwendig unterstellt werden, jeder strebe nach Extraprofit; dies geschieht nicht in jeder Unternehmung und schon gar nicht in den Haushalten. Bell schließt daraus: "Marshall hatte angenommen, daß durch rationale Handlungen und das Gesetz der großen Zahl, worin individuelle Variationen ausgeglichen werden, Vorhersagen die große Errungenschaft der Wirtschaftswissenschaft seien. Wenn jedoch, wie Keynes glaubte, ökonomisches Verhalten von Unsicherheit und Unbestimmtheit beherrscht wird, befinden wir uns alle treibend auf der offenen See." (V, S. 82 f.)

Bell nennt "zwei grundlegende Probleme - man könnte sogar Irrtümer sagen - bezüglich der Nutzung der ökonomischen Modelle zum Verständnis des Auf und Ab der ökonomischen Aktivitäten. Eines besteht darin, daß die ökonomische Theorie, mit Marshall als Schrittmacher, keine Verallgemeinerung menschlichen Verhaltens darstellt, sondern, Pareto folgend, sich vom 'Idealtyp' einer Art von Handlungen, sogenannter 'logischer Handlungen' ableitet. Und diese dürften wohl eine Minderheit unter den ökonomisch signifikanten Handlungen ausmachen.

Das andere ist, daß ein ökonomisches System keine Volkswirtschaft ist; es ist eine analytische Abstraktion, eine ideale, geschlossene Welt, in der Ressourcen frei strömen in Reaktion auf Preise, in der komparative Vorteile eine Verschiebung der Ressourcennutzung auslösen, in der Arbeit nicht mit Menschen gleichgesetzt wird, sondern mit Einheiten an Fertigkeiten (oder Mangel daran), in der es keine politischen Grenzen gibt und in der sich Maschinen, Kapital und Güter zum maximalen Nutzen der 'Menschheit' verteilen. Es ist ein Utopia, ein Utopia anschaulich dargestellt von John Locke und Adam Smith und sogar von Manchesterliberalen wie Richard Cobden und John Bright, die glaubten, daß die rationalen Vorteile der Produktivität und des freien Handels Krieg und Ausbeutung - ja sogar politische Grenzen - nur noch zu einem Stück Erinnerung an die dunkle Vergangenheit der Menschheit machen würden.

Kurz gesagt, die ökonomische Theorie ist eine bequeme Fiktion, ein 'als ob', an dem die gewohnheitsmäßigen, irrationalen, logischen, egoistischen, von Selbstinteresse bestimmten, bigotten, altruistischen Handlungen der Individuen, Unternehmungen und Regierungen gemessen werden sollen - aber es ist kein Modell der Realität. Aber selbst als erfundenes Ideal ist es in sich problematisch." (V, S. 88 f.)

Von dieser richtigen und, wie wir sahen, verbreiteten Einschätzung gegenwärtiger, eben immer noch bürgerlicher politischer Ökonomie kommt Bell zu der ebenfalls richtigen Überlegung: "Die Welt des Adam Smith war eine der tausend kleinen Familienbetriebe, der sichtbaren Händler und Kunden, so daß Smith die zivile Gesellschaft anstelle der Regierung als Schauplatz, auf dem der Wettbewerb eher durch Sitte und Moral als durch Vertrag und Gesetz gesteuert wird, ins Auge fassen

konnte. In einer postindustriellen Ordnung wird die ökonomische Innovation von der Kodifizierung des theoretischen Wissens gesteuert; doch die gegenwärtige ökonomische Theorie, die in einer Welt der Agrarwirtschaft und Industrie wurzelt, besitzt kein Mittel, um den 'output' der Wissenschaft bzw. allenfalls geringe, um technologische Veränderungen zu messen. Doch wie wirksam ist die ökonomische Theorie ohne ein derartiges Verständnis zur Führung geeignet, geschweige denn als ein 'Modell' der ökonomischen Realität?" (V, S. 101) Die politische Ökonomie sollte jedoch als ein Utopia verstanden werden, "ein System idealer Normen, in bezug auf welche man verschiedene politische Handlungen und ihre Konsequenzen diskutieren und beurteilen kann. Das, so scheint mir, ist die bedeutungsvolle Rolle jeder Sozialwissenschaft' beim Theoretisieren über die Angelegenheiten der Menschen." (V, S. 102)

Zum Spektrum der modernen politischen Ökonomie gehört auch Kirzners durchaus angebrachter, von marxistischen Theoriehistorikern bisher leichtfertig als Marktapolgetik abgetaner Fingerzeig: "Für Österreicher bedeutet eine Auffassung, die das ökonomische Problem einer Gesellschaft in der effizienten Allokation knapper sozialer Ressourcen auf zu erreichende soziale Ziele sieht, nicht nur eine irreführende Ausdehnung des Gedankens der Wahl von der Ebene des Individuums (wo er eigentlich hingehört) zu der der Gesellschaft als Ganzes (wo er nur als Metapher angewandt werden kann). Weit schlimmer bedeutet es im Ergebnis, wesentliche Elemente der Fragestellung per Annahme auszusondern. Denn der Gedanke der sozialen Allokation der Ressourcen muß davon ausgehen, daß irgendwie schon ein Verständnis vorhanden sein kann (wie? für wen?), was die verfügbaren Ressourcen der Gesellschaft sind und was genau die relevante Rangfolge der sozialen Ziele nach Prioritäten sein soll. Wie Hayek gezeigt hat, ist es das Wesen des sozial-ökonomischen Problems, mit dem offensichtlichen Umstand zu ringen, daß diese Dinge überhaupt in Wirklichkeit einem einzelnen Kopf nicht bekannt sind. In der Tat beruht aus österreichischer Sicht die soziale Relevanz des Marktprozesses genau auf dem Ausmaß der Erleichterung des Weges, auf dem verstreute (und sogar noch gänzlich unentdeckte) Informationen mobilisiert und zum Träger von zutreffenden Entscheidungen werden." (V, S. 149)

Der Staat, der ökonomische und soziale Entwicklungen beobachten, analysieren und sich von Ökonomen beraten läßt, mag zwar vorgeben, sich für die Verwirklichung von diesem oder jenem Utopia als vermeintlichem gesellschaftlichem Willen einzusetzen, aber er kann den pluralistischen Interessen, wie sie der Markt artikuliert, nicht gerecht werden. Daher mußte auch der keynesianische Konsens zerbrechen. Dean verweist auf die Überlegungen von Vertretern der Theorie der rationalen Erwartungen ("rutex" als rational expectations, aber auch, bildlich, als Rattenvertilger): "Die Auflösung des keynesianischen Konsenses bringt die Enttäuschung über die Wirkungen von Staatseingriffen, selbst auf gesamtwirtschaftlichem Niveau, zum Ausdruck. Die rutex-Theoretiker weisen nach, daß die Politik der Nachfragebelebung deshalb ihrer Wirkung verlustig gegangen sei, da die rationalen Erwartungen des privaten Sektors in bezug auf die inflationären Folgewirkungen die 'Täuschung' verhindern, die die unumgängliche Voraussetzung für eine Beschäftigungszunahme in den Modellen mit der natürlichen Arbeitslosenrate darstellt. Für die meisten Wirtschaftswissenschaftler löste jedoch weniger die prinzipielle als vielmehr die praktische Undurchführbarkeit fiskalischer Feinsteuerung die erwähnte Enttäuschung aus." (V, S. 37)

Doch mit der Auflösung eines solchen Konsenses sei nicht die politische Ökonomie an ihr Ende gelangt. Meltzer charakterisiert realistisch das Neben- und Durcheinander von traditioneller (bürgerlicher) und von Ansätzen moderner politischer Ökonomie sowie von bestimmten Politik-Praktiken: "Die Wirtschaftstheorie ist ein Ausagesystem über die Allokation knapper Ressourcen. Die grundlegendsten Elemente der Theorie wurden in den vergangenen zwei Jahrhunderten zu einem formalen, hoch-abstrakten Wissensgebäude ausgebaut. Zusätzlich zu diesen formalisierten Abstraktionen umfaßt die Wirtschaftswissenschaft - wie andere wissenschaftliche Disziplinen - eine Anzahl wiederholt beobachteter Zusammenhänge, die nur lose mit der formalen Theorie verknüpft sind. Ein beträchtlicher Teil der Forschungsarbeit der

aktiven Wirtschaftswissenschaftler besteht in dem Versuch, die beobachteten Beziehungszusammenhänge in die formale Denkstruktur aufzunehmen und damit den Anwendungsbereich der Wirtschaftstheorie zu erweitern." (V, S. 47) Die Wirtschaftswissenschaften sind daher "nicht die Wissenschaft, die exakte Vierteljahresprognosen der Beschäftigung, der Preise, der Gewinne und anderer Größen liefert. Wirtschaftswissenschaftler, die versprechen, die Wirtschaft von Vierteljahr zu Vierteljahr oder von Jahr zu Jahr zu kontrollieren, bieten mehr an, als die Wirtschaftswissenschaften zu liefern imstande sind. Viele mögen nun sowohl durch die Fehlschläge der von ihnen empfohlenen, eingeleiteten und durchgeführten Maßnahmen, als auch durch die Kosten dieser Fehlschläge entmutigt worden sein. Doch die Fehlschläge der staatlichen Politik als Fehler der Wirtschaftswissenschaften auszuweisen, ist geradezu das Gegenteil der Wahrheit.

Es ist eine Tatsache, daß Politiker häufig auf kurzfristige Taktiken bauen, die nur einen geringen Bezug zur Wirtschaftstheorie aufweisen, und daß sie keine langfristigen Strategien entwickeln, die in der Wirtschaftstheorie verankert sind. Das macht uns deutlich, daß es eine tiefe Kluft zwischen der Wirtschaftstheorie und der -politik gibt. Der Hauptfehler der Wirtschaftswissenschaft als einer politischen Wissenschaft liegt in dem Mangel, diese Kluft zu erkennen." (V, S. 56 f.)

## 6. Von künftiger politischer Ökonomie

Es könne kaum einen Zweifel geben, schreibt Kristol, "daß die Wirtschaftswissenschaften sich auf dem Weg befinden, eine wesentlich bescheidenere Wissenschaft zu werden, und den Verlust ihrer wesentlich grandioseren wissenschaftlichen Ansprüche erleben werden. Die 'reformationistischen' Impulse, die am Werk sind, legen in der Tat nahe, daß die Wurzel der gegenwärtigen Krise das übermäßige Wachstum dieser Ansprüche über viele Jahrzehnte hinweg war." (V, S. 255) Die Wirtschaftswissenschaft werde alle unvernünftigen und über-vernünftigen Ansprüche überleben. "Sie lebt weiter, auf Grund von Grundwahrheiten über die menschliche Natur, die erstmals in dem 'Reichtum der Nationen' ausführlich angeführt worden sind. Zu diesen Wahrheiten gehört: 1) Die überwiegende Mehrheit der Männer und Frauen sind ihrer Natur nach und unkorrigierbar an der Verbesserung ihrer materiellen Lebensbedingungen interessiert. 2) Versuche, diesen natürlichen Wunsch zu unterdrücken, führen nur zu Diktatur und Armut. 3) Wird diesem natürlichen Streben genügend Spielraum gelassen, so daß die kommerziellen Transaktionen nicht unterbunden werden, dann stellt sich Wirtschaftswachstum ein. 4) Als Ergebnis eines solchen Wachstums folgt, daß jedermann wahrscheinlich seine Bedingungen verbessern kann, wie ungleich im Ausmaß und im Zeitablauf diese auch immer sein mögen. 5) Ein derartiges Wirtschaftswachstum findet in einer enormen Ausdehnung der eigentumsbesitzenden Mittelklasse ihren Ausdruck - eine notwendige (aber keine hinreichende) Bedingung für eine liberale Gesellschaft, in der die individuellen Rechte befolgt werden." (V, S. 275 f.)

Ähnlich meint Drucker: "Wenn es aber in der Zukunft eine Wirtschaftswissenschaft gibt, so wird sie sich grundlegend von der gegenwärtigen unterscheiden. Wir wissen zwar noch nicht, wie die ökonomischen Theorien von morgen aussehen werden, aber wir wissen, wie die bedeutendsten Probleme, die wichtigsten Fragestellungen und die hauptsächlichsten Herausforderungen aussehen werden. Wir kennen nicht die kommende Wirtschaftstheorie; wir können aber ihre Stoßrichtung angeben." (V, S. 3)

Bemerkenswert sind seine theoriegeschichtlichen Beobachtungen und ausgewogen formulierten Anregungen: "Die Produktivität erweist sich zunehmend als ein zentrales wirtschaftliches Bedürfnis und Problem, insbesondere in den hochentwickelten Staaten - als ein Bedürfnis, das gleichermaßen in der Industrie, dem Dienstleistungssektor und in der Landwirtschaft zu finden ist. Die Unfähigkeit der Keynesianer, die Produktivität im Rahmen ihrer theoretischen Denkstruktur oder im Rahmen der Wirtschaftspolitik in den Griff zu bekommen, stellt einen ebenso schwerwiegenden



Mangel dar, wie die Unfähigkeit der ptolemäischen Astronomie, zur Zeit des Kopernikus, die Bewegung der Sterne und Planeten zu erklären." (V, S. 10)

Die zukünftige Wirtschaftstheorie werde möglicherweise erneut danach streben, sowohl Humanität als auch Wissenschaft zu verkörpern. "In einer unter den jüngeren Teilnehmern an Keynes-Cambridge-Seminaren verbreiteten Anekdote fragte einer der Schüler den Meister, weshalb es keine Werttheorie in seiner 'Allgemeinen Theorie' gäbe. Keynes entgegnete: 'Weil die einzig verfügbare Werttheorie die Arbeitswerttheorie ist, und diese ist vollkommen unhaltbar.' Die zukünftige Wirtschaftstheorie benötigt erneut eine Werttheorie. Diese könnte auf der Grundlage des Postulats entwickelt werden, daß die Produktivität - das heißt, das auf Ressourcen über menschliche Arbeit angewandte Wissen - die Quelle allen wirtschaftlichen Werts ist.

Produktivität als die Ursache des Wertes ist sowohl a priori als auch operational und genügt somit den Bestimmungsgründen für ein Grundprinzip. Es wäre sowohl deskriptiv wie normativ, es würde Analysen dessen, was ist und warum es ist, ebenso zulassen, wie es angeben würde, was sein sollte und warum. Marx, so glaubten die 'Revisionisten' des Sozialismus um 1900, war niemals vollkommen zufrieden mit der Arbeitswertlehre, tappte jedoch nach einem Ersatz im dunkeln. Keiner der großen nicht-marxistischen Ökonomen der letzten hundert Jahre, Alfred Marshall, Joseph Schumpeter oder John Maynard Keynes, war mit einer Wirtschaftswissenschaft zufrieden, die vollkommen ohne Werttheorie auskam. Aber wie die Keynes-Anekdote verdeutlicht, sahen sie keine Alternative. Produktivität als Quelle allen wirtschaftlichen Wertes könnte eine solche darstellen. Sie könnte erklären. Sie könnte die Vorstellungen leiten. Sie könnte als Richtschnur für die Analyse, die Politik und das Verhalten dienen. Die Produktivität erfaßt Menschen und Dinge; sowohl strukturell wie analytisch. Eine auf der Produktivität aufbauende Wirtschaftstheorie könnte demnach zu dem werden, wonach alle großen Wirtschaftswissenschaftler streben: sowohl 'Humanität', 'Moralphilosophie', 'Geisteswissenschaft' als auch eine strenge 'Wissenschaft'." (V, S. 18 f.)

Den Bogen von den frühen ökonomischen Vorstellungen in der Antike bis zur künftigen politischen Ökonomie spannt eine der besten Arbeiten, sicherlich die brillianteste jüngere Abhandlung über Geschichte der politischen Ökonomie: "Die Entmythologisierung der Wirtschaft. Grundvoraussetzungen ökonomischen Denkens" (Economics in Perspective. A Critical History) von dem berühmten Ökonomen Galbraith. Über Jahrzehnte hat er selbst wesentlich Einfluß auf die ökonomische Diskussion genommen; so schöpft er nun auch reichlich aus persönlichen Kenntnissen und Erfahrungen, die Verfasser akademischer Lehrbücher sich bestenfalls teilweise anlesen können. "Weil dies eine Geschichte der Wirtschaftswissenschaft und nicht nur der ökonomischen Denker und ihrer Gedanken ist, gehe ich über die Gelehrten und ihre Gelehrsamkeit bis zu den Ereignissen weiter, die Einfluß auf den Forschungsgegenstand nahmen. Und wo es nötig ist, bis zu den Ereignissen, die die Geschichte der Wirtschaftswissenschaft beeinflussten, als es gar keine Wirtschaftswissenschaftler gab. Wie ich berichten werde, war das letzte Jahrhundert in den Vereinigten Staaten eine Zeit intensiver ökonomischer Diskussionen über Bankwesen und Bankpolitik, Geld und Geldpolitik, Außenhandel und Zollpolitik. Aber bis weit in seine letzten Jahrzehnte hinein gab es fast keine Ökonomen, die diese Diskussion leiten oder auch nur daran teilnehmen konnten. Wollte ich mich in dieser Geschichte auf ausdrücklich wirtschaftswissenschaftliche Schriften beschränken, so hieße das, eine große und starke Strömung in der Flut ökonomischer Ideen außer acht zu lassen." (VI, S. 13)

Das Buch verdiente, in Gänze gewürdigt zu werden. Doch manche Probleme sind hier schon besprochen worden. Deshalb sei Galbraith' Sicht auf die künftige Entwicklung der politischen Ökonomie herausgestellt. Seine Definition der Klassik, also der traditionellen bürgerlichen politischen Ökonomie, wurde schon angeführt. Die klassische Lehre würde neben anderen "fortdauern, weil sie das Problem der Macht in Wirtschaft und Staat für sich gelöst hat. Niemand bezweifelt, daß das moderne Großunternehmen ein Instrument zur Ausübung von Macht ist - Macht, mehr oder weniger, über seine Arbeitnehmer und deren Löhne, über die Preise für seine An-

bieter und Abnehmer und im Wege seiner Werbung auch für die Marktreaktionen der Verbraucher. Die klassische Lehre vermag jedoch diese Ausübung von Macht in ein sehr mildes Licht zu rücken. Die Macht wird effektiv dem Markt untergeordnet. Der Markt, heißt es, bestimmt Löhne, Gehälter, Zinssätze und Preise für Anbieter und souveräne Konsumenten. Da der Markt diese Macht hat, kann weder der einzelne noch das Unternehmen sie besitzen. Auf den Vorwurf eines Machtmißbrauchs ertönt die einfache, allumfassende Antwort: Mach dir das mit dem Markt aus. Das Machtparadoxon der klassischen Tradition ... besagt: Es sind sich zwar alle einig, daß Macht faktisch besteht, im Prinzip aber gibt es sie nicht." (VI, S. 341 f.) Wer die Zukunft der Wirtschaftswissenschaft abzuschätzen suche, werde klug daran tun, die Nützlichkeit und damit die Lebensfähigkeit der klassisch-neoklassischen Tradition nicht zu gering zu veranschlagen. Allmächtig freilich sei sie nicht und werde es auch in Zukunft nicht sein.

Galbraith blickt auf Japan, das bisher einer der Hauptabnehmer amerikanischen Wirtschaftsdenkens war und nun für die Vereinigten Staaten und Europa zum Lieferanten ökonomischer Ideen werde. Zum Unterschied von den USA gebe es dort eine selbstverständliche Zusammenarbeit von Industrie und öffentlicher Hand, eine verständige Haltung in der Frage der Humankapitalinvestitionen (des Erziehungswesens im weitesten Sinn), den Einsatz reichlicher Ersparnisse für die zivile Kapitalbildung statt für militärische Zwecke und ein besseres Verständnis für Dynamik und Motivation in modernen Großunternehmen.

In der Wirtschaftstheorie würden sich weitere Entwicklungen gegen die neoklassische Tradition durchzusetzen versuchen. "Die Unterscheidung von Mikro- und Makroökonomie wird verschwimmen und verschwinden. Dieser Unterscheidung zufolge, die ... das Vermächtnis von Keynes war, wurde die Verantwortung für gesamtwirtschaftliche Leistung dem Staat bzw. der Zentralbank zugeschoben, während es den einzelnen Wirtschaftszweigen überlassen blieb, in herkömmlicher Weise auf dem klassischen Markt zu agieren. Inflation und Arbeitslosigkeit waren als gesamtwirtschaftliche, makroökonomische Probleme zu behandeln; wenn sie sich solchermaßen unter Kontrolle halten ließen, so konnte die Leistung des Marktes als mikroökonomisches Phänomen weiterhin klassisch orthodoxer Analyse vorbehalten bleiben." (VI, S. 353 f.) Diese Vorstellung sei nicht mehr aufrechtzuerhalten.

Galbraith nennt noch die Wechselwirkung zwischen der Geld- und Fiskalpolitik eines Landes und dessen internationaler Stellung sowie zwischen der Wirtschaftswissenschaft und der Politik. Er möchte die für ökonomische Auseinandersetzungen in den USA charakteristische Gegenüberstellung von Staat und Privatwirtschaft überwinden. "Die Trennung der Wirtschaftswissenschaft von der Politik und politischen Triebkräften ist erstens eine fruchtlose Unternehmung. Sie dient zweitens der Tarnung der Wirklichkeit ökonomischer Macht und Motivation. Sie ist drittens eine Hauptursache für Fehlerurteile und Irrtümer der Wirtschaftspolitik. Kein Buch über die Geschichte der Wirtschaftswissenschaft kann enden, ohne die Hoffnung auszudrücken, daß diese Disziplin von neuem mit der Politik vereint werden und wieder das größere Gebiet der politischen Ökonomie bilden möge." (VI, S. 358) Deshalb hebt er die Art und Weise hervor, "wie der Wandel des Wirtschaftslebens und seiner Institutionen das gesamte ökonomische Denken beeinflusst. Der Wirtschaftstheorie geht es nicht, wie viele meinen, um die Vervollkommnung eines endgültigen, unwandelbaren Systems. Sie paßt sich vielmehr fortgesetzt und oft sogar widerwillig Veränderungen der Realität an. Wer das nicht zur Kenntnis nimmt, muß gewärtigen, hinter der Zeit zu bleiben und Fehler zu machen. Auch davon berichtet die Geschichte." (VI, S. 358 f.)

Viele absichtlich in extenso wiedergegebene Auffassungen beziehen sich selbstverständlich in erster Linie auf ökonomische Auseinandersetzungen in westlichen Ländern und besonders in den USA. Aber sie enthalten Gedanken, die für die Entwicklung der politischen Ökonomie überhaupt wertvoll sind. Gleichmaßen gilt dort wie hier Galbraith' Mahnung, Wirtschaftstheorie immer im historischen Kontext zu verstehen. Auch unsere allerjüngste Geschichte zeigt, wie offizielle politische Ökono-

nie, auf ein zweifelhaftes Utopia eingeschworen, vor den Veränderungen der Realität versagte. Ebenso werden sich hierzulande Darstellungen über Geschichte der politischen Ökonomie wieder von Grundsätzen der historischen Analyse leiten lassen müssen.

Deutsche Geschichtsschreibung 1945 bis 1950

Handbuch der Ostergeschichte in Deutschland nach Hilfer  
1945 - 1950

Christoph Cobler Verlag, Frankfurt (Main)

Hilfer sprachwissenschaftliche Einzelbände.

Deutsche Literatur nach Hilfer 1945 - 1950 sprachlich  
Theater, Film, Kabarett, Literaturgeschichte und Philosophie.

Bibliographische Dokumentation von 1 861 Titeln, T. 1: Bücher (1 067 Titel),  
T. 2: Zeitschriften (in Vorbereitung)

Frankfurt (Main) 1983, 211 S., 45 S. Register

Deutschlands Erneuerung 1945 - 1950. Bibliographische Dokumentation von  
433 Titeln mit Texten

Frankfurt (Main) 1981, 290 S., 31 S. Register

2 bekannte Drucks

Einführung in Fragen an die Geschichtswissenschaft in Deutschland  
nach Hilfer 1945 - 1950

Frankfurt (Main) 1986, 41 S.

Einführung in Fragen an die Soziologie in Deutschland nach

Hilfer 1945 - 1950. Mit einem Beitrag: Soziologie in Österreich nach 1945

Frankfurt (Main) 1983, 145 S.

von Jürgen Kuczynski

Der Christoph Cobler Verlag gibt von alljährlich ein interessantes Handbuch in Einzelveröffentlichungen heraus. Wir bedanken uns hier für die Wertschätzung des Geschichtsbandes, möchten aber, schon um der Beweise von Verfall und Herabgang der Objektivität willen, darauf hinweisen, daß der zuletzt erschienenen Band über die Soziologie der Entwicklung in der DDR durch einen Beitrag von Hilfer Steinbrun, der zuerst in unserem "Jahrbuch für Soziologie und Sozialpolitik 1980" erschienen ist, überholt ist.

Folge der weitere Bände sind geplant:

Wirtschaft und Wirtschaftswissenschaft 1945 - 1950

Soziologie und Kirche, und Staat 1945 - 1950

Intellektuelle - Ideen und Anwendung in Deutschland 1945 - 1950

Politik und Schule 1945 - 1950

Sozialwissenschaft und Wissenschaft 1945 - 1950

Wirtschaft und Deutschland nach Hilfer T. 1 - 1981

Sozialwissenschaft und Politik nach Hilfer 1945 - 1950

## Deutsche Geschichtsschreibung 1945 bis 1950

Handbuch der Geistesgeschichte in Deutschland nach Hitler  
1945 - 1950

Christoph Cobet Verlag, Frankfurt (Main)

Bisher erschienene Einzelbände:

Deutsche Literatur nach Hitler 1945 - 1950 einschließlich  
Theater, Film, Kabarett, Literaturgeschichte und Philosophie.

Bibliographische Dokumentation von 1 863 Titeln, T. 1: Bücher (1 863 Titel),  
T. 2: Zeitschriften (in Vorbereitung)

Frankfurt (Main) 1983, 255 S., 45 S. Register

Deutschlands Erneuerung 1945 - 1950. Bio-Bibliographische Dokumentation von  
433 Titeln mit Texten

Frankfurt (Main) 1985, 290 S., 51 S. Register,  
2 Faksimile-Drucke

Einführung in Fragen an die Geschichtswissenschaft in Deutschland  
nach Hitler 1945 - 1950

Frankfurt (Main) 1986, 61 S.

Einführung in Fragen an die Soziologie in Deutschland nach  
Hitler 1945 - 1950. Mit einem Beitrag Soziologie in Österreich nach 1945

Frankfurt (Main) 1988, 145 S.

von Jürgen Kuczynski

Der Christoph Cobet Verlag gibt ein außerordentlich interessantes Handbuch in Einzelveröffentlichungen heraus. Wir beschränken uns hier auf die Besprechung des Geschichtsbandes, möchten aber, schon um das Bemühen von Verlag und Herausgeber um Objektivität anzudeuten, darauf hinweisen, daß der zuletzt erschienene Band über die Soziologie die Entwicklung in der DDR durch einen Beitrag von Helmut Steiner, der zuerst in unserem "Jahrbuch für Soziologie und Sozialpolitik 1988" erschienen ist, darstellen läßt.

Folgende weitere Bände sind geplant:

Wirtschaft und Wirtschaftswissenschaft 1945 - 1950

Theologie und Kirche und Staat 1945 - 1950

Sozialismus - Idee und Anwendung in Deutschland 1945 - 1950

Pädagogik und Schule 1945 - 1950

Hochschule und Wissenschaft 1945 - 1950

Juden und Deutschland nach Hitler 1945 - 1950

Rechtswissenschaft und Justiz nach Hitler 1945 - 1950.

Vorwort zum Handbuch der Geistesgeschichte in Deutschland nach Hitler 1945 - 1950

Christoph Cobet, Programmatische Vorbemerkungen zur Einführung in Fragen an die Geschichtswissenschaft in Deutschland nach Hitler 1945 - 1950

Günther Heydemann, Zwischen Diskussion und Konfrontation - Der Neubeginn deutscher Geschichtswissenschaft in der SBZ/DDR 1945 - 1950

Dieter Hein, Geschichtswissenschaft in den Westzonen und der Bundesrepublik 1945 - 1950

Peter Th. Walther, Emigrierte deutsche Historiker in den Vereinigten Staaten, 1945 - 1950: Blick oder Sprung über den Großen Teich?

Was die Darstellung der Geschichtswissenschaft in der sowjetischen Besatzungszone und der DDR von 1945 bis 1950 betrifft, so kann man von Günther Heydemann natürlich nicht die Kenntnis und Einsicht von Helmut Steiner im Soziologieband verlangen. Selbstverständlich, so möchte man fast sagen, übertreibt Heydemann die negativen Seiten und Faktoren, die sich allmählich bei uns seit 1948/49 entwickelten. Jedoch ist der Autor auch hier bemüht, nicht nur schwarz zu malen. Etwa wenn er über die Geschichtsschreibung zum Thema 1848 bemerkt: "Kennzeichnend für die marxistisch-leninistische Interpretation wurde damals, Marxscher und Engelsscher Revolutionstheorie folgend, die These vom sog. Verrat bzw. Versagen der Bourgeoisie in der Revolution kreiert. Folgerichtig sah Alfred Meusel den politischen Willen des deutschen Bürgertums in der Frankfurter Nationalversammlung klassenbedingt zum Ausdruck kommen: 'Ihre Nachgiebigkeit gegenüber der Reaktion, ihr Starrsinn gegenüber der Revolution raubten ihr das moralische Ansehen und verliehen ihren Verhandlungen den gespenstischen Charakter eines Totentanzes.' Zugleich wurde die Bedeutung der fortschrittlichen Kräfte innerhalb der Volksbewegungen in den Arbeiten der marxistischen Historiker hervorgehoben, an der Spitze die Arbeiterklasse als fortschrittliche und vorwärtstreibende Kraft. Trotz solcher holzschnittartigen Vereinfachungen hinsichtlich der Deutung des Jahrhundertereignisses war immerhin bemerkenswert, daß wirtschafts- und sozialgeschichtliche Ansätze zur Deutung der Revolution in den Arbeiten der marxistischen Historiker die politisch-ideologisch motivierte Propaganda überwogen und die Diskussion durchaus bereicherten."

Ebenso ist die kritische Einstellung zur Geschichtswissenschaft in der BRD von Dieter Hein festzustellen, auch wenn er sich bemüht, zunächst sehr deutlich abgegebene Urteile danach mit übergroßer Milde zu "differenzieren". Aber wie konnte die Entwicklung der Geschichtswissenschaft dort in der Zeit von 1945 bis 1950 auch eine andere sein, wenn der Autor mit Recht feststellen muß: "Am nachdrücklichsten tritt die so oft hervorgehobene Kontinuität der deutschen Geschichtswissenschaft über die Zeit des Nationalsozialismus hinweg zweifellos im personellen Bereich vor Augen: Sowohl nach 1933 als auch nach 1945 blieben einschneidende Veränderungen in der Besetzung der historischen Lehrstühle und vergleichbarer Positionen aus ... Die Dominanz konservativ eingestellter Kräfte hat sich dabei nach 1945 im Vergleich zu den Verhältnissen während der Weimarer Republik für eine längere Zeit eher noch verstärkt. Zum einen kehrte die Mehrzahl der Emigranten und damit auch jene Minderheit linksliberal bis sozialdemokratisch eingestellter Historiker nicht nach Deutschland zurück; die Berufung von Hans Rothfels nach Tübingen 1951 blieb weitgehend eine Ausnahme. Zum anderen blockierte die deutliche Verringerung universitärer Stellen, die durch die Schließung der Hochschulen in den abgetrennten Ostgebieten und durch die nach einer gewissen Übergangsphase von außen erzwungene Umorientierung der Geschichtswissenschaft in der SBZ bzw. DDR eintrat, nahezu alle Aufstiegsmöglichkeiten für den wissenschaftlichen Nachwuchs. Die überwiegende Zahl der geschichtswissenschaftlichen Ordinariate war von jener konservativen Mehrheit besetzt, die in diese Positionen bereits vor 1933 aufgerückt war und sie seither ohne Unterbrechung innehatte."

nicht gegen Hans Rothfels, der als einziger der nicht wenigen nach den USA ausgewanderten bürgerlichen und sozialdemokratischen Historiker (unter gleichzeitiger Beibehaltung seiner Professur in Chicago!) permanent nach Deutschland bzw. einen der beiden deutschen Staaten nach 1945 zurückkehrte, erfahren wir interessante Einzelheiten im letzten Kapitel, das die amerikanische Emigration behandelt. So berichtet der Autor dieses Abschnitts Peter Th. Walther: "Den Gegenpol im politischen Spektrum bildete Hans Rothfels, der im Umkreis der Verfechter einer konservativen Revolution anzusiedeln ist. Rothfels war auch der einzige unter den Emigranten, der Mitte der Dreißiger Jahre bereit gewesen war, wegen seiner nationalen Verdienste seine offizielle Einstufung als 'Ehrenarier' zu betreiben, allerdings ohne Erfolg." Über seine weitere Entwicklung heißt es - wie typisch für die Entwicklung in den ersten Jahren nach 1945!: "Er blieb der einzige, der seine akademische Karriere in Deutschland nach der Unterbrechung durch das Exil wieder aufnahm. Und in seiner ungewöhnlichen Entwicklung von einem fast konservativ-revolutionären Preußen, der in den USA wissenschaftlich kaum Resonanz fand, zu einem großzügigen Grandseigneur der westdeutschen Historikerschaft liegt doch eine gewisse Ironie. Als Emigrant und Jude wurde er zur Legitimationsfigur der westdeutschen Historikerschaft."

Alle anderen aus Deutschland nach den USA ausgewanderten Historiker blieben dort. Als Begründung dafür gibt Walther: "Als nach 1945 wieder die ersten Kontakte zwischen Emigranten und 'im Reich Gebliebenen' geknüpft wurden, hatten sich die meisten emigrierten Historiker gut in den Vereinigten Staaten eingelebt. Fast alle hatten ihre akademische Karriere nach Unterbrechungen und Störungen wieder aufnehmen können. Fremdenfeindliche und fremdenunfreundliche Stimmungen, die in den Dreißiger Jahren vielen Emigranten aus Deutschland den beruflichen Neuanfang in den USA erschwert hatten, waren kaum noch zu hören ... Außerdem herrschte, ganz im Gegensatz zur Vorkriegsdekade, Mangel an Arbeitskräften, und schließlich konnte auch kein Zweifel an der Loyalität der Emigranten bestehen, da sie sich ja auf verschiedenste Weise am amerikanischen Kriegseinsatz beteiligt hatten, sei es im Geheimdienst, beim Training künftiger Besatzungsoffiziere oder sogar als Freiwilliger im Heer. Nicht zu unterschätzen ist auch die Tatsache, daß sich die Emigranten mit ihren Familien in den USA eingelebt hatten, daß ihre Kinder zumindest weitgehend als Amerikaner galten und sich als Amerikaner betrachteten."

Vielleicht sei abschließend noch aus den Vorbemerkungen von Christoph Cobet ein Satz und die dazugehörige Fußnote zitiert, schon um den wahrlich nicht marxistischen, wohl aber oft so erfreulich fortschrittlichen Geist dieses Bandes zu unterstreichen. Der Satz lautete: "Da nun umgekehrt in der SBZ/DDR die Geschichtswissenschaft gemäß den politischen Rahmenbedingungen vor allem Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen untersuchte, wurde die Ausschließung solcher Betrachtungsweisen in der Bundesrepublik beinahe zur 'vaterländischen Pflicht' gegenüber dem politischen Gegner und entsprach der Fortsetzung der militärischen Wiederaufrüstung der Bundesrepublik mit geistigen Waffen."

Und die Fußnote dazu: "So z. B. Gerhard Ritter an Theodor Schieder 21. 4. 1954: 'Man kann zwar die Auseinandersetzung mit den roten Gesellen nicht als >freien Geisteskampf< im Sinne gelehrter Diskussion auffassen; gleichwohl müssen wir uns rüsten, auch diesen Kampf zu bestehen, was freilich nicht in der Form geschehen kann, daß man sich auf irgendeine der vielen Albernheiten einläßt, welche diese Leute vorbringen, wohl aber so, daß man grundsätzlich die marxistische Verzerrung der historischen Wirklichkeit bekämpft', in: K. SCHWABE und R. REICHHARDT: Gerhard Ritter. Ein politischer Historiker in seinen Briefen. Boppard 1984. S. 507."

Das Ganze ist ein überaus interessantes Unternehmen, und dieser Band ist mit so manchen klugen An- und Einsichten gefüllt.

## Sichtweisen auf die Sozialgeschichte der Jugend

Michael Mitterauer, Sozialgeschichte der Jugend = edition suhrkamp, Neue Folge, Bd. 278

Suhrkamp Verlag, Frankfurt (Main) 1986, 277 S., 14,- DM

von Wolfgang Urban

Michael Mitterauers "Sozialgeschichte der Jugend" ist eine empfehlenswerte Lektüre. Der Titel könnte jedoch den Eindruck erwecken, daß die Sozialgeschichte der Jugend hiermit im wesentlichen erforscht ist. Wie der Autor aber selbst betont, ist es für "eine ausgewogene Überblicksdarstellung ... sicherlich noch zu früh. Trotzdem kann es sinnvoll sein, eine zeitlich und räumlich ausgreifende Zusammenschau zu versuchen." (S. 7) Dies ist eine realistische Einschätzung des Forschungsstandes.<sup>(1)</sup> Die vorliegende Arbeit stellt jedoch mehr als eine bloße "Zusammenschau" dar, denn in der kritischen Auseinandersetzung mit vorhandenen Forschungsergebnissen entwickelt Mitterauer eine eigene interessante Sichtweise auf die Sozialgeschichte der Jugend.

In den ersten beiden Kapiteln seiner Arbeit (S. 10 - 95) setzt sich Mitterauer zunächst mit grundsätzlichen Fragen der sozialgeschichtlichen Jugendforschung auseinander, darunter mit den unterschiedlichen Auffassungen zum Begriff "Jugend" und zu den Zäsuren der Jugendphase. Die entscheidende Schlußfolgerung für seine Herangehensweise lautet, daß "Jugend als ein soziales Phänomen nicht nach dem Lebensalter bemessen werden kann, sondern von der jeweiligen Stellung mit jenen Sozialgruppen abhängt" (S. 96). "Eine historische Beschäftigung mit jenen Sozialformen, in denen sich Jugendleben abspielt, kann sich auf die vier Grundtypen, Familie, Arbeitswelt, Schule und Jugendgruppe beschränken" (S. 97). Entsprechend untergliedert er die folgenden Kapitel seiner Arbeit. Erst abschließend behandelt er kurz die Generationsproblematik, und zwar unter der Fragestellung "Die Jugend - Eine Generation?" (S. 247 - 252). Mitterauer betont, daß er einen vergleichenden Ansatz gewählt habe, der auf strukturelle Einsichten zielt und es auch notwendig mache, von einer chronologischen Darstellung abzuweichen. Im Vergleich zu John R. Gillis' "Geschichte der Jugend"<sup>(2)</sup> ergibt sich so eine andere interessante Herangehensweise. Gillis war in seiner Arbeit chronologisch vorgegangen. Er hatte mit der "Jugend im vorindustriellen Europa" begonnen und endete mit der "Jugend in den 1950er und 1960er Jahren". Bei allem Bemühen um Theorie stand die Lebendigkeit der Lebensäußerungen von Jugendlichen im Mittelpunkt, und sein "historisches Material spricht auch heute noch so grandios für sich selbst"<sup>(3)</sup>. Dagegen ist Mitterauers Darstellungsweise abstrakter. Er fühlt sich wohl deswegen zu der Feststellung veranlaßt: "Der Sozialgeschichte der Jugend geht es so ähnlich wie der Jugendsoziologie: Die Vitalität und die Dynamik von Jugendlichen läßt sich in ihren Kategorien schwer vermitteln." (S. 9)

1 Literaturhinweise bei Mitterauer (u. a. S. 277). Ergänzend sei verwiesen auf den Literaturbericht von Hendrick, Harry, The history of childhood and youth, in: Social History, Bd. 9, 1/1984, S. 87 - 96.

2 Gillis, John R., Geschichte der Jugend, Weinheim/Basel 1980.

3 Vgl. ebenda, S. 214.

Ob die nächste Sozialgeschichte der Jugend wieder eine lebendigere und chronologische Vorgehensweise wählt oder eine strukturell vergleichende Betrachtungsweise fortführt: sie wird nicht umhinkommen, die umstrittene Frage zu beantworten, wann die Sozialgeschichte der Jugend ihren Anfang nahm. Gab es vielleicht Zeiten, in denen zwar die Kindheit und das Erwachsenenendesein existierten, aber keine sozialgeschichtlich relevante Jugendphase? Mit den Argumenten gegen die Existenz der Jugend in der älteren europäischen Geschichte setzt sich auch Mitterauer auseinander. Es sei "sicher ein zu weitreichender Schluß", "daß die jungen Menschen damals nicht die Etappe der Jugend durchlaufen haben." (S. 24) Dabei argumentiert er u. a. wie folgt: "Die gesellschaftliche Anerkennung, wie sie in der Initiation in ritueller Ausgestaltung erfolgt, hat nicht notwendig etwas mit gleichzeitiger Übernahme der vollen Erwachsenenrollen zu tun. Ob man die Zeit bis dahin als Phase der Jugend oder der jungen Erwachsenen bezeichnet, ist weitgehend gleichgültig. Entscheidend ist, ob es eine solche Übergangsphase mit spezifischen sozialen Aufgaben wie Werbung, Vorbereitung auf Eheschließung und Hausstandsgründung, Einüben in die Arbeitsrolle der Erwachsenen etc. überhaupt gibt. Für die alteuropäische Welt ist die Frage auf alle Fälle zu bejahen." (S. 23 f.) Aufgrund des Forschungsstandes verbleibt Mitterauers Arbeit in ihrem vergleichenden Ansatz räumlich auf Europa und auch zeitlich begrenzt. Nur bei einzelnen Aspekten werden mittelalterliche Gesellschaftsverhältnisse einbezogen, "ohne jedoch den Anspruch auf eine solche historische Tiefe für alle behandelten Themen aufrechterhalten zu können" (S. 8).

Die von Mitterauer genannten Kriterien für die Bestimmung der Jugendzeit als einer Übergangsphase mit spezifischen sozialen Aufgaben hatten keine gleichbleibende Bedeutung für die Jugend in der Geschichte. Was für eine bestimmte Zeit und Region als Jugendzäsur erscheint, muß daher unter anderen Gegebenheiten noch längst nicht die gleiche Bedeutung haben. So stellt Andreas Gestrich für die Sozialgeschichte der Jugend in einer ländlichen Arbeitergemeinde Württembergs für den Zeitraum von 1800 - 1920 fest: "Konfirmation und Hochzeit markierten während des gesamten Untersuchungszeitraumes den Beginn und das Ende der Jugend. Mit diesen im lokalen Brauchtum verankerten Grenzen jener Altersphase war jedoch kein 'Zeitplan' für den individuellen Lebenslauf vorgegeben. Anfang und Ende der Jugend konnten nahe beieinander liegen, sie konnten aber auch weit voneinander entfernt sein." (4) Wenn die Betrachtungsebene des Brauchtums gewahrt bleibt, können übrigens auch die lebenslänglich Ledigen in diese Sichtweise integriert werden, ohne eine ewige Jugend zu erleben. So verwies u. a. bereits Gillis darauf, daß die Betroffenen ihren Einfluß auf das Leben der ländlichen Jugendgruppen verloren, wenn ihr Dasein im Brauchtum der Zeit als ewiges Junggesellendasein empfunden wurde. (5) Mitterauer erscheint es sogar generell als notwendig, "ältere Ledige vergangener Zeiten im Rahmen einer Sozialgeschichte der Jugend zu behandeln". Er zeigt dies am Beispiel der sozialen Stellung des 20jährigen Bauern und des 40jährigen ledigen Knechts im 18. Jh. (S. 41 f.) Für die Gegenwart stellt er fest, daß die Heirat nicht nur als Zäsur an Bedeutung verloren hat, "auch ihre Prägekraft für die vorausgegangene Phase ist zurückgegangen" (S. 92). Demgegenüber hat sich die jugendspezifische Bedeutung des Ausbildungssystems erhöht.

Aber ging wirklich vom Schulwesen am stärksten jene Tendenz aus, "die als Chronologisierung der Jugendphase charakterisiert werden kann" (S. 94)? Waren es nicht letztendlich die Veränderungen in der Arbeitswelt, die erst diese chronologisierende Wirkung des Schul- und Ausbildungssystems ermöglichten? Mitterauer verweist selbst darauf, daß die Einführung der allgemeinen Schulpflicht "vor allem mit zwei ihr entgegengesetzten Faktoren zu kämpfen" hatte, der "landwirtschaftlichen und der industriellen Kinderarbeit" (S. 78). Erst als es zum Verbot der Kinderarbeit in den Fabriken gekommen war, konnten Schulpflichtverordnungen stärker als in der Vergan-

4 Gestrich, Andreas, Traditionelle Jugendkultur und Industrialisierung. Sozialgeschichte der Jugend in einer ländlichen Arbeitergemeinde Württembergs, 1800 - 1920, Göttingen 1986, S. 167.

5 Gillis, S. 41.



genheit durchgesetzt werden. In der Industrie gab es auch am schnellsten eine durch Profitstreben und Konkurrenzkampf erzwungene Ablösung der Kinderarbeit. Dagegen füllte sie in anderen Bereichen, in denen noch keine solchen technologischen bzw. andersartigen Lösungen gefunden worden waren, noch lange eine "Lücke". Das zeigen u. a. die Klagen über die Erwerbstätigkeit von schulpflichtigen Kindern und deren dabei um die Jahrhundertwende genannte Tätigkeiten: Kartoffelernte, Rübenarbeit, Kornhacken, Hüten, Heu- und Kornernte, Kegeljunge usw.<sup>6</sup> Aber in einem langfristigen Prozeß gestaltete sich auch hier die Arbeitswelt um. Nach und nach wurden immer mehr Altersgruppen vollständig oder zum überwiegenden Teil aus ihr verdrängt. Zugleich prägte das Arbeitsleben mit seinen Anforderungen und seinem Leistungsvermögen die Entwicklung im Schul- und anschließenden Ausbildungssystem. Wenn Mitterauer schreibt: "Durch den Prozeß der Scholarisierung gewinnt in neuerer Zeit gerade diese soziale Gruppierung für immer mehr Menschen eine immer größere Bedeutung in der Gestaltung des Jugendlebens. Die Arbeitswelt tritt dadurch als bestimmender Faktor zurück" (S. 96), sollte das differenziert werden. Zweifelsohne ist das Ausbildungsverhältnis eine andere Basis für die Gestaltung des Jugendlebens als das Arbeitsverhältnis. Aber ansonsten tritt die Arbeitswelt nicht zurück, sondern hat nur ihre jugendspezifischen Anforderungen und Wirkungen verändert. Damit ist nicht zugleich auch jede Veränderung des Ausbildungssystems auf das Arbeitsleben zurückzuführen. Es erscheint jedoch notwendig, die sich in der Arbeitswelt vollziehenden Prozesse in ihrer Wirkung hervorzuheben. Ansonsten laufen die Einsichten über die Spezifik der Jugend Gefahr, im Sichtbaren der sich verändernden Ausbildungsstrukturen steckenzubleiben.

Wenn Mitterauer von Familie, Arbeitswelt, Schule und Jugendgruppe als den vier Grundtypen von Sozialformen spricht, auf die sich eine historische Beschäftigung mit dem Jugendleben beschränken kann, dann entsteht ohnehin die Frage, ob nicht die jugendspezifische Bedeutsamkeit der Arbeitswelt herausgehoben werden müßte? Könnte diese Arbeitswelt nicht sogar zum Dreh- und Angelpunkt einer chronologisch vorgehenden Sozialgeschichte der Jugend gemacht werden? Schließlich kennt die gesamte menschliche Geschichte die Notwendigkeit, sich auf die Tätigkeiten als Erwachsener vorzubereiten. Diese Aneignungsphase von Kenntnissen und Fähigkeiten für ganz bestimmte Tätigkeiten bzw. ein entsprechendes Tätigkeitsspektrum hing immer von deren Erfordernissen ab. Dabei ging es nicht nur um die physischen und geistigen Anforderungen der Tätigkeit selbst, sondern auch um das Erlernen der sozialen Denk- und Verhaltensweisen, um in den jeweiligen Tätigkeitsbereichen auch in sozialer Hinsicht "funktionieren" zu können. Diese Aneignungsphase von Kenntnissen und Fähigkeiten sowie die damit verbundene Integration in die Tätigkeitsbereiche der Erwachsenen war in der Geschichte in unterschiedlichem Maße ausgeprägt. Fließende Übergangsprozesse gab es genauso wie deutlich sichtbar werdende Jugendzäsuren. Dieser Prozeß konnte auch innerhalb der Gesellschaft unter bestimmten historischen Bedingungen sehr differenziert verlaufen. Aber wie unterschiedlich er sich im konkreten auch immer vollzog: er war schon lange vor den sichtbaren Zäsuren von Konfirmation, Hochzeit, Aufnahme in Jugendgruppen, Ausbildungssystem u. a. m. existent und wurde durch sie auch nicht aufgehoben. Vielmehr scheinen dieser Aneignungsprozeß von Kenntnissen und Fähigkeiten sowie die Integration in die Tätigkeitsbereiche der Erwachsenen die wiederkehrende Notwendigkeit in der historischen Vergänglichkeit der konkreten sozialen Erscheinungsbilder zu sein. Dabei ist es für eine solche entwicklungsgeschichtliche Betrachtungsweise von untergeordneter Bedeutung, wie diese Übergangsphase jeweils bezeichnet wurde und wird. Allein die wiederkehrende Notwendigkeit der Reproduktion dieser Phase ist das Wesentliche, da sie als Orientierung dienen kann, um in der Mannigfaltigkeit der möglichen konkret-historischen Erscheinungsbilder Entwicklungszusammenhänge sichtbar werden zu lassen.

<sup>6</sup> Vgl. u. a. Agahd, Konrad, Die Erwerbstätigkeit schulpflichtiger Kinder, Berlin/Bonn/Leipzig 1897, S. 34 f., und Rademacher, C., In welcher Richtung und in welchem Umfang wird die Jugenderziehung durch gewerbliche und landwirtschaftliche Kinderarbeit geschädigt?, Bielefeld 1898, S. 6 ff.

Dazu scheint es auch notwendig, zwischen einer entwicklungs- und entwicklungs- und einer konkret-historischen Betrachtungsweise zu unterscheiden.

Entwicklungsgeschichtlich sind die objektivierten Gegebenheiten der Jugendphase (Aus-bildungsverhältnisse usw.) ein Produkt der gesellschaftlichen Entwicklung. Diese ob- jektivierten Gegebenheiten können in ihrer Ausprägung analysiert werden und in ei- nen Kontext zur gesamtgesellschaftlichen Entwicklung gebracht werden. Aber die ju- gend selbst ist entwicklungsgeschichtlich nicht "etwas historisch gesellschaftlich Ge- wordenes" (S. 21), sondern nur die objektivierten Gegebenheiten der Jugendphase ha- ben sich verändert. Die Jugend selbst ist Subjekt des sozialhistorischen Prozesses und immer nur in einer konkret-historischen Betrachtungsweise, in eben dieser Einmalig- keit "etwas historisch gesellschaftlich Gewordenes". Jede Generation entwickelt sich unter anderen objektivierten Gegebenheiten und erreicht auf diese Weise jene wieder- kehrende Phase in der Entwicklung der Generation, in der die Kindheit beendet und sich in das Dasein der Erwachsenen hineingelebt wird. Es ist ein entwicklungsge- schichtlich wiederkehrender Prozeß, dessen objektiverte Gegebenheiten sich weiter- entwickeln, und es ist ein jeweils einmaliger konkret-historischer Prozeß, in dem sich die menschliche Subjektivität immer wieder aufs neue entfaltet. In diesem Spannungsfeld von objektivierten gesellschaftlichen Gegebenheiten und subjektiver Lebensbewäl- tigung hat sich wohl schon immer in der menschlichen Geschichte ein Jugendphänomen befunden. Die Hauptschwierigkeit wird nach wie vor darin bestehen, dieses ewige Spannungsfeld zwischen Objektiviertem und Subjektivem in seiner konkret-historischen Daseinsweise zu erfassen und in seiner entwicklungsgeschichtlichen Veränderung dar- zustellen. Erst in dieser Einheitlichkeit der Sichtweise offenbaren viele scheinbar ein- deutige jugendspezifische Zusammenhänge ihre widersprüchliche Kompliziertheit. Wo die Sozialgeschichte der Jugend aber nur durch die Brille der objektivierten Gege- benheiten der heutigen Jugendphase betrachtet wird, kann genauso vieles aus der Sichtweite geraten, wie bei einer Orientierung an den subjektiven Erscheinungsbil- dern von Jugendlichkeit. Zu den vielfältigen Schattierungen zwischen diesen Extremen gehört auch ein Generationsbegriff, der sich an der Einheitlichkeit der Prägung von Generationen orientiert.

Mitterauer versucht einen solchen Generationsbegriff in einer historisch vergleichen- den Betrachtungsweise anzuwenden und stellt fest: "Angleichungstendenzen in der so- zialen Situation der Jugendlichen und Ausweitungstendenzen der Massenkommunikation haben Voraussetzungen geschaffen, daß es im Gegensatz zur partikularistischen Welt Alteuropas überhaupt zur Ausbildung von Jugendgenerationen kommen kann. Betracht- et man die Vielfalt von Jugendstilen in der jüngeren Vergangenheit und Gegenwart, erscheint es jedoch fragwürdig, ob jene Übereinstimmung in Einstellungen, Motiven, Orientierungen und Wertvorstellungen, die der Generationsbegriff postuliert, in um- fassender Weise gegeben" ist. (S. 250 f.) Wird der Generationsbegriff dagegen so definiert, daß er die jeweils objektivierten Gegebenheiten für die Entwicklung der Generationen erfaßt und die Generationen selbst als Subjekte des sozialhistorischen Prozesses erscheinen, dann entsteht durchaus auch in der partikularistischen Welt Alteuropas eine Generationsproblematik. Mitterauer betont dagegen, daß er dem "Pro- blem der Generationenbildung in der Geschichte" nur insofern nachgeht, als "sozial- strukturelle Voraussetzungen geklärt werden sollen, unter denen es überhaupt erst möglich wird, daß es zu einer umfassenden einheitlichen Prägung der Angehörigen einer Kohorte kommt." (S. 7) Es gibt also auch hier Erweiterungs- und Verände- rungsmöglichkeiten für die Sichtweise auf die Sozialgeschichte der Jugend, wenn die Generationsproblematik nicht nur in der von Mitterauer gewählten Schwerpunktsetzung berücksichtigt wird.

Die Sozialgeschichtsschreibung der Jugend befindet sich in den Anfängen. Da sind unterschiedliche Positionen in der Herangehensweise oder das Aufzeigen von verschie- denen Sichtmöglichkeiten ein natürlicher Begleiter des Forschungsweges. Mitterauers Überblicksdarstellung vermittelt jedoch nicht nur für solche Historikerdebatten sehr viel Nachdenkenswertes. Auch Soziologen, Psychologen, Juristen u. a., die sich auf ihre fachspezifische Art und Weise mit dem Thema Jugend beschäftigen, sind ange- sprochen, geht es dem Autor doch nicht zuletzt auch darum, "bewußt zu machen,

welche Perspektiven sich aus der bisherigen Arbeit der Geschichtswissenschaft ergeben, wo interdisziplinäre Zusammenarbeit notwendig erscheint und in welchen Fragen die Forschung intensiviert werden müßte, um Gegenwartsprobleme auf der Basis ihrer historischen Dimension besser zu verstehen" (S. 7).

### Die Okkupationspolitik Nazi-Deutschlands in Polen

Czesław Madajczyk, Die Okkupationspolitik Nazi-Deutschlands in Polen 1939 - 1945, ins Deutsche übertragen und wissenschaftlich bearb. v. Barthold Puchert

Akademie-Verlag Berlin, 1987, 701 S., 2 Kt., 48,- M.

von Walter Röhrl

Czesław Madajczyk' s zährändiges Werk "Polityka III. Rzeczy w okupowanej Polsce" erschien 1970 in Warschau. Er bilanzierte darin die vorangegangenen kollektiven und umfangreichen Forschungsergebnisse polnischer Historiker zur faschistischen Okkupationspolitik in Polen. Bis heute bildet seine Arbeit als unübertroffenes Gesamtwerk dieser Politik einen Höhepunkt in der kaum noch vorstellbaren Zahl von Forschungen und Publikationen polnischer Historiker über Fragen der Okkupation ihres Landes.

Die von Barthold Puchert übersetzte deutsche Ausgabe dieses Buches stellt mehr als eine gekürzte Uebersetzung dar; sie wurde für diesen Zweck vom Verfasser überarbeitet, dabei auf den reiferen Stand der Forschungsergebnisse gewahrt und "nicht auf die Bedürfnisse des deutschen Lesers zugeschnitten" (S. IX).

Madajczyk's Arbeit über 1970 in ihrem polnischen Original ebenso wie 1947 in ihrer deutschen Bearbeitung wichtiger Anliegen gleichzeitig Rechnung zinnal erfüllt sie entsprechend ihrem Hauptanliegen die vorangegangene Etappe der Forschungen über die faschistische Okkupationspolitik in Polen zusammen und schließt sie ab. Die Ergebnisse werden so umfassend wie möglich dargestellt. Darüber hinaus behandelt sie eine Reihe von Problemen, die zuvor wenig oder gar nicht untersucht wurden, wie z. B. Restformen der polnischen oder der jüdischen Selbstverwaltung, oder stattliche Zweige der Okkupationspolitik, z. B. deren "Volkswirtschaft", in ihrer Gesamtheit. Auch der Vergleich der Gestaltungsformen "Moden in den verschiedenen Teilen des okkupierten Polens erfolgt in diesem Rahmen hretmals. Ebene untermauert der Verfasser den Versuch, die Veränderungen der Sozialstruktur des polnischen Gesellschaft durch Krieg und Okkupation zu analysieren u. g. u.

Diese vergleichsweise Forschungserweiterung zum Gegenstand findet auch in der englischen Übersetzung ihren Ausdruck. Die Arbeit dazu, daß es "historischer Teil des Werkes, qualitativ hochwertig besitzt" (S. 2).

Außer dem in polnischen Archiven bewahrten deutschen Archivmaterial, wie Madajczyk in diesem Buch Untertanen aus dem National Archives in Washington, dem Amerikaner Staatsarchiv der DDR in Bismarck, dem Bundesarchiv in Koblenz und dem ehemaligen Preussischen Geheimen Staatsarchiv in Westberlin. Sein Bestreben bei seiner Auswertung ging dahin, "so weit und intensiv wie möglich die im besetzten Polen durchgeführten Akten der Deutschen Behörden des Deutschen Reichs und die Akten der Behörden des Generalgouvernements zu nutzen" (S. 12), neigen die von untergeordneten Ebene der Okkupationsorgane stammenden Unterlagen nur von Fall zu Fall heranzuziehen. Über die Archivmaterialien technischer Stimmungen hinaus sind der Autor zur Charakterisierung der Besatzungspolitik polnische, jüdische und slawische Quellen heran. Dabei handelt es sich teils um konspiratives Material, teils um in der Emigration entstandene Dokumenten wie auch um Unterlagen von im besetzten Polen betriebenen polnischen Organisationen wie dem Flottenkreis u. d.

## Die Okkupationspolitik Nazideutschlands in Polen

Czesław Madajczyk, Die Okkupationspolitik Nazideutschlands in Polen 1939 - 1945, ins Deutsche übertragen und wissenschaftlich bearb. v. Berthold Puchert

Akademie-Verlag Berlin, 1987, 703 S., 2 Kt., 48,- M

von Werner Röhr

Czesław Madajczyks 2bändiges Werk "Polityka III. Rzeszy w okupowanej Polsce" erschien 1970 in Warschau. Er bilanzierte darin die vorausgegangenen zahlreichen und umfangreichen Forschungsergebnisse polnischer Historiker zur faschistischen Okkupationspolitik in Polen. Bis heute bildet seine Arbeit als unübertroffene Gesamtdarstellung dieser Politik einen Höhepunkt in der kaum noch übersehbaren Zahl von Forschungen und Publikationen polnischer Historiker über Fragen der Okkupation ihres Landes.

Die von Berthold Puchert übersetzte deutsche Ausgabe dieses Buches stellt mehr als eine gekürzte Übersetzung dar. Sie wurde für diesen Zweck vom Verfasser überarbeitet, dabei auf den neuen Stand der Forschungsergebnisse gestützt und "mehr auf die Bedürfnisse des deutschen Lesers zugeschnitten" (S. IX).

Madajczyks Arbeit trug 1970 in ihrem polnischen Original ebenso wie 1987 in ihrer deutschen Bearbeitung mehreren Anliegen gleichzeitig Rechnung: Einmal erfaßt sie entsprechend ihrem Hauptanliegen die vorangegangene Etappe der Forschungen über die faschistische Okkupationspolitik in Polen zusammen und schließt sie ab. Die Ergebnisse werden so umfassend wie möglich dargestellt. Darüber hinaus behandelt sie eine Reihe von Problemen, die zuvor wenig oder gar nicht untersucht wurden, wie z. B. Restformen der polnischen oder der jüdischen Selbstverwaltung, oder stellt Zweige der Okkupationspolitik, z. B. deren "Volkstumspolitik", in ihrer Gesamtheit dar. Auch der Vergleich der Germanisierungsmethoden in den verschiedenen Teilen des annektierten Polens erfolgt in diesem Rahmen erstmals. Ebenso unternimmt der Verfasser den Versuch, die Veränderungen der Sozialstruktur der polnischen Gesellschaft durch Krieg und Okkupation zu analysieren u. a. m.

Diese ungleichmäßige Forschungsentwicklung zum Gegenstand findet auch in der vorliegenden Arbeit ihren Ausdruck. Sie führt dazu, daß ein beträchtlicher Teil des Werkes "Quellencharakter besitzt" (S. X).

Außer dem in polnischen Archiven bewahrten deutschen Archivmaterial nutzte Madajczyk in breitem Umfang Unterlagen aus den National Archives in Washington, dem Zentralen Staatsarchiv der DDR in Potsdam, dem Bundesarchiv in Koblenz und dem Ehemaligen Preußischen Geheimen Staatsarchiv in Westberlin. Sein Bestreben bei ihrer Auswertung ging dahin, "so weit und intensiv wie möglich die das besetzte Polen betreffenden Akten der zentralen Behörden des Deutschen Reiches und die Akten der Behörden des Generalgouvernements zu nutzen" (S. X), dagegen die von untergeordneten Ebenen der Okkupationsorgane stammenden Materialien nur von Fall zu Fall heranzuziehen. Über die Archivmaterialien faschistischer Provenienzen hinaus zog der Autor zur Charakterisierung der Besatzungspolitik polnische, jüdische und ukrainische Quellen heran. Dabei handelt es sich teils um konspiratives Material, teils um in der Emigration entstandene Dokumente oder auch um Unterlagen von im besetzten Polen bestehengebliebenen polnischen Organisationen wie dem Roten Kreuz u. ä.

Die so charakterisierte Quellenauswahl hängt wesentlich mit jenen Prämissen seines Herangehens zusammen, die Madajczyk im Vorwort zur deutschen Ausgabe benennt: "In langjähriger Forschungsarbeit war ich zu der Überzeugung gelangt, daß die Geschichte der deutschen Okkupation in mancherlei Hinsicht anders gesehen werden müsse, als es in der polnischen Geschichtsschreibung bislang üblich war ... Es dominierte die Tendenz, die von den Okkupanten betriebene Politik im Lichte der von den zentralen Stellen des Deutschen Reiches oder von seinen regionalen Besatzungsbehörden aufgestellten Ziele darzulegen. Hierbei beachtete man jedoch nicht die Diskrepanz zwischen dem in vorhinein formulierten Programm für die Behandlung der polnischen Gebiete und seinen durch die realen Kriegsbedingungen erzwungenen Modifikationen ... Die zweite Prämisse bezieht sich auf die Methoden, auf die Handlungsweise der Besatzungsmacht. Die unzähligen ins Auge fallenden dramatischen Bilder von Grausamkeit und Terror haben zu Recht alle, die die Okkupationszeit erforschen, zutiefst beeindruckt, zugleich aber vielen von ihnen den Blick für bestimmte, nicht sofort erkennbare Raffinessen im Vorgehen der Besatzungsorgane getrübt. Gerade aber darauf wollte ich insonderheit die Aufmerksamkeit lenken. Darüber hinaus traf die Besatzungspolitik auf polnischen Widerstand, der zu mehr oder weniger großen Korrekturen an ihr zwang. Deshalb eben mein Bemühen, die tatsächlich betriebene Besatzungspolitik als Resultante der Ziele des deutschen Faschismus, ihrer sich mitunter in Widersprüche verstrickenden Realisierung sowie der polnischen Gegenwirkung zu behandeln." (S. IX)

Aufs Ganze gesehen kann dem Autor unzweifelhaft bestätigt werden, dieses Vorhaben erfolgreich durchgeführt zu haben. Die tatsächliche Besatzungspolitik und ihre realen Ergebnisse stehen im Mittelpunkt der Darstellung. Von hier aus wird Zielprogrammen wie Konzeption gebliebenen Ansichten der Okkupanten der gehörige Platz zugewiesen.

Der Autor gliedert den gewaltigen Stoff in mehrere große Blöcke bei durchgängiger Kapiteleinteilung. Die Zuordnung der einzelnen Kapitel zu diesen Blöcken durch Madajczyk erfuhrt in der deutschen Ausgabe manche durchaus glückliche Veränderung im einzelnen, jedoch zu Lasten einer teilweise verwirrenden Auflösung und Vermischung solcher wichtigen Teile der polnischen Ausgabe wie derjenigen über den Massenterror und die Ausrottungspraktiken.

In einem ersten großen Block gibt Madajczyk einen allgemeinen Abriss der Okkupationspolitik. Dieser chronologisch bestimmte Teil läßt die Argumentationslinien des Verfassers überzeugend hervortreten, trotz der Fülle von Details, hinter der sie in manchen späteren Teilen zurückbleiben. In den sechs Kapiteln dieses Teils werden die Ergebnisse der faschistischen Aggression resümiert, Genese und weitere Entwicklung der einzelnen Verwaltungseinheiten des okkupierten Polens umrissen. Das Schwergewicht liegt dabei zu Recht auf der Okkupationspolitik im Generalgouvernement. Der Zusammenhang der dort praktizierten Okkupationspolitik mit der Außenpolitik der Hitlerregierung, insbesondere für den Prozeß der Zielbestimmung, für die taktische Konzeption eines polnischen Reststaates, der Zusammenhang der Entwicklung der Okkupationspolitik mit der Vorbereitung und Entfesselung des Überfalls auf die Sowjetunion werden überzeugend gezeichnet. Angesichts des Anliegens des Verfassers, die tatsächliche Okkupationspolitik als Resultante zu entwickeln, bleibt mir allerdings streckenweise die Analyse dieser Politik als Politik zu gering. Ihre Dimensionen, ihre Triebkräfte, Widersprüche und Träger werden nicht immer deutlich genug herausgehoben. Die tieferreichenden Interessen, deren Institutionalisierung und personelle Vertretung auch die Gegensätze etwa zwischen Frank und der SS-Polizeiführung bestimmten, werden zu schwach behandelt, die konkreten Nutznießer der Okkupationspolitik zu wenig benannt.

Ein zweiter großer Teil behandelt die Bevölkerungs- und Volkstumspolitik. Sachlich zerfällt er in mehrere Komplexe, deren Anordnung nicht sehr günstig erscheint. Der gelungenste Abschnitt dieses Teiles und zugleich des ganzen Werkes, der in sich am meisten konsistente Block, sind die sieben Kapitel über "Methoden und Ergebnisse der Germanisierung". Es gelingt Madajczyk überaus eindrucksvoll, sowohl die grundsätzlichen Dimensionen dieser "Germanisierung" und der nazistischen "Volkstums-

politik" im okkupierten Polen als auch die recht unterschiedlichen Praktiken in den einzelnen Teilen des besetzten Landes darzustellen. Die vergleichende Analyse der verbrecherischen Massenaussiedlung einerseits wie der Praktiken der "Deutschen Volksliste" andererseits in den verschiedenen Gebieten des annektierten Polens vermittelt nicht nur einen ausführlichen und differenzierenden Überblick über diese Richtungen der Besatzungspolitik, sie bietet auch viele neue Informationen und Einsichten für den deutschen Leser.

Zunächst untersucht Madajczyk die Germanisierungsprogramme und weist dann im einzelnen nach, inwieweit sie konkret realisiert wurden, gebremst bzw. abgestoppt werden mußten oder auch durch konkurrierende Programme, den Widerstandskampf und schließlich durch den Kriegsverlauf gegenstandslos wurden. Die sowohl in bezug auf die überlieferten Quellen wie auch im Hinblick auf die Genese dieser Programme sehr interessante Analyse enthält z. B. eine neue, m. E. sehr überzeugende Beurteilung von Franks "Bodenordnung" für das Generalgouvernement - und damit eine gediegene Basis für die Bewertung dieser längerfristigen Konzeption der "Germanisierung" - ebenso wie eine spannende Schilderung, daß, wie und warum diese Variante von Himmler bewußt torpediert wurde, um die Siedlungs- und Germanisierungskonzeption der SS durchzusetzen. Die ebenfalls von Himmler als "Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums" geplante und angeordnete Überprüfung und Aussonderung der gesamten Bevölkerung im annektierten polnischen Gebiet, die die Grundlage für die segregierende Diskriminierung ebenso wie für die partielle "Eindeutschung" mittels der "Deutschen Volksliste" bilden sollten, trägt Madajczyk sehr detailliert vor. Sowohl über die Massenaussiedlungen von Bevölkerungsgruppen als auch über die Praktiken der "Deutschen Volksliste" gibt er einen guten Überblick, der in dieser Weise auch in der polnischen Literatur einmalig sein dürfte. Allerdings entspricht nach den äußerst ausführlichen Darlegungen des Verfassers der kurze, resümierende Schluß kaum der Bedeutung dieses Elementes in der Okkupationspolitik. Auch wäre zu wünschen, innerhalb der durchaus schlüssigen Darlegungen über die Massenaussiedlungen diese als Moment des Massenterrors stärker zu akzentuieren.

Sehr ausführlich beschäftigt sich der Verfasser mit den nationalen Gegensätzen im Generalgouvernement sowie ihrer Nutzung und Schürung durch die Okkupationsmacht. Im Vordergrund stand dabei nicht nur die Bemühung, Polen und Ukrainer gegen die jüdische Bevölkerung auszuspielen, sondern noch mehr der Gegensatz zwischen Polen und Ukrainern. Erstmals in deutscher Sprache wird die Rolle der ukrainischen faschistischen Organisationen sowohl gegenüber der deutschen Besatzungsmacht als auch gegenüber der polnischen Bevölkerung vorgestellt. Dies äußerst instruktive Kapitel veranschaulicht die Massenverbrechen der deutschen wie der ukrainischen Faschisten, die in der "Divide et impera"-Politik der Okkupanten ins praktische Kalkül gesetzt wurden, auch wenn sich die Ziele beider nicht immer deckten. Aber auch in diesem vielleicht kompaktesten Teil verläuft sich die Darstellung manchmal sehr im Detail, und eine straffere und durchsichtigere Linienführung wäre zu wünschen gewesen.

Gegenüber diesem recht geschlossenen Block vereinigt der "Lebens- und Arbeitsbedingungen im besetzten Polen" überschriebene Teil im Grunde drei weitgehend selbständige Gegenstände, sogar in wechselnder Folge: Da sind zunächst mehrere Kapitel zu den Existenzbedingungen der Bevölkerung im okkupierten Polen. Madajczyk ordnet hier auch die äußerst interessanten Analysen der demographischen Veränderungen und der Wandlungen in der Sozialstruktur der polnischen Gesellschaft ein.

Weiterhin sind in diesem Teil die Kapitel über die Organisation und das Ausmaß des Terrors verstreut plaziert. Ungeachtet der sehr diskussionswürdigen Anregungen Madajczyks über die Funktionen des Terrors für die Besatzungspolitik erscheint mir die grundsätzliche Rolle des Massenterrors durch diese Anordnung stark unterbewertet und in der polnischen Ausgabe sehr viel besser ausgeführt.

Im Anschluß an Pospieszalski unterscheidet Madajczyk drei Funktionen des Terrors: 1. als Herrschaftsmethode, 2. als physische Vernichtung oder Völkermord (der Tod nicht als Mittel, sondern als Zweck) und 3. als Haßausbruch, und stellt dann fest, "daß der Terror die prinzipielle Herrschaftsmethode war und zum Ziele hatte, sowohl die unterworfenen Bevölkerung zu knechten als auch die polnische Gesellschaft als Nation zu vernichten. Zu gewissen Zeiten dominierte dabei die präventive Verfolgung, dann wieder der Schrecken verbreitende Vergeltungsterror. Um die polnische Bevölkerung zur Unterordnung zu zwingen, wurde letztere Form des Terrors zeitweise auch öffentlich angewandt und laut verkündet. Die Ausrottungsvariante des Terrors bemühten sich die dafür Verantwortlichen geheimzuhalten; sie suchten die damit verbundenen Spuren zu verwischen, um nicht Verzweiflungsreaktionen hervorzurufen und keine Beweise ihrer Verbrechen zu hinterlassen. Der Terror als Instrument der Rache basierte auf irrationaler Grundlage. Er sollte Himmlers Prätorianern und manchen einheimischen Deutschen die vorher angestachelte Wut stillen. Aufmerksamkeit verdient auch die 'Schulungs'-Funktion des Terrors in Gebieten, wo die Polen demonstrativ zu Untermenschen degradiert werden sollten." (S. 186) Madajczyk benennt die Instrumente der terroristischen Gewaltausübung. Besonders ausführlich werden der Polizeiterror - SS eingeschlossen - und der justizterror abgehandelt, während die Rolle der Wehrmacht als terroristische Kraft, vor allem beim Massenterror der "Pazifizierungen" und der Niederschlagung des Warschauer Aufstandes, unterbewertet wird.

Der funktionalen Differenzierung des Terrors im allgemeinen folgt leider keine soziale wie funktionale Bestimmung der Adressaten, d. h. der Opfer der einzelnen Formen terroristischer Gewalt im einzelnen. Sie bleibt angesichts der unterschiedlich bestimmten Adressaten (etwa beim justiz- und Polizeiterror) wie auch der unspezifisch gegen die ganze Bevölkerung eines Dorfes ("Pazifizierungen") oder ethnischer Gruppen (beim industrialisierten Völkermord) zu ungenau, wogegen die polnische Intelligenz als Zielgruppe des Terrors gewichtiger untersucht wurde.

Im Teil "Lebens- und Arbeitsbedingungen" sind ferner zwei Kapitel über die Lage der jüdischen Bevölkerung und über den nazistischen Völkermord an ihr untergebracht. Madajczyk geht davon aus: "Zwar war dies ein Teil der großen europäischen Tragödie der Juden, doch gehört es gleichzeitig auch zum integralen Bestand der Geschichte des okkupierten Polen. In vielen Arbeiten ist dieser Zusammenhang nicht erkennbar, was zweifellos wohl darauf zurückzuführen ist, daß die deutschen Okkupanten Polen und Juden weitgehend voneinander isolierten." (S. IX)

Ebenfalls in diesem heterogenen Teil plaziert wurden drei Kapitel über die Zerstörung der polnischen Kultur, über Schulwesen und Wissenschaft sowie über die Haltung der Okkupationsmacht gegenüber den Kirchen. Gegenüber diesen Komplexen wird der titelgebende Gegenstand dieses Teils, nämlich die Lebens- und Arbeitsbedingungen insgesamt zu zersplittert und damit zu unübersichtlich dargestellt. Die Widersprüche zwischen den Linien der verschiedenen Okkupationsorgane werden in ihren Konsequenzen gerade für Lebensbedingungen und den Arbeitseinsatz zwar bekannt, aber nicht durchgängig auch in der Darlegung durchgeführt.

Überzeugend wird die Zwangsdeportation polnischer Arbeiter nach Deutschland vorgestellt. Dieser analytisch vorzügliche, weil gut differenzierende Abschnitt enthält aber bedauerlicherweise kaum Hinweise auf das wirkliche Gewicht dieser Deportation, weil der reale Prozentsatz der polnischen Bevölkerung nicht ausgewiesen wird.

Im letzten größeren Block des Werkes wird die Wirtschaftspolitik der Okkupanten gesondert abgehandelt. Hier werden sowohl der Raub- bzw. Plünderungsfeldzug als auch die Wirtschaftspolitik zur Ausbeutung des okkupierten Polens und seiner Einbeziehung in die faschistische Kriegswirtschaft auf etwa 70 Seiten dargestellt, d. h. mit weniger als der Hälfte des Umfangs, den der vorzügliche Teil über die "Germanisierung" einnimmt. Die zu geringe Gewichtung dieser Dimension der Okkupationspolitik hat noch einige Seitenstücke: Zu ihnen rechne ich die dürftige Verbindung

dieses Teils mit den zuvor abgehandelten Problemen der Arbeits- und Lebensbedingungen und der Veränderung der Sozialstruktur sowie die Behandlung des annektierten Oberschlesiens, die dessen tatsächlicher Bedeutung für die faschistische Kriegswirtschaft keineswegs gerecht wird.

Die beim Teil über die Germanisierung sehr angebrachte differenzierte Schilderung der Okkupationspolitik etwa in Ostoberschlesien, im Wartheland und in Danzig-Westpreußen verliert bei ihrer Übertragung auf die Wirtschaftspolitik weitgehend ihren Sinn, weil hier die territoriale Differenzierung die wirkliche historische Gewichtung verdeckt.

Ebenso wie für die Darstellung der wirtschaftlichen Aktivitäten der Okkupanten steht auch für Raub und Ausplünderung des Landes das Generalgouvernement im Mittelpunkt der Darstellung. Madajczyk charakterisiert überzeugend den Wechsel von der Politik der Entindustrialisierung, der Verwandlung des okkupierten, aber nicht annektierten Teils Polens in einen Trümmerhaufen, zur Politik der Ausnutzung zunächst der Rüstungskapazitäten des besetzten Landes. Madajczyks pauschale Charakteristik des Generalgouvernements als Kolonie ist in diesem Zusammenhang sowohl vom historischen Verlauf als auch von der systematischen Stellung aus gesehen zu undifferenziert. Die seit 1942 sprunghaft steigende direkte Regulierung der Wirtschaft des Generalgouvernements scheint weniger der Pragmatik Görings geschuldet als mehr der forcierten Entwicklung der deutschen Kriegswirtschaft unter Speers Federführung. Madajczyk gibt streckenweise mehr eine Institutionengeschichte als eine Geschichte der Wirtschaftspolitik.

"Mit der deutschen Okkupation endet zugleich die Geschichte des Kapitalismus in Polen. Ohnehin nur wenig mit polnischen Attributen behaftet, trat er als germanisierter, durch gewaltige Umwandlungen erschütterter Kapitalismus von der polnischen Bühne ab." (S. 593) Madajczyk teilt offensichtlich mit manchen anderen Historikern seines Landes die Neigung, die "Abschwächung" der "Konflikte" der polnischen Gesellschaft durch die Okkupation, die Nivellierung sozialer Gegensätze und Unterschiede zu überhöhen und damit Momente einer harmonisierenden Betrachtung der polnischen Gesellschaft zu übernehmen. Dem entspricht, daß die realen sozialen Konflikte gegenüber der "Festigung der Solidarität und Geschlossenheit innerhalb der polnischen Gesellschaft" gerade auch in dem Punkt zu sehr verdrängt werden, in dem sie am meisten eklatieren, nämlich in den Klassenkämpfen innerhalb der Widerstandsbewegung selbst, deren Härte nicht zum Ausdruck kommt.

Der zu geringen ökonomischen und politischen Differenzierung der polnischen Gesellschaft unter faschistischer Okkupation steht eine sehr diffizile Unterscheidung auf moralischem Gebiet, d. h. vor allem nach Graden der Demoralisierung, gegenüber. Die demoralisierenden Folgen von Gewaltterrorismus und Diskriminierung, von Korruption und erbärmlichen Lebensbedingungen bleiben allerdings sozialfunktional unbestimmt, und sie werden manchmal durch eine überhöhende Wertung des polnischen Patriotismus scheinbar entschuldigt.

Alle kritischen Bemerkungen im einzelnen ändern nichts an der großen Bedeutung dieses Buches, das dem deutschen Leser erstmalig einen umfassenden, eindrucksvollen und anschaulichen Überblick über die Massenverbrechen der deutschen Faschisten an der Bevölkerung des okkupierten Polens vermittelt. Ungeachtet der nicht immer glücklichen Kürzung und Umstellung der polnischen Ausgabe macht diese Ausgabe mit den Zielen und der Praxis einer Politik bekannt, deren sozialökonomische Wurzeln und deren Nutznießer ihre Präsenz im deutschen Imperialismus nicht eingebüßt haben. Madajczyk flicht aus dem reichen Fundus seiner vergleichenden Forschungen über die faschistische Okkupationspolitik in den anderen besetzten Ländern Europas nicht selten vergleichende Hinweise ein, die den Stellenwert spezifischer Praktiken in Polen, sei es als Erprobungsmuster, sei es als Besonderheit, innerhalb der Gesamtheit der Okkupation deutlich werden läßt. Zu diesem Anliegen und damit zur politisch-propagandistischen Absicht dieses großen wissenschaftlichen Werkes schreibt der Autor im Vorwort zur deutschen Ausgabe: "Mein Versuch ging dahin, die sich nur auf das besetzte Polen beziehenden Ziele und Aufgabenstellungen getrennt von den weiterreichenden, entweder den 'Osten' überhaupt ... oder andere von Nazi-



deutschland besetzte Territorien betreffende Ziele und Aufgabenstellungen zu analysieren. Diese Untersuchungsmethode sollte es ermöglichen, einige generelle Züge in der Expansionspolitik nach dem Osten wie auch gewisse Determinanten in der 'Volkstums'- und der Wirtschaftspolitik festzustellen. Außerdem können die Untersuchungen über Nazideutschlands Okkupationspolitik weiterhin das Modell des 'totalen Krieges' analysieren - im Gegensatz zur 'klassischen' Art und Weise, in der im 19. Jahrhundert Kriege geführt wurden -, den der Aggressor unter Mißachtung aller völkerrechtlichen Normen, gestützt auf technische Perfektion und moralische Hemmungen ausschaltend, geführt hat. Durch die von Simplifikationen freie Darstellung der nazistischen Besatzungspolitik, in der Ziele und Methoden wahres Entsetzen hervorrufen, will ich vor dem Wege warnen, auf den der deutsche Faschismus die Welt bringen wollte. Die Geschichte hat Georgi Dimitroff recht gegeben, der schon Jahre vor Kriegsbeginn erklärte, daß die Ideologie des Faschismus den Krieg zur zwingenden Konsequenz habe. Doch die Geschichte hat auch bewiesen, daß es unbedingt der Zerschlagung des Nazireiches bedurfte, um zu gewährleisten, daß dieses nicht alle Punkte seines Planes zur Vernichtung der polnischen Nation verwirklichen konnte." (S. X)

Obwohl in bezug auf Karten, Tabellen und Grafiken die deutsche Ausgabe erheblich gekürzt wurde, sei doch hervorgehoben, daß auch die verbliebenen Ausstattungsmittel den Band nicht nur bereichern, sondern erheblich zur Verdeutlichung insbesondere der Lebensbedingungen der Bevölkerung des okkupierten Landes beitragen. Als Besonderheit wurde der deutschen Ausgabe vom Autor ein Verzeichnis der wichtigsten Vertreter des politischen gesellschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Lebens in Vorkriegspolen beigefügt, die dem Naziterror zum Opfer fielen.

## Ein Lesebuch zur Geschichte der Juden in Böhmen und Mähren

Ein Buch der Erinnerung. Die Juden in Böhmen und Mähren. Ein historisches Lesebuch, hg. v. Wilma Iggers

Verlag C. H. Beck, München 1986, 391 S., 58,- DM

von Harald Müller

Im November 1981 hat das Collegium Carolinum neue Anstöße und Anregungen für die ausstehende Gesamtdarstellung der Juden in den Böhmisches Ländern gegeben und dabei solche schwierigen Fragen angesprochen wie die Bestimmung und Abgrenzung der jüdischen Identität, die Funktion der jüdischen Händler in den Diensten adliger Grundherren oder die Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen Stadt- und Landjuden. Mit dem "Buch der Erinnerung" liegt nunmehr eine eindrucksvolle Ausgangsbasis für eine solche Gesamtdarstellung vor.

Die Juden Böhmens und Mährens befanden sich im Verlauf des größten Teils ihrer Geschichte in der schweren Lage einer relativ kleinen Minderheit; dennoch ist es vielen ihrer Angehörigen gelungen, sich mit dem bürgerlichen Umwälzungsprozeß in der Habsburgermonarchie in die aufkommende neue Gesellschaft zu integrieren. Einige wie Gustav Mahler, Sigmund Freud, Karl Kraus, Franz Werfel, Franz Kafka, Edmund Husserl und Max Brod haben ihren unverzichtbaren Anteil an der Entwicklung der europäischen und Weltkultur und sind bis heute unvergessen. Doch vieles geriet zu Unrecht in Vergessenheit. Dem will die in der Tschechoslowakei geborene und heute in den USA lebende Historikerin Wilma Iggers mit ihrem Erinnerungsbuch entgegenwirken, indem sie Sach- und Zeitzeugen selbst zu Wort kommen läßt. So spiegelt dieses historische Lesebuch ein breites Spektrum versunkenen jüdischen Lebens wider, das vom Brauchtum, von Lebensgewohnheiten und -umständen bis hin zu religiösen und politischen Überzeugungen und Gedanken reicht. Es besteht zu großen Teilen aus Erinnerungen, Familiengeschichten, Reisebeschreibungen, Zeitungs- und Zeitschriftenartikeln, Testamenten und Briefen. Auf dieser Grundlage präsentieren sich als Hauptthemen die Lebensgeschichten bedeutender Männer, Beschreibungen jüdischer Lebensweisen und Gewohnheiten, Familienbilder und Einzelschicksale; authentische zeitgenössische Zeugnisse veranschaulichen so den Übergang der jüdischen Bevölkerungsgruppen vom Mittelalter in die Moderne. Hinzu kommen Dokumente zur komplizierten Nationalitätenfrage in der Habsburgermonarchie sowie zur Herausbildung eines neuen Antisemitismus, der sich vom alten, religiös determinierten abhebt.

Das Leitmotiv der Textauswahl bildet die Geschichte eines steilen sozialen und beruflichen Aufstiegs und eines noch steileren Niedergangs, wobei für die Phase des Aufstiegs solche Faktoren als auslösende Momente gewertet wurden wie eine staatliche emanzipatorische Gesetzgebung, der Industrialisierungs- und Urbanisierungsprozeß der Gesellschaft im 19. Jh., aber auch Veränderungen in den jüdischen religiösen und familiären Strukturen. Die Texte erstrecken sich nicht auf die gesamte tausendjährige Vergangenheit der jüdischen Bevölkerung in Böhmen und Mähren, sondern auf die Entwicklungsgeschichte der letzten zweihundert Jahre, die von der Herausgeberin des Lesebuches in vier Zeitabschnitte untergliedert wird. Der erste reicht von der Regierungszeit Maria Theresias über die ereignis- und folgenreiche Epoche Josephs II. bis in das europäische Revolutionsjahr 1848. Der zweite umspannt die Jahrzehnte des wirtschaftlichen und intellektuellen Aufstiegs der Juden nach ihrer

Emanzipation aus Formen mittelalterlicher Isolation bis an die Schwelle der großen Depression in den 70er Jahren des 19. Jh., der dritte als Höhepunkt säkularisierten Judentums die Jahrzehnte bis 1918, dem Gründungsjahr der tschechoslowakischen Republik. Der abschließende vierte Teil wird bestimmt durch die Ermordung der Juden der Tschechoslowakei in den faschistischen Todeslagern des Holocaust. Das weitgefächerte Quellenmaterial des Bandes wurde aus Archiven und Bibliotheken der CSSR, der BRD, der DDR, der USA, Großbritanniens und Israels ausgewählt.

Der erste Text der Anthologie schildert den illusionär unternommenen feierlichen Umzug der Prager Juden bei der Geburt Josephs II. im Jahre 1741, dem nur drei Jahre später ihre Vertreibung folgen sollte. Auf bereite Beschreibungen dieser Vorgänge aus der Feder von Augenzeugen und Betroffenen folgt der Nekrolog auf einen erfolgreichen Aufsteiger, dem es in der zweiten Hälfte des 18. Jh. gelang, als Israel Hönig Edler von Hönigsberg in den erblichen Adelsstand erhoben, zum Regierungsrat und k.k. Kameral-Tabak- und Siegelgefälls-Amtsdirektor ernannt zu werden und in den Besitz der ehemals geistlichen niederösterreichischen Herrschaft Vellm zu gelangen. Hönigs Stellung war jedoch die Ausnahme. Dies zeigt sich um so evidenter vor dem Hintergrund des Schicksals der Nichtprivilegierten, auch wenn deren Situation durch ein Toleranzpatent Josephs II., das indes auch die Germanisierung der Juden erzwingen wollte, eine gewisse Änderung zum Positiven erfahren hatte. Dem standen aber nach wie vor eine Fülle ihres Lebensraum einschränkender Verordnungen gegenüber, wie etwa das bis 1848 geltende sog. Familiantengesetz, das die Zahl der von den Behörden geduldeten jüdischen Familien und damit der möglichen Eheschließungen scharf begrenzte und praktisch nur dem jeweils ältesten Sohn eine eheliche Verbindung gestattete. Und auch solche elementaren Rechte wie das der Freizügigkeit und des Landbesitzes sowie die juristische bürgerliche Gleichstellung, die mit der Revolution von 1848 erreicht schien, wurden z. T. in der Reaktionsperiode des Neoabsolutismus wieder revoziert und erst im Jahre des Ausgleichs von 1867 endgültig durchgesetzt.

Dies verdeutlicht die gegen die jüdische Minderheit gerichtete staatliche Gesetzgebung, die tief in das Leben der ihr Unterworfenen eingriff. Zugleich aber ermöglichen die ausgewählten Texte einen tiefen Einblick in die Alltagsgeschichte der böhmischen Juden in der ersten Hälfte des 19. Jh. War Prag das jüdische Zentrum Böhmens, auch wenn wirtschaftlich und emanzipatorisch erfolgreiche Familien später ihren Wohnsitz oft nach Wien verlegten, so lebte die Mehrheit der jüdischen Bevölkerung bis um die Jahrhundertmitte in kleineren Gemeinden Mittelböhmens. Beide Lebensbereiche treten in den Texten deutlich und plastisch hervor. Besonders eingehend wird das Leben in der Prager Judenstadt reflektiert; auch in den außerhalb von ihr gelegenen Prager Tandelmarkt mit seinen 277 Handlungsgewölben und 571 Kramstellen (1811) gewinnt man Einblick aus zeitgenössischer Sicht. Dagegen wird die Feststellung der Herausgeberin vom bedeutenden jüdischen Anteil an der Entwicklung der Textil- wie der landwirtschaftlichen Industrien in Mittelböhmen und Mähren und später der Schwerindustrie, wie sie sich etwa in Leben und Werk der Gebrüder Porges in Prag-Smíchov darstellt, weniger durch Quellenbelege verdeutlicht. Mit der industriellen Revolution vollzogen sich innerhalb der jüdischen Bevölkerung der böhmischen Kronländer, deren Zahl um 1848 mit etwa 104 000 Personen angegeben wird, bedeutsame Transformationsprozesse. Die starke Binnenwanderung von den Dörfern in tschechische Kleinstädte und von da in das Territorium der vorwiegend deutschsprachigen Grenz- und Industriegebiete ließ die Zahl der jüdischen Gemeinden stark ansteigen. Deutlich lockerten sich die religiösen Bindungen vieler Gemeindeglieder, und ein Verweltlichungsprozess setzte ein. Die gleichzeitige vielfältige Annäherung der Prager Juden an die deutschsprachige gebildete bürgerliche Mittelschicht und die von ihr getragene deutsche liberale Partei beruhte auf der - wiederum illusionären - Hoffnung, damit endgültig die Befreiung von allen Fesseln der Ghettozeit, der Geringschätzung, Benachteiligung und Diskriminierung, erreichen zu können.

Der Versuch jüdischer großbürgerlicher Kreise, in die Reihen des deutschen Großbürgertums aufzusteigen, wie überhaupt mit Deutschen zusammenzuarbeiten, fand in den 80er Jahren allmählich sein Ende und wurde durch die bewußte Hinwendung zum Tschechentum abgelöst. In dieser Zeit nehmen solche Vorgänge und Erscheinungen wie der sich zunehmend verfestigende Nationalitätenstreit, das Eindringen des deutschen Antisemitismus von Österreich her in die böhmischen Länder, jüdische Identitätsprobleme und das Entstehen einer zionistischen Strömung in Prag bei der Textauswahl zum Zeitabschnitt von 1874 bis zum Jahr des Zusammenbruchs der Habsburgermonarchie einen großen Raum ein. Gleiches gilt für urbane Entwicklungsprozesse Prags, die um die Jahrhundertwende zur lange überfälligen Sanierung der Prager Altstadt, vor allem des früheren Ghettos, führten und ihr eine neue Gestalt gaben, ein Vorgang, der auch für die jüdischen Bürger Prags eine wichtige Zäsur bedeutete.

Die beiden letzten Abschnitte des Bandes sind konzis gehalten. Sie werden beherrscht vom Verbrechen des Völkermordes an den tschechoslowakischen Juden durch die deutsch-faschistischen Okkupanten. Zwei von der Herausgeberin gegenübergestellte Zahlen veranschaulichen das Ausmaß dieses Verbrechens und unterstreichen zugleich die Bedeutung eines Buches der Erinnerung: Von den 90 147 am 1. Oktober 1939 in Böhmen und Mähren bei den Behörden als Einwohner gemeldeten Juden waren Mitte 1943 noch 8 695 nachweisbar.

gegründet von denen es oft schwer ist, unerschöpfliche Möglichkeiten zupflücken zu gewinnen. Beigewachsen besitzt einer der höchsten Kupfererze von Lead, daß in Lager bei 20. ja von 2. eine Fülle von 149 bis zu 220 Millionen Kupfer und mehr als 20 Millionen Zentner Zinn verarbeitet hat. Die Gesteinsarten als Soldaten der Antike sind in 11. Mähren und Ardennen überliefert. Alexander von Humboldt gab auf seinen Reisen in 1797 die Höhenmessungen in Tonen an. Peter Simon Pallas, der von 1797 bis 1799 die russischen Provinzen bis zum Amur bereiste, beschrieb kupferne Kupfererze aus 10 Lichten. Die Spuren alten Bergbaus am Fuße der Alpe. Als grüner überwachter Bergbau (Kupfer) im Nordosten nannte er 2 1/3 Werschok. Als die ständische Mithras eine Stufe 1 1/2 Nibel. Ferner gezeichnet er eine Vielzahl weiterer russischer, deutscher (Preussischer) und französischer Maße, wie Arschin, Fuder, Elle, Dogen, Luge, Saftes, Luch, Lot, Pfund, Pud, Solotok, Spantel, Weist, Zoll (veraltet) und Werschok. Nach den russischen Ausgrabungsveröffentlichungen der 30er Jahre wurde festgestellt, daß die Höhe von Gräbern in Arschin angegeben. In Deutschland wurden teilweise bis zum Ende des 19. Jh. übliche Maßangaben verwendet. Der Maßstab des Maßes ist Maß und der Einheitsmaß in Scheffeln angegeben.

Einzelne historische Maßeangaben, zunächst aus natürlichen Größen, sind allemal schwer zu vermaßen, zu wachen, denn sie regionalen Rahmen bestimmt, mit der Beschreibung abzuhandeln miteinander in Beziehung gesetzt, müssen bei der Nutzung einer Überlieferung immer Vorstellungen zugänglich gemacht werden, die an das metrische Maßsystem gebunden sind. Das daran gebundene Bewusstsein nach räumlichen Zusammenhängen und oft nicht erfüllbar, liegt doch den historischen Maßangaben und ist ein ganz anderer Maßstab mit Volumen und Massen (Fuder, Kesselung, Maß) durch Festlegungen (Maus, und Mägen, Tugweil als Fülle, etc.) haben die Maßangaben ein Maßverhältnis zum eigentlichen, die erst schließlich mit dem Bedürfnis nach einer Überlieferung von Zweck gerechtes Verhältnisse und üblichen Verhältnisse notwendig werden, die einer Schwankungen unterliegen. Deshalb ist die Bedeutung der Maßeangaben nicht nur noch interessanter, Lauer schobens Darstellung nach genauer und in Gruppen können erfüllen. In der meisten allgemeinen Nachbildeverhältnisse, die eine große Lücke, und entsprechende Angaben deshalb auch sehr häufig nicht nur in der offeneren Literatur ab.

In vielen Fällen ermöglicht das vorliegende handliche Buch, das erste große Werk in der Literatur über den Stellenwert historischer Maße, von Massen bis zum Volumen, die richtige Richtung und Zeiten. Für die einigmaßen verlässlichen Begriffe, die in der Literatur nur als hebräisches Volumenmaß vorkommen und die Frage stellt, ob es für das alte Israel der gleiche oder ein anderer Wert galt, um das weitere in der Literatur von dem 16. Jh. v. u. Z. inhaltlich wieder zu einem anderen

## Vom Messen, Wägen, Zählen und Zahlen in früheren Zeiten

Helmut Kahnt/Bernd Knorr, BI-Lexikon Alte Maße, Münzen und Gewichte

VEB Bibliographisches Institut, Leipzig 1986, 380 S.,  
214 Abb. im Text, 54 farb. Abb. auf 24 Taf., 27,80 M

von Heinz Grünert

Wirtschaftshistoriker, Ethnographen, Archäologen und Vertreter vieler anderer historischer Disziplinen verarbeiten Quellen aus der Zeit vor der Einführung des dezimal untergliederten metrischen Maßsystems und sehen sich dabei einer kaum überschaubaren Vielfalt von Maßangaben gegenüber, von denen es oft schwer ist, unserem Begriffsvermögen zugängliche Vorstellungen zu gewinnen. Beispielsweise bezeugt einer der frühesten Kaufverträge von Land, daß in Lagasch im 26. Jh. v. u. Z. eine Fläche von 149 Bur für 3 820 Minen Kupfer und mehr als 20 Kor Gerste den Besitzer gewechselt hat. Die Getreiderationen für Soldaten der Antike sind in Medimnen und Modien überliefert. Alexander von Humboldt gab auf seinen Reisen in Amerika Höhenmessungen in Toisen an. Peter Simon Pallas, der von 1768 bis 1774 die russischen Provinzen bis zum Amur bereiste, beschrieb kupferne Keilhauen aus 10 Lachter Tiefe als Spuren alten Bergbaus am Fuße des Altai. Als größten Durchmesser eines fossilen Büffelhorns nannte er 2 1/2 Werschok, für die stündliche Milchgabe einer Stute 1 1/2 Nösel. Ferner gebrauchte er eine Vielzahl weiterer russischer, deutscher (preußischer) und französischer Maße, wie Arschin, Eimer, Elle, Faden, Fuß, Klafter, Linie, Lot, Pfund, Pud, Solotnik, Spann(e), Werst, Zoll (verschiedener Herkunft). Noch in sowjetischen Ausgrabungsveröffentlichungen der 30er Jahre unseres Jahrhunderts ist die Höhe von Grabhügeln in Arschin angegeben. In Deutschland wurden teilweise bis zum Ende des 19. Jh. Objekte nach Ruten vermessen, der Milchertrag der Kühe in Maß und der Ernteertrag in Scheffeln ausgewiesen.

Tausende historischer Maßangaben, zunächst aus natürlichen Größen, vor allem Körpermaßen, erwachsen, dann im regionalen Rahmen normiert, mit der Ausdehnung des Handels miteinander in Beziehung gesetzt, müssen bei der Nutzung alter Überlieferungen unseren Vorstellungen zugänglich gemacht werden, die an das metrische Maßsystem gebunden sind. Die daran geknüpften Erwartungen nach exakten Umrechnungen sind oft nicht erfüllbar, lagen doch den historischen Maßen ursprünglich ganz andere Erfahrungen mit Volumina und Massen (Fuder, Kamelladung, Schiffslast), Tagesleistungen (Mannsmahd, Morgen, Tagwerk als Flächen-, Reise- oder Wegstunde als Längenmaße) usw. zugrunde, die erst allmählich mit dem Bedürfnis nach Vergleichbarkeit zum Zwecke gerechten Austauschs und ehrlichen Handels normiert worden sind, aber immer Schwankungen unterlagen. Deshalb ist die besonders von Studenten und historisch interessierten Laien erhobene Forderung nach genauen Umrechnungen kaum erfüllbar. In den meisten allgemeinen Nachschlagewerken, darunter großen Lexika, sind entsprechende Angaben deshalb auch sehr lückenhaft und weichen oft voneinander ab.

In vielen Fällen ermöglicht das vorliegende handliche Buch eine erste rasche Überblicksinformation über den Stellenwert historischer Maße und Münzen im Wertsystem bestimmter Regionen und Zeiten. Für die eingangs angeführten Beispiele ist lediglich Kor nur als hebräisches Volumenmaß verzeichnet und die Frage damit offen, ob für das alte Sumer der gleiche oder ein angenäherter Wert galt, um den erwähnten Kaufvertrag aus dem 26. Jh. v. u. Z. inhaltlich erfassen zu können. Insgesamt

sind etwa 4 500 Lemmata einschließlich der Verweisungen von Aachener Gulden bis Zyfert mit teilweise mehreren Bedeutungen und zahlreichen Beispielen für regional und zeitlich unterschiedliche Gültigkeit ohne Anspruch auf Vollständigkeit aufgenommen. Erfasst wurden historische Münznamen und zeitgenössische volkstümliche Münzbezeichnungen unter Einschluß von Spottnamen sowie eine große Zahl vielfach nur fachsprachlich relevanter Sammlerbezeichnungen von Münzen, Einheiten der Zeiteinteilung, historische Längen-, Volumen-, Gewichts- und Zählmaße, einschließlich ausgewählte Schriftgrade, Temperatureinteilungen u. a. m.

Die Erklärungen bestehen aus kurzen Definitionen, gelegentlich, aber leider nicht einheitlich, mit Angaben zur räumlichen und zeitlichen Gültigkeit der Münzen bzw. Maße, fast ausschließlich aber mit Aussagen zu ihren Unterteilungen und Stückelungen sowie ihren Umrechnungen in das metrische Maßsystem. Hierbei stießen die Autoren an die Grenzen des Machbaren. Manche Maße hatten nicht nur von Ort zu Ort, sondern auch in bezug auf das Meßgut unterschiedliche Wertigkeit (die Volumina des Scheffels differierten in einzelnen Gebieten jeweils für Hafer, Roggen, Weizen und andere Güter, Flächenmaße gleicher Bezeichnung konnten unterschiedliche Größen für Acker-, Wald- und Weideland beinhalten usw.), und sie unterlagen schließlich einem Wandel im Laufe ihrer Gültigkeit. Angaben zur Etymologie sind sporadisch, Betonung und Aussprache, Genus und Numerus wurden leider nicht beigelegt.

Bei der nicht zu bewältigenden Menge regionaler Unterschiede in Gültigkeit und metrischer Umrechnung vieler Maße halfen sich die Verfasser durch Anführung von überwiegend verbreiteten Werten, Mittelwerten und Variationsbreiten sowie durch Beispiele regional unterschiedlichen Gebrauchs. Leider erfaßten sie dabei nicht immer die Minimal- und Maximalgrößen. So sind allein 40 Ellen- und 44 Fußmaße ausgewählter deutscher Städte in Tabellenform angeführt, die teilweise beträchtlich voneinander abweichen und noch mehr im Vergleich mit gleichnamigen ausländischen Maßen schwanken. Bei den Münzen wurden die Stückelungen detailliert angegeben und oft durch tabellarische Darstellungen verdeutlicht, in der Regel aber verzichtete man auf den Ausweis des Verfalls durch Verschlechterung von Schrot und Korn sowie ihres Verhältnisses (Münzfuß). Bei den zur Jahreseinteilung genutzten Einheiten sind vornehmlich Fest- und Gedenktage aus dem jüdischen Kalender und dem Kirchenjahr der römisch-katholischen sowie der protestantisch-evangelischen Tradition mit Hinweisen auf die Gültigkeit in der Ostkirche aufgenommen. Tageseinteilungen sind u. a. an den seemännischen Wachen demonstriert. Das Buch enthält überdies fast unerwartete Informationen, so die Beaufort-Skala der Windgeschwindigkeit und Zusammenstellungen ausgewählter Daten zur Geschichte des Messens und Wägens (S. 357 - 364) sowie der Münz- und Geldgeschichte (S. 365 - 373). Die Bebilderung besteht aus drei Faksimileseiten der Taxordnung Braunschweig-Wolfenbüttels von 1622, zahlreichen Münz- und einigen Gewichtsabbildungen sowie ausgezeichneten Farbabbildungen historischer Meßgeräte aus dem Mathematisch-Physikalischen Salon Dresden und weiteren Münzen.

Aufnahmeprinzip für die einzelnen Lemmata ist, daß es sich um historische Münz- bzw. Maßbezeichnungen handelt, wobei im Interesse der Stoffbewältigung auf die inzwischen teilweise überholten und durch das internationale Einheitensystem (SI) ersetzten, deshalb auch bereits historischen Einheiten des MKS-, CGS- und Technischen Maßsystems verzichtet wurde, weil "diese Größen noch weitgehend bekannt sein dürften" (S. 5). Durchbrochen wurde das Prinzip bei der Aufnahme einer Tabelle "Die Währungen der Welt" (S. 375 - 380), die für alle heutigen Staaten die offizielle Bezeichnung der Währungseinheit und ihrer Stückelung in der Vollform und der Abkürzung enthält. Angesichts permanenten Wandels hätte ein exakter Bearbeitungsstand (Redaktionsschluß) ausgewiesen werden sollen.

Das vorliegende Werk stellt, gemessen an seinem Umfang, eine bemerkenswerte Leistung dar. Spezialisten bestimmter Sachgebiete werden dieses präzisieren bzw. korrigieren, jenes vermissen. Der orientalische Archäologe wird nach dem Quellenbeleg der Behauptungen fragen, daß bereits um 10 000 v. u. Z. "im Zweistromland und in Ägypten ... die Waage nach dem Prinzip des gleicharmigen Hebels verwendet" und

5 000 v. u. Z. "von den Sumerern ... in Zweistromland Sonnenuhren zur Tages-einteilung benutzt" wurden (S. 357). Ethnographen werden u. a. nach einigen als Maß-tagen des bäuerlichen Jahreslaufs wichtigen Bezeichnungen, wie Buß-, Martins-, Nikolaus-, Dreikönigstag (der als Epiphania erscheint) vergeblich suchen. Angesichts der als Lemmata aufgenommenen Begriffe "Jüdischer Kalender" und "Kirchenjahr" werden Hinweise auf historische Zeiteinteilungen anderer Völker - eventuell unter einem zusammenfassenden Stichwort "Kalender" - sowie das Lemma "Olympiade" vermisst. Als Inkonsequenz erscheint es, wenn gegenüber den vollzähligen Monatsnamen des alten Deutschen, des jüdischen und des französischen Revolutionskalenders die des mohammedanischen (darunter Ramadan) ausgelassen wurden. Für die Tages-einteilungen hätten Beispiele der liturgischen Gliederung des klösterlichen Tagesablaufs (Mette, Prima, Vesper usw.) gegeben werden sollen. Die als Einzelstichwörter aus-gewählten "Schriftgrade" hätten unter dieser Bezeichnung ein zusammenfassendes Lemma erfordert, ein weiteres unter "typographisches Maßsystem" vor allem aber eine tabellarische Gegenüberstellung der im 19. Jh. normierten, noch gültigen "neueren" und der "älteren" Schriftgrade, die doch das eigentlich historische Maßsystem der Typographie bilden (Nonplusultra, Insertio, Brevier usw.), als Einzelstichwörter aber gerade fehlen. Die Liste fehlender oder erwarteter Lemmata ließe sich verlängern.

Der Schwerpunkt der zusammengestellten Begriffe liegt bei aller anzuerkennenden universellen Breite auf den Münz- und Maßangaben des Mittelalters und der frühen Neuzeit im mitteleuropäischen Raum. Die enthaltenen Informationen genügen in der Regel den Ansprüchen des historisch Interessierten und vielfach auch des professionellen Historikers. Der Einwand, daß die Angaben hinsichtlich der vielfältigen regionalen und zeitlichen Unterschiede zu undifferenziert sind, wird teilweise dadurch entkräftet, daß beispielsweise bei Mitteilungen von Reisenden häufig nicht ermittelt werden kann, ob sie ein Maß (Elle usw.) ihres Geburts-, Studien- oder späteren Tätigkeitsortes, das im Land ihres Auftraggebers oder gar das im Reiseland gültige Maß verwendeten. Wo die regionalen Unterschiede der Maße nicht erheblich sind und die Angaben ohnehin nicht mit Meßwerkzeugen exakt ermittelt, sondern eher geschätzt worden sind, reichen Umrechnungen mit dem metrischen Mittelwert der verwendeten historischen Maße im allgemeinen aus, um wenigstens angenäherte Vorstellungen zu gewinnen. So weichen z. B. Elle und Lachter deutscher Städte um weniger als 50 % voneinander ab, doch wäre die davon abzuleitende Variationsbreite für die von Pallas überlieferte Mitteilung von 10 Lachter tiefen Funden schon beträchtlich, sofern wir nicht voraussetzen, daß er das Preußische Lachtermaß verwendete, das mit 2,0924 m knapp 10 cm über dem Durchschnittswert von 26 aufgeführten Lachtermaßen lag. Dazu kommt allerdings die Unsicherheit, ob die Tiefenangabe exakt gemessen oder nur geschätzt wurde oder ob er gar nur Auskünfte der am Ort Tätigen übernahm, denen wieder andere Lachterwerte zugrunde gelegen könnten. Noch wesentlich unsicherer wird es, wo alte Maßangaben mit regional und zeitlich beträchtlichen Abweichungen ohne exakte Bezeichnung der Herkunft verwendet wurden. So differierten beispielsweise der Acker um fast 350 % zwischen 1 877 m<sup>2</sup> Fläche in Schwarzburg-Sondershausen und 6 443 m<sup>2</sup> in Sachsen-Altenburg, die Braca um mehr als 400 % zwischen 0,54 m Länge in Teilen der Schweiz und 2,2 m in Portugal, der Scheffel um fast 1 000 % zwischen knapp 23 l Volumen in Oldenburg und 222 l in Bayern, der Sack um über 800 % zwischen den schweizerischen Städten Freiburg (Fribourg) mit 0,16 hl und Basel mit 1,29 hl oder gar um fast 1 500 % im Vergleich mit dem Sackinhalt von 2,33 hl in Mecklenburg-Schwerin. Ohne Kenntnis des Bezugssystems ist in diesen Fällen keine Umrechnung möglich.

Für Fragen der Spezial- und Detailforschung ist das Handbuch ohnehin überfordert und der Rückgriff auf die spezielle Forschungsliteratur erforderlich. Daß diese und weitere, teilweise speziellere und umfangreichere, wenn auch thematisch begrenzte Wissensspeicher nicht in einer kleinen weiterführenden Literaturliste zusammengestellt sind, und sei es unter Verzicht auf die aktuelle Währungstabelle, empfindet der Rezensent als ausgesprochenen Mangel des Werkes. Der kritische Nutzer reagiert unwillig, wenn er sich gehalten sieht, die Autorität der Verfasser widerspruchlos zu akzeptieren und ihre Angaben als "so und nicht anders" hinzunehmen, nicht zu-

letzt dort, wo angesichts der Problematik der Umrechnungen in das metrische System diese dennoch mit drei und vier Stellen hinter dem Komma gegeben wird. Dabei deuten die Verfasser nicht einmal durch eine Bemerkung im Vorwort an, woraus sie ihr Wissen schöpften, wie sie arbeiteten und worauf sich die von ihnen mitgeteilten Umrechnungen und anderen Angaben gründen, die doch von denen anderer Lexika und Nachschlagewerke, auch solchen desselben Verlages, in einigen Fällen und manchmal nicht unerheblich abweichen. Lediglich bei einigen Stichwörtern (Fleischergewicht) ist vermerkt, daß ihnen eigene Recherchen zugrunde liegen.

Nur in wenigen Fällen ist begründet zu vermuten, daß Abweichungen durch Druckfehler hervorgerufen wurden, z. B. beim Joch der Schweiz, das wohl 3 596,65 m<sup>2</sup> groß war, wie es auch in Meyers Neuem Lexikon steht, und nicht 359,665 m<sup>2</sup>. Ansonsten ist die Zahl der erkennbaren Druckfehler anerkennenswert gering.

Insgesamt erfüllt das vorgelegte Werk die durch die Zielbestimmung des Vorwortes gesetzten Erwartungen nach einer raschen Erst- und Überblicksinformation in hohem Maße. Es verdient deshalb seinen Platz im Handapparat jeder Bibliothek, auch im persönlichen Buchfonds jedes historisch Forschenden und Interessierten. Den Verfassern und anderen Mitarbeitern gebührt Dank und Anerkennung für die vollbrachte Leistung. Es sei der Hoffnung Ausdruck verliehen, daß der Titel für längere Zeit zum Repertoire des Verlages gehören möge und die Verfasser ihre Stichwortkartei evident halten und weiter ausbauen. Zu den genannten Desiderata sei der Wunsch nach einem Regionalregister hinzugefügt, wo unter historischen geographischen Einheiten die Namen der für diese Gebiete gültigen Münz- und Maßbezeichnungen aufgeführt sein könnten. Es wäre zu überlegen, das Werk zu trennen in einen Band über alte Münzbezeichnungen, der die spezifischen Interessen von Numismatikern und Münzsammlern befriedigen könnte, und in einen anderen über Maße und Gewichte, die aber beide nicht auf weiterführende Auswahlbibliographien verzichten sollten.



Ėkonomičeskaja istorija. Problemy i issledovanija

Verlag Nauka, Moskva 1987, 250 S., 4,20 Rbl

Mit dem vom Institut für allgemeine Geschichte der Akademie der Wissenschaften der UdSSR herausgegebenen Band (verantwortlicher Redakteur Ju. N. Rozaliev) hat, soviel darf gesagt sein, ein neues Kapitel in der Historiographie der sowjetischen Wirtschaftsgeschichtsschreibung begonnen. Führt sie über viele Jahre ein Dasein im Schatten der Politikgeschichtsschreibung - was natürlich nicht das Erscheinen solch großer Werke wie etwa die von Štaerman, Neussyčin und Mendelson verhinderte -, so ist ihr im Prozeß der Perestroika ein ganz anderer Stellenwert zugewiesen worden, in der Erkenntnis nämlich, daß gerade das Beschreiten neuer Wege die konkret-historische Analyse der bislang beschrittenen erfordert (vgl. auch die Aufsätze in der Zeitschrift "Kommunist", 1/1987, S. 60 f., u. 7/1987, S. 118 f.). Die Hinwendung zur vertieften historischen Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung des imperialistischen Rußlands und der UdSSR (vgl. jüngst V. I. Bovykin, Rossija nakanune velikich sveršenij. K izučeniju social'no-ėkonomičeskich predposylok Velikoj Oktjabrskoj socialističeskoj revoljucii, Moskva 1988) war auch ein Impetus für die historische Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung des Auslands.

Ein Blick in das Inhaltsverzeichnis zeigt dem Leser die Breite und Vielfalt des hier vorgelegten Sammelbandes:

- Ju. N. Rozaliev, Probleme der Wirtschaftsgeschichte im schöpferischen Erbe von Marx und Engels,  
E. M. Štaerman, Wirtschaftsgeschichte Roms (Probleme und Methoden),  
K. V. Chvostova, Quantitative Methoden bei der Untersuchung mittelalterlicher sozialökonomischer Erscheinungen,  
Ju. L. Bessmertnyj, Grundherrschaft und bäuerlich-grundherrschaftliche Beziehungen in Westeuropa (11. - 15. Jh.),  
M. A. Barg/K. D. Avdeeva, Noch einmal zum Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus (anläßlich einer internationalen Diskussion in der Zeitschrift "Past and Present"),  
M. V. Vinokurova, Agrarbeziehungen in England am Vorabend der bürgerlichen Revolution des 17. Jh. (am Beispiel der südwestlichen Region),  
E. B. Černjak, Wirtschaftskrisen in Europa während der manufakturkapitalistischen Periode,  
O. E. Nepomnin, Traditionelles und Modernes in der Wirtschaft Chinas von der Mitte des 19. bis zum Beginn des 20. Jh.: Das Problem der Synthese,  
B. M. Špotov, Zur Untersuchung von Problemen der industriellen Umwälzung in den USA durch die sowjetischen Historiker,  
O. V. Černyševa, An den Quellen des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Schweden,  
A. P. Moskalenko, Zur Geschichte der Wirtschaftsexpansion der USA in Chile,  
M. A. Golovina, Die Wohnungsnot in den USA nach dem Ende des zweiten Weltkriegs und die Politik der Regierung,  
A. B. Černov, Wirtschaftskrisen, das Wachstum der Arbeitslosigkeit und sein Einfluß auf die Lage der Arbeiterklasse in der BRD in den 70er und in der ersten Hälfte der 80er Jahre.

Das Inhaltsverzeichnis läßt - wie die bekannte Spitze des Eisbergs - ahnen, in welcher Breite und Vielfalt wirtschaftshistorische Probleme in der Sowjetunion erforscht werden, und von daher ist das Erscheinen solcher Sammelbände nur zu begrüßen. Man wird gespannt sein dürfen, was für Bände das Redaktionskollegium (M. A. Barg, V. I. Vovykin, Ju. L. Bessmertnyj, V. L. Mal'kov, N. P. Kalmykov, Ju. N. Rozaliev, A. A. Svanidze) bei beabsichtigter Fortführung seiner Arbeit vorlegen wird.

Thomas Kuczynski

Berthold Fege/Werner Gringmuth/Günter Schulze, Die Hauptstadt Berlin und ihre Wirtschaft

Verlag Die Wirtschaft, Berlin 1987, 239 S., 22,- M

Nach Gerhard Keiderlings hauptsächlich Problemen der politischen Geschichte gewidmeten Buch "Berlin 1945 - 1986" liegt nunmehr eine Darstellung zur Wirtschaftsentwicklung Berlins vor. Die Autoren wollten vor allem ein Bild von der wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung der Hauptstadt Berlin in den entscheidenden Etappen nach der Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus bis zum Jahre 1985 zeichnen. Verfügen wir nun mit dieser Darstellung über eine Wirtschaftsgeschichte Berlins nach 1945?

Wesentliches Anliegen sei, so formulieren die Autoren, das Wachsen und Werden der Berliner Wirtschaft in unterschiedlichen Produktionsweisen und damit den historischen Wandel zu verdeutlichen, ohne Anspruch darauf zu erheben, eine lückenlose wirtschaftsgeschichtliche Betrachtung der Berliner Geschichte anzustellen.

Dem Anspruch einer wirtschaftshistorischen Betrachtung werden die Autoren jedoch nur ansatzweise im ersten Drittel ihres Buches, das den Grundzügen der wirtschaftsgeschichtlichen Entwicklung Berlins gewidmet ist, gerecht. Gestützt auf wirtschaftshistorische Veröffentlichungen, stellen sie im Überblick die ökonomische Entwicklung Berlins in seinen Gründungsjahren, als Manufakturstadt, während der industriellen Revolution, als Reichshauptstadt, zur Zeit der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung bis zur Gegenwart dar.

Im zweiten Drittel wenden sich die Autoren im wesentlichen der Entwicklung und Struktur der Bevölkerung, der Industrie, der Wissenschaft, dem Bauwesen und der technischen Infrastruktur zu. Im letzten Drittel wird zum einen die soziale Infrastruktur dargestellt und der Leser zum anderen mit den Berliner Stadtbezirken vertraut gemacht. Diesen beiden Abschnitten ist gemein, daß sie vorrangig das Entwicklungsniveau der Wirtschaft Berlins Mitte der 80er Jahre widerspiegeln. Die konkret-historische Aufarbeitung und Darstellung der Industrie, der technischen Infrastruktur, der Wohnverhältnisse, der Bezirke, um nur einige Aspekte zu nennen, beschränkt sich auf eine Gegenüberstellung der Ausgangsbedingungen 1945/50 und dem erreichten Stand in den 80er Jahren.

Mit der vorgenommenen Schwerpunktsetzung Mitte der 80er Jahre ist es den Autoren kaum mehr möglich, wirtschaftshistorische Entwicklungsprozesse der Berliner Wirtschaft insgesamt bzw. einzelner Bereiche und Zweige differenziert aufzuzeigen. So stellen die Autoren z. B. fest, daß Berlin als größte Industriestadt der DDR zugleich ihr bedeutendstes Zentrum der Elektrotechnik/Elektronik ist und belegen diese Aussage u. a. damit, daß die Berliner Elektrotechnik/Elektronik-Produktion einen Anteil von 16,1 % an der des Industriebereiches in der DDR hat (S. 105). Diese

punktueller Angabe ist z. B. für die Einschätzung der Entwicklung des Berliner Bereiches wenig aussagekräftig, wenn der interessierte Leser nicht zugleich weiß, daß der Anteil Berlins in den 60er Jahren bei etwa 22,5 % lag, 1968 und 1969 mit 25,1 bzw. 24,0 % am höchsten war und sich dann von Jahr zu Jahr bis 1985 auf 15,2 % verringert hat. Im Verlaufe dieser Entwicklung fiel Berlin 1977 nach dem Bezirk Dresden auf den zweiten Platz innerhalb des Industriebereiches zurück. Da diese Entwicklung den Autoren offensichtlich verborgen geblieben ist, lassen sich die spezifischen Ursachen dafür aus der Darstellung nicht ermitteln.

Der völlige Verzicht auf Entwicklungsvergleiche, z. B. innerhalb der Industriebereiche bzw. zwischen den Bezirken der DDR, sollte dem Leser Anlaß sein, die im Buch getroffenen Einschätzungen mit Vorsicht zu lesen.

Demzufolge müssen wir unsere Ausgangsfrage, ob wir mit dem vorliegenden Buch über eine Wirtschaftsgeschichte Berlins verfügen, verneinen. Das dekorative, reich bebilderte Buch zur Wirtschaftsentwicklung Berlins kann nur als ein erster Schritt in diese Richtung bezeichnet werden.

Renate Schwärzel

Intensifikacija i éffektivnost' socialističeskogo proizvodstva, hg. v. G. M. Sorokin  
Verlag Nauka, Moskva 1988, 407 S., 3,30 Rbl

Zweifellos werden die Veränderungen, die sich in den letzten vier Jahren im sowjetischen Gesellschaftssystem vollzogen haben, mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt. Daß eine der Ursachen für diese Veränderungen in ökonomischen Sachverhalten begründet ist, erhellt das von G. M. Sorokin herausgegebene Buch.

Es handelt sich um einen Sammelband, der Beiträge von 28 Autoren vereinigt. Sie beschäftigen sich mit den Ergebnissen einer wissenschaftlichen Konferenz des Instituts für Ökonomie der Akademie der Wissenschaften der UdSSR zum Thema "Intensivierung und Effektivität der sozialistischen Produktion: Gesetzmäßigkeiten und Leitung" sowie mit Lösungsvorschlägen für Aufgaben, die vom XXVII. Parteitag der KPdSU gestellt wurden. Das Ziel der Autoren besteht darin, Prozesse der Intensivierung, der Erhöhung der Effektivität der Volkswirtschaft auf der Grundlage der Intensivierung, Gesetzmäßigkeiten und objektive Bedingungen des Übergangs der sowjetischen Wirtschaft zum intensiven Typ der Reproduktion sowie Fragen der Leitung der Intensivierung auf volkswirtschaftlicher, zweigwirtschaftlicher und regionaler Ebene zu untersuchen.

Das Buch ist in fünf Teile gegliedert. Im ersten Teil, der von den auch international bekannten Wirtschaftswissenschaftlern A. G. Aganbegjan, L. I. Abalkin, G. M. Sorokin, T. S. Chačaturov u. a. geschrieben wurde, werden die objektiven Voraussetzungen der sowjetischen Wirtschaft für den Übergang zur intensiv erweiterten Reproduktion analysiert. Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stehen Fragen der demographischen Situation, der klimatischen Bedingungen, der Erschöpfung von Naturressourcen sowie Fragen des Einflusses exogener Faktoren. Für die 70er und für die erste Hälfte der 80er Jahre wird das Wachstum des Nationaleinkommens (24,5 % und 17 %), der Arbeitskräfte (6 % und 2,3 %), des Abbaus der fossilen Brennstoffe (17,5 % und 8 %), der produktiven Investitionen (33,5 % und 16 %), der Grundfonds (47,5 % und 37 %) sowie anderer ökonomischer Hauptkennziffern auf makroökonomischer und mikroökonomischer Ebene quantifiziert. Die wesentliche Verringerung der

Zuwachsraten bei wichtigen volkswirtschaftlichen Kennziffern am Ende der 70er und zu Beginn der 80er Jahre wird als eine der Hauptursachen für den gegenwärtigen Übergang zu dem von A. I. Notkin Mitte der 70er Jahre entwickelten Modell der allseitig intensiv erweiterten Reproduktion der sowjetischen Wirtschaft hervorgehoben.

Im zweiten Teil werden die Faktoren, die positiv den Intensivierungsprozeß beeinflussen, herausgearbeitet. Dabei wird auf die Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, die strukturelle Veränderung der Wirtschaft, die Modernisierung des Produktionsapparates, die Verbesserung der Leitung der Produktion und die Vermeidung von Verlusten sowie auf die aktivere Nutzung der Vorteile der internationalen Arbeitsteilung zwischen den sozialistischen Ländern verwiesen. Auf den letzten Punkt geht insbesondere Ju. S. Širjaev ein. Er empfiehlt für die künftige Arbeit im RGW die Errichtung gemischter Unternehmen sowie gemeinsamer Produktionsvereinigungen, Konstruktionsbüros und Forschungseinrichtungen.

Im dritten Teil werden vor allem Vorschläge zur Veränderung des Wirtschaftsmechanismus gemacht. Dabei werden solche Formen der ökonomischen Beziehungen erläutert, die die Orientierung der Werktätigen auf den intensiven Typ der Reproduktion gewährleisten sollen. Die qualitativen Veränderungen des Wirtschaftsmechanismus beziehen sich auf eine folgerichtige Anwendung der Ware-Geld-Beziehung zur Steuerung ökonomischer Prozesse und auf die Nutzung eines leistungsfähigeren Kredit-systems. Die konsequente Anwendung der wirtschaftlichen Rechnungsführung wird als Grundbedingung für die Erhöhung der Effektivität der gesellschaftlichen Produktion angesehen.

Im vierten Teil, der Beiträge von A. G. Granberg, A. A. Nikonov, M. S. Zotov und B. V. Kapitonov enthält, wird gezeigt, wie die allgemeinen Grundsätze der Intensivierung auf zweigwirtschaftlicher und regionaler Ebene umgesetzt werden können. Als wesentlich wird hierfür eine qualitative Verbesserung der hergestellten Erzeugnisse und der genutzten Verfahren sowie eine enge Verbindung der volkswirtschaftlichen, der zweigwirtschaftlichen und der regionalen Ebene angesehen. Im fünften Teil des Buches werden einige Erfahrungen der führenden kapitalistischen Länder bei der Intensivierung ihrer Volkswirtschaften ausgewertet.

Obwohl das Buch eine Vielzahl von Einzelbeiträgen enthält, die sich alle mit unterschiedlichen Aspekten der Veränderung des ökonomischen Lebens in der UdSSR beschäftigen, ist das gemeinsame Bemühen der Autoren um eine kritische Bestandsaufnahme der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Sowjetunion für den Zeitraum von 1970 bis 1985 erkennbar. Die Analyse hätte sicher noch an Wert gewonnen, wenn dabei stärker auf internationale Vergleiche und auf eine regionale Differenzierung innerhalb der UdSSR eingegangen worden wäre.

Insgesamt aber ist das Buch aufgrund der exakten Analyse der ökonomischen Situation in der UdSSR sowie das Bestreben der Autoren, neue Ideen und Aktivitäten für den Umbau der Volkswirtschaft nutzbar zu machen, insbesondere für Wirtschaftswissenschaftler, für Außenwirtschaftler sowie für Wirtschaftshistoriker empfehlenswert.

Martin Dube

Hans-Joachim Spanger/Lothar Brock, Die beiden deutschen Staaten in der Dritten Welt. Die Entwicklungspolitik der DDR - eine Herausforderung für die Bundesrepublik Deutschland?

Westdeutscher Verlag GmbH, Opladen 1987, 428 S., 42,- DM

Das vorliegende Buch entstand bei der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, deren Mitarbeiter die beiden Autoren sind. Es ist das Ergebnis zweier Forschungsvorhaben über die sog. Entwicklungspolitik beider deutscher Staaten sowie einer mehrjährigen Kooperation der Verfasser, in der, so das Vorwort, "den Möglichkeiten und Grenzen einer Ost-West-Verständigung über die Probleme des Nord-Süd-Konfliktes nachgegangen wurde" (S. 21).

Diese Arbeit ist nicht die erste in der BRD, die sich mit der "Entwicklungspolitik" der DDR beschäftigt und diese mit der der Bundesrepublik vergleicht. Die Verfasser vermeiden kommunistische Klischees und bemühen sich um eine objektive Darstellung der Politik beider deutscher Staaten gegenüber den Entwicklungsländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas. Dabei gelangen sie mitunter zu interessanten Schlußfolgerungen, die auch die marxistische Historiographie über die Entwicklungsländer und vor allem über die Beziehungen der DDR zu diesen Ländern anregen können.

Ausführlich werden die Wirtschaftsbeziehungen unserer Republik zu den Ländern der sog. Dritten Welt untersucht. Bemerkenswert ist die Kenntnis der Autoren über die relevante DDR-Literatur und über die sich mit "Entwicklungspolitik" beschäftigenden Institutionen der DDR. Sie distanzieren sich von die DDR offensichtlich verunglimpfenden Auffassungen, etwa über die internationalistische Hilfe der FDJ-Freundschaftsbrigaden (S. 218 ff.). Bei anderen Darlegungen, z. B. über die Tätigkeit des Solidaritätskomitees der DDR, verstricken sie sich allerdings in Widersprüche. So heißt es auf S. 215, daß das Solidaritätskomitee "in zahlreichen Ländern aktiv gewesen" sei und humanitäre Soforthilfe geleistet sowie "umfangreiche und vielfältige Materiallieferungen bereitgestellt und Ausbildungsstipendien gestiftet" habe. Zwei Seiten später meinen sie feststellen zu müssen: "Das Spektrum der Empfänger ist relativ eng ... Die Unterstützung des Solidaritätskomitees kommt nahezu ausschließlich verbündeten oder befreundeten Entwicklungsländern und Befreiungsbewegungen zugute". An anderer Stelle wird gar behauptet, das Solidaritätskomitee beschränke seine Leistungen auf "sozialistisch orientierte" Entwicklungsländer (S. 220). Sehr spekulativ ist das Kapitel über "Das militärische Engagement der DDR in der Dritten Welt". Hier werden willkürlich ausgewählt und gekürzte Auszüge aus DDR-Publikationen, aber auch aus Pentagon-Studien und aus anderen, kaum als seriös zu bezeichnenden Quellen herangezogen, um der DDR ein starkes militärisches Engagement, vor allem in Afrika, vorzuhalten. Jedoch auch in diesem Fall grenzen sich die Verfasser von allzu extremen, häufig sogar in bürgerlichen Publikationen mit wissenschaftlichem Anspruch zu findenden Verleumdungen ab, wenn sie schreiben, daß es "wenig wahrscheinlich und mehrfach offiziell dementiert worden" ist, daß die DDR in Entwicklungsländern "reguläre Kampfverbände stationiert und im äthiopisch-somalischen Krieg auch eingesetzt hat" (S. 187).

Ihr vor allem gegenüber der DDR-Politik sehr kritischer Blick trübt sich dagegen, sobald sie sich der "Entwicklungspolitik" der BRD zuwenden, wieweil sie auch hier ab und an gewisse Praktiken beanstanden. Die Verfasser meinen allen Ernstes, daß die Politik der BRD gegenüber den Ländern der Dritten Welt viel effektiver sei, weil sie, anders als in der DDR, von einer Stelle, dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, koordiniert wird.

Wenig erfährt der Leser über die von den transnationalen Monopolen, d. h. auch von dem Kapital aus der BRD, verursachten ökonomischen Misere in den Entwicklungsländern. In dem Buch wird auch nicht auf die unterschiedliche Bewältigung der kolonialen Vergangenheit durch die DDR und die BRD eingegangen.

Ungeachtet dessen vermag das Buch gewisse Anregungen für die Entwicklungsländerforschung zu geben. Sein Wert besteht vor allem in dem Faktenreichtum sowie den Einblicken, die die Autoren in die offizielle Entwicklungsländerpolitik der BRD gewähren. Wenig erfährt man allerdings darüber, wie die "Entwicklungspolitik" in den Ländern der Dritten Welt beurteilt wird.

Ulrich van der Heyden

Hans-Gerd Jaschke, Soziale Basis und soziale Funktion des Nationalsozialismus, Studien zur Bonapartismustheorie, mit einem Vorwort v. Eike Hennig, hg. v. Institut f. historisch-sozialwissenschaftliche Analysen (IHSA) = Beiträge zur sozialwissenschaftlichen Forschung, Bd. 25

Westdeutscher Verlag GmbH, Opladen 1982, 291 S., 38,- DM

Mit dieser Veröffentlichung legt Hans-Gerd Jaschke seine gekürzte und geringfügig überarbeitete Dissertation vor, die, betreut von Professor Hennig, 1981 vom Fachbereich Gesellschaftswissenschaften an der Universität Frankfurt a. M. angenommen worden ist. Nach der Feststellung, daß die Faschismuskonstruktion (in den westlichen Ländern) "unausgesprochen oder stellungnehmend um Ansätze der bonapartismustheoretischen Deutungstradition" kreist, ihre Überprüfung an der "historischen Wirklichkeit" jedoch dabei nicht ausreichend betrieben wird (S. 4), formuliert er sein Anliegen so: Die Arbeit "will durch theoriegeschichtliche Rekonstruktion und sozialgeschichtlich-empirische Darstellung klären helfen, welchen Beitrag die Bonapartismusanalysen zur Theorie des Faschismus geleistet haben und welche Aussagekraft ihren Kategorien beizumessen ist" (S. 4).

Die Arbeit ist in drei Teile gegliedert. Im ersten Teil, der "theoriegeschichtlichen Rekonstruktion", werden, ausgehend von Marx' und Engels' Bonapartismusanalysen, die daran anknüpfenden Schriften von Thalheimer, Trotzki und Otto Bauer vorgestellt. Alle drei hatten in den 20er und 30er Jahren in der Auseinandersetzung mit dem aufsteigenden Faschismus in Italien und dann vor allem in Deutschland insbesondere auch bonapartismustheoretische Analysen dieser Entwicklung diskutiert. An diese Diskussionen über die Zwischenkriegszeit, so stellt Jaschke fest, wurde Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre in der "kritischen Sozialwissenschaft" der BRD verstärkt angeknüpft. (S. 36) "Die auf Thalheimer fußende Weiterentwicklung der Bonapartismuskonstruktion konzentriert sich hauptsächlich auf die Rolle der Industrie und deren Verhältnis zur NS-Massenbewegung in der Herausbildung des nationalsozialistischen Herrschaftssystems in Deutschland." (S. 37) Für diese Richtung werden die Arbeiten von Axel Kuhn und Ulf Kadritzke ausführlicher vorgestellt (S. 37 - 47). Als dritte Arbeit aus der genannten Zeit wird die von Annette Leppert-Fögen näher betrachtet, deren an Trotzki anknüpfende These von Jaschke zitiert wird: "Der Faschismus entsteht aus einer Wandlung im Verhältnis der drei Klassen zueinander, von Bourgeoisie, Proletariat und Kleinbürgertum (unter das Trotzki übrigens ohne Umschweife auch den sogenannten 'neuen Mittelstand' subsumiert)." (S. 48) Jaschke geht es nun darum, "die rekonstruierte Theorietradition mit einer historisch-sozialgeschichtlichen Analyse zu verbinden" (S. 53). Dafür greift er zusammenfassend drei Begriffe heraus, die er als "konstitutiv" für seine weitere Untersuchung erachtet: Klassengleichgewicht, Verselbständigung (denn: "'Faschismus' heißt in allen Fällen der politische Prozeß der Herausbildung von 'verselbständigter Politik'", (S. 61) und Kleinbürgertum. (S. 57 - 64) In den folgenden beiden Teilen

werden sodann die "empirischen Bezugsfelder" dieser Begriffe untersucht, worunter ganz wesentlich die Weltwirtschaftskrise und ihre Auswirkungen verstanden werden.

Der zweite Teil steht unter der Thematik "Zur historischen Bereitschaft großindustrieller Interessengruppen, ihre politische zugunsten ihrer sozialen Herrschaft aufzugeben". In drei Abschnitten wird zunächst einschlägiges Material aus vorliegenden Untersuchungen ausgebreitet: über die Beziehungen der Großindustrie zur Nazipartei, über deren Wirtschaftsprogrammatische sowie über Verlautbarungen der drei großen Unternehmerverbände (Reichsverband der Deutschen Industrie, Langnam-Verein, Verein zur Wahrung der Interessen der Chemischen Industrie Deutschlands) hinsichtlich der Ursachen der Weltwirtschaftskrise und ihrer Auswirkungen auf die deutsche Industrie sowie der von ihnen geforderten antizyklischen Wirtschaftspolitik. Es ist vorwiegend Material aus der Zeit vor 1933, das unter dem Aspekt von Gemeinsamkeiten, Divergenzen und Bündnisfähigkeit zwischen Großindustrie und Nazipartei zusammengestellt ist und hinterfragt wird.

Im vierten Abschnitt, "Zur historischen 'Willensqualität' großindustrieller Interessengruppen - Korrektur des bonapartismustheoretischen Argumentationsmodells (I)", erfolgt eine Wertung des bisher dargelegten Materials. Jaschke sieht den methodischen Vorteil der Bonapartismustheorien darin, daß sie Platz lassen für den "subjektiven Faktor". Darunter faßt er das Kleinbürgertum "als soziale Massenbasis des Faschismus ebenso wie die politischen Dispositionen großindustrieller Eliten", deren "Willensqualitäten". (S. 124) Als irreführend bezeichnet er die in der zeitgenössischen Diskussion (Trotzki, Bauer u. a.) vertretene These, die "Kapitalfraktionen ... seien zur Rettung ihrer sozialen Verfügungsgewalt subjektiv bereit (gewesen), ihre Partizipation an politischer Herrschaft aufzugeben", wobei vorausgesetzt wurde, so Jaschke, daß sich "die industriellen Eliten" kollektiv bedroht sahen, und zwar (nach Thalheimer) durch den "Ansturm der proletarischen Revolution". (S. 124 f.) Der Autor modifiziert die These: Nicht in der "Arbeiterbewegung" sahen entscheidende Teile der Großindustrie die eigentliche Bedrohung, sondern in der "in ihren Augen systemgefährdende Ausmaße annehmende(n) Wirtschaftskrise". (S. 125) Daß eine Systemgefährdung, wodurch immer, kein Machtvakuum erzeugt, sondern in dieser Zeit eher eine Stärkung der Arbeiterbewegung mit all ihren möglichen Konsequenzen, was von den "industriellen Eliten", und nicht nur von diesen, durchaus gefürchtet wurde, eben wegen der Durchsetzung ihrer "Willensqualitäten", bleibt überraschend für den Autor außer Betracht. Zusammenfassend schlußfolgert er, nicht die "politische Herrschaft" sei von der Großindustrie fallengelassen worden, "sondern ihre liberalistische Auffassung einer Trennung von Politik und Ökonomie". (S. 131) Sicher wurde politische Herrschaft nicht aufgegeben, die liberalistische Auffassung aber wurde von der Großindustrie und ihren Verbänden schon sehr viel früher als 1933 höchst pragmatisch gehandhabt. Es ging, dem kann man zustimmen, um "faschistisch wiederhergestellte profitable Produktionsbedingungen" (S. 129), soweit es die Überwindung der Krisenauswirkungen betrifft, denn schließlich handelte es sich auch um Auf-  
rüstung, und das schloß die Zerschlagung der Arbeiterbewegung ein.

Der dritte Teil befaßt sich mit dem "Anteil des Kleinbürgertums an der NS-Machteinstellung". Es ist der umfangreichste Teil. Auch er basiert auf vorliegenden Untersuchungen, hier vorwiegend historisch-soziologischen, deren Ergebnisse thematisch aufgearbeitet und zusammengefaßt werden. Der zeitliche Schwerpunkt liegt in der Entwicklung von 1928 bis 1933. Neben einigen Abschnitten mit methodischen und begrifflichen Überlegungen gibt es solche über die "sozioökonomische Lage des Kleinbürgertums - Sozialstrukturen der NSDAP - Wahlsoziologie" sowie über die "Strukturen des Faschismus als Massenbewegung". Mit dem hier ausgebreiteten Material versucht der Autor u. a. auch den politischen Alltag, die "NS-Selbstdarstellung" und die Strategien der Nazipartei für die Vergrößerung ihres Wählerpotentials deutlich zu machen, wobei es in der "Mikroebene" insbesondere um regionale Bereiche des Rheinlandes geht.

In einem letzten Abschnitt faßt Jaschke seine Bonapartismustheoretischen "Korrekturen" und die Ergebnisse seiner Überlegungen noch einmal zusammen. Ein Literaturverzeichnis ergänzt die Arbeit. Insgesamt ist es ein lesenswertes Buch, das zum Widerspruch und deshalb auch zum Nachdenken herausfordert.

Lotte Zumpe

NS-Herrschaft in Österreich 1938 - 1945, hg. v. Emmerich Talos, Ernst Hanisch u. Wolfgang Neugebauer

Verlag für Gesellschaftskritik, Wien 1988, 632 S., Abb.

Der vorliegende Sammelband sei, so heißt es in der Einleitung der Herausgeber, "der erste Versuch österreichischer Historiker und Sozialwissenschaftler, eine Gesamtdarstellung der NS-Herrschaft in Österreich zu wagen" (S. IX). Wenn dieser Vor-Satz Erwartungen auf ein geschlossenes, ausgewogenes Geschichtswerk weckt, so werden sie enttäuscht. Doch der Leser wird auf andere Weise entschädigt, nämlich durch die thematische Vielfalt und wissenschaftliche Seriosität der 30 Studien von 37 Autoren, die zumeist zwischen 30 und 40 Jahre alt sind; durch den klaren antifaschistischen Standpunkt und die engagierte Kritik am heutigen österreichischen Geschichtsbewußtsein; durch das erfolgreiche Bemühen, der Sozial-, Wirtschafts- und Alltagsgeschichte - und damit der Geschichte des Volkes, insbesondere seiner arbeitenden Klassen und Schichten - den gebührenden Platz einzuräumen.

Die Autoren, überwiegend Universitätshistoriker und Mitarbeiter des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes, bekunden, obwohl von durchaus unterschiedlichen methodologischen Prämissen ausgehend, ausnahmslos ihre kritische, politisch vorurteilsfreie Haltung; mit Recht kann z. B. Wolfgang Neugebauer für sein Thema davon ausgehen, daß im genannten traditionsreichen Dokumentationsarchiv, dessen Leiter er ist, "von Anfang an politisch motivierte Einengungen der Widerstandsforschung ... unterblieben" (S. 537). Seltener untersuchen sie ihren Gegenstand unter marxistischen Fragestellungen, etwa nach dem imperialistischen Charakter der deutschen Politik, nach dem Wesen des Faschismus, dem Verhältnis zwischen Austro- und NS-Faschismus.

Sieben Studien, ein Viertel des Bandtextes, sind wirtschafts-, sozial- und alltagsgeschichtlichen Problemen gewidmet; vier Regionalstudien enthalten weiteres Material zu diesem Komplex; fünf Studien beschäftigen sich mit Volksbildung, Kultur (Medienpolitik) und Wissenschaft im annektierten Österreich; vier behandeln den antifaschistischen Widerstand, oppositionelle Strömungen und das Exil; je zwei die Judenverfolgung und aktuelle Probleme der Vergangenheitsbewältigung"; je eine die politische Geschichte des "Anschlusses", den faschistischen Terror, die Verfolgung und Aussiedlung der Slowenen (Südkärnten), die Österreicher in der deutschen Wehrmacht, die Haltung der Kirchen und die Entwicklung und Politik der NSDAP in Österreich.

Gemeinsam ist allen Beiträgen die tiefe Unzufriedenheit der österreichischen Linken über den Mangel an kritischer Auseinandersetzung mit der Vergangenheit in der österreichischen Gesellschaft. In dem Buch wird auch die Waldheim-Affäre erwähnt, die dieses Manko des herrschenden österreichischen Geschichtsbewußtseins jüngst in beklemmender Weise deutlich gemacht hat. Kennzeichen der "staatstragenden Geschichtslüge" (S. 395) sind, nach Peter Malian und Gustav Spann, "Verdrängung und Verharmlosung, Vertuschung und Abschleifung von Gegensätzen, eine bemerkenswer-



te Konfliktscheu und eine mangelnde Sensibilität gegenüber den drängenden Fragen an die Vergangenheit" (S. 578). Zu diesen "drängenden Fragen" gehören jedenfalls;

- die politische und ideologische Vorbereitung des NS-Regimes mit Hilfe des Austrofaschismus;
- Förderung, Massenzulauf und politischer Einfluß der österreichischen Nazi-Partei vor und nach dem "Anschluß";
- die Akklamation der überwiegenden Mehrheit des österreichischen Volkes bei Besetzung und Volksabstimmung und überhaupt "das Problem der Faszination des Faschismus und die Frage nach den Motiven der Zuwendung der breiten Masse der Anhänger zum Nationalsozialismus" (S. 585);
- die enge Zusammenarbeit der katholischen Kirchenführung mit dem NS-Regime auf der Basis des Antikommunismus und Antisowjetismus;
- die Verbreitung der antisemitischen Vorurteile und ihr Eklat bei den barbarischen Massenausschreitungen im März 1938;
- "der moralische und materielle Anteil Österreichs und der Österreicher am Krieg, der Besetzung und Ausbeutung fremder Länder, den Grausamkeiten und Verbrechen an und hinter der Front und am Holocaust" (S. 621);
- die mörderische Ausbeutung von mehreren hunderttausend ausländischen Zwangsarbeitern, Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen in der österreichischen Wirtschaft, besonders in der Groß- und Rüstungsindustrie; diese Ausbeutung trug in nicht zu überschätzendem Maße zu der "unerhörten Expansion der meisten Industriezweige" (Schausberger, Norbert, Rüstung in Österreich 1938 - 1945, Wien 1970, S. 181) während des Krieges bei und schuf damit "eine der wesentlichen Grundlagen der positiven ökonomischen Entwicklung der 2. Republik" (S. 97);
- die ambivalente Haltung breiter Kreise in Österreich nach 1945 zum österreichischen Widerstand und Exil und allgemein zu den Opfern des Faschismus einschließlich Juden und Zigeunern;
- die Verdrängung der kritischen Bewältigung dieser Fragen selbst.

Diese und andere Fragen werden benannt, z. T. mit schonungsloser Schärfe. Ihre kritische Aufarbeitung wird gefordert bzw. in diesem Band, wie knapp und skizzenhaft auch immer, in Angriff genommen. Ein spezielles Problem möchte der Rezensent von sich aus hinzufügen, das ohne Zweifel eine kardinale Bedeutung für die Vorbereitung des "Anschlusses" und für die Zeit der NS-Herrschaft selbst gehabt hat, nämlich die Haltung der österreichischen Großbourgeoisie, deren maßgebliche Kreise mit den Deutschen seit eh und je kooperiert und nach der Annexion "arisiert", expandiert und okkupiert haben.

Der Aufsatz über "Österreichs Wirtschaft 1938 - 1945" (Hans Kernbauer/Fritz Weber) ist - wohl in Anbetracht der grundlegenden Publikationen von Norbert Schausberger und F. Butschek - sehr knapp gehalten. Die bemerkenswerten Ziffern über die Umschichtung des Aktienkapitals in der österreichischen Wirtschaft zugunsten der deutschen Bourgeoisie zwischen 1938 und 1945 (S. 56) lassen die Frage offen, inwieweit die drastische Abnahme des österreichischen Anteils durch das absolute Wachstum der industriellen Substanz in der Rüstungs- und Kriegskonjunktur relativiert wurde. Nicht mehr so offen wie behauptet ist dagegen die Frage, "ob die kapazitätserweiternden Investitionen zwischen 1938 und 1945 größer waren als die Zerstörungen durch die Kriegseinwirkungen (inklusive der 1945 erfolgten Demontagen) und als die Abnützung des alten Kapitalbestandes" (S. 63, 97). Hier macht sich, ähnlich wie bei anderen Autoren, auch die mangelhafte Kenntnis über die neuere DDR-Geschichtsschreibung bemerkbar.

Einen knappen, aber instruktiven Überblick verschaffen uns die Arbeiten über die österreichische Landwirtschaft (Michael Mooslechner/Robert Stadler) und über die Zwangsarbeit von Ausländern und KZ-Häftlingen (Florian Freund/Bertrand Perz). Von größerem Neuigkeitswert sind die sozial- und alltagsgeschichtlichen Studien von Klaus-Dieter Mulley, Emmerich Talos, Karin Berger und Gert Kerschbaumer, denen auch diejenigen von Hans Witek ("Arisierungen" in Wien) und von Christian Gerbel/

Alexander Mejschtrik/Reinhard Sieder (Die "Schlurfs") zugerechnet werden können. Die starke Widersprüchlichkeit der NS-Sozialpolitik und der sozialen und demographischen Entwicklung wird insgesamt deutlich herausgearbeitet. Die Faschisten erzielten mit der - in Österreich beschleunigten - Beseitigung der Arbeitslosigkeit, mit der Entschuldung bzw. Umschuldung der Landwirtschaft und nicht zuletzt mit dem "Glücksversprechen" der Propaganda nachhaltige soziale und politische Wirkungen. Zugleich blieben bedeutende Pfeiler der österreichischen sozialen Rückständigkeit bestehen; das soziale Gefälle zum "Altreich" hinsichtlich des allgemeinen Lohnniveaus, besonders der Frauenlöhne, und der Sozialversicherung (Altersversorgung) war erheblich bzw. wurde nicht abgebaut.

Dietrich Eichholtz

Reinhold Zilch, Die Reichsbank und die finanzielle Kriegsvorbereitung  
1907 bis 1914

Akademie-Verlag, Berlin 1987, 239 S., 32,- M

Die Aroeit ist die erweiterte und überarbeitete Fassung der Dissertation des Autors. Mit ihr wird eine Untersuchung vorgelegt, die ein etwas vernachlässigtes Gebiet der Wirtschaftsgeschichtsschreibung behandelt und damit eine Lücke schließt.

Unter den Kräften und Komponenten imperialistischer Politik ist den finanziellen Fragen erst in den letzten Jahren größere Aufmerksamkeit geschenkt worden. Geld- und Währungsfragen, denen auch früher schon bei Kriegsvorbereitungen große Bedeutung zukam, haben im 20. Jh. durch den hohen Technisierungsgrad der Kriegsführung einen zentralen Platz erhalten. Die ökonomische Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft für die Kriegsführung wurde entscheidendes Kriterium imperialistischer Politik.

Bei der Erörterung dieser Problematik geht der Autor von der Stellung der Reichsbank im Goldwährungssystem und im deutschen Bankensystem aus. Weder das eine noch das andere System war auf eine Kriegsfinanzierung ausgerichtet. Doch auf der Vergleichsgrundlage des Krieges von 1870/71 ließen sich mögliche Umstellungen relativ leicht vornehmen.

Als Wandlungspunkt in der deutschen Geld- und Bankpolitik sieht der Autor die Krise von 1907. Wenn auch die ihr zugrundeliegenden Ereignisse noch einer generellen Einschätzung bedürfen (S. 41), so steht doch fest, daß sich die Erfordernisse der Investitionen, die Durchsetzung von Monopolpreisen und anderes mehr so bemerkbar machten, daß die Reichsbank reagieren mußte.

Deren Aktivitäten erfolgten natürlich nur im Rahmen der herrschenden theoretisch-pragmatischen Ansichten und der ihr gegebenen Möglichkeiten. Sie betrafen das Portefeuille der Reichsbank, den Lombard zu Quartalsenden, die Sparkassenliquidität, die Liquidität der Großbanken und waren rein banktechnischer Art, also eine Reaktion lediglich auf die Symptome der Krisenerscheinungen, nicht auf deren Ursachen. Der Problemkreis: Liquidität und Geldversorgung waren die Hauptzielpunkte. Hier konnte, wollte und sollte sich die Zentralbank stark machen. Reinhold Zilch arbeitet gut heraus, daß zwar der Staat als Gesetzgeber und Organisator der Reichsbank gefordert war, sich aber die Interessenlage der einzelnen Kreditinstitute so gegensätzlich zeigte, daß man sich schwer auf einheitliche Regelungen einigen konnte (S. 76 f.). Immer wieder wurde vor einer Reglementierung gewarnt. Maßnahmen, die zu einer Art Kartellierung im Bankwesen führen sollten, wurden zwar eifrig anvisiert, doch erst 1912 kam es zu einem sog. Konditionskartell (S. 78).

Erstmalig wird in der vorliegenden Arbeit die Problematik wirtschaftliche Kriegsvorbereitung bzw. "wirtschaftlicher Generalstab" (S. 82 ff.) erörtert. Es ist das Verdienst des Autors, hierauf ausführlicher mit exakter Quellenauswertung einzugehen. Damit wird die These, daß die ökonomischen Fragen bei der Kriegsvorbereitung keine Rolle spielten bzw. überhaupt nicht erkannt wurden, zumindest relativiert. Auch die Ausführungen über die geplante Anleihefinanzierung des Krieges machen deutlich, daß der Verfasser die Frage der Anleihe als Ergänzung zur Steuer neu durchdacht hat (S. 128). In Auseinandersetzung mit bürgerlichen Autoren, die mehr die finanztechnische Seite betonen, macht er deutlich, daß die Form der Kriegsfinanzierung ganz vom Charakter des Krieges abhing, der ja Eroberungen vorsah. Da die Kalkulation in Rechnung stellte, die Kriegslasten dem besiegten Gegner aufzubürden, wurden die finanztechnischen Fragen zweitrangig.

Abschließend erfolgt ein kurzer Ausblick auf den Kriegsausbruch, der den Schluß zuläßt, daß es der herrschenden Klasse Deutschlands gelang, die Umstellung auf den Krieg vorzunehmen und trotz partieller Liquiditätsprobleme (Notgeld!) relativ schnell Maßnahmen zur finanziellen Versorgung von Staat und Wirtschaft einzuleiten. Daß der Anleiheweg zunächst erfolgreich war, zeigt das überwältigende Ergebnis der ersten Anleihe.

Zilch gibt ein anschauliches und detailliertes Bild von der Reichsbankpolitik in den letzten Jahren vor dem ersten Weltkrieg. Er arbeitet gut heraus, daß versucht wurde, finanzielle Auswirkungen der Forderungen von Staat und Wirtschaft, der Kriegsvorbereitung sowie von Monopolpreisen zu steuern. Deutlich wird, daß manche notwendigen Maßnahmen (im Sinne der herrschenden Klasse) auch deshalb nicht getroffen werden konnten, weil sich die Kreise des Finanzkapitals ambivalent verhielten.

Der Verfasser geht zwar von der herrschenden Goldwährung und ihrer theoretischen Untermauerung in der damaligen Zeit aus, hält aber die Erörterung dieser Problematik nicht durch. Es wäre interessant, etwas mehr über die Wirkung der Goldwährung seit der Jahrhundertwende zu erfahren, gerade weil die Frage nach der Rolle des Goldes bis heute nicht verstummt ist. Zweifellos sind exaktere Aussagen darüber schwierig, zumal sich die objektiven Prozesse, wie Durchsetzung von Monopolpreisen, und die mehr subjektiven Prozesse, wie die Intensität der Rüstung, hier überlagern. Aber für das Ende der sog. Goldumlaufwährung war der Kriegsausbruch nur Anlaß, nicht Ursache.

Bei einer theoretischen Aufarbeitung dieses Problemkreises kann die vorliegende Arbeit, die mehr finanztheoretische Aussagen enthält als vergleichsweise andere, eine wertvolle Hilfe sein.

Herwart Pittack

Die Aktienrechtsreform am Ende der Weimarer Republik. Die Protokolle der Verhandlungen im Aktienrechtsausschuß des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates unter dem Vorsitz von Max Hachenburg, hg. u. eingel. v. Werner Schubert u. Peter Hommelhoff, mit einer Würdigung Max Hachenburgs v. Wolfgang Schilling

Walter de Gruyter, Berlin (West)/New York 1987, 969 S., 380,- DM

Bürgerliche Gesellschaftswissenschaftler sehen in der Aktiengesellschaft den "Prototyp der kapitalistischen Unternehmensverfassung" (Horst Steinmann), "la machine juridique du capitalisme" (Georges Ripert), die "Kapitalpumpe", mit deren Hilfe große Kapitalbeträge beschafft und konzentriert werden. Doch auch im marxistischen

Verständnis ist die Aktiengesellschaft, ungeachtet der über die einzelne Aktiengesellschaft hinausgehenden Konzern- und Trustbildung, Ausgangspunkt für eine neue Stufe der Organisation der gesellschaftlichen Arbeit, und schon Karl Marx sah in ihr jenen entscheidenden Schritt der Umwandlung vom "vereinzelt Kapitalisten" zum "kombinierten Kapitalisten" (Das Kapital, Bd. 1, in: MEW, Berlin 1956 ff., Bd. 23, S. 351).

Bei dieser Bedeutung der Aktiengesellschaft steht es außer Zweifel, daß rechts- und dogmengeschichtliche Betrachtungen der Aktiengesellschaft enge Bezüge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte aufweisen. Die Herausgeber heben mit Recht hervor, daß die Diskussion um das Aktienrecht nicht nur ein Beitrag zur Institutionen- und Dogmengeschichte des Aktienrechts liefert, sondern auch grundlegende wirtschafts- und gesellschaftspolitische Fragestellungen aufwirft, mit denen die großen gesellschaftlichen Interessengruppen verbunden sind. In der Weimarer Republik waren das insbesondere die Gewerkschaften, der Reichsverband der Deutschen Industrie und der Deutsche Industrie- und Handelstag (vgl. S. V).

Die vorliegende Edition ist Teil einer auf drei Bände angelegten Dokumentation über die Aktienrechtsreform, deren Diskussion Mitte der 20er Jahre begann und die zur Novelle von 1931 (19. September) und zum Aktiengesetz von 1937 führte. Sie enthält vor allem die Protokolle der Verhandlungen im aktienrechtlichen Arbeitsausschuß des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates vom 21. September 1932 bis 13. Januar 1933. Darüber hinaus wurden Dokumente aufgenommen, wie die Stellungnahme Max Hachenburgs, eines auf dem Gebiet des Aktienrechts führenden Juristen der Weimarer Republik, der im aktienrechtlichen Arbeitsausschuß den Vorsitz führte und der bisher nur schwer greifbare Aktiengesetzentwurf in der Fassung von 1931 einschließlich der maschinenschriftlichen Begründung durch das Reichsjustizministerium sowie die aktienrechtlichen Teile der Notverordnung vom 19. September 1931, in denen erste Ergebnisse der vorangegangenen Diskussion festgeschrieben wurden.

Drei einleitende Beiträge geben wichtige Aufschlüsse über die Hintergründe der Reformdiskussionen in den 20er und 30er Jahren. Wolfgang Schilling befaßt sich mit der Person Hachenburgs, der die divergierenden Auffassungen in den verschiedenen Gremien, denen er vorstand (neben dem genannten aktienrechtlichen Arbeitsausschuß der Kommission des Deutschen Juristentages und dem Ausschuß I für Zivil- und Handelsrecht des Deutschen Anwaltsvereins), auszugleichen suchte. Unter den Reformrichtungen erlangte diejenige Vorrang, die der Deutsche Anwaltsverein und der leitend tätige Hachenburg vertraten. Inhaltlich ging es darum, die bisherige rein individualistische Auffassung im Aktienrecht durch eine zunehmend unternehmensspezifische Sicht abzulösen. Das Unternehmen sollte danach nicht nur als der größere Rahmen für die Verfolgung der Interessen beteiligter Staatsbürger angesehen werden, sondern als "ein Recht ganz besonderer Art" und "eine Einrichtung mit besonderen Aufgaben", der der Staat Schutz und Förderung zuteil werden ließ, auch wenn dies in Widerstreit zu den Interessen der Aktionäre geriet (S. 30). Damit aber wurde jenen Realitäten Rechnung getragen, die sich im Zuge der Konzentrationsbewegung in den 20er Jahren herausgebildet hatten: der Umgestaltung der Herrschaftsverhältnisse in der Aktiengesellschaft, der stärkeren Bewegungsfreiheit der in der Verwaltung der Aktiengesellschaft tätigen Kräfte (dazu wurden der Aufsichtsrat und der Vorstand gerechnet) und der Abschwächung der Machtbefugnisse der Generalversammlung und einzelner Aktionäre.

Im zweiten Beitrag beschreibt einer der Herausgeber, Werner Schubert, die Position, die der Vorläufige Reichswirtschaftsrat als eine Art Wirtschaftsparlament in der Weimarer Republik einnahm. Von den wichtigsten Mitgliedern des aktienrechtlichen Arbeitsausschusses wird der personelle Hintergrund gegeben. Zu nennen sind vor allem aus der Führungsspitze der Wirtschaft Paul Silverberg vom Reichsverband der Deutschen Industrie und Georg Solmssen, 1930 bis 1933 Präsident des Centralverbandes des Deutschen Bank- und Bankiersgewerbes, von der Seite der Arbeiter- und Angestelltenvertretungen Fritz Tarnow, Vorstandsmitglied des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) und Theoretiker der Wirtschaftsdemokratie, Benno Marx, Mitglied des Hauptvorstandes des Allgemeinen Freien Angestelltenbundes (Afa),

und Otto Schweitzer Vorstandsmitglied beim Bund der technischen Angestellten und Beamten (Butab), und aus der Gruppe der Regierungsvertreter und der von der Regierung bzw. vom Reichsrat ernannten Personen August Müller, 1918/19 Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes und damit Vorgänger von Rudolf Wissels, 1925 vom rechten Flügel der SPD zur DDP überwechselnd, Max Cohen, vom rechten Flügel der SPD, eines der aktivsten Mitglieder des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates, Fritz Naphtali, zusammen mit Fritz Baade Leiter der von der SPD und den Gewerkschaften gegründeten Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik, und Bernhard Grund, Präsident der Industrie- und Handelskammer Breslau, von 1931 bis 1933 Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages.

Der dritte Autor, Peter Hommelhoff, stellt schließlich jene Probleme heraus, denen die Diskussion um die Aktienrechtsreform galt, insbesondere auf welche Weise eine Balance zwischen den Verwaltungsorganen (Aufsichtsrat und Vorstand) sowie zwischen den Verwaltungsorganen und der Generalversammlung als dem Organ der Einzelaktionäre hergestellt werden konnte. Die Forderung, der gesteigerten Macht der "Verwaltung" eine gesteigerte Kontrolle durch Generalversammlung und Staat entgegenzustellen, stieß immer wieder dort an ihre Grenzen, wo die "Verwaltung" in ihrer "Bewegungsfreiheit" eingeschränkt werden sollte. Die Idee einer "Aktionärsdemokratie", ein in den 20er Jahren heftig diskutiertes Thema, erwies sich immer wieder dort als unrealistisch, wo eine größere Zahl von Kapitalanlegern auftrat, und sie ist es bis heute geblieben. Bürgerliche Experten auf dem Gebiet der Unternehmensverfassung weisen offen darauf hin, daß der Gedanke, die Generalversammlung der Aktionäre zum obersten souveränen Organ der Aktiengesellschaft zu machen, von dem sich alle Macht ableitet, nicht durchführbar ist (Horst Steinmann).

Die Edition beruht auf Materialien des Zentralen Staatsarchivs Potsdam (Bestand des Reichswirtschafts- und Reichsjustizministeriums sowie des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates) und des Bundesarchivs Koblenz (Nachlaß Silverberg). Die kostenaufwendige Wiedergabe der Dokumente wurde nicht zuletzt von dem aktuellen Interesse geleitet, eine Traditionslinie von den Diskussionen in der Weimarer Republik über das Aktienrechtsgesetz 1937 bis zum Aktiengesetz von 1965 in der BRD herzustellen. Das ist zweifellos insofern richtig, als es zumindest auf dem Gebiet der Betriebsverfassung die Kontinuität der kapitalistischen Entwicklung zeigt, die durch den Faschismus weder unterbrochen noch gar aufgehoben wurde, wie einige bürgerliche Historiker es gern sehen wollen. Andererseits ist zu vermerken, daß die große Mehrheit der an den Diskussionen vor 1933 beteiligten Wirtschaftsführer, Gewerkschafter und Juristen in der Zeit des Faschismus nicht mehr an den Gesetzesvorbereitenden Arbeiten mitwirkte, weil sie zum Kreis der Vertriebenen, Emigrierten oder aus ihrer Stellung Verdrängten zählte.

Insgesamt macht der Band deutlich, wie die Aktiengesetzgebung auf neue Erfordernisse des modernen Großbetriebes reagierte und wie - ganz besonders nach der Errichtung der faschistischen Diktatur - die vor allem von den Vorständen gewünschte Stärkung ihrer Stellung mit Hilfe des "Führerprinzips" durchgesetzt wurde. Die Arbeit wirft nicht nur neue Schlaglichter auf die in der Regel wenig beachteten Zusammenhänge von Rechts- und Wirtschaftsgeschichte, sondern läßt auch einige der langwierigen Prozesse nachvollziehen, in denen die Anpassung von geltendem Recht an neue ökonomische Gegebenheiten erfolgte.

Horst Handke

Rheinisch-Westfälische Wirtschaftsbiographien, Bd. 12: Kölner Unternehmer im 18., 19. und 20. Jahrhundert; Bd. 13: Kölner Unternehmer im 19. und 20. Jahrhundert, hg. v. d. Volks- und Betriebswirtschaftlichen Vereinigung im Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet, der Historischen Kommission für Westfalen und dem Westfälischen Wirtschaftsarchiv

Aschendorffsche Verlagsbuchhandlung, Münster (Westf.) 1986,  
Bd. 12, 201 S., Bd. 13, 245 S.

Mit den beiden Büchern liegen 13 Bände einer Reihe vor, die zu den bekanntesten Veröffentlichungen von Unternehmerbiographien zählt. Die ersten vier Bände erschienen bereits vor 1945 (zwischen 1932 und 1941); sie wurden 1974 nachgedruckt. Nach 1945 wurde die Reihe mit Band 5 (erschienen 1953) fortgesetzt.

In der Regel waren die einzelnen Bände keinem Rahmenthema untergeordnet. Sie enthielten in zwangsloser Zusammenstellung Biographien von Unternehmern aus dem rheinisch-westfälischen Wirtschaftsraum, die als erfolgreich angesehen wurden oder die für die Entwicklung eines Unternehmens, einer Branche, eines Ortes oder einer Region wichtig waren. Eine erste thematische Zuordnung erfolgte mit Band 3 (1936), in dem der als Herausgeber von Handbüchern über Bergbaubeamte bekannte Walter Serlo die Biographien von Bergmannsfamilien bzw. führenden Vertretern des Bergbaus zusammenfaßte.

Die Bände 12 und 13 wurden erneut thematisch zugeordnet. Sie enthalten die Biographien von Kölner Unternehmern, 12 Einzelbiographien und 2 Familienbiographien, eine über die eng miteinander verbundenen Familien Felten und Guillaume (9 Personen betreffend) und eine andere über die Bankiersfamilie Oppenheim (3 Personen betreffend), insgesamt also 24 Biographien. Wenn man die 21 Biographien zurechnet, die in den vorangegangenen Bänden über Kölner Unternehmer erschienen sind, wird innerhalb der Reihe eine gewisse Konzentration auf den Untersuchungsort Köln deutlich. Von insgesamt 146 Unternehmer- und Familienbiographien entfallen allein 35 (24 %) auf Köln. Die Ursache dafür wird nicht nur in der relativ günstigen Quellenlage zu suchen sein, sondern auch in der herausragenden Stellung der Kölner Unternehmerschaft. Köln war eines der wirtschaftlichen Zentren im Westen mit einer reichen unternehmerischen Tradition. Im 19. Jh. war es führend bei der Durchsetzung der industriellen Revolution und wurde Ausgangspunkt bedeutender Firmengründungen.

Die letzten zwei Drittel des 19. Jh. mit ihrer schnellen wirtschaftlichen Entwicklung sind dementsprechend Schwerpunkt der einzelnen Beiträge. Zwei Generationengruppen fallen dabei besonders auf. In der einen befinden sich Johann Jakob Langen (Zuckerfabrikant und Mitbegründer der ersten deutschen Bergwerksgesellschaft, des Kölner Bergwerks-Vereins), Gustav Mallinckrodt (mit dem Stammunternehmen in der Lederindustrie und im Häutehandel) und Emil Pfeifer (Kölns erster Zuckerfabrikant und Mitbegründer der Gasmotorenfabrik Deutz). Diese Namen drückten dem Wirtschaftsleben in der Rheinmetropole seit den 30er Jahren des 19. Jh. ihren Stempel auf. Gewissermaßen im Übergang zur nächsten Generationengruppe steht Franz Wilhelm Koenigs (Schwager Gustav Mevissens, Zuckerfabrikant, Eisenbahndirektor und Mitbegründer zahlreicher Aktiengesellschaften). In der zweiten Generationengruppe, die seit den 60er Jahren des 19. Jh. das Wirtschaftsleben in Köln mitbestimmte, finden wir vor allem Franz Carl Guillaume d. J. (er entwickelte das Familienunternehmen aus einer Hanfseilerei zu einem führenden Konzern in der Nachrichtentechnik), Gustav Michels (Woll- und Tuchhändler, wichtige Leitungsfunktionen im Versicherungswesen, Vertreter in zahlreichen Aktiengesellschaften), Franz Clouth (Gummi- und Kabelfabrikant) und Ferdinand Mühlhens (bekannt durch die Weltmarke "4711", Erbauer des Kurhotels auf dem Petersberg, das bei der Eröffnung 1914 mit dem damals berühmtesten Hotel Deutschlands, dem "Adlon", verglichen wurde, und Betreiber weiterer Unternehmungen, darunter der Zahnradbahnen zum Petersberg und zum Drachenfels).

Die Biographien lassen interessante Vergleiche zu. Es fällt auf, daß sich bei den beiden genannten Generationen der Übergang zu neuen Denkweisen und industriellen Organisationsformen vollzog. Aber auch zwischen den beiden Generationen werden Unterschiede deutlich. In der älteren Generation waren noch sehr stark die Traditionen des alten Kaufmannskapitals lebendig, während in der neuen Generation Expansionsdrang, Härte und Innovations- und Risikobereitschaft gefragte Eigenschaften waren. In der Familienchronik der Langens heißt es z. B., als der alte Johann Jakob Langen durch Gustav Mevissen aus seinen Führungspositionen verdrängt wurde, daß sich hier "Genialität gegen solide Tüchtigkeit" durchgesetzt habe (Bd. 12, S. 133). Beide Begriffe waren zweifellos Umschreibungen für einen Zeit- und Generationswechsel.

Allerdings müssen strukturelle Gemeinsamkeiten und Veränderungen wie diese vom Leser oft selbst herausgefunden werden. Der Wirtschaftshistoriker Friedrich Wilhelm Henning, Redaktionsmitglied der Reihe, schreibt zwar in der Einleitung zu den beiden Bänden, daß mit dieser Veröffentlichung beabsichtigt sei, über die Darstellung der Leistungen und des Lebensweges der einzelnen Personen hinaus sowohl das Spezifische des einzelnen wie das Gemeinsame einer ganzen Gruppe zu verdeutlichen (Bd. 12, S. 1). Doch gerade das Gemeinsame der Gruppe tritt stark hinter dem Einzelschicksal zurück, und es hängt von Kunst und Wissen des jeweiligen Autors ab, wie weit das "Gemeinsame" in das persönliche Schicksal eingebracht wird, so etwa, wenn uns Klara van Eyll, Archivarin in Köln, Verfasserin der Biographie von Peter Michels, einen interessanten Blick in die Heiratsverbindungen der Kindesgeneration werfen läßt.

Insgesamt rücken die Autoren wirtschaftliche Leistung und wirtschaftlichen Erfolg in den Vordergrund. Sozialpolitisch erscheinen die meisten Unternehmer als philanthropische Reformer. Ihre politische Haltung wird vielfach als konservativ-liberal charakterisiert. Leider sind Belege zum politischen Denken sehr rar, während den Aktivitäten bei der Förderung von Kunst, Wissenschaft und öffentlichen Einrichtungen viel Beachtung geschenkt wird. Die meisten Autoren benutzen Archivquellen und fügen ihren Angaben wissenschaftliche Nachweise bei. Zu den wenigen Ausnahmen, die auf Nachweise verzichten, gehört der Wirtschaftshistoriker Wilhelm Treue, Verfasser eines Beitrags zur Entlastung des aufgrund seiner faschistischen Vergangenheit umstrittenen Bankiers Robert Pferdmeiges. Innerhalb dieser gegebenen Grenzen wird man die Bände als wichtigen Beitrag für eine Sozialgeschichte des rheinischen Unternehmertums ansehen können.

Horst Handke

Gewerbe- und Industrielandschaften vom Spätmittelalter bis ins 20. Jahrhundert, hg. v. Hans Pohl = Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Beihefte, Nr. 78

Franz Steiner Verlag Wiesbaden GmbH, Stuttgart 1986,  
497 S., 110,- DM

Der vorliegende Band faßt die Vorträge zusammen, die auf der 10. Arbeitstagung der Gesellschaft für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 1983 in Graz gehalten wurden. Er dokumentiert damit den damaligen Stand der wirtschaftshistorischen Gewerbe- bzw. Industrielandschaftsforschung.

Nach der Einführung in die Thematik durch Hans Pohl und den Festvortrag von Othmar Pickl über "die Steiermark als Gewerbe- und Industrielandschaft vom Spätmittelalter bis zur Gegenwart. Zur Entstehung moderner Industrieregionen in alten Fortschrittsregionen" folgen zwei Überblicksreferate von Wolfgang von Stromer über "Gewerbereviere und Protoindustrien in Spätmittelalter und Frühneuzeit" und von Karl-Heinrich Kaufhold über "Gewerblandschaften in der frühen Neuzeit (1650 - 1800)", die die Problematik der Herausbildung von Gewerblandschaften untersuchen. Insbesondere Kaufhold behandelt eingehend die Schwierigkeiten der Herausarbeitung von gewerblichen Landschaften in Deutschland und versucht, trotz des noch unbefriedigenden Forschungsstandes eine Zusammenstellung der um 1800 bestehenden Gewerbegebiete mit ihren charakteristischen Besonderheiten in Form von Typen zu geben.

In den folgenden Artikeln, die in ihrer Qualität sehr unterschiedlich sind - hervorzuheben sind die Beiträge von Elisabeth Harder-Gersdorff über "Leinen-Regionen im Vorfeld und im Verlauf der Industrialisierung (1780 - 1914)" und von Gerhard Adelman "Zur regionalen Differenzierung der Baumwoll- und Seidenverarbeitung und der textilen Spezialfertigungen Deutschlands 1846 - 1907" -, werden leider nur noch einzelne Zweige bzw. Branchen der Industrie in ihrer regionalen Entwicklung verfolgt, ohne abschließend eine Synthese zu Industriegebieten oder -landschaften für die Zeit nach 1800 vorzunehmen.

Die Einzelbeiträge enthalten z. T. eine Fülle von Material, umfangreiche Statistiken über die Verdichtungsgebiete der Zweige und Branchen sowie deren kartographische Umsetzung auf Kreisbasis (für die Stichjahre 1846, 1895 bzw. 1907).

Gerhard Narweleit

Wolfgang Jacobeit, Schafhaltung und Schäfer in Zentraleuropa bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts

Akademie-Verlag, 2., bearb. Aufl., Berlin 1987, 462 S.,  
15 Textabb., 51 Abb., 16 Farbtaf. u. 16 Schwarz-Weiß-Taf.,  
65,- M

Nach einem guten Vierteljahrhundert erscheint nunmehr die zweite Auflage des "Schäferbuches" von Wolfgang Jacobeit, das inzwischen als Standardwerk seines Genres gilt. Der Erfolg des Buches lag nicht zuletzt darin begründet, daß Jacobeit die Volkskunde seinerzeit bereits als historische Disziplin begriff und um komplexe gesellschaftliche und sozialökonomische Zusammenhänge bemüht war, wodurch er der Volkskunde in der DDR entwicklungssträchtige Impulse verlieh. Gegenüber der ersten Auflage ist keine wesentliche Änderung des Stoffes vorgenommen worden, es wurden aber bestimmte Passagen aufgrund von Rezensionen überarbeitet, Fehler berichtigt, die stilistische Feile angesetzt und die Bibliographie komplettiert.

Das erste Drittel des Buches ist für die Wirtschaftshistoriker relevant, weil Jacobeit hier wichtige ökonomische Probleme behandelt: Schafhaltung und Schafzucht, Wirtschaftsformen der Schafhaltung (Wanderweidewirtschaft und Standschäferie) und Schäfertypen (Lohnschäfer, Menge-Pachtschäfer u. a.). Der Agrarhistoriker und interessierte Leser kann auf gedrängtem Raum das Wichtigste über die Bedeutung und Entwicklung der Schafhaltung und Wollverarbeitung in verschiedenen Ländern, Regionen und Epochen erfahren. Manches hätte ich mir allerdings in der neuen Auflage berücksichtigt gewünscht, z. B. Albrecht Thaer, den bedeutendsten Schafzüchter Europas im ersten Viertel des 19. Jh., der durch seine Zuchtexperimente der preu-



bisch-deutschen Schafhaltung Weltgeltung verschaffte, so daß die feinen deutschen Wollen jahrzehntelang auf dem Londoner Wollmarkt, der Hauptbörse der Wolle, höchste Preise erzielten. Denken wir auch daran, daß 50 nach Australien exportierte Muttertiere aus der Thaerschen Stammschäferei zu Möglin zum Grundstock der australischen Merinozucht zählten, die in der zweiten Hälfte des 19. Jh. zur übermächtigen Konkurrenz der deutschen und europäischen Schafhaltung und Wollproduktion wurde.

jene Abschnitte, die sich mit den volkskundlichen Aspekten der Schafhaltung und der Schäfer befassen, wie mit den "unehrlichen" Schäfern, Schäferbrüderschaften und Schäfervereinen, Schäferfesten, den Schäfern in der dörflichen Gemeinschaft, in der Heilkunde, im Volksglauben und in der Sage, aber auch mit den Arbeitsgeräten und der Kleidung der Schäfer, teilen nicht nur hochinteressante Details aus dem Leben und der Lebensweise der Schäfer mit, machen nicht nur auf lokale, regionale und nationale Unterschiede und vergleichende Betrachtungen aufmerksam, sondern rücken auch die soziale Stellung der Schäfer und davon abgeleitete Fragen in das Blickfeld des Lesers. Ein Anhang enthält Dokumente zu verschiedenen Ausführungen in der Darstellung. Zahlreiche eindrucksvolle, teils farbige Bilder ergänzen den Text. Das von Jacobeit erneut vorgelegte und bearbeitete "Schäferbuch" gehört nach wie vor zum unentbehrlichen Nachschlagewerk über einen der traditionsreichsten und von Sagen umwobenen Beruf der Landwirtschaft - es ist eine Kulturgeschichte auf marxistischer Grundlage zu einem im Wirtschaftsleben wichtigen Sachgegenstand

Hans-Heinrich Müller

George Ordish, Geschichte eines Gartens. Vom 16. Jahrhundert bis zur Gegenwart

Benziger Verlag, Köln/Zürich 1987, 285 S., 33 Zeichnungen  
v. Alison Claire Darke, 39,80 DM

Briten lieben Blumen und Gärten. Was hat nicht allein Shakespeare in seinen Werken an Blumen besungen: Rosen in "Romeo und Julia", Primeln im "Sommernachts Traum", Lilien in "Heinrich VIII.", Stiefmütterchen in "Der Widerspenstigen Zähmung". Aus den Gärten von Königin Elisabeth I. war Lavendel nicht hinwegzudenken, eine Blume, die ganz oben in der Gunst der Briten steht. Lavendelfarmen z. B. in der Grafschaft Norfolk liefern die begehrten Rohstoffe für die beliebten Duftwässer und Parfüme. William Wordsworth, einst Anhänger der Französischen Revolution, der während der Jakobinerdiktatur jedoch aus Frankreich floh und sich von den Ideen der Aufklärung abwandte, Hauptvertreter der reaktionären englischen Romantik, verglich das Leben der Menschen mit dem der Blumen. Und wo gibt es schon ein Museum der Geschichte des Gartenbaus, wie es London besitzt? Briten haben nicht nur ein inniges Verhältnis zu den Blumen, sondern Hobbygärtnerie gehört zu ihren beliebtesten Freizeitbeschäftigungen, mag der Garten auch nur ein paar Quadratmeter groß sein. Von der Liebe zu den Blumen und Gärten berichtet auch das reizvolle Buch von George Ordish. Es wendet sich natürlich zuerst an die Gartenfreunde und ist weder eine agrar- noch eine wirtschaftshistorische Monographie. Doch werden darin manche Probleme behandelt, die unsere Aufmerksamkeit verdienen, z. B. die Wechselwirkung zwischen Mensch und Natur. Ordish beschreibt über vierhundert Jahre die gut dokumentierte Geschichte eines etwa fünf Morgen großen Gartens, der 1556 von Richard Barton in der Region Weald der Grafschaft Kent angelegt wurde. Einleitend skizziert er die ökonomischen und gesellschaftlichen

Verhältnisse, die zur Zeit der Entstehung dieses bürgerlichen Gartens in England bzw. in der Grafschaft Kent herrschten, um uns dann seine wechselvolle Entwicklung miterleben zu lassen. Wir erfahren vieles über Anlage und Gestaltung, Anbau von Blumen, Heilkräutern und Gemüse, über Kleinstlebewesen und Vögel, Eigentumswechsel, zeitweise Verwilderung, Verschönerungen, Stilveränderungen, über Pflanzen- und Tierarten, die vierhundert Jahre überdauerten oder verschwanden, über die Arbeit seiner Besitzer und Gärtner - alles in allem eine Geschichte von den biologischen Veränderungen des Gartens von Barton End und von deren Auswirkungen auf die dortigen Lebensbedingungen, eine Natur- und Sozialgeschichte, die zu lesen Vergnügen bereitet, eine liebenswerte Chronik eines englischen Gartens, die auch zum Nachdenken über das große Problem Mensch und Umwelt anregt.

Hans-Heinrich Müller

Recherches et travaux = Bulletin Nr. 16, hg. v. Institut d'Histoire économique et sociale de l'Université de Paris I

Dezember 1987, 124 S.

Im Dezember 1987 erschien Bulletin Nr. 16 der "Untersuchungen und Arbeiten" des wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Instituts der Pariser Universität. Vorangestellt ist eine Würdigung des im Herbst 1987 verstorbenen Wirtschaftshistorikers Jean Bouvier durch seinen Freund Pierre Vilar (S. 7).

Im ersten Beitrag "Les deux Allemagnes de l'enfance" beschäftigt sich Christophe Duhamelle mit den Formen der Säuglingsernährung in Deutschland zwischen 1770 und 1830 (Stillen mit Mutter- bzw. Ammenmilch, künstliche Ernährung). Er weist erhebliche Unterschiede zwischen verschiedenen Gebieten Deutschlands nach, die er in einer Karte (S. 15) anschaulich darstellt. Dabei gehe es ihm jedoch nicht darum, simple regionale Nuancen aufzuzeigen, sondern eine spezifische und bipolare Struktur Deutschlands in bezug auf die Behandlung der Säuglinge nachzuweisen. Er sieht die Gründe für diese Zweiteilung Deutschlands in Gebiete, wo die natürliche Ernährung überwog, und in solche, wo künstliche Formen dominierten, in der politischen Situation, in unterschiedlichen Konfessionen und in verschiedenen ökonomischen Strukturen. Im Zusammenhang damit untersucht er auch die Säuglingssterblichkeit in diesen Gebieten.

Am Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Pariser Universität wurden im Januar 1987 "Untersuchungen über die Effektenmakler und den Pariser Finanzmarkt" begonnen. Janine Levain und Patrick Verley informieren in ihrem Artikel "L'enquête sur les agents de change et le marché financier parisiens au XIXème siècle" über den Stand der Forschungen, die sich bisher auf die zweite Hälfte des 19. Jh. konzentrierten. Die Untersuchungen verlaufen in zwei Hauptrichtungen: Unter zoologischem Aspekt sollen die Entwicklung des Berufes Effektenmakler und seine Anpassung an die konjunkturellen und strukturellen Entwicklungen der Wirtschaft dargestellt werden; unter ökonomischem Aspekt sollen 60 bis 70 Unternehmen über einen längeren Zeitraum hinweg im Hinblick auf ihre Finanzierungsformen, Profite, Personalpolitik und Risikobereitschaft untersucht werden. Damit könnten Aktivitäten auf dem Finanzmarkt und Verhaltensweisen je nach der Konjunkturlage erfaßt werden. Die Autoren erläutern die Quellenlage und formulieren detaillierte Fragestellungen.

Cecilia Maria Wesphalen geht in ihrem Aufsatz "Comment les sources de l'histoire sociale brésilienne sont susceptible de s'adapter aux méthodes françaises" von Sozialgeschichte als einer neuen Art, die Vergangenheit zu lesen, aus, wobei die Untersuchung sozialer Gruppen die Basis für sozialgeschichtliche Studien bilde. Sie fragt, inwieweit Gemeinsamkeiten zwischen Brasilien und Frankreich ausreichen, um die gleichen Methoden, die zur Untersuchung der französischen Gesellschaft benutzt worden sind, auch für das Studium der brasilianischen Gesellschaft anzuwenden. Die Autorin ist der Meinung, daß die von der französischen Historikerin Adeline Daurand vorgenommene Typisierung der französischen Sozialgeschichtsquellen im großen und ganzen auf die brasilianische Sozialgeschichte übertragbar sei, auch wenn man auf die Spezifik der brasilianischen Gesellschaft Rücksicht nehmen müsse. Dann charakterisiert sie die vorhandenen brasilianischen Quellen genauer und kommt dabei zu der Einschätzung, daß deren Menge und Vielfalt, deren Quantität und Qualität für die Anwendung französischer Forschungsmethoden auf die brasilianische Sozialgeschichtsschreibung ausreichen, wobei spezifische Arbeitshypothesen für Brasilien aufgestellt werden müßten.

Jean-Marie Wiscart beschäftigt sich in seinem Beitrag "Les stratégies matrimoniales de la noblesse de la Somme au XIXe siècle" mit den Heiratsstrategien des Adels an der Somme im 19. Jh. Damals seien die zukünftigen Eheleute nur Elemente eines Netzes gewesen, das aus einem komplexen System von Beziehungen und Interessen bestand, um wirtschaftliche, soziale und politische Positionen zu erobern, zu festigen oder zu verstärken. Das gelte generell für die obere Gesellschaftsschicht, weise aber für den Provinz- und Landadel einige Besonderheiten auf. Diese hat der Autor am Beispiel des Provinzadels an der Somme untersucht. Anhand der Analyse von 432 Eheschließungen konnte er detailliert die Heiratsstrategien dieser Bevölkerungsschicht nachzeichnen und folgende Charakteristika herausarbeiten. Der Landadel sei als Mikrokosmos mindestens bis gegen 1870 auf sich selbst beschränkt geblieben und die stark ausgeprägte soziale Endogamie von drei Kriterien, dem Namen, den Prinzipien und dem Vermögen, bestimmt worden. Die Heiratsstrategie, auf lange Sicht angelegt, habe sich auf die Aufrechterhaltung oder Erweiterung des Vermögens und der sozialen Position gerichtet, wobei Nachkommenschaft eine bedeutende Rolle spielte. In diesem Zusammenhang ist die Aufschlüsselung der Heiratseinlagen und der Mitgiften interessant.

Carola Möckel

Wolfhard Weber, Arbeitssicherheit. Historische Beispiele - aktuelle Analysen

Rowohlt Taschenbuch Verlag GmbH, Reinbek b. Hamburg 1988,  
248 S., 84 Abb., 17 Tab.

Ausgehend von den im Arbeitssicherheitsgesetz der BRD von 1973 festgeschriebenen Normen des Arbeitsschutzes, untersucht Wolfhard Weber sozusagen deren Vorgeschichte von der Antike bis in die jüngste Gegenwart. Er legt dar, daß ursprünglich nur die Natur den Gegenpart des Menschen im Arbeitsprozeß bildete. Sehr bald entstand jedoch einerseits ein Spannungsfeld zwischen den Arbeitenden und den Menschen, die sie "anzuleiten, anzuspornen, zu überwachen, einzuweisen und zu kontrollieren hatten", andererseits zwischen dem Arbeitenden und "der zu bearbeitenden Sache". (S. 10) Der Verfasser macht darauf aufmerksam, daß die damit verbundenen Auseinandersetzungen in der Geschichte der Menschheit zahlreichen Veränderungen unterlagen, die nur im Kontext mit der jeweiligen historischen Situation erklärbar werden.

Im ersten Teil des Bandes, der den Zeitraum zwischen der Antike und der Neuzeit umfaßt, analysiert der Autor u. a. den Wandel in der gesellschaftlichen Einstellung zur Handarbeit. Er unterstreicht, daß in der antiken Gesellschaft, in der die körperliche Arbeit geächtet war, für Überlegungen zu einem - wie auch immer gearteten - Arbeitsschutz kein Raum war. Erst der wachsende Einfluß der christlichen Religion zu Beginn des Mittelalters führte in Westeuropa zu einer grundsätzlichen Neubewertung der körperlichen Arbeit. Weber geht völlig zutreffend davon aus, daß z. B. der Kathedralenbau, die Ausbreitung des Mühlenwesens, aber auch die wachsende Arbeitszeit der im Akkordlohn arbeitenden Textilproduzenten neue Sicherheitsprobleme schufen bzw. unzumutbare und gesundheitsgefährdende Arbeitsbedingungen entstehen ließen. Er beklagt, daß die Quellen keine Auskunft darüber geben, ob und in welchem Umfang das Problem der Arbeitssicherheit erkannt wurde, ob sich die Arbeitenden gegen die bestehenden Gefährdungen zur Wehr setzten.

In den folgenden Kapiteln, die an das 19. Jh. heranführen, stellt Weber die unterschiedlichen Produktionstechniken, Technologien und Formen der Arbeitsorganisation im Berg- und Hüttenwesen, in den Papiermühlen, den Nadelmanufakturen und den Spiegelmanufakturen vor, macht das auf dieser Basis entstehende neue und unterschiedliche Gefährdungspotential sichtbar. Er verdeutlicht, daß schon in der vorindustriellen Ära gewichtige Sicherheitsprobleme existierten, mit denen sich zwar Mediziner befaßten, gegen die letztlich zunächst nichts bzw. wenig unternommen wurde.

Im zweiten Hauptteil des Buches setzt sich der Autor mit der im Fabrikzeitalter drastisch veränderten Situation auseinander. Er zeichnet die Grundstrukturen der Arbeitsplätze in den verschiedenen Industrien nach und stellt die erhöhten Arbeitsplatzrisiken dar. In diesem Zusammenhang analysiert er die Motivation und Wirksamkeit jener Institutionen und gesellschaftlichen Kräfte, die auf dem Feld der Arbeitssicherheit agierten. Er beschreibt die relativen Fortschritte im Arbeitsschutz, die allerdings im Verlauf des ersten Weltkrieges nachhaltig reduziert wurden. In zwei Kapiteln stellt der Autor schließlich seine Überlegungen zur Entwicklung der Arbeitssicherheit in der Weimarer Republik und unter den Bedingungen der faschistischen Herrschaft vor. Er würdigt zunächst die Tatsache, daß der Arbeitsschutz in der Weimarer Republik zum Verfassungsgebot wurde, geht u. a. auf die Problematik des Arbeitsschutzes im Zusammenhang mit dem Maschinenschutz ein, stellt die Arbeitssicherheit im Spannungsfeld von Verbandsinteressen vor und widmet sich den Berufskrankheitsverordnungen der Jahre 1925 und 1929. Dabei macht er u. a. darauf aufmerksam, daß "das Angebot zur Nutzung von Schutzmöglichkeiten und die Aufklärung darüber ... in der Wirkung begrenzt bleiben (mußten), solange die Rahmenbedingungen der Arbeit nicht entscheidend mitverändert wurden, solange also Arbeitsintensität oder -länge nicht auf das Gesundheitsrisiko abgestellt wurde." (S. 155 f.) Er weist darauf hin, daß während der Weltwirtschaftskrise alle gesellschaftlichen Kräfte die Arbeitssicherheit als untergeordnetes Problem ansahen. Die Problematik der Arbeitssicherheit in der Zeit des Faschismus nutzt der Autor u. a. dazu, die Rolle besonders der DAF aufzuhellen. Die DAF forderte zwar selbst noch in den ersten Jahren nach der faschistischen Machtergreifung Mitspracherechte, doch ihr Handlungsspielraum wurde bereits 1934 durch das "Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit" drastisch eingengt. Sie hatte sich letztlich mit Propagandaaktionen zu begnügen. Steigende Unfallzahlen usw. belegen die negative Entwicklung. Selbst zunächst positiv erscheinende Maßnahmen, wie die starke Erhöhung der Zahl der Betriebsärzte zwischen 1939 und 1944, dienten - so Weber - "weniger der Erhaltung der Arbeitsgesundheit, als vielmehr dem Aufspüren von 'Arbeitsbummelanten'" (S. 174).

Im letzten Teil des Buches geht der Verfasser auf die Probleme der Arbeitssicherheit und die sie bewegenden gesellschaftlichen Kräfte in der BRD ein, eine Entwicklung, die im Arbeitssicherheitsgesetz von 1973 ein vorläufiges Ende fand. Im Ergebnis seiner Analyse kommt er zu dem Schluß, daß ein umfassendes Arbeitsschutzrecht ein offener Wunsch bleibt.

Zweifelsfrei ist es Weber mit dieser Publikation gelungen, eine empfindliche Lücke zu schließen, neue Fragestellungen aufzuwerfen und Antworten anzubieten. Gewiß kann man diese oder jene Wertung in Zweifel ziehen. Dieses Buch stellt aber eine angenehm lesbare und anregende Lektüre dar, die von fundiertem Wissen zeugt. Die Arbeit mit ihm wird durch eine instruktive Zeittafel, einen Dokumentenanhang, ein solides Literaturverzeichnis, graphische Darstellungen, Bildmaterial mit einem Bildquellennachweis sowie ein Personen- und Sachregister erleichtert.

Karl Lärmer

Wolfgang Ribbe/Wolfgang Schwäche, Die Siemensstadt. Geschichte und Architektur eines Industriestandortes

Ernst & Sohn, Verlag für Architektur und technische Wissenschaften, Berlin (West) 1985, 876 S.

Bereits in der Entstehungsphase der Elektroindustrie kam Berlin eine besondere Bedeutung zu. In der Stadt trafen Standortqualitäten wie ein außerordentlich hohes Potential an qualifizierten Arbeitern, aber auch an ungelerten Arbeitskräften sowie die für diesen Industriezweig von Anfang an wichtigen Wechselwirkungen von Wissenschaft und Industrie zusammen. Nicht zuletzt spielte der Industriestandort Berlin als Absatzmarkt für die Erzeugnisse der Berliner Elektroindustrie eine bedeutende Rolle. Um die Jahrhundertwende war Berlin die größte Zentrale der elektrotechnischen Produktion in der Welt. Von dem Standort gingen entscheidende wissenschaftliche und produktionstechnische Impulse für den gesamten Industriezweig aus. Daß sich der Vorstand der Siemens & Halske AG um die Jahrhundertwende im Zuge der Reorganisation des Unternehmens und den damit verbundenen Verlagerungen und Erweiterungen von Produktionsstätten nicht für einen Standort weitab von der Reichshauptstadt, sondern für das Berliner Randgebiet entschloß, unterstreicht die Standortqualitäten Berlins für die Elektroindustrie. So wurde auf der "grünen Wiese" im Spreetal zwischen Charlottenburg und Spandau mit dem Aufbau eines neuen elektrotechnischen Zentrums der Siemens & Halske AG, der späteren Siemensstadt, begonnen.

Mit der vorliegenden Publikation "Die Siemensstadt" wird versucht, die Geschichte und Architektur des Industriestandortes - wie im Untertitel angekündigt - nachzuzeichnen. Das umfangreiche Vorhaben - es umfaßt 876 Seiten im Großformat - wird von den Autoren bewußt in zwei Teilen abgehandelt. Der erste Teil beschäftigt sich mit der Firmengeschichte von Siemens & Halske sowie der Standortentwicklung des Unternehmens, der zweite beinhaltet die Architekturgeschichte und Nutzungsentwicklung des Industriestandortes Siemensstadt.

Im ersten Teil werden die Herausbildung und Entwicklung von Siemensstadt von der Jahrhundertwende bis in die 60er Jahre dargestellt. Dabei stehen die Geschichte der Siemens & Halske AG sowie deren Standortentwicklung im Vordergrund. Folgende acht Abschnitte werden in diesem Teil behandelt: Voraussetzungen und Bedingungen für die Entstehung des Industriestandortes Siemensstadt; Entstehung der Siemensstadt; Soziale und kulturelle Entwicklung in der Frühphase; Die Siemensstadt als Zentrum der Firma; Soziale und kulturelle Weiterentwicklung der Siemensstadt; Standortverlagerungen und Strukturwandel am Beispiel der Siemens-Schuckert-Werke; Der Weg in die Diaspora; Ausblick.

Zweifelloso bildet der zweite Teil den Schwerpunkt der Gesamtpublikation. Während der Leser mitunter Mühe hat, dem konzeptionellen Anliegen des ersten Teils (einer Geschichte des Unternehmens unter besonderer Berücksichtigung des Standortes Siemensstadt) zu folgen, fällt ihm das Studium des zweiten Teils wesentlich leichter. Aus folgenden Standortbereichen wurden Bauten ausgewählt, beschrieben und analysiert: Bereich Spreegelände, Bereich Nonnendamm, Bereich Gartenfeld. Den Kern dabei bilden, wie auch von den Autoren in der Vorbemerkung hervorgehoben, die Industriebauten in Siemensstadt. Hier findet der Leser Angaben u. a. über das Kabelwerk Westend, das Wernerwerk I, den Wernerwerk-Hochbau, das Dynamowerk oder das Kabelwerk Gartenfeld. Den einzelnen Bauwerken wird jeweils eine Dokumentation vorangestellt. Es schließt sich ein kurzer Exkurs zur Planungs- und Baugeschichte an, dem schließlich Ausführungen zur Nutzungsgeschichte des ausgewählten Bauwerkes folgen. Der wissenschaftliche Apparat mit Anmerkungen, Quellen und Literatur ergänzt die einzelnen Beiträge und regt zugleich an, sich mit den Industriebauten weiter zu beschäftigen. Eine umfangreiche Auswahl von zum großen Teil bisher unveröffentlichten Fotos, Lageplänen und Bauzeichnungen zu den einzelnen Beispielen veranschaulicht deren Aufbau und Werdegang und rundet die Beiträge ab.

Aufgrund umfangreicher Recherchen und einer kritischen Wertung der Quellen gelang es den Autoren, einen beachtlichen Beitrag zur Geschichte des Unternehmens Siemens & Halske AG aus der Sicht der Entwicklung eines Industriestandortes zu leisten. Die bei der Geschichte der Produktivkräfte oft vernachlässigten Aspekte einer Veränderung der Arbeitsmittel werden hier zumindest partiell für einen wesentlichen Teil von Siemensstadt aufgearbeitet. Diesem Anliegen gerecht zu werden ist das besondere Verdienst der Autoren. Insofern ist die Publikation eben nicht nur für die Geschichte der Industriearchitektur relevant, sondern auch für den Wirtschafts- und Regionalhistoriker von Bedeutung.

Gerd Henniger

Siegbert Lammel, Zur Entstehung von Handelsrecht. Die Beteiligung des Handelsstandes an der Handelsgesetzgebung in der Freien Stadt Frankfurt am Main im 19. Jahrhundert = Studien zur Frankfurter Geschichte, 22, im Auftrag des Frankfurter Vereins für Geschichte und Landeskunde in Verbindung mit der Frankfurter Historischen Kommission, hg. v. Wolfgang Klötzer u. Dieter Rebenisch

Verlag Waldemar Kramer, Frankfurt (Main) 1987, 372 S.

Die Große Französische Revolution brachte auch für Deutschland den Anbruch einer neuen Ära. Behindert durch ein feudalstaatliches System und eine entsprechende Rechtsordnung begannen sich hier die kapitalistischen Produktionsverhältnisse Bahn zu brechen. Erst allmählich wurde das feudale Recht bis zum Ende des 19. Jh. zugunsten eines den wirtschaftlichen Erfordernissen eher entsprechenden bürgerlichen Rechts überwunden. Besonders in den ersten Jahrzehnten gestaltete sich dieser Prozeß kompliziert und widersprüchlich. Altes und Neues bestanden lange Zeit nebeneinander. Man tat sich schwer mit der rigorosen Abschaffung althergebrachter Normen bzw. mit der Schaffung neuer, praktikabler rechtlicher Regelungen. Erst die großen Kodifikationen, etwa beginnend mit der Allgemeinen Deutschen Wechselordnung von 1848, brachten vor dem Hintergrund der massiv einsetzenden Bestrebungen nach nationaler Einheit einen Durchbruch. Untersuchungen darüber, wie sich im einzelnen Elemente der bürgerlichen Rechtsordnung herausbildeten, gehören zu den lohnenswerten Aufgaben der neueren Rechtsgeschichte. Dies belegt nicht zuletzt die

von Siegbert Lammel vorgelegte Habilitationsschrift, welche die Bemühungen des Handelsstandes um die Schaffung eines zeitgemäßen Handelsrechts zum Gegenstand hat. Mit Frankfurt am Main wurde eines der bedeutendsten Handelszentren als Untersuchungsgebiet gewählt. Lammel geht es darum, die Interessen des Handelsstandes in bezug auf die Schaffung, Änderung und Aufhebung von Handelsrecht in der Mainmetropole aufzuzeigen und unter dem Gesichtspunkt einer modernen "Gesetzgebungslehre" zu werten (S. 9).

Den Gegenstand stellt der Verfasser in 6 Teilen dar. Zunächst werden die verfassungspolitischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen vorgestellt (1. Teil). Eine zentrale Rolle kam dabei den Verwaltungsorganen der Stadt (Gesetzgebende Versammlung, Senat, Ständige Bürgerrepräsentation) sowie der Handelskammer als Organ des Handelsstandes zu. Entsprechend seinem Anliegen analysiert der Verfasser die soziale Zusammensetzung dieser Gremien und kommt zu dem Schluß, daß die Handelskammer nur einige Kreise des Handelsstandes repräsentierte (ausgeschlossen waren z. B. jüdische Händler und verschiedene Handelsbranchen).

Wie die einzelnen Behörden und sozialen Gruppierungen auf Aktivitäten zur Schaffung einer Kodifikation des Handelsrechts und eines selbständigen Handelsgerichts reagierten, wird im umfangreichen 2. Teil dargestellt. In aller Ausführlichkeit werden die vergeblichen Versuche geschildert, die Wechsel- und Merkantilordnung von 1739 den neuen Verhältnissen anzupassen bzw. den französischen Code de commerce einzuführen. Unter maßgeblicher Beteiligung der Kaufleute und starker Anlehnung an das französische Handelsgesetzbuch wurden 1811 "Materialien" zu einem Handelsgesetzbuch der Stadt Frankfurt ausgearbeitet, die sämtliche regelungsbedürftige Materien beinhalteten. Diese Dokumente sowie der 1826 verfaßte Entwurf eines neuen Wechselrechts erreichten jedoch keine Rechtskraft. Der Verfasser weist nach, daß die führenden Bankhäuser kein besonderes Interesse an einer juristisch präzisen Formulierung der Handelsgewohnheiten und -freiheiten hatten. Im Jahre 1844 kam es lediglich zur Novellierung einiger Punkte des für eine Messestadt lebenswichtigen Wechselrechts. Ansonsten zogen es die Banken vor, "auf Grund ihrer Praxis und dem schwierig feststellbaren allgemeinen Handelsbrauch tätig zu werden" (S. 90). Überhaupt kam dem Gegensatz Handel - Juristenstand eine Schlüsselrolle bei der Behandlung der verschiedenen Gesetzgebungsprojekte zu (S. 60, 90 u. a.). Zu einer Kernfrage wurde die Forderung nach Errichtung eines Handelsgerichts, von welcher auch die Kodifikation von Teilen des materiellen Handelsrechts abhängig gemacht wurde. Daß es sich dabei um einen "Fehler" gehandelt habe (S. 114), ist anzuzweifeln, da auf bewährte Vorbilder in Hamburg, Leipzig und in den französischen Handelsstädten verwiesen werden konnte. Bis zum Verlust der verfassungsrechtlichen Selbständigkeit Frankfurts im Jahre 1866 beharrten die Vertreter des Handelsstandes auf dieser Forderung. Dennoch blieb es bei der Hinzuziehung von Handelsassessoren, wenn das Stadtgericht in Handelssachen tätig wurde. Dies ging wohl darauf zurück, daß die staatlichen Behörden Autoritätsverlust befürchteten. Die etwa ein halbes Jahrhundert währenden Bemühungen um die Schaffung einer Handelsrechtskodifikation mündeten schließlich in die Übernahme der von der Frankfurter Nationalversammlung 1848 angenommenen Allgemeinen Deutschen Wechselordnung und des vom Deutschen Bund erarbeiteten Allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuches von 1861. Die gesetzgeberischen Maßnahmen der Stadt (Einführungsgesetze) ordnet der Verfasser in den allgemeinen Trend zur Rechtsvereinheitlichung in Deutschland ein. Dabei ist interessant, daß nun die Interessen der Handelskammer weitestgehende Berücksichtigung fanden. Ausschlaggebend dafür war offenbar die gesamt-nationale Bewegung auf dem Gebiet der Rechtsentwicklung.

Im 3. Teil wird die Handels- und Wirtschaftsgesetzgebung für Teilbereiche untersucht: Börsenanschlüsse bzw. Handelsregister und Maklersyndikat.

Der 4. Teil zeigt die Alternative zur staatlichen Gesetzgebung auf. An die Stelle der staatlichen Rechtssetzung traten zunehmend Regeln der mit Satzungsautonomie ausgestatteten genehmigungspflichtigen Unternehmen. Dem Gesetzgeber Staat war

es nur noch vorbehalten, die Grundsätze des Handels allgemeverbindlich festzulegen und eine Kontrollfunktion wahrzunehmen.

Die Überwindung der ständischen Wirtschaftsordnung bzw. die Neuordnung eines bürgerlichen Gewerberechts wird im 5. Teil behandelt. Im 6. Teil verallgemeinert Lammel mit gründlicher Vorsicht seine am Beispiel Frankfurts gewonnenen Erkenntnisse. Damit leistet er einen wichtigen Beitrag zur Erforschung des Verhältnisses von Ökonomie und Recht sowie der in diesem Spannungsfeld agierenden Kräfte. Die Untersuchung macht ein weiteres Mal deutlich, daß jegliche schematische Betrachtungsweise des Zusammenhangs Ökonomie - Interessen - Recht nicht den historisch-konkreten Erscheinungsformen gerecht wird. Allerdings vermag man der Reduzierung der Rechtssetzung auf Interessenausgleich bei gleichzeitiger Negierung des Klassencharakters nicht zu folgen.

Die detaillierte Gliederung der auf umfassendem Quellenmaterial beruhenden Arbeit (kein Unterabschnitt mit Zwischenüberschrift umfaßt mehr als 6 Seiten) kommt vor allem dem an Einzelproblemen besonders interessierten Benutzer des Buches entgegen. Im Hinblick auf den rechtshistorischen Charakter der Arbeit fällt auf, daß das "Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte", Berlin (West) 1971 ff., nicht zitiert wird. Zumindest der von Hermann Kellenbenz verfaßte Artikel "Handelsrecht" hätte Erwähnung verdient.

Heiner Lück

Barbara Hahn, Der geförderte Wohnungsbau in Mannheim 1850 - 1985 = Südwestdeutsche Schriften, Bd. 3, hg. v. Institut für Landeskunde und Regionalforschung der Universität Mannheim

Mannheim 1986, 236 S., 27,- DM

Barbara Hahn untersucht in ihrer Mikrostudie die Entstehung und Entwicklung des gemeinnützigen Wohnungsbaus sowie dessen Auswirkungen auf die Bausubstanz und das Stadtbild Mannheims. Sie arbeitet dabei die sich verändernden rechtlichen Grundlagen des gemeinnützigen Wohnungsbaus und die damit verbundenen politischen Zielsetzungen von der Mitte des 19. Jh. bis in die 80er Jahre unseres Jahrhunderts in der BRD heraus. Im ersten Teil der Arbeit charakterisiert die Autorin den um 1862 im Zusammenhang mit der wachsenden Industrialisierung sprunghaft ansteigenden Wohnungsbedarf in Mannheim, auf den Spekulanten mit dem Bau von Mietskasernen, Fabrikanten mit dem Bau von Fabriksiedlungen reagierten. Sie macht dabei deutlich, daß weder der Mietskasernenbau noch der Fabriksiedlungsbau und auch nicht die ersten Wohnsiedlungen für Bahnangestellte bzw. Bedienstete des städtischen Schlachthofes das Wohnungselend spürbar minderten. Sie kann lediglich konstatieren, daß die Wohnsituation in den Mietskasernen unendlich schlechter war als in den Fabriksiedlungen und daß der Werksiedlungsbau keineswegs sozial motiviert war, sondern wesentlich dazu diente, die Wohnungsinhaber an die Fabriken zu binden. blieb der gemeinnützige Wohnungsbau vor dem ersten Weltkrieg sehr begrenzt, so wuchs er - wie im zweiten Teil des Buches dargelegt wird - in der Zwischenkriegszeit beträchtlich. Während bis zum Ende des ersten Weltkrieges die Rechtslage die Beeinflussung des Bauwesens durch die Stadt - es sei denn über Bauordnungen - kaum zuließ, wurde nach 1918 eine Rechtssituation geschaffen, die dem Reich, den Ländern und den Gemeinden wesentliche Eingriffe gestattete. Im Ergebnis dieser veränderten Rechtslage entstand eine Vielzahl gemeinnütziger Wohnungsbaugesellschaften, in denen die Gewerkschaften einen beachtlichen Einfluß ausübten. Sieht



die Autorin das Jahr 1918 als Geburtsjahr der staatlichen Wohnungspolitik, so bewertet sie die Zwischenkriegszeit als Phase der endgültigen Abkehr vom Mietskasernenbau des 19. Jh. Der gemeinnützige Wohnungsbau ermöglichte und beschleunigte nicht nur die Überwindung des im ersten Weltkrieg entstandenen Wohnungselends, sondern führte gleichzeitig zur Verbesserung der Wohnqualität und zur Verminderung des Abhängigkeitsverhältnisses zwischen Vermieter und Mieter auch bei den minderbemittelten Bevölkerungsgruppen. Die Baupolitik des Faschismus, die neben Monumentalbauten sog. Kleinsiedlungen den Vorzug gab, wertet Hahn insofern als eine Wende, als die Städtebauer und Architekten der 20er Jahre die Großstadt - ohne sie in Frage zu stellen - lediglich neu ordnen wollten. Dagegen wurden die in der Zeit des Faschismus entstehenden Kleinsiedlungen - getreu der faschistischen Ideologie - "als bewußter Gegenpol zur städtischen Form des Wohnens angelegt" (S. 96).

Im letzten Teil ihrer Untersuchung befaßt sich die Autorin mit der Wohnungspolitik in der BRD. Sie geht davon aus, daß seit 1949 grundsätzliche Übereinstimmung darüber bestanden habe, daß der Wohnungsmarkt zu "liberalisieren" sei und Eingriffe nur vorgenommen werden sollten, um für rasche Abhilfe in Krisenzeiten zu sorgen. Die Autorin unterscheidet in der Wohnraumpolitik der BRD drei Phasen. Als erste Phase nennt sie die Jahre zwischen 1945 und 1960, in denen es zur Einführung des sog. sozialen Wohnungsbaus kam, als es galt, schnell viele Wohnungen zu bauen, eine Aufgabe, die sie Ende der 50er Jahre erfüllt sieht. Die zweite Phase, die 60er und 70er Jahre, beschreibt sie als Jahre, in denen es zur Konsolidierung des Wohnungsmarktes kam, sog. zwangswirtschaftliche Rechtsvorschriften einer wachsenden "Liberalisierung" Platz zu machen begannen. Die Konsequenzen dieser "Liberalisierung" diskutiert Hahn in Verbindung mit den Begriffen "Neue Armut" und "Neue Wohnungsnot". Die dritte Phase, die 1980 einsetzte, ist durch eine große Zahl leerstehender Wohnungen, eine wachsende Zahl von Wohnungssuchenden und einen sich beschleunigenden Abbau der staatlichen Förderung des Wohnungsbaus charakterisiert. Die Autorin macht in ihrer Untersuchung die Positionen der verschiedenen politischen Kräfte in der BRD zu diesem Problembereich deutlich. Dabei drängt sich der Schluß auf, daß die gegenwärtig Regierenden letztlich danach streben, erneut eine Rechtssituation herzustellen, die der vor 1918 ähnelt. In diesem Gesamtrahmen beschreibt die Autorin wiederum die Entwicklung des Wohnungsbaus in Mannheim.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß es Hahn gelang, einen gerafften Überblick über die Entwicklung des gemeinnützigen Wohnungsbaus in Deutschland bzw. in der BRD seit Mitte des vorigen Jahrhunderts bis in die jüngste Vergangenheit zu geben und die sich auf diesem Boden vollziehenden Veränderungen in Mannheim darzustellen. Wenn auch das Interesse der Autorin vor allem dem Einfluß des gemeinnützigen Wohnungsbaus auf die Bausubstanz und das Erscheinungsbild Mannheims gilt, so ist die exakte Beschreibung der Siedlungen, der Wohnhäuser und ihrer Ausstattung usw. - und sie bildet den Hauptteil des Bandes - für den Wirtschaftshistoriker von Interesse. Er muß allerdings bei der Lektüre des Buches im Auge haben, daß der jeweils neueste Stand, z. B. der Wohnqualität, beschrieben wird, der naturgemäß nicht repräsentativ ist.

Karl Lärmer

Verlag Wolnzacher Anzeiger E. Kastner, München 1987,  
208 S., Abb., Tab.

Vorzustellen ist das erste Heft einer neuen Zeitschrift, in der vor allem die Ergebnisse der seit 1981 und in veränderter Gestalt dann seit 1985 vom Herausgeber veranstalteten halbjährlichen Tagungen zur bayerischen Sparkassengeschichte in Neuhoof a. d. Zenn publiziert werden sollen. Wie dem Vorwort sowie den drei Tagungsberichten zu entnehmen ist, wollen die hier vereinigten Historiker und Sparkassenbeamten die Geschichte der Sparkassen in ihrer Komplexität erforschen, was interdisziplinäre Zusammenarbeit von Vertretern der Wirtschafts-, Sozial- und Kulturgeschichte erfordert. Dabei soll eine Einordnung der Sparkassengeschichte in den Rahmen der Regional- und Heimatgeschichte sowie in die Bezüge zur nationalen und internationalen Geschichte erfolgen. Ebenso ergeben sich Bezüge zur biographischen Forschung und zur sog. Mentalitätsgeschichte. Dabei gehe es nicht allein um die Ausprägung des Geschichtsbildes, sondern für die heute bestehenden Sparkassen werde praktischer Nutzen sowohl in der Auswertung von "Erfahrungen aus der Bankgeschichte ... für zukünftige Lösungsansätze" (S. 11) als auch in der "Bildung einer 'Corporate Identity'" durch die Anlage von Chroniken (S. 23) gesehen und erwartet.

An diesen hochgesteckten Zielen können sich die Aufsätze des ersten Heftes durchaus messen: Karlwilhelm Stratmann untersucht unter der Überschrift "Erziehung zur Sparsamkeit in der vorindustriellen Gesellschaft" (S. 39 - 98) gewissermaßen den Nährboden vor allem im Bürgertum des 18. Jh., auf dem sich mit dem langsamen Eintritt Deutschlands in die industrielle Revolution und kapitalistische Industrialisierung der Spargedanke umzusetzen und zu institutionalisieren begann. Kai Detlef Sievers widmet sich "Sparkassen als Bestandteil sozialer Absicherung in Schleswig-Holstein vor der Bismarck'schen Sozialgesetzgebung" (S. 99 - 117). Sievers versucht die Tatsache, daß in jener deutschen Region Sparkassen besonders früh und in großer Zahl entstanden, mit einer hohen Sparmentalität bei den Unterschichten in Schleswig-Holstein zu erklären, ohne jedoch, nach eigenem Eingeständnis, den direkten Beweis für diese These antreten zu können (S. 108). Klaus Tenfelde ("Vereinswesen und bürgerliche Gesellschaft im 19. Jahrhundert am Beispiel des Sparwesens", S. 119 - 147) weist auf den in der finanzhistorischen Literatur in der Regel vernachlässigten Umstand hin, daß die Sparkassen bis über die Mitte des 19. Jh. hinaus eine wichtige soziale Funktion als Verein besaßen. Bedauerlich ist, daß die Tarnfunktion, die Sparvereine in der Zeit des Sozialistengesetzes für das Überleben der sozialdemokratischen Partei hatten, nicht erwähnt wird. Winfried Dotzauer schließlich beschäftigt sich in einem aus den Quellen gearbeiteten Aufsatz mit den "Triebkräften einer Sparkassengründung im gesellschaftlichen Umbruch der Napoleonischen Ära" am Beispiel der städtischen Sparkasse Koblenz (S. 149 - 173). Das Heft beschließt der Aufsatz von Reiner Brüggelstrat "Die Landesbanken und Sparkassen der Rheinprovinz und Westfalens in der Bankenkrise 1931" (S. 175 - 207), in dem auf dem Hintergrund einer allgemeinen Rückziehung der Einlagen über fast zwei Jahre hinweg während der Weltwirtschaftskrise eine Periode von Angstabhebungen im 2. Halbjahr 1931 herausgearbeitet wird.

Reinhold Zilch

Autoren und Verlag kann für die vorliegende Publikation nur Anerkennung gezollt werden. Mit der Kettenschiffahrt wird eine verkehrs- und technikgeschichtliche Entwicklung des 19. Jh. vorgestellt, die aus heutiger Sicht nicht einer gewissen Kuriosität wegen der Fortbewegungsart auf dem Wasser entbehrt, dennoch für einige deutsche Binnenwasserstraßen eine wesentliche Etappe bei der Herausbildung eines leistungsfähigen Transportsystems darstellte.

Ausgehend von den Anfängen, umfaßt das Buch die Entwicklung der Kettenschiffahrt auf der Elbe und Saale als dem Haupteinsatzgebiet und auf anderen deutschen Flüssen sowie eine technische Beschreibung der Dampfer und der Praxis des Kettenschiffahrtsbetriebes. Bei der verkehrs- und wirtschaftshistorischen Darstellung erfolgt nicht nur eine einfache Chronologie der Teilprozesse, sondern die Entwicklung der Kettenschiffahrt wird in ihren Ursachen und Wirkungen stets im Zusammenhang mit der Gesamtentwicklung gesehen. Die technische Darstellung gibt einen detaillierten Einblick in konstruktive Probleme und deren Lösung und zeigt die sich aus Tradition und technischem Fortschritt ergebenden Widersprüche einschließlich deren Bewältigung. Mit dem beigefügten Register wird in tabellarischer Form ein komprimierter Überblick über die wichtigsten technischen Kennziffern der Kettendampfer gegeben.

Den Autoren gelingt mit einem flüssigen Stil sowie beeindruckender Sach- und Fachkunde der Nachweis, daß mit der Einführung der Kettenschiffahrt die richtige Entscheidung für die Antriebsform getroffen worden war, sich aber im Prozeß der Etablierung und Festigung infolge eines Komplexes von Maßnahmen, u. a. Flußregulierungen, effektivere Dampfmaschinen, die neuen Antriebskräfte Seitenradschleppdampfer und Schraubendampfer durchzusetzen begannen. Wie immer, blieb auch hier das Bessere Feind des Guten!

Die Ausführungen werden durch eine Vielzahl von Illustrationen und Zeichnungen anschaulich unterstützt. Schade, daß die Qualität der Reproduktion der Fotos - darunter zahlreiche von Seltenheitswert - etwas zu wünschen übrig läßt. Das schmälert aber keinesfalls den überaus positiven Gesamteindruck und den ausgesprochenen Vorzug dieses Buches, wird doch zu dieser Problematik erstmals eine geschlossene Publikation vorgelegt, die zugleich auf einem umfangreichen und detaillierten Quellenstudium basiert, wie die durch Archivalien und Literatur belegten Aussagen nachdrücklich unterstreichen. Das Buch sollte nicht nur "Hobby"-Forschern - wie es die Autoren sind -, sondern auch "Profis" ein anspornendes und nachahmenswertes Beispiel historischer Forschung sein!

Hans-Joachim Rook

In dem Sammelband werden die z. T. stark erweiterten Referate und Diskussionsbeiträge der im Oktober 1985 in Berlin durchgeführten wissenschaftlichen Konferenz zum Thema "Die Hugenotten in Brandenburg-Preußen. Ihre Rolle in Wirtschaft und Kultur" veröffentlicht, die die Historiker-Gesellschaft der DDR und das Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR veranstalteten. Die Aufsätze von Frédéric Hartweg (Paris) "Hugenotten(tum) und Preußen(tum)", Rudolf von Thadden (Göttingen) "Die Hugenotten - eine innovatorische Schubkraft in der Geschichte Brandenburg-Preußens?" und Günter Mühlpfordt "Hugenottische und deutsche Aufklärung. Von der Gesinnungs- zur Kulturgemeinschaft" entstanden erst zum Zweck der Publikation.

Ausgehend von einer Darstellung der Vorgeschichte und Bedeutung des Potsdamer Edikts (Meta Kohnke), das für Hermann Klenner ("Toleranzideen im siebzehnten Jahrhundert") ein Moment in der intellektuellen Emanzipationsbewegung Europas markiert (S. 172), knüpfen die Beiträge des Bandes an die bereits von Marx und Engels skizzierten Hauptlinien der Entwicklung der Hugenotten in Deutschland an. Walter Schmidt charakterisiert sie in seinem Geleitwort: einmal als "Beitrag der Hugenotten zur Förderung neuer Gewerbebezüge und zur Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise", zum anderen als "Fähigkeit und Bereitschaft der 'französischen Kolonie', sich ins Exilland voll zu integrieren" (S. 7). Im Zentrum aller Aufsätze steht die Frage, ob und in welchen Bereichen die Réfugiés zur Durchsetzung des gesellschaftlichen Fortschritts in Brandenburg-Preußen beigetragen haben. Ihr Anteil an der wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung des Hohenzollerstaates bleibt dabei strittig. Es wird zwar einhellig betont, daß die Réfugiés der städtischen Wirtschaft des Aufnahmelandes fehlende oder weniger entwickelte Kenntnisse und Fertigkeiten aus der wirtschaftlich weiterentwickelten Heimat mitbrachten und durch neue Formen der Arbeitsteilung die Gewerbeordnungen auflockerten. Hinsichtlich ihrer Bedeutung für den wirtschaftlichen Fortschritt und die Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise in Brandenburg-Preußen werden aber unterschiedliche Ansichten deutlich.

Hartweg spricht der hugenottischen Wirtschaftstätigkeit zukunftssträchtige Innovationen für die preußische Wirtschaft ab, da ihr, von der absolutistischen Staatsgewalt gegängelt, nur wenig Spielraum für eigene Initiativen geblieben sei (S. 335). Für von Thadden ging in der Wirtschaft der Angleichungs- und Integrationsprozeß mit der Folge einher, daß der Vorsprung an Kenntnissen und Fertigkeiten eingebettet und von der allgemeinen Entwicklung eingeholt worden sei. Außerdem hätten auch die den Réfugiés zugeschriebenen innovatorischen Aktivitäten allmählich nachgelassen, weil kein Zwang zur Profilierung gegenüber den deutschen Mitbürgern mehr empfunden wurde (S. 105).

Ingrid Mittenzwei ("Die Hugenotten in der gewerblichen Wirtschaft Brandenburg-Preußens") bewertet den Anteil der Hugenotten an der wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung des hohenzollerischen Staates höher. Sie spricht von einer Initialzündung für das Entstehen manufakturkapitalistischer Verhältnisse und nennt als Ursache u. a. die Situation, die die Réfugiés in diesem Staat vorfanden. Schon aus dessen Rückständigkeit hätten sich für sie größere Wirkungsmöglichkeiten als in solchen Aufnahmelandern wie England, den Niederlanden und der Schweiz ergeben. Von den Einwanderern sei für die Entstehung neuer Produktionsverhältnisse ein Entwicklungsschub ausgegangen, weil sie den Einheimischen nicht nur technisch überlegen waren, sondern auch fortgeschrittenere Produktionsformen kannten (S. 364).

Nur vereinzelt wird die Frage nach der Rolle der Hugenotten im politischen Leben Brandenburg-Preußens, nach deren Haltung zum Landesherrn und dessen Politik aufgeworfen. Der Bedeutung und dem Einfluß "Französische(r) Prinzenerzieher am preußischen Hof (1694 - 1814)" geht Pierre-Paul Sagave (Paris) nach. Hartweg stellt den engen Zusammenhang zwischen Preußen(tum) und Hugenotten(tum) dar und zieht daraus den Schluß, daß die Réfugiés die "treuen ausführenden Organe der Politik der Hohenzollern (wurden), als deren unmittelbare Untertanen sie sich empfanden" (S. 332). Auch andere Beiträge des Bandes schildern diese Affinität der Hugenotten zu den Hohenzollern. Mühlpfordt differenziert aber das zu pauschale Urteil Hartwegs. Anknüpfend an die "Deutsche Union" Karl Friedrich Bahrds und deren Programm fragt er nach radikalen hugenottischen Aufklärern und der Stellung der Einwanderer zur Französischen Revolution. Er kommt zu dem Ergebnis, daß sich die meisten hugenottischen Aufklärer ähnlich wie die große Mehrheit der deutschen oft nur anfangs für die Revolution begeisterten, es aber nicht wagten, sich ausdrücklich zu ihr zu bekennen (S. 220). Radikale hugenottische Aufklärer, die die Brandmarkung eines unaufgeklärten Absolutismus zur Anprangerung jedes Absolutismus und zur Kampfansage gegen gesellschaftliche Ungleichheit verschärfen (S. 218), waren ebenso selten wie deutsche. Nur diese differenzierende Sicht Mühlpfordts kann zu einem verfeinerten Bild über die politische Haltung der hugenottischen Einwanderer in und zu ihrem Aufnahmeland führen.

Der Sammelband stellt einringlich die Integration der Hugenotten in das gesellschaftliche System Brandenburg-Preußens dar und zeigt gleichzeitig die Schwierigkeiten, mit denen sich die Einwanderer hier auseinanderzusetzen hatten. Die zumeist konservative politische Haltung der Réfugiés, ihre Bedeutung für die Wirtschaft, ihre Rolle in der Wissenschaftsentwicklung (Conrad Grau "Über den Beitrag der Hugenotten zur Wissenschaftsentwicklung in Brandenburg-Preußen am Ende des 17. und im 18. jh.") sowie ihre demographische Verschmelzung mit der einheimischen Bevölkerung (Jürgen Wilke "Zur Sozialstruktur und demographischen Analyse der Hugenotten in Brandenburg-Preußen, insbesondere der in Berlin", mit einem umfassenden tabellarischen Anhang) beschleunigten den Angleichungsprozeß. Von Thadden arbeitet heraus, daß der Integrationsprozeß der Hugenotten unterschiedlich verlief. Wirtschaftlich wurden sie zumeist rasch in den örtlichen Produktionsprozeß eingegliedert. Ihre kulturellen Eigenheiten konnten sie eher bewahren, und am längsten überdauert ihre kirchliche Selbständigkeit, weil sie sich aufgrund der Kirchenpolitik des Staates konfessionell kaum anzugleichen brauchten. Die soziale Eingliederung der Réfugiés war komplizierter, da die vom Landesherrn erhaltenen Privilegien ihnen eine Sonderstellung einräumten.

Insgesamt zeichnet der vorliegende Band ein detailliertes Bild von der Entwicklung der hugenottischen Einwanderer in Brandenburg-Preußen und ihrer Bedeutung für die Durchsetzung des gesellschaftlichen Fortschritts in diesem deutschen Territorialstaat, auch wenn er manche Fragen offenläßt. Mittenzwei stellt in den Schlußbemerkungen fest, daß die Alltagsgeschichte der Hugenotten, ihre Entwicklung in den Kolonien und Kirchengemeinden, ihre Rolle in der Landwirtschaft, ihr Armen-, Schul- und Militärwesen (S. 362), wenn überhaupt, nur vereinzelt gestreift werden und ebenso wie die Frage nach dem Einfluß der intellektuellen Elite der Hugenotten auf das politische Leben des Hohenzollernstaates sowie das Denken und Handeln der Masse der "einfachen" Réfugiés noch gründlicher Forschungen bedürfen (S.362 f.).

Ilonka Egert

Das Bergische Land, die Gegenden um Krefeld und Aachen sowie die nördliche Eifel waren im 18. Jh. wirtschaftlich weit entwickelt. Köln stand im Schatten dieser blühenden Industrie. Dietrich Ebeling untersucht die "beruflich-soziale" Gliederung Kölns und stützt sich dabei auf das Adreßbuch von 1797 und die von der französischen Verwaltung 1799 angeordnete Bevölkerungserhebung. Dabei erhebt er den Beruf "zur zentralen Kategorie" und weist über ihn "weitestgehend die Einkommens- und Lebenschancen" zu. Selbständige Handwerksmeister wie auch Lohnarbeiter rechnet er zur Schicht der "Handarbeiter", wobei nicht ihre unterschiedlichen Eigentumsverhältnisse, sondern ihr "Ausbildungsdrang" und ihre "Stellung im hierarchischen Betriebssystem" als entscheidende Kriterien angeführt werden (S. 9). Auf der Grundlage der sozialen Stratifikation zählt Ebeling Großkaufleute, Rentiers, Akademiker, Geistliche, Handwerker aus einigen wenigen florierenden Branchen, Verleger und Manufakturunternehmer zur Oberschicht. Der größte Teil der Zunfthandwerker, Selbständige im Dienstleistungsgewerbe und Beamte werden zur Mittelschicht und Lohnarbeiter, darunter auch Frauen, die im Lohnverhältnis standen, der größte Teil der Textilhandwerker, Soldaten sowie Arme zur Unterschicht gerechnet.

Die Wolltuchherstellung, der bedeutendste Erwerbszweig von Köln im späten Mittelalter, war durch die Konkurrenz des niederländischen und englischen Wollgewerbes vom europäischen Markt verdrängt worden. Aber auch die Textilmanufakturen um Aachen trugen zum Niedergang des zünftigen Tuchmacherhandwerks bei. Die Mehrzahl der Webermeister wurde Lohnarbeiter. Sie arbeiteten allerdings für Zunftgenossen; denn nach der Kölner Ordnung des Wollenamts durften keine Kaufleute Webermeister verlegen. Dieser Typus des Weber-Verlegers war schon seit dem 14. Jh. ausgebildet. Er verschwand mit Aufhebung der Zunftschränken 1798. Der Autor schätzt ein, daß die Furcht vor technischen Innovationen im Textilgewerbe größer war als die vor einer Verdrängung durch den Großbetrieb. Den Beweis liefert er mit den Auseinandersetzungen um die leistungsfähigeren Zwirnmühlen und Bandstühle sowie um die Einführung einer neuen Färbetechnik im Seidengewerbe. Aus der Vielzahl der Berufe werden außerdem die Gerber, das Nahrungsgewerbe, die Schneider und das Baugewerbe einer genaueren Betrachtung unterzogen. Im Nahrungsgewerbe und in der Gerberei konnte bis zum Ende des 18. Jh. das zünftige Handwerk relativ unabhängig bleiben.

Im Gegensatz zum Handwerk blieb der Handel in Köln auch unter dem negativen Einfluß der Niederländer ein stabiler Wirtschaftssektor. Durch die günstige Verkehrslage am Rhein hatte sich die Stadt zu einem bedeutenden Stapelplatz entwickelt, der vielen Spediteuren, Bediensteten und städtischen Trägern Arbeit verschaffte. Dagegen konnten sich infolge des Zunftzwangs Verlag und Manufaktur nur außerhalb der Zunftbereiche entfalten. Ebeling konstatiert, daß die konzessionierten Schiffer dem zünftigen Handwerker nähergestanden hätten als den Kaufleuten und Manufakturunternehmern. Relativ mehr Sicherheit bot ein Amt in städtischen Diensten. Ein Wechsel vom Handwerker zum Radtreter, Wagenpacker oder Sackträger wurde durch die höheren Verdienstmöglichkeiten als sozialer Aufstieg empfunden. Allerdings konnten an einen solchen Posten Verpflichtungen geknüpft sein, wie die Versorgung des aus Altersgründen ausgeschiedenen bisherigen Beamten.

Nach den Handwerkern bildeten die Gesellen und andere Lohnarbeiter die zweitgrößte Gruppe in Köln. Etwa ein Drittel der Gesellen war am Ende des 18. Jh. nicht mehr in den Haushalt des Meisters integriert. Vor allem im Bauhandwerk war der selbständige Haushalt die Regel.

Für die Darstellung der sozialen Lage der Bevölkerung von Köln stützt sich Ebeling auf die Einkommens- und Vermögensverhältnisse, die in der Zeit der französischen Verwaltung registriert wurden und greift auf bereits publizierte Quellen des ausgehenden 17. Jh. zurück. Durch diesen Vergleich wird eine erhebliche Verschlechterung der sozialen Lage im Handwerk und besonders im Textilhandwerk deutlich. Handwerker mit geringen Mobilien besaßen in der Regel auch kaum Immobilienbesitz, wie das bei Schustern, Schneidern und anderen Textilhandwerkern belegt wird. Dagegen konnten Rentiers, Kaufleute, einige Handwerker und Akademiker sowie Geistliche als Besitzer mehrerer Häuser eine zusätzliche Einnahme erzielen. Der durchschnittliche Wert der Häuser der Rentiers, Kaufleute, Akademiker und Geistlichen lag um ein Mehrfaches höher als der der anderen sozialen Gruppen. Dabei war die Zahl der Personen und Haushalte pro Haus nur wenig differenziert.

Es fällt auf, daß die wirtschaftlich schwächeren Hausbesitzer mit einer oder mehreren Familien ein Haus bewohnten.

Das Zahlenmaterial zeigt den Zusammenhang von Einkommenshöhe, Hausgröße und Anzahl der Diensthofen. Die familienfremden Personen im Haushalt verteilten sich vor allem auf die sozialen Gruppen der "Oberschicht". Das arithmetische Mittel der Kinderzahl schwankt innerhalb der sozialen Gruppen zwischen 0,9 und 2,4 Kinder. In den durchschnittlich armen Gruppen war die Zahl der Kinder geringer als bei den Kaufleuten, Akademikern, Handwerkern, Beamten und Lohnarbeitern. Dennoch schließt Ebeling, daß die Kinderzahl "nur schwach von der wirtschaftlichen Situation der Haushalte" abhänge (S. 132).

Im letzten Kapitel werden Preise, Löhne und Lebenshaltungskosten untersucht. Die Marktpreise für Brotgetreide in den Krisenjahren 1740, 1770/71 werden den monatlichen Umsätzen gegenübergestellt. Um die gestiegenen Brotpreise wieder zu senken, gab der Rat der Stadt zu Beginn der 70er Jahre verbilligtes Getreide an die Bäcker ab. Ebeling sieht darin die Ursache, daß es in Köln zu keinen Hungerunruhen kam.

Am Beispiel des Bauhandwerks werden Lohnstruktur und Lebenshaltungskosten veranschaulicht. Während im ersten Drittel des 18. Jh. ein Bauhandwerker für Brotgetreide 28 % seines Lohnes ausgab, waren es im Laufe des 18. Jh. 44 %. Mit der Feststellung, daß knapp die Hälfte der Bevölkerung eine "sehr schlechte" soziale Lage besaß, kommt der Verfasser den Urteilen zeitgenössischer Beobachter nahe, die die Massenarmut und wirtschaftlichen Zustände in Köln anprangerten.

Im Anhang befinden sich Tabellen zu Häufigkeitsverteilungen der Berufe für Ende des 17. und Ende des 18. Jh. sowie zu Steuererhebungen. Ein jeweiliger Index zu Orts- und Personennamen, zu den Gewerben und Berufen erhöht den Wert der Studie.

Helga Raschke

Janken Myrdal, Medeltidens Åkerbruk. Agrarteknik i Sverige ca. 1000 till 1520 = Nordiska museets handlingar 105

Stockholm 1985, 294 S., 197,60 skr

In dem mit Abbildungen gut ausgestatteten Buch gibt Janken Myrdal einen Überblick über die Entwicklung des Ackerbaus in Schweden von etwa 1000 bis 1520. Besonders fruchtbar und methodisch weiterführend ist der Versuch, die zwischen technischer Entwicklung und gesellschaftlichem Strukturwandel bestehenden Zusammen-

hänge und Wechselwirkungen aufzuzeigen. Im ersten Teil seiner Ausführungen analysiert Myrdal die mit umfangreichen Rodungen und der Ausbildung der Zweifelderwirtschaft verbundenen technischen Innovationen bei der Feldbestellung, den Erntearbeiten, dem Transportwesen und der Getreideverarbeitung von etwa 1000 bis 1300. Gestützt auf die gründliche Auswertung von Schriftzeugnissen und Bildquellen, kann er für diesen Zeitraum nachweisen, daß in Schweden zur Bestellung der Felder der Pflug mit eiserner Schar, Hacke und Schaufel sowie die Egge benutzt wurden. Wichtigste Erntegeräte waren die Hakensichel und der Rechen (die Harke). Die Zugkraft der Tiere konnte durch Einführung des Kummets intensiver genutzt werden. Die Hufe der Pferde wurden mit Eisen beschlagen. Nach der Ernte wurde das Getreide mit dem Dreschflügel gedroschen und in Wassermühlen (seit 1200), später, seit Ende des 13. Jh., in Windmühlen verarbeitet. Im Vergleich zu den vorher in der bäuerlichen Wirtschaft benutzten Handmühlen wurden so Arbeitskräfte eingespart - das Getreide konnte nun schneller, leichter und besser gemahlen werden.

Im Verlauf des 14. Jh. stagnierte die Entwicklung im Agrarbereich (Agrarkrise). Der Umfang der Ackerfläche ging zurück, Wüstungen entstanden, und verschiedentlich wurden Wiesen und Weiden angelegt, um Viehzucht treiben zu können, die im Vergleich zum Anbau von Getreide höheren Gewinn brachte. Erst im 15. und 16. Jh. erholte sich die Landwirtschaft wieder - die Äcker vergrößerten sich, und die Bevölkerungszahl nahm zu. In dieser Zeit gewannen neben einer weiteren Verbreitung des Pfluges die Egge mit eisernen Zähnen und die Ackerwalze besondere Bedeutung. Gegenüber der Hakensichel setzte sich die Bogensichel mit gezählter Schneide durch, die bei der Roggenernte benutzt wurde. Im 15. und 16. Jh. wurde in wachsendem Maße die Sense mit langem Baum bei der Getreideernte eingesetzt.

Insgesamt gesehen ergibt sich, daß Schweden im späten Mittelalter hinsichtlich des im Ackerbau erreichten technischen Niveaus und der erzielten Ernteerträge etwa auf gleicher Höhe stand wie Westeuropa.

Abschließend weist Myrdal zutreffend darauf hin, daß der aufgezeigte technische Wandel mit Veränderungen im sozialen Bereich eng verbunden war. Die meisten Innovationen im Agrarbereich wurden überhaupt erst möglich, weil die ländliche Bevölkerung infolge einer verbesserten wirtschaftlichen und rechtlichen Stellung an einer Weiterentwicklung der Produktionsinstrumente interessiert war. Besonders positiv wirkte sich aus, daß die persönliche Unfreiheit (Leibeigenschaft) immer mehr zurücktrat, die Bauern bei fixierten feudalen Leistungen über Grund und Boden besitzrechtlich verfügten und in der Dorfgemeinde vereint die Bewirtschaftung der Felder genossenschaftlich regelten und betrieben. So konnten der Ackerbau in extensiver Hinsicht (Rodung, Landesausbau, Vergrößerung der Ackerflächen) und in intensiver Beziehung (verbesserte Geräte und Werkzeuge, Düngung, Besömmern der Brache) weiter entwickelt und höhere Ernteerträge erzielt werden.

Das durchweg auf neuesten Erkenntnissen basierende Buch repräsentiert in eindrucksvoller Weise Niveau und Kapazität der schwedischen Agrargeschichtsforschung. Ihre Ergebnisse müssen bei einer Darstellung der Geschichte der mittelalterlichen Landwirtschaft in Europa ausgewertet und in komparativer Sicht fruchtbar gemacht werden.

Siegfried Epperlein



Selbstverlag des Stadtarchivs Kleve, Kleve 1986, 288 S.

Die Stadt Kleve kann 1992 auf eine 750jährige Geschichte zurückblicken. Anlässlich dieses Jubiläums soll eine Geschichte der Stadt im Mittelalter vorgelegt werden.

Um die Quellenbasis für dieses Projekt zu verbessern, ist die Edition einer Reihe von Quellen vorgesehen, die für die Geschichte der Stadt von Bedeutung sind. Das von Wolf-Rüdiger Schleidgen publizierte Kopiar der Grafen von Kleve eröffnet diese Editionsreihe.

Das Kopiar, das sich heute im Nordrhein-Westfälischen Hauptstaatsarchiv in Düsseldorf befindet, wurde 1336/37 auf Anweisung des Grafen Dietrich IX. von Kleve angefertigt. In ihm wurden die für die Festigung und den Ausbau der gräflichen Herrschaft wichtigen Urkunden aus den Jahren von 1164 bis 1334 zusammengestellt.

Der überlieferte Bestand ist leider unvollständig. Neben dem Inhaltsverzeichnis sind heute nur noch 87 der ursprünglich 110 Blätter erhalten. Der Inhalt der verlorengegangenen Blätter kann nur noch mit Hilfe der knappen Ausführungen des Inhaltsverzeichnisses rekonstruiert werden.

Mit der Edition des 232 Urkunden umfassenden Kopiar liegt diese für die mittelalterliche Geschichte der Grafschaft Kleve wesentliche Quelle erstmals geschlossen vor. Bisher waren nur 94 Urkunden in verschiedenen historischen Zeitschriften oder Quellensammlungen veröffentlicht worden.

Der Herausgeber veröffentlichte das Kopiar in der Form, in der es uns heute vorliegt. Er folgte der spezifischen Anordnung und übernahm auch die in der Handschrift enthaltenen Glossen, Zusätze und Verschreibungen.

Um die Nutzung des Kopiar zu erleichtern, wurde den eigentlichen Urkundentexten eine Regestenleiste vorangestellt. Mit Hilfe dieser chronologisch geordneten Kurzregesten ist eine erste Orientierung über den Inhalt der Urkunde möglich. Der Leser erfährt hier auch, ob diese Quelle bereits einmal an anderer Stelle veröffentlicht wurde.

Neben den für die unmittelbare Territorialherrschaft bedeutungsvollen Urkunden enthält das Kopiar auch solche, die für andere Sachgebiete interessant sind. Eine Reihe von Urkunden gibt Auskunft über die wirtschaftliche und rechtliche Lage der bäuerlichen Bevölkerung in der Grafschaft. Andere sind für die Geschichte verschiedener klevischer Städte wichtig. In diesem Zusammenhang finden sich auch Aussagen zur Finanz- und Handelsgeschichte.

Der Umgang mit dem Kopiar wird durch das Namens- und Sachregister wesentlich erleichtert.

Es bleibt zu hoffen, daß die angekündigten Editionen weiterer wichtiger Quellen zur Geschichte Kleves mit der gleichen Sorgfalt wie die vorliegende bearbeitet werden und den an der niederrheinischen Geschichte interessierten Mediävisten bald zur Verfügung stehen.

Wolfgang Kagel

Böhlau Verlag, Köln/Wien 1987, 391 S., 112 Abb.,  
2 Taf., 98,- DM

Nach den mit dem Wiederaufbau der kriegszerstörten Städte verbundenen ersten Grabungen haben die notwendigen Sanierungsarbeiten an der überlieferten Bausubstanz in ganz Europa zu einem bedeutenden Aufschwung auch der archäologischen Forschungen geführt. Die Komplexität der Quellen und die sich daraus ergebenden Fragestellungen erforderten und förderten die Entwicklung eines eigenen Zweiges der Archäologie, die sog. Stadtkernforschung. Unter z. T. schwierigsten Bedingungen ist sie bemüht, neue Quellen zu den Anfängen der Städte, ihrer frühen Entwicklung, ihrer wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen sowie des täglichen Lebens ihrer Bewohner zu rekonstruieren. Auf diese Weise konnten für eine Vielzahl von Städten bedeutende neue Erkenntnisse über ihre Frühgeschichte gewonnen werden, wurden über punktuelle Ergebnisse hinaus erste verallgemeinernde Aussagen möglich.

Dem vorliegenden Band liegen überarbeitete Referate eines Kolloquiums, das 1983 im Institut für vergleichende Städtegeschichte in Münster zum Thema "Stadtkernforschung" stattgefunden hat, sowie einige ergänzende Beiträge zugrunde. Wie der Herausgeber in der Einführung betont, ist es das Anliegen der Publikation, "durch Fallbeispiele, durch regionale Studien oder Forschungsberichte aufzuzeigen, was die Stadtkernforschung an Erkenntnissen über das Werden der Städte und zum Verständnis heutiger Strukturen und Probleme, wie z. B. die Erhaltung wertvoller Bausubstanz bei der Innenstadtsanierung, beitragen kann" (S. VIII). Nicht eine Synthese bisheriger Ergebnisse zur Frühgeschichte der mittelalterlichen europäischen Stadt steht damit im Zentrum der Aufmerksamkeit, sondern der Beitrag, den die interdisziplinär betriebene Stadtkernforschung dazu zu leisten vermag. Folglich sind es nicht Aussagen zur Stadtgenese und zu ihren unterschiedlichen Voraussetzungen, die den Leser erwarten, obwohl die Arbeiten in ihrer Gesamtheit dazu ein reiches Material liefern, sondern Beiträge von Archäologen und Mediävisten zu den Methoden, Anforderungen und Möglichkeiten der stadtgeschichtlichen Forschung. Diesem Ziel entspricht die Gliederung, die die Beiträge nach ihrer Aussage zu "I. Forschungsrichtungen und Terminologie" und nach ihrer regionalen Herkunft in "II. Stadtkernforschung im deutsch-österreichischen Raum und Siebenbürgen" und "III. Stadtkernforschung im westlichen und nördlichen Europa" zusammenfaßt.

Als Archäologe eröffnet Walter Jansen (Die mittelalterliche Stadt als Problem der Archäologie) die Ausführungen mit dem Versuch einer kurzen Forschungsgeschichte sowie knappen Bemerkungen zu Möglichkeiten und Grenzen der Stadtarchäologie. Daß dieser Terminus dem Gegenstand angemessener sei als der geläufigere, in der Praxis aber unscharfe und Mißverständnisse begünstigende Begriff der Stadtkernforschung, versucht Dietrich Denecke (Stadtkern und Stadtkernforschung) in einem Beitrag zu Terminologie und Fragestellung darzulegen. Tatsächlich ist der Begriff "Kern" im Hinblick auf die Genese der Stadt unter verschiedener Fragestellung (morphogenetisch, funktional, historisch) über den heute üblichen Gebrauch im Sinne der ummauerten mittelalterlichen Stadt hinaus durchaus vieldeutig. Deutlich wird diese Problematik in einer Reihe der nachfolgenden Beiträge. So untersucht Karlheinz Blaschke (Kirchenorganisation und Kirchenpatrozinien als Hilfsmittel der Stadtkernforschung) am Beispiel ausgewählter sächsischer Städte die sich aus den funktionalen Beziehungen zwischen Kirchenorganisation und -patrozinien einerseits und Stadtgründung und -entwicklung andererseits ableitenden topographischen Konsequenzen. Auch der Artikel von Winfried Schich (Die Herausbildung der mittelalterlichen Stadt in der Mark Brandenburg. Der Wandel der Topographie, Wirtschaft und Verfassung im 12./13. Jahrhundert) reflektiert die Stadtentwicklung im topographischen Nebeneinander einzelner Genesestufen von der slawischen Frühstadt zur ausgebildeten hochmittelalterlichen Stadt. In welchem Umfang die Entwicklung einer Stadt durch ihr

Umland und die sich dort vollziehenden Prozesse geprägt sein kann, d. h., wie eng Stadtarchäologie mit der des Umlandes verzahnt sein muß, um innerstädtische Entwicklungen verstehen und historisch richtig einordnen zu können, demonstriert Heiko Steuer (Stadtarchäologie in Köln) eindrucksvoll am Beispiel der Erforschung der Geschichte der Stadt Köln im 1. jt. u. Z. Einen knappen zusammenfassenden Überblick über die beachtlichen Ergebnisse der archäologisch-historischen Erforschung Paderborns und seiner Entwicklung vom sächsischen Dorf über Pfalz und Bischofssitz bis zur mittelalterlichen Stadt gibt Manfred Balzer (Siedlungsgeschichte und topographische Entwicklung Paderborns im Früh- und Hochmittelalter), dessen Ausführungen durch Uwe Lobbedey (Anmerkungen zur archäologischen Stadtkernforschung in Paderborn) ergänzt werden.

Im Sinne von Fallbeispielen legen Werner Gauer (Archäologisch-topographische Stadtkernforschung am Beispiel Regensburg) und Wilhelm Rausch (Lauriacum - Enns, Lentia - Linz) Ergebnisse vorwiegend der archäologischen Stadtforschung vor. Obwohl hier wie in Köln die antiken Vorgängersiedlungen im wesentlichen nur in ihren Ruinen weiter bestanden, unterliegt ihr Anteil am Prozeß mittelalterlicher Stadtwerdung durchaus unterschiedlicher Wertung. So spricht Steuer im Hinblick auf die nachfolgende Zeit von der im 5. Jh. aufgegebenen antiken städtischen Großsiedlung Köln als von einem "leeren Gehäuse" (S. 76), für Gauer bewahrten die antiken Mauern Regensburgs dem Platz vor allem eine gewisse räumliche Zentralität. Gegenüber der karolingisch-ottonischen Entwicklung möchte Gauer den vorhergehenden Ansätzen doch den Charakter einer "latenten Stadt" (S. 174) zusprechen. Von einer "intermittierenden Siedlungskontinuität" (S. 197) spricht Kurt Horedt (Zur Entstehung mittelalterlicher Städte im Karpatenbogen) im Hinblick auf das topographische Anknüpfen der mittelalterlichen Städte Karlsburg (Alba Iulia) und Klausenburg (Cluj-Napoca) in Siebenbürgen an ihre provinzialrömischen Vorläufer. Wie unterschiedlich dazu und zugleich wiederum regional differenziert sich dieses Verhältnis von antiker zu mittelalterlicher Stadt westlich des Rheins darstellt, untersucht Reinhold Kaiser (Civitas und Bischofssitz im westfränkisch-französischen Reich).

Adriaan Verhulst (Probleme der Stadtkernforschung in einigen flämischen Städten des Früh- und Hochmittelalters) stellt die Entwicklung von Gent, Antwerpen und Brügge dar. Für ihn ist die flämische Stadt eine Neuschöpfung des Mittelalters, die in einer ersten Phase durch den Fernhandel und einen Anlegeplatz geprägt ist und in einer zweiten Phase durch den Dualismus von Burg und neuer Händlersiedlung gekennzeichnet wird. Beide Phasen sind topographisch in der Lage verschiedener Siedlungskerne innerhalb der späteren Städte faßbar. Überblicke über die Geschichte der archäologischen Stadtforschung und ihre wesentlichsten Ergebnisse legen schließlich Herbert Sarfatij für die Niederlande (Stadtkernforschung in den Niederlanden - eine Bilanz), John Bradley für Irland (Recent Archaeological Research on the Irish Town) und Göran Dahlbäck für Schweden (Stadtkernforschung in Schweden) vor. Der Gegenstand legt es nahe, daß alle Beiträge mit einem aussagekräftigen Kartenmaterial und einem ausführlichen Apparat unteretzt sind. Ein Index der Orts- und Personennamen ermöglicht eine rasche Orientierung auch im Einzelfall.

Heinrich Heine, Schule  
Politische Ökonomie des Sozialismus  
und moderne Produktivkräfte, in:  
Die Welt, Ökon., Serie 2 1988  
S. 7 - 38.

The Rise and Decline of Economic  
Theory in Britain, Oxford 1987.  
- in: Jb. Wirtschaftsgesch. Berlin, 1988  
S. 161 - 183.

Hansjürgen Brachmann

Herrl, Über die Grundfrage der  
von Karl Marx im dritten Band des  
"Kapital" Grundzüge d. Analyse d.  
Reicht im gegenw. Vgl. Kapitalismus, 2

Lehmann, Hermann: Von Größe und  
Lebigen bürgerlicher Ökonomie im  
19. Jh., in: "Moderne Kapital-  
ismus", Marxistische zur Kritik u. Be-  
zeption d. Brg. von Bernard von  
- in: Jb. München, 1987, - Stuttgart:  
Werner: Der moderne Kapitalismus  
in: Wirtschaftsgeschichte, 1987, d.

BIBLIOGRAPHIE

Bibliographie wirtschaftsgeschichtlicher Literatur der DDR

36. Lieferung

von Dieter Müller

Theorie und Methodik

5948.

Bredereck, Gabriele: Die Haltung der britischen Gewerkschaften zur Diskriminierung farbiger Arbeiter in den 70er und zu Beginn der 80er Jahre. - In: Migration, Ausländerbeschäftigung und Gewerkschaften: - Materialien d. 9. Rostocker Migrations-Kolloquiums. - Rostock: Wilhelm-Pieck-Univ., Sekt. Gesch., 1988. - S. 58 - 61. - (Fremdarbeiterpolitik des Imperialismus ; 20).

5949.

Gabler, Rolf; Krumrey, Rainer: Die Entwicklung der bürgerlichen Handelslehre unter dem Einfluß des Kameralismus in Deutschland. In: Wirtschaftswissenschaft, Berlin, 37 (1989) 2, S. 237 - 251.

5950.

Heinrichs, Wolfgang; Schulz, Gerhard: Politische Ökonomie des Sozialismus und moderne Produktivkräfte. - In: Jb. Polit. Ökon., Berlin (1988), S. 7 - 38.

5951.

Hoell, Günter: Die Grundrententheorie von Karl Marx im dritten Band des "Kapitals": Grundlage d. Analyse d. Rente im gegenwärtigen Kapitalismus.

- In: Beitr. Marx-Engels-Forsch., Berlin, 25 (1988), S. 196 - 208.

5952.

Hofmann, Peter: Zur Entwicklung und Aktualität der Marxschen Lehre vom Handelskapital. - In: Beitr. Marx-Engels-Forsch., Berlin, 25 (1988), S. 130 - 149.

5953.

Isa, Jan: Das Ende der "keynesianischen Revolution"? /mit einem Nachwort von Alfred Bönnisch. - 1. Aufl. Berlin: Verl. Die Wirtschaft, 1988. - 240 S. : Ill., Tab.

5954.

Kuczynski, Jürgen: Zur Geschichte der Wirtschaftsgeschichtsschreibung in Großbritannien. D. C. Coleman, History and the Economic Past. An Account of the Rise and Decline of Economic History in Britain, Oxford 1987. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1989) 1, S. 161 - 163.

5955.

Lehmann, Hermann: Von Größe und Versagen bürgerlicher Ökonomie im 20. Jh. : Sombarts "Moderner Kapitalismus". Materialien zur Kritik u. Rezeption / Hrsg. von Bernhard von Brocke. - München, 1987. - Sombart, Werner : Der moderne Kapitalismus : Historisch-systematische Darst. d.

gesamteuropäischen Wirtschaftslebens von seinen Anfängen bis zur Gegenwart. Drei Bände in sechs Teilbänden. - München, Leipzig, 1916. - München, 1987. - (dtv 5923). - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1989) 1, S. 183 - 185.

5956.

Möckel, Carola: Frauenarbeit : Annäherung an ein vernachlässigtes Thema. Die Frau in der deutschen Wirtschaft / Hrsg. von Hans Pohl. Stuttgart, 1985. - (Zeitschrift für Unternehmensgeschichte ; Beih. 35). - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1989) 1, S. 165 - 168.

5957.

Papendieck, Michael: Zur Nutzung der revolutionären und progressiven Traditionen aus der Betriebsgeschichte für die ideologische Erziehung der Werktätigen : Dargestellt am Beisp. d. Führung d. gesch.-ideolog. Tätigkeit durch d. Betriebsparteiorganisation d. VEB Eisen- und Hüttenwerke Thale. - In: Nordharzer Jb., Halberstadt, 13 (1988), S. 15 - 20.

5958.

Peters, Jan: Das Angebot der "Annales" und das Beispiel Le Roy Ladurie : Nachdenkenswertes über französ. Sozialgesch.forsch. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1989) 1, S. 139 - 159.

5959.

Pittack, Herwart: Fakten und Meinungen über staatliche Wirtschaftsunternehmen im staatsmonopolistischen Kapitalismus : Ambrosius, Gerold: Zur Geschichte des Begriffs und der Theorie des Staatskapitalismus und des staatsmonopolistischen Kapitalismus. - Tübingen, 1981. - (Wirtschaft und Gesellschaft ; 16). - Ambrosius, Gerold: Der Staat als Unternehmer. - Göttingen, 1984. - (Kleine Van-

denhoeck-Reihe ; 1498). - Ambrosius, Gerold: Die öffentliche Wirtschaft in der Weimarer Republik. - Baden-Baden, 1984. - (Schriften zur öffentlichen Verwaltung und öffentlichen Wirtschaft ; Bd. 78). - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1989) 1, S. 175 - 177.

5960.

Schulz, Gerhard: Problemsicht zur Dialektik von modernen Produktivkräften und sozialistischen Produktionsverhältnissen in der internationalen Diskussion. - In: Them. Inf. u. Dok., Akad. Gesellsch.wiss., R. A. Berlin, (1988) 70, S. 25 - 61.

5961.

Schulz, Gerhard: Vervollkommen sozialistischer Produktionsverhältnisse als Bedingung für die dynamische Entwicklung moderner Produktivkräfte. - In: Neue Aspekte der Dialektik von modernen Produktivkräften und sozialistischen Produktionsverhältnissen. - Berlin : Akad. für Gesellsch.wiss. beim ZK d. SED, 1987. S. 5 - 39 : Tab. - (Thematische Information und Dokumentation / Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED : R. B ; 62).

5962.

Seidel, Jutta; Koth, Harald: Zur Diskussion der Migrationsproblematik in der II. Internationale (vor 1904). - In: Migration, Ausländerbeschäftigung und Gewerkschaften : Materialien d. 9. Rostocker Migrations-Kolloquiums. - Rostock : Wilhelm-Pieck-Univ., Sekt. Gesch., 1988. - S. 38 - 42. - (Fremdarbeiterpolitik des Imperialismus ; 20).

5963.

Tammer, Hans: Zur Entwicklungstendenz der Mehrwertrate und Profirate im gegenwärtigen staatsmonopolistischen Kapitalismus der BRD 1950 - 1985. - In: Beitr. Marx-Engels-Forsch. Berlin, 25 (1988), S. 87 - 118 : Tab.

5964.

Wermuth, Heike: Ansatzpunkte für die politökonomische Untersuchung des sozialistischen Eigentümergehalts - dargestellt am Beispiel des VEB Werkzeugmaschinenkombinat "7. Oktober" Berlin - Stammbetrieb, /Mit russ. u. engl. Rés./.  
- In: Wiss. Z. Hochsch. Ökonomie "Bruno Leuschner" Berlin, Berlin, 32 (1987) 3, S. 105 - 107.

### Bibliographien

5965.

Bibliographie: Veröffentlichungen d. Mitglieder d. Forsch.gemeinsch. "Gesch. d. Kampfes d. Arb.klasse um d. Befreiung d. Frau" im Jahre 1986. - In: Mitt.bl. Forsch.gemeinsch. "Gesch. d. Kampfes d. dt. Arb.klasse um die Befreiung d. Frau", Leipzig, (1987) 1, S. 82 - 91.

5966.

Günther, Renate: Hochschulschriften zur Wirtschaftsgeschichte. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin (1989) 1, S. 217 - 239.

Festschriften, Biographien, Kongresse, Quellennachweise

5967.

Boissier Doris: Zu Ordnungsproblemen an zentralen staatlichen Wirtschaftsbeständen der DDR im Zentralen Staatsarchiv. - In: Archivmitteilungen, Berlin, 38 (1988) 6, S. 200 - 201.

5968.

Dalchow, Irmtraud: Quellen zur Wirtschafts- und Betriebsgeschichte : Erforschung d. Arb.- und Lebensbedingungen in d. Betriebs-

gesch. (14. - 17. Dez. 1987 in Frankfurt/Oder). - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1989) 1, S. 209 - 212.

5969.

Dankelmann, Otfried: Migration und internationale Sozialdemokratie in den zwanziger Jahren : Zum "Weltwandrungskongreß" 1926 in London. - In: Migration, Ausländerbeschäftigung und Gewerkschaften : Materialien d. 9. Rostocker Migrations-Kolloquiums. - Rostock : Wilhelm-Pieck-Univ., Sekt. Gesch., 1988. - S. 53 - 57. - (Fremdarbeiterpolitik des Imperialismus ; 20).

5970.

Festbroschüre 100 Jahre Zellstoffwerk Coswig 1884 - 1984 : Abriss d. Betriebsgesch. / Verf. Klaus Kinzner . . . .  
- Meißen; Coswig : Gesch.komm. d. SED-Kreisleitung Meißen ; Betriebsparteilitung d. VEB Vereinigte Zellstoffwerke Pirna ; Werk IV "Philipp Müller", Coswig, 1984. - 32 S. : Ill.  
- (Beiträge zur Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung im Kreis Meißen ; 1984, 1).

5971.

Migration, Ausländerbeschäftigung und Gewerkschaften : Materialien d. 9. Rostocker Migrations-Kolloquiums. - Rostock : 1988. - 100 S. : Tab. - (Fremdarbeiterpolitik des Imperialismus ; 20).

5972.

Neue Aspekte der Dialektik von modernen Produktivkräften und sozialistischen Produktionsverhältnissen : Materialien d. wiss. Kolloquiums d. Inst. für Polit.Ökon. d. Sozialismus d. Akad. für Gesellsch.wiss. beim ZK der SED am 19. Juni 1986 aus Anlaß d. 40. Jahrestags d. Volkseigentums. - Berlin : Akad. für Gesellsch.wiss. beim ZK der SED, 1987. - 109 S. - (Thematische Information und Dokumentation / Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED : R. B ; 62).

5973.  
Partisch, Gudrun: Die "Arbeiterin"  
 : Publikationsorgan d. Frauenaus-  
 schüsse d. sozialist. Industrie.  
 - In: Mitt.bl. Forsch.gemeinsch.  
 "Gesch. d. Kampfes d. dt. Arb.klas-  
 se um d. Befreiung d. Frau", Leip-  
 zig, (1987) 3, S. 17 - 26.

5974.

Hans Radandt 65 Jahre, - In: Z.  
 Gesch.wiss., Berlin, 36 (1988) 5,  
 S. 436.

5975.

Rohr, Hans: Moderne Technik von  
 gestern : Information über d. Maga-  
 zin zur Gesch. d. Automatisierungs-  
 u. Elektroanlagentechnik in Leipzig.  
 - Leipzig : Techn. Hochsch., 1986.  
 - 84 S. : Ill. & 1 Beil.

5976.

Wirth, Hermann: Johann Gottfried  
 Borlach und die Geschichte der Sa-  
 linentechnik und der Salinen Kursach-  
 sens : Beitrag zur Borlach-Ehrung  
 d. Kulturbundes d. DDR am 8. Mai  
 1987 in Bad Dürrenberg, Bad Kösen  
 u. Naumburg. - In: Sächs. Heimatbl.,  
 Dresden, 34 (1988) 6, S. 277 - 280  
 : Ill.

5977.

Zilch, Reinhold: Europa an der Jahr-  
 hundertwende : Angleichung - Diffe-  
 renzierung - Konfrontation. (19. -  
 22. Apr. 1988 in Sellin/Rügen.).  
 - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin,  
 (1989) 1, S. 213 - 215.

Mehrere Zeitabschnitte umfassend

5978.

Hofmann, Rolf: Brücken, Schienen,  
 Wasserwege : Zeugen d. Verkehrs-  
 gesch. unserer Heimat. Berlin: Verl.  
 Neues Leben, 1988. - 260 S. : Ill., Kt.

5979.

Jähne, Armin: Wirtschaft und Politik.  
 Wege d. Hellenismusforschung. Bich-  
 ler, Reinhold: Hellenismus : Geschich-  
 te u. Problematik eines Epochenbe-  
 griffs. - Darmstadt, 1983. - (Impulse  
 der Forschung ; Bd. 41). - Seibert,  
 Jakob: Das Zeitalter der Diadochen.  
 - Darmstadt, 1983. - (Erträge der  
 Forschung ; Bd. 185). - Walser, Ge-  
 rold: Hellas und Iran : Studien zu den  
 griechisch-persischen Beziehungen vor  
 Alexander. - Darmstadt, 1984. - (Er-  
 träge der Forschung ; Bd. 209). - Wirth,  
 Gerhard: Studien zur Alexandergeschich-  
 te. - Darmstadt, 1985. - Buraselis,  
 Kostas: Das hellenistische Makedonien  
 und die Ägäis : Forschungen zur Politik  
 d. Kassandros u. d. drei ersten Anti-  
 goniden (Antigonos Monophthalmos,  
 Demetrios Poliorketes u. Antigonos  
 Gonatas) im Ägäischen Meer u. in  
 Westkleinasien. - München, 1982. -  
 (Münchener Beiträge zur Papyrus-  
 forschung und antiken Rechtsgeschichte,  
 H. 73). - In: Jb. Wirtsch.gesch., Ber-  
 lin, 1989, 1, S. 187 - 197.

500 - 1789

5980.

Bentzien, Ulrich: Zur Schichtung der  
 bäuerlichen Klasse in Mecklenburg wäh-  
 rend des späten Mittelalters : Histori-  
 sche u. ethnograph. Aspekte. - In:  
 Jb. Regionalgesch., Weimar, 15 (1988)  
 2, S. 32 - 42 : Tab.

5981.

Böcker, Heidelore: Überlegungen zur  
 demographischen Funktion vorpommer-  
 scher Kleinstädte im 13./14. Jahrhun-  
 dert. - In: Jb. Regionalgesch., Weimar,  
 15 (1988) 1, S. 45 - 55.

Enders, Lieselott: Die spätmittelalterliche Grundherrschaft in der Uckermark. - In: Jb. Regionalgesch., Weimar, 15 (1988) 1, S. 56 - 74 : Tab.

5983.

Hein, Jörg: Die Berliner Gewerke der Uhrmacher und Goldschmiede, der Schneider und Fleischer im Berliner Handwerksmuseum. - In: Uhren u. Schmuck, Berlin, 25 (1988) 3, S. 66 - 69 : Ill.

5984.

Held, Wieland: Soziale und ökonomische Entwicklungstendenzen im Agrarbereich Thüringens im 16. Jahrhundert. - In: Jb. Regionalgesch., Weimar, 15 (1988) 1, S. 75 - 91.

5985.

Held, Wieland: Zwischen Marktplatz und Anger : Stadt-Land-Beziehungen im 16. Jh. in Thüringen. Weimar: Böhlau, 1988. - 258 S. : Abb. - (Regionalgeschichtliche Forschungen im Verlag Böhlau).

5986.

Kluge, Bernd: Ein Hohenzollernsches Münzkabinett : Die große Talerkanne Christian Lieberkühns d. Ä. - In: Forsch. u. Ber. Staatl. Museen, Berlin, 26 (1987), S. 129 - 146 : Ill.

5987.

Lesinski, Henryk: Der Seehandel Szczecins zur Schwedenzeit in den Jahren 1630 - 1713. - In: Jb. Regionalgesch., Weimar, 15 (1988) 2, S. 129 - 140 : Tab.

5988.

Münch, Ernst: Die feudale Grundherrschaft in der deutschen Agrargeschichte des voll entfalteteten Feudalismus. - In: Z. Gesch.-wiss., Berlin, 36 (1988) 12, S. 1091 - 1098.

5989.

Banik-Schweitzer, Renate: Berlin und Wien : Entwicklung u. wirtsch. Beziehungen zweier Industriemetropolen um d. Wende zum 20. Jh. - In: Jb. Wirtsch.-gesch., Berlin, (1989) 1, S. 83 - 91.

5990.

Der deutsche Imperialismus am Beginn des 20. Jahrhunderts. - In: Z. Gesch.wiss., Berlin, 36 (1988) 1, S. 52 - 54.

5991.

Henninger, Gerd: "Es ist das kein schlechter Kitt". Conrad, Christoph: Erfolgsbeteiligung und Vermögensbildung der Arbeitnehmer bei Siemens (1847 - 1945). - Stuttgart, 1986. - (Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, Beih. 36). - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1989) 1, S. 179 - 181.

5992.

Hoerder, Dirk; Keil, Hartmut: Deutsche Sozialdemokratie und Gewerkschaften : Amerika-Wanderung u. d. Verh. zu d. USA 1878 - 1907. - In: Migration, Ausländerbeschäftigung und Gewerkschaften : Materialien d. 9. Rostocker Migrations-Kolloquiums. - Rostock : Wilhelm-Pieck-Univ., Sekt. Gesch., 1988. - S. 19 - 37. - (Fremdarbeiterpolitik des Imperialismus ; 20).

5993.

Jacobeit, Sigrid; Jacobeit, Wolfgang: Illustrierte Alltagsgeschichte des deutschen Volkes : 1810 - 1900. - Leipzig / u. a. / : Urania-Verl., 1987. - 335 S. : Ill., Kt., Tab.

5994.

Kozłowski, Jerzy: Polnische Berufsvereinigung ZZP : Einflußbereich u. Tätigkeit d. poln. Gewerksch. in Dtlld. 1902 - 1919. - In: Migration, Auslän-



derbeschäftigung und Gewerkschaften : Materialien d. 9. Rostocker Migrations-Kolloquiums. - Rostock : Wilhelm-Pieck-Univ., Sekt. Gesch., 1988. - S. 43 - 52 : Tab. - (Fremdarbeiterpolitik des Imperialismus ; 20).

5995.

List, Friedrich: Das deutsche National-Transport-System in volks- und staatswirtschaftlicher Beziehung. Unveränderter fotomechanischer Nachdr. d. Orig. Altona ; Leipzig, 1838. 1. Ausg. - Berlin : Transpress, 1988. - XXVII, 129 S. : Ill. - (Transpress- Reprint).

5996.

Müller, Hans-Heinrich: Domänenpächter im 19. Jahrhundert. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1989) 1, S. 123 - 137 : Tab.

5997.

Müller, Hans-Heinrich; Klemm, Volker: Im Dienste der Ceres : Streiflichter zu Leben u. Werk bedeutender dt. Landwirte u. Wissenschaftler. - Leipzig ; Jena ; Berlin : Urania-Verl., 1988. - 264 S. : Ill.

5998.

Tschernowa, Tamara: Zur Haltung der freien Gewerkschaften in der Migrationsfrage 1900 bis 1918. - In: Migration, Ausländerbeschäftigung und Gewerkschaften : Materialien d. 9. Rostocker Migrations-Kolloquiums. - Rostock: Wilhelm-Pieck-Univ., Sekt. Gesch., 1988. - S. 12 - 18. - (Fremdarbeiterpolitik des Imperialismus ; 20)

5999.

Wachowiak, Bogdan: Einige Probleme des Königsberger Handels vor und in den ersten Jahren nach dem Wiener Kongreß. - In: Jb. Regionalgesch., Weimar, 15 (1988) T. 2, S. 159 - 173 : Tab.

1917 - Gegenwart, sozialistische Länder

6000.

Chronik zur Geschichte des VE Braunkohlenkombinat Senftenberg, Stammbetrieb : Wir und unsere Braunkohle / Autorenkoll. : Leiter: Hans Schneider ... - Senftenberg : Zentrale Parteileitung u. d. Leitung d. Grundorganisation d. SED d. VE Braunkohlenkombinat, Stammbetrieb  
T. 1. 1789 bis 1945. - 1981. - 88 S. : Ill.  
T. 2. 1946 bis 1949. - 1983. - 120 S. : Ill.  
T. 3. 1950 bis 1958. - 1986. - 96 S. : Ill.

6001.

Chronik zur Geschichte des VEB (B) Wohnungsbaukombinat Dresden. T. 1. Urban, Roland: Die Entwicklung von der volkseigenen Baugesellschaft zum stadtgeleiteten Wohnungsbaukombinat (1946 - 1960). - Dresden : Zentrale Parteileitung d. SED d. VEB (B) WBK, 1986. - 71 S. : Ill.

6002.

Dalchow, Irmtraud: 40 Jahre Volkseigentum - 40 Jahre führende Rolle der Arbeiterklasse im Kampf um Frieden, Demokratie und Sozialismus. - In: 40 Jahre Volkseigentum im Bezirk Halle : Arbeitsmaterial für d. Tätigkeit d. Komm. zur Erforsch. d. Gesch. d. örtl. Arb.bew. u. Betriebsgesch. - komm. - Halle/S. : SED-Bezirksleitung, 1986. - (Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Bezirk Halle ; 6). - S. 1 - 51.

6003.

30 /Dreißig/ Jahre Institut für Agrarökonomie 1953 - 1983 / Red. u. Gestaltung : Werner Raudonat. - Berlin : Inst. für Agrarökon. d. Akad. d. Landwirtschaftswiss. d. DDR, 1984. - 53 S. : Ill.

6004.  
30 /Dreißig/ Jahre LPG "1. Mai"  
Jübar : Die Entw. d. Landwirtsch.  
in Jübar bis zum 35. Jahrestag d.  
Gründung d. DDR / Hartmut Bock...  
- Jübar : LPG (T) "1. Mai";  
LPG (P), 1985. - 90 S. : Ill., Kt.
6005.  
Faltus, Josef: Die sozialistische  
Industrialisierung der Slowakei als  
wichtigstes Glied des gesamtgesell-  
schaftlichen Ausgleiches zwischen  
den Landesteilen der ČSSR. - In:  
Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1989)  
1, S. 43 - 59 : Tab.
6006.  
Friedrich, Irina: Zur Strategie  
der Rumänischen Arbeiterpartei  
zur sozialistischen Umgestaltung der  
Landwirtschaft (1949 - 1962). - In:  
Beitr. Gesch. Arb.bew., Berlin,  
31 (1989) 1, S. 35 - 44.
6007.  
35 /Fünfunddreißig/ Jahre Zucker-  
institut 1949 - 1984. - Halle: Inst.  
für Forsch. u. Rationalisierung d.  
Zuckerindustrie, 1984. - 32 S.  
: Ill.
6008.  
Gäbler, Ilga: Junkerland in Bauern-  
hand! : Zum 40. Jahrestag d. Bo-  
denreform im heutigen Kreis Sal-  
zungen. - In: Beiträge zur Geschich-  
te der Arbeiterbewegung im Kreis  
Bad Salzungen: Revolutionäre Tra-  
ditionen, lebendige Gesch. - 2 / Red.:  
Heinz Kleber. Bad Salzungen : Komm.  
zur Erforsch. d. Gesch. d. Örtl.  
Arb.bew. bei d. SED-Kreisleitung,  
1985. - S. 29 - 36.
6009.  
Geiger, Walter: Untersuchung ausge-  
wählter Probleme der Spareinlagenbil-  
dung und ihre Entwicklung im Eichs-
- feldkreis Heiligenstadt von 1961 bis  
1985. - In: Eichsfelder Heimath.,  
Heiligenstadt, 27 (1987) 4, S. 311 -  
336 : Tab.
6010.  
Lauerwald, Paul: Der "Kali-Expresß"  
- Reminiszenzen an einen schienen-  
gebundenen Werkpersonenverkehr zwi-  
schen Großbodungen und Bischofferode.  
- In: Eichsfelder Heimath., Heiligen-  
stadt, 27 (1987) 3, S. 203 - 209 : Ill.
6011.  
Morgenstern, Marion: Die Arbeiter-  
klasse der SFR Jugoslawien : Grund-  
züge ihrer Entw. - In: Beitr. Gesch.  
Arb. bew., Berlin, 31 (1989) 1,  
S. 28 - 34.
6012.  
Morgenstern, Winfried: Die Arbeiter-  
klasse europäischer RGW-Länder in  
den achtziger Jahren : Fakten, Erfah-  
rungen, Trends /unter Mitwirkung  
von Hans Hoffmann ... ; hrsg. von d.  
Akad. für Gesellschaftswiss. beim ZK  
d. SED/. Berlin: Dietz Verl., 1988.  
- 232 S. : 24 Abb.
6013.  
Schatz, Mario: Seilbahnen der DDR :  
Geschichte, Technik, Betrieb. - Ber-  
lin : Transpress, 1987. - 197 S. :  
Ill., Kt.
6014.  
Schwärzel, Renate: Die Berliner Elek-  
troindustrie in den 60er Jahren. - In:  
Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1989) 1,  
S. 21 - 41 : Tab.
6015.  
Der Weg zum freien Bauern : Aus d.  
Gesch. d. Landwirtsch. d. Kreises  
Bad Freienwalde. T. 1. Darkow,  
Anni : Von den Anfängen bis 1952. -  
Bad Freienwalde : SED-Kreisleitung,  
1985. - 144 S. : Ill.

- 1917 - Gegenwart, kapitalistische Länder
6016.  
Açarkan, V. V.: Währungskurse in der Wirtschaft des gegenwärtigen Kapitalismus / W. W. Atscharkan. - 1. Aufl. Berlin: Verl. Die Wirtschaft, 1988. - 168 S.
6017.  
Aguilar Monteverde, Alonso: Wirtschaftliche Krisenprozesse in Lateinamerika / mit einem Nachw. von Dieter Klein. - 1. Aufl. Berlin: Verl. Die Wirtschaft, 1988. - 180 S. : Tab.
6018.  
Ahnert, Rudolf; Krause, Karl Heinz: Typische Baukonstruktionen von 1860 bis 1960. Zur Beurteilung der vorhandenen Bausubstanz. - Berlin, Verl. für Bauwesen, ...  
 Bd. 1: Gründungen, Wände, Decken, Dachtragwerke; 2. Aufl., 1987. - 215 S.; Ill., Tab.  
 Bd. 2: Stützen, Treppen, Erker, und Balkone, Bogen, Fußböden, Dachdeckungen, 1988. - 215 S., Ill., Tab.
6019.  
Bilz, Hellmut: Museumsführer mit einem Überblick über die Entwicklung der erzgebirgischen Spielwarenindustrie von ihren Anfängen bis zum Jahre 1945. - 6. überarb. u. verbess. Aufl. 1981. - Seiffen: Erzgebirgisches Spielzeugmuseum Seiffen, 1981. - 72 S. - Ill. - (Schriftenreihe / Erzgebirgisches Spielzeugmuseum Kurort Seiffen / 1.).
6020.  
Brenner, Hans: "Vernichtung durch Arbeit". Rainer Fröbe u. a.: Konzentrationslager in Hannover : KZ-
- Arbeit u. Rüstungsindustrie in d. Spätphase d. Zweiten Weltkriegs. - Hildesheim, 1985. - (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen ; XXXV, Quellen und Untersuchungen zur allgemeinen Geschichte Niedersachsens in der Neuzeit ; Bd. 8) - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1989) 1, S. 169 - 173.
6021.  
Dähn, Ewald; Simson : Autos aus Suhl. - Berlin: Transpress, 1988. - 96 S.; Ill.; Tab.
6022.  
Detmer, Barbara: Die Industrie der Stadt Zwickau. - In: Sächs. Heimatbl., Dresden, 34 (1988) 5, S. 201 - 204 : Ill.
6023.  
Heidrich, Petra: Agricultural labour in Indian society. - Berlin : Akad. - Verl., 1988. - 197 S. : Tab. (Studien über Asien, Afrika und Lateinamerika, 39).
6024.  
Heininger, Horst; Maier, Lutz: Internationaler Kapitalismus : Tendenzen u. Konflikte staatsmonopolist. Internationalisierung / Inst. für Internat. Politik u. Wirtschaft d. DDR. - Berlin : Dietz Verl., 1987. - 424 S.
6025.  
Hennies, Wolfram: Unbekanntes Bodenbearbeitungsgerät. - In: Neue Museumskd., Berlin, 31 (1988) 4, S. 292 - 294 : Ill.
6026.  
Kuczynski, Jürgen: Alltag unter dem Nationalsozialismus in Deutschland. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1989) 1, S. 9 - 18.

6027.

Labahn, Karin: Das Hausgewerbe in der sächsischen Textilindustrie und das Los der Heimarbeiterinnen. - In: Wiss. Z. Wilhelm-Pieck-Univ. Rostock, Rostock, 36 (1987) 7, S. 49 - 52 : Tab.

6028.

Lehmann, Hermann: Von Alltags- und Lebensweisen im Kapitalismus. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1989) 1, S. 19 - 20.

6029.

Mottek, Hans: Entwicklungstendenzen der staatsmonopolistischen Regulierung nach dem Zweiten Weltkrieg. Berlin : Akad.-Verl., 1988. - 61 S. (Sitzungsberichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, 1988, 7/G).

6030.

Puchert, Berthold: Einige Probleme des deutschen Außenhandels 1933 bis 1939. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1989) 1, S. 61 - 81.

6031.

Rook, Hans-Joachim: Territorialstrukturelle Prozesse in Deutschland von 1870/71 bis 1939/45 auf dem Gebiet der heutigen DDR. - In: Jb. Wirtsch.gesch., Berlin, (1989) 1, S. 93 - 122.

6032.

Schmitt, Günter: Als in Johannisthal der Motorflug begann ... - 2. erg. u. überarb. Aufl. - Berlin : Rat d. Stadtbez. Treptow, 1987. - 96 S. : Ill., Kt., Tab. - (Treptower Historische Hefte ; 1).

6033.

Thoms, Günter: Zwischen Berlin und Heidelberg : Zur Diskussion um d. Gewerksch.pol. in d. KPD im Jahre

1919. - In: Beitr. Gesch. Arb.bew., Berlin, 31 (1989) 1, S. 16 - 27.

- Andreev, V. N., †, Dr., Leningrad, UdSSR
- Bräuer, Helmut, Dr. sc. phil., geb. 1938, Hochschuldozent, Sektion Geschichte, Karl-Marx-Universität Leipzig.
- Etzold, Heike, Dr. sc. phil., Dr. rer. sylv., geb. 1938, Magdeburg.
- Grünert, Heinz, Prof. Dr. phil. habil., geb. 1927, Bereichsleiter, Bereich Ur- und Frühgeschichte der Sektion Geschichte, Humboldt-Universität zu Berlin.
- Heidenreich, Gundula, Dr. agr., geb. 1955, wiss. Oberassistent, Hochschule für Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft Bernburg.
- Heun, Wolfgang, Prof. Dr. sc. agr., geb. 1930, Dozent, Hochschule für Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft Bernburg.
- Kuczynski, Jürgen, geb. 1904, Ordentliches Mitglied der Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Lehmann, Hermann, Prof. Dr. rer. oec. habil., geb. 1936, Chefredakteur, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Mühlfriedel, Wolfgang, Prof. Dr. phil. habil., geb. 1930, Stellv. Direktor für Erziehung und Ausbildung, Sektion Wirtschaftswissenschaften, Friedrich-Schiller-Universität Jena.
- Müller, Dieter, Diplom-Anglist/Amerikanist, geb. 1933, wissenschaftlicher Mitarbeiter, Zentralinstitut für Geschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Müller, Harald, Dr. phil. habil., geb. 1928, wissenschaftlicher Mitarbeiter, Zentralinstitut für Geschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Röhr, Werner, Dr. sc. phil., geb. 1941, wissenschaftlicher Mitarbeiter, Zentralinstitut für Geschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Thümmler, Heinzpeter, Dr. rer. oec., geb. 1932, wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Urban, Wolfgang, Dr. phil., geb. 1953, wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.

- Юрген Кучинский, Вальтер Ратенау о проблеме промышленности, техники и науки
- Вольфганг Мюльфридель, Зачатки государственного централизованного планирования научно-технического труда в Германской Демократической Республике
- Вольфганг Хойн/Гундуле Хайденрайх, Коллективное хозяйство крестьян, получивших землю поземельной реформой в доме Цайтц. О проведении демократической земельной реформы
- ХайнцпETER Туммлер, Региональная дифференциация развития города с 19-ого столетия и до 1945 г. на территории последующей ГДР
- Хайке Этцольд, Использование и производство паровых машин в правительственном округе Магдебург (с 1837 по 1875 г.)
- Хельмут Бройер, "Реестр суконщиков" города Цвикау с 1536 по 1542 г. Замечания к проблеме социальной обеспеченности ремесленников в ранний период нового времени
- В. Н. Андреев, Внеафинские источники формирования богатства Афин в 5-ом / 4-ом столетии д. н. э.
- Германн Леманн, История политической экономии с точки зрения истории
- Юрген Кучинский, Немецкая историография с 1945 по 1950 г.
- Вольфганг Урбан, Различные взгляды на социальную историю молодежи
- Вернер Рёр, Оккупационная политика нацистской Германии в Польше
- Харальд Мюллер, Хрестоматия к истории евреев в Богемии и Моравии
- Хайнц Грюнерт, Об измерении, взвешивании, счёте и уплате в ранние времена
- Библиография литературы ГДР по экономической истории, 36-ой выпуск (Дитер Мюллер)

- Jürgen Kuczynski, Walther Rathenau on the problem of industry, technology and science
- Wolfgang Mühlfriedel, The beginnings of central state planning of scientific-technological work in the GDR
- Wolfgang Heun/Gundula Heidenreich, The collective of new peasants in Haus Zeitz. On the carrying-out of the democratic land reform
- Heinzpeter Thümmler, The regional differentiation of urban development on the later GDR territory from the 19th century up to 1945
- Heike Etzold, Application and production of steam engines in the district of Magdeburg (1837 to 1875)
- Helmut Bräuer, The Zwickau "Tuchknappenregister" between 1536 and 1542. Some remarks on the problem of social security of craftsmen in early modern times
- V. N. Andreev, Sources from outside Athens on the accumulation of wealth in Athens during the 5th and 4th centuries B. C.
- Hermann Lehmann, Historical observations on the history of political economy
- Jürgen Kuczynski, German historiography between 1945 and 1950
- Wolfgang Urban, Outlooks on the social history of youth
- Werner Röhr, Nazi Germany's policy of occupation in Poland
- Harald Müller, A reader on the history of Jews in Bohemia and Moravia
- Heinz Grünert, Of measuring, weighing, counting and paying in ancient times
- Bibliography of GDR publications on economic history, 36th instalment (Dieter Müller)

- Jürgen Kuczynski, Walther Rathenau sur le problème de l'industrie, de la technique et de la science
- Wolfgang Mühlfriedel, Les débuts de la planification centrale d'Etat des activités technico-scientifiques en République Démocratique Allemande
- Wolfgang Heun/Gundula Heidenreich, L'exploitation collective des colons (des paysans ayant reçu des terres par la réforme agraire) à Haus Zeitz. Sur la réalisation de la réforme agraire démocratique.
- Heinzpeter Thümmeler, La différenciation régionale du développement urbain du 19<sup>e</sup> siècle jusqu'en 1945 sur le territoire postérieur de la R. D. A.
- Heike Etzold, L'utilisation et la production de machines à vapeur dans le district gouvernemental de Magdebourg (de 1837 à 1875)
- Helmut Bräuer, Le "registre de drapiers" de Zwickau de 1536 à 1542. Remarques sur le problème de la sauvegarde sociale dans l'artisanat des prixoccs temps modernes
- V. N. Andreev, Des sources venant de l'extérieur d'Athènes de la formation de la richesse à Athènes aux 5<sup>e</sup> et 4<sup>e</sup> siècles avant notre ère
- Hermann Lehmann, Histoire de l'économie politique regardée du point de vue historique
- Jürgen Kuczynski, La manière de la recherche historique allemande de 1945 à 1950
- Wolfgang Urban, Les manières de voir l'histoire sociale de la jeunesse
- Werner Röhr, La politique d'occupation de l'Allemagne nazi en Pologne
- Harald Müller, Une anthologie sur l'histoire des juifs en Bohême et en Moravie
- Heinz Grünert, Mesurer, peser, compter et payer aux temps passés
- Bibliographie de publications sur l'histoire économique en R. D. A., 36<sup>e</sup> fascicule (Dieter Müller)
- Hans-Peterich Müller  
Die Eisenbahn in Mitteln (Wien: Österreichischer Verlag, Die Eisenbahn in der Zeit 1825-1849)
- Rolf Petri  
Häuser in 15. und 16. Jahrhundert (Herausg. Walter, 1961)
- Hans Buchheiser  
Die Aufgabebilder der verkäuflichen Dorfbewohner zwischen 1780 und 1850  
Die verkäufliche Dorfbewohner in der Magdeburger Pöbel, das Leben der verkäuflichen in der Magdeburger Pöbel
- Dieter Beuole  
Die Flandernwerk zur Westschiffahrt und Westschiffahrt des Westens W. 1810-1815  
Gerald S. Peckham, Ironen, Industrie und Arbeiterbewegung in Deutschland 1815 bis 1848
- Jürgen Kuczynski  
Die kleinen Leute in einer großen Revolution (Herausg. Petermann, 1961) Große Revolution und die kleinen Leute
- Synops Freiler  
Handlungsfragen in der ethnohistorischen Forschung (Herausg. Petermann, 1961) Handlung und Soziale in der Alten Geschichte



- Jürgen Kuczynski, Walther Rathenau acerca del problema de la industria, la técnica y la ciencia
- Wolfgang Mühlfriedel, Los orígenes de la planificación central del Estado con respecto al trabajo científico-técnico en la República Democrática Alemana
- Wolfgang Heun/Gundula Heidenreich, El cortijo rural de la propiedad en común perteneciente a los campesinos nuevos en la Casa Zeitz. Acerca de la ejecución de la reforma agraria democrática
- Heinzpeter Thümmeler, La diferenciación regional del desarrollo urbano desde el siglo XIX hasta 1945 en el territorio de la actual R. D. A.
- Heike Etzold, Entrada en acción y fabricación de máquinas de vapor en el distrito gubernamental de Magdeburgo (desde 1837 hasta 1875)
- Helmut Bräuer, El "registro de los mozos del paño" de Zwickau desde 1536 hasta 1542. Apuntaciones acerca del problema de la protección social en el oficio de la época moderna temprana
- V. N. Andreev, Fuentes de afuera de Atenas con respecto a la formación de los caudales de Atenas en los siglos V y IV antes de nuestra época
- Hermann Lehmann, Historia de la economía política desde el punto de vista de la historia
- Jürgen Kuczynski, Historiografía alemana desde 1945 hasta 1950
- Wolfgang Urban, Modos de examinar la historia social de la juventud
- Werner Röhr, La política de ocupación de Alemania nazi en Polonia
- Harald Müller, Un libro de lectura acerca de la historia de los judíos en Bohemia y Moravia
- Heinz Grünert, Del medir, pesar, contar y pagar en tiempos pasados
- Bibliografía sobre literatura de historia económica de la R. D. A., suministro trigésimo sexto (Dieter Müller)

In Vorbereitung für die nächsten Bände des Jahrbuchs:

**Karin Lehmann**

Industriefinanzierung durch Anleihen in Deutschland. Überlegungen zu einigen Proportionen und Tendenzen vom ausgehenden 19. Jh. bis zum Ende der Weltwirtschaftskrise von 1929/32

**Veronika Siedt**

Die Wiederherstellung der Chemiefaserindustrie in der SBZ/DDR 1945 bis 1949/50

**Hans-Joachim Rook**

Zur Problematik der territorialen Quasi-Stabilität, dargestellt an der Bevölkerungsentwicklung und -verteilung von 1880 bis 1939 auf dem Gebiet der heutigen DDR

**Lieselott Enders**

Produktivkraftentwicklung und Marktverhalten. Die Agrarproduzenten der Uckermark im 18. Jh.

**Walter Braeuer**

Kameralismus und Merkantilismus. Ein kritischer Vergleich

**Ekkehard Westermann**

Rechtliche und soziale Folgen wirtschaftlicher Konzentrationsprozesse im Mansfelder Revier in der ersten Hälfte des 16. Jh.

**Karin Lehmann**

Multinationale Unternehmen und transnationale Konzerne in historischer Sicht (Multinational enterprise in historical perspective; Historical studies in international corporate business)

**Herwart Pittack**

Sozialdemokratische Ideologie 1924 bis 1932 (Günter Könke, Organisierter Kapitalismus, Sozialdemokratie und Staat)

**Wolfgang Mühlfriedel**

Triumph und Mißbrauch des menschlichen Erfindergeistes. Die Entwicklung der Produktivkräfte zwischen der Novemberrevolution und dem Ende des zweiten Weltkrieges in Deutschland (Geschichte der Produktivkräfte in Deutschland 1800 bis 1945 in drei Bänden, Bd. 3: Produktivkräfte in Deutschland 1917/18 bis 1945)

**Hans-Heinrich Müller**

Die Eisenbahn in Bildern (Klaus Albrecht Schröder, Die Eisenbahn in der Kunst)

**Rolf Petri**

Italien im 19. und 20. Jahrhundert (Dietmar Stübler, Italien)

**Ilona Buchsteiner**

Das Alltagsleben der werktätigen Dorfbevölkerung zwischen 1900 und 1961 (Die werktätige Dorfbevölkerung in der Magdeburger Börde; Das Leben der Werktätigen in der Magdeburger Börde)

**Dieter Baudis**

Ein Standardwerk zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte des ersten Weltkrieges (Gerald D. Feldman, Armee, Industrie und Arbeiterschaft in Deutschland 1914 bis 1918)

**Jürgen Kuczynski**

Die Kleinen Leute in einer großen Revolution (Susanne Petersen, Die Große Revolution und die Kleinen Leute)

**Simona Preller**

Methodische Fragen in der althistorischen Forschung (Moses I. Finley, Quellen und Modelle in der Alten Geschichte)

**M a r t i n D u b e**

Zur Geschichte der sozialistischen Industrie der DDR (8. bis 10. Mai 1989  
in Jena)

**H e l g a E i c h i e r**

Bürgertum und spätfeudaler Staat im 18. Jh. (26. Mai 1989 in Berlin)

Hochschulschriften zur Wirtschaftsgeschichte (Renate Günther)

- Streifzüge durch die antike Welt, hg. v. Andreas Patzer = Beck'sche Reihe BsR 390, Verlag C. H. Beck, München 1989, 373 Seiten, 9, 80 DM.
- Anastasia Pekridou-Gorecki, Mode im antiken Griechenland, = Beck'sche archäologische Bibliothek, Verlag C. H. Beck, München 1989, 159 Seiten, 38, -- DM.
- Carola Reinsberg, Ehe, Hetärentum und Knabenliebe im antiken Griechenland = Beck'sche archäologische Bibliothek, Verlag C. H. Beck, München 1989, 242 Seiten, 44, -- DM.
- Jahrbuch Dritte Welt 1990, hg. v. Deutschen Übersee-Institut in Hamburg, C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung München 1989, 318 Seiten, 19, 80 DM.
- B. W. de Vries, From Pedlars to Textile Barons = Verhandelingen der Koninklijke Nederlandse Akademie van Wetenschappen, Afd. Letterkunde, Nieuwe Reeks, deel 141, Verlag North-Holland, Amsterdam/New York/Oxford/Tokyo, 1989, 340 Seiten, US-\$ 50, --/Dfl. 95, --.
- Hanns-Peter Bruchhäuser, Kaufmannsbildung im Mittelalter = Dissertationen zur Pädagogik, Bd. 3, Böhlau Verlag Köln/Wien 1989, 406 Seiten, 68, -- DM.
- Bernd-Ulrich Hergemöller, "Pfaffenkriege" im spätmittelalterlichen Hanseraum = Städteforschung C/2/I und C/2/II, Bd. 1 472 Seiten, Bd. 2 306 Seiten, Böhlau Verlag Köln/Wien 1988.
- Jürgen Bergmann/Jürgen Brockstedt/Rainer Fremdling/Rüdiger Hohls/Hartmut Kaelble/Hubert Kiesewetter/Klaus Megerle, Regionen im historischen Vergleich = Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin, Bd. 55, Westdeutscher Verlag GmbH Opladen 1989, 413 Seiten.
- Rüdiger Hachtmann, Industriearbeit im "Dritten Reich" = Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 82, Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1989, 464 Seiten, 86, -- DM.
- Wilfried Reininghaus, Zünfte, Städte und Staat in der Grafschaft Mark = Geschichtliche Arbeiten zur westfälischen Landesforschung, wirtschafts- und sozialgeschichtliche Gruppe, Bd. 7, Aschendorffsche Verlagsbuchhandlung, Münster in Westfalen 1989, 297 Seiten, 78, -- DM.
- Dieter Stiefel, Finanzdiplomatie und Weltwirtschaftskrise = Schriftenreihe des Instituts für bankhistorische Forschung e. V., Bd. 12, Fritz Knapp Verlag Frankfurt am Main 1989, 240 Seiten, 62, -- DM.
- Ansätze und Diskontinuität deutscher Nationsbildung im Mittelalter, hg. v. Joachim Ehlers = Nationes, Bd. 8, Jan Thorbecke Verlag Sigmaringen 1989, 394 Seiten, 112, -- DM.
- Hartmut Müller, Die Frauen von Oberheide, Donat-Verlag Bremen 1988, 146 Seiten, 19, 80 DM.
- Elmar Waibl, Ökonomie und Ethik II = problemata 104.2, frommann-holzboog Verlag, Stuttgart/Bad Cannstadt 1989, 295 Seiten, 48, -- DM.
- Armin Wulle, Der Stettiner Vulcan, Koehlers Verlagsgesellschaft mbH, Herford 1989, 212 Seiten, 86 Abb., 196 Skizzen, 2 Ausklapptafeln, 89, -- DM.
- W. E. Mosse, The German-Jewish Economic Elite. 1820 - 1935. Clarendon Press, Oxford 1989, 369 Seiten, 35, -- £.

Antoinette Fauve-Charmoux, Evolution Agraire et croissance démographique, Editions Derovaux Ordina, Liege 1987, 389 Seiten, 1,400, -- FB.

Susanna Dammer, Mütterlichkeit und Frauendienstpflicht, Deutscher Studien Verlag, Weinheim 1988, 365 Seiten, 66, -- DM.

Hubert Kiesewetter, Industrielle Revolution in Deutschland 1815 - 1914 = Edition Suhrkamp, es 1539, Neue Folge, Band 539, Suhrkamp Verlag Frankfurt am Main 1989, 350 Seiten, 20, -- DM.

Zu Alexander d. Gr., Festschrift G. Wirth zum 60. Geburtstag am 9. 12. 1986, Bd. I u. II, hg. v. W. Will, Bd. I 1987, Bd. II 1988, insges. 1322 Seiten, Verlag Adolf M. Hakkert, Amsterdam.

Vladimir Hanga, Les institutions du droit coutumier roumain, Editura Academiei Republicii Socialiste România = Bibliotheca Historica Romaniae, Bd. 71, Bukarest 1988, 160 Seiten, 11, 50 Lei.

Ştefan Pascu/C. Gh. Marinescu, L' Opinion Publique internationale et le Problème de l'unité nationale et politique des Roumains, Editura Academiei Republicii Socialiste România = Bibliotheca Historica Romaniae, Monographies, XXIV, Bukarest 1989, 210 Seiten, 19, 50 Lei.

Ştefan Pascu, The making of the Romanian unitary national state, 1918, Editura Academiei Republicii Socialiste România = Bibliotheca Historica Romaniae, Monographs, XXV, Bukarest 1989, 277 Seiten, 25, -- Lei.

Victor Axenciuc/Ioan Tiberian, The Making of the Unitary Romanian National State Economic Premises = Bibliotheca Historica Romaniae, Monographs XXVII, Editura Academiei Republicii Socialiste România, Bukarest 1989, 301 Seiten, 27, -- Lei.

Hans Pohl, Die Bedeutung der Kommunikation für Wirtschaft und Gesellschaft = Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Beih. 87, Franz Steiner Verlag Wiesbaden GmbH, Stuttgart 1989, 485 Seiten, 128, -- DM.

Computer in den Geisteswissenschaften, hg. v. Manfred Thaller u. Albert Müller = Studien zur Historischen Sozialwissenschaft, Bd. 7, Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main 1989, 500 Seiten, 58, -- DM.

Anders Aslund, Gorbachev's Struggle for Economic Reform, Pinter Publishers, London 1989, 219 Seiten, 35, -- £.

Inge Kaltwasser, Häusliches Gesinde in der Freien Stadt Frankfurt am Main = Studien zur Frankfurter Geschichte, Bd. 26, Verlag Waldemar Kramer, Frankfurt am Main 1989, 164 Seiten.

Manfred Kossok, In Tyrannos: Revolutionen der Weltgeschichte, Edition Leipzig, Leipzig 1989, 464 Seiten, 148, -- M.

Wolfgang Mühlfriedel/Klaus Wießner, Die Geschichte der Industrie der DDR = Forschungen zur Wirtschaftsgeschichte, Bd. 25, Akademie-Verlag Berlin 1989, 346 Seiten, 38, -- M.

Siegfried Richter †, Wunderbares Menschenwerk, Edition Leipzig, Leipzig 1989, 164 Seiten, 49, -- M.

Geschichte der Sozialpolitik der DDR 1945 - 1985, hg. v. Gunnar Winkler, Akademie-Verlag Berlin 1989, 448 Seiten, 38, -- M.

Johann Heinrich von Thünen

# Der isolierte Staat in Beziehung auf Landwirtschaft und Nationalökonomie

Hrsg. u. unter Benutzung unveröff. Niederschriften

kommentiert von Hermann Lehmann  
in Zusammenarbeit mit Lutz Werner

1990. Ca. 540 Seiten – 14,5 cm × 21,5 cm

Leinen ca. 48,- M; Ausland ca. 48,- DM

ISBN 3-05-000774-5

Bestell-Nr. 7549797

Bestellwort: Thuenen, Staat 9154

Thünen (1783–1850), bedeutender Theoretiker der kapitalistischen Gutsherrschaft, Musterlandwirt, Agrarwissenschaftler und -politiker, legte im 1. Teil des „Isolierten Staats“ (1826) eine einzigartige wissenschaftliche Untersuchung über den Einfluß des kapitalistischen Weltmarkts auf die Gestaltung des landwirtschaftlichen Produktionsprozesses anhand eines abstrakten Denkmodells vor. Im 2. Teil (1850, konzipiert in den 1820er Jahren) suchte er mit Hilfe der Arbeitswerttheorie die Gesetze für die Verteilung von Arbeitslohn und Mehrwert zu bestimmen und leistete damit den nach David Ricardos Werk bemerkenswertesten Beitrag zur Analyse dieses Problems im Rahmen der klassischen politischen Ökonomie.

Die vorliegende Ausgabe ist die erste wissenschaftlich kommentierte Edition des von Thünen zur Publikation vorgesehenen Textes auf der Grundlage der 3. Aufl. (1875). Sie bietet aus nicht veröffentlichten Manuskripten Auszüge von Briefen, Exzerpten und Vorarbeiten für den „Isolierten Staat“, Auszüge aus Büchern, auf die sich Thünen bezog, zahlreiche betriebswirtschaftliche und agrarhistorische Erklärungen sowie Mitteilungen über biographische Hintergründe. So wird es möglich, die Entwicklung der Thünenschen philosophischen, ökonomischen, sozialen, politischen, agrarwissenschaftlichen und betriebswirtschaftlichen Vorstellungen über ein halbes Jahrhundert zu verfolgen und unerwartete Zusammenhänge zu entdecken.



DDR-1086 Berlin, Leipziger Straße 3-4 Postfach 1233

# **Geschichte der Produktivkräfte in Deutschland von 1800 bis 1945 in drei Bänden**

**Band 3: Produktivkräfte in Deutschland 1917/18 bis 1945**

Autorenkollektiv unter Leitung von Karl Lärmer

1988, 566 Seiten, 141 Tabellen, 46 Abbildungen, 24 Karten, 166 Fotos –  
20,5 cm × 27,0 cm

Leinen 58,- M; Ausland 68,- DM

Bestell-Nr.: 7544347

Bestellwort: Produktivkraefte 6739/3

ISBN 3-05-000300-9

Die Erforschung der Produktivkräfte als ein Grundelement der Gesellschaftsentwicklung ist ein wichtiger Auftrag der Geschichtswissenschaft. Obwohl Aspekte der Produktivkraftentwicklung in allgemeinen historischen und wirtschaftshistorischen Untersuchungen sowie in der Technikgeschichte eine Rolle spielen, gibt es bisher keine alle Seiten umfassende Darstellung der Entwicklung eines Landes in einer Epoche.

Diese Lücke wird nun mit der „Geschichte der Produktivkräfte in Deutschland von 1800 bis 1945 in drei Bänden“ geschlossen. Wissenschaftler mehrerer Forschungseinrichtungen in der DDR stellen darin das Gesamtsystem der Produktivkräfte in seinen Wechselwirkungen mit Ökonomie und Politik dar. Besonderes Gewicht wurde im vorliegenden Band (1917/18 bis 1945) auf die Entwicklung in Industrie und Landwirtschaft gelegt. Aber auch das Transport- und Nachrichtenwesen, die Beziehungen zwischen Produktivkräften und Standorten, der Beitrag der Wissenschaften werden dokumentiert. Kapitel über die Veränderungen der Arbeitskräfte-, Berufs- und Bevölkerungsstrukturen und des Ausbildungswesens rücken die Hauptproduktivkraft Mensch in den Mittelpunkt der Darstellung. Bedeutende technische Errungenschaften, Fortschritte der Arbeitsorganisation und der Produktion werden mit ihren sozialen Folgen verknüpft, der Mißbrauch der Produktivkräfte als Destruktivkräfte – im ersten Weltkrieg auf die Spitze getrieben – erfährt eine gründliche Analyse.

In einem einleitenden Überblick werden allgemeine Bedingungen und Tendenzen beschrieben sowie theoretische Probleme des Forschungsfeldes „Produktivkraft“ behandelt.

Weiterhin lieferbar:

**Band 2: Produktivkräfte in Deutschland (1870 bis 1917/18)**

In Vorbereitung:

**Band 1: Produktivkräfte in Deutschland 1800 bis 1870 (erscheint 1990)**

Bestellungen richten Sie bitte an eine Buchhandlung.

# Jahrbuch für WIRTSCHAFTS GESCHICHTE

Sonderband 1989

## Umwälzung der deutschen Wirtschaft im 19. Jahrhundert

1990. ca. 300 Seiten — 17 cm × 24 cm — 28,— DM

ISBN 3-05-000815-6

Bestell.-Nr. 754 993 0

Bestellwort: Jb.Wirt'gesch. 2103 89 S

Die Darstellungen in diesem Sonderband unterscheiden sich von der traditionellen Betrachtung der ökonomischen Veränderungen des 19. Jahrhunderts als Agrar-, Transport- und Informations- sowie industrieller Revolution und behandeln die ökonomische Revolution als den inneren Zusammenhang jenes grundlegenden Umwälzungsprozesses, der nach und nach alle Wirtschaftszweige erfaßte. Diese ökonomische Umwälzung führte zu entscheidenden Veränderungen in der Beschäftigtenstruktur; am Ende des 19. Jahrhunderts stellten die Lohnarbeiter des Gewerbes den größten Anteil. Damit fand der Übergang von der feudalen Agrargesellschaft zur kapitalistischen Industriegesellschaft seinen Abschluß.

Rudolf Berthold untersucht auf der Grundlage der umfangreichen neueren Literatur die ökonomische Revolution in ihrem Zusammenhang mit dem gesellschaftlichen Übergangsprozeß. Hermann Lehmann skizziert die wachsenden Einsichten von Marx und Engels, vor allem in ihren letzten Lebensjahrzehnten, in diese Vorgänge. Ergänzt werden die beiden Aufsätze durch Beiträge führender Fachvertreter zu Teilgebieten der ökonomischen Umwälzung wie der Entwicklung der Bevölkerung, der Landwirtschaft, des Gewerbes einschließlich des Handwerks, des Verkehrs- und Nachrichtenwesens sowie der Herausbildung einer neuen Standortstruktur.

*Interessenten richten ihre Bestellungen bitte an eine Buchhandlung.*



DDR-1086 Berlin, Leipziger Straße 3-4 Postfach 1233



# Jahrbuch für WIRTSCHAFTS GESCHICHTE

## Gesamtregister 1980 bis 1989

1991, ca. 300 Seiten — 17 cm × 24 cm — 28,— DM

Bestell.-Nr. 7552785

Bestellwort: Jb. Wirt.'Gesch. 2103/91/J

ISBN 3-05-001126-2

Nach dem Gesamtinhaltsverzeichnis der Jahrgänge 1960 bis 1979 des Jahrbuchs für Wirtschaftsgeschichte erscheint nun erstmals ein Gesamtregister für 1980 bis 1989 einschließlich der Sonderbände.

Mit diesem Registerband wenden wir uns an alle Abonnenten, an alle anderen Interessenten, an Bibliotheken sowie an Informations- und Dokumentationsstellen.

Das Gesamtregister enthält:

- ein Verzeichnis der Beiträge
- ein ausführliches Sach-, Namens- und Ortsregister
- eine Aufstellung der rezensierten Schriften
- ein Rezensentenregister
- ein Verzeichnis der René-Kuczynski-Preisträger
- die Themen der Sonderbände

Dieser Band ist nicht im Abonnement enthalten. Wir bitten daher um gesonderte Bestellung.

### *Bestellung*

Hiermit bestelle ich

..... Expl. „Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, Gesamtregister 1980 bis 1989“

Bestell.-Nr. 7552785 (2103/91/J)

ISBN 3-05-001126-2

Datum

Unterschrift

genaue Anschrift

*Bestellung durch eine Buchhandlung erbeten*



DDR-1086 Berlin, Leipziger Straße 3-4 Postfach 1233